REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 315 · 5.2.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 55 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Christian Geissler an Helmut Pohl: "Nicht aufgeben und nicht durchdrehen"
2. Das Europa des Kapitals und die Sozialcharta
3. Die letzten Wochen der DDR: Regierung und SED-PDS opfern die Souveränität
4. Die Zukunft Südafrikas ist schwarz - Ein Durchbruch im Apartheitsstaat: ANC legalisiert, Nelson Mandela bald frei
5. Der "Hochverräter"
6. Wer hat Angst vor schwarzen Frauen? - Internationale Zusammenarbeit an der neuen Familienplanungsfront in Afrika
7. Von der Bundesrepublik nach Deutschland - Strategie in der "FAZ"
8. Tücken der Renationalisierung - Der Augstein ist los
9. Doku: Plattform demokratischer Sozialismus in der SED-PDS
10. SED kopflos
11. Doku: Für ein "Linkes Dokumentationszentrum"
12. Die DDR wird über den Tisch gezogen
13. Wer hat uns verraten, ... SPD/DDR auf dem Vormarsch
14. SPD: Nationale Tiefenschichten
15. Wir fordern die Jugend der Welt - von Martin Kraus
16. Revolution, Umsturz und Palastrevolte - in Rumänien gibt es viele Sieger
17. Die moldauische Versuchung
18. Übergang mit Hindernissen in Rumänien
19. Das Kommunique des Rates zur Front zur nationalen Rettung an das Land
20. In der KP Griechenlands formiert sich eine linke Erneuerungsströmung
21. Die neue Sozialdemokratie Polens - Partei aufgelöst, Partei gegründet
22. Beit Sahur im Steuerboykott
23. Weizmanns Seitenprung: Israels Weg zu Verhandlungen mit der PLO führt durch die Wanzen des Geheimdienstes - von Yaron Matras
24. Zwischen Revolution und Konterrevolution
25. Arena präsentiert Jesuitenmörder aus den eigenen Reihen - FLMN unter Druck der Contadora-Gruppe
26. Spanischer Tango (von Pipo Surber)
27. Ehemaligem Mitglied der Black Panther droht die Hinrichtung
28. Gegen die Diktatur in den Köpfen: Texte gefangener Frauen in Chile
29. Spanien: Gefangene der GRAPO und PCE(r) im Hungerstreik
30. Ein Schönhuber fürs Grobe - Ein Diwald fürs Programm (A.P. Zaleshoff)
31. Göttingen: Frontbegradigung - AntifaschistInnen auf der die Anklagebank?
32. Antifa ohne e.V. - 2. bundesweite Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus, 10./11.2.90
33. Mun-Sekte und "Republikaner", von Thomas Klaus
34. Das Menschenleben als ökonomischer Faktor - Die Euthanasietheorien Singers fassen Fuß im Philosophenlager (*)
35. Das weltweite Lamento
36. Keine Chance für Flüchtlinge
37. Bundeswehr in der Defensive?
38. Das Ende der Geschichte - Nach dem Verlust des Feindbildes Kommunismus: US-Ideologen suchen neue Doktrin
39. Weshalb die Linke anti-deutsch sein muß
40. betr.: Debatte um "medico-Anzeige", AK 314, S. 43

41. Gegen die deutsch-nationale Selbstbestimmung
42. Antifaschistische Moral statt Politik? - Über die Notwendigkeit, den eigenen Kopf zu gebrauchen (*)
43. Fülberths neue Welt - Wird jetzt der Kapitalismus konsolidiert? (s. AK 307)
44. Gramsci in der Welt
45. Nie wieder Deutschland! - Aufruf der Radikalen Linken gegen Nationalismus und Wiedervereinigung (*)
46. Von Majakowskij zum "Sozialistischen Realismus"
47. Von Kreuzrittern, Welteroberern und durchgeknallten Intellektuellen - Umberto Ecos zweiter Roman: "Das Foucaultsche Pendel"
48. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen
49. Zehn Jahre Grüne - kein Nachruf
50. Plattform "3. Weg" in der SED-PDS
51. Sozialdemokratische Plattform in der SED-PDS
52. Leserbrief
53. Quelldatei eg.htm
54. Die Ahnung vom feudalistischen Sozialisms
55. Gefangenen der GRAPO und PCE(r) im Hungerstreik

1. Christian Geissler an Helmut Pohl: "Nicht aufgeben und nicht durchdrehen"

von Christian Geissler

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:12

das sind viele

im prozess

oder wer seid ihr

seid wir

sind ihr

unterwegs

lieber helmut. wir haben bisher nur wenige briefe gewechselt. jetzt hast du uns öffentlich geschrieben im oktober 89 (taz 17-11-89), und ich will dir jetzt endlich öffentlich antworten. das macht mir schwierigkeiten. das öffentliche schweigen hockt mir auf jedem wort. oder gibt es irgendwo öffentlich antwort auf deine öffentliche nachricht an uns, und ich hab sie nur übersehen? oder gibt es in fachkreisen, hinter der hand, die klärende verständigung? wo wär das? hinter der hand ist nicht der raum für weitgreifendes solidarisches lernen. - also los, ich fang meine antwort jetzt an.

was ist antwort.

nicht abschließend etwas feststellen, sondern nachdenkend was losmachen; weiterführen das kritisch klärende nachfragen, das zutrauen in unsre arbeit zwischen draußen und drinnen. also jetzt deinen überlegungen wachsam nachgehen.

wohin gehen.

und warum grad ich.

du weißt da besser bescheid als viele, ich bin zum reden angestoßen aus meiner geschichte.

seit nachts vom achten auf den neunten mai neunzehnhundertundsiebzig, nach einer gemeinsamen ndr-fernsehsendung draußen in hamburg-lokstedt, ulrike und ich, aus paralleler arbeits- und parteigeschichte, den anfang damals durchredet haben, durchhofft und durchstritten haben (wir sind uns nicht einig geworden; das sieht man an dem platz, wo ich sitz; auch kann man das nachlesen über tausendzweihundert öffentliche seiten), auch sehr durchrätselt haben (nicht nur ich hatte wut um den begriff des kommunistischen kampfes, angst um menschen), ist euer leben aus meinem leben, euer anspruch und euer wissen aus meinem, eure arbeit aus meiner, ja auch euer unsinn aus meinem unsinn nicht mehr wegzutrennen. also versuch ich heut meine antwort. in diesem zwanzigsten jahr. unruhig gereizt. genossentlich. bestimmt nicht fehlerfrei (so ist niemand; oder verrückt). bestimmt dauerhaft wach in der sache der klassenkämpfe (so sind wir; oder wir kippen).

also los.

1. du beginnst mit dem gedanken, es sei längst zeit, unter der geschichte nach dem hungerstreik einen schlußstrich zu ziehen. das kann sein. aber denk das doch auch mal so: die zeit nach dem hungerstreik (so wie ja auch die zeit des hungerstreiks) ist nicht nur deine zeit, eure zeit drinnen, sondern auch unsre hier draußen. sie ist die zeit von denen, die während des hungerstreiks, auch schon vorher und schwierig danach, und heute noch an vielen verschiedenen plätzen im land, für eure zusammenlegung (als etwas für uns) öffentlich arbeiten bzw. gearbeitet haben. es ist also eure und unsre Zeit, unsre gemeinsame zeit jetzt nach dem hungerstreik. und wir schließen sie also gemeinsam ab, und nicht ihr macht das allein. oder wir halten sie, zur gemeinsamen weiterarbeit - drinnen mit drinnen; drinnen mit draußen; draußen mit draußen - offen. was da jetzt entschieden, also schlußgestrichen oder offengehalten wird, ist nicht nur dein/euer ding. das muß uns allen, spätestens nach dem 12-5-89, wichtig sein.

2. du sagst dann, und das bestimmt drinnen eine besonders gefährliche erfahrung, die offene situation ... produziert eine unerträgliche lähmung. aber ich frage mich, dich, ist das so zwingend, wie du es nennst, unerträglichkeit. oder anders: wenn das so dringend ist, ist das dann auch schon politisch richtig? für mein verständnis, also für das, was ich politisch will, lauert hier auch ein fehler. und zwar so: das offne zerrt, es verlangt, oft widerlich kaum noch erträglich, geduld. die durchzuhalten, offenzuhalten, kann einen an grenzen schaffen, an die man nicht will. (du kannst jetzt sagen, was weiß dieser geissler am ofen von grenzen und geduld und unerträglichkeit; aber sag das mal eben noch nicht; auch hier draußen sind unerträglichkeiten, und seien es die der dummheit und verwirrung; aber, nicht wahr, wir wollen zusammen weiter, müssen lernen, uns gegenseitig zu kapieren; aus ganz verschiedenen orten wir.) kann uns aber auch weiterhelfen, ich sags mal so: das offene hält prozessraum, entwicklungsraum, entdeckungsraum, lernraum frei; den brauchen wir alle. oder ich sage das, aus den draußenereignissen grad dieser tage, für mich jetzt so: der fixe knall ist mir so abschließend öde wie das schweigen.

etwas abschließen ist nach meiner erfahrung oft nur bange was zuschließen, dichtmachen. und ich denk, und auch eben jetzt im internationalen bruch weltweit, in diesen wirren wie trickgesteuerten zusammenbruchsprozessen, die wir weithin in unsern aufbruch zu wenden haben werden, und genau eben darin genau auch nach diesem zehnten hungerstreikkampf, haben wir alle schwieriges, aufreißend neues vor. es wirbelt; es wird verraten; es wird bestes neu entdeckt; es muß von uns das unsre neu konzentriert werden; und mitten in diesen zerstörungs- und konzentrationsprozessen steckt auch unser/euer lern- und arbeitsprozeß zur zusammenlegung; lernen, streiten, korrigieren, lernen; eben das leben zwischen drinnen und draußen und drinnen und drinnen und draußen und draußen; stoffwechsel, hat eva gesagt.

so will ich jetzt unsre situation verstehen.

und alles das willst du schlußstreichen, abschließen nach sieben monaten? hab ich das richtig gelesen? und stattdessen was?

ich weiß ja von dir nichts zu homburg, aber ich frag das jetzt mal, weils reingehört in offenheit oder verschluß: wieder nur eng der knall? wieder verschlossen der schritt unumkehrbar ohne uns? und also dann wieder und wieder und tod und nichts und wieder und knall und knast und wieder und tod und die wiederholungen wieder und wieder und knast und tod und nichts und wieder? - in wessen kopf geht das noch politisch nach vorn? oder ist das bekenntnisarbeit? es ist aber gegen vernichtung nicht einsam der glaubensakt nützlich, sondern der schlaue schlich. glaubensbekenntnisse sind immer letzter verschluß. in sie paßt nichts neues mehr rein. also will ich sie nicht, politisch erstrecht nicht. erstrecht nicht jetzt im drama draußen weltweit. und viele hier draußen wollen die nicht. und wollen die auch und erstrecht von euch nicht. ist euch das egal? was wir von euch/von uns wollen - das etwa ist euch egal? das kann nicht sein. nein. ich mach weiter. jetzt diesen brief. denn wir geben unsre arbeit für den zusammenlegungsprozeß als breitem lernprozeß, also als einen politischen prozeß im gesamtprozeß der revolutionären linken nicht auf. und ihr ja auch nicht (etwa im blick auf winzige, wichtige aber ganz abgekapselte kampfbeziehungsprozesse; schätzt die bitte konkret, politisch ehrlich ein, nicht phantastisch). sonst streicht ihr am ende euren schlußstrich durch lauter genossen- und genossinnengesichter; schließlich verloren durch eure ... ach all dieses stricheziehen! ich finde es falsch, politisch falsch; bloß noch erhaben erhoben verhoben - ach: ängstlich! und angst, helmut, klemmt zu. wir brechen lieber vielfältig auf. mit allen. mit allen lasten dann auch. lieber lastenesel als lichterengel. wir wollen vorwärts, nicht aufwärts. rotfront gegen halleluja!

3. das projekt ekd. ich versteh das so, daß ihr über die kirche, also über verläßliche pfaffen und pfäffinnen, so lange ihr nicht zusammengelegt seid, eine rasche, kontinuierliche verbindung zueinander aufbauen wolltet. offen. in eurer auseinandersetzung dann auch uns hier draußen zugänglich. gut. und ich find es sehr gut auch, daß jetzt viele öffentlich hierüber was wissen, drüber nachdenken können. der verlauf ist saumäßig, naja planmäßig. aber - so hört mans hier draußen - das ding ist noch gar nicht abgeschlossen, - auch das also klar - ? no! noch gar nichts sei klar, wird hier gesagt. sondern da tickt noch was, heißt es. also wider dies ding: wann brecht ihr, brechen wir so einen schrittversuch, so eine interessenarbeit, in der es ums vorwärtskommen geht, ums rauskommen aus den erstickungsprozessen, ab? wann wird was abgeschlossen? wenn ihr es so bestimmt? ich denke, nein. denn es sind im raum des interesses gegen die trakts viele, seid nicht nur ihr. erst wir alle zusammen sind, wenn wirs richtig machen künftig, in den klassenkämpfen jetzt und also jetzt dann genau auch in den knastkämpfen, ein arbeitskörper. oder wir gehen, zerspalten zerspalten, unter. wir sagen: sie gehen aufs ganze. und das ganze sind, wenn wir richtig arbeiten, wir. wir arbeiten dran, daß wirs sind. oder

sie haben uns (zerspalten zerspalten zerspalten ...). reißt euch aus diesem prozeß, den wir unsren nennen, nicht abschließend weg. das wollen sie gern. genau das. der eine zweck eurer abschottung ist eure zerweichung, der andre eure erstarrung.

4. die änderung der äußeren umstände als die entwicklung des eigenen lebens - ein zusammenhängender prozeß - eine lebensweise.

hier sage ich bloß erstmal knapp, gereizt aus langer geschichte, aus klassenalltäglichkeit seit jahren und jahren, aus kampfanblicken und auch aus "kampf" anblicken: revolutionäre arbeit, dies wort setz ich immer schon lieber als das wort kampf, ist immer erstmal ausgegangen von gewöhnlicher, massenhafter lebensweise, nicht von neuer, nicht von einzelbewegungen auf inseln (ghetto war immer ein angsthaus der verzerrungen, nie freier weg); in der ist sie untergegangen, kaum bemerkt bald niedergemacht, bald vergessen worden. klar ändert sich vieles, sobald jemand anfängt und nicht wieder aufgibt. in klassenkämpfen bleibt kein leben, das sich andauernd einmischt, unverändert; auch bestimmt nicht unverändert in seiner täglichen lebenspraxis. kommunistenarbeit geht in aufstände, nicht in niederlassungen; oder doch; und dann bricht sie, wie grad eben jetzt international, schändlich ab in antifaschistische jagdhauskultur; nun ja, in verrat.

aber ich denk mir, du denkst im obigen an noch etwas andres, an eine neue kraft, wenn du eigenes leben, zusammenhang sagst. ich glaube, ich weiß, was du siehst. auch wen. aber du siehst aus berichten, was draußen hier alles sich ändert; nicht wirklich von auge zu auge, von zimmer zu zimmer, von straße zu straße jetzt. und so können irrtümer losgehen und illusionen. und genau gegen irrtum und illusion, gegen die illusionen permanent, dies dauernde kräfteverschätzen aus schrott und schmerz, gegen dies pathos der selbsttäuschung, helmut, bin ich so oft so gereizt: gegen die, die, ratlos selbstübertrieben, als sei das befreiung, entbrennen, dem gewöhnlichen tag aber doch nur entrennen; für die, die wirksam vorwärts wollen mit vielen, mit kind und kegel vorwärts. gegen das pack. ich alter schreiber (in straighten kreisen sagt man auch wichser) hätt keine ahnung von den klugen jungen plätzen des mutes und des wissens, den harten kernen des freien kampfes? zu wenig ahnung, ja, das kann sein. aber doch viel konkrete erfahrung mit all dem "rest der welt"; den wir nicht zu "grüßen" gedenken, sondern zu kapieren und zu finden lernen werden. oder wir gehen unter. so einfach ist das. unter in barbarei. erhobenen hauptes mit fliegender fahne? nein, dann lieber leise, gar kein geschrei. ach, das bekenntniselend unsrer kleinbürgerlichen erhebungen ...

oder wo denn da täusche ich mich?

oder jetzt sofort vorwärts ins zentrum, an deine besondere erfahrung gerichtet: wo hat sich euer wissen, euer besonderer sprung, euer bruch, wo hat sich eure mit allem ernst erkämpfte, geänderte lebensweise, dies kämpfende sich einarbeiten ins kollektiv, vierundzwanzigstunden ..., verbreitet, vorangeschafft; euch nicht nur schauerlich weggeschafft in die trakts?

doch.

ich will mir nicht, wir dürfen uns nicht kräfte phantasieren, wo keine sind. solche phantasien zerrütten den täglichen kampf, den wir wollen; machen die bullen fett; uns hin. -

nein, helmut, dies dir hinschreiben ist nicht der triumph eines (wohlwissend) zurückgebliebenen. es ist das entsetzen, der schmerz, daß es so nicht geht; ist der versuch, die arbeitsabsicht, die falle (mein brief an euch vom 17-9-89) aufzusprengen, ohne dabei nach vorwärts den schritt, die arbeit von vielen, zu kippen.

ist nicht kapitulation.

doch? ist es doch?

dann bitte mach mir genau hier was klar; uns; unsre verkennung des wirklichen; eure erfahrung mit der sich entfaltenden stärke. mach uns begründet das klar; weiß es nicht nur gewiß.

5. und noch was, helmut, mach uns unbedingt klar, öffentlich ganz genau jetzt uns allen, den vielen, die den zehnten hungerstreikkampf, aus ihrem interesse an neuen bedingungen für euch, also als ihr interesse, unterstützt haben: bitte sage uns die politische logik des von dir angedeuteten nächsten hungerstreiks; die diesen künftigen kampf begründende kräfteeinschätzung; die einarbeitung aller bisherigen erfahrung als jetzt dann also den aufbau einer chance. da versteh ich nämlich nun nichts mehr, kann mir vernünftig da nichts mehr machbares denken.

der letzte hungerstreik war, vor unser aller augen, gegen unser aller anstrengung, einfach von drüben her auf den tod programmiert. ihr habt das programm, im letzten moment, umgerissen; euer kämpfendes leben kollektiv an euch zurückgerissen. das war die einzige rettung, die selbst-bestimmung gegen die fremde. das ward ihr selbst; gegen die; kollektiv.

und aber demnächst?

nein. das ist nicht zu denken, das ist nur noch zu fluchen und zu fliehen. denn sie wissen, und wir können wissen, was sie gegen euch, gegen uns wollen. und nun, nach homburg, erstrecht. es muß also, um euer/unser ziel, das der zusammenlegung jetzt, zu erreichen, ein ganz andrer weg gefunden werden ("druck" ist geschenkt, pfiff die maus unterm elephanten; und grub sich den gang, den er nicht erreichen konnte.) auch weil, aus meiner kenntnis der auffassungen weithin in diesem land, nicht noch einmal eine human rettende breite losgehen würde, sondern bloß noch der klatsch beider hände vor beide augen; bloß noch der schauer der ohnmacht.

und weiter dann?

sechsmal die börse?

zweimal bad homburg?

und dann?

ach dreck. sie sind, wir waren alle dabei, bereit, ganz andre zu brennen, in waldboden beißen zu lassen, so lange sie euch nur haben fürs niedermachen. ja. wir waren dabei!

und so finde ich es, wörtlich, verwerflich, das heißt: es muß verworfen werden die wiederholung wider alle erfahrung. das produziert den tod. und die lähmung. sonst nichts. das produziert bloß noch schwächung. und alles drei sind produktionsziele der andren seite. also nein. und noch mal und noch mal:nein!

6. die entwicklung seit mitte der 80er zum zehnten hungerstreik hin.

für mich ist das sehr wichtig, wie du das verstanden und geordnet hast, uns draußen verständlich machst. schwerpunkt in deiner erfahrung, wie ich das lese, sind die offensive 85/86, die umsetzung des angriffs in basisprozesse, forderungen verankern ... der (hs-)kampf betrifft direkt unser leben ... kampf ist unsre identität ... beziehungen sind der schlüssel für radikale kämpfe, nicht das peilen auf einheitssammlung ...

gegen dies dein verständnis, deine ordnung der dinge, sag ich dir kritisch meins: offensive ist es nicht, einige wichtige täter aus den kapitalapparaten rauszuschießen. das kann, wer das wirklich will, zu jeder zeit jeder ganz allein. van der lubbe (febr. 33) war zutiefst richtig, war aber keine offensive. elser (nov 39) war zutiefst richtig, aber keine offensive. eine offensive (oder wir machen aus wörtern mythologeme, zauberformeln, aller wirklichen erfahrung entzogen, verträumt ausgelaugt flatternd floskel statt fakt) setzt plangerechnet und möglichst wirklichkeitsgerecht breite kräfte gleichzeitig in bewegung, geht übers feindgelände hin wirklich vorwärts (oder bleibt stecken; dann heißt das niederlage). beides trifft für (nicht nur) 85/86 nicht zu. auch hier macht es keinen sinn, nur schädlichen unsinn, kraftworte zu phantasieren. schaden auch so, daß sich kampf-phantasien eben grad nicht umsetzen lassen in basisprozesse.

denn das hat die basis so ansich.

basis, sofern nicht auch dies wort geheimnisvoll umbewertet (und damit entwertet) wird, ist immer was konkret breites, sind viele; dem alltäglichen unsinn ausgesetzt (dem erlittenen wie dem getanen); in alltäglicher anstrengung gegen den; grob einfach eigennützig. und solcher basis ist das braunmühlsterben, das zimmermannbinden, das loch in haßlach erstmal nicht wichtig. der basis fliegt tagtäglich dreck um die ohren, im alltag einfach die niedertracht gewöhnlichen schleppens und würgens. die geht der basis näher als armes stöhnen, als der plötzliche tod in den gehobenen ständen. (bei pimenthal war das ganz anders. vom "soldatspielen" wissen sie mißmutig beinah alle was. das geht sie an. so eine verkaufte figur sind sie selbst. da gibts aus erfahrung was zu vergleichen. an dieser gewöhnlichen plage soll keiner sterben; auch nicht auf amerikanisch.) (ich kenn meine nachbarn und nachbarinnen ganz gut.) (ich mag sie.) (sie sind eine schwierigkeit jeden tag.) (ihr tägliches leben ist schwierig.)

also nicht offensive. denk ich.

und die viel einfacheren, wichtigen angriffe aus den 80er jahren? der in bremen gegen die bundeswehr, der in krefeld gegen killingbush, der druck und der schlag gegens brokdorfer gitter unter gas und gesichel, der am nollendorfplatz gegen die leibstandarte ronald reagan, der hafen, der kreuzberger mai ...?

auch aus all diesem mut und wissen sind keine basisprozesse geworden. sofern das, wie ich es versteh, breite prozesse sind. oder soll ich es anders verstehen, einfach mal umgedreht? die imperiale gesellschaft eine umgedrehte pyramide; bodenlos klumpatsch; und ganz unten, in der nadelspitze, der prozeß, der knall - und der ganze klotz der verwesung bricht schaumig weg in sich selbst? schönes bild. leider eins, das nicht stimmt. das pack oben killt und kapitalisiert seinen kill noch immer auf breitem zustimmungsboden. (ich wohn im platten land, nicht ihr!)

also weiter.

ich will, wir müssen kapieren, warum das so ist. mit euch zusammen kapieren. reden wir endlich doch, denken wir endlich doch selbstkritisch los! damit wir die praxis finden, aus der sich das ändert. behauptungen ohne hand und fuß - da schweben hoch und zerstürzen sich dann bloß die häupter. und wieder ist schweigen im walde. nein, helmut, besser als das siegelügen ist das gemeinsame lernen aus niederlagen. ja, gemeinsam mit euch. wäret ihr doch endlich eingemischt kontinuierlich, mit eurem wissen, euren gedanken, aus eurer geschichte, eurer kritik an uns und an euch, eingespannt in den rede- und auch- und arbeits- und findeprozeß dieser zeit überall draußen jetzt hier. warum habt ihr nicht seit jahren, also dann eben sofort ab jetzt, eure seite im arbeiterkampf jeden monat, hier unter uns anwesend eure stimme? sie haben euch zwar gefangen, aber ihr seid, mitten in ausgeplanten löschungsprojekten, subjekt; jede und jeder subjekt im gesamtsubjekt unserer arbeit. klassenarbeit. und jede stimme von euch, jedes wissen und auch jedes nachfragen von euch ist wichtig, ist teil vom ganzen. das sollte nicht gehen? warum nicht? da versteh ich was nicht. da mußt du uns noch was genau erklären. denn erstmal sage ich so: wüßtet ihr, von drinnen her, euren teil im ganzen der linken hier draußen jetzt, wär da beständig hinundher was hörbar, erfahrbar, überprüfbar zu lernen und zu kritisieren, eben zu finden, dann wärs auch mit der verankerung des wissens von der notwendigkeit eurer zusammenlegung jetzt viel einfacher, gründlicher, klarer. es wären eure forderungen, aus dem gesamtprozeß des austausches, einfach ein harter, vorwärtstreibender teil im ganzen unsrer arbeit. so aber, aus eher abgrenzendem schweigen oder wegweisendem hinweisen auf unser gewurschtel, kommt ihr für viele von reichlich fern elend weit oben hinten. oder ganz einfach so, ganz im vertrauen polemisch: wer nicht spitze ist, der und die sind teil von uns allen. so soll es sein. und so gehts auch. oder sag, warum nicht. das muß doch endlich verstanden werden.

oder ist dir das alles, auch was ich an dich hier schreib, nur unser peilen auf einheitssammlung der linken (von "oben außen", sagt monika (im ak am 27-11-89); wo wäre denn dann "unten innen", genossin? wo wir nicht sind, aber du bist? wem nützt dies wachsame spalten?)? in dieser wendung vom "peilen", hör ich alter doch wieder den ton, der in meinem ohr nur noch piept, gegen den man sich lieber wehrt, einfach weil er nichts produziert außer isolation; der über alles schrill, der über uns alle so toll bescheid weiß, ach singt, ach immer so einsam, das hohe c, immer das ganz besondre, massenhaft unbrauchbar. aus ihm klingts so, als wüßtest du, wo hier draußen wir meisten sind (fern den kämpfen), und aber, wo ihr seid (ihnen nah). wir alle draußen schielen nach einheit, ihr aber kämpft! - und wenn hier draußen wir wir sagen, und sagen erstmal: wir sind in der scheiße, und aus der wollen wir zusammen raus vorwärts, gegen das pack, dann ziehst du dich mit so spruch vom "peilen" straight von uns allen weg, peilst nicht mehr mit; weißt schon alles. warum. woher. wohin des wegs, herr genosse? bleib doch mit uns zusammen! unser weg ist nicht breit, aber lang. da sollten wir frech zusammenhalten. und weg von den einsam donnernden hufen der wiederholung der wiederholung der wiederholung ...

ja. auch das so die frage: einsam groß und technisch immer toller die wiederholung - oder gemeinsam ameisenklein (der rote kopf; der nichts vergißt; josé saramago lesen!) das kratzen, der biß, die entdeckung? mensch helmut, wir brauchen uns gegenseitig! jede und jeder ist so zwischen einssechzig und einsachtzig über der kiste; mehr bringt keiner mit; aber das bringt er, das bringt sie. und nicht braucht grad heut schon wieder oder noch immer die lichtscharf geschliffene spitze den sturen schaft, die wahrheit den glauben. wir sind doch nicht pur beim letzten dämonenaustreiben. sondern sind allesamt, grad wieder mal eben, in schwierigen kommunistenkämpfen gegen das weltweite feixen (nochmal) aus fett. da sollten wir nicht, schon längst doch nicht, auf bündnisfäuste verzichten.

es war im romantischen immer die einsame einsicht bedeutend. es war im kommunistischen immer aber die absicht deutlich nach harter gemeinsamkeit. bist denn auch du nicht, helmut, trotz allem trotz allem!, ein ganz gewöhnlicher kommunist; also jetzt im schlamassel und in schwierigkeiten; und auf viele andre angewiesen; wie wir? oder doch lieber fern, mit den wenigen eures seltenen wissens, leidenschaftlich besonders? nein. dreck. das geht nicht. wir brauchen euch, ihr uns. wir brauchen einander, jede und jeden, der nicht aufgibt, die nicht aufgibt gegen den tückischen sieg dieser tage. was soll da die abgrenzung, die flüsternde abhebung der karstatt-entglasungen, des wannenkippens von der klappernden, suchenden rumtreiberei gezielt jetzt der linken; dies frei kämpfende abstandnehmen vom überprüfen, nachdenken, weiterdenken, aufarbeiten (!), rumreisen, organisieren, nun nicht mehr loslassen -?

red ich an dir vorbei?

dann sage, wo du bist. ich will, daß wir uns erreichen.

7. du schreibst an uns: als dann sichtbar war ... ziel nicht erreicht haben ... haben wir den hungerstreik angefangen ...

lieber helmut. diesen ganzen absatz lese ich aus meiner geschichte auch als das paradigma der geschichte wie der fehlergeschichte der letzten (fast) zwanzig jahre. und ich brauch da gar nicht den hinweis auf besondere bedingungen 88/89. nein. ihr seid, und das sage ich jetzt entsetzt, schon immer bedingungslos angefangen; oder unter eklatanter verschätzung der bedingungen.

Das haben andere längst vor mir aufgeschrieben, gesagt.

warum sage ich das erst jetzt?

ich wollte, daß es geht. wann, wenn nicht jetzt. wer, wenn nicht wir! erstens. zweitens hat sich diese kritik und selbstkritik, dies entsetzen erst an mich rangemacht nach und nach in den jahren der arbeit an kamalatta (83-87). daß kann man, wenn man das buch, diesen brief an euch alle, genau liest, überprüfen. aber dann, drittens, meine reisen jetzt in den letzten zwei jahren mit kamalatta, von kiel über hafen und hagen und heilbronn bis konstanz, hin und her, kreuz und quer, gruppen und gruppen und gruppen ... und mittendrin dann euer hungerstreikkampf hundert tage und mehr, euer leben ohnmächtig (fast), und mächtig (fast) der plan vom pack. das alles zusammen hat mir was klargemacht von der selbstübertreibenden kräfteverschätzung mitten unter uns, mitten in uns, von anfang an. der will ich von nun an widersprechen, helmut.

nicht, um irgendein bankhaus zu schützen. das bleibt der feind. nicht um frieden zu reden. ich sage: sie machen krieg. sondern um gründlich mit vielen, und wenn es nur irgend geht mit euch, mit euch allen (nix da der einzelgang still; aus dem lernen wir nichts!), voranzukommen gegen den lumpigen sieg jetzt weltweit. es wird von mir nun nicht mehr unterstützt werden die selbstverschätzung, dies tötliche selbstverwirklichen, dieser freie sprung an den kampfplatz außerhalb der totalität (so hat mir und sabine karl heinz beim besuch am 20-11-89 nochmal den kampf- und erfahrungsraum, den anfangsort revolutionären handelns gekennzeichnet). nein. sondern wir, die jetzt unterwegs sind, sind unterwegs mittendrin in der "totalität"; wohlwissend, daß es die totalität, wie ihr sie beschreibt (ich sag ihr, weil auch christa vor reichlich nem jahr daraus was klarmachen wollte), so gar nicht gibt; sondern quer im system überall gibts auch den riß für den griff der hand, unsrer hand. könntest ihr euch nicht drauf einlassen, über das nochmal gemeinsam nachzudenken; mit uns das zu diskutieren; einfach daß viele von uns hier draußen inzwischen eine andre wirklichkeitserfahrung haben, als ihr? - ihr denkt euch die welt inzwischen (?) hermetisch. das schnappt dem kampf die luft ab. das ist nicht gut. also fangt nicht einfach an, weder den nächsten hungerstreik noch sonstwas; nicht einfach ohne uns. ihr seid nicht, ihr macht euch allein.

8. aber wahrscheinlich, sagst du, wird demnächst, in absehbarer zeit, der (kämpfende) prozeß ein sich durchschlagen in einzelnen entscheidenden vorstößen sein.

ich denk, ich weiß, von was du da sprichst. finds falsch. hier ist kein bolivianisches waldgebirge (und sogar dort ging es dann nicht; nämlich nicht ohne die organisiert mitarbeitenden menschen des landes; wie, anders, in nicaragua später; vorher auf cuba; jetzt in el salvador). hier ist ein ausgeklügelter, sehr technisch fein ausgeästelter unterdrückungsapparat gegen uns in bewegung. bisher, unter der malmenden zustimmung aus allen fernsehküchen, frißt der weg (auf beinah nimmer wiedersehen), wen er beim vorstoß fängt. diese erfahrung ist da. ist schlimm. diese erfahrung nach vorn hin angreifend aufzulösen, ist die notwendige arbeit,

von vielen, gegen den schreck. sie straight übergehen, überflügeln wollen (da sind sie wieder, die engel der wahrheit), heißt lernen verweigern; ist also unkommunistisch; läutet glocken gegen den blitz. das wollen wir nicht. (aus lernenverweigernden wiederholungen übrigens holen sich die bullen die sicherheit, von der du zutreffend schreibst - dort wird demonstriert, hier wird regiert. oder einfach so: unsere dummheit wird ihnen übersichtlich. dann gehts. dann gehts uns schlecht.) wir wollen stattdessen jetzt rausarbeiten (ja auch für viele überprüfbar aufschreiben, öffentlich erklären), was wir gemeinsam an vielen orten des landes (größeres linkes land inzwischen ...!) jetzt wissen; und was wir jetzt wollen; und nicht wieder loslassen wollen. notieren auf reisen, in debatten; schreiben an arbeitstischen; dochdoch; unerläßliche grundlagenarbeit, aus der du und ihr und wir gelernt haben zu unterscheiden, unsre lage systematisch zu begreifen, aufzustehen, ist an ruhigen tischen geschrieben worden; nicht auf zetteln am schaft einer waffe. so ist das nun mal mit dem lernen (ganz gleichzeitig) mit dem lernen in jederfraus, jedermanns praxis, klar). und danach dann mit dem losgehen und machen.

nein? stimmt so nicht? sondern vor- stöße?

ja, helmut. vielleicht kommt das bei einem wie mir zu kurz. aber dennoch - wie weit vor? über die börse nach preungesheim? schon wieder schon wieder schon wieder? das ist falsch. das ist endlos ein elend für menschen, die wir lieben; die wir, die uns hier draußen jetzt brauchen. nein. sondern wir werden richtigeres lernen, als jeweils den kürzesten sprung. erstrecht jetzt gegen den weitausgreifenden zusammenschluß der internationalen apparate. langausgreifend unseren atmen.

ein mut fürchtet den tod nicht.

ein andrer nicht das leben.

den meinen wir.

den lassen wir nun nicht mehr los.

9. und nun noch: die kosten hochtreiben ... den mechanismus treffen ... nur so werden veränderungen erreicht werden ...

mensch, helmut, das ist so alt wie schwer, die älteste kommunistenweisheit. wirklich wahr. aber von dir da so binsenwahr verkürzt. und darin dann nur noch tötlich falsch. aus zwanzig jahren arbeit ums leben, eurer arbeit, toten aber und toten, abtrennung aber und trennung von euch, könnten wirs lernen; müssen wir ganz neu was lernen.

gegen das pack.

nicht zu machen?

nichts zu machen?

die wiederholung nur oder verrat?

das stimmt nicht.

Bitte denkt alle genau nochmal drüber nach. viele hier draußen tun das auch. wir geben nicht auf. aber wir drehn auch nicht durch. da könnt ihr euch drauf verlassen.

ich grüße dich.

ich grüße euch.

unruhig. fest verbunden.

C.

2. Das Europa des Kapitals und die Sozialcharta

Zur Frage der EG-Sozialcharta

Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:34

Der europäische Binnenmarkt, ein Projekt der Europäischen Gemeinschaft, hat nicht erst seit den Ereignissen in den Warschauer Pakt Staaten, eine ungeahnte politische Brisanz enthalten. Ab dem 1.1.1993 sollen die Verhältnisse in den EG-Staaten so weit gediehen sein, daß dieser Teil der Welt einen einheitlichen Wirtschaftsraum bilden soll.

Neben dem weiten Feld der individuellen Freizügigkeiten innerhalb der EG-Staaten, wie der freien Wahl des Wohnortes, des Arbeitsplatzes - soweit vorhanden - sollen, die unterschiedlichen Sozialordnungen der Mitgliedstaaten harmonisiert werden. Dies jedenfalls könnte mensch meinen. Wenn schon auf den unterschiedlichsten finanz- und wirtschaftspolitischen Ebenen die Harmonisierung der unterschiedlichen nationalen Standards erfolgen soll - bis hin zu Plänen einer EG-Zentralbank etwa -, warum soll dann nicht auch auf dem Felde der Sozialordnungen eine Vereinheitlichung erfolgen?

Kontraproduktive Harmonisierung?

"Wettbewerb der Systeme und nicht Harmonisierung um jeden Preis ist die angemessene Politik zur marktwirtschaftlichen Weiterentwicklung der europäischen Wirtschaft.", heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage der Fraktionen der Regierungskoalition zum Thema "Sozialraum Europäische Gemeinschaft". Zur Frage, ob die Bundesregierung überhaupt die Notwendigkeit einer Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme in der EG sehe, werden deutliche Töne angeschlagen:

"Die Bundesregierung betrachtet eine zu rasche Harmonisierung der Sozialstandards in Richtung auf das jeweils höchste Niveau als kontraproduktiv, da bestehende Wettbewerbsvorteile der weniger entwickelten Regionen abgebaut würden. Als Folge würden sich die wirtschaftlichen Aktivitäten noch mehr auf die schon jetzt leistungsfähigeren Regionen konzentrieren. Kapital würde vermutlich hierher wandern, während in den leistungsschwachen Gebieten die notwendigen Arbeitsplätze nicht entstünden bzw. sogar verloren gingen." (Antwort S. 47)

Dies bedeutet, daß trotz aller Floskeln nicht daran gedacht wird, die Lebens-und Arbeitsbedingungen der Menschen in der EG zu vereinheitlichen. Abgesehen davon, daß die sozialen Sicherungssysteme in den Staaten der europäischen Gemeinschaft historisch gewachsen und sehr unterschiedlich sind, verdeutlicht die Antwort der Bundesregierung auch die grundsätzliche Ablehnung, einen Teil der Gründungsverträge der EG zu verwirklichen. Darin verpflichten sich die Mitgliedsstaaten der EG, die Lebensverhältnisse in ihren Staaten nicht nur zu verbessern, sondern auch anzugleichen. Hier zeigt sich wieder einmal der Zweck der Unternehmung, die sich früher noch EWG: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nannte. Die westeuropäischen Unternehmen sollen möglichst optimale Bedingungen des Wirtschaftens erhalten, damit sie besser als je zuvor im weltweiten Konkurrenzkampf ihre Position behaupten und ausbauen können. Hierfür soll die EG-interne Arbeitsteilung zwischen den hochindustrialisierten Staaten des Nordens und den im Vergleich dazu mehr agrarisch strukturierten Staaten des Südens aufrecht erhalten werden. Zur Zeit sind die Staaten des Nordens die Länder mit den höchsten Produktionskosten - was ihrer konkurrenzbeherrschenden Position aufgrund der entwickelten Industrie und Produktivität keinen Abbruch tut, eher im Gegenteil. Die billigeren Produktionskosten im Süden der EG lassen sich dabei gleichzeitig blendend ausnutzen. Das billigere an den Kosten sind die Arbeitskräfte und die damit verbundenen Lohnnebenkosten. Die Harmonisierung des Binnenmarktes wird sich größtenteils auf die Sphäre der Ware-Geld Beziehungen beschränken. Im Bereich des Sozialen wird es allenfalls begleitende Maßnahmen geben. Und dies auch nur, um sozialen Sprengstoff zu vermeiden. "Sozialer Fortschritt ist ohne höhere wirtschaftliche Leistungskraft ebenso wenig denkbar wie Zustimmung der Gesellschaft zur Marktwirtschaft ohne sozialen Ausgleich." (Antwort S. 45)

Schrankenloses Europa: Für wen rentiert's sich?

Aus allem wird deutlich, daß das Gerede von einem einheitlichen Sozialraum eher einer Beruhigungsstrategie gleichkommt. Das dies auch so bleibt, dafür sorgen insbesondere die westeuropäischen Unternehmer mit ihren Verbänden. So äußerte sich der Dachverband der europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbände zur

geplanten EG-Sozialcharta: "Zu viel Regulierung und zentrale Kontrolle werden die unternehmerische Initiative abwürgen, die Sozialpartner entmutigen und, was das Schlimmste ist, den Zielen des Binnenmarktes sowie dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft entgegenwirken." (FAZ 29.1.)

Diese Sicherung der unternehmerischen Initiative bedeutet nichts anderes, als das das jetzt schon realisierte Europa des Kapitals auch ja keine Schranken bekommt. Dies entspricht ziemlich genau jenen Positionen, die die stärksten Unternehmen innerhalb der EG vertreten. Und die sitzen in der BRD, in Frankreich und in Großbritannien. M. Thatcher fährt in dieser Frage einen eindeutigen und klaren Kurs: "Wenn die Sozialcharta eingeführt würde und die EG-Partner ihre Kosten durch Verordnungen und aufgezwungene Lasten maximieren, schaffen sie Arbeitslosigkeit. Dazu sind wir Europa nicht beigetreten." (FAZ, 19.5.89) Dies heißt nichts anderes wie: Nur was für britische Unternehmen gut ist, ist gut für die EG. Darüberhinaus erteilt M. Thatcher jedem Gedanken an Mitbestimmung, sozialer Mitsprache oder ähnlichem eine kategorische Absage: "Wir glauben, daß man zurückgeht zum Marxismus, zurück zum Klassenkampf, wenn man Arbeiter in Aufsichtsräte setzt. Ich glaube an Meritokratie. Ich glaube nicht an den Klassenkampf. Es ist mir völlig egal, wo du herkommst und wer dein Vater ist. Jeder kommt nach seinen Fähigkeiten voran." (Interview im Daily Mirror z.n. FAZ, 19.5.89) Demnach sollte die Sozialcharta der EG eine unverbindliche Absichtserklärung sein, an die sich halten kann, wer will.

Demgegenüber scheinen die meisten anderen EG-Staaten immerhin an einem konkreten und auch justitiablen Katalog über Mindestanforderungen der ArbeitnehmerInnenrechte interessiert. (Es geht dabei um Mindestbestimmungen bei Urlaubsregelungen, Mutterschaftsurlaub und beim Verbot der Kinderarbeit etwa.) Es geht dabei ausschließlich um die Sicherung der in den jeweiligen Staaten schon erreichten Mindeststandards, mit der Angleichung der sozialen Sicherungssysteme hat es recht wenig zu tun. Die britische Position wird zu einer weiteren Verwässerung des Vorhabens führen. So skizzierte die griechische EG-Kommissarin Vasso Papandreou schon eine Kompromißlinie, die die sozialen Grundrechte in der Gemeinschaft als Sammlung unverbindlicher Normen vorsieht. Die EG-Sozialcharta soll danach analog zur Charta der ArbeitnehmerInnenrechte der Vereinten Nationen formuliert und verabschiedet werden. Diese beinhaltet bestimmte Rechte, wie Koalitionsfreiheit, freie Wahl des Arbeitsplatzes und dergleichen mehr auf der Ebene unverbindlicher Rechtspostulate. Damit aber hätte sich die britische Haltung weitgehend durchgesetzt, ohne daß die übrigen Staaten kompromittiert wären.

Freiheit der Verhandlung

Unter dieser Orientierung konnte sich auch der Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG einigen. Diese beratende Versammlung von Organisationen der Arbeitgeber, der abhängig Beschäftigen, der Verbraucher, der Selbständigen und der Bauern verständigte sich auf einen Katalog von Grundsätzen der künftigen Arbeitsbeziehungen in der EG. "Die empfohlenen Normen lehnen sich eng an die bereits bestehenden allgemeinen Grundsätze des Europarates und der Vereinten Nationen an. So sollen zum Beispiel ein Recht auf sozialen Schutz aller Bevölkerungsgruppen, ein Recht auf Bildung, auf Schutz des Privatlebens sowie des persönlichen Eigentums ebenso festgeschrieben werden wie die Grundsätze der Vereinigungsfreiheit, des Verbots der Zwangsarbeit und die Freiheit der Berufswahl. Außerdem spricht sich der Ausschuß für das Recht auf frei ausgehandelte Löhne, berufliche Fortbildung und Jahresurlaub aus." (FAZ, 24.2.89) Mit derartigen Allgemeinplätzen wird die Freiheit der Unternehmer nicht beeinträchtigt und die Belegschaften sowie ihre Gewerkschaften werden auf das Feld der Verhandlungen verwiesen. Dort existiert zwar de jure Gleichheit, aber de facto ist natürlich auch dort die Freiheit der Verhandlung die Freiheit des Kapitals.

Daß es bei allem Gerede und Verhandlungen letztendlich nur um diese Freiheit geht, verdeutlicht die Bundesregierung in der schon erwähnten Antwort auf eine große Anfrage: "Allerdings sieht sie das Soziale nicht allein in der Umverteilung von Einkommen und in der Verwirklichung von Arbeitnehmerschutzrechten, so wichtig diese im konkreten Fall auch sind. Der Beitrag der Gemeinschaft zur Gestaltung einer demokratischen Freiheits- und Friedensordnung gehört nach Ansicht der Bundesregierung ebenso zur sozialen Dimension wie die Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger durch die Gewährleistung des freien Waren- und Kapitalverkehrs, der Niederlassungsfreiheit und der Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes." (Antwort S. 45) Somit ist klargestellt, worum es bei der gesamten Auseinandersetzung um die EG-Sozialcharta geht. Mehr Wohlstand für alle in Europa meint mehr Wohlstand für das Kapital.

In einem Vortrag vor der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr äußerte sich Otto Schlecht, Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, zu diesen Fragen (laut FAZ v. 23.1.89) wie folgt: "Der gemeinsame Markt sei eine Chance, durch eine günstigere wirtschaftliche Entwicklung den Wohlstand für alle zu steigern. Das müsse von einer sozialen Flankierung begleitet sein. Verfehlt wäre es, die weniger entwickelten Regionen möglichst rasch auf das deutsche Sozialniveau anheben zu wollen. Dadurch würden ihnen Kostenvorteile und Wachstumsimpulse genommen." Nur wenn es den Menschen in ärmeren Regionen der EG weiter schlechter geht, kann es ihnen angeblich später besser gehen. Die Bundesregierung erklärte dazu: "Von großer Bedeutung für die Standortqualität sind Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität. Die bestehenden Vorteile der leistungsschwächeren Regionen bei den Arbeitskosten schaffen die Voraussetzungen dafür, daß Kapital in diese Regionen fließen sowie die Arbeitslosigkeit in diesen Regionen abgebaut werden kann und daß die nötigen Anpassungen stattfinden können." (Anfrage S. 46)

EGB: Gewerkschaften auf der Suche

Die Gewerkschaften der betreffenden Länder hinken dieser Entwicklung weit hinterher. Bis auf wenige Ausnahmen gibt es bisher weder grenzübergreifende Tarifverträge noch Betriebsvereinbarungen. Gemeinsame Vorstellungen der im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zusamengeschlossenen Gewerkschaften existieren bisher nur auf der Ebene politischer Absichtserklärungen, aber nicht in der Frage, welche Politik in punkto EG-Binnenmarkt 92 zu machen sei. Die Positionen erstrecken sich von der strikten Ablehnung des EG-Binnenmarktes durch die französische CGT bzw. Teile des britischen TUC bis hin zur Begrüßung des EG-Binnenmarktes seitens der IG Chemie und IG Bergbau in der BRD. Die IG Metall sowie die italienische CGIL nehmen differenziertere Positionen ein. Sie begrüßen die Einführung des Binnenmarktes, machen ihre Zustimmung aber von der Einführung weitestgehender sozialer Harmonisierung auf höchstem Niveau abhängig. Insbesondere fordert die IG Metall, daß auch auf gesamt EG-Ebene das Modell der BRD-Mitbestimmung für Aktiengesellschaften zu gelten habe. Angesichts der britischen Haltung zu dieser Frage ist deren Durchsetzung äußerst unwahrscheinlich. Aber auch jenseits dieser Vorstellungen ist eine Einigung der westeuropäischen Gewerkschaften nicht in Sicht. Klaus Zwickel, Tarifexperte der IG Metall, äußerte die Ansicht, daß eine gemeinsame europäische Tarifpolitik zwar das Ziel sei, aber noch in weiter Ferne liege. Aktuell ist auch nicht erkennbar, wie eine mögliche Einigung aussehen könnte. Stattdessen wird vom EGB die gewerkschaftliche Solidarität beschworen und an das Bewußtsein der Beschäftigten appelliert, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Wie dies allerdings angesichts der Konkurrenz um Standorte und Beschäftigung ohne EG-weite gewerkschaftliche Aktivitäten funktionieren soll, bleibt unklar. Der EGB mit seinen Gewerkschaften macht derzeit nicht den Eindruck, solches bewerkstelligen zu können.

Great Britain

In Großbritannien sind die Gewerkschaften durch die Politik der konservativen Regierung gleichsam in zwei Lager geteilt: auf der einen Seite die Organisationen des klassischen Industriepotentials (Bergbau, Druck, Textil, Stahl) mit eher kämpferischen Belegschaften, auf der anderen Seite die neuen Industriezweige (Elektronik, technisch-wissenschaftliche Intelligenz) mit anpassungswilligen, integrativ wirkenden Organisationen. Angesichts dieser Auseinanderentwicklung ist es nicht verwunderlich, daß seitens des TUC keine einheitliche Haltung in punkto EG 92 erkennbar ist.

France

Frankreich ist einer der Staaten in der EG mit der geringsten Organisationsquote, nur knapp 15% aller abhängig Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert. Die beiden linken Gewerkschaften CGT und CFDT haben nach militanten Kämpfen in den siebziger Jahren stark an Einfluß zugunsten integrativeren Gewerkschaftsbünde FO, CGC und CFTC verloren. Bedingt durch den Bedeutungsverlust der kommunistischen Partei und der Modernisierungsstrategie der sozialistischen CFDT verlor die kommunistische CGT immens an Einfluß und mußte einen Mitgliederverlust von über 50% hinnehmen. Aber auch in den übrigen nichtkommunistischen Gewerkschaften fällt die Organisationsquote weiter. Angesichts der Veränderung der sozialistischen Wirtschaftspolitik in Richtung Angebotsorientierung keimt die spontane Streiktätigkeit wieder auf - allerdings an den Gewerkschaften vorbei. Da in Frankreich traditionell so gut wie keine Verrechtlichung der industriellen Beziehungen vorhanden und obendrein ein gewerkschaftlicher Dachverband in keiner Form existent ist, scheinen die Gewerkschaften in Frankreich existenziell bedroht. Von

daher ist es nicht verwunderlich, daß es keine ausformulierte Haltung zum westeuropäischen Binnenmarkt gibt. Zudem ist von den französischen Gewerkschaften nur die FO im EGB europäisch eingebunden.

Italia

Nach dem Ende der militanten Kämpfe der sechziger und Anfang der siebziger Jahre rückten die drei großen Gewerkschaften in Italien enger zusammen. CGIL, CISL und UIL versuchten durch enge Absprachen untereinander und mit staatlichen Ebenen, die Einflußverluste aus der Zeit der militanten Auseinandersetzungen wettzumachen. Diese Versuche endeten an dem Punkt, wo es galt, eine gemeinsame Haltung gegen den staatlichen Sozialabbau zu formulieren. Die sozialistisch/kommunistische Einheitsgewerkschaft CGIL verurteilte insbesondere die Aufhebung der scala mobile, mit der die Lohnhöhe automatisch an die laufende Inflationsrate angepaßt wurde. Die sozialdemokratische CISL sowie die christlich-konservative UIL unterstützten hingegen den Kurs der Haushaltskonsolidierung auf Kosten der abhängig Beschäftigten. Erst der Druck der Basis in den Betrieben brachte die Gewerkschaften wieder enger aneinander. Aufgrund der Unzufriedenheit mit der Politik der traditionellen Gewerkschaften bildeten sich vielfach in den Betrieben eigene Basiskomitees (COBA). Erst nachdem Bruno Trentin, der selbst aus einem dieser Basiskomitees stammt, Vorsitzender der CGIL wurde, verbesserte sich zunehmend das Klima zwischen den COBAs und der CGIL. Wie sich dies insgesamt auf die gewerkschaftliche Landschaft Italiens auswirken wird, bleibt abzuwarten. Mit Trentin steht allerdings an der Spitze der nach wie vor größten italienischen Gewerkschaft ein Befürworter der europäischen Einigung und des EG-Binnenmarktes. Für ihn ist die Politik der IG Metall in der BRD vorbildlich. Somit ist zu erwarten, daß die drei großen Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL die Gruppe der EG-Binnenmarkt Befürworter im EGB ergänzen werden.

Espana

Der zweite Staat in der EG mit einer geringen Organisationsquote ist Spanien. Rund 14% aller abhängig Beschäftigten sind in unterschiedlichsten Gewerkschaften organisiert. Es existieren zwei Dachverbände: den UGT, der eng mit der Regierungspartei PSOE verbunden ist und den CCOO, der der PCE nahesteht. Im UGT sind 40%, im CCOO ca. 35% aller spanischen Gewerkschaftsmitglieder organisiert. Darüberhinaus existieren noch die baskische ELA, die galizische INTG, die anarchosyndikalistische CGT sowie die katholische USO. Kennzeichnend für die Situation der spanischen Gewerkschaften ist erstens, in der Zeit nach Franco eine Position in der Gesellschaft zu finden und zweitens, eine Position zur Politik der PSOE Regierung zu formulieren. Erst mit der Mobilisierung zu einem Generalstreik am 14.12.89 der von UGT und CCOO gemeinsam gegen die rasante Modernisierungspolitik der PSOE durchgeführt wurde, scheint ein erster Schritt zu mehr Zusammenarbeit und gemeinsamen Vorgehen getan. Zu den Fragen des europäischen Binnenmarktes sind derzeit keine klaren Positionen zu erkennen. Dies ist allerdings bei den Bedingungen in Spanien selbst auch nicht verwunderlich.

BRD

Der DGB kann in der BRD auf eine Arbeiterschaft bauen, die zu rund 42% organisiert ist. Zudem ist die BRD das Land in der EG mit den industriellen Beziehungen, die den höchsten Grad an Verrechtlichung aufweisen. Dies hat den Vorteil, daß in wirtschaftlichen Krisensituationen auch trotz niedrigen Niveaus der Abwehrkräfte die Deregulierung nicht so rasch vonstatten gehen kann, wie in anderen Ländern. Der Nachteil in dieser Verrechtlichung besteht aber in einem nicht unerheblichen Verzögerungseffekt, wenn es darum geht, bei guter Konjunktur etwa, die tariflichen Leistungen oder andere organisatorische Neuerungen an die neuen Verhältnisse anzupassen. Hinzu kommt, daß die Mitgliederstruktur des DGB weitgehend der Beschäftigtenstruktur der fünfziger und sechziger Jahren entspricht. So liegt etwa der Angestelltenteil im DGB weit unter dem Anteil der Angestellten in der Gesamtarbeiterschaft. Ähnlich sieht es mit dem Organisationsgrad der Frauen aus. Innerhalb des DGB gibt es keine Gewerkschaft, die das Projekt EG-Binnenmarkt ablehnt. Die Einzelgewerkschaften unterscheiden sich nur in der Art und Weise ihrer Argumentation, bei der Frage, in welcher Form die Forderung nach einer einheitlichen EG-Sozialordnung umgesetzt werden. Diese Unterscheidungen verlaufen analog zu denen in der Debatte um die Arbeitszeitverkürzung; also zwischen IG Metall und IG Chemie. Diese Differenzen haben aber keinen Einfluß auf die Formulierung der Positionen des EGB etwa. Hier sind sich beide Seiten soweit einig, daß mensch den Binnenmarkt will, allerdings mit sozialer Flankierung.

Das dicke Ende?

Der EG-Binnenmarkt wird für 1992 angepeilt, sei es mit oder ohne gewerkschaftliche Beteiligung. Sollten insbesondere die im EGB zusammenarbeitenden Organisationen ein ernsthaftes Interesse an der Errichtung einer EG-weiten einheitlichen Sozialordnung haben, wäre es Zeit, daß sie sich um eine einheitliche Position dazu und insbesondere um Vorgehensweisen bemühen, die genauso wie das Kapital nicht vor nationalen Grenzen in der EG halt machen würden. Denn nur durch gewerkschaftliche Aktivitäten im westeuropäischen Rahmen wird vielleicht ein Pendant entstehen, das ernster zu nehmender ist als es im Moment der Fall ist.

as

3. Die letzten Wochen der DDR: Regierung und SED-PDS opfern die Souveränität

Rubrik: PDS; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:50

Nach dem 13. August 1961 ließ Axel Springer jahrelang auf der Titelseite seiner BILD mitzählen: seit 113 Tagen die Mauer in Berlin, seit 425 Tagen die Mauer in Berlin, seit 748 Tagen die Mauer in Berlin ... Seit kurzem läuft nun an gleicher Stelle der Countdown für die DDR: noch 48 Tage bis zur Freiheitswahl, noch 45 Tage bis zur Freiheitswahl, noch 40 Tage bis zur Freiheitswahl ...

Die letzten Wochen der DDR als selbständiger Staat scheinen unaufhaltbar begonnen zu haben. Nach dem 18. März wird die DDR voraussichtlich eine Koalitionsregierung bekommen, deren Parteien sich im Ziel einer raschen "Wiedervereinigung" weitgehend einig sind. Mehr noch: Falls, wie zu befürchten, die östlichen Filialen der SPD, CDU/CSU und FDP als stärkster Block in die Volkskammer einziehen, wird die DDR praktisch direkt von der BRD aus regiert werden. Wirtschafts- und Währungsunion, Bildung gemeinsamer Gremien, gemeinsame Staatsbürgerschaft, gemeinsamer Bundespräsident werden in atemberaubenden Tempo folgen. Die Eigenstaatlichkeit der DDR bleibt allenfalls als leere Hülle noch eine Zeitlang erhalten. Schon hat die LDPD der DDR, die in enger Verbindung zur bundesdeutschen FDP steht, einen konkreten Termin vorgeschlagen: Volksentscheid in beiden deutschen Staaten über die Einheit am 2. Dezember, dem voraussichtlichen Termin der Bundestagswahl. Einziges Hindernis: Das Grundgesetz des "freiheitlichsten Staates auf deutschem Boden", der BRD, sieht keinen Volksentscheid vor; in der Vergangenheit wurde dieses Instrument sogar kriminalisiert.

Jedenfalls ist festzustellen, daß der vor kaum drei Monaten besonders von Brandt und Weizsäcker formulierte, relativ "behutsame" Kurs eines langfristigen Zusammenwachsens der beiden Staaten schon nicht mehr aktuell ist. Heute sind es in erster Linie SPD-Politiker, die sich mit der Prognose hervortun, die Vereinigung werde noch schneller kommen, als viele sich das vorstellen.

Dem Ziel, diesen anscheinend schon für unvermeidbar gehaltenen Ablauf zu verzögern und sich einen Rest von Einfluß auf den Gang der Dinge zu bewahren, sollte eine der letzten Amtshandlungen von DDR-Regierungschef Modrow dienen: Am 1. Februar verkündete er, die "Vereinigung der beiden deutschen Staaten" rücke auf die Tagesordnung, und gab - noch recht vage formuliert - mehrere Schritte auf diesem Weg an. Da Modrow gerade zwei Tage zuvor in Moskau gewesen war und Gorbatschow dort schon eingeräumt hatte, die "Vereinigung der Deutschen" werde "niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen", liegt eine direkte Absprache auf der Hand. Für BILD ein Anlaß, zum zweiten Mal seit dem 9. November 1989 einen Personennamen in schwarz-rot-gelben Lettern auf die Titelseite zu nehmen: Der erste war Boris Becker gewesen, nun Gorbatschow. (31.1.) Am folgenden Tag gar die vierspaltige Schlagzeile: "Macht Gorbatschow zum Ehren-Deutschen!"

Die von Modrow skizzierten vier "Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit" sehen so aus:

1. Abschluß einer "Vertragsgemeinschaft", die bereits "wesentliche konföderative Elemente" enthalten soll - Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion sowie Rechtsangleichung.

2. Bildung einer Konföderation mit gemeinsamen Gremien und Einrichtungen, wie etwa eines gemeinsamen Bundesrats als Ländervertretung.

3. Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an gemeinsame Machtorgane.

4. Bildung eines einheitlichen Staates durch Wahlen in beiden Teilen; Bildung eines gemeinsamen Parlaments und einer einheitlichen Regierung mit Sitz in Berlin.

Für diesen Prozeß nannte Modrow mehrere notwendige Voraussetzungen: Beide Staaten müssen die Vereinigungsschritte mit ihren Verpflichtungen gegenüber anderen Ländern und Ländergruppen "in Übereinstimmung bringen". - Strikte Erfüllung früherer Abkommen zwischen BRD und DDR, insbesondere Beachtung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. - "Wahrung der Interessen und Rechte der vier Mächte (der Alliierten des 2. Weltkriegs) sowie der Interessen aller Völker Europas am Frieden." - BRD und DDR sollen bereits auf dem Weg des Zusammenschlusses den Status "militärischer Neutralität" annehmen.

Die Spitze der SED-PDS legte gegenüber diesem Konzept des Ministerpräsidenten, der ja immer noch ihrer Partei angehört, Wert auf Distanz. Neben der unpräzisen Betonung "grundsätzlicher Übereinstimmung" wurden Differenzen herausgearbeitet: Für die SED-PDS sei unverzichtbar, daß in einem Vereinigungsprozeß "die soziale Sicherheit und die notwendigen rechtlichen Garantien für die Bürger der DDR gewährleistet werden". Die "Werte der DDR" müßten in den Prozeß eingebracht werden. "Voraussetzung für den Einigungsprozeß ist jetzt die Respektierung der Eigenständigkeit und Eigenstaatlichkeit der DDR in ihrer Identität." Eine sofortige Vereinigung sei nicht möglich.

Während diese Punkte im Konzept Modrows zwar nicht erwähnt sind, aber ihm auch nicht explizit widersprechen, meldet die SED-PDS in einem Punkt ausdrücklich Widerspruch an: Nur militärische Neutralität eines zukünftigen Deutschland genüge nicht. "Wir gehen für diesen Zeitpunkt von der Notwendigkeit der Entmilitarisierung Deutschlands aus."

Unter dem Strich bleibt die grundsätzliche Zustimmung der SED-PDS zu einem Vereinigungsprozeß, den der Parteivorsitzende Gregor Gysi schon vor der Modrow-Initiative gegenüber der BILD akzeptiert hatte: "Dieser Prozeß ist nicht mehr aufzuhalten." (30.1.)

So scheint die SED-PDS entschlossen, das Unvermeidliche irgendwie noch mitzugestalten und einzugrenzen. Daß dies nicht vorschnell und oberflächlich als opportunistische Anpassung und Kapitulation interpretiert werden sollte, macht beispielsweise Gysis Warnung deutlich: "Eine Wiedervereinigung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre ein klarer Sieg der Rechten. Die Linken würden völlig an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das gilt auch für die westdeutschen Sozialdemokraten!" (Aufbau, 19.1.) - Ebenfalls Gysi in einer Rede am 26. Januar: "Die pauschale Verurteilung der vergangenen 40 Jahre, die Negierung der Tatsache, daß Deutschland den zweiten Weltkrieg begann und glücklicherweise verlor und daß sich daraus und aus dem kalten Krieg Konsequenzen ergaben, führt zu dem Versuch, einem ganzen Volk - nicht etwa nur seiner Führung - die Identität und die Würde zu nehmen. Das kann individuell und massenpsychologisch zu einer Katastrophe führen. In diesen 40 Jahren wurde aber auch viel aufgebaut, und zwar ohne Marshall-Plan und bei hohen Reparationsleistungen - durch das Volk. Und es gab und gibt ... eine kulturelle Identität der DDR." (Neues Deutschland, 1.2.)

Wieweit sich die SED-PDS noch praktische Chancen für eine Einflußnahme ausrechnet, kann schwer beurteilt werden. Jedenfalls hat Gregor Gysi in letzter Zeit mehrfach seine Zuversicht geäußert, daß es in der DDR hinter dem vordergründigen Bild der radikalen Wiedervereinigungs-Demonstrationen eine Mehrheit für die Bewahrung der Eigenstaatlichkeit gebe. Nicht aus globalstrategischen Überlegungen heraus und nicht dem Sozialismus zuliebe, wie Gysi selbst zugibt, sondern vor allem aus Gründen der sozialen Sicherheit. Die SED-PDS scheint darauf zu setzen, künftig als Hauptpartei der Linksopposition zur Sprecherin der Sorgen und Widerstände einer "schweigenden Mehrheit" gegen den ökonomischen, politischen und kulturellen Imperialismus der BRD zu werden.

Wieweit das noch realistisch ist oder ob sich nicht wirklich die riesige Mehrheit der DDR-Bevölkerung dem mächtigen und reichen Nachbarn einfach in die Arme wirft, wird die Zukunft zeigen müssen. Es wird sicher wesentlich davon abhängen, mit welchen konkreten Ergebnissen für den Lebensstandard, sozialen Status usw. der DDR-Bevölkerung dieser Prozeß in den nächsten Monaten anläuft.

Auf jeden Fall scheint die Modrow-Initiative erst einmal zu spät zu kommen, da sie aus einer Position absoluter und öffentlich eingestandener Schwäche und Ausweglosigkeit erfolgt - und daher von den Rechten nur als weiteres Zurückweichen eines bereits geschlagenen Gegners wahrgenommen und dargestellt wird. Die Bundestagsparteien - mit Ausnahme der Grünen - können es sich leisten, Modrow eiskalte Schultern zu zeigen: Mit dem Mann, der doch nur noch eine kurzlebige Übergangs- und Notstandsregierung leite, werde es vor dem Wahltermin 18. März keine Verhandlungen über sein Vereinigungskonzept geben. Schließlich kann man sich ja ausrechnen, daß man mit der nach dem 18. März gebildeten DDR-Regierung leichteres Spiel haben wird als mit der jetzigen.

Neben den schwer einzuschätzenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Vereinigungsprozesses bleibt der künftige internationale Status der beiden deutschen Staaten oder eines späteren Einheitsstaats der zentrale Problempunkt. Auf die Forderung Modrows (und der UdSSR!) nach militärischer Neutralität will sich keine der Bundestagsparteien - wieder mit Ausnahme der Grünen - auch nur gedanklich einlassen.

Andererseits begreift man aber auch die offizielle Gegenposition der US-Regierung - Ja zur Vereinigung, aber dann muß ganz Deutschland in der NATO sein - als der zeit unrealistisch und argwöhnt, daß dies lediglich ein Sprengsatz gegen den Vereinigungsprozeß sein soll. Weithin herrscht zwischen den Parteien Einigkeit, daß die sowjetischen Sicherheitsinteressen nicht außer acht gelassen werden dürften und daß sich eine einfache Einbeziehung der DDR in die NATO verbiete. Hier kommen dann verschiedene Übergangsmodelle zum Tragen, die bis zu einer zeitweisen Entmilitarisierung der DDR, einer Art gemeinsamer Kontrolle durch die vier "Siegermächte" oder einer ausschließlich politischen NATO-Anbindung der DDR reichen. Da diese Vorstellungen aber offensichtlich das langfristig bestehende Kernproblem für die sowjetischen Sicherheitsinteressen nicht lösen, wird hilfsweise nachgeschoben: Auflösung der Militärpakte bzw. deren allmähliches Übergehen in ein neues gesamteuropäisches Pakt- und Sicherheitssystem, das dann die UdSSR einschließen würde. Rein theoretisch korrespondiert das ganz gut mit dem "neuen Denken" der sowjetischen Außen- und Militärpolitik. Aktuell sieht es aber so aus, als würde der deutsche Vereinigungsprozeß sehr viel schneller ablaufen als eine bisher nur hypothetische Auflösung oder Verschmelzung von NATO und Warschauer Pakt. Der destabilisierende Effekt wäre unübersehbar, in seinen Risiken und Konsequenzen unberechenbar.

Kt.

4. Die Zukunft Südafrikas ist schwarz - Ein Durchbruch im Apartheitsstaat: ANC legalisiert, Nelson Mandela bald frei

Ein Durchbruch im Apartheidstaat: ANC legalisiert, Nelson Mandela bald frei

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:51

Freiheit für Nelson Mandela und andere politische Gefangene, Aufhebung des Verbots von ANC, PAC, SACP und UDF, Aufhebung der Pressezensur versprach der südafrikanische Präsident de Klerk in seiner Eröffnungsrede vor dem Parlament am 2. Februar. Damit erfüllte de Klerk einen Teil der Vorbedingungen des südafrikanischen Widerstands für Verhandlungen mit dem Apartheidregime. Das Rassistenregime beugt sich damit vor dem über 75 Jahre währenden Kampf der nichtweißen Mehrheit der Kaprepublik. Der Kampf für Demokratie und Freiheit tritt damit in eine der heißesten Phasen in seiner langen Geschichte.

"Die Wahlen am 6.9.1989 haben unser Land unwiderruflich auf den Weg tiefgreifender Veränderungen gestellt. Der Hintergrund dafür ist die wachsende Erkenntnis von einer größer werdenden Zahl Südafrikaner, daß nur eine Verständigung in Form von Verhandlungen zwischen den repräsentativen Führern der ganzen Bevölkerung einen dauerhaften Frieden herstellen kann." Mit diesen Worten revidierte de Klerk den strategischen Versuch des weißen Rassistenregimes, den Widerstand gegen die Apartheid mit polizeilichen und militärischen Mitteln zu brechen. Es ist dies das Eingeständnis, daß der Widerstand der südafrikanischen Befreiungsbewegungen stärker war als die Macht des Regimes, die auch mit einer diktatorischen Präsidialregierung und einem der kompetentesten Militär- und Polizeiapparate der Welt den Willen eines entschlossenen Volkes nicht brechen konnte.

Zu den Parlamentswahlen 1984 legte die südafrikanische Regierung ein Gesetz zur Beteiligung der nichtweißen Bevölkerung an den Wahlen vor. Der nichtweißen Bevölkerung wurde zugestanden, zu einem Dreikammerparlament zu wählen, das aber keine wesentliche Kompetenz hatte. Die rassistische Trennung wurde damit ein weiteres Mal festgeschrieben, nur sollte mit diesem Scheinangebot dem südafrikanischen Widerstand die massenmäßige Unterstützung im Kampf für ein wirklich demokratisches, nichtrassisches Südafrika entzogen werden. Als Antwort entstand eine massenhafte Boykottbewegung, die United Democratic Front (UDF), und die Beteiligung an den Wahlen zum Dreikammerparlament war sehr gering (ca. 25%), womit diese Initiative des Rassistenregimes gescheitert war.

In den folgenden Jahren wurde die UDF zum Zentrum der Opposition, mehrere tausend Gruppen, Initiativen, Parteien und Bewegungen vereinigten sich unter diesem Dach. Grundlegende Programmatik war die Freiheitscharta des ANC. Später schloß sich auch der Gewerkschaftsverband COSATU diesem Bündnis an, so daß der gewerkschaftliche und politische Widerstand in dieser Massenbewegung vereint war. Sowohl das Verbot der UDF als auch die Verhaftung tausender Aktivistinnen und Aktivisten, die Liquidierung einiger Dutzend Führungskader und die Verhängung des Ausnahmezustandes konnten die Politikfähigkeit dieser Massenorganisation nicht brechen.

Spaltungsversuche mit Hilfe von INKATHA und schwarzen Terrorbanden konnten den engeren Zusammenschluß des Widerstandes nicht verhindern. Zum übergeordneten Orientierungspunkt wurde mehr und mehr der ANC.

Neben die Unmöglichkeit, den Widerstand im Inneren der südafrikanischen Republik zu brechen, trat im Herbst 1988 die militärische Niederlage der südafrikanischen Armee im Süden Angolas. Für eine weiße Bevölkerung, die zur großen Mehrheit von der Überlegenheit des weißen Mannes über "den Schwarzen" zutiefst überzeugt ist, war eine solche Niederlage verheerend, obwohl die südafrikanischen Streitkräfte rein zahlenmäßig geringere Verluste als die angolanische Armee erlitten. Die Kriegsdienstverweigerungskampagne erhielt in dieser Phase einen massiven Aufschwung, und die Ereignisse in Südangola bestimmten zu einem gewissen Teil auch die Entscheidung des Rassistenregimes, mit der Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit die äußere Front zu begradigen.

Außen- und wirtschaftspolitisch wurde die südafrikanische Wirtschaft stark getroffen durch die internationalen Sanktionen. Obwohl die westlichen Industriestaaten immer eine sehr zögerliche Haltung in dieser Frage an den Tag legten, zogen sich auf der privatwirtschaftlichen Ebene mehr als 250 multinationale Firmen aus dem unmittelbaren Engagement in Südafrika zurück. Die südafrikanische Währung verlor in den letzten acht Jahren um 70 bis 80% an Wert gegenüber den großen Leitwährungen Dollar und Mark, die effektiven Einnahmen durch Goldverkauf halbierten sich, in den letzten vier bis fünf Jahren erlitt die südafrikanische Wirtschaft einen Zuwachsverlust im Wert von 100 Mrd. Rand durch Kapitalflucht.

Schon jahrzehntelang hatte sich die südafrikanische Oppenheimer-Gruppe (DeBeers, Anglo-American) für einen schrittweisen Abbau der Apartheid eingesetzt. Dieser Position schlossen sich als Reaktion auf die Revolte 1984/85 Gruppen im liberalen weißen Lager an. Vergleichsweise frühzeitig kam es zwischen diesen Gruppierungen aus Wirtschaft und Politik einerseits und dem ANC andererseits zu Kontakten.

Aufgrund der ökonomischen Entwicklung zog de Klerk am 2.2.90 folgende Markierungslinie: "Es sollte ausreichend attraktiv sein, daß die Region des südlichen Afrika angemessen Investitionen und Leihkapital aus den industriealisierten Ländern der Welt erhält. Wenn die Länder des südlichen Afrika nicht rasch Stabilität und einen normalen Zugang zu einer wirtschaftlichen Entwicklung erhalten, werden sie weiter mit Niedergang und Ruin konfrontiert sein."

Das Zentrum ändert die Marschrichtung

Die innen- und außenpolitische Lähmung ließ dem Zentrum der rassistischen Macht nur zwei Wege offen, entweder in einer neuerlichen militärisch-polizeilichen Initiative die Diktatur zu verschärfen oder einen Weg in ersten Gesprächen über Verhandlungen zu suchen. Im Broederbond wurde die Parole ausgegeben "Das größte Risiko wäre ... kein Risiko einzugehen." Der Broederbond ist eine Geheimorganisation, die der Nationalen Partei systematisch zur Macht verholfen hat.

Der Regierung nahestehende weiße Afrikaner suchten das Gespräch mit dem ANC, obwohl diese Kontakte gesetzlich unter Hochverrat fallen. "Von besonderer Bedeutung dürfte das Treffen gewesen sein, zu dem Anfang Oktober 1989 in London eine hochrangige ANC-Delegation mit der Spitze des Broederbondes zusammenkam. Der Delegation des Broederbondes gehörten u.a. Willem de Klerk, der für seine Offenheit bekannte ältere Bruder von Staatspräsident F.W. de Klerk, und andere hervorragende Mitglieder an. Ein früherer Vorsitzender des Broederbondes, der sehr fähige Gerrit Viljoen, ist übrigens heute im Kabinett de Klerk für Verfassungsangelegenheiten und damit auf Regierungsseite für die Ausarbeitung der Verfassung des neuen Südafrikas verantwortlich. Nichts von dem, was Anfang Oktober 1989 in London besprochen wurde, ist an die Öffentlichkeit gedrungen. Wahrscheinlich handelte es sich nur um ‚talks about talks about talks`." (1)

Die Initiative des ANC

Die Risse im weißen Lager existierten, und darauf abgestimmt verfolgte der ANC eine Politik, die die Bewegungsrichtung des Rassistenregimes in Richtung Verhandlungen beschleunigte, andererseits aber den Spielraum für Ausweichmanöver einschränkte. Bereits im Juni 1989 hatte ein in der Öffentlichkeit wenig beachtetes Treffen zwischen dem damaligen Staatspräsidenten Botha und Nelson Mandela stattgefunden. Ein damals geheimgehaltenes Papier von Mandela zu diesem Treffen dürfte ein wesentlicher Anstoß dazu gewesen sein, solche Kontakte zur Auseinandersetzung um Bedingungen für Verhandlungen zu machen.

Klar und unmißverständlich charakterisiert Mandela die Position des ANC zur legitimen Rolle der Gewalt und dessen geschichtliche Entwicklung und betont die Richtigkeit des Bündnisses mit der SACP. Weiterhin gibt es für den ANC keine Trennung zwischen dem Recht der Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung, im Land zu bestimmen, und der Frage des Friedens und einer gerechten Lösung. "... Die Regierung der Mehrheit und innerer Friede sind wie zwei Seiten einer Medaille, und das weiße Südafrika hat einfach zu akzeptieren, daß es niemals Frieden und Stabilität in diesem Land geben wird, wenn dieses Prinzip nicht eingelöst ist."

Den Brief schloß Nelson Mandela mit einer Beschreibung der notwendigen nächsten Schritte. "Zwei politische Themen müssen bei einem solchen Treffen besprochen werden; erstens die Forderung nach einer Regierung der Mehrheit in einem einheitlichen Staat und zweitens die Bedenken des weißen Südafrika gegenüber einer solchen Forderung, wie auch das Bestehen von Weißen auf strukturellen Garantien, daß eine Regierung der Mehrheit nicht die Beherrschung einer weißen Minderheit durch Schwarze bedeutet. ... Solch ein

Einvernehmen wird nur erreicht werden, wenn beide Seiten zu Kompromissen bereit sind. Die Organisation wird präzise bestimmen, wie die Verhandlungen ablaufen sollen." (2)

Im Sommer 1989 gelang es dem ANC, die OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) zur Verabschiedung einer Grundsatzresolution zu gewinnen, in der sowohl die Prinzipien einer künftigen nichtrassischen Regierungsform in Südafrika niedergelegt sind wie auch die Vorbedingungen, unter denen darüber zu verhandeln sei, und drittens die Richtlinien der Verhandlungen selbst (Erklärung von Harare). Nach der zögerlichen Haltung der OAU über lange Zeit war dies ein überraschender Schritt in Richtung einer greifbaren Position bezüglich des Kampfes gegen die Apartheid.

Im September unterzeichnete die Konferenz der Blockfreien diese Resolution, und weiterhin war geplant, diesen Beschluß als Vorschlag für eine UN-Resolution einzubringen. In solch einem Fall bekommt diese Entschließung einen ähnlich bindenden Charakter wie vergleichbare UN-Resolutionen zu Namibia, die das Rassistenregime auf eine verbindliche Marschroute festzulegen suchten. Die Rede de Klerks kann auch als ein Versuch verstanden werden, einem solchen Druck der internationalen Öffentlichkeit zuvorzukommen.

bt./wo. - Hamburg

Quellen:

1) Freiherr von der Ropp: "Die Rückkehr zur Diplomatie im Süden Afrikas".

2) Guardian weekly, 4.2.90.

5. Der "Hochverräter"

Rubrik: PDS; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/honi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:honi

Kaum aus dem Krankenhaus entlassen, wurde Erich Honecker am 29.1. auf Anweisung des DDR-Generalstaatsanwalts Joseph in Haft genommen. Es gab ein kurzes politisches Geplänkel, am nächsten Tag erhielt der 77jährige Haftverschonung. Die Medien nannten einige Namen, die sich für ihn eingesetzt hätten: in der DDR etwa Ministerpräsident Modrow, ein Liedermacher, ein Pfarrer und der zurückgekehrte Rudolf Bahro, in der BRD Egon Bahr, Daniel Cohn-Bendit, inoffiziell angeblich auch Willy Brandt. Eine seltsame Stellungnahme gab die SPD der DDR ab: Die Festnahme sei der Versuch, "von der Notwendigkeit einer lückenlosen Analyse und Bewertung der Vergangenheit abzulenken." ("taz", 31.1.90)

Die kurze Dauer der Haft demonstriert den politischen Charakter der Maßnahme: Die gegenwärtige DDR-Justiz wollte einerseits den Leipziger Volkszorn befriedigen, es aber nicht darauf anlegen, den ehemaligen SED- und Staatsratsvorsitzenden wirklich hinter Gitter zu bringen. Die Botschaft lautet erstens, daß Honecker faktisch ein Gefangener ist, auch wenn er nicht im Gefängnis sitzt. Zweitens werden der Öffentlichkeit Bilder und Schlagzeilen übermittelt, die sich auf den Nenner bringen lassen: Seht her, der Mann ist fertig. Politisch, geistig, gesundheitlich bankrott. Der "einzige deutsche Kommunist, der es zu etwas gebracht hat" (Venske), soll als abschreckendes Beispiel in die Geschichte eingehen.

So ist auch die spärliche Solidarität, die Honecker kurzfristig erfuhr, von der Art, daß sie politischen Gefangenen, ob sie Nelson Mandela oder Christian Klar heißen, mindestens peinlich ist. Sie steht immer auf der Kippe zur Demütigung. Offen betreibt "Bild" dieses Geschäft. Das Blatt, das zuerst die Parolen "Stunde der Abrechnung" (6.12.89) und "Ab ins Zuchthaus" (7.12.89) gegen die alte SED-Führung ausgegeben hat, heuchelt jetzt auf christlich. Honecker, der in Lobetal, dem "Bethel der DDR", untergekommen ist, lerne jetzt beten, meldete "Bild" am 2. Februar. Sein Gastgeber, ein Pastor Holmer, wird mit den Worten zitiert, er wünsche sich, daß er "das ganze Tischgebet einmal alleine beten" würde. Nun wird beobachtet, welche Fortschritte der Patient macht: "Neulich hat er schon Amen gesagt."

Auf die Zerstörung der Existenz folgt die Zerstörung der Persönlichkeit. Hat die DDR-Justiz, die der eigenen Unabhängigkeit ein anschauliches Zeugnis ausstellt, indem sie dieser Kampagne willfährig ist, blitzschnell von der westlichen Rechtspflege gelernt oder ist sie einfach die alte geblieben? Beides stimmt wahrscheinlich. Gegen Honecker erhebt sie die derzeitigen Standardvorwürfe Amtsmißbrauch, Korruption und Hochverrat. Auf welche Gesetze sie sich stützt, wird nicht angegeben. Wie die Anordnung der Haft begründet wurde, bleibt ebenfalls unklar: Verdunkelungs- und Fluchtgefahr gibt es gewiß und überall in der DDR. Da wird täglich verdunkelt und täglich geflohen, ohne daß es übelgenommen wird. Jemand wie Honecker dürfte allerdings die geringsten Möglichkeiten dafür haben. Warum wurde ihm erst nach vorübergehender Inhaftierung Haftunfähigkeit bescheinigt? Weil die Inhaftierung eine politische Demonstration war, Teil des laufenden Wahlkampfs.

In der Bundesrepublik erschien die "taz" immerhin auf der ersten Seite mit der Forderung "Laßt ihn frei!" (31.1.90) "Sagt mal, da drüben, habt ihr noch alle Tassen im Schrank?" fragte Cohn-Bendit in der gleichen Ausgabe in einem Gastkommentar. Man solle ihn in Ruhe lassen und sich vor "widerlichen Rachegebärden" hüten. "So wie ich vor Jahren Freiheit für Heß gefordert habe, so sage ich heute: Freiheit für Honni." War das nötig? Und was sagt dieser Satz?

Das "so - wie" zieht einen Vergleich. Wie Rudolf Heß, so auch Erich Honecker. Wie der NSDAPler, so auch der KPDler. Wie der frühere Hitler-Stellvertreter, so auch der frühere NS-Häftling. Wie der NS-Täter, so auch das NS-Opfer. An beide legt Cohn-Bendit in seinem Kurztext den gleichen Maßstab an. Kann sein, daß man in der hiesigen Öffentlichkeit realpolitisch nicht mehr anders durchkommt. Jedoch: Haben wir nicht in den letzten Jahren - mühsam genug - begonnen, über unzulässige, weil relativierende und verharmlosende NS-Vergleiche zu diskutieren? Ist diese Debatte jetzt bedeutungslos, weil es um einen Kommunisten (von mir aus: Stalinisten) geht? Honecker dürfte die "taz" kaum bekommen, und sie ist ja auch irgendwie läppisch (geworden). Wäre sie es nicht - er müßte sich eigentlich an der Knastpforte melden. Lieber Knast als solche Milde.

Die Entwicklung in der DDR scheint das Koordinatensystem, in dem Cohn- Bendit noch denkt, ohnehin bald zu verlassen. Ist es der westliche Antitotalitarismus, in dem Faschismus und Stalinismus gleichgesetzt werden,

nach welchem Deutschland- und DDR-Politik heute funktioniert? Oder assoziieren die Bilder, die von dem alten Mann ausgestrahlt oder gedruckt werden, nicht anderes? Sind es nicht Bilder, wie man sie von Häftlingen kennt, Bilder, die unwillkürlich an die NS- Zeit erinnern? Oder sogar willkürlich erinnern sollen?

Es kann nicht in der Absicht von Linken liegen, Honecker zu entlasten, oder die Fehler, die von ihm zu verantworten sind, zu bagatellisieren. Würde man ihn beispielsweise konkret anklagen, für die Erschießung von Flüchtlingen an der Grenze verantwortlich gewesen zu sein oder für die Inhaftierung politisch Andersdenkender - keine noch so gute Argumentation könnte ihn dann schützen. Aber die Anklagen wegen Korruption und Hochverrats bedienen die Spießerseelen und die nationale Stimmung. "Gysi ist kein Deutscher" lautet der Leipziger Schlachtruf, und "Honecker ist ein Verräter" schließt sich die Staatsanwaltschaft an. Wer genau hinhört, kann auch verstehen: Der saß doch schon mal und Unter Adolf ist man mit solchen Leuten noch ganz anders umgegangen ...

Von einem "bitteren Abgang" schreibt der "stern" (6/90). Ja - aber doch nicht für Honecker. Sondern für diejenigen, die mit ihm umgehen oder zulassen, wie mit ihm umgegangen wird. Was ihm derzeit geschieht, bestätigt ihn ja eher: Er handelte, wie er handelte, weil er wußte, mit wem er zu tun hat. Das wird ihm die Geschichte, sofern sie nicht gerade von einheimischen Revisionisten geschrieben wird, kaum verübeln können.

de.

6. Wer hat Angst vor schwarzen Frauen? - Internationale Zusammenarbeit an der neuen Familienplanungsfront in Afrika

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frauen; Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:32

von Ute Sprenger

"Die Furcht vor Überbevölkerung tritt stets in Perioden auf, in denen der bestehende Sozialzustand im Zerfall begriffen ist. Die allgemeine Unzufriedenheit, die dann entsteht, glaubt man in erster Linie dem Überfluß an Menschen und dem Mangel an Lebensmitteln und nicht der Art, wie sie gewonnen und verteilt werden, zuschreiben zu müssen."

August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, 1973, S. 528f

Glauben wir der Bevölkerungsabteilung der UNO, der UNFPA, dann ist besonders Afrikas Verhütung ungenügend. Im internationalen Vergleich liegen afrikanische Frauen, die im reproduktiven Alter mit Männern zusammenleben, beim Gebrauch von Kontrazeptiva an letzter Stelle. Während in Ostasien 74% der Paare Empfängnisverhütungsmittel benutzen, sind es 54% in Lateinamerika und immerhin noch 33% in Südasien, jedoch nur ganze 14% auf dem afrikanischen Kontinent. (1)

Die neue Bevölkerungskontrollbewegung

Begriffe wie "Bevölkerungsexplosion" und Bilder von einem hoffnungslos überladenen "Raumschiff Erde`, das, aus dem Gleichgewicht gekommen, nicht mehr steuerungsfähig sei und aus seiner Umlaufbahn gerate, gehören seit den 50er Jahren zum ständigen Repertoire der Bevölkerungskontrollbewegung. Die Anhängerschar dieser Bewegung, die von internationalen und bilateralen Institutionen staatlicher "Entwicklungshilfe" bis zu Nicht-Regierungsorganisationen (*) aus Kirchenkreisen, Umwelt- und Gesundheitsbereichen und MedienvertreterInnen getragen wird, nimmt seither stetig und unbeirrt von Gegenargumenten zu. Unterstützt wird sie dabei durch die Thesen verschiedener Berichte von Club of Rome bis zur Shell-Studie und dem Brundtland-Report, die von der Endlichkeit der Ressourcen im Verhältnis zur Masse der Menschen künden. Neben Kassandrarufen, die permanent und aufdringlich die Zwangsläufigkeit demographischer Maßnahmen suggerieren, verhelfen Euphemismen zu höherer Aufnahmebereitschaft dieser Art von Politik. StrategInnen nennen Familienplanung, was tatsächlich der Kontrolle des Wachstums einer bestimmten Bevölkerung dient. Und diese Kontrolle läßt sich am besten integriert verkaufen als "Verbesserung der Gesundheitsversorgung`, "Mutter und Kind Versorgungsdienste" oder "Frauenförderprogramme`. Mit ihrer Hilfe sollen dann Probleme wie Armut, Verwüstung, Verstädterung behoben werden.

Zur Durchsetzung von Politik und Programmen werden Koalitionen mit NROs gesucht, von denen sich die Weltbank und andere auf dem Sektor arbeitende Institutionen eine gesteigerte Akzeptanz versprechen. So wurde 1985 in den USA eine Initiative von rund 100 Umwelt-, Entwicklungs- und Familienplanungsinitiativen unter dem Titel "Making Common Cause" (gemeinsame Sache machen) gegründet. Erklärtes Ziel ist es, gemeinsam gegen Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum, zwischen denen ein Zusammenhang in den Ländern des Trikonts konstruiert wird, vorzugehen. Mitgliederverbände sind u.a. Acid Rain Foundation, CARE, Friends of Earth, Fund for Animals, International Volontary Service, The Pathfinder Fund, Population Crisis Committee, Lutheran World Relief, World Wildlife Fund. Im Beirat dieses Zusammenschlusses vertreten sind die Kanadische Entwicklungshilfe Organisation CIDA, die New Yorker Carnegie Corporation, die Umweltabteilung der Weltbank, das World Resources Institute, aber auch die World Women in Defense of the Environment (World/W.I.D.E.). (2) Bislang gibt es zwar keine vergleichbaren bundesrepublikanischen Bündnisse, doch auch hier fällt die neomalthusianistische (**) Argumentation offensichtlich auf fruchtbaren Boden. Das zeigt sich zum einen an massiver Unterstützung bevölkerungspolitischer Programme durch die Bundesregierung, die mit etwa 100 Millionen DM jährlicher Beteiligung weltweit zu einem der größten Finanziers solcher Programme in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas geworden ist. Aber Malthus steht auch Pate bei den öffentlichen Stellungnahmen des Vorsitzenden des Bundes für Umwelt und Naturschutz, BUND, Hubert Weinzierl. Im IWF-Herbst 1988 erntete Weinzierl Widerspruch und Pfiffe, als er auf

dem Gegenkongreß forderte, "die Entwicklungshilfe (sollte) mit Projekten der Geburtenkontrolle Hand in Hand gehen, damit nicht alle Anstrengungen zur Bewahrung von Menschen - Umwelt und Schöpfung zunichte gemacht würden ..." Ein Jahr später, im September 1989, hält Weinzierl es für "nur logisch, daß die meisten Umweltprobleme letztlich darauf zurückzuführen sind, daß sich immer mehr Menschen immer weniger Umwelt aufteilen müssen. Das beginnt beim täglichen Brot und endet beim Wohnraum, es gilt für Trinkwasser und Atemluft ebenso wie für den Spielplatz oder den Parkplatz." Sein Fazit für die durch Waldraubbau, Tschernobyl und Ozonloch "sündig gewordenen hochzivilisierten Industrienationen", ist die "Pflicht zur Wiedergutmachung gegenüber anderen Völkern und künftigen Generationen". Und als eine der wesentlichsten Forderungen des BUND zur Lösung der weltweiten Parkplatzprobleme, für Gerechtigkeit und ein ökologisches Gleichgewicht stellt der Vorsitzende heraus, daß die Gewährung von Entwicklungshilfe an die Durchführung von Geburtenkontrolle gekoppelt werden müsse. (3)

Ebenso anmaßend wie zynisch klingt auch die Empfehlung des bundesdeutschen Journalisten und Autors des "Weißbuch Afrika", Walter Michler, der dem Kontinent einen Wachstumsprozeß von "welthistorisch einmalig(er)" Bedeutung bescheinigt. "Eigentlich", so Michler, "müßte die Ein-Kind-Familie - zumindest in einigen Regionen und Staaten - sofort gesetzlich verordnet werden, um die Bevölkerungszunahme wirkungsvoll zu bremsen." (4) "Eigentlich" ist erstaunlich, daß Michler nicht gleich auf die Idee kommt, der Regierung der Bundesrepublik Handlungsanweisungen hinsichtlich der Bevölkerungspolitik in diesem Lande vorzuschlagen.

Entwertung und Schuldzuweisung

Familienplanung oder Geburtenkontrolle im eigentlichen Sinne ist keinesfalls eine Frage nationaler oder internationaler Politik, sondern die individuelle Entscheidung einer Frau oder Familie vor dem Hintergrund ihrer sozioökonomischen und kulturellen Situation. Das ist in jedem beliebigen afrikanischen Land nicht anders als in der Bundesrepublik. Sicher stellen frühe Schwangerschaften, zu kurze Abstände zwischen den Geburten, gefährliche Abtreibungen und die Belastung durch zu viele Kinder für viele Frauen Probleme dar. Außer acht gelassen wird jedoch, daß daran die Kolonisierung der Länder des Trikonts mit ihrer tiefgreifenden Veränderung einen Anteil hatte. Mit ihr wurde ein Großteil des traditionellen reproduktiven Wissens vernichtet. Und dessen heutige Überreste an präventiven und abortiven Methoden sind durch die Zwänge der Einbindung in den Weltmarkt einer weiteren Erosion ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund wird nun behauptet, daß die Angebote der Familienplanungsdienste ohne Alternative seien. Doch gerade in Afrika sind diese Dienste heute an der Vernichtung des letzten traditionellen Wissens beteiligt. Mit ihrer Durchführung verschwinden überlieferte Heilkunde und Geburtshilfe; traditionelle Hebammen geben ihr Können nicht mehr weiter und werden als soziale Instanz in ihren Dörfern abgewertet.

Einige Unklarheit auch scheint in den Reihen der Bevölkerungskontrollbewegung darüber zu herrschen, wie Kinder entstehen. Wer über Verhütung redet, redet auch über Sexualität. Doch von welchem Kontinent auch immer sie stammen, für Experten- oder Entwicklungsberichte sind Sexualverhalten sowie der Anteil und die Verantwortung von Männern bei Zeugung oder Verhütung kaum ein Thema. Über Fruchtbarkeit wird im allgemeinen verhandelt, als gelte für die Spezies Mensch die Jungfernzeugung. Die komplexen Probleme, die dem Wachstum oder Rückgang einer bestimmten Bevölkerung in einer bestimmten Region zugrunde liegen, werden weltweit in der gleichen Art betrachtet: Frauen als potentielle Kinderproduzentinnen werden als Objekte der Bevölkerungspolitik, entweder für Armut und Elend in den Ländern des Trikonts oder für das befürchtete Aussterben der Metropolen verantwortlich gemacht.

Die Masse der Bevölkerung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas bekommt dabei die Rolle eines Sündenbocks, der durch seine ungezügelte Vermehrung und seinen Hunger einen Angriff auf "unser aller" Lebensbedingungen fährt. Wo wir doch "alle in einem Boot" sitzen und gleichermaßen vom bevorstehenden ökologischen Desaster und Untergang betroffen sind. Vergessen, verdrängt oder verschwiegen aber von den Friends of Earth, der Weltbank und den Carnegies, dem World Wildlife Fund, der Bundesregierung, den Brundtlands, Weinzierls und Michlers wird die Frage: Wer soll rudern und wer bestimmt den Kurs? Denn, diejenigen, die den Kurs bestimmen, entscheiden auch darüber, wer über Bord geht.

Internationale Zusammenarbeit im "Brennpunkt Afrika"

Ob nun als separates politisches Dokument oder als Bestandteil eines nationalen Entwicklungsplanes, offizielle Aussagen von Regierungen zu Familienplanung oder Bevölkerungswachstum sind für bevölkerungspolitische StrategInnen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Solche Statements bereiten den Weg und machen PolitikerInnen und "Zielbevölkerung" aufnahmebereit für die Idee nationaler Programme. Zum Verdruß vieler StrategInnen ist in mehr als 15 frankophonen afrikanischen Ländern immer noch der "French Legal Code" in Kraft, ein Gesetz, das 1920 durch die damalige Kolonialmacht erlassen wurde. Das Gesetz verbietet, daß über Verhütungsmittel informiert oder für sie geworben wird. Auch wenn es in der Praxis kaum noch Bedeutung hat, behindert es doch ein für die Programme förderliches Klima, so daß breiter angelegte Familienplanungsprogramme eher in anglophonen als in frankophonen Ländern stattfinden.

Afrika südlich der Sahara steht, besonders seit der Weltbevölkerungskonferenz in Mexiko 1984, im Brennpunkt großer Besorgnis von BevölkerungskontrollstrategInnen. Zwar haben bereits seit Jahren ungefähr die Hälfte dieser Länder bevölkerungspolitische Programme mit demographischer oder gesundheitspolitischer Zielsetzung ausgearbeitet, doch tadeln VertreterInnen der Bevölkerungskontrollbewegung, daß sie größtenteils nicht das Papier wert seien, auf dem sie gedruckt wurden. Werden die Politiken asiatischer Länder überwiegend als "moderat bis stark" beurteilt, haben afrikanische Länder einmal mehr ihr Klassenziel nicht erreicht: Ihre Bevölkerungspolitik ist "schwach bis sehr schwach`; einzige Ausnahme bildet das "moderate" Mauritius. (5)

Um diese Programme effektiver zu gestalten, drängt die Weltbank zur Eile und richtete wiederholt Appelle an internationale Finanziers, Durchführende und Regierungen: Die Spendenmittel sollen drastisch erhöht, die Programme besser organisiert und nach Verteilungswegen abseits von Kliniken gesucht werden - und die Regierungen der jeweiligen Länder sollen bei dieser Politik nicht beiseite oder gar im Wege stehen. Zudem sei ein spezifisch afrikanischer Zugang zur Durchführung der Programme notwendig. Für die Bank selbst hat hierzu finanzielle Beihilfe "höchste Priorität". (6) Multilaterale Institutionen wie die UNFPA und die International Planned Parenthood Federation/IPPF, die Dachorganisation von 130 privaten Familienplanungsprogrammen, haben bereits reagiert und begonnen ihre Anstrengungen in Richtung Afrika zu verlagern. Die UNFPA, deren zweitstärkster Beitragszahler seit 1986, dem Rückzug der USA, (nach Japan) die Bundesrepublik ist, gibt auf deren Betreiben derzeit rund 23% ihrer Mittel für Afrika aus. 1980 waren es noch 14%. (7) Die Präsidentin dieser UN-Organisation, die pakistanische Gynäkologin Nafis Sadik, erklärt, daß bei Wiederaufnahme der Beitragszahlungen durch die USA die UNFPA-Programme in Afrika auf einen Anteil von 30 Prozent am Fonds gesteigert werden. (8) Bisher mußte der Fonds aber auch ohne die US-Gelder seine Aktivitäten keineswegs einschränken: Die entstandene Lücke wurde von anderen Regierungen westlicher Länder gefüllt, das Budget für 1988 lag mit 165,8 Millionen US-Dollar mehr als 30 Millionen höher als 1984. (7)

Ebenfalls steigende Einnahmen verzeichnet die IPPF (BRD: Beitragszahler Nr.6) - und auch sie meint "Africa comes first". Afrika südlich der Sahara sei im allgemeinen die Region, in der die Programme größerer Stärkung bedürften und "in einigen Ländern, wo moderne Familienplanungsmethoden rar sind, müssen sie von den rudimentären Anfängen her entwickelt werden." (9) In Partnerschaft mit der Weltbank führt der Verband dort spezielle Programme durch. Die jährlichen Ausgaben für die Subregion sind steigend und reichten bereits 1986 an die Ausgaben für die traditionelle Schwerpunktregion der IPPF, die westliche Hemisphäre, heran. Ein weiterer Partner der IPPF ist das Weltkinderhilfswerk UNICEF, das sich auf der Schiene der Mutter-Kind-Versorgung (M-C-H) zunehmend an Familienplanungsdiensten in Afrika beteiligt und damit wesentlich zu Ansehen und Akzeptanz der Programme beiträgt. Derzeit laufen gemeinsame Projekte beider Organisationen in fünf Ländern - Kenia, Äthiopien, Sambia, Lesotho, Swaziland. (10)

Afrikanisches Aktionsprogramm

Die 2. Afrikanische Bevölkerungskonferenz, die 1984 in Tanzania in Vorbereitung der Weltbevölkerungskonferenz von Mexiko stattfand, stellt nach "Expertenmeinung" so etwas wie einen Durchbruch im Denken afrikanischer Regierungen dar. Obwohl in der Region nach wie vor große Familien angestrebt würden, sei bei PolitikerInnen eine Bereitschaft zur Liberalisierung der Gesetzgebung und in ihrer Haltung gegenüber Familienplanungsdiensten sichtbar. In der dort abgefaßten Erklärung, dem "Kilimanjaro Programme of Action

", unterschrieben afrikanische PolitikerInnen aus 28 Ländern, daß Bevölkerungszuwachsraten eine zentrale Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Kontinents spielen und sie sich in dieser Hinsicht für

eine verbesserte Gesetzgebung in ihren Ländern einsetzen werden. Dieser Zielrichtung wird auch in dem zwei Jahre später auf einer außerordentlichen UN-Generalversammlung beschlossenen Strukturanpassungsprogramm für Afrika (Priority Programme of Economic Recovery 1986-1990) Rechnung getragen. Die afrikanischen Regierungen werden dazu aufgefordert, in kürzester Zeit die Zuwachsraten landwirtschaftlicher Nahrungsmittel und Bevölkerungswachstumsraten einander anzugleichen. (11) Kurz darauf bereits wurde ein afrikanischer Parlamentarierrat gegründet, dessen Aufgabe es ist, kontinentweit zu mobilisieren und weltweit um bevölkerungspolitische Unterstützung nachzusuchen. Nationale Parlamentarierinitiativen entstehen, wie 1987 in Zimbabwe, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Workshops für das "Problem von Bevölkerung und Entwicklung" sensibilisieren sollen. Nächster Schritt ist die Formulierung einer nationalen Bevölkerungspolitik. (12)

Trotz massiver Umleitung finanzieller und technischer Mittel auf den afrikanischen Kontinent muß die Einsicht in eine angebliche Notwendigkeit von Maßnahmen zur Bevölkerungskontrolle dort mit größeren Schwierigkeiten erkauft werden als in Asien und Lateinamerika. Immer noch finden sich Regierungen, die, aus welchen Gründen immer, demographischen Zielsetzungen gegenüber "widerstrebend" sind. Langfristig jedoch werden auch sie sich von den Vorteilen "integrierter Programme" und weiterhin fließender Gelder für ihre maroden Ökonomien überzeugen lassen. Um die noch nicht von der Sendung der Bevölkerungskontrollbewegung überzeugten afrikanischen PolitikerInnen auf den Pfad der Erkenntnis zu bringen, aber auch, um das öffentliche Ansehen von "Familienplanungsdiensten" zu steigern, wurden und werden in allen Regionen Workshops, Seminare und Konferenzen abgehalten. Der Kontinent wurde in den 80er Jahren geradezu damit überflutet. Als Förderer und Träger lassen sich immer wieder jene ausmachen, die bereits seit Jahren in Lateinamerika und Asien bevölkerungspolitische Programme als notwendige Voraussetzung für Entwicklung kolportieren. Es sind die genannten multilateralen Institutionen wie die Weltbank, WHO, UNFPA und IPPF, aber ebenso auf bilateraler Ebene die US-AID und weitere öffentliche und private Entwicklungshilfeträger aus fast allen westlichen Industrienationen. Sie haben sich Afrika als "the new Frontier", die neue Familienplanungsfront, auserkoren.

Quellen:

1) people 1/1988, (IPPF) London, Seite 27

2) Making Common Cause: A Statement and Action Plan by U.S.-Based International Development, Environment, and Population NGOs. World Resources Institute (ohne Ort und Jahr)

3) Redemanuskript von Hubert Weinzierl für das Seminar "Bevölkerungsentwicklung und natürliche Ressourcen", 1. September 1989, Bonn.

4) Walter Michler, Weißbuch Afrika. Bonn 1988, Seite 319

5) World Development Report 1984, Recovery or Relapse in the World Economy? Population Change and Development, World Bank 1984, Washington D.C., Seite 200-201

6) people 4/1986, Seite 28

7) Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen - UNFPA. BMZ März 1989

8) Entwicklung und Zusammenarbeit, 2/1988, Bonn, Seite 15

9) Annual Report 1988-1989, IPPF, London 1989, Seite 8

10) people 1/1987, Seite 42

11) May/June 1986 General Assembly, Official Records: Thirteens Special Session Supplement No. 2 (A/S-13/16), United Nations, New York

12) The Herald, 29.10.1987, Harare

* NROs = Nichtregierungsorganisationen, auch bekannt als NGO = Non Governement Organisations, sind die nicht an UN-Strukturen gebundene Organisationen, die an internationalen Projekten mitarbeiten. Den einflußreichsten Teil stellen auf disem Gebiet die Kirchen.

** Neomalthusiasistisch, eine Soziallehre, die auf den englischen Sozialwissenschaftler Thomas Robert Malthus zurückgeht, der eine auseinanderklaffende Entwicklung zwischen Bevölkerungswachstum und Bodenertrag prognostizierte. Die Neomalthusianer sehen als Ursachen von Hunger und Unterentwicklung die "Übervölkerung" und fordern somit eine zwangsweise "Familienplanung".

7. Von der Bundesrepublik nach Deutschland - Strategie in der "FAZ"

Strategiedebatten in der "FAZ"

Rubrik: Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:26

Alle Welt geht davon aus, daß die Massenflucht aus der DDR, der Sturz und nach wie vor anhaltende freie Fall der und vor allem die konkrete Perspektive eines wiedervereinigten Deutschlands überraschend gekommen seien. Nach dieser Lesart kommt die BRD zur Wiedervereinigung wie die Jungfrau zum Kind. Merkwürdig ist nur, daß die "offene deutsche Frage" seit Jahren in der westdeutschen und in Teilen der internationalen Öffentlichkeit und Politik diskutiert wird. Die Wiedervereinigung ist seit langem schon regierungsoffiziell betriebene Realpolitik. Es ist nicht ganz leicht, den konkreten Beginn dieser Bemühungen zu datieren. Das ist schließlich so alt wie die BRD selbst, überdauerte mühelos größere Durststrecken und wird von einer großen Koalition am Leben erhalten.

"Im Dezember 1986 verkündete die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die für die um den deutschen Standort in Geschichte und Gegenwart keine geringe Rolle einnimmt, in einem Leitartikel, nun sei es an der Zeit, die Bezeichnung des Gemeinwesens als ‚Bundesrepublik Deutschland` aufzugeben. So habe man in Jahren und Jahrzehnten gegen die Bezeichnung des Landes als ‚BRD` angekämpft - und dies mit offensichtlichem Erfolg. Nun sei es ber auch an der Zeit, die Bezeichnung des Landes als ‚Bundesrepublik Deutschland` zu kippen - zugunsten eines geographisch-kulturellen Begriffs. Kurzum: Die Bundesrepublik solle jetzt in aller Öffentlichkeit und vor allem in den Medien als ‚Westdeutschland` bezeichnet werden. Damit soll das Weltblatt ‚Für Deutschland` darauf hinwirken, daß dieser Staat sich seines provisorischen Charakters als Teilstaat vergewissert, als Teil dessen, dem es heute wieder verstärkt zuzustreben gilt: Deutschland." (Dan Diner in: "Von der Gnade der geschenkten Nation")

Wer ist deutsch und was ist Deutschland?

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil vom Oktober 1987 zahlreiche Ausführungen zur Wiedervereinigung gemacht. Der Ausgangspunkt war ein Verfahren um die Bestätigung der deutschen Staatsbürgerschaft. Das BVG wäre nicht das BVG, würde es nicht einen solchen Fall, der so sehr am deutschen Inneren rührt, zu grundsätzlichen Feststellungen und Mahnungen nutzen."Die Staatsorgane der Bundesrepublik (sind) ... kontinuierlich von der völkerrechtlichen Subjektsidentität mit dem 1871 gegründeten deutschen Staat ausgegangen." Was so alt ist, übersteht mühelos kleinere Krisen wie die von 1945. "Der Verfassungsgeber hat dadurch (Wiedervereinigungsgebot des GG, ak) den Willen zur staatlichen Einheit Deutschlands normiert, der wegen der zwischen den Besatzungsmächten ausgebrochenen weltpolitischen Spannungen ernsthafte Gefahr drohte." Und "es war die (Hervorhebung BVG; Anm. ak) politische Grundentscheidung des parlamentarischen Rates, nicht einen neuen (‚westdeutschen`) Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz als Reorganisation eines Teilbereichs des deutschen Staates (...) zu begreifen."

Gegen Ende der 80er Jahre macht das BVG noch einmal allen klar: die BRD ist ein zeitlich begrenztes Provisorium, dessen höchstes Ziel darin besteht, die Wiedervereinigung des seit 1871 existierenden deutschen Staatsvolks auf dem Territorium des niemals untergegangenen deutschen Reichs herzustellen. Freilich muß hinzugefügt werden, daß diese Auffassung von den drei westlichen Siegermächten des 2. Weltkriegs geteilt wird. Das BVG versäumt es nicht, alle diesbezüglichen Erklärungen zu zitieren, z.B. auch die gemeinsame westliche Auffassung, daß die Festlegung der Westgrenze Polens einem noch auszuhandelnden Friedensvertrag überlassen bleibe. (Zitate aus dem Senatsbeschluß)

Wer beherrscht Europa?

Wenige Tage nach der Jenninger-Rede zum 50. Jahrestag der Pogrome vom 9. November 1938 und dem anschließenden Rücktritt des Bundestagspräsidenten diskutierte der Bundestag über "die Lage der Nation im geteilten Deutschland". In dieser Veranstaltung vom 1. Dezember 1988 forderte der CDU-Abgeordnete Todenhöfer, daß im Vertrag zur Gründung einer europäischen Union ein sog. Wiedervereinigungsvorbehalt verankert werden müsse. Damit wurde eine Debatte um den möglichen Widerspruch zwischen der fortschreitenden europäischen Integration und der Wiedervereinigung losgetreten, die wochenlang die rechten

Gemüter erhitzte. Etliche Leserbriefe, Professoren-Gutachten, Hintergrund-Artikel u.ä. erschienen zwischen Dezember 88 und März 89 dazu im Zentralorgan "FAZ".

Was war passiert? Das europäische Parlament hatte die nationalen Parlamente aufgefordert, eine Stellungnahme zum Entwurf eines Vertrages zur Gründung der europäischen Union abzugeben. Beim Abschluß der Römischen Verträge von 1957 hatte die BRD erklärt, daß sie im Falle der Wiedervereinigung die Verträge übersprüfen, d.h. gegebenenfalls austreten werde. Eben diesen Wiedervereinigungsvorbehalt wollten einige CDU- Rechtsaußen in dem zur Debatte stehenden EG Vertrag erneut festgeschrieben wissen. Dieser Vorbehalt "ist in der Beschlußempfehlung des federführenden Auswärtigen Ausschusses nicht enthalten. Auch der mitberatende innerdeutsche Ausschuß hat keine diesbezüglichen Vorbehalte geäußert, sondern im Gegenteil seine Bereitschaft bekundet, die Wiedervereinigung Deutschlands nur noch im Rahmen der europäischen Union verfolgen zu wollen." (FAZ, 17.1.89)

Dies markiert exakt die Differenz, um die es in diesem Streit ging: Nicht das grundsätzliche Für oder Gegen Wiedervereinigung stand zur Debatte, wohl aber Tempo und Intensität auf dem Weg zu Groß-Deutschland. Todenhöfer, Lummer und Anhang wollten nicht darauf verzichten, die Wiedervereinigung mindestens zum Erpresssungsmittel gegen die anderen EG-Staaten zu machen. Die Reaktion der EG-Kommission auf diese Diskussion in der BRD faßt die "FAZ" folgendermaßen zusammen: "Es werde damit der Eindruck erweckt, als ob die Wiedervereinigung ein Nahziel deutscher Politik sei." Dies sei "anachronistisch" und eine "Gespensterdebatte". Es gebe "dynamische Prozesse in Europa, die alle Möglichkeiten für das Fernziel (!) der Wiedervereinigung offenhalten." (FAZ, 18.2.89)

Auch Kohl versuchte, die ihm lästig werdende Debatte in den eigenen Reihen zu beenden: "Die europäische Einigungspolitik sei die einzig sinnvolle Antwort auf die deutsche Frage; deshalb sei es absurd, einen Widerspruch zwischen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Politik zu konstruieren." (FAZ, 19.1.89)

Tatsache ist, daß die EG-Kommission z.B. in Vorbereitung von Verhandlungen über Handels- und Kooperationsverträge u.a. mit der DDR stand, "auch wenn die Eigenstaatlichkeit der DDR mit dem Abschluß eines Handelsvertrages gestärkt werde." (FAZ, 19.1.89) Tatsache ist ferner, daß die EG-Kommission unter französischer Präsidentschaft (Delors) ein hohes Tempo bei der EG-Integration gehen will. Darin drücke sich, so interpretiert es die "FAZ", vor allem die französische Ansicht aus, die rasche Entwicklung von EG-Integration und Binnenmarkt sei die einzige Möglichkeit, den "Status quo der Teilung zu erhalten, zu sichern und zu betonieren." (FAZ, 22.2.89) Folgerichtig faßt das Frankfurter Zentralorgan zusammen, "daß es in Brüssel und andernorts in Westeuropa das Gefühl gibt, sich in einem politischen Wettlauf zu befinden, in dem es darum geht, sich durch die Schaffung irreversibler Fakten davor zu schützen, daß in Europa Dinge (...) neu geordnet werden können." (FAZ, 22.2.89) Damit ist das Stichwort für die nächsten Monate dieser ein Jahr zurückliegenden Debatte gegeben: Es geht um die Schaffung unumkehrbarer Fakten.

Im Westen was Neues?

Die Notwendigkeit, Pflöcke einzuschlagen und die "offene deutsche Frage" zum aktuellen Bestandteil gemeinsamer westlicher Politik zu machen, ergibt sich für Kohl & Co. auch aus einem weiteren Grund. Vorsichtig ausgedrückt erscheint es immer unklarer, inwieweit sich der Hauptverbündete USA in eine Strategie der Wiedervereinigung einbeziehen läßt. Das Jahr 1989 geht mit einem Paukenschlag los.

Der konservative Kolumnist der "New York Times", William Safire, schrieb am 6.1.89 einen aufsehenerregenden Kommentar zur Lieferung westdeutscher Giftgas-Anlagen an Libyen und Irak. Der mit "Stoppt die Todeskrämer" überschriebene Artikel brachte den NS-Mord an den europäischen Juden in einen Zusammenhang mit dem Export von Massenvernichtungswaffen an Libyen und Irak. Besonders massive Kritik übte Safire an Genscher. In ihm sieht er den Hauptakteur einer Politik, die scheinheilig auf westliche Harmonie setze, in Wirklichkeit aber auf ein viertes deutsches Reich zusteuere, dem Westen und der NATO abgewandt, ozusagen auf eigene Rechnung arbeitend. Er versuchte, für die Affaire den Begriff "Genscher-Gate" zu prägen. Die Veröffentlichungen in der "New York Times" gingen auf gezielte Informationen von CIA und US-Administration an die Zeitung zurück. Die Reaktionen in Bonn waren denn auch gekränkt bis leicht panisch. Kohl schimpfte, dies sei "kein Umgang unter Freunden". CDU-Rühe sprach von "Stimmungsmache" gegen die Deutschen, wie er sie noch nie erlebt habe. "Und ein Genscher-Vertrauter fand die ganz undiplomatische Formel ‚In der deutschen Scheiße rühren ist in Amerika ein beliebtes Gesellschaftsspiel`."

(Spiegel, 9.1.89) Es blieb dem "Spiegel" vorbehalten, hinter der Veröffentlichung eine Art jüdisches Komplott zu sehen. "Bonner Analytiker" hätten darauf hingewiesen, daß die Darstellung der Deutschen als Freunde des Judenfeinds Gadafi eine Geste gegenüber der einflußreichen Jüdischen Gemeinde New Yorks sei: Die Annäherung der US-Diplomatie an die PLO solle ein wenig in den Hintergrund geraten.

Bis weit in die Linke hinein (einschließlich KB) wurde das Lostreten der Affaire als eine Art Ablenkungsmanöver der USA von ihren eigenen militärischen Interessen im Nahen Osten gedeutet. Tatsächlich war es der Höhepunkt und vorletzte Versuch von Teilen der amerikanischen Politik, den längst absehbaren nationalen Ambitionen der BRD etwas entgegenzusetzen.

Den vorläufig letzten Versuch unternahm ein Anderer. Ende März teilt US-Außenminister Baker in einem Interview (wieder in der "New York Times") mit, daß man über einen Vorschlag Kissingers nachdenke. "Dieser hatte kürzlich ein Arrangement der Supermächte vorgeschlagen: Danach solle die Sowjetunion ihren Griff in Osteuropa lockern. Im Gegenzug würde lt. Kissinger-Plan der Westen Moskau zusichern, die sowjetischen Interessen in Osteuropa nicht zu gefährden. Baker sagte der New York Times, man müsse gegenwärtig den Eindruck vermeiden, ‚daß wir uns irgendwie zusammensetzen und Osteuropa aufteilen`". (FR, 30.3.89) Hatte schon der Kissinger-Plan selbst für Aufregung in der BRD gesorgt, so daß die "FAZ" das Schlagwort "zweites Jalta" bemühte, so mußte die denkbare Hinwendung der US-Regierung zu diesem Plan ernste Besorgnis in Bonn hervorrufen. Der Kissinger-Plan setzte auf eine mittel- und langfristige Schwächung der Sowjetunion. Die angestrebte Hinwendung der osteuropäischen Staaten zum Westen solle in Ruhe vonstatten gehen, damit die Sowjetunion sich nicht zum Eingreifen provoziert fühlt.

In diesem Denken bedeutet das bewußte Herbeiführen des Zusammenbruchs eines osteuropäischen Staates sozusagen ein übereiltes Tempo, das mehr Gefahren in sich birgt, als es nutzt. Der Widerspruch zu den deutschen Interessen liegt auf der Hand: Es ist keineswegs sicher, ob sich eine "demokratisierte" DDR einverleiben läßt - bei einem Kollaps der DDR sieht das schon ganz anders aus. Freilich liegt auch die Gemeinsamkeit von Kissinger-Plan (und der US-Regierung sowieso, die diesen Plan nie wirklich ernsthaft verfolgt hat) und den BRD-Strategen auf der Hand: Sie richten sich klar gegen die Sowjetunion. Hinzu kommt, daß alle US-amerikanischen wie auch französischen und britischen Bedenken gegen die Wiedervereinigung darin gipfeln, daß die Bundesrepublik in den Einflußbereich der SU kommen könnte. Im stramm antikommunistischen Westen wird befürchtet, daß die Deutschen der SU einen politischen Preis für ihren Traum zahlen müßten, z.B. den Rückzug aus der NATO. Diese Bedenken fallen in sich zusammen, wenn die BRD die DDR billig bekommen kann, was im Frühsommer 89 absehbar war.

Zwischen März und Mai laufen die Konsultationen auf Hochtouren. Von welcher Qualität die deutschen Argumente dabei waren, zeigt eine Äußerung des US-Diplomaten George Kennan. Wenn die historische Chance nicht genutzt werde, "wird Deutschland die Hauptlast des Versäumnisses tragen müssen und das könnte Rechtsgruppierungen und Neutralisten stärken." (FR, 17.5.89)

Bonn winkt mit Nazis!

Am 18.4. hält Bush vor einer polnischen Gemeinde bei Detroit eine außenpolitische Grundsatzrede, in der er die Entwicklung Polens und Ungarns lobt. Polen wird ein Hilfspaket von rund einer Milliarde Dollar in Aussicht gestellt. Bush betont das "Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Ost- und Mitteleuropa." Die "FAZ" stellt erleichtert fest: "Bushs Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht wirkt wie ein beruhigendes vorläufiges Schlußwort zu der Debatte über ein zweites Jalta." (FAZ, 19.4.89)

Am 8. Mai (!) erklärt US-Verteidigungsminister Cheney, daß die deutsche Wiedervereinigung "das natürliche Ergebnis ist, wenn wir mit unseren Anstrengungen Erfolg haben." Diese müßten "zu einem Ende der sowjetischen Besetzung von Teilen Osteuropas, zu demokratischen Regierungen und zur Selbstbestimmung aller Länder Europas führen." (FR, 9.5.89)

Es scheint vollbracht, und am 26.5. äußert Kohls außenpolitischer Berater Teltschik in der "Wirtschaftswoche", die Wiedervereinigung sei "so aktuell wie lange nicht mehr." Prophetisch ist seine Äußerung zur Zukunft Deutschlands: "Wer schon heute versucht, fertige Antworten zu entwickeln, kann von der Dynamik der Entwicklung sehr schnell überrollt werden." (Wirtschaftswoche, 26.5.89)

Der Schlußspurt

Die sog. "offene deutsche Frage" beherrscht ab Frühjahr `89 die Innenpolitik.

* Auf dem deutschlandpolitischen Kongreß der CSU am 16.4.89 erklärt Waigel:"Ich widerspreche der Meinung, die Wiedervereinigung Deutschlands hänge von der Zustimmung unserer Nachbarn ab." (FAZ, 17.4.89)

* Auf einer Europafachtagung der hessischen CDU erklärt der Staatssekretär im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Hennig, daß Ungarn beginne, seine hochgesicherte Grenze nach Österreich abzubauen. "Auch die Mauer, die uns Deutsche trennt, wird fallen." (FAZ, 8.5.89) Die DDR werde über kurz oder lang unter zunehmenden Druck des eigenen Lagers kommen und könne sich ein Abkoppeln vom Veränderungsprozeß in der SU nicht erlauben.

* Überhaupt ist im Vorfeld des Gorbatschow-Besuchs die Neigung sehr ausgeprägt, Erwartungen an die SU zu äußern. Die Mauer in Berlin sei der "Test für die Ernsthaftigkeit von Glasnost und Perestroika", äußerte Wallmann auf dem hessischen CDU-Landesparteitag am 21. Mai.

* Am 4. Juni meldet die "Welt am Sonntag", daß die SU intern mit einer schweren politischen Krise in der DDR rechne und sich nicht in der Lage sehe, diese Krise zu verhindern.

* Der am 13. Juni beginnende Besuch Gorbatschows von der BRD ist begleitet von einer massiven Medienkampagne. Tenor: Gorbi ist o.k. - aber jetzt muß die Mauer fallen.

* Am 17. Juni hält Eppler im Bundestag die Rege zum "Tag der deutschen Einheit". Er ist dagegen, "das Thema der deutschen Einheit endgültig von der politischen Tagesordnung zu streichen."

* Als sei die Einverleibung der DDR schon abgehakt, kommt Anfang Juli die polnische Westgrenze in die Diskussion. Waigel propagiert auf dem Schlesier-Treffen Deutschland in den Grenzen von 1937. "Es gibt keinen völkerrechtswirksamen Akt, durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches von diesem abgetrennt worden sind." (FR, 8.7.89)

* Das Klima ist inzwischen dermaßen verdeutscht, daß der fortschrittlichere Teil der Republik schon aufatmet, als ein Prof. Kayser, Leiter des Forschungsinstituts der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" nach der Waigel-Rede Widerspruch anmeldet. Adenauer habe schon 1952 während der Verhandlungen über den Deutschland-Vertrag den Verzicht auf die Gebiete östlich der Oder- Neiße-Grenze erklärt. Darüber gebe es Dokumente, die im Auswärtigen Amt lägen - gefunden werden sie nicht.

* Am 27. Juli erklärt Mitterand in einem Zeitungsgespräch, "er sei sich ganz gewiß, daß die Deutschen den Versuch einer Wiedervereinigung unternehmen würden." (nach FAZ, 28.7.89)

Im Sommer 1989 ist eine systematisch herbeigeführte Situation entstanden, die mindestens folgende Momente enthält: Aufgrund der sich ständig steigernden Kampagne um die "offene deutsche Frage Frage" ist das innenpolitische Klima angeheizt. Die politisch-ideologische Offensive der Regierungsparteien trägt zu den Wahlerfolgen von Reps und NPD bei. In der Folge greift die nationale Verblödung noch weiter um sich. Gleichzeitig signalisiert die SPD spätestens mit der Eppler-Rede am 17. Juni im Bundestag einen gewissen Kurswechsel. Die Rede ist ein einziger Appell für eine gemeinsame Deutschland-Politik aller Parteien. Die Phase des sozialdemokratischen Dialogs mit der SED ist zu Ende.

Außenpolitisch ist es der Bundesrepublik gelungen, ihre wichtigsten westlichen Verbündeten hinter sich zu bringen. Frankreich und die USA gehen spätestens im Frühsommer 89 davon aus, daß die BRD ihre nationalen Ambitionen realisieren wird. Sie stimmen, wenn auch nicht begeistert, zu. Gleichzeitig bieten die Krisen in der SU, der Rückzug der SU aus den osteuropäischen Staaten und der innen- und außenpolitische Druck auf die DDR neue Perspektiven. Es ist immer wahrscheinlicher, daß eine Destabilisierung der DDR und vielleicht sogar eine Wiedervereinigung sozusagen ohne einen einzigen Schuß möglich werden. Aus der Sicht der NATO waren die nationalen Träume der Deutschen vor allem deswe- gen suspekt, weil sie nur unter zwei Voraussetzungen denkbar waren: einen Ost-West-Konflikt bis hin zum Krieg riskieren oder politische Zugeständnisse der BRD an die SU. Mitte 1989 sieht die Sache schon ganz anders aus: eine geschickt eingefädelte Destabilisierung der DDR stellt so etwas wie den Test auf die Ernsthaftigkeit der Perestroika dar. Sollte es der BRD gar gelingen, die NATO nach Osten hin zu vergrößern - umso besser! Hinzu kommt, daß durch ein deutsches Vorpreschen den Kräften, die lieber heute als morgen aus der SU raus wollen, signalisiert würde: es geht! Die USA, die als einzige westliche Macht dem Wirtschaftsgiganten BRD etwas

entgegensetzen und eine allzu rasche Destabilisierung der SU verhindern könnten, verwerfen den Kissinger-Plan, der genau dies thematisiert. Die USA (und im Grunde genommen alle imperialistischen Staaten) nehmen lieber einen enormen Machtzuwachs der BRD und einen großdeutschen Chauvinismus in Kauf, als sich mit der Sowjetunion dagegen zu verbünden. (Das ist ja auch nichts Neues, sondern spätestens seit 1944 der Fall.)

Alles in allem glänzende Aussichten für Kohl, Genscher, Waigel & Co. Was noch fehlt, ist ein brauchbarer Plan. Auf der Suche danach stolpert man geradezu über Ungarn. Einer der Konstrukteure des ungarischen Reformprozesses, Staatsminister Imre Pozsgay, war im Januar 89 in der BRD. Die Teilung Europas sei ein politischer Irrtum gewesen, und Gorbatschow habe mit seiner Idee vom gemeinsamen Europäischen Haus "die Tore geöffnet". Pozsgay sagte, "daß Ungarn konkret gesprochen eine Eintrittskarte für dieses Europa lösen möchte." (Zeit, 20.1.89)

Die Eintrittskarte bestand im demonstrativen Abriß der österreichisch-ungarischen Grenze im Frühjahr. Ungarn ist das Urlaubsland hunderttausender DDRler im Sommer - da konnte praktisch nichts mehr schiefgehen.

Der Rest ist bekannt.

He., KB-Gruppe Frankfurt

8. Tücken der Renationalisierung - Der Augstein ist los

Rubrik: Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:07

Brecht hat nicht recht. Das große Deutschland führte drei Kriege. Es war mächtig nach dem ersten. Es war gewaltig nach dem zweiten. Es wird riesig nach dem dritten. Tomayer sprachs vor Jahren in "pardon" und heute, am Brandenburger Tor, ist die Stimmung danach. Sie kennen keine Parteien mehr, sie kennen nur noch Deutsche.

Lafontaine empfiehlt Patriotismus. Vogel will den 9. November zum Nationalfeiertag erklären, und zwei Drittel der Bundesbürger sind begeistert. Schließlich waren wir, so Momper, an diesem Tag das glücklichste Volk der Welt, noch lebende SA-Mitglieder dürfen ergänzen: schon zum zweiten Mal ... Brandt drängt zur Eile: "Jetzt muß zusammenwachsen, was zusammengehört", er will es noch erleben. Es ist ihm nicht peinlich, von "Bild" zum "großen Deutschen" gekürt zu werden, er hat es sich immer gewünscht.

Der Kanzler beobachtet sich, wie er in die Geschichte, von ihm "Gechichte" genannt, weil er dabei immer an ich denken muß, hineinwächst. Gott schenkte mir die Gnade der späten Geburt, Gott segne mein deutsches Vaterland. Zuschlechterletzt wird denen im Untergeschoß des Establishments schwindelig, wenn sie nach oben blicken. Klaus Hartung freut sich in der "taz", das "Ghetto" der Zweistaatlichkeit verlassen zu können.

"Wiedervereinigung: Autos plus Getreide plus Stahl plus Chemie plus Sport plus Computer: wie stark wäre Deutschland", rechnet "Bild" schon mal zusammen. Eine Nation wird wiedergeboren. Ein Sprachrohr spricht ein Machtwort: "Das liegt nun nicht mehr an Adolf Hitler", deklariert Rudolf Augstein. -

1959 schrieb Max Horkheimer unter dem Stichwort "Hinter der Fassade": "Nirgendwo in zivilisierten Ländern ist so wenig Grund zum Patriotismus wie in Deutschland, und nirgendwo wird von den Bürgern weniger Kritik am Patriotismus geübt als hier, wo er das Schlimmste vollbracht hat. Berlin, die Wiedervereinigung, die Gebiete jenseits der Oder des zu Recht besiegten Deutschlands werden zu Stimulantien der neuen patriotischen Gesinnung, die von einem unheimlichen Willen gegen inneren, ja gegen äußeren Widerspruch sich ausbreitet. Unansprechbar, weil unreflektiert und von keinem vernünftigen Grund gestützt (...) schickt man sich an, der Freiheit den nächsten Streich zu spielen. (...) Der Patriotismus in Deutschland ist so furchtbar, weil er so grundlos ist." (Notizen, S. 105 f.)

Im Zusammenhang mit der Bitburger SS-Ehrung 1985 enthüllte Kohl dem US-Magazine "Times" - im gleichen Interview, in dem er Gorbatschow mit Goebbels verglich - Sensationelles: Deutsche bestünden aus mehr als "nur" Bewußtsein, sie verfügten auch über Herz und Seele. Wer daran zweifelt, dem dürften der unbekümmerte Umgang mit dem 9. November und allein der Begriff "Wieder"vereinigung genügen: beides spiegelt die kollektive Bewußtlosigkeit von gestern wie von heute wider. In den Worten Adornos: "Daß die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang und zu ihrem Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen, ausartete, rührt daher, daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten." (Kulturkritik und Gesellschaft in Prismen, 1955, S. 31).

Bewußtlosigkeit

Daß es 1945 keine Stunde Null, also keinen Neuanfang aus dem Nichts, gegeben hat, dürfte sich herumgesprochen haben. Hierzu ist das kollektive Bewußtsein sozusagen "dreigeteilt": War 1945 die Niederlage, der Zusammenbruch oder die Befreiung?

Tatsache ist, daß nur Minderheiten versucht haben, das NS-Regime zu stürzen, und daß sein Ende nur den Alliierten, besonders der Roten Armee zu verdanken ist. Tatsache ist, daß die große Mehrheit der großen NS-Gefolgschaft von der Entnazifizierung wenig zu befürchten hatte. Schönhuber beschreibt, wie man als SSler über die Runden kam, und nicht nur seine Anhänger, auch die "FAZ" bewundert ihn dafür.

Tatsache ist auch, daß der Hitler-Faschismus seine Machtergreifung 1933 dem Umstand verdankte, daß er an die deutsch-nationale Tradition und ihre mächtigen Repräsentanten anknüpfte. Was umgekehrt die Größe der Gefolgschaft erklärt: der NS wurde nicht als Bruch deutscher Nationalgeschichte, sondern als ihre Vollendung wahrgenommen. 1920 war die NSDAP nur eine der vielen völkisch-antisemitischen Gruppen, die sich aus dem Ressentiment nach der Niederlage 1918 und dem Versailler-Vertrag speisten. Gemeinsam war ihnen allen, die

Demokratie als "undeutsch" zu definieren und Juden, Kommunisten, vaterlandslose Gesellen zu Sündenböcken zu stempeln.

Die nationale Geschichte ist nun mal die, die sie ist: kaum hatte Bismarck die staatliche Einheit der deutschen Länder zu Wege gebracht - übrigens dank der Vorarbeit Napoleons, der die etwa 2000 Kleinstaaten auf 38 reduzierte -, da erhoben sich bereits der Antisemitismus nach innen und der Expansionismus nach außen. Die Ursachen des spezifischen deutschen Kontextes sind mannigfach dargestellt worden: keine bürgerliche Revolution, späte Herausbildung des Nationalstaats, Obrigkeitsstaatlichkeit, rapider Übergang von der Provinzialität zur Industriegesellschaft, Verbannung von aufklärerischem, humanistischem, demokratischem Gedankengut in die Opposition, wenn nicht ins Gefängnis.

An diesem Wesen soll die Welt genesen, was das Nicht-Deutsche, das Anderssein vorab als krank definiert. Zweimal fühlte sich Deutschland mit einer Weltmission beauftragt. Unter sich zu bleiben, sich an der behaupteten Überlegenheit über französische Dekadenz, slawisches Untermenschentum, über das perfide Albion und den raffenden, wurzellosen, materialistischen Ungeist der Juden selbstverliebt zu berauschen, reicht ihm nicht - vermutlich ist die Selbstverehrung doch nicht so groß. Immer wieder fühlt sich Deutschland berufen, Geschichte zu machen. Die grausige Zwangsvorstellung bildete auch den Schlußakkord in Jenningers Rede vor einem Jahr: "Wir Deutsche sind zur Befriedung Europas berufen." Dieses Leitmotiv - kein Frieden in Europa ohne Lösung der sog. deutschen Frage - taucht heute immer wieder auf.

Zwangsvorstellung

Natürlich: im herrschenden Block gibt es eine Kontinuität des deutschen Denkens und der Deutschland-Politik seit 1945: politisch, parteipolitisch, personell, juristisch, publizistisch, konstitutionell. Sie findet ihren Ausdruck im Auftrag des Grundgesetzes, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden (und die Skeptiker hören "Freiheit" und nicken beruhigt mit dem Köpfchen, anstatt auf "vollenden" zu lauschen und zu begreifen, warum die polnische Westgrenze nicht definitiv anerkannt wird: weil jede Grenze der "Vollendung" im Wege steht).

Jedoch, es ist eine unter Linken beliebte Übung, mit dem Verweis auf die Kontinuität den Blick von der neuen Qualität abzuwenden. Während "Le Monde diplomatique" mit der Schlagzeile: "Alarme: nationalismes" herauskommt, kämpfen wir den Kampf gegen das Vordringen des Weltmarkts und den Ausverkauf der DDR: lobenswert, unterstützenswert, aber ungenügend. Seit den letzten Jahren haben wir es mit verstärkten Bemühungen um eine Renationalisierung zu tun, die heute in Europa nicht einzigartig ist, sich hier aber noch in besonderer Weise herausnimmt - eben wegen dem, was häufig schlicht als die Vergangenheit umschrieben und umgeschrieben wird.

Eine Renationalisierung, also das Bemühen, deutsche Identität, deutsches Nationalgefühl positiv zu besetzen, stößt auf das reale NS-Geschehen: die millionenfache Vernichtung. Daraus resultiert das Bestreben, das Geschehen zu relativieren. Wiederum notwendig geht diese Relativierung und Banalisierung des NS-Geschehens auf Kosten der Opfer. Sie erfordert die Tilgung der Erinnerung, den Ausschluß des Gedächtnisses an die Opfer: die Juden, die Sinti und Roma, die Polen, die Angehörigen der Balkan-Völker, der Sowjetvölker.

Die Liste ist lang. Erinnerung ist lediglich partiell, selektiv und verfälschend erlaubt: wenn Mitleid, dann mit sich selbst, den wahren unschuldigen Opfern, den Mißbrauchten und Vertriebenen, hüben wie drüben. Und wiederum notwendig folgt daraus das zugleich wehleidige und wütende Ressentiment gegen die neuen Ewiggestrigen, gegen diejenigen, die in den Worten der "FAZ" die Verfolgung bis ins siebte Glied pflegten und für jeden Anlaß dankbar seien, "das Zerrbild des häßlichen Deutschen wieder auszugraben und alte Wunden wieder aufzureißen." Bitte keine moralische Überheblichkeit, hüten wir uns davor, Ankläger und Richter unserer Vorfahren zu sein, warnt Kohl. Der Satz, Nie werden die Deutschen den Juden Auschwitz verzeihen, trifft leider zu.

Schon lange ist es Dreggers Anliegen, Auschwitz aus der nationalen Geschichte herauszulösen, da sonst ein Trauma in der deutschen Selbsteinschätzung existiere. Die Dauerbüßer-Aufgabe, wie es voller Haß genannt wird, soll ins Versinken oder in Versunkenheit geraten; das tüchtige, leistungsstarke, normale Land habe doch nur das Pech gehabt, so sah es der Normalisierungsvorkämpfer Strauß, zweimal schlechte Politik an seiner Spitze erfahren zu haben. Vergangenheits"bewältigung" - der Vorsitzende der Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, fragte sich schon, ob es nicht wichtiger sei, die 68er Rebellion zu bewältigen als das dritte Reich und Hitler ein

weiteres Mal zu überwinden, weil die Studentenrevolte mehr Werte zerstört habe. Vergangenheits"bewältigung" macht Deutschland zukunftsunfähig, denn das Nationale am Nationalsozialistischen muß gerettet werden. Die Vergangenheit muß exkulpiert werden, um die Exkulpierung künftiger deutscher Politik zu erreichen.

Ressentiment

"Was ist das eigentlich? Deutsch?" besinnt sich der Bundespräsident auf Kirchentagen. Die Bundeszentrale für politische Bildung setzt in ihrem Planungsbericht 1986 Identität als Leitbegriff. In Bonn und Berlin plant man Museen zur deutschen Geschichte, die insbesondere jungen Bürgern Nationalbewußtsein vermitteln sollen. Links und rechts wird die deutsche Heimat romantisiert, ohne die Abgründe dieses Unternehmens auch nur zu ahnen.

In diesem Kontext kommt Bitburg eine besondere Symbolfunktion zu: Hier sollte der erste Weltkrieg mit dem zweiten gleichgesetzt werden, und die amerikanische Anwesenheit sollte es anschaulich bekräftigen. Kurz danach begann der sogenannte Historikerstreit, dessen Gegenstand genau derselbe war: die professionelle Historisierung und Relativierung des nationalsozialistischen Geschehens, der Realität Auschwitz. Das Ziel nannten die konservativen Historiker deutlich: endlich mit der "Tradition der Selbstbezichtigung" brechen, endlich auf die "geistigen und kulturellen Werte" der deutschen Nation zurückgreifen. Da aber Relativierung von Auschwitz von dem "kalten und leeren Vergessen", also von der Weigerung begleitet wird, die Geschichte aus der einzig annehmbaren Perspektive zu betrachten, nämlich aus derjenigen der Opfer, läßt die entsetzende angestrebte Identität erahnen: mehr oder weniger die Reproduktion der Indifferenz von gestern für das Deutschland von morgen.

Die Deutschen aller Länder sollen sich vereinigen. Wie gehabt definiert sich das Deutschsein nach den Reichsgesetzen, nach den Blutsbanden, nicht nach dem von den französischen Chauvinisten heute bekämpften sogenannten jus soli, das jeden zum Franzosen oder zur Französin erklärt, der oder die auf französischem Boden geboren ist. Deutscher ist jedenfalls, wer oder wessen Eltern im NS als Deutsche anerkannt waren.

Wer aber hat die Emigranten und die Überlebenden nach 1945 zurückgerufen und ihnen gesagt: Kommt wieder - wir sind ein Volk? Niemand.

Aggression

"Was mich bei den Ereignissen in Berlin beunruhigt", schrieb Elie Wiesel, selbst Überlebender von Auschwitz, in der "New York Times", "ist nicht nur deren möglicher Effekt auf die Vergangenheit." Und der Herausgeber des "Spiegel" verliert die Contenance (die folgenden Zitate aus "Spiegel" Nr. 2/90). "Mit welchem Recht", fragt Augstein rein rhetorisch, denn für ihn steht fest, daß er keins hat, könne Elie Wiesel die Vereinigung beider deutscher Staaten für verfrüht halten, wie er es in einem "Spiegel"-Interview erläutert hatte. "Wenn aber jetzt nicht, wann dann?", findet Augstein und fährt voller Ranküne fort: "Immateriell können wir nicht bezahlen, aber materiell haben wir bezahlt." Ob "die Deutschen die Vergangenheit vergessen dürfen oder sollen oder müssen" - das machen sie unter sich aus, das könne ihnen niemand verordnen.

Wer diese Leute überhaupt seien, die den Deutschen Moral beibringen wollten? Schon klar: Elie Wiesel möge doch mal erklären, warum in Jerusalem geschossen wird und in Berlin nicht. Augstein: "Das liegt nun nicht mehr an Adolf Hitler." Ebenso dreist und blöde könnte man entgegnen, der Holocaust lag nicht an den "israelischen Knochenbrechern", die dem "Spiegel"-Herausgeber als Alibi für sein antisemitisches Coming-out dienen.

"Das liegt nun nicht mehr an Adolf Hitler." Wohl wahr. Das nicht, aber hier: Alles. Der Finger, der auf die Intifada zeigt, lenkt dürftig von dem ab, dem er gehört und dessen Gedanken seit Jahren und Jahren manisch um den Punkt kreisen, wie wir den Krieg doch hätten gewinnen können. Das wir ist das Interessante an der Gedankenbahn oder soll man sagen: an dem Gedankenwahn?

Deutschland hat genug an die anderen gedacht, jetzt muß es einmal an sich selbst denken dürfen: "Ob die beiden deutschen Staaten zusammenfinden (müssen), liegt nicht so sehr an den Alliierten und nicht so sehr an den Juden." Der Feind wird noch klarer: Der US-Präsident sei ja auf die jüdische Wählerschaft angewiesen und müsse seinem Außenminister daher eine Nahost-Politik der Vernunft und des Ausgleichs verbieten. Das

möge er doch, so lautet die Botschaft von der Hamburger Brandstwiete, in seiner Deutschlandpolitik tunlichst lassen. Von "Tatsachen" beansprucht der greisende Editorialist zu schreiben, aber "vom ‚internationalen Judentum', wie das der Regierungssprecher Klein tat, sollte man wirklich nicht reden." Man sollte nicht davon reden und tut es in scheinheiliger Abgrenzung - nur um mal daran zu erinnern, daß es den Begriff gibt.

Augstein beruft sich auf einen gewichtigen Bündnispartner, die junge Generation, die nicht verstehen könne, warum Berlin geteilt sein müsse, Jerusalem jedoch nicht. Hat er es je zu verstehen versucht? Wenn Augstein heute die Stunde Null proklamiert, begibt er sich an die Seite des ehemaligen Regierungssprechers Peter Boenisch. Der sagte es, Wochen vor Bitburg, fürs Publikum von "Bild" und "Bunte": Das Allerletzte sei es, heute, 40 Jahre danach, noch durch KZs laufen zu müssen.

Wohin die Reise gehen soll - auch das bleibt ein strikt deutsch-deutsches Geheimnis. Zitat Augstein: "(Die Vereinigung) liegt, wem immer das nicht paßt, an einer von uns Deutschen kaum zielgerecht zu beeinflussenden Entwicklung ... Die Stunde Null, von uns allen so sehnlichst herbeigewünscht, sie ist da." Das ist die Sprache, in der in diesem Land gewöhnlich Kriegserklärungen formuliert werden.

E., Frankfurt

9. Doku: Plattform demokratischer Sozialismus in der SED-PDS

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:44

Dokumentation

Plattform demokratischer Sozialismus in der SED-PDS

Auf der Grundlage des Statuts der SED- PDS, 1.4.d), schließen wir uns zu einer Initiativgruppe "Plattform demokratischer Sozialismus zusammen. Mit ihr verfolgen wir das Ziel, Forderungen und Standpunkte zu vertreten sowie eine breite Öffentlichkeit in der Partei für deren Verwirklichung zu organisieren, um einen Beitrag zur aktiven Teilnahme der SED-PDS an der demokratischen Revolution in der DDR zu leisten. Als theoretische Grundlage der Konzeption des demokratischen Sozialismus betrachten wir das Programmangebot des Projektes "Sozialismustheorie" (vgl. ND vom 12.12.1989, S. 3 f.).

Die demokratische Revolution in der DDR begann im Herbst 1989 ohne die SED. Nach kurzer Zeit wurde sie durch demokratische Kräfte in der SED unterstützt und mitgetragen. Das auf dem außerordentlichen Parteitag angekündigte Programm der Entstalinisierung, d.h. die endgültige Absage an bisherige Strukturen, Mechanismen, Dogmen, Konzeptionen und Privilegien der alten Partei, bot die Chance für einen demokratischen Neubeginn mit einer reformierten SED-PDS. Wir sind besorgt, daß sich mit dem außerordentlichen Parteitag das äußere Erscheinungsbild der SED-PDS zwar verändert hat, der tatsächliche Bruch mit der Vergangenheit im Inneren der Partei jedoch noch nicht vollzogen ist. Den in den Dokumenten des Parteitages formulierten demokratischen Anspruch sehen wir in der seither verfolgten Politik der SED-PDS nicht eingelöst. Vor allem gelingt es nicht, das Verhältnis der Partei zur demokratischen Revolution und den sie vorwärtstreibenden politischen Kräften so zu gestalten, daß die gleichberechtigte Teilnahme der SED- PDS an der Revolution als Nachweis ihrer inneren Reformierung zum Ausdruck kommt.

Die in den letzten Tagen bekannt gewordene Vernichtung von Akten und Unterlagen in den Abteilungen Sicherheit des einstigen SED-Apparates, die Auskunft über die Verflechtung seiner Tätigkeit und der des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit gegeben hätten, stellt sowohl einen politischen Skandal als auch eine Verletzung der Beschlüsse des Parteitages, insbesondere des Statuts, dar. Derartige Aktionen vertiefen das berechtigte Mißtrauen der Öffentlichkeit und unterlaufen damit die notwendigen Bemühungen, die Regierung Modrow zur Abwendung von Anarchie und Chaos funktionstüchtig zu halten. Die Dezember-Atempause benutzte der alte Apparat unter anderem, um die SED-PDS selbstherrlich in Wählerumfragen darzustellen. Die in verschiedenen von der SED-PDS dominierten Medien in den letzten Wochen vorgenommene Vereinnahmung demokratischer Aktivitäten gegen nationalistische Parolen und vorhandene neonazistische Aktivitäten wendet sich unseres Erachtens gegen den demokratischen Konsens der Revolution. Immer noch werden Machtstrukturen und Positionen verteidigt, die zu keinem Zeitpunkt verfassungsmäßig gerechtfertigt waren. Reformunwillige Kräfte benutzen offensichtlich neue theoretische Konzepte als Schutzschild. Die SED-PDS hat nur als Partei, die im politischen System der DDR gleichberechtigt neben anderen wirkt, eine Zukunft als demokratische Alternative zur alten SED.

Um die Dialog- und Politikfähigkeit der SED-PDS weiter zu gewährleisten, treten wir für die Realisierung folgender Forderungen ein:

1. Die tatsächliche Durchsetzung der Beschlüsse des außerordentlichen Parteitages, insbesondere des Statutes. Das bedeutet u.a. die vollständige und rückhaltlose Aufdeckung der Parteifinanzen, die Herstellung tatsächlicher Gleichberechtigung für die politische Arbeit aller Parteien und Bewegungen einschließlich der gleichberechtigten Nutzung aller bisher aus dem Staatshaushalt finanzierten Medien, Einrichtungen und Fonds mit anderen neuen demokratischen Organisationen.

2. Die sofortige, wirksame Unterstützung der Arbeit öffentlicher Kommissionen zur Untersuchung der Verflechtung von SED-Apparat und dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit.

3. Die Gewährleistung einer wirklichen Repräsentanz von Minderheitsströmungen der SED-PDS auf dem kommenden Parteitag und die dazu erforderlichen Veränderungen im Wahlmodus.

4. Fünf Jahre keine hauptamtlichen Wahlfunktionen für Genossen, die in den vergangenen fünf Jahren hauptamtliche Wahlfunktionen in der SED innehatten bzw. im Parteiapparat beschäftigt waren.

5. Kein Anspruch auf Sonderregelungen (Überbrückungsgeld o.ä.) für SED-PDS- Mitglieder, die sich aus deren früherer Tätigkeit ableiten. Für soziale Härtefälle sind Sicherungen vorzusehen. Vollständige Abschaffung aller noch wirksamen Privilegien (z.B. Sonderstipendien), die ausschließlich parteipolitische Zielstellungen der SED-PDS bedienen.

6. Für die neuen demokratischen Parteien und Bewegungen fordern wir den gleichberechtigten Zugang zu den staatlichen Medien (insbesondere zu Presse, Hörrundfunk, Fernsehfunk, Agenturen, Verlagen).

Wir rufen alle Parteimitglieder und -organisationen, die mit der vom außerordentlichen Parteitag aufgestellten Forderung nach einer konsequenten Demokratisierung der SED-PDS und des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der DDR Ernst machen wollen, auf, sich mit uns zu einer "Plattform demokratischer Sozialismus" zusammenzuschließen.

Wir brauchen die Revolution - die Revolution braucht uns!

Initiative "Plattform demokratischer Sozialismus" in der Kreisorganisation der SED- PDS Karl-Marx-Universität Leipzig

Kontaktadressen:

Bernd Brückner, Plaußiger Str. 25,

Leipzig, 7050;

Thomas Schmidt, Dimpfelstr. 39,

Leipzig, 7024

10. SED kopflos

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:41

Die fast handgreifliche Auflösung der DDR-Gesellschaft verschont die SED/PDS nicht. Eine knappe Million Mitglieder sollen die Partei inzwischen verlassen haben, und die noch verbliebene Zahl von 1,2 Millionen SEDlern ist täglich weiter nach unten zu korrigieren.

In den Wochen nach dem außerordentlichen Parteitag schien die umbenannte SED/PDS sich leicht zu stabilisieren. SED-nahe Wahlforscher verbreiteten Meldungen, die SED/PDS könne mit rund 30 Prozent der Stimmen rechnen. Die antifaschistische Massenkundgebung in Berlin am 3. Januar fand großen Zuspruch. Aber gerade die im Zusammenhang mit dem offeneren Auftreten rechtsradikaler Gruppen erhobene Forderung nach Bildung eines Verfassungsschutzes - zumal unter Nutzung von Personen und Strukturen der verhaßten Staatssicherheit - war es, die eine neue Welle von Demonstrationen, Warnstreiks und dem Sturm auf mehrere Gebäude der Staatssicherheit hervorrief. Das Vertrauen in den "guten Menschen aus Dresden", Ministerpräsident Modrow, ließ stark nach.

Und wie es im politischen Bewegungskrieg so spielt: der Rückzug der einen Seite zieht unmittelbar das Vorrücken des Gegners nach sich. Mit der Aufgabe des Planes, einen Verfassungsschutz vor den Wahlen zu bilden, war offenkundig geworden, daß die SED/PDS weder die Funktionäre des alten Repressionsapparates schützen konnte noch dieser in der Lage war, einen Konterschlag gegen die weit vorgerückte Opposition zu landen. Die nächsten Forderungen dieser Opposition folgten zwingend: Vetorecht für den "Runden Tisch" bei allen Gesetzesvorlagen, Beteiligung an den Verhandlungen über die Vertragsgemeinschaft mit der BRD, neue, nun ökonomisch motivierte Warnstreiks.

Das Eigentum der SED/PDS, neben Erholungsheimen die meisten Zeitungs-und Buchverlage, Schallplattenfirmen und weitere Unternehmen, geriet unter Beschuß. Besetzungen von Häusern der PVAP in Polen heizten die Stimmung zusätzlich an. Am 13. Januar entschloß sich das Präsidium deshalb, einen Beschluß über die Überführung von 11 der 16 Zeitungsverlage und 21 der 26 Druckereien in Volkseigentum zu fassen. Forderungen, der SPD/DDR die Sach- und Geldwerte, die diese 1946 in die Vereinigung mit der KPD eingebracht hatte, zurückzuerstatten, kam die SED/PDS zwar bisher nicht nach, doch spätestens nach dem 18. März dürfte dieses Thema wieder auf den Tisch kommen.

Zu diesem Druck von außen gesellte sich die Zerrissenheit der SED/PDS. Vier "Plattformen" (Fraktionen) hatten sich gemäß dem neuen Statut (s. AK 314) gebildet: eine kommunistische und eine sozialdemokratische Plattform, eine namens "Dritter Weg" und eine mit dem Namen "Demokratischer Sozialismus". Die Verfasser der letztgenannten Strömung, WissenschaftlerInnen der Ostberliner Humboldt-Universität, warfen dem Parteivorstand vor, sich mit seiner Antrittssitzung drei Wochen Zeit gelassen zu haben und bisher keinen lebendigen Kontakt zur Parteibasis zu unterhalten. Es mangele an programmatischen und politischen Vorgaben insbesondere zu den Feldern Betriebsräte und Gewerkschaften, kommunale Selbstverwaltung und Umweltpolitik. In völlig unzureichender Weise habe sich der Parteivorstand bisher um die Problematik der Beschäftigung belasteter Funktionäre in den neuen Strukturen gekümmert.

Die Stimmen, die die Auflösung der SED/PDS forderten, nahmen innerhalb der Partei zu. Das veranlaßte den Vorstand, sich am 20. Januar mit dieser Frage zu beschäftigen. Trotz des Eingeständnisses, bisher die Erneuerung nicht schnell und tief genug vorangetrieben zu haben, wurden vor allem zwei Argumente gegen eine Auflösung angeführt:

* Die Parteimitglieder sollten gerade in dieser schwierigen Lage nicht den politisch-moralischen Schutz der Partei verlieren. Angesichts der teilweise "haßerfüllte(n) Aggressivität" gegen die SED/PDS käme eine Auflösung der Partei dem "Ende der deutschen Linken für Jahrzehnte" gleich.

* Die "Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten innerhalb unserer deutschen Nation und der Entwicklung im vereinigten Europa (wird) auch starke linke Kräfte im politischen Spektrum benötigen". Aufgrund des Widerstands gegen die Politik der Erneuerung empfahl der Vorstand die beschleunigte Verfolgung belasteter Funktionäre und die Rehabilitierung früher zu Unrecht verurteilter, die Trennung von unglaubwürdigen Mitarbeitern, die Überführung der Parteibetriebe in staatliches und genossenschaftliches

Eigentum und den Verzicht auf einen Teil des Geldvermögens der Partei. Mit 80 Ja- und nur 2 Nein-Stimmen wurde die Nicht-Auflösung der Partei beschlossen.

Einen Tag darauf trat der stellvertretende Parteivorsitzende und Dresdner Oberbürgermeister Berghofer westmediengerecht vor laufenden Kameras aus der SED/PDS aus. In seinem Gefolge waren 39 weitere Parteimitglieder, darunter der Geschäftsführer des Computer-Kombinats Robotron, Wokurka. Sie kündigten ihre Unterstützung der sozialdemokratischen Partei an, der sie jedoch vor dem Wahltermin nicht beitreten und sich auch nicht um ein Wahlmandat bewerben wollten. - Weitere zwei Tage später forderte der Magdeburger Oberbürgermeister Nothe die Stadtparteiorganisation zur Einstellung aller Tätigkeit auf, weil die Volkspolizei die Sicherheit nicht länger gewährleisten könne.

Mit Gorbatschows Zustimmung zur deutschen Einheit und mit dieser Zielsetzung der Modrow-Regierung schwindet die politische Existenzberechtigung der SED/PDS weiter. Eine originelle Programmatik ist kaum noch zu erkennen. Und was soll eine Traditionsgemeinschaft früherer SEDler?

fo.

11. Doku: Für ein "Linkes Dokumentationszentrum"

Rubrik: DDR-Linke; Vereinigte Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:30

Die Geschichtsgruppe innerhalb der "Initiative für eine Vereinigte Linke" hat ein "Linkes Dokumentationszentrum" gegründet.

Wir wollen für eine sozialistische Perspektive die allgemein wenig bekannten Wurzeln und Erfahrungen bisheriger oppositioneller Bewegungen und Alternativen zum "Stalinismus" in das Bewußtsein unserer Gesellschaft bringen und die öffentliche Diskussion darüber beginnen.

Die offizielle Geschichtswissenschaft hat die Aufarbeitung der Geschichte dieser Bewegungen und ihrer Unterdrückung bisher kaum berücksichtigt bzw. arrogant ignoriert. Diese Aufarbeitung kann nur durch die breite Einbeziehung von Betroffenen und Zeitzeugen geschehen.

Deshalb werden wir Erlebnisberichte, Erinnerungen von Zeitzeugen, Prozeßberichte sowie Namen sammeln und veröffentlichen. Das Zentrum macht sich zugleich zum Sachwalter von Fällen politisch Repressierter und engagiert sich dafür, daß deren Rehabilitierung nicht auf einen schreibtechnischen Vorgang reduziert wird.

Wir bitten daher alle Betroffenen, "Zeugen", Besitzer privater Archivsammlungen sowie Interessenten um Bereitstellung von Informationen und Material sowie um persönliche Zusammenarbeit.

Wir haben internationale Kontakte zu ähnlichen Initiativen aufgenommen und sind an der Zusammenarbeit mit allen interessierten Gruppen vor allem in der DDR interessiert.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit

Wir sammeln das Schriftgut

- der oppositionellen Bewegung in der DDR, ihre Zeitschriften und andere Publikationen und Zeugnisse ihrer Arbeit vor dem September 1989,

- der oppositionellen Bewegung nach dem September 1989,

- speziell aller innerhalb der "Initiative für eine Vereinigte Linke" arbeitenden Gruppen sowohl vor als auch nach dem September 1989.

Wir bitten die oppositionellen Gruppen in der DDR, uns die Geschichte ihrer Bewegung in einer selbst gewählten Form mitzuteilen bzw. sich an der Aufarbeitung dieser Geschichte zu beteiligen.

Wir sammeln alle im Ausland erschienene Literatur ehemaliger DDR-Bürger, ob nun Schriftsteller oder Wissenschaftler oder Autor von Lebensberichten.

Wir wollen Kontakte zu aus politischen Gründen in den Westen abgeschobenen bzw. gegangenen DDR-Oppositionellen herstellen.

Wir werden jene Literatur sammeln, die die jahrzehntelange internationale Diskussion über alternative Sozialismusvorstellungen widerspiegelt.

Wir sammeln Zeugnisse vergangener bzw. vorhandener Versuche kommunemäßiger Lebensgestaltung in unserem Land.

Wir werden mit Forschungseinrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen zusammenarbeiten, die bezüglich unserer Intention Sozial-bzw. mündliche Geschichte betreiben.

Wir sehen die Perspektive, eine unabhängige Forschungseinrichtung der alternativen Bewegung zu etablieren und haben deshalb mit der Gründung des Zentrums und der Schaffung einer arbeitsfähigen Arbeitsgruppe begonnen.

Wir streben die angebrachte Veröffentlichung von Ergebnissen unserer Arbeit an.

Berlin, den 8. Dezember 1989

Adresse für Zuschriften:

Beate Bormann

PSF 114

1080 Berlin/DDR

12. Die DDR wird über den Tisch gezogen

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:43

Die wohl einzigartige "deutsche Revolution" der Rübermacher hat gesiegt. Sie waren es, die durch ihre Massenflucht in die Botschaften Prags und Budapests das SED-Regime zum Einsturz brachten. Und sie sind es, die der DDR den Gnadenstoß verpassen. Der wieder im Steigen begriffene Massenexodus der Rübermacher - allein im Januar kamen 50.000 in die BRD - zieht der Übergangsregierung Modrow den Boden unter den Füßen weg und erzwingt ihre Kapitulation. Nur ganze acht Wochen konnten die sich neu bildenden Oppositionsgruppen Demokratie spielen und Pläne über einen eigenständigen "dritten Weg" schmieden. Der von über einer Million Menschen unterschriebene Aufruf "Für unser Land" ist Makulatur geworden. Die kurzlebige "Regierung der nationalen Verantwortung", in der die Oppositionsgruppen des Runden Tisches mit "Ministern ohne Geschäftsbereich" vertreten sein werden, ist bis zum vorgezogenen Wahltermin (18. März) die wohl letzte Repräsentation des Staates DDR. Danach dürfte eine Interimsregierung unter der Führung der DDR-SPD und unter direkter Regie aus Bonn nur noch eines zu tun haben: "Deutschland soll wieder einig Vaterland aller Bürger deutscher Nation werden." (Modrow)

Der Kotau Modrows wurde ihm durch die sich verschärfende wirtschaftliche und politische Krise abgenötigt - eine Krise, die durch die massive und umfassende Intervention des westdeutschen Imperialismus beschleunigt und verschärft wurde. Nach außen hin spielte die BRD den deutschen Biedermann, sprach und mahnte zur "Mäßigung", während gleichzeitig alle Register der politischen und wirtschaftlichen Einflußnahme, der puren Erpressung gezogen wurden. Das westdeutsche "Modell Deutschland", das über zwölf Millionen DDR-Bürger selbst in Augenschein nahmen, zeigt sich im Moment als das attraktivere und überlegene. Die politische und wirtschaftliche Intervention des westdeutschen Imperialismus in die DDR und deren tiefe Krise veranlaßten auch die sowjetische Führung, zu erklären, daß die deutsche Einheit "von niemanden in Zweifel gezogen" werde. Von niemanden? Da wären die Millionen Opfer des Holocaust, die wenigen Überlebenden der Massenvernichtung des deutschen Faschismus - und allein deren berechtigte "Zweifel" sind Grund genug, gegen die Einheit zu sein. Da kämpfen Sinti und Roma, die bis heute vergebens ihre Anerkennung als NS-Opfer und Entschädigung warten, gegen ihre drohende Abschiebung. Da weist der rot-grüne Senat in Westberlin Tausende Polen aus, weil die "freiheitlichste Verfassung" namens Grundgesetz den "deutschen Volkszugehörigen" allemal den Vorzug gegenüber AusländerInnen einräumt.

Nicht nur die Vergangenheit, auch die Zukunft spricht gegen das "Deutschland, einig Vaterland". Es war die Sowjetunion, die dem westdeutschen Imperialismus vier Jahrzehnte lang die traditionelle Expansion gen Osten versperrte. Stattdessen etablierte sich die BRD auf der Basis ihrer ökonomischen Stärke als regionale Hegemonialmacht in Westeuropa und schuf sich damit die Basis, nunmehr nach dem zerfallenden Osten auszugreifen. Die internationalen Kräfteverhältnisse verschieben sich nicht nur allgemein zugunsten des Imperialismus, sondern auch speziell zugunsten des westdeutschen.

In Mittel- und Osteuropa begünstigt der Zerfall des RGW und des Realsozialismus Nationalismen und Separatismen, die oft in feindlicher Konkurrenz zueinander stehen. Mit dem drohenden Zerfall und Zusammenbruch der Sowjetunion wird dieser Kontinent zu einem gefährlichem Pulverfaß.

Die Krise der DDR ...

Das letzte Aufgebot Modrows, die Bildung einer "Regierung der nationalen Verantwortung" unter Einbeziehung aller Gruppierungen und Parteien des Runden Tisches, sowie die vorgezogenen Wahlen am 18. März veranschaulichen, wie die Modrow-Regierung systematisch demontiert worden ist. Am 15.1. nahm Modrow erstmals an den Gesprächen des runden Tisches teil und bot der Opposition eine "umfassendes Zusammenarbeit" an. Eine Woche später signalisierte die Opposition Bereitschaft, unter bestimmten Voraussetzungen auch Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die SPD (Ost) erklärte, sie wolle im Falle einer "Notlage" (Ibrahim Böhme) in die Regierung eintreten. Wolfgang Schnur (Demokratischer Aufbruch) sattelte drauf: Regierungsbeteiligung nur, wenn alle SED-Minister ihre Ämter räumen. Dann die Verständigung der Opposition darauf, daß Modrow seine SED-Mitgliedschaft "ruhen" lassen sollte. Unterdessen folgte ein kurzes Intermezzo des Generalsekretärs der CDU (Ost), Kirchner, aus der Regierung auszutreten, nachdem er mit CDU-Generalsekretär Rühe gesprochen hatte. Kirchner wurde zurückgepfiffen. Daraufhin drohte Rühe der CDU (Ost) unverhohlen, keine Wahlkampfunterstützung zu leisten. Das letzte Kapitel des Zustandekommens

der "Regierung der nationalen Verantwortung" wurde in der Bonner SPD- Baracke geschrieben. Bei der entscheidenden Sitzung des runden Tisches mit Modrow waren es Ibrahim Böhme und Modrow, die den 18. März als neuen Wahltermin durchsetzten. Böhmes Einschwenken, nachdem sich die SPD (Ost) lange Zeit vor einem Regierungseintritt zierte, erfolgte ohne vorherige Absprache mit seinem Vorstand in Berlin, andererseits aber wohl kaum ohne vorheriges Telefonat mit Bonn. Der Coup Modrows und Böhmes ist klar machtpolitisch motiviert. Einerseits steigen damit die Wahlchancen der SPD (Ost) gegenüber den sich noch formierenden Rechten beträchtlich, andererseits stellt der vorgezogene Wahltermin die kleineren Oppositionsparteien und -bewegungen vor erhebliche Probleme.

Die Bildung einer kurzlebigen "Regierung der nationalen Verantwortung" ist die Antwort darauf, daß die DDR am Rande des Abgrunds steht. Die inneren Ursachen dieser Entwicklung liegen unter anderem in einem rapiden Zerfalls- und Auflösungsprozeß der SED; die Paralysierung der Partei in zahlreiche "Plattformen" bedeutet, daß sich die SED als gesellschaftliche Kraft abgemeldet hat. Diese Paralysierung setzt sich fort in einer Zersetzung der Staats- und Verwaltungsapparate, in denen die SED stark präsentiert war und noch ist. Mit dem Zerfall der SED brechen die vorhandenen politischen Strukturen zusammen, lösen sich örtliche Volksvertretungen auf. Mit der Auflösung der Staats- und Machtapparate geht eine Radikalisierung der Massen einher, die nur im raschen Anschluß an die BRD noch eine Perspektive sehen. Zahlreiche Warnstreiks, zu denen auch die dortige SPD aufrief, unterminierten noch zusätzlich die daniederliegende Ökonomie; die Problem der Zulieferungen und der Versorgung nehmen zu. Die prekäre wirtschaftliche Lage verschärft sich außerdem dadurch, daß die Arbeiter höhere Löhne und längeren Urlaub fordern, die nur über die Inkaufnahme einer höheren Staatsverschuldung zu finanzieren wären.

Das Hauptproblem ist jedoch die wieder ansteigende Ausreisewelle von knapp 2.000 DDR-Bürgern täglich, die "rübermachen". Der Exodus verläuft angesichts der offenen Grenzen nicht mehr panikartig, sondern planmäßig. Rübermachen tun jetzt vor allem Leute, die über gewisse berufliche Qualifikationen verfügen und hierzulande Arbeit finden können. Diese Entwicklung unterminiert die Ökonomie der DDR zusehends.

... und die Verantwortlichkeit der BRD

Der rasante Zusammenbruch der DDR ist gezielt von der BRD mit herbeigeführt worden. Mit westdeutschen know-how wurde das politische Parteiensystem nach hiesigem Vorbild umgekrempelt und zugeschnitten. Die "ersten freien Wahlen" in der DDR sind nicht selbst-, sondern fremdbestimmt, wenn sich bundesdeutsche Politprominenz beharkt und die deutsche Einheit praktisch schon vorwegnimmt.

In der Sphäre der Ökonomie diktiert die BRD mehr und mehr das Geschehen; die Gewalt des Wertgesetzes pflügt die DDR nach und nach zu einer Marktwirtschaft hiesigen Zuschnittes um. Daß nicht Christa Luft, sondern Helmut Haussmann sagt, wo es langgeht, belegen die letzten Wochen anschaulich. Am 15.1.90 fand die erste deutsch-deutsche Wirtschaftskonferenz in Berlin mit hochkarätigen Vertretern des westdeutschen Kapitals statt. Dort versprach Wirtschaftsministerin Luft einen "radikalen Kurswechsel": Für ausländische Mehrheitsbeteiligungen, Joint ventures, für freien Profittransfer ohne Planauflagen. Murmann (BDA) und Necker (BDI) zeigten sich sichtlich beeindruckt. Einen Tag später weilte Christa Luft in Bonn. Sie gab dem westdeutschen Kapital die Zusicherung, die im Gesetzentwurf über ausländische Mehrheitsbetiligungen noch festgeschriebene 49%-Klausel nicht so eng zu sehen, wenn "volkswirtschaftliche Interessen" eine Übernahme von Betrieben in westdeutsche Hände rechtfertigten. Prompt wiederum einen Tag später stellte BRD-Finanzminister Waigel einen ersten zwei Mrd. DM-Kredit aus dem ERP-Sondervermögen zu Verfügung. Am 24.1 gewährte die Bundesregierung der DDR zur Etablierung eines kapitalistischen Mittelstandes einen 6 Mrd. DM-Kredit aus dem ERP-Sondervermögen, der am staatlichen Außenhandelsmonopol vorbeifließt und in DM ausbezahlt wird. Damit hat die DDR die DM faktisch als Parallelwährung zugelassen, weil diese Betriebe Investitionen und Zulieferungen in DM beziehen können und versuchen werden, Verkäufe in DM zu tätigen. In einem Kommentar der "Frankfurter Rundschau" wird bereits von der "bedingungslosen Kapitulation" der DDR-Wirtschaft gesprochen. Am gleichen Tag gibt die Regierung Modrow den Forderungen des BDI nach freier Konvertibilität der DDR-Währung bis 1992 nach. Die Regierung verabschiedet ferner Gesetze über die volle private Gewerbefreiheit und ausländische Kapitalbeteiligungen. Sämtliche Beschränkungen der Größe der Betriebe, ihrer Westimporte usw. werden aufgehoben; dem privaten Kapital sind keine Grenzen mehr gesetzt. Am 30.1. legt die Regierung Modrow ein Kompatibilitätskonzept einer "sozialen Marktwirtschaft" nach westdeutschem Muster vor. Die Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols, eine Steuerreform, die

Barrieren für ausländisches Kapital beseitigt, und das Niederlassungsrecht für westliche Firmen sind die nächsten Schritte beim marktwirtschaftlichen Umbau.

Das politische Kalkül, den raschen Anschluß der DDR an die BRD durch eine schrittweise, kontrollierte Übernahme der westdeutschen Marktwirtschaft zu verhindern und dafür eine gesellschaftliche Basis in der DDR zu finden, ist gescheitert. Massiver werdende Anschluß-Forderungen und das Rübermachen haben diese Pläne ad acta gelegt - nicht nur für die Übergangsregierung der DDR, sondern auch für die BRD. Eine kollabierende DDR wirft auch alle hiesigen Pläne (vergleiche AK 314) einer schrittweisen Durchsanierung der DDR-Ökonomie über den Haufen.

Das wird alles viel Geld kosten und verlangt "auf mittlere Sicht große Investitionen, gar Opfer", heißt es in einem Kommentar der "Zeit" (Nr. 6-90). Dort ist bereits von der "Teilung des Wohlstands" die Rede, von einem Nationalfond, Anleihen, Steuererhöhungen.

Die Einheit der Nation geht ans Hemd. Opferbereitschaft wird demnächst mit nationalen Pathos begründet. Gewerkschaften und Menschen, die sich über Steuererhöhungen und sonstige "Notopfer" beklagen, werden sich wohl bald als "Vaterlandsverräter" bezichtigen lassen müssen.

D./Westberlin

13. Wer hat uns verraten, ... SPD/DDR auf dem Vormarsch

Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:45

Die stärkste der Parteien soll sie werden - und wird es wohl auch. Mit atemberaubender Geschwindigkeit - ein allgemeines Phänomen der RGW-Entwicklung - vollzieht sich die Formierung der SPD in der DDR. Sie ist bereits jetzt nicht nur die dominierende politische Kraft in der DDR-Opposition, sie bereitet sich ganz offensichtlich auf die Übernahme der Regierungsgeschäfte nach den Wahlen am 18. März vor. Eventuell notwendige Koalitionen stehen schon jetzt unter dem Stern ihrer Vormachtstellung. Dieser Entwicklung kommt die Vorverlegung der Wahlen auf den 18. März noch zugute.

Eben das ist auch Ziel und Ergebnis der massiven Anstrengungen der West-SPD, "Wahlkampfhilfe" zu leisten. Diese Form der "Hilfe" hat längst den Charakter eines direkten Hineinregierens in die Entwicklung der DDR erreicht.

Die politischen Aussagen der neuen SPD sind so bekannt wie westbewährt: "Mit Recht und Freiheit für eine ökologische soziale Marktwirtschaft" - so Markus Meckel, eines der profiliertesten Vorstandsmitglieder. Die deutsche Einheit steht auf dem Programm, in der Sprachregelung Willy Brandts ohne "Wieder".

Schon im Sommer letzten Jahres begannen die Vorbereitungen zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Am 26. August 1989, dem 200. Jahrestag der Erklärung der Bürger- und Menschenrechte der Französischen Revolution, wurde ein "Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine Sozialdemokratische Partei in der DDR - SDP - ins Leben zu rufen", veröffentlicht (dokumentiert in AK 311, S. 4). Unter den Initiatoren befanden sich u.a. die heute bekanntesten SPD-Vertreter: Ibrahim Böhme, jetziger Geschäftsführer; Markus Meckel, dem auf dem Westberliner Parteitag der BRD-SPD das Wort erteilt wurde.

Am 7. Oktober 1989 erfolgte die Gründung der SDP, noch unter konspirativen Bedingungen. Die GründerInnen erklärten sich in voller Übereinstimmung mit dem Ziel der Initiativgruppe, auf "eine ökologisch orientierte soziale Demokratie hinzuwirken. Die Mitglieder der SDP suchen die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Initiativen, Gruppen und Personen in unserem Lande, ungeachtet ihrer Struktur, ihrer weltanschaulichen und sozialen Bindungen. (...) Die Diskussionen über die erklärten Grundsätze verdeutlichen die Notwendigkeit, mit inhaltlichen und strukturellen Verbindlichkeiten sich jetzt gegen die zunehmende Destabilisierung unseres Landes zu verhalten, und in dieser Weise an einer demokratischen Entwicklung mitzuwirken." (Gründungsurkunde, zitiert nach "Welt", 9.10.89).

Am 7.10.89 wurde ein Statut verabschiedet , in dem die Prinzipien der neuen Partei niedergelegt sind.

Die SPD (damals noch SDP) vereinige "Menschen verschiedener Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen, die sich den Traditionen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit sowie der Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Umwelt verpflichtet fühlen". Unaufgebbares Prinzip sei der Einsatz für die Menschen- und Bürgerrechte. Die SPD verstehe sich als "demokratische Volkspartei. (...) Gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen auf allen Ebenen ist zu gewährleisten (Quotierung)". Basis sei die innerparteiliche Demokratie. "In entschiedener Ablehnung allen totalitären politischen Denkens und Handelns bemüht sich die SDP in Zusammenarbeit und gleichberechtigtem Wettstreit mit anderen demokratischen Kräften um die Entmonopolisierung, Demokratisierung und Teilung der Macht in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie." Dazu gehöre die Trennung von Staat und Partei sowie Staat und Kirchen. Die Partei trete für eine "parlamentarische Demokratie mit Parteienpluralität" ein und bekenne sich zur Gewaltlosigkeit. Die Achtung der "Würde, Eigenverantwortlichkeit und Freiheit des Menschen", seine umfassende Teilhabe in Staat und Gesellschaft sind ebenso im Statut niedergelegt wie das Prinzip strikter Gewaltenteilung in einem demokratischen Rechtsstaat. Aller Monopolisierung und Zentralisierung in Staat und Gesellschaft sei entgegenzutreten, soweit sie soziale und politische Rechte der Bürger beeinträchtige. Unvermeidbare Monopole sollten einer "demokratischen Kontrolle sowie Überprüfung der ökonomischen Effizienz und Umweltverträglichkeit" unterzogen werden.

Zum Thema Marktwirtschaft gelten folgende Zielbestimmungen: "Undemokratische und unsoziale Auswirkungen und Konzentration wirtschaftlicher Macht sind zu verhindern". Der Umweltschutz sowie

diejenigen, "welche die Werte schaffen", seien auf verschiedenen Ebenen durch Mitbestimmung und Miteigentum zu beteiligen, die Rechte der Konsumenten seien zu stärken.

Ein Parteiprogramm, in dem konkrete Vorstellungen der SPD/DDR zur Bewältigung der gigantischen Probleme der DDR ausgeführt werden, existiert bislang noch nicht. In einer Diskussion in Bockenheim gab der Rostocker Rundfunkchef Rothlender zu: "Unser SPD-Parteiprogramm ist im Moment nur mit Leerfloskeln besetzt, alles muß noch wachsen" (FR, 23.1.).

Auch nicht wesentlich ergiebiger sind die Antworten Ibrahim Böhmes in einem Interview mit dem "Neuen Deutschland" auf die Frage "Woran sind wir mit dieser Partei?" Außenpolitisch ist die Rede vom "europäischen Haus", das es zu gestalten gelte, "ohne ein west- oder osteuropäisches, süd- oder nordeuropäisches Volk auszulassen. Die beiden deutschen Staaten haben dabei eine besondere Verantwortung, die sich auch aus der Geschichte der beiden deutschen Staaten herleitet." Böhme setzt vor allem auf Soforthilfe aus den sozialdemokratisch regierten Ländern der BRD, aber auch aus dem übrigen westeuropäischen Ausland, um "den Kaufkraftüberhang durch Einfließen von Waren zu verkürzen". Ein Bremsen der Abwanderung ausgebildeter Arbeitskräfte durch infrastrukturelle Maßnahmen sei der zweite der Punkte, die mit einer Überarbeitung der Leistungskriterien und des "völlig überalterten Prämienzeitlohnsystems" einhergehen müßten.

Deutsche Einheit auf der Tagesordnung

Böhme gibt in vorgenanntem Interview zu, daß auch er und seine Partei von der rasanten Dynamik in Richtung Wiedervereinigung überrascht und überrumpelt wurden. "Prinzipiell haben wir uns immer zur Einheit der deutschen Nation bekannt. Doch wir wollen nicht so tun, als hätten wir keine Geschichte, die anzufragen wäre. Das heißt, diese Einheit der deutschen Nation ist zu gestalten in Verantwortung." Bei der Gründung sei die SDP noch von einem "längeren Zeitraum" (5-10 Jahre) der Zweistaatlichkeit ausgegangen. Inzwischen rechnet Böhme damit, "daß wir in zwei bis drei Jahren am europäischen ECU (Währungseinheit) hängen werden, daß wir im europäischen Binnenmarkt bereits in zwei bis drei Jahren sind."

Gefragt nach den inneren und äußeren Voraussetzungen für diesen Vereinigungsprozeß antwortet Böhme: "Das heißt für mich als erstes, den Anrainerstaaten die Angst vor der deutschen Einheit zu nehmen. Als zweites würde ich sagen, daß beide deutsche Staaten bald mit den Siegermächten einen Friedensvertrag erwirken." Als internationaler Status der DDR im Rahmen eines "wiedervereinigten" Deutschlands favorisiert Böhme die Neutralität.

Böhme plädiert dafür, "was Positives an DDR-Bewußtsein (...) in ein einheitliches Deutschland einzubringen." Aus der zwar für viele belastende Geborgenheit in der DDR hätten sich andererseits "Solidarstrukturen" entwickelt, die es der Zerfaserung von Bildungs- und Kulturstrukturen entgegenzusetzen gelte.

Markus Meckel will zwischen deutscher Einheit und einem "Anschluß der DDR an die BRD" unterschieden wissen. Er könne "das Gerede von der Wiedervereinigung nicht tragen"; der Begriff sei rückwärtsgewandt. Zudem sei nicht nur ein Anschluß gewollt, sondern "die Selbstbestimmung. Das ist der zentrale Punkt. Unser Ziel ist ein föderativer deutscher Staat in einem einigen Europa, und zwar in den Grenzen von 1990, mit klarer Anerkennung der Westgrenze Polens." (Spiegel, 4/90).

SPD/DDR und Wirtschaft: "freie" Marktwirtschaft mit sozialem und ökologischem Kleister

Konkrete Konzepte gibt es kaum. In Anbetracht der schwierigen ökonomischen Lage der DDR besteht die Tendenz, einfach auf vermeintlich "Bewährtes" zurückzugreifen.

In einem programmatischen Vortrag von Markus Meckel zur Gründung der Partei am 7. November beginnt der Abschnitt zur "Wirtschaftsdemokratie in einer sozialistischen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung" mit den Worten: "Mit diesem Abschnitt sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir am wenigsten genaues wissen. Hier wird am intensivsten gearbeitet werden müssen, geht es doch in der Problemstellung um international die schwierigsten Aufgaben."

Über Vorstellungen zur wirtschaftlichen Entwicklung verrät ein Artikel im "Mecklenburger Aufbruch" vom 31.12.89 von SDPler Dr. Gottfried Timm etwas. Danach sei es keine Frage, ob sich die DDR "auf dem Gebiet der Wirtschaft gegenüber der Weltwirtschaft öffnet, sondern wie und wie schnell sie es tut." Die einzige

wirkliche Perspektive bestehe in einer Eingliederung der DDR-Industrie "in die internationale Arbeitsteilung unter den Bedingungen einer marktorientierten Wettbewerbswirtschaft". Konstatiert wird, daß die ökonomische Ausgangsposition nicht so katastrophal sei, wie sie allgemein diskutiert würde - und dies im Vergleich zu anderen osteuropäischen und einigen westeuropäischen Staaten. "Die DDR ist als Wirtschaftsraum dank ihrer geopolitischen Lage ein günstiger Industriestandort, zumal sich durch den Umbruch im Osten ihre Ausstrahlung auf zukünftige Märkte verstärken kann."

Notwendige Maßnahmen seien in zwei Schritten zu vollziehen: zunächst der Umbau der Wirtschaft, dann deren Ausbau. Unter den ersten Schritt falle zunächst der Abbau der Subventionspolitik, verbunden mit einer Preisreform. Klar ist, auf welche Kosten diese Änderung erfolgt: die Konsequenz ist nämlich eine Preissteigerung für bisherige Billigprodukte wie Lebensmittel, Verkehrstarife, Mieten und Energie, hingegen erfahren High-Tech-Produkte eine Preissenkung. Die bisherigen Subventionen in Höhe von 50 Mrd. Mark sollten dann zum Ausgleich als soziale Transferleistungen verteilt werden.

Spareinlagen seien in Besitz oder Produktivvermögen umzuwandeln; durch Volksaktien könne das "Volkseigentum" in "wirkliches Eigentum des Volkes" verwandelt werden. Ein neues Banksystem mit einer Notenbank im Blick auf die Geldwertstabilität sei zu schaffen. Bestehende Großbetriebe seien je nach ihrer Effizienz in die Lage zu versetzen, "Kapital und westliche Technologien aufzunehmen und unter der Perspektive ihrer Wettbewerbssteigerung zu investieren". Weniger effektive Betriebe müßten entflochten und auf die Möglichkeiten verwiesen werden, "Gemeinschaftsunternehmen mit westeuropäischen Firmen zu gründen".

Korrespondierend hiermit sei eine "leistungsorientierte Entlohnung", nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern auch für die "Betriebsleitung (Management) (...) Das bringt ein größeres Lohngefälle mit sich, ohne das jedoch kein Leistungsanreiz zu organisieren ist." Nachdem am Ende dieser ersten Stufe ein Binnendevisenmarkt stehen könne, sei in der zweiten Stufe eine "maßvolle Sparpolitik der Regierung, getragen von verantwortlichem Sparverhalten der Bevölkerung" von Bedeutung. Die Unternehmen würden dann eigenständig und wären für ihren Export ebenso wie für ihre Liquidität verantwortlich.

Aber ein bißchen sozial soll es auch zugehen: "Sozialdemokratische Politik ist verpflichtet, die sozialen und ökologischen Sicherheiten zu gewährleisten". So werden gegen entstehende Arbeitslosigkeit Umschulungseinrichtungen und -versicherungen verordnet. Auf einer Wahlveranstaltung wurde die Sorge um Rationalisierung und Arbeitslosigkeit allerdings mit billigen Scherzen abgetan: "Das soziale System drüben ist immerhin so gut, daß noch kein Arbeitsloser in die Planwirtschaft übergewechselt ist." (taz, 19.1.)

Gewerkschaften müßten bei ihrer Rollenfindung unterstützt und in die Lage, Tarifverhandlungen zu führen, versetzt werden. Hierzu begründet ein Marxist, was ihn zum Übertritt in die SPD motiviert: "Uns steht jetzt eine lange kapitalistische Epoche bevor. Da braucht es starke Gewerkschaften - und eine SPD mit linkem Flügel." (taz, 19.1.)

Die Identität der DDR müsse gesichert werden, indem Spekulation mit Grund und Boden ausgeschlossen und privatem Kapital nur die Nutzungsrechte, aber nicht Verfügungsrechte über Immobilien erteilt werden. Deshalb dürfe sich ausländisches Kapital maximal nur zu 49% beteiligen. Dazu müsse eine "ausgewogene Finanz- und Steuerpolitik" kommen. Soziale und ökologische Kriterien hätten Vorrang vor ökonomischen Gesichtspunkten.

Gründungsfieber

Unmittelbar nach der Gründung wurden in zahlreichen Städten der DDR örtliche und regionale Gruppen der SDP ins Leben gerufen. Die immer wieder genüßlich in der Westpresse berichteten Kommunikationsschwierigkeiten aufgrund mangelnder Telefone erscheinen vor anderen Problemen allerdings zweitrangig. Bei vielen der neu gewonnenen Mitglieder fehlt es deutlich an politischer Erfahrung. So berichtet die FAZ vom 12.12.89 über ein Treffen der Sozialdemokraten im Leipziger Stadtbezirk Grünau: "Der provisorische Vorsitzende der Grünauer Sozialdemokraten eröffnet die Sitzung. Auf das ‚provisorisch' legt er großen Wert, denn eine Partei mit einem ordentlichen demokratischen Aufbau sind die Sozialdemokraten noch nicht. (..) Unter denen, die gekommen sind, ist kein ‚alter Sozialdemokrat'. (...) Alle sind politische Anfänger, ohne Organisationserfahrung, ohne Routine. (...). Über politische Fragen gibt es wenig Diskussion, die allgemeinen programmatischen Grundsätze sind bekannt und unumstritten, die konkreten Fragen - der Umbau der Wirtschaft, eine neue Sozialpolitik und vieles mehr - erscheinen noch so unentwirrbar kompliziert, daß man

sie lieber ausspart. Einig sind sich die Anwesenden in der Ablehnung des Aufrufs ‚Für unser Land', der von Bärbel Bohley, Stefan Heym und Christa Wolf und anderen veröffentlicht worden war."

Berghofer zur SPD

Für das Dilemma, daß es an politisch erfahrenen PolitikerInnen fehlt, werden pragmatische Lösungen angeboten. So stellte Ibrahim Böhme in einem Interview in der "taz" fest, daß "sehr viele Kandidaten und Mitglieder der SED sich wieder auf sozialdemokratische Werte besinnen. Wir müssen eindeutig erklären: Wer sich an den Grundwerten der SDP orientiert, hat das Recht einzutreten". Kennzeichnend ist allerdings das geradezu pathologische Bemühen, auf keinen Fall mit dem "Leichengeruch" der SED in Kontakt zu kommen. Ausdruck hierfür ist die scharfe Reaktion der SPD/DDR auf wahlkampftaktische Polemiken der West- CDU. Böhme kritisierte, daß sich in jüngster Zeit "die Anzeichen dafür gemehrt" hätten, "daß die Unionsparteien diesen Konsens aufkündigen wollen" - gemeint ist der Konsens aller Oppositionsparteien in ihrem Kampf zur Demontage der SED- PDS. Laut Böhme "diffamierten ‚die Herren Wilhelm und Rühe' die SPD in der DDR öffentlich mit der wahrheitswidrigen Behauptung, sie sei von der SED unterwandert. Herr Rühe verbreite darüber hinaus die ‚geradezu infame Behauptung', die SPD in der DDR stelle nur ‚eine Variante der bisher in der DDR bestehenden Gesellschaftsordnung' dar." (FAZ, 27.1.)

Die SPD/DDR hatte offensichtlich vorsorglich im Vorstand längst beschlossen, daß eine Aufnahme in die Partei nur dann möglich ist, wenn innerhalb eines Jahres niemand gegen den Eintritt Einwendungen erhoben hat. "Bei Neugründungen von Ortsverbänden darf der Anteil ehemaliger SED-PDS-Mitglieder 30% der Mitglieder des Ortsverbandes nicht überschreiten."

Am 21.1. erklärte der Dresdner Oberbürgermeister und ehemalige stellvertretende Vorsitzende der SED-PDS Berghofer gemeinsam mit 39 weiteren Dresdner SED-PDS-Mitgliedern seinen Austritt aus der Partei. In einer Erklärung forderten die 40 gleichzeitig die Auflösung der SED-PDS. "Jeder Versuch, mit der Erblast der SED in dieser Partei neue Wege zu gehen, verstärkt die Angst vieler Menschen vor einer Restaurierung der SED" (ND, 22.1.), behaupten sie. In einer Rede vor den Dresdner Stadtverordneten griff Berghofer die SED-PDS gar als "Destabilisierungsfaktor" an und erklärte: "Eine stalinistische Partei läßt sich nicht reformieren."

Die Reaktion der SPD/DDR allerdings ist zunächst verhalten. Als "besonders heikel" empfindet Markus Meckel die Aussicht eines Anklopfens Berghofers an der SPD-Türe. Stefan Hilsberg, Sprecher der SPD/DDR, betonte in einem Interview, seine Partei werde Berghofer keine Positionen anbieten. "Er müsse sich ‚über die Basisgruppen' in die Partei einbringen. Letztlich müsse dann ‚der Ortsverband Dresden entscheiden, ob sie ihn aufnehmen können oder nicht.' Über die Ortsverbände sei die Partei ‚am besten in der Lage, individuell auszuwählen, wer es ernst meint oder wer nicht.'" (taz, 23.1.)

Auch von anderen Oppositionskräften gibt es Zuwachs für die SPD. Pfarrer Friedrich Schorlemmer, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, ist mit dem gesamten Verband Wittenberg des DA zur SPD übergetreten. Schorlemmer begründete dies damit, daß sich der DA "mit Eilschritten der CSU" nähere und er da nicht zuhause sei. (SZ, 20.1.)

Die Mitgliederzahlen wachsen auch ohne SED-PDS- oder sonstigen Zulauf. Inzwischen soll die SPD/DDR 50.000 Mitglieder haben. (SZ, 24.1.)

Wahlen: die Macht in ereichbarer Nähe

Die Überzeugung, bei den Wahlen stärkste Partei zu werden, hat sich bereits durchgesetzt. Noch am 12. November 89 hatte sich die SDP gegen Wahlen schon im Jahre 1990 ausgesprochen. Eine Abstimmung in den nächsten Wochen oder Monaten - so damals die Einschätzung - sei nur ein deutlicher Versuch der SED, ihre Macht zu sichern und die neuen Parteien "an die Wand zu drücken". Stephan Hilsberg forderte daher zunächst Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung, deren Modalitäten zwischen alten und neuen Kräften am runden Tisch ausgehandelt werden müßten. Freie, allgemeine und geheime Wahlen sollten erst im Frühjahr 1991 stattfinden. Er beanspruchte für seine Partei Zeit für die Entwicklung persönlicher Sachkompetenz. Frühzeitige Wahlen würden zu einer reinen Protestwahl gegen die SED führen. Das berge die Gefahr in sich, die Opposition in die Verantwortung zu bringen, "ohne daß wir Konzepte haben". (SZ 20.11.89)

In einer Erklärung vom 3.12.89 plädierte die SDP plötzlich für Wahlen am 6. Mai 1990. Ihren nur wenige Tage alter Wunsch nach Verzögerung der Wahlen bis 1991 erklärte sie damit, daß sie sich davon habe leiten lassen, "daß eine Übergangsregierung in der Lage sei, die politische und wirtschaftliche Stabilität für ein Jahr zu sichern". Hiervon sei sie nach der Volkskammer-Tagung vom 2.12.89 nicht mehr überzeugt, umso mehr, als von den "sich für das ganze Volk Verantwortung Anmaßenden" bereits Verträge, Abkommen und Aussagen von internationaler Bedeutung verantwortet würden, "die sich in dieser krisenhaften Situation der öffentlichen Kontrolle" entzögen. Auf welche Weise eine Übergangsregierung ohne derartige Abkommen Stabilität sichern soll, ist in Anbetracht der Lage der DDR unbekannt geblieben.

Je schneller sich die Formierung der Partei vollzog, desto wahrscheinlicher schien eine Zeit lang, daß die SPD nebst anderen Oppositionsgruppen am Runden Tisch eine Beteiligung an der Übergangsregierung in Erwägung zog. Die Aufforderung Modrows an die am Runden Tisch versammelten Oppositionsgruppen, Mitverantwortung zu übernehmen, ließen SPD/DDR und Demokratischen Aufbruch wohl kurzfristig mit einer vorgezogenen Regierungsbeteiligung liebäugeln. Die Bedingungen hierfür sollten die SED/PDS weiter diskreditieren. Böhme erklärte zunächst, für den "Fall einer Notlage" sei die SPD zur Regierungsbeteiligung bereit. Schnur vom Demokratischen Aufbruch forderte für diesen Fall, daß alle SED-Minister ihre Stühle räumen müßten. Die Opposition einigte sich dann in der Nacht vom 26.1. auf eine Regierungsbeteiligung, falls Modrow seine SED-PDS-Mitgliedschaft ruhen lasse. Bereits zwei Tage später landete Böhme einen wahltaktischen Coup: Er gab den offensichtlich mit Modrow abgesprochenen vorgezogenen Wahltermin bekannt.

Wahlkampfhilfe

Die Unterstützung ist massiv: immerhin geht die Bundes-SPD wohl zu Recht davon aus, daß die DDR-SPD aus den Wahlen als stärkste Partei hervorgeht. Nachdem diese nun vom 6. Mai auf den 18. März vorgezogen wurden, sind die Leistungen, Beratungen und Unterstützungen noch zu intensivieren.

SPD-Vorsitzender Vogel hatte die Unterstützung anläßlich eines Besuchs beim Vorstand Mitte Dezember 89 der damals noch SDP heißenden Schwesterpartei angekündigt. Mit Hilfe der SPD konnte die SDP einen Beobachterstatus bei der Sozialistischen Internationale zwischen deren Kongressen erreichen. Vogel nutzte in diesem Zusammenhang die Gelegenheit, Wiedergutmachung von der SED zu fordern für "das Unrecht der Zwangsvereinigung, der Verfolgung von Sozialdemokraten, der Enteignung des sozialdemokratischen Vermögens". Er forderte eine Entschuldigung und Rehabilitierung der Opfer.

Kaum noch Probleme bereitete in diesem Zusammenhang das von SPD und SED seinerzeit erarbeitete Streit- und Dialogpapier, während SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs eine Radikallösung - das Zerreißen des Papiers - empfahl, berief sich Vogel darauf, daß der "Text seinen Zweck erfüllt habe". Die DDR-Opposition habe sich auf die dort niedergelegten Prinzipien berufen.

Inzwischen ist die politische, insbesondere strategische Zusammenarbeit gut vorangekommen. Ein Gemeinsamer Ausschuß der Sozialdemokraten wurde bereits in die Tat umgesetzt. Mit einem Sekretariat in "Berlin" (ob West oder Hauptstadt ist der Presse nicht zu entnehmen) soll mit dieser Idee Vogels der "Austausch von Informationen, die gegenseitige Beratung und die Erarbeitung gemeinsamer Positionen" ermöglicht werden. Der Vorsitz soll zwischen beiden Parteien wechseln. Aus der BRD übernimmt zunächst Rau den Vorsitz. Die erklärten Aufgaben dieses Ausschusses werden längst umgesetzt: Markus Meckel behauptet zwar noch im "Spiegel" (4/90), die SPD/DDR habe noch keinen Wahlkampf geführt, der "finanziert werden müßte", ob das auf der Finanzierung aus dem Ausland beruht, spricht er wohlweislich nicht an. Die starke Unterstützung der SPD/BRD sei am wichtigsten in Form "strategischer Hilfe: Wir reden miteinander. Das hilft uns sehr."

Die Zusammenarbeit zwischen den Parteien auf unterer Ebene gestaltet sich bereits wesentlich konkreter. Der Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD in NRW, Christoph Zöpel, bestätigte den Wunsch der DDR-SPD nach Wahlkampfhilfe aus dem Westen. So müßten jetzt "nordrheinwestfälische Spitzenleute im Frühjahr 1990 auf zwei Hochzeiten gleichzeitig tanzen".

Teilweise scheint die Möglichkeit der "Hilfe" an die sozialdemokratischen KollegInnen drüben manch schlappen SPD-Bezirk hüben zu allerlei Tatendrang zu bringen. So sprach Zöpel von einer "enormen Bereitschaft" trotz Doppelbelastung, "den Sozialdemokraten bei ihrem Wahlkampf zu helfen". (FR, 16.12.89)

Neben personeller und strategischer Hilfe werden Computer, Papier, Büroausstattungen geschickt; es existieren regelrechte Patenschaften zwischen SPD-Bezirken. "Rau kündigte an, falls in der DDR die früheren Länder Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wieder entstünden, werde im nordrhein-westfälischen Kabinett für jedes dieser Länder ein Beauftragter als ‚Ansprechpartner' benannt werden." (FAZ 8.12.89)

Ein wichtiger bundesdeutscher Organisator ist hierbei Rudi Arndt, bis zum vergangenen Sommer Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament. Der ehemalige Frankfurter Bürgermeister hat ein neues Betätigungsfeld gefunden. In der DDR gelte es nun, "eine Parteiorganisation zu schaffen bis hinunter zum Dorf, Mitglieder zu sammeln und zu registrieren, Geld und Werbemittel zu verteilen." (FR, 22.1.) Arndt hat im Januar seinen zweiten Wohnsitz in Erfurt genommen, was die Ständige Vertretung der DDR in Bonn zu dem Kommentar veranlaßte: "So was hatten wir noch nicht." Aber nicht nur das, er hat sich auch in Erfurt als neues Parteimitglied eingeschrieben. Seine Aufgabe: Aufbau eines "schlagkräftigen thüringischen Landesverbands". (Spiegel, 5/90)

Um die Hilfeleistungen nicht ungezielt oder gar mit negativem Effekt wirken zu lassen, werden Ratschläge an SPD-Funktionäre erteilt: "Technische Hilfe unsererseits muß in jedem Fall mit den Freunden in der DDR genau abgestimmt werden. Es nützt ihnen nichts, wenn (wie geschehen) eines unserer Büros einen Computer schenkt, mit dem es selber nicht zurechtkommt. (...) Westliche Wahlkämpfe haben in den Wählerinnen und Wählern den politischen Konsumenten gesucht und auch gefunden. Selbst für Veranstaltungen wurde die Fernseh-Show zum Vorbild. In der DDR hingegen ist nach 40 Jahren erzwungenem Schweigen der Wunsch zu reden und mitzureden, übermächtig. Man will diskutieren. Wahlkampf in der DDR muß ein Wahlkampf der Kundgebungen sein, geprägt von Spontaneität. Eine Regie, die Gefühle inszeniert, macht mißtrauisch. (...) Deshalb: Selbst auf uns unbeholfen wirkende, engzeilig beschriebene, mit den Argumenten ringende Flugblätter aus ‚volkseigener Produktion' sind allemal besser als die flotte Sprache für flüchtige Leser, in der sich unsere Wahlkampftexte ausdrücken müssen."

Der Mangel profilierter Persönlichkeiten soll aus westdeutschem Potential behoben werden: "Es gibt nicht die großen Repräsentaten für eine zur Wahl stehende Politik, wie bei uns etwa Willy Brandt oder Johannes Rau. Deshalb ist natürlich der Gedanke naheliegend, daß unsere auch drüben geachteten Repräsentanten im Wahlkampf an der Seite unserer Freunde in der DDR auftreten - und sie werden es auch tun." (Spiegel, 5/90)

Die programmatische Genügsamkeit, die Rudi Arndt an den Tag legt ("daß eine Programmdiskussion zu diesem Zeitpunkt, in dem sich die Partei noch in einem Urzustand befindet, praktisch unmöglich ist"; entscheidend sei der "charismatische Grundzug"), wird von anderen West-SPD-Größen nicht so geteilt.

Brandt setzt dies bereits mit symbolträchtigem Engagement in die Tat um. Ein Beispiel war sein Auftritt bei der Magdeburger SDP, für den er extra den SPD-Parteitag verlassen hatte. Christoph Meckel, Sprecher der SDP, fragte die 70.000-köpfige Menge, "wann Magde- burg jemals einen so großen Tag erlebt habe", was ihm erwartungsgemäß von der Menge mit "Nie, nie" beantwortet wurde. Seine Aussage "Einheit von unten", seine heuchlerische Ablehnung einer "Wiedervereinigung", weil es ein "wieder" nie geben werde, das sind auch die Schwerpunkte sozialdemokratischen Wahlkampfes in der DDR. "Füreinander einstehen ist des Deutschen erste Bürgerpflicht" - die Deutschen im Westen hätten nur das "bessere Los" gezogen.

Ein spezieller Bereich sozialdemokratischer Unterstützung in der DDR soll der Umweltschutz sein. Nachdem das allgemeine Erschrecken über ökologische Mißstände in der DDR fast schon zu Äußerungen gegen die Wiedervereinigung ("den Dreck wollen wir nicht haben") führt, haben sich die SPD-Umweltexperten Harald Schäfer (West) und Frank Bogisch (Ost) über Grundsatzfragen einer künftigen Umwelt- und Energiepolitik verständigt. Die SPD (West) will vor allem beim Umbau der Energieversorgung in der DDR helfen - 40 von rund 200 Milliarden Mark sollten bis zum Jahr 2000 von der BRD aufgebracht werden. Schäfer schlug hierfür einen Solidarbeitrag der Bundesbürger in Form "eines Verzichts auf Steuererleichterungen für Unternehmen und eine Steuer auf Energieverbrauch" vor.

"Bei uns hat Sozialismus einen schlechten Klang"

Allerorts werden gemeinsame Diskussionen veranstaltet. Dabei wird die unprofessionelle Unsicherheit, die der westlichen Hilfe bedarf, gerne ausgewalzt. So berichtet die FAZ von einer Veranstaltung in Hannover, bei der der Leipziger SPD Raum für ihre Vorstellungen eingeräumt wurde. Der Leipziger Vorsitzende Volker Mahenke

faßt zusammen: "Bei uns hat Sozialismus einen schlechten Klang. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft. In der DDR können Sie sehen, wie sozialistische Verhältnisse aussehen. Die marxistische Theorie ist unzureichend. Der Mensch blieb unbeachtet." Auch wenn westliche Experten die hier bei der SPD übliche Anrede "GenossIn" zu meiden raten, weiß Mahenke dies kritisch zu würdigen: "Er wisse, Symbole wie ‚Genosse, Sozialismus oder rote Fahnen' seien in der DDR sehr unbeliebt. Doch ‚wir Sozialdemokraten geraten mit in den Strudel der Verachtung dieser Symbole, wenn wir nicht deutlich machen: das, was in der DDR war, war kein Sozialismus. Sozialismus ohne Demokratie ist kein Sozialismus.`" Ein anderer Leipziger Sozialdemokrat stellt fest: "Die Bevölkerung in der DDR will die Schritte zur Einheit schnell, in den nächsten drei bis fünf Jahren. Wir müssen die Meinung des Volkes hören, sonst sind wir keine Volkspartei, bleiben ohne Einfluß." (FAZ, 18.12.89)

Der SPD/DDR ist es im Vergleich zu allen anderen Parteien und Oppositionsgruppen gelungen, zum frühest möglichen Zeitpunkt sich zu konstituieren und ein eigenes Profil zu entwickeln. Das gibt ihr einen kaum aufholbaren Vorsprung im Hinblick auf die Wahlen im März, zumal sich beispielsweise die konservativen Kräfte noch auf unsicherer Suche nach Anerkennung durch CDU und CSU befinden. Massiven Einfluß hierauf hatten und haben die Bemühungen der BRD-SPD, sich quasi neue Landesverbände zu schaffen. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und damit die Einverleibung der oppositionellen Szenerie in der DDR wird auf politischer Ebene von keiner anderen Partei so konkret und konsequent vorangetrieben wie von der SPD.

A., Hamburg

14. SPD: Nationale Tiefenschichten

Rubrik: SPD; Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:40

Auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war und ist Verlaß. Das wird niemals deutlicher als in geschichtlichen Umbruchsituationen. Dann weiß, besser noch: fühlt diese Partei geradezu, was von ihr erwartet wird. So etwa 1919/20, als die SPD sich organisierend an die Spitze der Konterrevolution stellte und die sozialistisch-kommunistische Massenbewegung niedermetzeln ließ. Oder z.B. 1973, als sie in Bonn-Bad Godesberg die Sozialistische Partei Portugals aus der Taufe hob, die alsbald mit viel Geschick sowie logistischer und finanzieller Hilfe von seiten der SPD die sozialistische "Nelken-Revolution" in Portugal 1974/75 zunächst hintertrieb, dann abwürgte und in den folgenden Jahren die verbliebenen Errungenschaften Schritt für Schritt liquidierte bzw. liquidieren half.

Mit dem Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in der DDR war es wieder einmal soweit: Zeitweilig außer Rand und Band geraten, wußte die SPD(-Führung) doch bald, was die Stunde geschlagen hatte und welchen Platz sie im Kampf um die nationale Einheit einzunehmen hatte.

Während die CDU/CSU noch in atlantischen Rücksichten befangen ist und außerdem durch ihre uneindeutige Haltung zur Oder-Neiße- Grenze der Vertrauenswürdigkeit des BRD-Imperialismus Schaden zufügt, denken Sozialdemokraten schon weiter. Sie propagieren ein Europa, in dem die Militärblöcke aufgelöst sind, und fordern ein Deutschland, aus dem die Siegermächte des 2. Weltkrieges zu verschwinden hätten. Die SPD in der "Stunde der nationalen Herausforderung" (SPD-Chef Vogel am 28.11.89 vor dem Bundestag): Nie war sie so wertvoll wie heute.

Der folgende Artikel zeichnet anhand von Äußerungen führender und nicht so führender Sozialdemokraten die rasante Umorientierung der SPD-Deutschlandpolitik im letzten halben Jahr nach.

Vordenker Eppler: Wir Deutschen

Das nationale Wiedererwachen der SPD begann mit einem frühen und noch vereinzelten, dafür umso grundsätzlicheren Startschuß zu einem Zeitpunkt, an dem Ungarn noch nicht einmal die Grenzen geöffnet hatte. Für seine Rede in der Feierstunde des Bundestages am 17. Juni 1989 erhielt SPD-Vordenker Eppler "Lob aus allen Fraktionen - von Willy Brandt (SPD) bis Alfred Dregger (CDU), von Otto Schily (Die Grünen) bis Wolfgang Bötsch (CSU)" (FR, 19.6.89, auch für die folgenden Zitate). "Es liegt nicht in unserer Hand", behauptete Eppler, "ob wir Europa das Thema Deutschland zumuten wollen oder nicht. Wir tun es, weil es uns gibt." "Die Deutschen" hätten "wie alle Völker ein Recht auf Selbstbestimmung". Die Existenz der DDR sei lediglich begründet "in der Sprache der Staatspartei, in sozialen, ideologischen, nicht nationalen Kategorien". Das ist eigentlich ein schönes Kompliment an die DDR und eine hervorragende Begründung für die Notwendigkeit ihrer Existenz. Eppler weiter: "Neu - und für mich ermutigend - ist, daß nationale Identifikation sich heute nicht mehr notwendig an Nationalstaaten festmachen, auch nicht auf den Nationalstaat zielen muß ..." Frage: "Wie könnte eine deutsche Föderation innerhalb einer europäischen aussehen?" Als guter Deutscher hat Eppler eben Gesamteuropa im Blick und so formulierte er am deutschen Nationalfeiertag 1989 auch dies: "Die beiden Blöcke, mögen sie für die Supermächte den Reiz überschaubarer Einflußzonen haben, sind für uns als Mitteleuropäer nur ein zeitweise notwendiges Übel ... Eine Überwindung der Blöcke ist für uns kein Schreckbild, sondern die Rückkehr zur europäischen Normalität." Diese Normalität wäre, Handelsblatt- und ak-Leserinnen und -Leser wissen das, die Hegemonie des BRD-Kapitals über Europa. Das erste Signal für die bevorstehende Revision der deutschlandpolitischen Praxis der SPD setzen die SPD-Führungsmitglieder Voigt und Ehmke. Mitte August ziehen sie eine alte CDU-Forderung aus den siebziger Jahren aus der Tasche, daß Wirtschaftshilfe an die DDR nur noch unter dem Vorbehalt geleistet wird, "daß die SED auch in anderen Bereichen reformwillig ist" und "den Menschen unmittelbar zugute kommt" (Tsp., 18.8.89). Die "Politik der kleinen Schritte führe jetzt nicht mehr weiter", die Notwendigkeit von Reformen solle jetzt "nicht mehr mit der DDR-Führung", sondern "öffentlich diskutiert werden". Die "Reformkräfte" müßten gefördert werden.

Am selben Tag ruft Karsten Voigt in der "taz" in Erinnerung, "daß die SPD sich in den fünfziger Jahren mehr als jede andere Partei der Spaltung Europas und Deutschlands entgegengestemmt hat" (18.8.). Voigt hält es aber zu diesem Zeitpunkt wohl noch nicht für opportun, der Einheit Deutschlands direkt das Wort zu reden. Umso mehr spricht er vom "langfristigen Ziel der SPD", das "auch in Zukunft unverändert" bleibe: "die Spaltung

Europas mit friedlichen Mitteln überwinden". Freimütig erzählt er von seinen vielfältigen Verbindungen in Ungarn und kündigt verstärkte Kontaktaufnahme der SPD zu oppositionellen Kräften in der DDR an. Voigt ist optimistisch: "In der jetzigen Phase der Entspannungspolitik beginnen durch zunehmende Zusammenarbeit und Ansätze zur gemeinsamen Koevolution gesellschaftspolitische Trennlinien ihren antagonistischen Charakter zu verlieren." Sein Plan: Europarat und EG sollten neue Funktionen bei Überwindung der Spaltung Europas übernehmen.

Ende August 1989 vertritt der SPD-Vorsitzende Vogel noch ein letztes Mal Elemente der bisherigen DDR-Politik der SPD: Niemand könne ein Interesse haben, das Staatswesen der DDR zu destabilisieren. "Zur Forderung der SPD-Abgeordneten Stiegler und Niggemeier nach einer Wiederzulassung der SPD in der DDR riet Vogel, das Pferd nicht vom Schwanze aufzuzäumen. (Er) äußerte die Hoffnung, daß sich zunächst die Reformer innerhalb der SED durchsetzten." (FAZ, 28.8.) Walter Momper ergänzt in einem taz-Interview: "Wir dürfen die europäische Nachkriegsordnung nicht infrage stellen und müssen weiterhin von der Zweistaatlichkeit Deutschlands und auch von der Angehörigkeit zu verschiedenen Militärblöcken ausgehen." Ganz im Sinne der bisherigen sozialdemokratischen Entspannungspolitik erhofft sich Momper mehr von ökonomischen Hilfen, "privaten Investitionen ... gekoppelt an einen Prozeß der Änderung des Wirtschaftssystems, wie in Polen. Das Ergebnis des notwendigen Reformprozesses - und das zeigt Ungarn - ist ein dritter Weg."

"Selbstbestimmungsrecht" und "Wandel durch Abstand"

Doch die Zeit der von der SPD 25 Jahre praktizierten Ostpolitik war mit diesem August 1989 endgültig abgelaufen. In einem "Zeit"-Interview beginnt sich der Erfinder der Politik des "Wandels durch Annäherung", Egon Bahr, den neuen Anforderungen zu stellen. Ganz der alte Stratege nennt er zunächst Essentials der bisherigen Politik, die auch weiterhin Gültigkeit behalten sollen: "Die Sicherheitsfrage bleibt der deutschen Frage übergeordnet." Zunächst gehe es darum, in Europa "bis zum Jahr 2000 eine Situation zu schaffen, in der keine Kriegsgefahr mehr besteht und keine Angriffsfähigkeit mehr ... Wenn eine solche Situation im Jahr 2000 einträte, dann ... wird die Sache interessant. Dann kann das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten eine Form von Kooperation besonderer Art annehmen ... Dann werden wir natürlich eine andere DDR haben." (Zeit, 1.9.) Aber für diesen Prozeß möchte Bahr die Weichen richtig, also im BRD-Interesse gestellt wissen. Für Bahr ist es eine "Illusion, daß wir durch die vier Mächte die deutsche Einheit bekommen ... Nun wird es langsam unsere eigene Sache ..." Wie selbstverständlich formuliert Bahr Forderungen, die jahrzehntelang eher bei CDU/CSU und Rechtsradikalen zuhause waren: "Ich glaube, daß dieses große deutsche Volk ... ein Recht auf Selbstbestimmung hat ... Das bedeutet, daß es dieses Recht auf Selbstbestimmung erkämpfen muß. Das bedeutet, daß es einen Friedensvertrag haben muß." Bisher jedoch hätten sich die Deutschen in Bezug auf ihr Selbstbestimmungsrecht "wie Fellachen" verhalten. Und weiter im rechtsradikalen Jargon bleibend, fragt Bahr: "Wie lange eigentlich noch soll Souveränität ... den Deutschen vorenthalten werden?" Doch da Bahr auch derjenige ist, der mit der DDR den Grundlagenvertrag ausgehandelt hat und ihr damit auch zu weltweiter Anerkennung verholfen hat, lautet seine Folgerung: Da es zwei Staaten gibt, muß es zwei Friedensverträge geben. "Danach werden die Deutschen allein entscheiden, in welchem Maße sie dann staatliche Einheit noch wollen."

Mitte September entbrennt in der SPD ein Streit, ob eine Delegation der Partei die DDR-Volkskammer wie vorgesehen besuchen soll. Während sich Bahr, Voigt und Ehmke für die Reise aussprechen (NZZ, 15.9.) und Momper "gerade in dieser für die DDR schwierigen Situation" einen Meinungsaustausch mit der SED-Führung für "unverändert notwendig" hält (SZ, 15.9.), ist der künftige sozialdemokratische Scharfmacher Nummer eins schon vorgeprescht. Der ebenso wie Eppler mit einem linken Image behaftete Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel propagiert in einem eine Seite langen Artikel in der FR vom 13.9.89 den "Wandel durch Abstand": "Abstand halten! Fototermine mit den Betonköpfen der SED sind Bärendienste für den inneren Wandel in der DDR." Ihn beschäftigt, wie "die Deutschen in freier Selbstbestimmung innerhalb einer europäischen Friedensordnung in ein inniges und konfliktfreies Verhältnis" zueinander kommen können. In typisch sozialdemokratischer Scheinheiligkeit erklärt er das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes für "obsolet", um dann dasselbe nur anders auszudrücken: "Vorstellbar wäre allenfalls eine Neu-Vereinigung."

Die SED wird geächtet

Am 19.9.89 beschließt der SPD-Vorstand, gegenüber der SED und der DDR in die Offensive zu gehen. "Die Deutschlandpolitik der SPD in Revision", titelt die "Neue Zürcher Zeitung" am 20.9. und berichtet, daß die SPD bei ihren Kontakten mit der DDR ab sofort folgende Rangfolge habe: 1. Die Kirchen, 2. Reformgruppen, 3. Die SED, allerdings nur unter der Bedingung, daß vor allem über den Flüchtlingsstrom und die Entwicklung in der DDR geredet würde. Der SPD-Vorstand spricht eine Ermutigung für Gruppen aus, die über eine sozialdemokratische Neugründung nachdenken und kündigt baldige Gespräche mit Kirchen und Oppositionsgruppen an (FR, 20.9.). Hilfen für die DDR, damit werden die Forderungen von Ehmke und Voigt von Mitte August aufgegriffen, solle es nur geben, wenn die SED Bereitschaft zu Veränderungen zeigt. Den ersten seiner lediglich verbalen Kontrapunkte setzt Oskar Lafontaine in einem Interview mit "Bild am Sonntag" (24.9.89), in dem er fordert, weiter mit den Machthabern in der DDR zu reden und die Reformkräfte, insbesondere die Kirchen, "wie bisher" zu unterstützen.

Ende September machen sich die Scharfmacher erneut bemerkbar. Der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Walter hält in Europa "die größte Welle der Sozialdemokratisierung für möglich, die dieser Erdteil jemals erlebt hat", (Hamburger Abendblatt, 26.9.89). Eppler erklärt im "Stern", daß wir uns "eine Option auf die deutsche Einheit offenlassen für den Fall, daß sich die DDR als nicht lebensfähig erweist" (FAZ, 27.9.).

Bahr hingegen äußert weiterhin, er habe kein Interesse an einer Destabilisierung der DDR. Die Wiedervereinigungsrhetorik sei "kontraproduktiv und die DDR unverzichtbar für den Aufbau des europäischen Hauses" (taz, 2.10.). "Wir brauchen eine DDR, die sich weiterentwickelt". Es müsse die beiden deutschen Staaten "noch eine Weile geben", schon allein deshalb, damit sie jeweils die Abrüstungsverhandlungen vorantreiben könnten. (FAZ, 6.10.). Ebenso Walter Momper: "Wir respektieren die DDR als Staat"; keine der DDR-Oppositionsgruppen rede von Wiedervereinigung (taz, 5.10.).

Doch der endgültige Verstoß der SED aus dem SPD-Bekanntenkreis ist nur noch eine Frage des richtigen Zeitpunkts. Hatte es noch Ende September geheißen, man hoffe auf Reformkräfte auch in der Führung der SED (FR, 25.9.) und wolle alle reformerischen Kräfte in und außerhalb der SED ermutigen (Tsp 27.9.), so wird die SPD mit dem sicheren Instinkt des Jägers in dem Maße gegenüber der SED aggressiv, in dem diese beginnt, sich für eine neue Politik zu öffnen.

Am 12.10. wurde die erste in Ansätzen selbstkritische Erklärung des SED-Politbüros herausgegeben. In der Bonner SPD-Zentrale werden jetzt andere Töne angeschlagen: Bevor es zu einer Zusammenarbeit kommen könne, müsse die SED "das jetzt zunächst Gebotene, nämlich die Informations-, Meinungs- und die Reisefreiheit rasch verwirklichen". (Die SPD im Bundestag, 17.10.). Am 29.10. (Krenz ist zehn Tage im Amt) sattelt Vogel drauf. In der "BamS" erklärt er: "Für uns stehen jetzt vier Prüfsteine im Vordergrund: Reisefreiheit für Bürger. Informationsfreiheit. Meinungsfreiheit. Anerkennung der Gruppen, die sich inzwischen in der DDR gebildet haben, einschließlich der sozialdemokratischen SDP." Doch damit noch nicht genug. Vogel fordert, daß die DDR ihre DM-Einnahmen ihren Bürgern für Westreisen zur Verfügung stellen solle. Außerdem erwarte er auch in der DDR eine "Lockerung der viel zu starren Wirtschaftsverfassung ... eine Stärkung des privaten Sektors. Das würde die Zusammenarbeit erleichtern."

Am 31.10. legt Vogel der SED neben den vier schon genannten noch einen weiteren "Prüfstein" vor, der die beginnende "Einsicht" der SED untermauern könnte: die Aufgabe des Machtmonopols der Partei. (FAZ, 1.11.) Zugleich baut die SPD die am 7.10. gegründete SDP auf. Während gerade auch von Seiten der SDP zwecks Selbstlegitimierung bis heute betont wird, daß man sich in völliger Unabhängigkeit von der SPD gegründet habe, steht dagegen die schon erwähnte, im September von der SPD geäußerte Absicht, sozialdemokratische Gruppen in der DDR zu ermutigen, und eine Bemerkung Vogels aus Anlaß der Gründung der SDP, in der er "Kontakte zu diesen Kreisen" bestätigte (FAZ, 10.10.). Am 17.10. erklärt die SPD, sie befürworte die Aufnahme der SDP in die Sozialistische Internationale, und am 25.10. heißt es aus dem Munde Egon Bahrs, "jetzt gebe es eine ‚Präferenz` für alle Gespräche und Kontakte der SPD in der DDR - die SDP." Ergänzend verweist Vogel auf "die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der neuen Partei ... Wir organisieren und wir finanzieren sie nicht." FAZ, 25.10.)

Glückliches Europa des demokratischen "Sozialismus"

Unterdessen haben die Sozialdemokraten aus dem hohen Norden schon wieder nach vorn gedacht. In der Juso-Zeitschrift "Sozialistische Praxis" erinnert Norbert Gansel an eine Adenauer-Formel: Freiheit geht vor

Einheit. In Gansels Gebrauch wird diese Formel freilich - anders als das noch zu Adenauers Zeiten war - zu einem direkten Schritt hin zur Einheit: "Wenn alle Deutschen ihr individuelles Selbstbestimmungsrecht auch politisch ausüben können, wird die Frage nach der Einheit beantwortet werden können." (FAZ, 23.10.) Am 1.11.89 veröffentlicht die "Frankfurter Rundschau" ein umfangreiches deutschlandpolitisches Papier der SPD Schleswig-Holstein, dem auch Egon Bahr zugestimmt hatte. Wieder taucht die Forderung nach der Abschaffung von NATO und Warschauer Pakt auf sowie (neu!) "die Relativierung der Staatlichkeit der beiden Deutschland durch Abtretung von Souveränität an europäische Institutionen und Integration in einen gemeinsamen europäischen Markt." Daß dies die Konzerne, allen voran die der BRD, freuen wird, scheint die nördlichen Sozialdemokraten wenig zu stören. Statt dessen sind sie der Ansicht, daß "zum ersten Mal in Europa die historische Chance (besteht), den demokratischen Sozialismus mehrheitsfähig zu machen". Wie das? Na so: "Die Förderung von Investitionen westeuropäischer Unternehmen in Staaten Osteuropas, die Bereitstellung von Krediten der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Finanzierung wirtschaftlicher Infrastrukturprojekte." Und weiter: "Verbindung von EFTA, EG und reformbereiten Staaten des Comecon durch eine Freihandelszone. Die westeuropäische Integration muß in den Dienst des ganzen Europa gestellt werden." Dann könnte "zum ersten Mal der Traum einer sozialen und friedlichen Staatengemeinschaft Wirklichkeit werden, die auf den zugleich vielfältigen und gemeinsamen Traditionen der Aufklärung und des Humanismus, der Demokratie und des sozialen Rechtsstaats fußt."

Ende Oktober/Anfang November wird im Parteivorstand der vorläufige Kurs der SPD ausgehandelt: Die SPD werde, so Vogel, ihre Kräfte darauf richten, "daß die Einheit der Deutschen gemeinsam mit der Einheit Europas vollendet werden kann" (FAZ, 8.11.).

Am 10.11. (einen Tag nach der Öffnung der DDR-Grenze) findet in Westberlin vor dem Rathaus Schöneberg eine Kundgebung statt, auf der Kanzler Kohl ausgepfiffen, Willy Brandt hingegen, der sich jeglicher Wiedervereinigungsrhetorik enthalten hatte, mit viel Beifall bedacht wurde. Nach Informationen des ak wurde freilich vor Beginn der Veranstaltung im Kreis der SPD-Genossen darüber gestritten, ob die deutsche Einheit Thema der Beiträge sein sollte (wie es Brandt wollte) oder eben nicht, wofür Momper vehement plädierte. Im letzten Moment entschied der "Altlinke" Harry Ristok den Streit zugunsten Mompers mit einem an Brandt gerichteten Hinweis, daß die deutsche Einheit doch sowieso komme.

In den unmittelbar folgenden Tagen profiliert sich Momper noch einmal gegen den Strom in seiner Partei als Wiedervereinigungsgegner. In einer Pressekonferenz nach der Veranstaltung vor dem Rathaus Schöneberg spricht Momper vom "Volk der DDR" und stellt fest: Dies "sind nicht die Tage der Wiedervereinigung, sondern ... die Tage des Wiederse- hens" (FR, 13.11.). Der Westberliner SPD-Vorsitzende konstatiert "Orientierungslosigkeit" bei der Bonner SPD und führt dazu aus: "Manche tun so, als ob die Wiedervereinigung unmittelbar vor der Tür steht. Neulich, auf der letzten Parteivorstandsitzung, habe ich gedacht, ich sei da irgendwie auf der falschen Veranstaltung. Einige haben Rezepte aus der Tasche geholt, die an die CDU-Politik der fünfziger Jahre erinnerten." (Spiegel, 13.11.89) Doch was gestern galt, stimmt schon morgen erneut. Am 14.11. fordert Vogel den Bundeskanzler auf, angesichts der schwierigen und drängenden Probleme "alle nationalen Kräfte zu bündeln". Eine deutsch-deutsche Wirtschaftskommission sei einzuberufen, um zu klären, für welche Zwecke ein solidarischer Finanzbeitrag eingesetzt werden könnte. Dabei gehe es nicht darum, Milliarden zu überweisen, sondern z.B. Hermes-Bürgschaften einzusetzen, unter deren Dach sich "private Initiativen" entwickeln könnten. Allerdings müsse die DDR den Investitionsschutz garantieren (FR, 15.11.)

In einem Artikel für die "Zeit" vom 17.11. signalisiert Willy Brandt, daß mit ihm zu rechnen sein wird. "Das eigentliche Thema" handle vom "Zusammenwachsen der Teile Europas". Wer wollte dann "halbwegs vernünftige Gründe dafür ins Feld führen, daß Deutschland und seine Teile hiervon ausgenommen blieben? ... Im Westen mag es der einen oder anderen Regierung Schwierigkeiten bereiten, frühere Erkenntnisse zur Einheit der Deutschen mit heutigen politischen Möglichkeiten und Verhaltensweisen auf einen Nenner zu bringen. Doch ich denke, Bush und Gorbatschow werden hierüber bei Malta sinnvoll reden können. Nur sollten sie nicht meinen - sie tun es ja auch kaum noch - es könne über Deutschland einfach noch verfügt werden. Das geht nicht mehr." Wiederum in der "Zeit", nur eine Woche später, bemerkt Eppler zum selben Problemkreis: "Die Europäer beginnen sich damit abzufinden, daß sich der Graben zwischen den beiden Teilen Europas nicht einebnen läßt, ohne daß der Graben quer durch Deutschland zugeschüttet wird." (Zeit, 24.11.) Aber Eppler wäre nicht Vorsitzender der SPD- Grundwertekommission, wenn er nur ein knallharter Realpolitiker und nicht auch ein Freund spinnerter Ideen wäre. An gleicher Stelle macht er sich darüber

Gedanken, wie die DDR auf Dauer überleben könnte. Als einzige Möglichkeit schwebt ihm da "das Experiment eines poststalinistischen, demokratischen Sozialismus in einem mitteleuropäischen Industrieland" vor, um "auf der ... Grundlage des Gemeineigentums an den großen Produktionsmitteln politischen und ökonomischen Wettbewerb freizusetzen. Dies bedeutet ... in der Wirtschaft freie Entscheidungen von Konsumenten und Investoren ... Daraus könnte dann jene ökosozialistische Marktwirtschaft werden, die manchen Gruppen in der DDR vorschwebt."

Solche Gedanken findet auch Karsten Voigt, wiederum in einem Beitrag für die "taz", ganz toll. "Ich bewundere und unterstütze diejenigen, die ... glauben, ein attraktives demokratisch-sozialistisches Alternativmodell zur Bundesrepublik verwirklichen zu können." Aber ach, leider ist die Welt nicht so: "Ich halte diese Hoffnung aber unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Illusion." Voigt hält es statt dessen "für viel realistischer", daß "die demokratische Linke im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik an Boden gewinnen könnte, wenn sie ihn mit abrüstungspolitischen, umweltpolitischen, wirtschaftsdemokratischen und sozialstaatlichen Initiativen verknüpft." (taz, 29.11.)

Blendende Aussichten für die Linken sieht auch Ulrich Maurer, SPD-Baden-Württemberg. Er kann nicht verstehen, daß "große Teile der bundesrepublikanischen Linken vor lauter Angst vor der Zukunft und aus sehr viel Mutlosigkeit an den Bedürfnissen der Leute vorbeiargumentieren - statt sich an die Spitze der Bewegung zu setzen." (FR, 4.12.)

Wo angesichts der historischen Stunde manch jüngerem Genossen die Phantasie etwas aus den Zügeln gerät, ist ein alter und erfahrener Genosse wie der unverwüstliche "Schorsch" Leber berufen, realistische Vorschläge zu Gehör zu bringen. Zusammen mit Kurt Biedenkopf (CDU) schlägt er vor: "Der 17. Juni wird für die kommenden fünf Jahre zum Tag der Solidarität erklärt. In diesen fünf Jahren bis 1995 wird an jedem 17. Juni gearbeitet. Der Lohn, den die Arbeitnehmer an diesem Tag verdienen, wird von den Betrieben an die ‚Solidaritätsstiftung des deutschen Volkes` abgeführt." (FR, 27.11.89) Subotnik nun auch im Kapitalismus - warum eigentlich nicht, wo Europa doch jetzt zusammenwächst.

Die Reaktion der SPD auf Kohls "Zehn-Punkte-Plan"

Kohls "Zehn-Punkte-Plan" zur Bildung konföderativer Strukturen mit dem Ziel einer bundesstaatlichen Ordnung, präsentiert am 28.11.89 im Bundestag, offenbarte den gewaltigen nationalen Gärungsprozeß, in dem auch die SPD steckt. Kein Wunder, daß das Vertrauen in die "Führungsqualitäten" von Fraktionschef Vogel Schaden nahm. Vogel hatte, während Kohl seinen Plan vortrug, "jedem einzelnen Punkt des Konzepts Beifall gespendet. Zögernd erst, immer wieder auf ihren Fraktionschef blickend, applaudierten auch die SPD-Abgeordneten den zehn Punkten des Programms." (Tsp, 29.11.) Schon vor Kohl hatte Vogel in seiner Rede betont, daß "mit einer Konföderation der beiden deutschen Staaten ... einheitliche Lebensverhältnisse für alle Deutschen hergestellt werden (könnten), auch wenn die bisherigen Bündnisse noch existierten". Es gebe "in den zentralen Fragen der Deutschlandpolitik eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der SPD und der Koalition von CDU/CSU und FDP ... In der Stunde nationaler Herausforderung müßten parteipolitische Überlegungen beiseite geschoben werden." (Tsp, 29.11.)

Auch Karsten Voigt hatte in seiner Antwort auf Kohls Rede festgestellt: "Wir stimmen Ihnen in allen 10 Punkten zu." Er vermisse lediglich, daß Kohl noch keine konkreten Konsequenzen für Verteidigungspolitik und Rüstungsplanung gezogen habe (FR, 29.11.). "Wer allerdings heute die Einheit Deutschlands auf die Tagesordnung setze, müsse auch die Auflösung der militärischen Bündnisstrukturen ansprechen." (Tsp, 29.10.89) Kaum war der Tag vergangen, bemerkte die SPD jedoch, daß Kohl es unterlassen hatte, sich zur polnischen Westgrenze zu äußern. Die Fraktion verstand nicht, was ihr da widerfahren war: "Kaum einer wußte mehr genau zu rekonstruieren, wie es eigentlich dazu gekommen war, daß die SPD plötzlich als eine Partei dastand, die der Kanzler-Idee einer deutschen Konföderation zustimmte." (FR, 30.11.) Aber auch Vogel hatte eine überzeugende Erklärung für sein Verhalten parat: Eine Ablehnung sei ausgeschlossen gewesen, "weil er selbst in seiner Rede bereits wesentliche Punkte aus dem Programm Kohls vorweggenommen hatte." (Tsp., 1.12.) Auch richtig! So rettete sich die SPD-Fraktion dahingehend, daß der Kanzler "dilettantisch" vorgegangen sei. Habe er doch weder die Verbündeten, noch die Nachbarn und die Sowjetunion vorher informiert. (ebd.) Dennoch war am 1.12. in der "FR" zu lesen, Willy Brandt habe in der Fraktionssitzung "die spontane Zustimmung der SPD im Bundestag zu den zehn Punkten ‚goldrichtig` genannt". Zuvor hatte schon

ein anderer führender SPD-Politiker seine Unterstützung für Kohl kundgetan. Es war Walter Momper, der den Abschied von seiner bisherigen Linie damit zu bemänteln versuchte, daß er erklärte: "Kohl hat zur Linie der Vernunft gefunden." (taz Westberlin, 30.11.) Tags darauf begrüßt er im Abgeordnetenhaus erneut den Zehn-Punkte- Plan und fügt hinzu: "Die deutsche Frage ist und bleibt offen." (Tsp, 1.12.)

Vorfahrt für Deutschland

Nach der Kapitulation der SPD vor dem Kohlschen Zehn-Punkte-Plan übernahm der nationalistische Flügel der Partei unter Führung Brandts und seiner schleswig-holsteinischen Enkel zielstrebig die programmatische Initiative. Gansel hatte sich schon in der Fraktionssitzung am 28.11. erneut scharfmacherisch hervorgetan, als er die Forderung empfahl, Kohl solle erst nach freien Wahlen mit der DDR-Regierung reden. Und während sich nun auch die FDP vom Kohl-Plan absetzte, verteidigt Brandt den Plan gegen die von den westlichen Verbündeten geäußerten Vorbehalte: "Ich frage mich, was hat die eigentlich an dieser bescheidenen Skizzierung von Punkten überrascht?" (Tsp, 6.12.) Brandt bringt seinerseits den Vorschlag eines "deutschen Bundes" ins Spiel. Grundlage dieses Bundes sollten zwei "zunächst unabhängige Staaten" sein, die "auf besondere Weise" miteinander verbunden seien und wahrscheinlich mehr als nur ein gemeinsames Organ hätten.

Statt dessen müht sich Vogel, für seine Partei eine einheitliche Sprachregelung zu finden, zentraler Ausgangspunkt des von ihm verantworteten deutschlandpolitischen Konzepts sei das Selbstbestimmungsrecht, auf dessen Grundlage sich das Zusammenwachsen der beiden Staaten in einem mehrstufigen Prozeß entwickeln soll bis hin zum "Endpunkt der Vollendung der Einheit Deutschlands in Freiheit." Kohls Stufenplan sei hinsichtlich des "Prozeßcharakters der deutschen Einigung" und deren Einbindung in den europäischen Einigungsprozeß zu begrüßen. Wenn jedoch die Bevölkerung der DDR zu dem Ergebnis kommen sollte, die Einheit müsse gleich und ohne Zwischenstufen hergestellt werden, müsse man auch das respektieren (FR, 6.12.).

Auf die letztgenannte Möglichkeit arbeitet die SPD offensichtlich systematisch hin. Während Brandt auf einer Kundgebung in Rostock spricht, macht Momper bei einem Treffen mit DDR-Oppositionsgruppen konkrete Vorschläge: Am "runden Tisch" solle nicht nur über die zukünftige Entwicklung in der DDR gesprochen werden. Der "Tisch" solle auch Kontrollfunktionen gegenüber der Regierung wahrnehmen (taz, 6.12.). Außerdem bringt Momper - als erster überhaupt! - den 6. Mai als Termin für die DDR-Wahlen ins Gespräch. Vogel erklärt die "neue Schwesterpartei SDP" zum wichtigsten Partner seiner Partei in der DDR. "Von anderer Seite verlautete, daß die SDP künftig ebenso mit einer materiellen Unterstützung rechnen kann, wie einst die portugiesische Sozialdemokratie von der Sozialistischen Internationale, vor allem jedoch von der SPD erhalten hatte." (Tsp, 6.12.) Nur konsequent, daß Ehmke am Vorabend des SED-Sonderparteitags, der die Erneuerung der SED einleiten soll, klipp und klar erklärt: "Mit der SED haben wir nichts zu tun." (FR, 8.12.) SPD-SH-Walter fordert zur gleichen Zeit, die SED solle den Begriff "Sozialismus" aus ihrem Namen streichen und ein Schuldbekenntnis wegen der Verfolgung von Sozialdemokraten ablegen. (ebd.)

Erneut treten Meinungsverschiedenheiten in der SPD-Spitze auf. Während Bahr mit Unterstützung Vogels die Vereinigung beider deutscher Staaten unter den Vorbehalt einer europäischen Vereinigung stellen möchte, sehen es Klose, Engholm, Rau und Anke Fuchs genau andersherum: Die Einheit Deutschlands sei als notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Neuordnung Europas zu betrachten (Tsp, 9.12.). Es überrascht nicht, daß Klose zudem der Auffassung ist, eine umfassende Hilfszusage an die DDR sei nur bei einer "institutionellen Verklammerung" der beiden deutschen Staaten zu vertreten. (ebd.)

In dieser Atmosphäre entsteht die "Berliner Erklärung der SPD" (vgl. FR, 12.12.), die für den Parteitag der SPD in Westberlin eine Woche später noch erweitert, in den wesentlichen Aussagen aber nicht mehr verändert wird. "Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört. In Deutschland und in Europa!", wird da gleich zu Beginn ausposaunt. "Unvergessen ist der politische Kampf der SPD, Chancen zur deutschen Einheit zu suchen und zu nutzen" - das beschreibt die politischen Absichten der SPD richtig, auch wenn die SPD dies jahrelang diskret verschwieg. "Die Nation verdankt es den Deutschen in der DDR, wenn wir nun beginnen können zu verwirklichen, was lange als Utopie erschien: die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." Selbstverständlich will auch die SPD "ein solidarisches Europa, in dem Grenzen nicht mehr trennen" und kein Zurück "in das Zeitalter der Nationalstaaten". "Europäisches wie deutsches Interesse verlangt die Anerkennung der polnischen Westgrenze ohne Wenn und Aber." "Eine Konföderation der beiden deutschen

Staaten wollen wir bald erreichen. Sie ist schon zu einem Zeitpunkt möglich, in dem die Bündnisse noch bestehen." Als Ziel schwebt der SPD eine "europäisches Friedensordnung" vor, in der die bestehenden Bündnisse durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem ersetzt werden. "Spätestens dann sollen die verbliebenen Vorbehaltsrechte der Vier Mächte entfallen."

Nach Angaben Vogels wurde dieses Programm im Parteipräsidium einstimmig verabschieden. Lafontaine, zusammen mit Schröder (Niedersachsen), der nicht zu recht wollte, bekam vom Kollegen Engholm zu hören, ob ihm, Oskar, "eigentlich bewußt sei, daß seine Schleswig-Holsteiner sich den Mecklenburgern näher fühlten als ‚seinen Saarländern`?" (Spiegel, 18.12.)

Bahr sieht den Unterschied zur Politik der CDU so: "Man kann nicht einerseits die deutsche Einigung wollen und andererseits an den Blöcken festhalten." (taz, 12.12.) Während CDU und CSU bislang ihre Deutschlandpolitik nicht vom westlichen Bündnis abkoppeln möchten, orientiert die SPD bereits auf ein europäisches Bündnissystem unter deutscher Führung.

Brandts Rede auf dem Berliner SPD-Parteitag bot zur nationalistischen Euphorie der SPD-Führung die passende Untermalung; und zwar so kräftig, daß noch über zwei Wochen später der Leitkommentar der "FR" an das "ungläubige Staunen über nationale Tiefenschichten eines Internationalisten" erinnert. (FR, 6.1.90) "Wir Deutsche", verbreitete sich Brandt, bräuchten zur Lösung unserer inneren Probleme "kaum noch auswärtigen Rat". Denn "45 Jahre nach dem Ende des Krieges taugt die Kategorie Sieger/Besiegte nichts mehr." Brandt "bittet" die Verbündeten der BRD, "uns nicht über Gebühr diplomatischen Finessen auszusetzen, die geeignet wären, die deutsche Szene mit nationalistischen Reaktionen zu belasten". Der Brandstifter mimt den Biedermann: "Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden." Ganz im Sinne seiner nationalbewußten "Enkel" meint Brandt darum auch: "Nirgends steht geschrieben, daß die Deutschen auf einem Abstellgleis zu verharren haben, bis irgendwann ein gesamteuropäischer Zug den Bahnhof erreicht hat."

Ausgerechnet Kohl erhält von Brandt den Ratschlag zu bedenken, "daß er nicht wider Willen dazu beiträgt, das Leben abbruchreifer Strukturen zu verlängern". (Alle Zitate FR, 20.12.) Das ist gegen eine irgendwie geartete Kooperation mit der Regierung der DDR gerichtet. Welch ein Hohn zugleich auf die dauernden Bekundungen der SPD, die freie Entscheidung der DDR-Bevölkerung respektieren zu wollen und den Menschen in der DDR rasch Hilfe zukommen zu lassen.

Gleichwohl geriet der SPD-Parteitag nicht vollends zum nationalen Spektakel. Nicht nur mußte schnell noch das neue Grundsatzprogramm, das das Godesberger Programm ablöst, verabschiedet werden, in das allerdings flugs noch der Wunsch nach Einheit des deutschen Volkes verankert und Berlin zur deutschen und europäischen Metropole erklärt wurde. Auch die Begeisterung der Delegierten hielt sich in Grenzen. Sie galt in erster Linie der Rede Lafontaines, der "die Lage der sozialen Gerechtigkeit" als "vorrangig gegenüber der Idee, wie zukünftige Staaten zu schaffen seien", bezeichnete. (FR, 20.12.) Lafontaine, der auch als einziger führender Politiker der SPD bei der Ablehnung des Kohl-Plans geblieben war und öffentlichkeitswirksam die Hilfen für Übersiedler aus der DDR kritisiert hatte, will im kommenden Wahlkampf die "Übersteigerungen des Nationalismus" mit der sozialen Frage bekämpfen. Der Beifall des Parteitags für seine Rede kürte ihn praktisch zum Kanzlerkandidaten der SPD, wobei auch Brandt "deutliche Sympathie für Lafontaine erkennen ließ". (Tsp, 21.12.)

Kaum ist der Parteitag vorüber, kann man Brandt schon wieder vernehmen. Stimmung macht er diesmal in Magdeburg. Als wüßte er nicht um die bedrohliche Situation für SED-Mitglieder, schürt er weiter das Feuer und verlangt die Bestrafung all derer, die die Freiheit unterdrückt hätten. Diese müßten "an den Hammelbeinen" genommen werden. (taz, 21.12.) Aber auch die erneuerte SED-Führung weiß er zu diffamieren: "Gysi? Das sind die alten Kräfte." (ebd.)

Kurz vor Jahreswechsel plaudert der bayerische SPD-Vorsitzende Schöfberger ein bißchen aus dem Nähkästchen: "Rege Kontakte", pflege die bayerische SPD "mit ihrer Schwesterpartei in der DDR, der SDP, und mit der ungarischen Sozialdemokratie. Er wies auch auf Gespräche seiner Partei mit dem neugegründeten Bund der Sozialdemokraten in Slowenien und Kroatien sowie mit tschechoslowakischen Sozialdemokraten hin." (FR, 28.12.)

Gansel, der am Rand des SPD-Parteitags als erster die Forderung aufstellte, die SED müsse ihr Vermögen aufgeben, wartet gleich nach Neujahr mit einem raffinierten Vorschlag auf. Unter dem Motto "Deutsche Ostgrenze klären" schlägt er vor, "daß Volkskammer und Bundestag in gleichlautenden Erklärungen von verfassungsrechtlichem Rang" die polnische Westgrenze anerkennen und eine entsprechende Unterzeichnung einem "von beiden Parlamenten gewählten Repräsentanten" übertragen. Gansel möchte diesen Akt als ersten souveränen Schritt einer deutschen Konföderation verstehen, damit diese "nicht mit dem Geburtsfehler einer völkerrechtlich unklaren Ostgrenze das Licht der Welt erblickt". (FR, 3.1.90) Ganz schön schlau, nur unterschlägt Gansel, daß die DDR, im Gegensatz zur BRD, die polnische Westgrenze längst völkerrechtlich wirksam anerkannt hat - demzufolge dies die Volkskammer eigentlich nicht noch ein weiteres Mal beschließen muß.

Herta Däubler-Gmelin (stellvertretende SPD-Vorsitzende) hält tags darauf eine Revision des Deutschlandvertrages von 1952 im Zuge des Zusammenwachsens beider deutscher Staaten für möglich: "Da jetzt die Möglichkeit zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung besteht, müßten die Bestimmungen in den Verträgen unter Beteiligung der Deutschen geändert werden." (Tsp, 4.1.90)

Nachdem die SED-PDS am 3.1.90 mit einer von einer Viertelmillion Menschen besuchten antifaschistischen Großkundgebung am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow ihren immer noch bestehenden gesellschaftlichen Einfluß demonstriert hatte, flippt die SPD erneut aus. "Tiefe Besorgnis" über die Entwicklung in der DDR und den "Machtmißbrauch der SED" äußern CDU/CSU, FDP und SPD unisono; doch die Sozialdemokraten setzen sich auf die rechte Überholspur. Die Bundesregierung müsse ihr Verhältnis zur Übergangsregierung in der DDR überdenken, fordert Horst Ehmke, denn "grundsätzliche Abmachungen der Bundesregierung mit der dortigen Führung in der jetzigen Situation liefen auf massive Wahlhilfe für die SED und die Blockparteien hinaus, die unter dem Deckmantel einer Scheindemokratisierung nur ihre Macht erhalten wollten". (FR, 6.1.90) "Die Bundesregierung sei daran aber mitschuldig, weil Bundeskanzler Kohl noch vor den Wahlen am 6. Mai mit der DDR einen Vertrag über die Vertragsgemeinschaft angekündigt habe. Dies sei Wahlhilfe für die SED." (Tsp, 6.1.90) Zugleich fordert Ehmke die SED auf, "eine öffentliche Entschuldigung für die Zwangsvereinigung von SPD und KPD (...) auszusprechen." (ebd.)

Der deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Büchler, verlangt von Kohl, "die für Anfang Februar in Bonn geplanten Verhandlungen mit DDR-Ministerpräsident Modrow über die deutsch- deutsche Vertragsgemeinschaft abzusagen, falls der Opposition bis dahin nicht Chancengleichheit im Wahlkampf zugesichert wird." (Tsp, 7.1.90)

Zwei Tage später hat sich die SPD wieder unter Kontrolle. Vogel wendet sich gegen eine "Kontaktsperre" für Modrow; Bahr hält es für "lächerlich, in dem Modrow-Besuch eine Wahlhilfe für die SED zu sehen". (FR, 10.1.90)

Nachtrag

Nachdem SPD-Führungspolitiker vier Monate lang gezeigt haben, wozu sie in der Lage sind, wenn es drauf ankommt, beginnen sie sich angesichts des offensichtlichen Niedergangs der SED-PDS und des gleichzeitigen Aufschwungs der SDP (der ohne die massive Unterstützung durch die SPD kaum möglich wären) wieder in moderaten Tönen zu üben. Ob Lafontaine oder Engholm, alle fordern sie von der Bundesregierung endlich wirksame Hilfe für die DDR, damit die Abwanderung nicht wieder zunimmt. "Ehmke wirft Bundesregierung Schuld an Problemen der DDR vor": Die CDU/CSU wolle gar nicht helfen, "sondern die DDR kaputtgehen lassen". (Tsp, 31.1.90) Brandt warnt auf Kundgebungen in Thüringen "vor einer hemmungslosen Jagd auf Sündenböcke in der DDR". Was in Bonn für die Einheit getan werde, gehe ihm allerdings zu langsam. (FR, 29.1.90)

Auch Bahr spricht sich auf einer Veranstaltung in Thüringen dafür aus, ehemalige oder noch aktive SED-Mitglieder nicht auszugrenzen. Ohne deren Hilfe sei das Land "nicht ausbaufähig". Überhaupt scheint sich Bahr wieder in einen Abrüstungsexperten zurückzuverwandeln. Die Einheit sei "von konkreten Abrüstungsfortschritten bei den Verhandlungen über den Abbau der konventionellen Truppen abhängig, die mit Glück 1995 zu erreichen seien". Bahr zu seinen DDR-Zuhörerinnen und Hörern: "Es geht nicht so schnell." (ebd.)

Erstaunlich, was seit dem 17. Juni 1989 aus sozialdemokratischen Mündern geschossen kam. Frappierend um so mehr, als die Partei ja keineswegs bei ihrer ewigen Jagd nach Wählerstimmen einer nationalistischen Gefühlsaufwallung in der BRD-Bevölkerung hinterherlaufen mußte. Diese Leute wissen, was sie tun und was sie wollen.

J./Westberlin

15. Wir fordern die Jugend der Welt - von Martin Kraus

Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:21

Olympische Spiele in Gesamt-Berlin - eine Schnapsidee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie nur Walter Momper ("ein Traum wird wahr") und Hans Modrow ("eine begrüßenswerte Sache") ergreift.

Wurde zunächst immer das Jahr 2004 als möglicher Termin genannt, kann es jetzt gar nicht schnell genug gehen. Der Senat von Westberlin und der Magistrat von Ost-Berlin wollen sich nun gemeinsam um die Austragung der Olympischen Spiele im Jahr 2000 bemühen. Und ein paar Leute, wie der Chef des Westberliner Olympia-Büros, der von der Alternativen Liste nominierte Sportstaatssekretär Hans-Jürgen "Cola" Kuhn denken in noch kürzeren Zeiträumen.

Die Bundesdeutschen: eine unsympathische Vordrängler-Nation

Es war bisher immer in der bundesdeutschen Sportpresse und -politik gängiger Brauch bei ausländischen Ausrichtern von sportlichen Großveranstaltungen organisatorische Unfähigkeit zu vermuten ("die werden doch nie fertig"), um sich dann stets großzügig selbst anzubieten. 1976 wollte München für Montreal, 1980 für Moskau einspringen. 1986 wollte die BRD, nach den schweren Erdbeben Mexiko die Fußball-WM abluchsen und gegenwärtig wird gemunkelt, die Italiener würden ihre Stadionumbauten bis zur Fußball-WM 90 nicht schaffen und die BRD wolle einspringen.

So steht es 1992 zu befürchten, daß - weil die Spanier ihre Sportstätten sowieso nicht fertig stellen können ("die doch nicht") - sich Berlin (Ost und West) als Alternativaustragungsort anbieten wird. Zwei Belege für diese leider nicht unrealistische Befürchtung: der Westberliner Senat ließ eine "Machbarkeitsstudie" für das Jahr 2004 anfertigen. Sobald das Stichwort 2000 fiel, wurde sie umgeschrieben. Nach Westberliner Logik müßte man nur eine Studie für das Jahr 92 oder 96 anfordern, die einem dann die "Machbarkeit" des Projekts nachweist. Der zweite Beleg: Als 1987 heftige Protest-Demonstrationen der südkoreanischen Bevölkerung stattfanden, teilte der damalige Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen mit, Berlin (Ost und West) könne für Seoul 1988 einspringen, wenn ein anderer Austragungsort gesucht würde.

Im Entscheidungsgremium Internationales Olympisches Komitee (IOC) stößt das unsympathische Vordrängeln der BRD allerdings auf Zurückhaltung. (1)

Geschichte einer Idee

Die Anregung für Olympia in Ost- und Westberlin stammt von seinem regsten Multifunktionär Willi Daume. Und die Idee ist alt. Bereits im Jahr 1963 hatte der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt eine Olympiabewerbung Gesamt-Berlins für das Jahr 1968 ausgesprochen. (2) Aufgegriffen und popularisiert wurde diese Schnapsidee dann wieder von Ronald Reagan im Jahr 1987.

Es gab zwar als indirekte Antwort eine Sportstättenbau-Ankündigung in Ost-Berlin (3), jedoch Mitte des Jahres 1989 nannte Erich Honecker Leipzig als Olympia-Kandidaten.

Zum DDR-Motiv, jetzt nach dem Umbruch, die Spiele in Berlin zu wollen (kurzfristig war auch noch nach dem DDR-November Leipzig im Gespräch geblieben) gibt es von DDR-Seite bisher noch keine dezidierten Stellungnahmen. Momper vermutet die Aufwertung von Ost-Berlin als DDR-Hauptstadt (4) und Cola Kuhn tippt auf die Hoffnung nach neuen Sportstätten. (5) Vom "Neuen Forum" war zu hören, die Olympiabewerbung könne als letzten Motivationsschub für den mittlerweile sehr stark in die Kritik gekommenen DDR-Leistungssport verstanden werden.

An einer Zustimmung des IOC wird von bundesdeutscher Seite nicht gezweifelt. Willi Daume: "Das IOC wäre von allen guten Geistern verlassen, wenn es nicht die friedensfördernde und völkerverbindende Mission Olympias nutzen würde." (6) Und ehe das IOC von Willi Daume verlassen wird, stimmt es - zumindest für das Jahr 2004 - für Berlin. Bezüglich der Bewerbung für das Jahr 2000 steht noch ein anderer Beschluß des IOC dem im Wege, nämlich jede Olympiade in einem anderen Kontinent stattfinden zu lassen. Da bisher allgemein damit gerechnet wurde, daß nach Barcelona 1992 das IOC für die Spiele 1996 diesen Beschluß ausnahmsweise aussetzen würde, um aus Anlaß des 100. Geburtstages der Olympischen Spiele der Neuzeit diese - wie hundert und wie tausende von Jahren vorher - in Athen stattfinden zu lassen, hieße dies für die

Berliner Olympiastrategen, auf jeden Fall das traditionsreiche Griechenland zugunsten eines Bewerbers aus einem anderen Kontinent aus dem Rennen schlagen zu müssen.

Andere Bewerber für die kommenden Olympiaden sind durchaus harte Brocken. Für 1996 werden gehandelt: Athen, Atlanta, Manchester, Melbourne und Toronto. (7) Entschieden wird im September dieses Jahres. Für das Jahr 2000 will sich bislang Peking bewerben (8). Und fürs Jahr 2004 steigen San Juan (Puerto Rico) und New York in die Bütt. Diese Entscheidungen sind aber frühestens ab 1992, bzw. 1997 zu erwarten.

Für die Berliner Bewerbung spricht auch die diesbezügliche gemeinsame Erklärung von Bush und Gorbatschow vor Malta im Dezember 1989. (9) Auch der sportpolitische Experte des "Neuen Forum", Harold Tünnemann (Leipzig) erklärte: "Walter Mompers Vorschlag, im Jahre 2004 Olympische Spiele in Berlin abzuhalten, ist eine hervorragende Möglichkeit für unsere Sportler, klare Zielvorstellungen aufzubauen." (10) Als dann noch - im Januar 1990 - das für die Bewerbung zuständige NOK der DDR und der DDR-Ministerpräsident Modrow sich für Gesamtberliner Olympische Spiele aussprachen, konnte Walter Momper getrost resümieren: "Immer mehr Sportler, Sportfunktionäre und Politiker unterstützen unseren Plan." (1)

Der Run auf Olympia

Soviel Zustimmung allerseits - und doch gibt es Neider und Gegner. Offenbar wurde dies, als Hamburgs Bürgermeister Voscherau - allerdings vorbehaltlich der Zustimmung des Senats - die Bewerbung Hamburgs wieder zurückzog. Es hagelte dann Schelte für Voscherau - man wisse ja schließlich nicht in welche Richtung sich die DDR entwickle - und Voscherau erklärte daraufhin, die Bewerbung Hamburgs bleibe bestehen. Sie steht nicht allein. Auch das Ruhrgebiet, Frankfurt und Stuttgart wollen sich um die Austragung bewerben. Das Ruhrgebiet käme auch schon für das Jahr 2000 in Betracht, der Rest arbeitet aufs Jahr 2004 hin. Die Bewerbungsmodalitäten sind allerdings ähnlich denen des bekannten europäischen Schlagerwettbewerbs: Jedes NOK kann nur eine Stadt vorschlagen - es findet also zunächst eine nationale Ausscheidung statt.

Es gibt zwar den Beschluß der westdeutschen Aspiranten-Großstädte, zugunsten Berlins zu verzichten, aber - wie das Beispiel Hamburg gezeigt hat - vorschnell will niemand seine Startposition beim Rennen auf die Fleischtöpfe aufgeben. Jüngst traten zwar die Oberbürgermeister der Bewerberstädte dem Kuratorium "Olympia für Berlin" bei, aber bei diesem Anlaß erinnerte Willi Daume daran, daß im Ausland die Olympischen Spiele von 1936 noch nicht vergessen sind und daß die Zukunft des Leistungssports in der DDR noch nicht gesichert ist. (12) Also hoffen und arbeiten die anderen halt weiter.

So hatte das Ruhrgebiet - das die IOC-Regel, wonach sich nur eine Stadt bewerben kann, gerne umgehen würde - schon zur Verbesserung seiner Chancen die vom IOC gestellte Hürde der Ausrichtung einer Universiade übernommen und muß sich jetzt als beschissen fühlen. Die Universiade - eine Olympiade für Studenten - ist aufgrund schlechter Verwertungschancen als Austragungsobjekt ein Ladenhüter in den IOC-Regalen. Die anderen Städte - sowohl die bundesdeutschen als auch die ausländischen - hoffen auf die Regel 34 des IOC-Statuts, wonach sich nur eine Stadt eines Landes bewerben kann, aber, sagt Momper: "Ich vertraue darauf, daß die Regeln des IOC eine solche Doppelbewerbung zulassen, ansonsten müßten sie schnellstens eindeutig in dieser Richtung definiert werden." (13) Indiz für Momper ist die erst in letzter Minute gescheiterte gemeinsame Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1988 von Seoul und Nordkorea.

Go for Gold

Zur Erklärung der Olympia-Geilheit der westdeutschen Kommunen und vor allem der jeweiligen ortsansässigen Industrie muß man kurz eingehen auf die Entwicklung der Olympischen Spiele der Neuzeit, die von vielen Sportsoziologen und -historikern als prägnanter Ausdruck der Sportgeschichte begriffen wird: seit 1984 ist bewiesen, daß Olympische Spiele verwertbar sind. Waren sie in der Vergangenheit Prestigeobjekte von Großstädten und war es im Zuge der weltweiten Krise der jeweils nationalen Staatsfinanzen zunehmend schwieriger, Austragungsorte zu finden, so drängeln sich seit 84 die Bewerber. Wurden die Olympiaden mit den Berliner Spielen 1936 zu Weltmedienereignissen erster Ordnung (vorher waren sie wenig beachtetes Beiwerk zu den Weltausstellungen), von den Nazis perfekt inszeniert, so wurde es 1984, die zweite Zäsur, zum ersten Mal möglich die bisherige mit jeder Olympiade verbundene fiskalische kommunale Mißwirtschaft in private Finanzierung zu legen. Ein US-amerikanisches Firmen- Konsortium besorgte die Finanzierung.

Seit 1984 hat jede der drei seitdem stattgefundenen Olympiaden dank der Eigenfinanzierung mit Gewinn gearbeitet, den größten Gewinn heimsten die Organisatoren von Calgary im Winter 88 ein. Diese Zäsur ist ganz banal dem Trend der Subsumtion aller gesellschaftlichen Bereiche unters Kapital zu verdanken. Olympische Spiele sind nicht mehr nur der Ort von Produkt-Verwertung (Warenwerbung z.B.), sondern sie sind als solche warenförmig, verwertbar geworden. Dem hält Momper entgegen und hier wird er - gerade unter dem Eindruck der Krise (auch der Westberliner) Staatsfinanzen - gehörig auf die Schnauze fallen: "Olympische Spiele sind so wichtig, daß endlich wieder der Sport und die Friedensidee im Mittelpunkt stehen müssen. Olympische Spiele dürfen nicht durch den Kommerz konturenlos ausufern." (14)

Gesetzt den Fall, Momper als Repräsentant Westberliner Olympiapläne käme es gar nicht auf das Aufhalten dieser Entwicklung der Olympischen Spiele (und damit der Sportentwicklung) an - wofür ja mindestens die bereits erwähnte Krise der Staatsfinanzen spricht - so dient der Non-Kommerzhinweis, ebenso wie das Betonen des friedlichen Charakters der Olympischen Idee als Transmissionsriemen für die Öffentliche Meinungsbildung, denn - weiß wieder Walter - "Berliner sind skeptisch. Olympische Spiele des Gigantismus und des Kommerzes lehnen sie ab." (15)

Die Olympische Idee: Diesem Frieden ist nicht zu trauen

Aber was ist eigentlich schlimm am olympischen Treiben, dem olympischen Frieden, der olympischen Idee, der olympischen Völkerverständigung und welche Begriffe auch immer fallen?

Der Begründer der Olympischen Spiele der Neuzeit, der französische Baron Pierre de Coubertin, wollte die beim englischen Sport beobachtete Wehrertüchtigungsfunktion auch für die französische männliche Bürgerjugend nutzen. In seiner Schrift "Der Olympische Gedanke" schreibt er "die ungeheure Ausdehnung des Britischen Reiches und die hohe Machtentwicklung" vor allem der englischen Schulreform um 1840, die allgemein als Geburtsstunde des Sports gilt, zu. (16) Olympia als koloniale Wehrertüchtigung. An der stets Coubertin zugesprochenen Darstellung der Olympischen Idee als bürgerlich-pazifistische sind also zumindest Zweifel erlaubt.

Anti-Olympia-Kampagne: Chancen und Hindernisse

Das bisherige Echo auf die Olympia-Bewerbung ist eher still. Die Faktoren, die eine wirkungsvolle Anti-Olympia-Kampagne behindern, sind unter anderem:

1. die Durchkapitalisierung der Olympischen Spiele hat die Bewerbung einer Kommune strukturell weniger demokratisch kontrollierbar gemacht (nicht daß es viel hülfe, aber: bei dem organisatorischen Vorlauf bestand früher formal die Möglichkeit für eine Anti-Olympia-Bewegung sich kommunalpolitisch dagegen zu stemmen. (17)

2. Völlig unklar sind gegenwärtig die Modalitäten einer Berliner Olympiabewerbung: wo welche Sportstätten gebaut werden sollen, welche Umbaumaßnahmen in Frage kommen, wo das Olympische Dorf hin soll, d.h. eine Aufspaltung einer Anti-Olympia-Kampagne in Ost- und Westberliner Fraktionen drohte.

3. Noch unklarer sind die politischen Bedingungen: Wird es eine gesamtdeutsche Mannschaft geben? Wie sieht im Jahr 2000 die Eigenstaatlichkeit der DDR aus?

4. Im Wege steht auch der ideologische Rahmen der Olympischen Spiele, genauer: der Olympischen Idee als friedensstiftender Ort der Völkerverständigung, ein - wie gezeigt - zutiefst ideologisches Argument.

5. Die letztliche Entscheidungsgewalt liegt beim IOC, auf das aufgrund seiner aristokratischen Strukturen - das IOC ist eine "Mafia aus Grafen, Prinzen, Millionären und Weißen" (Fidel Castro) - kaum politischer Druck entfaltet werden kann und nach dessen Entscheidung eine Kette von Sachzwängen ausgelöst wird.

6. Ein - zumindest in der BRD - weitgehend entpolitisierter Sport, sowohl auf Seiten der offiziellen Sportstrukturen (der DSB als Organisationsform des Einheitssports fernab aller "weltanschaulicher etc." Konflikte) als auch auf Seiten der Linken, wo sich eher Desinteresse gegenüber sportpolitischen Fragestellungen breitgemacht hat (natürlich nicht bei den ak-Sportseiten-Lesern, die bis jetzt durchgehalten haben).

7. Die beeinträchtigenden Faktoren einer Anti-Olympia-Kampagne sind nicht nur grell. Dagegen spricht auch die Faszination, die von Olympischen Spielen bekanntlich ausgeht, die Milliarden Menschen vor die TV-Geräte zieht: das Flair der weltbesten Athleten, Rekorde und Favoritenstürze usw. Gegen Olympische Spiele heißt zugleich: gegen die weltweite Sportbegeisterung. Auch gegen die eigene.

Eine Anti-Olympia-Kampagne, wollen wir doch nicht auf sie verzichten, muß sich an mehreren Faktoren festmachen. Wie die Pro-Olympia-Kampagne als Hebel benutzt wird gegen die Alliierten-Präsenz (Stichwort: Schließung des US-Flughafens Tempelhof oder der sowjetischen Kaserne Dallgow-Döberitz fürs Olympische Dorf), für die BRD-Anbindung Westberlins, für die BRD-Anbindung Ost-Berlins, (diese drei Punkte - in Klartext übersetzt - lauten: für die Wiedervereinigung), so muß sich eine Kampagne dagegen auch an diesen Punkten orientieren.

Darüberhinaus ist eine Olympia-Bewerbung West- und Ost-Berlins nichts anderes als eine städteplanerische Katastrophe. Das Kuhn'sche Argument, das Olympische Dorf werde ja nachher zu Wohnzwecken umgemodelt, ist zum einen in Anbetracht des gegenwärtigen Westberliner Wohnungsmarkts eine unverschämte Vertröstung aufs Jahr 2001 oder 2005, zum andern entspricht der Baubedarf für ein Olympisches Dorf - wie in München kleine Reihenhäuser, wie in Seoul Mehrfamilienhäuser mit dem Charme französischer Feriendörfer - nicht den Bedürfnissen des Westberliner Wohnungsmarkts. Ferner entspricht die Mittelbewilligung für Sportstätten, (die prinzipiell ja nicht zu kritisieren ist: Westberlin hat zuwenig Sportstätten) nicht den - gerade von der AL früher postulierten - Bedürfnissen einer besseren Sportpolitik.

Es macht einen Unterschied, ob man beispielsweise ein olympiataugliches Schwimmbad baut oder ob man Schwimmbäder für Freizeit- oder auch Vereinssport baut, die in einigen Bezirken dringend benötigt werden, zumal die Wohnung ohne Dusche oder Bad in dieser vereinigungsbesoffenen Stadt keine Seltenheit darstellt. Um beim Beispiel zu bleiben: ein olympiataugliches Schwimmbad existiert gegenwärtig weder in Ost- noch in Westberlin: das neben dem West- Berliner Olympiastadion befindliche alte Freibad erfüllt diese Anforderungen nicht mehr.

Nebenbei entsprechen das Westberliner Olympiastadion, das Schwimmstadion, die - fast vollständig umzubauende - Deutschlandhalle und alle anderen gegenwärtig zur Diskussion stehenden Sportanlagen auch überhaupt nicht dem Trend des Sportstättenbaus der 90er Jahre. Die von Momper und Kuhn vorgetragene Behauptung, olympische Sportstätten dienten danach dem Breitensport, ist in Anbetracht der sich in den 80er Jahren gewandelten Sportstättenarchitektur (Trend zur Spezialisierung, weg von multifunktionalen und häßlichen Sportstätten) entweder eine illusionäre Behauptung oder eine Lüge.

Auch die von Kuhn vertretene "alternative" Olympia-Begründung - nämlich als Hebel für eine bessere Nahverkehrspolitik - wird sich als Rohrkrepierer erweisen. Kuhns These, eine olympische Infrastruktur werde eine Reaktivierung des brachliegenden S-Bahn-Netzes und eine Magnet-Bahn-Linie vom Flughafen Tegel bis Bahnhof Zoo bringen, ist sicher richtig, vergißt aber vier Fünftel der anderen Folgen. Olympische Spiele sind Weltmedienereignisse. So wie auch mehr U- und S-Bahnen benötigt werden, werden auch mehr Straßen, mehr Hotels, mehr Parkplätze und mehr Flughafenkapazitäten benötigt, denn der gesamte städtische Verkehr steigt an. Dem entspricht auch der jüngste Beschluß, im Süden Berlins, auf DDR-Territorium, einen internationalen Großflughafen ("Dabbelju- Momper-Airport") zu errichten, um auf diesem Wege eventuell sogar Tegel und Schönefeld schließen zu können. (18)

Nach Turnfest, Kirchentag und Maueröffnung bleibt dieser Stadt wohl gar nichts mehr erspart. Irgendwie scheint der ideelle Gesamtberliner so was ein mal jährlich zu brauchen.

Anmerkungen:

1) vgl. Interview mit dem IOC-Präsidenten Samaranch, in: KICKER Nr. 94/ 47. Wo., 20.11.89. Die KICKER-Redaktion stellte Samaranch sogar den Friedensnobelpreis in Aussicht - doch der ließ sich nicht bewegen.

2) vgl. FAZ, 27.1.90

3) taz und taz-Berlin, 13.12.88

4) vgl. FAZ, 27.10.89

5) vgl. FAZ, 10.1.90

6) zit.n. KICKER, Nr. 92/46. Wo, 13.11.89

7) FAZ, 23.10.89

8) FAZ, 9.10.89. Im Juni 1988, also weit vor dem Massaker auf dem Tianmen-Platz, galten die Spiele von Peking als "so gut wie fest vergeben" (Spiegel, 13.6.88). Unter einem rein taktischen Gesichtspunkt könnten sich die Berliner Olympiastrategen bei den Pekinger Machthabern für die Verbesserung ihrer Olympiachancen bedanken.

9) vgl. FAZ, 5.12.89

10) zit. n. FAZ, 8.12.89 (Zitat Tünnemanns aus Interview mit DDR-TV-Sportsendung "Halbzeit")

11) Interview in: Deutsches Sportecho (DDR), 16.1.90

12) FAZ, 30.1.90

13) Interview in: Deutsches Sportecho (DDR), 16.1.90

14) Interview in: Deutsches Sportecho (DDR), 16.1.90

15) Interview in: Deutsches Sportecho (DDR), 16.1.90

16) zit.n.: U.Prokop: Soziologie der Olympischen Spiele, München 1971, S. 23

17) So gelang es US-amerikanischen Umweltschützern im letzten Moment die Austragung der Winterspiele von 1976 in Denver/Colorado zu verhindern. Innsbruck sprang als Ersatzausrichter ein, vgl. K.H.Frenzen, Olympische Spiele, Aachen 1988, S. 132

18) taz-Berlin, 29.1.90

16. Revolution, Umsturz und Palastrevolte - in Rumänien gibt es viele Sieger

Rubrik: Rumänien · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:23

"Ceaucescu ist nicht mehr", sangen am 22. Dezember Hunderttausende in Bukarest, nachdem der Sturz des Conducators bekannt geworden war. Drei Tage später werden der Diktator und seine Ehefrau Elena hingerichtet. Die "Goldene Epoche" der Ära Ceaucescu ist nach einem Vierteljahrhundert zu Ende gegangen. Um es vorweg klarzustellen: Nicht der Sozialismus ist durch die Volksrevolution hinweggefegt worden; der existierte in Rumänien nicht, denn nichts war dem Ceaucescu-Regime fremder als der Sozialismus. Gestürzt wurde die Diktatur einer Familie, gestützt auf einen riesigen Geheimdienstapparat.

Timisoara, Stadt der Märtyrer. Hier begann die Revolution am 15. Dezember. Ausgelöst durch die Nachricht von der bevorstehenden Verhaftung des regimekritischen Pfarrers Laszlo Tökes, kommt es am 15. und 16. in der westrumänischen Stadt (300.000 Einwohner) zu einer Protestdemonstration mehrerer Hundert Menschen. Am 17. Dezember sind Zehntausende auf den Straßen. Sie fordern "Brot und Freiheit" und rufen immer wieder "Nieder mit Ceaucescu". Einheiten der Geheimpolizei Securitate und des Militärs richten ein Massaker unter den Demonstranten an. Aus Kampfhubschraubern wird wahllos in die Menge geschossen. Soldaten, die sich weigern, werden von Securitate-Leuten niedergeschossen. Dennoch gehen auch in den folgenden Tagen wieder über 200.000 auf die Straße. Praktisch ist ganz Timisoara an der Revolution beteiligt.

Zur gleichen Zeit begibt sich Ceaucescu auf einen Staatsbesuch in den Iran. Zuvor verhängt er den Ausnahmezustand über den Kreis Timis und ordnet an, alle zu liquidieren, die gegen das Regime aufbegehren. Der Aufstand greift auf andere Städte über. Auch hier richtet die Securitate Blutbäder unter der Bevölkerung an.

Aus dem Iran zurückgekehrt spricht der Conducator von "Faschisten", die "zusammen mit Reaktionären, imperialistischen Kreisen und Spionagezentren" die Unabhängigkeit Rumäniens zerstören wollten. In Bukarest wird am 21. Dezember eine offizielle Jubelkundgebung organisiert, auf der Ceaucescu das Volk zur "Verteidigung des Sozialismus und der rumänischen Unabhängigkeit" auffordert. Seine Rede wird aber bereits kurz nach Beginn durch Rufe wie "Nieder mit Ceaucescu" und "Timisoara" gestört. Fassungslos starrt der Führer auf seine Untertanen, sein Gesicht erstarrt, minutenlang kann er sich kein Gehör verschaffen. Die Fernsehdirektübertragung wird unterbrochen. Die Securitate eröffnet das Feuer aus automatischen Gewehren, Panzer rollen. Danach verkündet Ceaucescu - bereits aus der Defensive heraus - die Anhebung der Mindestlöhne um zehn Prozent. Es sollte der letzte Auftritt des "Titanen unserer Zeit, des Künders der Goldenen Epoche, des Helden, des meistgeliebten Sohnes des Volkes" sein.

Nachdem bekannt wird, daß Verteidigungsminister Milea sich geweigert hat, die Niederschlagung der Massenkundgebungen zu leiten (und dafür mit dem Leben bezahlen mußte), strömen Hunderttausende in die Innenstadt von Bukarest. Die Demonstrationen halten die ganze Nacht an, Soldaten verbrüdern sich mit der Bevölkerung. Am Morgen des 22. Dezember verhängt Ceaucescu das Kriegsrecht über das ganze Land. Gegen Mittag betritt er zusammen mit seiner Frau Elena noch einmal den Balkon des Präsidentenpalastes. Die Volksmassen schreien ihnen entgegen: "Tod! Tod!" und "Nieder mit Ceaucescu". Mit einem Hubschrauber gelingt ihnen zunächst die Flucht. Die Menge jubelt "Er ist weg, er ist weg" und skandiert: "Rumänien ist frei". Wenig später gelingt den Demonstranten die Besetzung des Rundfunk-und Fernsehgebäudes. Der Dichter Mircea Dinescu verkündet das Ende der "Goldenen Epoche" Nicolae Ceaucescus: "Wir haben gesiegt. Der Tyrann ist gestürzt. Nach 25 Jahren der Diktatur ist Rumänien wieder frei."

Uwe Tetampl

Unser Autor ist in Rumänien geboren und lebte bis zu seinem 18. Lebensjahr in Jimbolia, einer Kleinstadt an der jugoslawischen Grenze, 40 Kilometer von Timisoara entfernt. Vier Wochen vor der Revolution besuchte er Rumänien zum ersten Mal seit seiner Emigration im Jahre 1981. Seine Eindrücke und Erlebnisse schildern die Situation im vorrevolutionären Rumänien.

17. Die moldauische Versuchung

Rubrik: Rumänien · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/rum2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:rum2

Ein beeindruckender Konvoi: 48 Waggons, zum Bersten voll mit Medikamenten und Nahrungsmitteln, sind am 28. Dezember nach Rumänien geschickt worden. Ihr Absender: die Regierung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Aber die Begleitpersonen - es sind fünf - haben ein Zusatzgepäck: eine bestimmte Vorstellung von ihrem Land. Sie besitzen einen offiziellen, von Mihai Platonu, dem ersten Vize-Präsidenten der Republik, unterzeichneten Ausweis. Nichts deutet darauf hin, daß dieser Automechaniker, dieser Pharmazie-Student und ihre drei Gefährten Mitglieder der Moldauischen Volksfront (MVF) sind. Eine Bewegung, von Moskau zwei Monate zuvor zugelassen, die für die Wiedervereinigung der Region kämpft, die vor dem Krieg von der UdSSR teilweise annektiert wurde. Fünf Militante einer Gruppe, die offen die Trennung von der Sowjetunion fordert. Ein beeindruckender Konvoi.

Die sowjetische Moldau fühlt sich seit längerem nicht wohl in ihrer Haut. Die Ereignisse in Rumänien versetzen sie in Aufregung. Seit ungefähr einem Jahr organisiert die Front jeden Sonntag auf dem Siegesplatz von Chisinau (Kisinov), der Republikhauptstadt, eine Veranstaltung. Traditionell blieben die Forderungen der Demonstranten gemäßigt. Gorbatschow war immerhin besser als das "Genie der Karpaten". Aber nach Ceaucescus Tod ist das Haupthindernis des Anschlusses der Region an Rumänien verschwunden. Seit dem 22. Dezember, dem Tag des Sturzes des Diktators, schreit die Menge in den Straßen von Chisinau: "Wiedervereinigung!". Am 24. treffen die ersten Delegierten der MVF in Iasi ein, der "historischen" Hauptstadt der Moldau, heute in Rumänien, etwa zwanzig Kilometer von der Grenze entfernt, liegend. Am 25. verbreiten sie auf dem großen Platz der Stadt eine Aufzeichnung der Demonstration vom 22. in Chisinau. Und die rumänische Menschenmenge ihrerseits nimmt den Slogan auf. In vier Tagen hat der Funke gezündet.

"Diese Grenze ist nicht mehr zeitgemäß", sagt aufbrausend Anatol Salaru, Mitglied im Rat der MVF. "Die Mehrzahl der Moldauer haben Verwandte, die beiderseits der Grenze wohnen." Er lehnt es ab, sich als sowjetischer Bürger zu bekennen. Er erklärt, daß Chisinau (in der UdSSR) "mit seinen 700.000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Rumäniens nach Bukarest" ist. Und fügt hinzu: "Wir kämpfen für die nationale Befreiung, wie sie unsere rumänischen Brüder eben erreicht haben." Nach offiziellen Statistiken zählt die sowjetische Moldau 4,2 Millionen Einwohner; 64% davon sind rumänischer Herkunft.

Wie weit kann der Kampf gehen? "Die sowjetische Moldau hat keine nationale Armee", klärt uns der Sprecher der MVF, Vasile Nastase, auf. "Während ihres Militärdienstes werden die jungen moldauischen Soldaten über die ganze Sowjetunion verteilt. Und die rumänische Armee ist zu schwach, um uns zu unterstützen." Infolgedessen versucht die Moldauische Volksfront - dank Glasnost - über die Wahlurnen mit der Zentralmacht abzurechnen, ihre Kandidaten für die für Februar vorgesehenen Regionalwahlen vorstellend.

Der Wahlkampf ist lebhaft. Von den 53 moldauischen Deputierten im Obersten Sowjet gehören schon 25 der MVF an. Die moldauische Sache setzt Zeichen. Vor zweieinhalb Jahren wurde der (russische) Präsident der moldauischen Akademie der Wissenschaften kaltgestellt und durch einen "einheimischen" ersetzt. Das lateinische Alphabet und die Lokalsprache - eigentlich ein rumänischer Dialekt - sind seit dem letzten Sommer offiziell anerkannt. In Rumänien überlagert der revolutionäre Enthusiasmus derzeit alles andere. Die Sowjet-Moldauer wurden hier eher kühl empfangen. Dan Petrescu, der berühmte rumänische Dissident, der während einiger Tage Mitglied des neuen Rates des Regierungsbezirks Iasi war, hat die Verbreitung eines Gedichtes "für eine vereinte Moldau" in der lokalen Presse untersagt. "Es ist zu früh, um Staatsgrenzen wieder in Frage zu stellen", erklärt Petrescu. "Wir dürfen an den europäischen Grenzen nicht rütteln." Doru Tigau, Präsident des Rates und immer noch Mitglied der rumänischen KP, teilt seine Meinung.

Aber Mihai Ungureanu, 21 Jahre alt, ist nicht einverstanden. Dieser junge Historiker, Mitglied des Studentenkomitees, vergleicht das moldauische Problem mit dem der zwei Deutschlands: "Dank des Radios und des Fernsehens haben wir immer verfolgen können, was 'gegenüber' vor sich ging."

"Wir haben informelle Kontakte mit unseren rumänischen Brüdern aufgenommen", gesteht Vasile Nastase. Es konstituieren sich bereits Vereinigungen in Bukarest und Iasi, um die politische Wiedervereinigung der Moldau zu fordern, um einen Schüleraustausch zu organisieren usw. Und um später als Schaltstationen für den von

der Front gelenkten Kampf zu dienen. Nastase bleibt Optimist und zählt seine Freunde auf: "In Bukarest ist der Außenminister Moldauer. Der Präsident des Fernsehfunks auch."

In einer seiner letzten Reden forderte Nicolae Ceaucescu "die Aufhebung aller mit Nazi-Deutschland unterzeichneten Verträge", so des Molotow-Ribbentrop- Pakts von 1939, der den Anschluß eines Teils der Moldau an die Sowjetunion vorsah. Schlagen die Nachfolger Ceaucescus die gleiche Schlacht?

L'Express 19.1.1990 - Übersetzung aus dem Französischen: Uwe Tetampl

18. Übergang mit Hindernissen in Rumänien

Rubrik: Rumänien · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:28

Jede der gesellschaftlichen Umwälzungen in Osteuropa weist nationale Spezifika auf. Der Sturz des despotisch-monarchistischen Ceausescu-Regimes am 22. bis 25. Dezember letzten Jahres erfolgte gewaltsam gegen den Widerstand wild um sich schießender Securitate-Schergen. Die Beseitigung des alten Regimes verlief nur deshalb so rasch, weil sich Armeeführung und Soldaten auf die Seite der demonstrierenden Bevölkerung schlugen und alle strategischen Objekte besetzten.

Front zur nationalen Rettung

Außer einigen wenigen Dissidenten gabe es in Rumänien keine oppositionelle Infrastruktur: keine Bürgerkomitees oder -foren wie in der DDR oder der CSSR, keine oppositionellen Gewerkschaften wie in Polen und auch keine oppositionelle Kirche, die im Gegenteil selbst durch ihre Zusammenarbeit mit dem Ceausescu-Regime schwer diskreditiert ist. Im Unterschied zu den anderen osteuropäischen Ländern ist auch die Kommunistische Partei (KP) Rumäniens während der bürgerkriegsähnlichen Ereignisse im vergangenen Dezember gleich mit unter die Räder geraten.

Die politische Macht im Lande teilen sich seit der Beseitigung des alten Regimes die reguläre Armee und die "Front zur nationalen Rettung" (FNR), wobei letztere nun selbst unter schweren Beschuß geraten ist. Die aus 145 Personen bestehende FNR mit ihrem elfköpfigen Exekutivkomitee setzt sich teils aus Generälen, teils auch einigen oppositionellen Intellektuellen und in der Hauptsache aus Mitgliedern der KP Rumäniens zusammen, die unter Ceausescu größtenteils in Ungnade gefallen waren.

Der Vorsitzende der FNR, Ion Iliescu, war beispielsweise Vorsitzender des KP-Jugendverbandes und Parteisekretär in Temesvar; Silvu Brucan stellvertretender Chefredakteur der KP-Zeitung "Scinteia" und Securitate-Ausbilder; Manescu ehemaliger Botschafter Rumäniens in der UNO usw. Da sich die KP weitgehend aufgelöst hat, stützt sich die FNR weitgehend auf den alten Macht- und Staatsapparat nicht nur im Zentrum, sondern auch in den regionalen und lokalen Apparaten des Landes.

Die Regierung wiederum ging aus der FNR hervor und wurde von dieser gewählt. Ministerpräsident Petre Roman ist parteilos und führte die Bukarester Studenten bei ihrem Sturm auf Ceausescus Amtspalast an, einige andere Minister jedoch bekleideten hohe Ämter unter dem gestürzten Regime - wie etwa Außenhandelsminister Nicolae, der inzwischen von seinem Posten zurücktreten mußte.

Ende Januar häuften sich die Demonstrationen - trotz Verbots - gegen die gesamte FNR. Die bekannte Dissidentin Dornea Cornea trat aus der mit dem alten Regime kompromittierten Front aus mit der Begründung, es handele sich bei ihr nur um die "kommunistische Fassade". Bereits einige Wochen zuvor geriet die FNR unter öffentlichen Beschuß, weil sie unter dem Druck der Demonstrationen erlassene Dekrete zum Verbot der KP und zur Wiedereinführung der Todesstrafe kurz darauf zurückgenommen hatte. In einigen Regionen und Städten, so auch in Temesvar, übernahm das Militär die direkte Macht in den Apparaten, da die Mitglieder der örtlichen Räte vielfach als Anhänger Ceausescus galten. (1)

Der Druck gegen die FNR wuchs noch, als Iliescu die Kandidatur der FNR ebenso ankündigte wie den Wahltermin im Mai dieses Jahres. Brucan wiederum äußerte sich öffentlich kritisch gegenüber einem Mehrparteiensystem und meinte, Rumänien werde zwanzig Jahre für den Übergang zur Demokratie brauchen. Am 28.1.90 trat zum ersten Mal der dortige Runde Tisch aus Vertretern der FNR und 28 neugegründeten Parteien zusammen und beriet über ein Wahlgesetz. Zum gleichen Zeitpunkt riefen die Bauernpartei, die Nationalliberale Partei und die dortige Sozialdemokratie zu Anti-FNR-Demonstrationen auf und forderten den Rücktritt der gesamten FNR, die die Ceausescu-Diktatur nur in neuem Gewand fortsetzen würde.

Nationalliberale und Bauernpartei knüpfen übrigens fast nahtlos an die Parteientradition Rumäniens der dreißiger Jahre an, wobei zu berücksichtigen ist, daß das früher halbfeudale und agrarische Land über keinerlei bürgerlich-demokratische Traditionen verfügt und die damaligen Parteien eine höchst untergeordnete Rolle spielten. Die Parteien des Runden Tisches forderten nunmehr die Ablösung der FNR durch eine "nationale Koalition" der neu gegründeten Parteien.

Maskierter Kommunismus

Auch das Militär blieb nicht gänzlich von den innenpolitischen Auseinandersetzungen verschont, die sich gegen den "maskierten Kommunismus" der FNR richten. General Gusa trat aus der FNR zurück, nachdem bekannt geworden war, daß er bei den ersten Demonstrationen gegen das Ceausescu-Regime in Temesvar in die Menge schießen ließ. Mißtrauen und Wut säten auch die vom Militär in Temesvar bekannt gegebenen offiziellen Zahlen der Todesopfer, die während der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Dezember ums Leben kamen. Es sollten nur etwa 100 Menschen niedergeschossen worden sein.

Die Demonstrationen richten sich also gegen Teile des Militärs, die vor dem endgültigen Sturz des alten Regimes noch auf dessen Anweisungen handelten, erst danach die Seiten wechselten und gegen die FNR und die Teile des alten Staatsapparats, der sich bislang noch hinüberretten konnte.

Die Maßnahmen der Regierung Roman, die sich als Übergangsregime bis zu den Wahlen versteht, bestanden u.a. in der Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen zur Gründung von Parteien, für dessen Bildung 250 Unterschriften notwendig sind; der Abschaffung der Todesstrafe und der Zensur; der Rückkehrerlaubnis der Exilrumänen; der Rücknahme des Ceausescu-Programms zur "Systematisierung der Dörfer" aus dem Jahre 1974, das in etwa an die Zwangskollektivierung stalinistischer Prägung anknüpfte; der Teilprivatisierung der Landwirtschaft und der Einführung einer 5-Tage-Arbeitswoche in den Betrieben.

Fällt die FNR, dann kippt auch die Regierung, die sich weitgehend auf die alten Apparatestrukturen stützt. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen während des Übergangs verlaufen also insgesamt wesentlich schärfer als in den anderen osteuropäischen Ländern, in denen die einst führenden Kommunistischen Parteien sich erstens selbst sozialdemokratisch transformieren und zweitens entscheidend an den politischen und wirtschaftlichen Umbauten mitwirken, um einen kontrollierten Übergang zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund der Ceausescu-Diktatur, die keinerlei Opposition duldete und auch alle innerparteilichen Kritiker isolierte oder verbannte, sind die Forderungen der Bevölkerung nach Säuberungen der Staats- und Machtapparate wesentlich radikaler. Für den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen wird die Armeeführung eine wichtige Rolle spielen, zumal die Etablierung eines bürgerlichen-parlamentarischen Parteiensystems noch in den Kinderschuhen steckt und an keinerlei bürgerlich-demokratische Traditionen angeknüpft werden kann.

Wirtschaft

Gegenüber dem Westen ist Rumänien schuldenfrei, nachdem seit Anfang der achtziger Jahre Verbindlichkeiten in Höhe von 11 Mrd. Dollar abgebaut wurden. Dies gelang nur durch drastische Warenimportbeschränkungen, die in diesem Zeitraum von 4 auf 1,3 Mrd. Dollar jährlich zurückgeführt wurden, während die Exporte von 3,4 auf 4 Mrd. Dollar stiegen. Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich, daß die Bevölkerung des Landes auf doppelte Weise die Schuldenrechnung zahlen mußte.

Ausgeführt wurden hauptsächlich Öl und Nahrungsmittel, die der heimischen Versorgung entzogen wurden. Der Verzicht auf wichtige Westimporte führte zum Niedergang einiger Industriesektoren, da Ersatzteile fehlten. Auch die Produktivität in der Landwirtschaft sank beträchtlich (um durchschnittlich 20 %), da beispielsweise wichtige Futter- und Düngemittel fehlten. Auf der anderen Seite führte diese Entwicklung zu der absurden Situation, daß der Staatshaushalt Rumäniens keine Defizite, sondern Überschüsse aufweist, mit denen das alte Regime jedoch weder Investitionen, noch Transferleistungen an die Bevölkerung finanzierte.

Nur für den Westen scheint die wirtschaftliche Situation, der völlige Ruin der dortigen Ökonomie, ein Segen zu sein. Mit dem IWF-Mitglied Rumänien brauchen keine Umschuldungsverhandlungen geführt zu werden, und Exportrohstoffe wie Öl und Kohle stehen ausreichend zur Verfügung. Die prekäre Versorgungslage der Bevölkerung mit Energie und Nahrungsmitteln wird übergangsweise durch Lieferungen aus der EG überbrückt; die BRD als wichtigster westlicher Handelspartner hat - wie immer - "umfassende Unterstützung" (Genscher) zugesagt. Neben die politisch und wirtschaftlich prekäre Situation treten die Nationalitätenprobleme. Im Gebiet Transsilvaniens ist es bereits zu Spannungen und vereinzelten Konfron tationen zwischen den Rumänen und der dort überwiegend lebenden ungarischen Minderheit gekommen (insgesamt leben 2 Millionen Ungarn unter den 23 Millionen Rumänen).

D./Westberlin

Anmerkungen

1) Schon die Bezeichnung "Front zur nationalen Rettung" knüpft an jenen "Appell der Front zur nationalen Rettung" an, den einige geschaßte ehemalige KP-Funktionäre und Minister im September letzten Jahres illegal verbreiteten. In diesem Appell wird das Ceausescu-Regime für den wirtschaftlichen Ruin des Landes verantwortlich gemacht und dessen Sturz gefordert, zumal um den Conducator "ein ekelerregender Personenkult betrieben wird, der den von Stalin weit übertrifft". Unterzeichner dieses Appells waren unter anderem die heutigen FNR-Mitglieder Brucan und der ehemalige Außenminister Manescu.

19. Das Kommunique des Rates zur Front zur nationalen Rettung an das Land

Rubrik: Rumänien · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/rum3.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:rum3

BÜRGER UND BÜRGERINNEN,

wir leben in einem historischen Augenblick. Der Ceaucescu-Clan, der das Land in die Katastrophe geführt hat, ist von der Macht entfernt worden. Wir wissen alle und anerkennen, daß der Sieg, dessen sich das ganze Land erfreut, das Ergebnis der Opferbereitschaft der Volksmassen aller Nationalitäten und - in erster Linie - unserer bewundernswerten Jugend ist, die uns mit dem Preis des Blutes das Gefühl der nationalen Würde zurückgegeben haben. Einen außerordentlichen Verdienst haben diejenigen, die jahrelang ihr Leben in Gefahr brachten, indem sie gegen die Tyrannei protestierten.

Im politischen und wirtschaftlichen Leben Rumäniens wird eine neue Seite aufgeschlagen.

An diesem Scheideweg haben wir beschlossen, uns in der Front zur nationalen Rettung zu konstituieren, welche sich auf die rumänische Armee stützt und alle gesunden Kräfte des Landes ohne Unterschied der Nationalität zusammenfaßt, alle Organisationen und Gruppierungen, die sich in den Jahren der totalen Tyrannei mit Mut erhoben haben für die Verteidigung der Freiheit und der Würde.

Der Zweck der Front zur nationalen Rettung ist die Errichtung der Demokratie, der Freiheit und der Würde des rumänischen Volkes.

Von diesem Augenblick an werden alle Machtstrukturen des Ceaucescu-Clans aufgelöst. Die Regierung tritt zurück, der Staatsrat und seine Institutionen beenden ihre Arbeit. Die gesamte Staatsmacht wird vom Rat der Front zur nationalen Rettung übernommen. Ihm wird sich der Oberste Militärrat unterordnen, der die gesamte Aktivität der Armee und der Einheiten des Innenministeriums koordiniert. Alle Ministerien und Zentralorgane in ihrer aktuellen Struktur werden ihre normale Arbeit fortsetzen, sich der Front zur nationalen Rettung unterordnend, um die normale Entfaltung des gesamten ökonomischen und sozialen Lebens zu sichern.

Im Land werden sich Räte der Front zur nationalen Rettung auf Kreis-, Munizipiums-, Stadt- und Kommunalebene bilden, als Organe der örtlichen Macht.

Die Miliz ist aufgerufen, zusammen mit den Bürgerkomitees die öffentliche Ordnung zu gewährleisten.

Diese Organe werden alle Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, mit elektrischer Energie, mit Wärme und Wasser, zur Sicherung des Transports, der medizinischen Versorgung und des gesamten Handelsnetzes, ergreifen.

DIE FRONT SCHLÄGT ALS PROGRAMM FOLGENDES VOR:

1. Aufhebung der führenden Rolle einer einzigen Partei, dauerhafte Errichtung eines demokratischen pluralistischen Regierungssystems.

2. Organisation von freien Wahlen im Laufe des Monats April.

3. Trennung der legislativen, exekutiven und judikativen Gewalt im Staat und Wahl aller politischen Führer für eine, höchstens zwei Legislaturperioden. Niemand kann mehr Macht auf Lebenszeit beanspruchen.

Der Rat der Front zur nationalen Rettung schlägt vor, daß das Land sich in Zukunft Rumänien nennt.

Ein Komitee zur Erarbeitung der neuen Verfassung wird seine Arbeit sofort aufnehmen.

4. Umstrukturierung der gesamten nationalen Wirtschaft auf der Basis der Kriterien der Rentabilität und Effizienz. Beseitigung der administrativ-bürokratischen Methoden der zentralisierten Wirtschaftsführung und Förderung der freien Initiative und der Kompetenz in der Führung aller Wirtschaftssektoren.

5. Umstrukturierung der Landwirtschaft und Unterstützung der kleinen bäuerlichen Produktion. Stopp der Dörferzerstörung.

6. Neuorganisation des rumänischen Unterrichts nach den zeitgenössischen Anforderungen. Wiederherstellung von Unterrichtsstrukturen auf demokratischer und humanistischer Basis. Beseitigung der ideologischen Dogmen, welche dem rumänischen Volk soviel Schaden zugefügt haben, und Förderung der wahren Werte des Humanismus. Beseitigung der Lüge und Festsetzung von Kriterien der Kompetenz und des Rechts in allen Bereichen.

Entwicklung der nationalen Kultur auf neuer Basis.

Übereignung der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens aus den Händen einer Despoten-Familie in die Hände des Volkes.

7. Achtung der Rechte und Freiheiten der nationalen Minderheiten und Gewährleistung ihrer völligen Rechtsgleichheit mit den Rumänen.

8. Organisierung des gesamten Handels des Landes, ausgehend von den Anforderungen der prioritären Befriedigung der alltäglichen Bedürfnisse der Bevölkerung Rumäniens. Zu diesem Zweck werden wir den Export von Nahrungsmitteln beenden, den Export von Erdölprodukten reduzieren, der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen bezüglich Wärme und Licht Priorität gewährend.

9. Die gesamte Außenpolitik des Landes soll der Förderung der guten Nachbarschaft, der Freundschaft und des Friedens in der Welt dienen, sich integrierend in den Prozeß des Baus eines vereinten Europa, gemeinsames Haus aller Völker des Kontinents. Wir werden die internationalen Engagements Rumäniens respektieren, in erster Linie jene, die den Warschauer Vertrag betreffen.

10. Verfechtung einer Innen- und Außenpolitik, die den Bedürfnissen und Interessen der Entwicklung des menschlichen Wesens untergeordnet ist, der vollkommenen Achtung der Rechte und Freiheiten des Menschen, inklusiv des Rechtes auf freies Reisen.

Uns in dieser Front konstituierend, sind wir fest entschlossen, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um in Rumänien eine zivile Gesellschaft wiederherzustellen, den Triumph der Demokratie, der Freiheit und Würde aller Einwohner des Landes garantierend.

Vorläufig treten folgende Personen in die Kompetenz des Rates: Doina Cornea, Ana Blandiana, Mircea Dinescu, Laszlo Tökes, Dumitru Mazilu, Dan Desliu, General Stefan Guse, General Victor Stanculescu, Aurel-Dragos Munteanu, Corneliu Manescu, Alexandru Birladeanu, Silviu Brucan, Petre Roman, Ion Caramitru, Sergiu Nicolaescu, Mihai Montanu, Mihai Ispas, Gelu Voican Voiculescu, Dan Martian, Hauptmann Mihail Lupoiu, General Voinea, Hauptmann I. Ranges Emil Dumitrescu, Vasile Neacsa, Cristina Ciontu, Marian Baciu, Bogdan Teodoroiu, Eugenia Iorga, Paul Negritiu, Gheorghe Manole, Vladimir Ionescu, Adrian Srbu, Constantin Crjan, Geza Domokos, Magdalena Ionescu, Marian Mierla, Constantin Ivanovici, Ovidiu Vlad, Valeriu Bucurescu, Ion Iliescu.

Dieses Kommunique an den Radio- und Fernsehstationen verlesend, hat Ion Iliescu präzisiert: Vorläufig ist es eine provisorische Struktur, erarbeitet in einer sehr operativen Art und Weise. Die Liste bleibt offen. Dies wird nicht die komplette Zusammensetzung des Rates sein. Wir haben nur einige Namen von Menschen genannt, die verbunden sind mit den Veränderungen, die das Land erfährt, Menschen, die in den Jahren der Tyrannei Opferbereitschaft demonstriert haben, Jugendliche, die in diesen Tagen auf den Barrikaden waren, die ihr Leben in Gefahr brachten, Repräsentanten der Arbeiter, der Studenten, der Intellektualität, der Armee, jene Kräfte, die aktiv anwesend waren im Prozeß der Errichtung des neuen Regimes der Macht. Die Liste bleibt also offen. Um die Zusammensetzung des Rates ergänzen zu können, erwarten wir Vorschläge von Seiten aller Kategorien und sozialen Kräfte, die gekämpft und gesiegt haben.

Dieses Kommunique ist eine erste Form von Plattform-Programm der neuen Staatsmacht Rumäniens. Wir haben das Mandat erhalten, es Ihnen vorzustellen.

aus: Curierul romanesc 30.12.89 - Übersetzung aus dem Rumänischen: Uwe Tetampl

20. In der KP Griechenlands formiert sich eine linke Erneuerungsströmung

Rubrik: Griechenland · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:06

Seit Jahren schon befinden sich die meisten kommunistischen Parteien Westeuropas in einer Phase des Rückgangs, bestenfalls der Stagnation. In immer mehr Ländern ist der seit dem Ende des 2. Weltkrieges von diesen Parteien geübte Brauch, unter Beibehaltung gewisser marxistischer und leninistischer Theoreme und Formeln eine reformistische Politik zu vertreten, an sein unwiderrufliches Ende gekommen. Um einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu finden, versuchen inzwischen nicht wenige KPs, sich sozialdemokratisch zu profilieren. Sei es, daß sie sich wie die größte KP Westeuropas, die KP Italiens, offen als sozialdemokratisch deklarieren, sei es, daß sie sich wie die kommunistische Partei Spaniens, als linke Volkspartei verstehen und breite Wahlbündnisse initiieren, in denen sie auf die Formulierung sozialistischer Inhalte fast völlig verzichten. In allen Fällen aber vollzieht sich die als "Erneuerung" oder "Weiterentwicklung" des Marxismus verkaufte Politik unter (nicht nur taktischer) Preisgabe von für die kommunistische Bewegung einstmals konstitutiven (und historisch so häufig bestätigten) Einsichten wie die vom Klassencharakter des Staates oder der Unmöglichkeit einer friedlichen Überwindung von Kapitalismus und Imperialismus.

Im westeuropäischen Kontext relativ spät, sucht nun auch in Griechenland die traditionell geprägte Parteiführung in einem innerparteilichen Bündnis mit sozialdemokratischen Kräften ihr Heil in einer auf Versöhnung mit dem herrschenden System angelegten Politik. Als, soweit wir es überschauen können, bisher einmalig in (West-)Europa hat sich, in Opposition dazu, aus der KP Griechenlands heraus eine Strömung formiert, die nicht nur den Willen zu einer revolutionären Rekonstruktion kommunistischer Politik mitbringt, sondern zugleich über einen gewissen gesellschaftlichen Einfluß und politische Eingriffsmöglichkeiten verfügt. Der folgende Artikel versucht, einen ersten Überblick zu geben.

15 Jahre nach dem Ende der faschistischen Militärdiktatur stehen Staat und Kapital im EG-Mitgliedsland Griechenland angesichts der für 1992 geplanten Einführung des EG-Binnenmarktes vor der dringenden Notwendigkeit einer sozialökonomischen Umstrukturierung des Landes. Die bis zum Juni 1989 allein regierende sozialdemokratische PASOK unter Andreas Papandreou war dazu nicht in der Lage: Nicht nur hatte sich die von Skandalen und Korruptionsfällen gezeichnete Papandreou-Regierung moralisch verbraucht - angesichts der zum Teil radikalsozialistischen Basis der PASOK hatte Papandreou versucht, die eigene Klientel mit ökonomischen Zugeständnissen ruhigzustellen, ohne deshalb die Profite des Kapitals anzurühren. Eine Rechnung, deren Zeit angesichts schärfster Konkurrenz, fortgeschrittener Kapitalkonzentration und -integration in der EG schon längst abgelaufen ist. Der Fehlbetrag im Haushalt hat 1989 die Höhe von umgerechnet 25 Milliarden DM und damit von 20 Prozent des Bruttoinlandprodukts erreicht. Die Staatsverschuldung des Landes liegt inzwischen bei 29 Mrd. Dollar; zwei Mrd. Dollar Auslandsschulden werden dieses Jahr fällig.

Angesichts der Unfähigkeit der PASOK, die geforderte kapitalistische Restrukturierung der griechischen Ökonomie allein und aus eigener Kraft durchzuführen, und angesichts der relativen Kampfstärke der griechischen Arbeiterklasse sowie anderer Sektoren der griechischen Gesellschaft (etwa der Jugend) kommt der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) und ihrer Politik eine entscheidende Rolle zu.

Bei den Parlamentswahlen im Juni 1989, in deren Folge es zu einer Übergangs-Koalitionsregierung aus Konservativen und Kommunisten kam, waren drei Hauptformationen angetreten, die zusammen ca. 99 Prozent der Wählerinnen und Wähler auf sich vereinten:

- die konservative "Nea Demokratia" (ND) mit einem aggressiven neoliberalen Wirtschaftsprogramm und der bedingungslosen Unterordnung unter die imperialistischen Zentren NATO und EG;

- die sozialdemokratische PASOK, die, schwer angeschlagen, sich im Wahlkampf darauf beschränkte zu behaupten, daß es das Volk unter einer ND-Regierung nur schlechter haben würde;

- das Linksbündnis "Synaspismos" (Bündnis), bestehend aus der KKE (die von ihrer organisatorischen Größe und dem Anteil an Wählerstimmen her gut und gerne 90 Prozent des Bündnispotentials einbringt), der eurokommunistischen EAR (das ist die - nach einer Spaltung 1986 - in der Partei verbliebene Mehrheit der

früheren sogenannten KP/ Inland) sowie einer Reihe von Gruppierungen und Persönlichkeiten, die sich von der PASOK getrennt hatten. Im Wahlkampf konzentrierte sich das Linksbündnis auf das Anprangern der PASOK-Skandale und die Darstellung seiner Regierungsfähigkeit.

Die Entstehung des Linksbündnisses und die Auseinandersetzungen in der KKE

Die Gründung des Linksbündnisses im Dezember 1988 zunächst aus KKE und EAR, war allerdings zuvor von den Mitgliedern der KKE weder diskutiert, noch gefordert worden. Statt dessen hatte ein Teil der KP-Führung mit den Eurokommunisten hinter verschlossenen Türen eine Grundsatzerklärung ausgehandelt, die die kommunistische und sozialistische Linke eindeutig darauf reduzierte, den linken Part innerhalb des Projekts der kapitalistischen Modernisierung einzunehmen. In dieser Erklärung bejahte die KKE erstmals die bis dato immer abgelehnte EG-Mitgliedschaft Griechenlands (was die Übernahme der EAR-Position bedeutete); außerdem enthielt das Grundsatzpapier auch in der Frage der NATO- Zugehörigkeit und der Zukunft der US-Militärstützpunkte in Griechenland "wesentlich flexiblere Positionen als sie bisher von den griechischen Kommunisten vertreten wurden" (FR, 10.12.88). (So hatte beispielsweise die KKE in den Zeiten der Friedensbewegung den Kampf gegen die NATO-"Nachrüstung" - ganz anders als analog etwa die DKP, aber ähnlich wie der KB - verknüpft mit der Forderung nach dem Austritt Griechenlands aus der NATO.) Damit hatte die KP-Führung unter dem Vorwand, "Realpolitik" betreiben zu müssen, die Schaffung des Bündnisses dazu benutzt, einen innerparteilichen Rechtsruck zu inszenieren. Als Folge begannen innerhalb der KKE heftige Auseinandersetzungen, die zunächst intern ausgetragen wurden, jedoch offenbar wurden, als Teile der KKE, v. a. die kommunistische Jugendorganisation KNE, den Wahlkampf des Linksbündnisses nicht unterstützen wollten und die Wahlen boykottierten.

Nach der Bildung der Koalitionsregierung aus Konservativen und Linksbündnis kam es in der KKE zum offenen Bruch. Bei der parlamentarischen Vertrauensabstimmung über die neue Regierung nutzte Kostas Kappos, Fraktionsvorsitzender der KKE von 1981-1989 und Mitglied des Zentralkomitees seit 1968, die Gelegenheit, um vor den Augen einer breiten Öffentlichkeit die Beteiligung der KKE an einer bürgerlichen Regierung von einer linken Position aus zu verurteilen. Kappos, der vielen als "Symbol" der kommunistischen Bewegung gilt, führte u.a. aus: "Während der Vertrauensabstimmung für das Regierungsprogramm werde ich mich der Stimme enthalten, weil das Linksbündnis während des Wahlkampfes jegliche Zusammenarbeit mit der ND abgelehnt hat. Ich werde mich enthalten, weil die Kommunistische Partei dazu tendiert, sich kleinbürgerlichen und bürgerlichen "modernen" Positionen zu unterwerfen. Das wird deutlich, wenn wir uns die gemeinsame Erklärung von KKE und EAR vor Augen halten, in der die KP in der Frage der Loslösung von der EG ihre Position verändert hat. In der Frage der US-Basen sowie in ihrer Strategie und Taktik für eine revolutionäre Veränderung der griechischen Gesellschaft hat sie ihre Position abgeschwächt ...

Durch die Ernennung von Kirkos (Vorsitzender der EAR) zum praktisch alleinigen Parlamentssprecher des Linksbündnisses wird die Führungsrolle der KP, und damit die Rolle der Arbeiterklasse, unterbewertet. Der Gipfel dieser unterwürfigen Haltung ist die Unterstützung der ND- Regierung durch das Linksbündnis. Das bedeutet, daß der ND, indem ihr die ‚Demokratiefähigkeit` zuerkannt wird, der Weg zur Alleinherrschaft nach den kommenden Wahlen geebnet wird - mit folgenden Konsequenzen:

1. Aufzwingung des Neokonservativismus und einer Sparpolitik zu Lasten der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Einschränkung der Sozialleistungen und neue Privilegien für Großkapital und Monopole.

2. Verwirklichung einer Außenpolitik, die sich den Interessen des US-Imperialismus und der NATO offen unterwirft. Weiterhin die Verewigung der US-Basen in unserem Land.

3. Verwirklichung einer autoritären Politik gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zur Durchsetzung der neokonservativen Ideologie." (Prin, August 89)

Kappos' Rede wurde von der linken Opposition in der KP als Signal gewertet, um offensiv an die Öffentlichkeit zu treten. Die Ereignisse überschlugen sich. Mehrere Mitglieder des ZK traten zurück und forderten einen außerordentlichen Parteitag. Die ZK-Mehrheit blockte ab und antwortete mit Parteiausschlüssen, Diffamierung der Kritiker als Linkssektierer und Neostalinisten und einer Reihe von disziplinarischen Maßnahmen, deren vorläufiger Höhepunkt die Absetzung des Vorstandes der kommunistischen Jugendorganisation KNE (eine der größten politischen Organisationen des Landes) war: Auf einer Kundgebung der KNE im September forderte der Generalsekretär der KKE, Farakos, vor 40.000 Menschen die KNE auf, ihre Politik des "Proletkultes" und

des "Avantgardismus" zu revidieren. Er drohte mit "organisatorischen Maßnahmen", falls die KNE ihre ablehnende Haltung zum Linksbündnis nicht ändere. Gleichzeitig forderte das Politbüro die KNE ultimativ auf, eine geplante Reihe von Veranstaltungen im Rahmen des Festivals von Saloniki ("Die Linke und die Intelligenz", "Sozialismus und Jugend", "Ökologiebewegung") abzublasen. Es kam zu einer Kampfabstimmung im Vorstand der Jugendorganisation, bei der sich die Mehrheit nicht beugen wollte. Daraufhin wurde der Vorstand der KNE für abgesetzt erklärt. Offenbar hatte die Mehrheit des ZK geglaubt, dem Zentrum der "Neo-Ultralinken" damit einen entscheidenden Schlag versetzt zu haben.

Doch es kam anders. Wiederum traten einige Mitglieder des ZK zurück, und der abgesetzte Vorstand der KNE zeigte sich nicht gewillt, die Jugendorganisation der Parteiführung zu überlassen. Er führte mehrere sehr gut besuchte Veranstaltungen in Athener Stadien durch. Die wichtigsten Grundorganisationen der Jugend stellten sich gegen das ZK, so etwa sämtliche kommunistische Vertreter im Vorstand der studentischen Zentrale Griechenlands. Es kam zur Spaltung der Jugendorganisation, bei der die abgesetzte KNE-Führung eine Mehrheit der Mitglieder in der nun von der KKE unabhängigen Organisation halten konnte.

Formierung der linken Erneuerinnen und Erneuerer

Unterdessen hatte die konservativ-kommunistische Übergangsregierung, die sich angeblich darauf beschränken sollte, die PASOK-Skandale aufzudecken und Neuwahlen vorzubereiten, einige für den "neuen Kurs" bezeichnende Maßnahmen ergriffen:

- Ein politischer Flüchtling, Mitglied von Dev-Sol, wurde in die Türkei abgeschoben.

- Per Gesetz wurde das Privatfernsehen legalisiert, was bedeutete, daß die Abgeordneten der KKE entsprechenden Beschlüssen ihrer Partei zuwiderhandelten.

- Ein Beschluß der Regierung, alle Karteien, die von der Polizei in den letzten Jahrzehnten über die Linke angelegt wurden, zu vernichten, erwies sich als Bluff, weil der schon erwähnte kommunistische Abgeordnete Kappos nachweisen konnte, daß die wesentlichen Daten längst im Computer gespeichert sind und die Linke weiterhin bespitzelt wird.

- Ebenfalls der von der Regierung propagierten "nationalen Versöhnung" sollte das "Gesetz gegen die Folgen des Bürgerkriegs" (von 1945-1949) dienen, das die Invaliden und Hinterbliebenen der Opfer, egal, auf welcher Seite sie gekämpft hatten, gleichstellt und alle Beteiligten zu "Patrioten" erklärt - ein Zynismus angesichts der Tatsache, daß die eine Bürgerkriegspartei, die Kommunistische Partei, von 1946 bis 1974 durchgängig illegalisiert und politischer Verfolgung ausgesetzt war, einschließlich jahre- oder jahrzehntelanger Internierung kommunistischer Bürgerkriegskämpfer auf sogenannten "KZ-Inseln" unter mörderischen Haftbedingungen, sowie (bis Ende der 50er Jahre) zahlreicher Hinrichtungen.

Nach den Neuwahlen vom 6. November 1989 kam es zur Bildung einer Regierung, die nun, neben ND und Linksbündnis, auch noch die PASOK umfaßte. Die jeweils über 70 Jahre alten Parteiführer Mitsotakis (ND), Papandreou (PASOK) und Florakis (KP) einigten sich zur "Erneuerung" des politischen Lebens Griechenlands auf den 88jährigen Zolotas (ND) als Ministerpräsidenten. Zolotas betonte in seiner ersten Rede vor dem Ministerrat: "Wir sind entschlossen, Maßnahmen zu ergreifen, die einen Geist von Sicherheit, Stabilität und Glaubwürdigkeit schaffen ... Angesichts der Tatsache, daß wir vollkommen von der EG abhängig sind, sind wir verpflichtet, die Direktiven (der EG) zu verwirklichen, weil sie Gesetze sind, die über unseren Gesetzen stehen." (Prin, Dez. 89)

Als Reaktion auf die Bildung der Allparteien-Regierung trat einer der drei Europa-Abgeordneten der KKE aus der Partei aus; weitere acht ZK-Mitglieder, darunter der Verantwortliche für ideologische Fragen und Vorsitzende des Zentrums für marxistische Forschung, sowie mehrere Mitarbeiter des ZK gaben ihre Posten zurück. Darüber hinaus verließen die Partei eine Reihe von Intellektuellen, wie z.B. der Universitätsprofessor Mpizakis, der mit seinen theoretischen Arbeiten über die revolutionäre Erneuerung der kommunistischen Bewegung und die Krise des Realsozialismus weit über das KP-Spektrum hinaus großes Ansehen genießt, und fast die gesamte Redaktion der kommunistischen Theorie-Zeitschrift "Epistimoniki Skepsi" (Wissenschaftlicher Gedanke), die sich inzwischen um die neue Zeitschrift "Dialektik" sammelt.

Mittlerweile ist die Zahl der aus der KKE Ausgetretenen und Ausgeschlossenen auf einige Tausend angewachsen. Die neue kommunistische Strömung ist dabei keinesfalls von der griechischen Arbeiterklasse

isoliert. Im "Arbeiterzentrum Athen", in dem die Hälfte der 700.000 Athener Lohnabhängigen organisiert sind, stellt die KKE bislang 1.040 Vertreterinnen und Vertreter (gut 50%); von diesen wiederum zählen 108 zur linken Opposition. In der Zentrale der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes werden 215 Menschen der PASOK zugerechnet, 190 der ND und bisher 118 der KKE. Von diesen zählen 33 zur linken Opposition. (Eleferotipia, 25.11.89)

Historische und gesellschaftliche Voraussetzungen

Während in den übrigen kommunistischen Parteien Europas die sich als linke Erneuerinnen und Erneuerer verstehenden Kräfte bisher eher auf Einzelpersonen oder kleinere Zirkel beschränkt sind, kann man den sich in in Griechenland aus der kommunistischen Partei heraus formierenden revolutionären Kräften einen gesellschaftlichen Einfluß nicht absprechen.

Diese Tatsache erfordert zur Erklärung einige Hinweise auf die historischen Wurzeln der aktuellen Konfrontation innerhalb der griechischen kommunistischen Bewegung. Diese reichen rund 20 Jahre zurück: Von 1965 bis 1975 fand in Griechenland eine enorme gesellschaftliche Umstrukturierung statt, die Transformation vom Agrar- zum Industriestaat. Die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung änderte sich, und neue Schichten von Werktätigen entstanden. Zugleich wurde jedoch die Griechenland seit dem Bürgerkrieg prägende neokoloniale Abhängigkeit vom Imperialismus beibehalten, gegen die sich damals eine wachsende Volksbewegung richtete. So kam es auf Initiative der NATO am 21.4.1967 zur Umwandlung der parlamentarischen Regierungsform in eine faschistische Militärdiktatur.

Ein großer Teil der heutigen linken Opposition (so auch fast alle der insgesamt 15 aus dem ZK Zurückgetretenen) ist heute um die 40 Jahre alt und entstammt der Generation, die im Kampf gegen die Militärdiktatur politisiert wurde; besonders inspiriert vom Studentenaufstand im November 1973, der nicht nur gegen die Militärs antrat, sondern auch mit dem System des abhängigen Kapitalismus brechen wollte. Während der Zeit der Diktatur, als die gesamte Führung der KKE sich entweder im Ausland befand oder inhaftiert war, entwickelte sich die KNE (1968 gegründet) zu einer politisch eigenständigen Bewegung, die mit ihrer emanzipatorischen und radikalen Kritik große Teile dieser Generation in sich vereinen konnte.

Nach dem Ende der Diktatur (1974) beteiligten sich an den ausbrechenden sozialen Kämpfen große Teile der Arbeiterklasse, und es entstand eine neue Generation von Aktivistinnen und Aktivisten. Natürlich hatten die radikalisierte Intelligenz, die neuen Aktivisten aus der Arbeiterklasse und die Jugend jeweils eigenständige Ziele, jedoch überwogen die Gemeinsamkeiten. Diese Generation hatte die Niederlage im Bürgerkrieg nicht miterlebt und war dem Symptom der Niederlage nicht verfallen. Im Gegensatz zur Führung der KKE, die sich in den letzten vierzig Jahren durchgängig an den jeweils liberalsten Vertretern der herrschenden Klasse orientierte, waren die Jungen entschlossen, eine autonome kommunistische Politik zu entwickeln.

Mit der gegenseitigen Beeinflussung der Arbeiteraktivisten, der radikalen Intelligenz und der Jugend seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre und vor dem Hintergrund einer kampfstarken Arbeiterklasse wurden eine Reihe von ideologischen Fragen aufgeworfen, die die Führung der KKE nicht zu beantworten vermochte, blieb sie doch in ihrem Denken von den Agrarstrukturen der 50er Jahre und der Orientierung auf ein Bündnis mit liberalen Teilen der Bourgeoisie beeinflußt. Einige dieser damals aufgeworfenen Fragen waren das Verhältnis zwischen dem Internationalismus und den Staatsinteressen der sozialistischen Länder, die Frage der Machterlangung oder das Problem der innerorganisatorischen Demokratie.

In den 80er Jahren führten schließlich die von der KKE betriebene Politik des Moratoriums mit der sozialdemokratischen PASOK und die weltweite Offensive des Imperialismus dazu, daß nicht unwesentliche Teile der in den 70er Jahren politisch Aktiven sich enttäuscht in das Privatleben zurückzogen. Doch eine beträchtliche Zahl blieb weiterhin den radikalen politischen Ansprüchen verpflichtet und konnte sich so mit der Jugend, die sich unter den heutigen Bedingungen radikalisierte, verbünden. Ist auch die Generation der heute 40jährigen zahlenmäßig nicht mehr so stark wie in den 70er Jahren, so zeichnen sich die Verbliebenen jedoch durch ihr hohes politisches und ideologisches Niveau aus. Dieser Teil der KKE hat sich in einer Zeit, wo der Imperialismus einen Sieg nach dem anderen für sich verbuchen kann, nichts Geringeres als die revolutionäre Erneuerung der Linken vorgenommen, um sie in die Lage zu versetzen, all denen eine Perspektive zu geben, die ihre Hoffnung nach sozialer Emanzipation nicht begraben möchten.

Fast 22 Jahre nach der Spaltung der Kommunistischen Partei Griechenlands (Austritt der "Eurokommunisten", sog. KP "Inland") ist es somit erneut zu einem Bruch gekommen. Doch im Gegensatz zu 1968 liegen die Ursachen nicht nur in taktischen Differenzen zwischen zwei bürokratischen Cliquen, sondern es stehen sich zwei im Grunde antagonistische strategische Optionen gegenüber. Auf der einen Seite hat sich in der KKE-Führung ein heterogenes Bündnis aus (sozialdemokratischen) Erneuerern und Traditionalisten herausgebildet, das eine Transformation der KP zu einer linkspopulistischen Partei anstrebt. (So wird wahrscheinlich, analog zu starken Bestrebungen in der KP Italiens, auf dem nächsten Parteitag der Begriff "Kommunismus" aus dem Namen getilgt werden.) Angesichts der Integration Griechenlands in die EG und der Ereignisse in Osteuropa meint die KP- Führung, die revolutionäre Perspektive wie Ballast über Bord werfen zu müssen.

Auf der anderen Seite steht der Wille, zu einer revolutionären Erneuerung der kommunistischen Bewegung Griechenlands zu kommen. Das schließt, dies sei hier nur am Rande vermerkt, auch die die kommunistischen Parteien bis heute kennzeichnende hilflose Orientierung auf ein gerade auch langfristiges Bündnis mit sozialdemokratischen Parteien aus. Kostas Kappos in seiner schon erwähnten Rede anläßlich der Verabschiedung des ND/ KKE-Regierungsprogramms im Sommer 1989: "Ich muß nochmals betonen, daß ich gegen eine Zusammenarbeit mit der PASOK bin, weil ihre Führung mit unterschiedlichen Mitteln denselben Interessen der herrschenden Klasse und des Imperialismus dient."

Und Kappos nennt an anderer Stelle auch eine unbequeme Wahrheit, die einmal wie selbstverständlich zum politischen Grundstock der kommunistischen Parteien gehörte: "Du kannst nicht den Sozialismus mit bürgerlichen Parteien aufbauen noch kannst du sagen, daß sie es zulassen werden, daß du die Macht übernimmst. Wenn du die Macht übernehmen willst, dann mußt du bereit sein, jede Aktionsform anzuwenden, auch die der Waffen." (Eleferotipia, 19.11.89)

Die linke Opposition hat sich mittlerweile eine Reihe von publizistischen und organisatorischen Strukturen geschaffen. Das seit April 1989 erscheinende Monatsmagazin "Prin" (vorläufige Auflage über 10.000) wird inzwischen von einer theoretischen Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint, ergänzt. Derzeit wird die Herausgabe einer Tageszeitung vorbereitet, die ab Frühjahr 1990, noch rechtzeitig vor den am 8. April stattfindenden Neuwahlen, erscheint. Inzwischen ist es klar, daß die linke Opposition auch mit einer eigenen Liste zu diesen Parlamentswahlen antreten wird.

W., J./Westberlin

21. Die neue Sozialdemokratie Polens - Partei aufgelöst, Partei gegründet

Rubrik: Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:29

Erwartungsgemäß beschloß der 11. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) mit großer Mehrheit seine Selbstauflösung und konstituierte sich als "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SDRP). Damit ist eine Generalabrechnung mit der 41-jährigen Vergangenheit der PVAP und dem realsozialistischen System ebenso verbunden wie das klare Bekenntnis zur Marktwirtschaft und parlamentarischen Demokratie.

Die Sozialdemokratisierung der PVAP setzte unmittelbar nach den Parlamentswahlen im vergangenen Juli ein, die für die PVAP in einem Desaster endeten. Ihre 168 Abgeordneten im polnischen Parlament (Sejm) verdankt sie einem Kompromiß am damaligen runden Tisch, der ihr ein Drittel der Mandate sicherte. Bald darauf bildete sich eine minoritäre Fraktion der Partei-Intellektuellen um Slawomir Wiatr unter der Bezeichnung "8. Juli" (dem Datum der Parlamentswahlen). Diese Fraktion innerhalb der PVAP forderte grundlegende radikale Reformen und einen Bruch mit der Vergangenheit.

Mitte September vergangenen Jahres forderte der damalige Vorsitzende und frühere Ministerpräsident Rakowski die Bildung einer neuen Linkspartei; das Politbüro-Mitglied Leszek Miller schlug eine Front aller linken Kräfte vor, wobei er die sozialdemokratisch orientierten Mitglieder des Bürgerkomitees Solidarnosc ins Auge faßte.

Das ZK-Plenum vom 19.9.89 führte eine Mitgliederbefragung zur innerparteilichen Demokratisierung (Direktwahl der Parteitagsdelegierten statt deren Ernennung durch die Delegierten), zur Strukturreform und der Zulassung konkurrierender Programme durch. Demnach sprachen sich 72% der Befragten für eine Direktwahl der Delegierten, eine völlige Umgestaltung und eine Namensänderung der PVAP aus.

Während eines Besuchs bei Gorbatschow erklärte der PVAP-Vorsitzende Rakowski die Abkehr seiner Partei vom "Kommunismus": "Wir entfernen uns vom Konzept (...) auf der Basis der Dritten Internationale", ließ er verlauten (Tagesspiegel, 12.10.89)

Ebenfalls im Oktober trafen sich die Reformer des "8. Juli" und plädierten für eine sozialdemokratische Partei ohne Spaltung der PVAP, wenn sich die Personen der alten Führung zurückziehen würden, um die neue Formation nicht zu kompromittieren. Der 11. Parteitag solle seine Selbstauflösung beschließen. Ende Oktober löste sich die gesamte PVAP-Fraktion im Sejm von der Partei und weigerte sich, Beschlüsse ihrer Partei im Parlament zu vertreten.

Das 116. ZK-Plenum vom November letzten Jahres schließlich erklärte den polnischen "Sozialismus" für gescheitert ("bankrott"); die Zeit für eine neue Partei der Linken sei gekommen.

"Einheit"

Der 11. Parteitag selbst begann mit einer beschwörenden Rede Rakowskis, die Einheit der Partei zu wahren. Er selbst wolle nicht mehr für den Vorsitz kandidieren und schlug den stellvertretenden Parlamentspräsidenten und Reformer Aleksander Kwasniewski vor, der nach dem Kriegsrecht 1981 in die zweite Reihe der PVAP-Hierarchie abgeschoben worden war. Konsens aller Parteiströmungen war die Auflösung der Partei, verbunden mit einer sofortigen sozialdemokratischen Neugründung. Um das Parteivermögen übertragen zu können, beschloß die große Mehrheit des Parteitages, den Auflösungskongreß formell zu unterbrechen, um nach der Beerdigung der PVAP 24 Stunden später den Gründungsparteitag einzuberufen.

Die polnischen Delegierten hatten aus den ungarischen Erfahrungen gelernt. Dort vollzog sich die Sozialdemokratisierung als Spaltung in die verbliebene "Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei" (USAP) und die "Ungarische Sozialistische Partei" (USP), wobei die Mehrzahl der Mitglieder und das Parteivermögen bei der USAP verblieben.

Eine 45-köpfige Minderheit der rund 1500 Delegierten spaltete sich unter der Führung des sozialdemokratischen Reformers Tadeus Fiszbach dennoch ab; diese Fraktion verlangte nicht nur eine weitaus stärkere Abrechnung mit der Vergangenheit, sondern auch die Entfernung der bekannten bisherigen

Führer der PVAP. Was nütze eine umbenannte, programmatisch neu orientierte Partei, so Fiszbach, wenn die "alten Leute" in der neuen Partei blieben.

Fiszbach und die übrigen 44 Delegierten streben die Gründung einer "Union der Sozialdemokratie" an, die programmatisch auf die katholische Sozialethik zurückgreift und daher eher bei der hiesigen CDU anzusiedeln ist. Fiszbach, vorher von Lech Walesa unterstützt, zeigte sich enttäuscht, weil er mit deutlich größeren Batallionen gerechnet hatte, die den Bruch mitvollziehen würden.

Daß Fiszbach nur wenige Delegierte folgten, lag an der hohen Anpassungsbereitschaft des "orthodoxen" Flügels um Rakowski. Der Plan der Fraktion des "8. Juli", mit einem eindeutig sozialdemokratischen Programm die sogenannten Konservativen inhaltlich auszugrenzen und so die Spaltung zu vollziehen, ging nicht auf, da die "Alten" so ziemlich alles schluckten, was ihnen von den "Reformern" angeboten wurde. Die "Orthodoxen" schluckten nicht nur das Programm, sondern auch die Namensänderung in SDPR. Obendrein ließen sie es sich nicht nehmen, Kwasniewski als neuen Parteivorsitzenden vorzuschlagen.

Vertrauensverlust

So nahmen denn 1228 Delegierte bei 32 Gegenstimmen und 37 Enthaltungen Abschied von der PVAP mit dem Kernsatz: "Angesichts der Unmöglichkeit, das Vertrauen der Gesellschaft wiederzugewinnen, beschließen die Delegierten, die Tätigkeit der PVAP zu beenden." (nach Frankfurter Rundschau, 30.1.90)

Aleksander Kwasniewski kartete nach. Er machte den Vorsitz der SDPR davon abhängig, daß mindestens 60 Mitglieder des 150köpfigen "Führungsrats" aus Reformern bestehen sollte. Auch dem wurde entsprochen, so daß die Sozialdemokraten tun und lassen können, was sie wollen: sie werden ihre flexiblen und äußerst anpassungsfähigen "orthodoxen" Parteifreunde nicht los.

Aus der Auflösung und Neugründung einer sich transformierenden ehemaligen realsozialistischen Partei ergibt sich eine delikate Situation unter den 168 Sejm-Abgeordneten der alten Partei; 25 von ihnen schlossen sich dem minoritären Fiszbach- Flügel an, der von Walesa und Adam Michnik favorisiert wurde, und nur 20 der SDPR, während sich der Rest abwartend verhält.

Der Sozialdemokratisierungsprozeß ist beileibe noch nicht abgeschlossen. Im April dieses Jahres finden die Kommunalwahlen statt, an denen das Bürgerkomitee Solidarnosc nicht mehr teilnehmen wird, sondern nur noch reguläre Parteien. Endet diese Wahl mit einer weiteren Niederlage der PVAP-Nachfolgepartei, werden die Reformer um Kwasniewski zum nächsten Angriff auf Rakowski und die "Orthodoxen" schreiten.

Letztere wiederum lassen nichts unversucht, unter allen Umständen in der SDPR zu verbleiben, denn eine Abspaltung wäre mit dem Sturz in die politische Bedeutungslosigkeit gleichzusetzen.

D./Westberlin

22. Beit Sahur im Steuerboykott

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:04

"Wenn ich in Israel dieselben Mittel eingesetzt hätte, die wir (bei der Steuereintreibung) in den (besetzten) Gebieten eingesetzt haben, dann wäre ich am Zionsplatz aufgehängt worden." (Mordechai Bareket, hoher Finanzbeamter in Jerusalem)

Die Besetzung von Westbank und Gasa- streifen seien, konstatierte Meron Benvenisti 1986, keine Last für den israelischen Steuerzahler, eher treffe das Gegenteil zu: "die Einwohner der Gebiete zahlen eine ‚Besatzungssteuer' an die Besatzungs-Behörden."

Intifada-Steuer

Nach Beginn der Intifada wurde von den israelischen Machthabern auch ein Bündel neuer Gebühren und Steuern eingeführt, das fast jeden Bereich des Lebens betrifft und von den Bewohnern der besetzten Gebiete als "Intifada-Steuern" charakterisiert wird. Ohne ersichtlichen Grund wurden alle Besitzer von Kraftwagen in Westbank und Gasastreifen gezwungen, ihre alten gegen neue Kennzeichen auszutauschen - gegen eine Gebühr von umgerechnet 200 bis 500 DM pro Wagen. Im Juni 88 wurde eine spezielle "Peugeot-Steuer" eingeführt, d.h. daß die Besitzer von Wagen der Firma Peugeot eine Sondersteuer (je nach Alter des Wagens zwischen umgerechnet 450 und 1650 DM) zu zahlen hatten. Wie andere Steuern wurde auch diese überraschend eingeführt: wer mit seinem Peugeot an einem der israelischen Kontrollpunkte an der Grenze des Gasastreifens angehalten wurde und nicht sofort die Steuer zahlen konnte, mußte seine Identitätskarte und seinen Führerschein abgeben. Diese Spezialsteuer wurde im Gasastreifen schließlich für alle Gefährte, einschließlich Eselkarren, eingeführt.

Die Kriterien, nach denen die jeweiligen Steuern erhoben werden, sind willkürlich, die Art der Veranlagung hat häufig absurde Züge. Der Besitzer eines der insgesamt zwanzig Gemüseläden im Flüchtlingslager Aida, in dem 2.000 PalästinenserInnen leben, sollte umgerechnet 750.000 DM Steuer zahlen - eine Summe, die er in den ganzen letzten 20 Jahren kaum umgesetzt hat. Die Zahlungsaufforderung an den Gemüsehändler besagte, daß er seine "Schuld" an demselben Tage zu begleichen hatte, an dem er die Aufforderung erhielt.

Mit dieser Besteuerung verstärkt die Militärverwaltung nicht allein den ökonomischen Druck, dem die Bewohner der besetzten Gebiete durch ausgedehnte Ausgangssperren und Belagerungen, durch die Verweigerung von Exportgenehmigungen, durch die Einschränkung des Geldtransfers etc. ausgesetzt werden, sondern sie unterwirft die Bevölkerung noch weitergehend ihrer Kontrolle - die PalästinenserInnen sollen auf jeder Ebene erfahren, wer der Boss ist. Mit der extensiven Besteuerung, die das Militär mit Razzien auf Steuerschuldner durchzusetzen versucht, hat die Besatzungsmacht tatsächlich ein weiteres Druckmittel in der Hand. Jedwedes offizielle Dokument - sei es nun eine Heiratsurkunde, eine Baugenehmigung, ein Führerschein, ein Visum für eine Reise - ist bei der Besatzungsmacht zu beantragen. Und die erteilt eines dieser Dokumente nur, wenn der Antragsteller zuvor eine Extrabescheinigung vorlegt, aus der hervorgeht, daß er keine Steuerschulden oder sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber irgendeinem Zweig der Militärverwaltung hat. Diese Extrabescheinigung zu erbringen, kostet den Antragsteller oft eine Woche Herumrennen.

In der Praxis jeden Rechtsanwalts, der PalästinenserInnen vertritt, häufen sich die gleichen Klagen: fantastische Summen sollen gezahlt werden; Eigentum ist ohne vorherige Warnung beschlagnahmt worden; die Identitätskarte wurde eingezogen; Verwandte wurden inhaftiert, um den "Schuldner" zur Zahlung zu zwingen.

Gemüseschlacht

Die Einwohner des kleinen palästinensischen Ortes Beit Sahur hatten im Frühjahr 1988 - nach einem entsprechenden Aufruf der Vereinigten Nationalen Führung des Aufstands - begonnen, die Zahlung von Steuern an die sog. Zivilverwaltung zu verweigern.

Beit Sahur bildet zusammen mit Beit Jalla und Bethlehem das sog. christliche Dreieck in der Westbank. Drei Viertel der 12.000 EinwohnerInnen des Städtchens sind Christen, die meisten von ihnen Mitglieder der griechisch-orthodoxen Gemeinde. Unter den Palästinensern gilt Beit Sahur als das "Hongkong der Westbank".

Die Einwohner von Beit Sahur haben einen relativ hohen Lebensstandard, in dem Ort gibt es die höchste Konzentration von Palästinensern mit Hochschulabschlüssen, und das durchschnittliche Bildungsniveau ist erheblich höher als in den anderen Teilen der Westbank. Viele Lehrer, Ärzte und Sozialarbeiter der Westbank stammen aus Beit Sahur. Im Ort gibt es eine Anzahl von Werkstätten, kleinen und auch - für die Verhältnisse der Westbank - größeren Fabriken, in denen auch 1.300 Arbeiter aus den umliegenden Ortschaften tätig sind. Beit Sahur ist auch die einzige Stadt in der Westbank, von der aus individuelle und kollektive Kontakte mit Israel unterhalten werden; Einwohner des Ortes spielen Tennis in Jerusalem, es gibt eine palästinensisch-israelische Dialoggruppe. Alles in allem eine Ortschaft, von der gerade nicht zu erwarten war, daß sie der israelischen Besatzung Widerstand entgegensetzen, geschweige denn, daß sie zum hervorragenden Beispiel werden würde.

Tatsächlich ist Beit Sahur jedoch zum Pionier bürgerlichen Ungehorsams geworden. Schon in den ersten Monaten der Intifada ergänzten die Einwohner den Boykott israelischer Produkte, für die es entsprechende Waren aus palästinensischer Produktion gibt, mit aktiven kleinen Schritten hin zu größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit von Israel. Der Agronomie-Professor Jad Ishak initiierte die Anlage kleiner Gemüsegärten um die Häuser herum. Bei seinem Haus legte er, unterstützt von wohlhabenden Bürgern der Stadt, eine Pflanzschule an. Nachbarn wurden in der Anlage eigener Gemüsegärten unterrichtet und mit einer Grundausstattung versorgt. "Die Sicherheitskräfte mochten diese Idee jedoch nicht", schrieb ein israelischer Journalist. "Für sie ist die Auflösung militanter Demonstrationen ein Kinderspiel verglichen mit ‚der Schlacht des Gemüses'." Per Militärbefehl wurde die Pflanzschule geschlossen, Prof. Ishak für sechs Monate in Administrativhaft, d.h. ohne Anklage und ohne Verteidigungsmöglichkeit, genommen. "Aber die Tomaten", registrierte der Journalist, "wuchsen weiter in den kleinen Gärten, und die Hühner fuhren fort, frische Eier zu legen." Jalal Qumsiyeh ging es nicht besser: er ist Mitglied der palästinensisch-israelischen Dialoggruppe und er war in einer Molkereikooperative tätig, die 18 Kühe hält, um die Kinder von Beit Sahur mit Milch zu versorgen, ohne von Israel abhängig zu sein. "Hierin", urteilte "New Outlook", "bestand zweifellos sein Verbrechen." Qumsiyeh erhielt drei Monate Administrativhaft in dem berüchtigten Wüstenlager Ansar 3.

Steuerrazzien

Der Steuerboykott in Beit Sahur begann fünf Monate nach dem Losbruch der Intifada, im Mai 1988. Die Besatzungsmacht reagierte mit einer ersten Serie von Steuerrazzien im Juni 88, die, nachdem die palästinensischen Angestellten der sog. Zivilverwaltung im März dieses Jahres massenhaft ihren Dienst quittiert hatten, von Israelis ausgeführt wurden, die für die Aufgaben eines Finanzbeamten nicht nur nicht ausgebildet waren, sondern die häufig auch ihre Vorurteile gegen Palästinenser austobten.

Ausgangssperren und massive Militärpräsenz in rebellierenden Ortschaften hatten sich bisher als geeignetes Mittel erwiesen, der Bevölkerung die Machtverhältnisse (wieder) klar zu machen. In Beit Sahur dagegen gaben die Einwohner ihre Identitätskarten beim Bürgermeister ab und führten einen mehrstündigen Sitzstreik durch. Konfrontiert mit dieser unbekannten Form der Gegenwehr reagierte das Militär mit Massenfestnahmen und neuerlichen Ausgangssperren.

Nachdem es dem Militär im Laufe eines Jahres nicht gelungen war, den Steuerboykott in Beit Sahur zu brechen, brach im Juni 89 eine Gruppe von Steuereintreibern, unterstützt von Militär, Polizei und sog. Sicherheitskräften, in das Geschäftsviertel der Stadt ein. Ladenbesitzer wurden festgenommen, Autos und anderer Besitz beschlagnahmt. Die Apotheke von Elias Rashmawi, der (erfolglos) schon im Mai 88 für zehn Tage inhaftiert worden war, wurde ausgeräumt und die Arzneien wurden in Container verladen, in denen sie, da sie stundenlang in der Sonne standen, verdarben. Der Sohn eines Tischlers wurde nachts gezwungen, die Werkstatt seines Vaters zu öffnen; Steuerbeamte konfiszierten die Maschinen, obwohl die Beschlagnahme von Produktionsmittel illegal ist.

In einer Protestversammlung gegen die Steuerrazzia wurde in der griechisch-orthodoxen Kirche eine Erklärung mit dem Titel "Keine Besteuerung ohne politische Vertretung" verlesen. ("No Taxation wit hout Representation" war die Parole, unter der vor rd. 200 Jahren in Boston der Tee von britischen Schiffen herunter ins Meer gekippt wurde, um gegen die britische Kolonialmacht zu protestieren; diese als "Boston Tea Party" bekannte Aktion markiert den Beginn der amerikanischen Revolution.) In der Erklärung der Einwohner von Beit Sahur heißt es unter anderem: "Steuern werden von der Bevölkerung an ihre repräsentativen Körperschaften gezahlt, um die Kosten der öffentlichen Ausgaben zu decken (...) Die öffentlichen Ausgaben der Besatzungsmacht für

die Palästinenser schließen ein: a) Öffnung neuer Gefängnisse und Internierungslager, um uns und unsere Kinder zu erniedrigen und zu terrorisieren; b) Kauf und Entwicklung neuer Waffen, um uns zu verstümmeln und zu töten; c) die Schließung aller Schulen und Erziehungseinrichtungen, um das Grundrecht unserer Kinder auf Bildung zu vernichten; und d) die absichtliche Behinderung der Entwicklung unserer Wirtschafts-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (...) Die israelischen Steuerbehörden berauben das palästinensische Volk und erschöpfen seine wirtschaftlichen Ressourcen im Namen der Steuereintreibung."

Die explizit politische Motivation des Steuerboykotts durch die Einwohner von Beit Sahur wurde von den Militärbehörden als generelle Bedrohung ihres Regiments in den besetzten Gebieten verstanden. "Wo das politische Bewußtsein hoch ist," hieß es in "New Outlook", "ist jede selbstgezogene Tomate eine politische Erklärung." Und ein Kirchenmann aus Jerusalem konstatierte: "Beit Sahur ist eine ideologische Festung, die Leute denken politisch und wissen, wie sie ihre Forderungen präsentieren müssen."

Entsprechend kam es dem Militär darauf an, ein Exempel zu statuieren, die Vergeblichkeit des Aufbegehrens zu zeigen. Die Steuerrevolte sollte niedergewalzt werden.

Belagerung

Nach andauernden und scharfen Repressalien gegen Einzelne seit Juli 89 begann am 20.9. eine 42tägige Belagerung Beit Sahurs. Das Militär errichtete Straßensperren an allen Zufahrten, die Stadt wurde für Journalisten gesperrt, die Telefonverbindungen Beit Sahurs zur Außenwelt wurden unterbrochen. Während etlicher Tage und in jeder Nacht war Ausgangssperre verhängt.

Am 21.9. fuhren große Lastwagen in die Stadt unter dem Schutz von Soldaten. In einer Razzia, die bis zum 25.9. dauerte, wurden vierzig Geschäfte und vier Privathäuser ausgeräumt. Steuerbeamte, eskortiert von Truppen, gingen von Haus zu Haus, die Bewohner wurden bedroht und geschlagen. In einzelnen Fällen nahmen Soldaten persönlichen Besitz und Geld an sich. In den Häusern wurde das komplette Mobiliar beschlagnahmt, in Werkstätten die Maschinerie, in Fabriken das Arbeitsmaterial. Zahlreiche Bankkonten wurden gesperrt und einige Dutzend Autos konfisziert. Der Wert der konfiszierten Waren und Güter - die Angaben in unterschiedlichen Quellen schwanken zwischen drei und 16 Mio. DM - überschreitet die Steuerschuld der rund 400 (direkt) Betroffenen auch bei Zugrundelegung der niedrigsten Angabe um ein Vielfaches.

Aber weder die Plünderung einer ganzen Ortschaft (ein Schweizer Korrespondent sprach von "kalter Enteignung") noch die Inhaftierung bzw. Anklageerhebung gegen zahlreiche Geschäftsleute vermochte den Widerstandswillen der Einwohner von Beit Sahur zu brechen; nur wenige Steuerschuldner beugten sich der Repression.

Der Versuch, die Einwohner von Beit Sahur zur Botmäßigkeit zu zwingen, wirkte weit über die Grenzen des Ortes hinaus. In einer bis dato präzedenzlosen Maßnahme wurde unter Umgehung der Stadtregierung am 3.10. ein Teil (Ost-)Jerusalems zur geschlossenen militärischen Zone erklärt, um eine in einem Ostjerusalemer Hotel angesetzte Pressekonferenz zu Beit Sahur zu verhindern. Journalisten, die sich vor den Absperrungen versammelten, um den Organisator der Konferenz, Faisal Husseini, zu interviewen, erhielten vom Militär einen Platzverweis.

Rabin, der in der Durchsetzung der Steuerzahlung eine Art Entscheidungsschlacht sah, äußerte vor dem Knesset-Ausschuß für Auswärtiges und Verteidigung, die Rebellion in Beit Sahur dürfe nicht erfolgreich sein, "selbst wenn wir eine zweimonatige Ausgagssperre verhängen müssen", den Einwohnern von Beit Sahur müsse "eine Lektion erteilt" werden.

Das Militär "warnte" die Einwohner von Beit Sahur, das Interesse der Medien werde nachlassen, sie würden alleine gelassen werden und Hunger leiden müssen. Die Einwohner antworteten mit der Erklärung: "Wir werden nicht die Kugeln bezahlen, mit denen man unsere Kinder tötet (...) Die Besatzungsbehörden repräsentieren uns nicht, wir haben sie nicht eingeladen, zu uns zu kommen. Wir bleiben bei dem Grundsatz: Keine Besteuerung ohne politische Repräsentation."

Neben dem entschiedenen Widerstand gegen die Besatzungsmacht trat die Bevölkerung Beit Sahurs jedoch auch weiterhin für eine politische, eine friedliche Lösung ein. Der von den Steuerjägern schwer geschädigte Elias Rashmawi sagte: "Steuern des Besatzers sind eine Sache; Israelis, die Wege finden, uns während der

Ausgangssperren zu erreichen, eine andere. Wer immer seine Hand zum Frieden ausstreckt, wird meine Hand treffen. Aber ich kann nicht mit denen leben, die bewaffnet zu mir kommen."

Allerdings war es selbst hohen Würdenträgern kaum möglich, während der Belagerung Beit Sahur zu betreten.

Die Konsule von Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Schweden und Spanien, die am 6.10. den Ort im Rahmen einer fact-finding-mission aufsuchen wollten, wurden vom Militär aus "operationellen Gründen" zusammen abgewiesen. Um den britischen Generalkonsul, dem es zwei Wochen später gelang, in die Stadt zu kommen, inszenierte die israelische Politik ein Skandälchen.

Selbst einer Delegation von dreißig kirchlichen Würdenträgern aus Jerusalem, darunter die Patriarchen der armenischen, der griechisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche, wurde der Zutritt zu Beit Sahur verwehrt. Nur die drei Patriarchen sollten in einem Wagen und eskortiert von Militär in die Stadt fahren dürfen. Die Patriarchen lehnten diese Zurückweisung als "Beleidigung unserer Würde und unserer patriarchalen Rechte" ab.

Drei palästinensische Mitglieder der Knesset, die, von zwei israelischen Journalisten begleitet, unter Umgehung der Militärsperren in die Stadt gelangt waren, wurden zum Verlassen des Ortes gezwungen; die Journalisten haben ein Gerichtsverfahren zu erwarten.

Ungebrochen

Auch nach 42 Tagen der Belagerung war ein Ende der Konfrontation nicht abzusehen. "Aber aus Gründen, die von den Verantwortlichen nicht bekanntgegeben wurden," schrieb Henryk M. Broder, "beschloß die ‚Zivilverwaltung' eines Tages, das Ganze einen Erfolg zu nennen und die Aktion abzubrechen."

Dem volltönenden Befund des Brigade-Generals der sog. Zivilverwaltung, Erez - "Die Steuerrevolte in Beit Sahur ist liquidiert worden" - entspricht allerdings nicht die Haltung der Einwohner von Beit Sahur. Zwar ist vielen von ihnen ein großer Teil ihres Besitzes, wo nicht gar die Existenzgrundlage geraubt worden, aber, beobachtete Broder, sie "sind weder verzweifelt noch gebrochen. Sie scheinen heiter, fast aufgekratzt." Sie würden halt wieder von vorn anfangen. "Sie sagen es ganz unpathetisch, wie Menschen, die genau wissen, daß sie im Recht sind, und daß sie nur zu warten brauchen, bis sie auch Recht bekommen."

Nur einen Tag nach Aufhebung des Belagerungszustandes wurde wiederum eine Ausgangssperre verhängt, die Telefonverbindungen wurden erneut gekappt. Demonstrationen der Einwohner wur- den vom Militär angegriffen oder aufgelöst, jüdisch-israelische Friedensgruppen auch noch Monate nach Beendung der Belagerung am Betreten der Stadt gehindert.

Eine Zusammenkunft aller Konfessionen zu einem Friedensgebet am 5.11., bei dem auch Sheik al-Alami, das Haupt des Hohen Islamischen Konzils, sprach und die Einheit aller Palästinenser aller Religionen betonte, verlief anfangs ungestört, wurde jedoch vom Militär aufgelöst, als eine palästinensische Fahne gezeigt wurde. - Die Gruppe "Green Line for Peace", in der jüdische Israelis und Palästinenser zusammenarbeiten, demonstrierte im November vor den Auktionshallen in Tel Aviv, in der die in Beit Sahur konfiszierten Güter versteigert wurden und fuhr anschließend nach Beit Sahur zu einem Treffen mit Einwohnern. Nach wenigen Minuten wurden sie von Militär der Stadt verwiesen, da der Ort eine "geschlossene Militärzone" sei (einen entsprechenden Vordruck wird mittlerweile wohl fast jeder Besatzungssoldat zur Hand haben). Mitglieder von "Jesch Gwul" (Gruppe von Israelis, die den Wehrdienst in den besetzten Gebieten verweigern) wurden Anfang Dezember erst gar nicht in die Stadt gelassen. Flugblätter, die sie in in die Stadt hineinfahrende Busse hineinreichten, versuchten Soldaten sofort wieder aus den Bussen herauszuholen.

Indes beweisen auch die Versuche der Besatzungsmacht, solidarische Aktionen zu verhindern, nur, daß ihre Politik, wie der israelische Friedensaktivist Latif Dori konstatierte, "in Beit Sahur lokal wie international gescheitert" ist. "Die Standfestigkeit der Menschen dort ist noch ein weiterer Beweis der Tiefe der Intifada, die alle Klassen der palästinensischen Gesellschaft erfaßt hat."

K., Hamburg

Quellen

Div. Ausg. von Juli 89-Januar 90 von: Al Fajr (Ost-Jerusalem), Basler Zeitung (Schweiz), Jerusalem Post, nationale bzw. internationale Ausgabe (Israel), New Outlook (Israel), Palästina (BRD), Palästina Bulletin (BRD), taz (BRD), Tages-Anzeiger (Schweiz). - Meron Benvenisti (Hg.), The West Bank Hand Book, Jerusalem: The Jerusalem Post, 1986. - Deutsch-Palästinensische Gesellschaft und Beit Sahur-Komitee (Hg.): Wir werden nicht die Kugeln finanzieren, die unsere Kinder töten. Bonn, 1989.

Spendenkonto: Komitee Beit Sahour, Stadtsparkasse Köln BLZ 370 50 198, Kto.Nr.: 315 73 41

23. Weizmanns Seitenprung: Israels Weg zu Verhandlungen mit der PLO führt durch die Wanzen des Geheimdienstes - von Yaron Matras

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:11

Rund 20.000 Menschen folgten dem Aufruf der israelischen Bewegung "Frieden jetzt", an einem sonnigen Samstagmittag, dem 30. Dezember 1989, eine Menschenkette um die Mauer der Jerusalemer Altstadt zu bilden. Sie sollten die Botschaft des Friedens und der Völkerverständigung überbringen, just aus der Stadt, die die Spannung zwischen den Völkern täglich erlebt. Während die Mauer im wiedervereinigten Berlin inzwischen mehr Übergänge enthält als Meter Stacheldraht, ist Jerusalem - ohne Wachtürme oder Grenzposten - wieder geteilt.

Ratlose Gewalt

Seit Beginn der Intifada wird in Ost-Jerusalem täglich gestreikt. Die jüdische Bevölkerung West-Jerusalems hat bereits vor zwei Jahren den wöchentlichen Einkaufsbummel im Osten der Stadt eingestellt. Bis auf einige sturköpfige Nationalisten, die Siedlerbevölkerung im restaurierten historischen jüdischen Viertel der Altstadt, machen jüdische Bürger Jerusalems, Besucher und oft auch Taxifahrer einen Bogen um die arabischen Ostteile der Stadt, wenn sie die nach 1967 gebauten, umliegenden Vororte erreichen wollen. Statt dessen sind israelische Soldaten und Polizeikräfte stets präsent. Tränengas, Gummigeschosse und oft auch scharfe Munition auf der einen Seite, Steine und Molotow-Cocktails auf der anderen bilden den Alltag.

In dieses Klima des Unfriedens kamen Ende Dezember über tausend ausländische Besucher. Mitglieder europäischer und amerikanischer Friedensgruppen, Bürgerrechtsinitiativen und Palästina-Solidaritätskreise hörten eine Woche lang Vorträge von israelischen und palästinensischen Aktivisten, besuchten oppositionelle Projekte und Konfliktorte und beteiligten sich an der Menschenkette, dem Höhepunkt der Aktionstage für "1990 - Jahr des Friedens".

Was jedoch als Friedensereignis begann, endete nach wenigen Stunden als ein gasbewölktes Durcheinander schreiender Demostranten und prügelnder Soldaten und Polizisten. Schon am Freitag, dem 29. Dezember, stürmte die Polizei die wöchentliche Freitag-Demonstration der "Frauen in Schwarz" (israelische Frauen gegen die Besatzung). Aus Anlaß der "Friedenstage" hatten sich diesmal dutzende ausländische Frauen der Aktion angeschlossen. Der Demonstrationszug führte zum Osten Jerusalems, zum Al-Hakawati-Theater, wo sich eine Kundgebung palästinensischer Frauen bildete. Es bedarf in der besetzten Westbank, einschließlich Ost-Jerusalem, nichts weiterem als einer öffentlichen Versammlung von Palästinensern, um das Einschalten der Ordnungskräfte zu "provozieren".

Unter der Regie der viel moderateren "Frieden Jetzt" sollte jedoch der nachfolgende Tag einen friedlicheren Verlauf nehmen. Die Organisatoren sorgten für Polizeischutz und ernannten eigenem Ordner. Sie druckten Flugblätter mit Anweisungen zum Verhalten und verteilten Luftballons an die Anwesenden, die sie pünktlich um 14.30 Uhr gemeinsam in Richtung Jerusalemer Himmel senden sollten. Doch die Realität der Besatzung übertönt jegliche Luftballonstrategie. Vor dem Damaskus-Tor der Altstadt versammelten sich Palästinenser, Israelis und ausländische Sympathisanten. "We want peace", riefen sie im Chor in der Kompromißsprache, auf die Organisatoren Rücksicht nehmend: Die verbotenen Palästina-Fahnen wurden nicht gehißt, "nationalistische Parolen" zur Befreiung Palästinas wurden nicht laut.

Der Attacke-Befehl der Polizei war daher ein hysterischer Ausbruch ratloser Gewalt. Ohne daß die Teilnehmer aufgefordert wurden, den Ort zu verlassen, rückten Wasserwerfer vor, während von der anderen Seite reitende Polizei das Publikum zur Panik-Flucht trieb. Die umkreisten Aktivisten wurden mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen bombardiert.

Das Ereignis wirft ein Schlaglicht auf die oft unlogische Eigendynamik der Besatzung. Hundert Meter von der Kundgebung entfert, in einem Stabszelt der Armee auf der gegenüberliegenden Straßenseite, saßen Polizeiminister Bar-Lev, der Polizeichef und ein Kreis engster Berater. Es wurde jedoch keine politische Entscheidung getroffen, sondern draufgehauen. Am selben Abend weckten die Bilder der Polizeigewalt

Millionen Europäer und Amerikaner aus ihrer Nahost-Winterlethargie: Ohne die Schläge und das Tränengas gegen Europäer in der heiligen Stadt wäre die Intifada schon fast in Vergessenheit geraten.

Verräter

Im Nachspiel des Polizeieinsatzes behaupteten die Behörden, die Demonstration sei von "PLO-Extremisten" übernommen worden, daher das Einschalten der Ordnungskräfte. Doch gerade hier hatten amtliche Sprecher plötzlich schlechte Karten. Einen Tag nach der Demonstration hielt Ministerpräsident Schamir eine außerordentliche Fernsehansprache an die Bürger und Bürgerinnen. Er sei gezwungen, Schritte zu unternehmen gegen einen Verräter, der die "schlimmsten unserer Feinde, die PLO, gegen uns beraten" habe. Der Verräter selbst stand am Samstag nicht vor dem Damaskus-Tor, sondern er saß vielmehr im israelischen Kabinett. Es war der Wissenschaftsminister, Ex-General Ezer Weizmann, früher Verteidigungsminister in der Regierung Begins und Chef der israelischen Luftwaffe.

Weizmann, so Schamirs "Geheiminformationen", hätte sich im Ausland des öfteren mit hochrangigen PLO-Vertretern heimlich getoffen und ihnen zu bestimmten Schritten geraten, die Israel leichter dazu führen könnten, endlich seine Bereitschaft zu erkären, sich mit der PLO an einen Tisch zu setzen. Ein Verstoß nicht nur gegen die politische Plattform der jetzigen Regierung, die Verhandlungen mit der "Terrororganisation" strikt ablehnt, sondern auch gegen das israelische Gesetz, das Treffen zwischen Israelis und PLO-Vertretern verbietet. Selbstverständlich gebe es für einen solchen Mann, so Schamir, keinen Platz im Kabinett.

Das, wovor die meisten israelischen Politiker zurückschrecken, kann sich Weizmann freilich erlauben. Er genießt ein hohes Ansehen dank seiner nach israelischen Begriffen Vorbild-Biographie, und er hat viele Freunde auf allen Apparatsebenen des israelischen Regierungssystems. Ausländische Politiker mögen ihn aufgrund seiner direkten, versöhnlichen aber doch frechen Art: Er ist der Pilotenheld, den man bewundert, und gleichzeitig der Politprovokateur, ein Alibifreund in Israels Regierung. Schließlich ist er ein sehr reicher Mann, der nicht auf seinen jetzigen Stuhl angewiesen ist. Weizmanns unberechenbares und trotziges Verhalten führte ihn aus der Regierung Begins heraus, in die Knesset (israelisches Parlament) an der Spitze einer unabhängigen Weizmann-Liste, und schließlich zur ehemals Gegnerpartei Ma'arach, die ihn als Minister in das Peres-Schamir- Kabinett, Israels "Einheitsregierung", hineindelegierte.

Die Affäre Weizmann wurde zu einem selbst gebastelten Machttest des Ministerpräsidenten Schamir. Besorgt über Kritik aus den eigenen Parteireihen, überwiegend von den Ministern Scharon und Levi, die sich beide gern als Nachfolger sehen würden, mußte er Stärke zeigen. Dazu kann man sich in Israel fast jederzeit des Schreckbildes PLO bedienen: Was bringt auf den ersten Blick mehr Prestige, als einen PLO-Agenten in der Regierung zu entlarven? Wird Weizmann aus der Regierung entfert, so würde dies als Signal gelten, daß Schamir auf gar keine Weise der Beteiligung von PLO-Vertretern an geplanten palästinensischen Verhandlungsdelegationen zustimmen würde. Der starke Schamir hätte dann den Koalitionspartner Ma'arach dazu gezwungen, auf einen seiner Ministerposten zu verzichten und dadurch einen eindeutigen parteipolitischen Positivpunkt errungen. Tritt der Ma'arach aus der Regierung aus, um Weizmann nicht im Stich zu lassen, so kann Schamir zu Neuwahlen gehen, diesmal als Oberpatriot, dessen Sieg gesichert ist: Der Rivale Ma'arach vernachlässigte freiwillig die Regierungsverantwortung, würde man dann sagen, um einen Verräter zu decken.

Geheimdienst

Doch das gegen Weizmann vorliegende "Beweismaterial" wurde, entgegen Schamirs anfänglichen Versprechungen, nicht publik gemacht. "Ich habe all meine Schritte mit dem Geheimdienst koordiniert", erklärte Weizmann zu seiner Verteidigung und verriet dadurch die direkte Beteiligung des offiziellsten Israels an den verbotenen PLO-Kontakten. Gespräche mit hochrangigen PlO-Leuten bestritt jedoch der Minister. Da wollte der Regierungschef nicht nachgeben. Er zitierte aus Gesprächsaufzeichnungen, die vom Geheimdienst selbst geliefert wurden. Der "Schin-Bet" hatte, so stellte sich heraus, Minister Weizmanns Telefon abgehört und bei seinen Geheimgesprächen im Ausland mitgeschrieben. Weizmann hierzu: "Erst am Donnerstag traf ich mich mit dem Chef des Schin-Bet zum Mittagessen, um die PLO-Kontakte zu besprechen." Den Namen des populären Restaurants in Tel-Aviv nannte er auch. Die geheime Identität des ersten Mannes der israelischen Sicherheitsdienste wurde preisgegeben.

Der Geheimdienst mag keine Öffentlichkeit. Die Eitelkeit seiner Professionellen verbietet es ihnen auch, sich für parteipolitische Auseinandersetzungen mißbrauchen zu lassen. Die britische Zeitung "Economist" wußte in diesen Tagen zu berichten, die andauernde Weizmann-Affäre hätte Israels "Mossad" (Auslandsspionagedienst) dazu gezwungen, zahlreiche Informanten auszutauschen. Ein Grund mehr, um die Sache schnell zu beenden. Hinzu kam noch die Peres-Verbindung. Einige Tage vor der Regierungskrise erkärte der Finanzminister und Ma'arach- Chef anläßlich einer Anfrage im Parlament, er habe niemals Kontakte zur PLO unterhalten und von keinen solchen gewußt. Der in die Ecke gedrängte Weizmann berief sich aber nicht nur auf den "Schin-Bet", sondern auch auf Peres: Auch mit ihm sei alles abgesprochen gewesen. Ohne die Verantwortung zu übernehmen, unterstützte Peres den angegriffenen Kollegen. Ohne Weizmann würde seien Partei die Regierungskoalition verlassen.

Eine verärgerte Geheimdienstspitze, eine verratene Ministergruppe und das verletzte Prestige der Justiz - während Weizmann im Kabinett verweilt, sitzen rund ein Dutzend links-prominenter Israelis wegen verbotener PLO-Kontakte im Gefängnis - verstärkten den Druck, aus der Klemme herauszukommen. Ein Kompromißvorschlag wurde von Schamir und Verteidigungsminister Rabin erarbeitet. Letzterer war als Ma'arach-Hardliner über die Regierungskrise besonders besorgt, denn ein Abzug seiner Partei aus der Koalition würde ihn seinen Posten kosten und seine bisher ausgezeichnete Zusammenarbeit mit Ministerpräsidenten Schamir beenden. Dabei steht Rabin dem Likud-Chef politisch näher als seinem langjährigen parteiinternen Rivalen Peres. Weizmann blieb Minister, wurde jedoch aus dem beratenden Kreis des engeren Kabinetts hochrangiger Minister ausgeschlossen. "Der Preis für den Seitensprung", lachte er, "immerhin galt ich vorgestern noch als ein Verräter."

Die Affäre verschärft die öffentliche Auseinandersetzung in Israel um die Haltung zur PLO, bis vor wenigen Jahren ein strenges Tabuthema. Die Absurdität, mit der die Krise ausgegangen ist - Weizmann wurde praktisch verziehen, Kontakte zum "Feind" wurden auf diese Art plötzlich legitimiert - provozierte bei vielen das Ordnungs- und Gerechtigkeitsbewußtsein, im positiven Sinne. Während die Polizei nun gegen den Minister doch ermittelt und anonyme Plakate seine "Entfernung" fordern, verlangen prominente Sprecher des Ma'arach, das Verbot von PLO-Kontakten abzuschaffen. Ob alle vor dem Gesetz gleich sind, wird sich in einigen Wochen zeigen: Rund tausend israelische Friedensaktivisten, darunter bekannte Journalisten, Schriftsteller und Parlamentarier, werden Ende Februar nach Kairo aufbrechen, um dort an einem öffentlichen Treffen mit der PLO-Spitze, einschließlich Arafat, teilzunehmen.

24. Zwischen Revolution und Konterrevolution

Die Wahlen in Nicaragua werden zum Gradmesser des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:48

Am 25. Februar finden in Nicaragua Präsidentschaftswahlen, Wahlen zur Nationalversammlung und die Wahlen zu den kommunalen Räten statt. Und, wie dies bei Nicaragua wie bei keinem anderen Land der Fall ist, werden ganze Heerscharen von (internationalen) WahlbeobachterInnen zugegen sein - gebetene und ungebetene, offizielle und alternative, um den NicaraguanerInnen beim Wählen auf die Finger zu schauen. Tausende von JournalistInnen werden von diesem Ereignis berichten. Viel steht auf dem Spiel. Alles spitzt sich auf die Alternative zu: FSLN oder UNO (Union Nacional Opositora). Kann eine Revolution abgewählt werden?

Möglich wurden die Wahlen zu diesem Zeitpunkt, da sich die Regierung Nicaraguas im Rahmen der Esquipulas-Verhandlungen bereiterklärte, die für November vorgesehenen Wahlen auf Februar vorzuziehen. Die Wahlen finden zu einem Zeitpunkt statt, da die USA mit der größten militärischen Aktion seit Vietnam, mit der Intervention in Panama so ganz nebenbei wieder mal gezeigt haben, wer das Sagen hat in Lateinamerika. Immer noch operiert die Contra mit Terror - in den ersten Wochen des neuen Jahres sogar verstärkt - obwohl es sie eigentlich nach dem Demobilisierungsplan der zentralamerikanischen Präsidenten vom August letzten Jahres ("Tela-Gipfel") schon gar nicht mehr geben dürfte.

Als einziges Land der Region hatte Nicaragua ernsthaft die Vereinbarungen der Esquipulas-Verträge umgesetzt: Direkte Verhandlungen mit der Contra, ein neues Presse- und Mediengesetz, vollständige Aufhebung des Ausnahmezustandes, weitgehende Amnestie für "politische" Gefangene und die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für "freie, geheime und gerechte Wahlen". Die Verkündung der Amnestiegesetze hatte dazu geführt, daß freigelassene und ins Land zurückgekehrte Contras zusammen mit der legalen US-freundlichen Opposition neue politische Spielräume erobern konnten. Die FSLN mußte viel schlucken in den letzten Jahren - Massenorganisationen und Bevölkerung waren nicht immer einverstanden. Die verzwickte Lage und der widersprüchliche Prozeß der letzten Jahre machte viele Gratwanderungen notwendig, so z.B. die direkten Verhandlungen mit der Contra in Sapoa im Februar/März 88 und die Freilassung der letzten Somoza-Henkersknechte. Es ging vor allem darum, die bereits vor Jahren militärisch-strategisch geschlagene Contra endgültig loszuwerden. Diese war zwar schon seit längerem nicht mehr zu großen Schlägen in der Lage, der andauernde Terror führte u.a. zur Zerrüttung der Ökonomie und verlangte größte Opfer von der Bevölkerung.

Mit weitestgehenden Zugeständnissen wollten die Sandinisten die USA und ihre blutigen Handlanger in die Defensive bringen und die Auflösung der großen Contralager in Honduras erreichen. Tatsächlich ist dies nur zum Teil gelungen - die Contra wurde zwar durch die Rückkehr zahlreicher Contraführer erheblich geschwächt, wird aber von den USA mit "humanitärer Hilfe" nach wie vor aufrechterhalten. Im Oktober 89 wurde im US-Kongreß das sog. Zweiparteienabkommen zwischen Republikanern und Demokraten vom März letzten Jahres ausdrücklich bestätigt, in welchem einerseits die Vereinbarung der zentralamerikanischen Präsidenten vom Februar 89 in El Salvador ("Costa del Sol") begrüßt wird, die Wahlen in Nicaragua vorzuziehen - im gleichen Atemzug wurden 66 Mio US-Dollar "humanitäre Hilfe" für die Contra mindestens bis nach den Wahlen verabschiedet. Das heißt, neben der neuen politischen Schiene über die Wahlen halten sich die USA nach wie vor die militärische Option offen, um die sandinistische Revolution zu bekämpfen.

Der Demobilisierungsplan für die Contra, der im August letzten Jahres in der honduranischen Hafenstadt Tela beschlossen wurde und der die Auflösung der Contraverbände und die Repatriierung nach Nicaragua oder in Drittländer bis zum 5.12.89 vorsah, wurde nicht im entferntesten umgesetzt. Die internationalen Überwachungsorgane, der UNO (ONUCA), der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) und die gemeinsame internationale Überwachungs- und Verifikationskommission (CIAV) beziehen nur zögerlich Stellung. Auf dem letzten Mittelamerikagipfel in Costa Rica, Mitte Dezember, stand die Stabilisierung der angeschlagenen salvadorenischen Christiani-Regierung im Mittelpunkt der Diskussionen und weniger die Demobilisierung der Contra. (1) Vorangegangene direkte Gesprächsversuche der sandinistischen Regierung mit der Contra in Washington waren Mitte Oktober bereits gescheitert. Als daraufhin Ende Oktober vermehrt wieder Contras nach Nicaragua einsickerten, um die Wahlvorbereitungen zu stören und um sich der

internationalen Kontrolle zu entziehen, erklärte Daniel Ortega den Waffenstillstand mit der Contra für beendet. Dieser war am 24.3.88 in Sapoa für 60 Tage vereinbart worden und von der Regierung Nicaraguas als Zeichen des guten Willens immer wieder einseitig verlängert worden. Daß Daniel Ortega dies ausgerechnet auf der so prächtig inszenierten Idylle des Amerika-Präsidentengipfels, einberufen zum hundertjährigen "Geburtstag" der Demokratie in Costa Rica, tat, brachte die Gemüter in Wallung. Nicht die Contras, sondern die Sandinisten, die sich nicht mehr alles gefallen lassen wollen, wurden als Aggressoren hingestellt. US-Präsident Bush verstieg sich zu persönlichen Beleidigungen Ortegas und bezeichnete ihn als ein "unerwünschtes Tier auf der costaricanischen Gartenparty" und als "kleinen uniformierten Mann, der nichts mit der Wirklichkeit auf dem Kontinent zu tun hat". Darauf entgegnete Daniel Ortega in einem Artikel der "New York Times" vom 2.11.89: "Nun, das Leben in meinem Land ist keine ‚garden party`. Acht Jahre eines von den Reagan- und Bush-Administrationen finanzierten und dirigierten Krieges haben dafür gesorgt. Selbst jetzt, nach dem allgemeinen Lob für unseren Wahlprozeß, hat Präsident Bush Schritte unternommen, die das Leiden des nicaraguanischen Volkes noch vergrößern. In der letzten Woche hat er das Wirtschaftsembargo, das den Handel zwischen Nicaragua und den USA seit dem Mai 1985 unterbindet, für weitere sechs Monate verlängert. Und noch schlimmer, Präsident Bush hat alle Anstrengungen zur Demobilisieerung und Entwaffnung, wie sie im Tela-Abkommen gefordert werden, blockiert. Er hat die Contras militärisch am Leben erhalten, indem er sie mit nicht zum Töten bestimmter Hilfe versorgt. ...". (2) Dies gilt uneingeschränkt bis heute, wenn auch die US-Regierung Anfang Januar andeutete, daß sie eventuell 3 Mio. US-Dollar zur Demobilisierung bereitstellen könnte. (3)

Zu den konkreten Wahlvorbereitungen

Währenddessen laufen die Wahlvorbereitungen in Nicaragua auf Hochtouren. Parteienbündnisse wurden geschmiedet, Kandidaten benannt; im Oktober wurden die Einschreibungen in die Wahlregister durchgeführt. Mit einem enormen organisatorischen Aufwand wurden für die Einschreibungen und die Wahlen vom pluralistisch besetzten "Obersten Wahlrat" (CSE-Consejo Supremo Electoral) im ganzen Land 4.393 Wahllokale eingerichtet. (4) Über 1,75 Mio Wahlberechtigte, das sind gut 90% der geschätzten Anzahl der Wahlberechtigten in Nicaragua ließen sich registrieren. Dies ist der erste Erfolg der Wahlkampagne und ein Indiz für die politisierte Stimmung in der Bevölkerung.

Im Gegensatz zu den Wahlen 1984, als mit der "Coordinadora Democratica Nicaraguense" (CDN - Nicaraguanische Demokratische Koordination, seit 1981 existierender Zusammenschluß von Rechtsparteien und Unternehmerverband COSEP), relevante Teile der rechten Opposition, die Wahlen boykottierten, werden vermutlich am 25.2. alle der 21 registrierten Parteien an der Wahl teilnehmen.

Wer steht zur Wahl?

Von den 21 Parteien haben sich bereits Mitte letzten Jahres vier Hauptblöcke bzw. Strömungen herausgebildet, die hier kurz vorgestellt werden. Als Hauptkonkurrentin der FSLN gilt die Nationale Oppositionsunion (Union Nacional Opositora - UNO). Sie vereint heute, nach einigen Abspaltungen, elf Parteien der rechten und ultrarechten US-Freunde (zwei davon nicht als Parteien anerkannt), den Unternehmerverband und zwei "linke" Gruppierungen, die Sozialistische Partei Nicaragus (PSN - Traditionelle KP) und die Kommunistische Partei Nicaraguas (PCdeN - 1966 von der PSN abgespalten). Daneben versucht sich ein Teil der Anfang letzten Jahres gespaltenen Christsozialen Partei (Partido Social Cristiano - PSC) unter dem "gemäßigten" Erick Ramirez und mit Unterstützung der Christlich Sozialen Volkspartei (PPSC) unter Mauricio Diaz, welche erst in letzter Minute die UNO verließ, als dritte Kraft zwischen FSLN und UNO aufzubauen. Gelegen kommt der PSC auch die Unterstützung der Miskito-Organisation YATAMA von Brooklyn Rivera, der zu spät (im Oktober) nach Nicaragua zurückkehrte, um eine Partei registrieren zu lassen. Auch der legendäre ebenfalls zurückgekehrte Eden Pastora unterstützt die PSC im Wahlkampf. Zu den "Zentrumsparteien" kann ebenfalls die Demokratisch-Konservative Partei Nicaraguas (PCD), die einen Teil der kleinen und mittleren Produzenten vertritt und die bei den 84er Wahlen hinter der FSLN zweitstärkste Partei wurde (14.04%), und die von der größeren Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) des UNO-Vizepräsidentschaftskandidaten Virgilio Godoy abgespaltene Liberale Partei der Nationalen Einheit (PLIUN), gerechnet werden.

Schließlich gibt es noch links von der FSLN als vierte Strömung drei Parteien, die sich jedoch formal nicht zu einem Block zusammengeschlossen haben: Marxistisch Leninistische Bewegung der Volksaktion (Movimiento

de Accion Popular - MAP-ML), die die FSLN als "kleinbürgerlich und sozialdemokratisch" kritisiert; die Revolutionäre Arbeiterpartei (Partido Revolucionario de Trabajadores - PRT), Mitglied der trotzkistischen IV. Internationale und die Bewegung der Revolutionären Einheit (Movimiento Unitaria Revolucionaria - MUR), die 1988 hauptsächlich von unzufriedenen FSLN-Mitgliedern gegründet wurde (Hauptexponent und Präsidentschaftskandidat dieser Partei ist Moises Hassan, ehemals Mitglied der ersten Regierungsjunta nach der Revolution und ehemaliger Bürgermeister von Managua), der MUR haben sich heute Dissidenten aller Linksparteien angeschlossen - Hauptvorwurf an die FSLN ist deren Selbstzufriedenheit, mangelnde Flexibilität und Korruption.

Die drei Parteien links von der FSLN dürften keine größeren Chancen bei den Wahlen haben, sie kandidieren wohl nur, um ihre (z.T. berechtigte) Kritik an der Regierung und der FSLN anzubringen und um sich klar von der US-hörigen Rechten abzusetzen. (6)

Etwas näher soll nun auf die Wahlkampagnen der beiden Hauptkontrahenten UNO und FSLN eingegangen werden.

Der Joker des US-Imperialismus - UNO (Union Nacional Opositora)

Der mühsame Einigungsprozeß der UNO spiegelt die historische Schwäche und Zerstrittenheit der nicaraguanischen Bourgeoisie wider. Es zeigt sich, wie gering das eigene politische Projekt ist. Bei der Entstehung haben der Druck der USA und die Dollars kräftig nachgeholfen. Den Kern der UNO stellen die reaktionären Parteien, welche 1981 unter der Schirmherrschaft des Unternehmerverbandes COSEP die Coordinadora Democratica (Demokratische Koordination) bildeten, die dann 1984 unter Anraten der USA die Wahlen boykottierten. Viele der zurückgekehrten Contraführer schlossen sich in diesem Jahr dann ohne Umschweife der UNO an. Die Kandidatenfindung der ursprünglich 14 Parteien der Allianz gestaltete sich Mitte letzten Jahres nicht einfach: die Cordinadora-Parteien hätten gerne den Chef des Unternehmerverbandes Bolanos zum Präsidentschaftskandidaten gekürt, doch den USA gelang es dann doch, ihre Wunschkandidatin, die Herausgeberin der Rechtszeitung "La Prensa", Violetta Barrios de Chamorro, durchzusetzen. Als Vizepräsidentschaftskandidat wurde der Chef der geschrumpften Unabhängigen Liberalen Partei (PLI), Virgilio Godoy, bis 1984 Arbeitsminister der Wiederaufbaujunta, aufgestellt. Letzterer nur mit Hängen und Würgen, da der Unternehmerverband gegen ihn Front machte. An der Prozedur der KandidatInnenaufstellung wäre dann UNO auch beinahe schon wieder gescheitert, wären da nicht als "Klebstoff" die Dollars aus den USA gewesen.

Als herausragende Figur der UNO ist auch noch Alfredo Cesar, Ex-Mitglied der Contra-Führung zu nennen, der erst im Juni letzten Jahres nach Nicaragua zurückkehrte, dann sofort Geschäftsführer der rechten Sozialdemokratischen Partei (PSD) wurde, heute im engeren Beraterkreis von Violetta Barrios de Chamorro ist und die Finanzen der UNO verwaltet.

Im Zentrum der Propaganda von UNO steht natürlich der Antisandinismus, synonym zum Antikommunismus gebraucht. Die Sandinisten sind natürlich für alle Übel Nicaraguas verantwortlich: Unterentwicklung und Wirtschaftsmisere, Krieg und Korruption. Anstelle der "sandinistischen Diktatur" will die UNO die "wirkliche demokratische Revolution der Nation" und setzt auf ihre guten Beziehungen zu den USA. Die Wahlplattform der UNO umfaßt folgende Hauptpunkte: (Auszug)

- Abschaffung des Militärdienstes;

- Abschaffung des nationalen Lohnsystems;

- volle Garantien für das Privateigentum;

- Überprüfung jener Fälle von Enteignungen, "die es verdienen";

- Durchführung einer Agrarreform, bei der staatliches Land verteilt werden soll;

- Abschaffung der staatlichen Wirtschaftsplanung;

- Beseitigung des staatlichen Außenhandelsmonopols;

- Familie als moralische und soziale Zelle der Gesellschaft;

- Respekt gegenüber den Eltern;

- Verbot der Wahl von Mitgliedern der Armee und Verwandten des Präsidenten;

- Generalamnestie. (7)

Letzteres haben die Sandinisten bereits erfüllt, die Durchsetzung der meisten anderen Punkte käme der Beseitigung der wenigen noch gebliebenen Errungenschaften der sandinistischen Revolution gleich.

Im Mittelpunkt der Wahlkampagne der UNO steht jedoch weniger das politische Programm, sondern eher die Person der Präsidentschaftskandidatin, da diese mit ihrem Kampfblatt "La Prensa" bisher auch recht erfolgreich den Eindruck vermitteln konnte, daß sie die einzig relevante Opposition zu den Sandinisten darstelle, obwohl durchaus noch weitere bürgerliche Parteien und Kandidaten zur Auswahl stünden. Darüber hatte sich der Mittelblock auch schon bitterlich beschwert, da dieser keinerlei Wahlkampfwerbung in der "Prensa" unterbringen konnte. Bei ihrer Kandidatur versucht Dona Violetta auch vom guten antisomozistischen Image ihres 1978 von der Somoza-Garde umgebrachten Mannes zu profitieren, indem sie vorgibt, das Vermächtnis ihres Mannes fortzuführen.

Ökonomische Lage Nicaraguas

Den zentralen Hebel für die Agitation der Opposition bildet die schwierige Versorgungslage und die ökonomische Lage allgemein. Die verhehrende Wirtschaftsbilanz, die die Sandisten Ende 1987 ziehen mußten, zwang zum Handeln. In diesem Jahr ist die Hyperinflation auf 36.000% angestiegen, die Auslandsverschuldung beträgt 6,2 Mrd US-Dollar, Nicaragua hat damit die höchste Pro-Kopf-Verschuldung Lateinamerikas; die Exporteinahmen sind extrem gesunken und - daraus folgend - der Lebensstandard. (10) Im Februar 88 wurde eine Preis- und Währungsreform verkündet, die dann im September des gleichen Jahres nochmals revidiert wurde.

Die Krise konnte damit nicht abgefangen werden. Im Januar 1989 kündigte Daniel Ortega unter den Begriff der "konzentrierten Aktion" ein umfangreiches Paket wirtschaftspolitischer Maßnahmen an. Es wurde ein Haushaltsplan verabschiedet, welcher die umfangreichsten Sparmaßnahmen seit der Revolution enthielt.

Das Haushaltsdefizit soll von 52% auf 4% verringert werden. Insgesamt betrugen die Kürzungen 43%, davon betroffen ist das Innenministerium mit 40%, die Verteidigung mit 29%, das Bildungswesen mit 19%. Arbeitsbereiche und Ministerien werden zusammengefaßt, um weitere Stellen einzusparen. (ca. 30.000 beim Staat beschäftigte (= 10%) wurden somit entlassen, Subventionen für Transport und Lebensmittel wurden gestrichen, nicht essentielle Waren wie Alkohol und Zigaretten wurden besteuert.(11)

Diese Schockmaßnahmen wirkten sich natürlich drastisch auf das tägliche Leben der ArbeiterInnen und Angestellten aus. In ihrer Wirkung unterscheiden sich nicht von den Anpassungsmaßnahmen des IWF - dennoch sollten sie längerfristige Perspektiven für das weitere Überleben der Wirtschaft und die Grundversorgung der Bevölkerung bieten.

Der hohe Einsatz und die harten Maßnahmen des vergangenen Jahres schienen gerechtfertigt. Die Hauptziele des Anpassungsprogrammes - radikale Inflationssenkung, Produktionsanreize sowohl für den Agrarexport als auch den internen Konsum und die Stabilisierung der Reallöhne scheint - wenigstens zum Teil - gelungen.

Durch die drastischen Senkungen der öffentlichen Ausgaben, kontinuierliche Geldentwertungen, Kreditrestriktionen und einscheidende Nachfragebeschränkungen konnte die Monatsinflation bereits Mitte letzten Jahres spürbar gebremst werden. Hatte sie im Dezember 88 126,6% erreicht, so betrug sie im Juli 89 nur noch 9%. Daß die der Bevölkerung abverlangten Opfer nicht zu größeren Unruhen, wie beispielsweise in anderen lateinamerikanischen Ländern führten, war für viele ausländischen "Experten" verwunderlich, dennoch darf mensch gespannt sein, wie sich die immer noch angespannte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung auf die Wahlen niederschlägt und inwieweit es der Opposition gelingt, dies demagogisch auszunutzen.

Von Anfang an war klar, daß die Wahlen von Seiten des US-Imperialismus und seiner Verbündeten eine andere Ebene des Kampfes gegen die regierenden Sandinisten sein sollten. Bereits im Juni 89 hatten die USA für die Bildung und Stabilisierung der UNO 3,5 Mio US-Dollar zur Verfügung gestellt, zusätzlich waren nach Schätzungen weitere 5 Mio US-Dollar über CIA-Kanäle an die rechte Opposition nach Nicaragua geflossen.

Im Oktober wurden dann vom US-Kongreß nochmals 9 Mio US-Dollar offizielle "Wahlhilfe" beschlossen. 5 Mio. davon soll die CIA-nahe Stiftung NED (National Endowment for Democracy), die 1982 von Reagan zur Förderung "ziviler demokratischer Bestrebungen" gegründet wurde, an ein weitverzweigtes Netz von UNO-Unterstützern verteilt werden. Eine direkte Unterstützung verbieten die Statuten der NED. Die restlichen 4 Mio US-Dollar gehen dann je zur Hälfte direkt an die UNO und zur Hälfte an den CSE (Oberster Wahlrat) für die technische Durchführung der Wahlen. Letzteres nur, da Artikel 124 des nicaraguanischen Wahlgesetzes vorsieht, daß 50% der ausländischen Wahlunterstützung in einen "Demokratiefond" eingezahlt werden muß, der vom "Obersten Wahlrat" verwaltet wird. (12)

Die zweitwichtigste Schiene der Auslandsunterstützung für die Oppositionsparteien Nicaraguas kommt aus der BRD. Besonders eifrig ist hierbei die CDU- Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Schon seit Jahren wurden alle möglichen Institute, Stiftungen, Bildungseinrichtungen und Medien von rechten Parteien (v.a. der PSC), Amtskirche, gelben Gewerkschaften, Unternehmerverband COSEP und der dubiosen Menschenrechtsorganisation CPDH kräftig finanziell und politisch gefördert. Es erfolgte eine Arbeitsteilung mit der US-Regierung - dort militärische Unterstützung für die Contra, hier schon lange (zivile) Unterstützung zur Herausbildung einer Infra-Struktur und zur Ausbildung von Wahlhelfern für die legale Opposition, die die mangelnde soziale Basis der rechten Parteien ausgleichen sollte. Die KAS/CDU kann sich somit zugutehalten, daß sie damit eine wichtige Voraussetzung zur Herausbildung des rechten Parteienblocks UNO geleistet hat. Allerdings war die Spaltung der Christsozialen Partei PSC, auf die von Seiten der KAS am meisten gesetzt wurde, Anfang 89 ein herber Rückschlag für die CSU-Strategen. Die offizielle Nachfolgeorganisation der PSC unter dem gemäßigten Erick Ramirez bildet heute zusammen mit der Konservativen Partei eher den Mittelblock im Gegensatz zur rechten Nachfolgegründung PDC (Demokratische Partei des nationalen Vertrauens) unter dem Parteirechten und ehemaligen Generalsekretär der PSC, Augustin Jarquin, die PSC ist Mitgliedspartei der UNO. Dies hat nach kurzer Irritation die KAS aber nicht davon abgehalten, die Institutionen und Einrichtungen weiter zu unterstützen, die der UNO zuarbeiten. (13)

Das Kampfblatt der bundesdeutschen Bourgeoisie, die "FAZ", will sich ebenfalls nicht nehmen lassen, in die politische Auseinandersetzung Nicaraguas einzugreifen. Am 4.1.90 veröffentlichte sie, gestützt auf "nachrichtendienstliche Erkenntnisse", daß so gut wie die gesamte sandinistische Führungsspitze in eine Korruption riesigen Ausmaßes verwickelt ist und diese einen Betrag zwischen 10 und 20 Mio. US US-Dollar auf Schweizer Nummernkonten angehäuft hätte. Diese Meldungen geistern tags darauf durch den gesamten bundesdeutschen Blätterwald. In Nicaragua wurde der gesamte Artikel im UNO-Organ "La Prensa" genüßlich übersetzt und zu Dokumentationszwecken in Faksimile nochmals abgedruckt. Die Sandinisten müssen sich in ihrer Zeitung "Barricada" dann dagegen verwerren und drohen mit einer Klage gegen die "FAZ". Da nutzt es dann auch nichts mehr, wenn die BRD-Botschaft in Managua die Informationen der "FAZ" nicht bestätigen kann und schreibt, "es sei aber bekannt, daß solche Informationen bereits vor einiger Zeit von US-amerikanischen Quellen verbreitet worden seien. Möglicherweise stütze sich der Artikel in der "FAZ" auf diese Quellen." (14) Dies wurde natürlich in der "La Prensa" nicht gemeldet.

Zur Bedeutung der Wahlen

Für die regierenden Sandinisten stellt die Wahlkampagne derzeit das Zentrum der politischen Bemühungen dar. Die Wahlen markieren einen durchaus widersprüchlichen Prozeß. Einerseits wurden tatsächlich Zugeständnisse an Vorstellungen einer bürgerlichen Demokratie gemacht, und es sind Tendenzen einer Verparlamentarisierung und teilweisen Entpolitisierung gesellschaftlicher Bereiche festzustellen. Andrerseits versucht die FSLN, die Wahlen zur politischen Erziehung und Aufklärung (wie bereits 1984 mit ihrem "plan de luchar" - Kampfplan) zu nutzen. Dabei werden reale Abhängigkeiten, wirtschaftliche Schwierigigkeiten und deren Überwindung und die nächsten Etappen der Revolution breit in der Bevölkerung diskutiert. Die FSLN muß tatsächlich um jede Stimme kämpfen, sich der Kritik stellen und kann sich nicht nur auf die Verwaltung der Revolution beschränken. Dennoch sind die Spielräume gering und die (internationale Reaktion) nutzt die vorhandenen Widersprüche aus, um auf diesem Wege wieder die Macht zu erobern.

Deshalb muten so manche Diskussionen in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung etwas abgehoben an, wenn bspw. ausgerechnet anhand der Wahlen in Nicaragua der Charakter von (bürgerlichen) Wahlen in Frage gestellt wird und auch die Frage einer kritischen Wahlunterstützung der FSLN für nicht relevant erklärt wird. (15)

Die Wahlen in dieser Form wurden den Nicaraguanern sicherlich aufgezwungen und werden nun auch als Teil des (ideologischen) Krieges gegen die FSLN gewendet. Deshalb genügt es auch nicht, in der bundesdeutschen Öffentlichkeitsarbeit lediglich die "saubere und demokratische Durchführung" der Wahlen herausstellen; es gibt ebenso die Helfershelfer der "bewaffneten Propaganda für die UNO", durch die täglich in Nicaragua immer noch Menschen ermordet werden, anzuprangern.

Ha., KB-Nürnberg

Anmerkungen:

1) Abkommen von "San Isidro de Coronado", nach Lateinamerika Nachrichten, 188, Jan. 90

2) siehe taz vom 6.11.89

3) siehe SZ vom 8.1.90

4) Envio, Hg.: Instituto Historico Centroamericano, Okt. 89

5) ANN (Agencia Nueva Nicaragua), 24.11.89

6) Einen vollständigen Überblick und eine knappe Charakteristik der nicaraguanischen Parteienszene gibt "Barricada internacional" Nr.15, Okt. 89

7) Barricada internacional, Nr.16/17, Nov./Dez. 89, S. 22

8) ebenda, S.23

9) ebenda, S.7

10) "Die neue Etappe des Krieges gegen Nicaragua", Hg.: AutorInnenkollektiv CoCo Piranhas

11) Ebenda

12) Mesoamerica, Nov.89, Institute for Central American Studies, San Jose, Costa Rica

13) Auf die Frage der Unterstützung von oppositionellen Einrichtungen und Organisationen in Nicaragua durch bundesdeutsche Stiftungen, v.a. der KAS, geht detailliert der Artikel "Der Krieg wird fortgesetzt" von Gottwald/Leonhard in Konkret 10/89 ein.

14) ANN (Agencia Nueva Nicaragua), 17.1.90, S.7

15) IDES, Informationsdienst El Salvador, 27.10.89

25. Arena präsentiert Jesuitenmörder aus den eigenen Reihen - FLMN unter Druck der Contadora-Gruppe

FMLN unter Druck der Contadora-Gruppe

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:20

Rechtzeitig bevor am 23. Januar im US-Kongreß die Debatte über die Militär- und Wirtschaftshilfe begann, gab Präsident Cristiani zu, daß Soldaten für die Ermordung der sechs Jesuitenpater und zwei Zeuginnen der Morde am 16.11.1989 verantwortlich sind. Cristiani war sogar von seinen engsten Verbündeten aufgefordert worden, das Massaker aufzuklären und die Verantwortlichen zu bestrafen. Acht Soldaten des von US-Marines trainierten Elitebataillons "Atlacatl" wurden am 13.1.1990 vorläufig festgenommen, unter ihnen auch Oberst Guillermo Alfredo Benavides.

Nur einen Tag zuvor, am 12. Januar, war in Guatemala-Stadt Héctor Oqueli Colindres entführt und anschließend ermordet worden. Er bekleidete das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs der sozialdemokratisch orientierten MNR. Héctor Oquel galt als einer der profiliertesten Oppositionspolitiker El Salvadors. Wir beleuchten Hintergründe und Bedeutung dieser Vorfälle. Abschließend einige Anmerkungen zum Präsidentengipfel von San Isidro de Coronado, dessen Abschlußkommuniqué in der Solidaritätsbewegung für heiße Dispute sorgt.

Das Blut an den Händen Cristianis ...

Am Donnerstag den 16.11.1989 wurden gegen 2.30 Uhr morgens sechs Jesuitenpater der "Mittelamerikanischen Universität" (UCA) und zwei Zeuginnen der Vorfälle ermordet. Unter ihnen war auch der international bekannte und geachtete Rektor der Universität, Ignacio Ellacura. Aufgrund der Tatumstände und des Tathergangs wurden sofort Armee und die Regierung Cristiani verantwortlich gemacht, auch von Seiten der Kirche.

Das Massaker wurde verübt, während die Luftwaffe gleichzeitig Arbeiterviertel von San Salvador, Santa Ana, San Miguel, Usulutan und Zacatecoluca bombardierte, um die Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" aus diesen Städten zu vertreiben. Teilweise flogen nordamerikanische Piloten die Bombereinsätze, die über zweitausend Verletzte, mehrere Hundert Tote und mehrere Tausend Flüchtende zur Folge hatten.

Die Kritik der internationalen Öffentlichkeit konzentrierte sich aber weitgehend auf die Morde an den Jesuitenpatern. Für die Toten unter der Zivilbevölkerung wurde vor allem in den Massenmedien mehr oder weniger deutlich die FMLN verantwortlich gemacht, weil sie die Arbeiterviertel besetzt hatte und nicht die Luftwaffe, welche die besetzten Stadtviertel in Schutt und Asche legte. Die Bush-Administration und die Bundesregierung machten entweder direkt die FMLN für die Opfer der Offensive verantwortlich, oder "die Gewalt" an sich, wie im Falle der SPD. Mit wenigen Ausnahmen wurde es jedoch vermieden, die wirklichen Schuldigen für die vielen Toten, Verletzten und die Ausradierung ganzer Stadtviertel zu benennen: die ARENA-Regierung, Armee und USA. "Die FMLN trägt die Hauptverantwortung für die Opfer der Kriegshandlungen, die das salvadorenische Volk in den letzten Wochen erleiden mußte. ... Die Offensive der FMLN hat den Zyklus von Terror und Gegenterror verschärft." (Bundestags-Antrag von CDU, CSU und FDP, vom 5.12.1989) "Mord und Gewalt haben in dem 8 Jahre dauernden Bürgerkrieg in El Salvador einen neuen Höhepunkt erreicht." (SPD-Antrag, vom 6.12.1989)

Die Regierung Cristiani wurde von allen Seiten nachdrücklich aufgefordert, das Massaker an der UCA aufzuklären und Schuldige zu präsentieren, denn nur so bleibe sie als demokratische und gemäßigte Regierung glaubwürdig. Von den Toten in den Arbeitervierteln war in diesem Zusammenhang nirgends die Rede. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU, Prof. Dr. Winfried Pinger, brachte die Argumentation auf den Punkt: "Es kommt nun darauf an, die Schuldigen zu finden und weitere Verbrechen zu verhindern. Wir sind davon überzeugt, daß der salvadorianische Präsident Cristiani Frieden und Ausgleich für sein Land nach wie vor anstrebt. Er weiß, daß seine Glaubwürdigkeit von der Aufklärung des Mordes abhängt." (CDU-Pressedienst, 30.11.1989) Er weiß.

Bereits wenige Tage nach der Bluttat, am 28.11.1989, legte die angesehenste Menschenrechtsorganisation des Landes, "Tutela Legal", die dem Erzbischof von San Salvador untersteht, eine ausführliche und wissenschaftliche Untersuchung des Tathergangs vor, in der sie Angehörige der Militärs für die Morde verantwortlich machte. (1)

Am 12.12.1989 erklärte der Jesuitenorden in San Salvador, daß Angehörige der Streitkräfte die Untat begangen hätten. Darüberhinaus protestierten die Jesuiten dagegen, daß die überlebende Augenzeugin, Luca Barrera de Cerna, in den USA vom FBI mit "widerrechtlichen, ungerechten und unangebrachten Untersuchungsmethoden" unter Druck gesetzt wurde, damit sie ihre Aussage widerrufe und verrate, welche Priester sie zur Aussage veranlaßt hätten. Sie protestierten auch gegen den Versuch des Generalstaatsanwaltes Mauricio Colorado, die Bedeutung der Aussage zu schmälern, in der ebenfalls Armeeangehörige als Täter genannt wurden. (2)

In einem anonymen Schreiben beschuldigte eine bis dahin nicht bekannte Gruppe "Junger Offiziere" ebenfalls Armeeangehörige. Es gebe keinen Zweifel, daß der Mord mit Wissen und Einverständnis des Generalstabs verübt worden sei. Weiter heißt es: "Wir wissen mit völliger Sicherheit, daß dieses Verbrechen auf den Befehl von Herrn Oberst Heriberto Hernandez, Direktor der Finanzpolizei, durch Angehörige dieses Polizeikorps unter dem Befehl von Hauptmann Alfonso Chavez Garca ausgeführt wurde." (FR, 13.12.1989)

... soll weggewaschen werden

Cristiani mußte dem nationalen und internationalen Druck Rechnung tragen und eine Untersuchungskommission einrichten, an der auch Kriminalbeamte des FBI, von Scotland Yard und der spanischen Polizei mitarbeiteten. Am 7. Januar sagte er, daß "bestimmte Teile der Streitkräfte" in den Mord verwickelt sind. Eine Woche später, am 13. Januar, kündigte Cristiani eine Reise in die USA an. Dort steht die Verabschiedung der Militär- und Wirtschaftshilfe auf der Tagesordnung. Er gab die Namen von acht Militärs bekannt, die für die Tat verantwortlich sein sollen und aus diesem Grund in Untersuchungshaft genommen wurden. Unter ihnen: Oberst Benavides, Direktor der Militärschule "Generalkapitän Gerardo Barrios", die Offiziere Luigi René Mendoza und Ricardo Espinoza Guerra, einige Unteroffiziere und einfache Soldaten. Die internationale Öffentlichkeit äußerte sich befriedigt, als die "Schuldigen" präsentiert wurden und erstmals in der Geschichte El Salvadors ein hoher Offizier wegen Menschenrechtsverletzungen festgenommen wurde.

Erneut wird nun das Bild eines angeblich gemäßigten Präsidenten Cristiani gezeichnet, der sich gegen die Extremisten von links und von rechts durchsetzen müsse und der deshalb der internationalen Unterstützung bedürfe. Die Verhaftung der Offiziere hatte zum Ziel, genau dieses Bild des "gemäßigten Cristiani" zu restaurieren. Cristiani wird der internationalen Öffentlichkeit so erneut als "Mann der Mitte" präsentiert, genau wie vorher Napoleón Duarte. Dieses Bild ist entscheidend für die weitere Legitimation der Militär- und Wirtschaftshilfe. Die Morde an der UCA und die Flächenbombardements der Hauptstadt hatten dieses Bild zwar nicht völlig zerstört, aber doch erheblich angekratzt. Deshalb ist es für die ARENA-Regierung und ihre Verbündeten von entscheidender Bedeutung, diese Kratzer wieder auszubügeln. Deshalb die Untersuchungskommission und die Bauernopfer. Aber diese These, die im konkreten Fall der UCA-Morde darauf hinausläuft, daß die Aktion ein Ausrasten von einigen rechtsextremistischen Militärs gewesen sei, die ohne Absprache mit der Armee- und Staatsführung stattgefunden habe, dient lediglich dazu, die wirklichen Tatsachen zu verschleiern. Einige Anmerkungen hierzu.

Killer an der Macht

Die Regierung Cristiani ist seit ihrem Amtsantritt für Morde, systematische Folter und "Verschwindenlassen" verantwortlich. Die UCA-Morde sind nur insofern neu, als nun Priester ermordet wurden, die eine Vermittlerrolle im Konflikt einnahmen und nicht mehr nur Leute, die verdächtigt wurden, mit der Befreiungsbewegung in Kontakt zu stehen.

Im Schreiben der "Jungen Offiziere" wurden andere Personen als die hinterher Verhafteten namentlich beschuldigt und auch behauptet, der Generalstab sei informiert gewesen. Bisher gibt es keine glaubwürdige Widerlegung dieses Schreibens.

Die von Cristiani Beschuldigten müssen nicht denknotwendig auch die wirklichen Täter sein. Im Falle der Ermordung des Vorsitzenden der Menschenrechtskommission CDHES, Herbert Anaya (26. Oktober 1987),

das international ebenfalls Proteste hervorrief, wurde von der Regierung Napoleón Duarte ein gekaufter Täter präsentiert, der zunächst zugab, der Mörder gewesen zu sein, dies aber hinterher als gekauftes und erzwungenes "Geständnis" enthüllte.

Die "intellektuellen Urheber" und die Anstifter der Morde bleiben im Dunkeln, selbst wenn mensch davon ausgeht, daß die Inhaftierten tatsächlich die Täter sind. Abgesehen davon, daß die Verhaftung einiger Personen noch lange nichts darüber aussagt, ob diese auch tatsächlich verurteilt werden.

Weitere Indizien für die allerhöchste Absegnung zumindest von Seiten der Armeeführung: die Morde und die nachfolgende Verwüstung der UCA-Einrichtungen dauerte über eine Stunde. Es waren weithin Schußsalven und Explosionen zu vernehmen, wie der Bericht von "Tutela Legal" belegt. Die Mörder waren also nicht gerade nervös und hatten keine Eile sich vom Tatort zu entfernen, der in der Nähe des Generalstabs der Streitkräfte liegt und der aus diesem Grunde besonders militarisiert ist.

Am 10. Oktober 1989 sagte ein Ex- Mitglied einer Todesschwadron in Washington aus und erläuterte detailliert, daß die Todesschwadronen von der Armeeführung kontrolliert und von US-Militärberatern angeleitet werden. César Dilman Joya Martinez machte deutlich, daß die Morde und das "Verschwindenlassen" jeweils von der obersten Armeeführung angeordnet werden. (3)

In einem Interview betonte Joaquin Villalobos, Mitglied der FMLN-Generalkommandantur, daß die UCA-Morde Teil eines Gesamtplanes waren, der darauf abzielte, in der Nacht vom 15. November auf den 16. November die bekanntesten Führungspersönlichkeiten der Massenbewegung zu ermorden. Dieser Plan sei von der Fehleinschätzung ausgegangen, daß die FMLN-Offensive gescheitert sei und so mittels Flächenbombardierungen die Guerilla und in einer Mordnacht auch die Massenbewegung zu liquidieren sei, um so die Befreiungsbewegung entscheidend zu schwächen. Die Führer der Massenbewegung hätten sich jedoch mit Ausnahme der UCA-Priester versteckt, so daß die Armee, welche massive Hausdurchsuchungen durchführte, nur leere Häuser beziehungsweise nur einige Angehörige der Gesuchten vorfand, von denen auch einige ermordet wurden. (4)

Héctor Oqueli ermordet

In El Salvador wurde am 10. Januar der Ausnahmezustand erneut verlängert, der seit November 1989 wieder gilt. Schon von März 1980 bis März 1987 galt der Belagerungszustand. Damit sind weiter wichtige Bürgerrechte wie Reisefreiheit, Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit etc. außer Kraft.

Am 12. Januar wurde in Guatemala Héctor Oqueli Colindres gemeinsam mit der guatemaltekischen Sozialdemokratin Hilda Flores auf dem Weg zum Flughafen in Guatemala-Stadt "von schwer bewaffneten Unbekannten in zivil" entführt und anschließend ermordet. Héctor Oqueli, eine der wichtigsten Führungspersönlichkeiten der mit der FMLN verbündeten FDR, lebte bis November 1987 im Exil und kehrte erst im Gefolge von Esquipulas II (Aug. 1987) in sein Land zurück. Der Sozialdemokrat gehörte dem oppositionellen Wahlbündnis "Demokratische Konvergenz" (CD) an, das sich im März 1989 an den Präsidentschaftswahlen beteiligt hatte. Oqueli fungierte als stellvertretender Vorsitzender des "Lateinamerika-Komitees" der Sozialistischen Internationale (SI).

Die Ermordung von Oqueli und seiner guatemaltekischen Begleiterin hat eine vergleichbare politische Bedeutung wie das Massaker an der UCA. Allerdings gab es kaum internationale Proteste, auch von Seiten der Sozialdemokratie war wenig zu vernehmen. Oqueli befand sich aus Europa kommend auf der Durchreise zur Wahlbeobachtung nach Nicaragua und war erst seit 18 Stunden in Guatemala. Die Entführung und Ermordung beweist das hohe Maß an Koordination zwischen den guatemaltekischen und salvadorianischen Todesschwadronen. Nach dem Mord an dem nicaraguanischen Diplomaten Jorge Vargas vom 21.12.1989, ebenfalls in Guatemala-Stadt, war dies ein erneutes Beispiel dafür, daß auch in Guatemala die systematischen Menschenrechtsverletzungen unter der christdemokratischen Regierung Cerezo auch vor ausländischen Politikern nicht haltmachen. Allein 1989 wurden dort 896 Menschen ermordet, 253 "verschwanden" und 276 wurden bei Attentaten verletzt. (5)

Es bestehen enge Beziehungen zwischen ARENA und der ultrarechten MLN Guatemalas. Die beiden Führer, Roberto D'Aubuisson und Mario Sandoval Alcarón gelten als die Drahtzieher der Todesschwadronen in ihren Ländern. Der Polizei Guatemalas, die mittlerweile über ein formal eingerichtetes Koordinierungsgremium

(SIPROCI) erneut organisatorisch mit der Armee und diese wiederum über den militärischen Geheimdienst G-2 aufs engste mit den Todesschwadronen verknüpft ist, wurden seit 1986 von der Bundesrepublik 10,6 Mio. DM zur Ausrüstung und Ausbildung bewilligt.

Der Mord an Héctor Oqueli beraubte die Massenbewegung eines ihrer führenden Köpfe. Er verdeutlicht, daß nicht nur in El Salvador die tödliche Jagd auf Oppositionspolitiker weitergeht, sondern daß sich auch das innenpolitische Klima Guatemalas "salvadorenisiert". Cristiani und der guatemaltekische Christdemokrat Vinicio Cerezo sind weder "gemäßigt", noch geht es ihnen um die politische Lösung der Konflikte in ihren Ländern. Sie fungieren als Deckmantel für die blutigen Aufstandsbekämpfungen in ihren Ländern.

Der Präsidentengipfel von San Isidro de Coronado

Obgleich das Gipfeltreffen der mittelamerikanischen Präsidenten bereits vom 10.- 12. Dezember in San Isidro de Coronado/Costa Rica stattfand, wird das dort unterzeichnete Kommuniqué in der Solidaritätsbewegung nach wie vor heiß diskutiert. Der Grund: die fünf Präsidenten, also auch der Sandinist Daniel Ortega, unterschrieben eine Erklärung, die im Unterschied zu den vorherigen diplomatisch verwaschen formulierten Papieren klipp und klar einige Positionen festschrieb, die für die FMLN ein Schlag ins Gesicht und für das Killerregime unbezweifelbar einen politischen und diplomatischen Teilsieg darstellten. Gemeinsam mit den anderen Präsidenten erklärte auch Daniel Ortega mit seiner Unterschrift u.a. die "entschiedene Unterstützung für den Präsidenten El Salvadors, Alfredo Cristiani, und seine Regierung; es ist dies ein treuer Ausdruck ihrer unabänderlichen Politik, Regierungen zu unterstützen, die Ergebnis von demokratischen, pluralistischen und partizipativen Prozessen sind." (Punkt 2) Weiterhin richteten die Präsidenten "ihren vehementen Appell an die FMLN, sofort und effektiv die Feindseligkeiten einzustellen und den begonnenen Prozeß des Dialogs wieder aufzunehmen. Darüber hinaus fordern sie die FMLN energisch auf, von jeglicher gewaltsamen Aktion öffentlich Abstand zu nehmen, die direkt oder indirekt die Zivilbevölkerung trifft." (Punkt 3) Schließlich verlangten sie "die Demobilisierung des Nicaraguanischen Widerstands und der FMLN". (Punkt 6) Neben einigen ebenso allgemeinen wie unverbindlichen Punkten konnten die Sandinisten lediglich zu ihren Gunsten verbuchen, daß die mit den USA liierten Präsidenten erneut die Auflösung der Contra forderten, allerdings ohne genaue zeitliche Bestimmung, und daß sie die Arbeit der UN-Friedenstruppen in Mittelamerika unterstützen. (6)

Die Erklärung stellt die Verhältnisse in El Salvador auf den Kopf. Sie muß als politisch-diplomatischer Erfolg des dortigen Regimes gewertet werden, während sie durch die Gleichsetzung FMLN-Contra, die Aufforderung zur Entwaffnung und die Aufforderung, den Dialog ohne weitere Bedingungen aufzunehmen, für die FMLN zweifellos negativ zu Buche schlägt. Die Sandinisten mußten Zugeständnisse machen wie noch nie zuvor und bekamen weniger als je zuvor.

Einige Reaktionen auf den Präsidentengipfel

Die FMLN-Kommandantur reagierte am 12. Dezember mit einer herben Erklärung, in der sie dieses Kommuniqué zurückwies: "Mit Empörung weisen wir die Erklärung der Präsidenten zurück. ... Diese Erklärung enthält die bedingungslose Rückendeckung für den größten Menschenrechtsverletzer in der Region: einer Regierung, die Kirchenmitglieder umbringt und verfolgt und die Zivilbevölkerung bombardiert." Auch die guatemaltekische Befreiungsbewegung URNG wies die Stellungnahme der Präsidenten zurück. Beide Bewegungen kritisierten aber mit keinem Wort die Sandinisten selbst.

Hierzulande wird in der Solidaritäts-Bewegung Daniel Ortega teilweise sehr hart attackiert, weil seine Unterschrift der FMLN in den Rücken falle. Die Unterschrift sei weder "erklär- noch entschuldbar", so "einige vom Nica-Komitee FfM". (IDES, 26.1.1990) Beim El Salvador-Bundestreffen (Jan. 1990) wurde gesagt, es wäre besser gewesen, wenn die sandinistische Regierung den Präsidentengipfel hätte platzen lassen, als so eine Erklärung zu unterschreiben. Ganz Forsche empfahlen Daniel Ortega gar, "offensiv mit der Situation umzugehen". Das ist verantwortungsloses Geschwätz. Sehen wir uns die Umstände einmal genauer an: 1) In welcher Situation befindet sich Nicaragua? 2) Welche praktische Bedeutung hat die unterschriebene Erklärung? 3) Was wäre die Folge gewesen, wenn Ortega seine Unterschrift nicht geleistet hätte?

Nicaragua war von vorneherein noch weiter in der Defensive als bei den vorhergegangenen Treffen, weil sich nicht verheimlichen ließ, daß zwei kürzlich in El Salvador abgestürzte Kleinflugzeuge mit Waffen an Bord aus Nicaragua kamen. Damit hatte Nicaragua nachweislich das Esquipulas II-Abkommen verletzt, das derartigen Waffennachschub verbietet. Dies war Wasser auf die Propaganda-Mühlen der US-Regierung und ihrer

Verbündeten, die erneut die alte und falsche These verbreiteten, Nicaragua exportiere die Revolution und sei mithin für die Konflikte in den übrigen Ländern des Isthmus verantwortlich.

Nicaragua sucht die Unterstützung seiner Nachbarn, um die Contra politisch schwächen und schließlich auflösen zu können. Damit versucht die sandinistische Regierung auch die US-Politik zu unterlaufen, die nach wie vor die "Option Contra" offenhält. Darüberhinaus sind die Sandinisten an der Entsendung der UN-Truppe an die Grenzen Nicaraguas interessiert, weil diese einen zusätzlichen Schutz darstellt. Schließlich will die Regierung Ortega die Wahlen am 25. Februar unter internationaler Aufsicht durchführen, um sich international weiter Legitimität zu verschaffen. Die bisherige flexible Politik der Sandinisten hat die US-Interventionspolitik konterkariert und der FSLN genügend internen und internationalen Spielraum verschafft, der für das Überleben der Revolution notwendig war. Im Zuge der diversen Friedenspläne mußte die FSLN dabei aber zum Teil erhebliche Zugeständnisse machen.

Die bisherigen Abkommen haben nicht zur vereinbarungsgemäßen Auflösung der Contra geführt. Aber umgekehrt daraus zu schließen, daß diese Abkommen für Nicaragua gar nichts gebracht hätten ist oberflächlich. Denn die militärische Schwächung, die Isolierung und schließlich die politische Zerrüttung der Contra wären ohne die flexible Verhandlungspolitik der Sandinisten kaum möglich gewesen.

Für die FMLN bedeutete das Abkommen sicherlich einen politischen Rückschritt. Aber das gesamtpolitische Gewicht der FMLN resultiert nur zu einem geringen Teil aus diesem Abkommen. Wesentlich entscheidender ist das militärische und politische Kräfteverhältnis in El Salvador selbst. Wichtig ist auch die internationale Kritik, die in der UNO, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der EG etc. am Cristiani-Regime geübt wird. Diese Kritik wurde nach dem Abkommen von Coronado nicht zurückgenommen. Auch ein von fünf Präsidenten unterschriebener Vertrag hat keine Auswirkungen auf das interne politische und militärische Kräfteverhältnis in El Salvador. Denn die Menschen unterstützen die FMLN, weil sie ein tragfähiges politisches Projekt vorschlägt und nicht, weil Daniel Ortega dies oder jenes über die FMLN sagt. Die negativen Auswirkungen auf die internationale politische Kräftekonstellation sind ebenfalls sehr begrenzt.

Auf der anderen Seite warten die USA und ihre Verbündeten seit Jahren darauf, Nicaragua den schwarzen Peter für das Scheitern der Friedensverhandlungen zuschieben zu können. Damit wäre der Verhandlungsprozeß in Mittelamerika vermutlich am Ende. Dies läge im Interesse der USA und der Ultrarechten, die die Situation auf eine ausschließlich militärische Konfrontation hin zuspitzen wollen. Und der Abbruch auch noch so bescheidener politischer Lösungsansätze wie Esquipulas II widerspräche der Politik der Revolutionäre Mittelamerikas, die alle Verhandlungslösungen suchen. Diese bereits seit Jahren praktizierte Politik ist das Resultat der "nicaraguanischen Erfahrung" (wirtschaftlichen Zerrüttung und Contra-Krieg) und ist nun, unter noch weitaus ungünstigeren internationalen Rahmenbedingungen, eine entscheidende Achse der revolutionären Strategie in Mittelamerika. Nach der US-Intervention in Panama hat die Aufrechterhaltung von politischen Ansätzen wie der Nachfolgekonferenzen von Esquipulas II, die zur Öffnung von politischen Räumen, zur regionalen Entspannung und zur Bremsung der direkten US-Intervention beitragen, eher noch an Bedeutung gewonnen.

In diesem Gesamtkontext war die Unterschrift Ortegas in San Isidro de Coronado erklärbar, nachvollziehbar und richtig, wenngleich sie einen relativ hohen politischen Preis forderte. Der FMLN-Vertreter in der BRD, Ricardo Ribera, meinte in Frankfurt: "Wir haben zwar die Erklärung scharf verurteilt, aber nicht die sandinistische Regierung, denn dies war ein Kommuniqué von fünf Präsidenten und nicht der Regierung Nicaraguas. Nicaragua hatte unserem Prozeß gegenüber immer eine solidarische Position, daran hat sich nichts geändert."

Al., KB Nürnberg

Anmerkungen

1) Bericht der Menschenrechtskommission Tutela Legal, San Salvador 28.11.1989; eine zehnseitige Übersetzung ist erhältlich bei: Info-Stelle El Salvador, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/69 45 62

2) Erklärung der Gesellschaft Jesu, 12.12.1989; erhältlich bei der Infostelle El Salvador

3) Siehe: Radio Venceremos (Hg), Nachrichtenbulletin Nr. 116-118, Köln/Berlin 5.11.1989, S.6f

4) FMLN/FDR (Hg), Venceremos Nr.2, Berlin Dezember 1989, S.4

5) CERIGUA (Bonn), 9.1.1990, S.1

6) Erklärung von San Isidro de Coronado, zitiert nach: Lateinamerika-Nachrichten Nr. 188, Berlin Januar 1990, S. 48-50

26. Spanischer Tango (von Pipo Surber)

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:15

Spaniens abgesetzter Innenminister erfand den "Plan Spezialzone Nord" und verwandelte Euskadi (Baskenland) in ein riesiges Experimentierfeld für europäische Aufstandsbekämpfungsmethoden. Der neue sozialdemokratische Justizminister Enrique Mugica ist darbei, das gesamte Königreich in den Plan miteinzubeziehen. Er hat 600 baskischen politischen Gefangenen den Kampf angesagt.

"Die Zerstörung der baskischen politischen Gefangenen verletzt die Menschenrechte. Es muß respektiert werden, daß die baskischen Gefangenen das Recht haben, in ihrer eigenen Heimat inhaftiert zu sein und von ihren Familien besucht werden zu können, weil diese für die Delikte ihrer Kinder keine Schuld tragen." Kein geringerer als der heutige Ministerpräsident Felipe Gonzales sprach diese Worte 1979 in Soria. Heute, zehn Jahre später ist es Gonzales' Justizminister, der eben dieses Menschenrecht mit den Füßen tritt, indem er die Zerstreuungsstrategie im Kampf gegen die baskischen politischen Gefangenen benützt.

"Mich verlegten sie nur um wenige Kilometer". Pilar Aranburu wurde von Carabanchel-Mujeres nach Yserias, ein paar Stadtteile weiter in Madrid verlegt. Ziel: Pilars Vereinzelung und Trennung von anderen baskischen Gefangenen. Gegenwärtig sitzt Pilar als Gefangene im Qualifikationsgrad 1, der wiederum in drei Phasen unterteilt ist. Sollte sie sich kooperationsbereit zeigen, kann sie eine Phase aufsteigen. Bleibt sie standhaft, muß sie mit einer weiteren Verlegung in einem möglicherweise noch berüchtigteren Knast rechnen. Damit soll nicht nur die alte Mär von den harten und weichen Etarras (duros und blandos) belegt werden, es wird auch versucht, Gefangene quasi zwangsweise "wiedereinzugliedern". Einzelnen wird offener Vollzug oder Erleichterung der Haftbedingungen angeboten. Weigern sie sich, werden sie gerne mal zum Hofgang gezwungen. In der madridgläubigen Tageszeitung El Pais wird dies dann als "erfolgreiche Wiedereingliederung" verkauft.

Die baskische Massenbewegung Gestoras pro Amnistia (Komitees für die Amnestie) spricht von spanischen Vernichtungsknästen. Vernichtungsknästen, in deren Zellen die Temperaturen im Winter schon einmal auf minus 7 Grad Celsius fallen. Vernichtungsknäste, in denen medizinische Versorgung klein geschrieben wird und im Falle der baskischen Gefangenen je länger desto inexistenter ist. Vernichtungsknäste in denen baskische Gefangene von den Schließern mit dem Tode bedroht werden und von der paramilitärischen Guardia Civil angegriffen, geschlagen und verletzt werden. Vernichtungsknäste, in denen gefoltert und gemordet wird. Folter, die sich zwar immer europäisierter darstellt, psychisch und medizinisch angewendet wird. Folter auch, die noch Badewannen, Elektroden und Eisenstangen in ihrem Instrumentarium führt.

Unter der Federführung von Justizminister Enrique Mugica wurde die Strategie der dispersion (Mugica selbst bevorzugt den Begriff distribucion, "Verteilung") erfunden und seither weiter spezifiziert. In den letzten vier Monaten des vergangenen Jahres wurden beinahe täglich Gefangene verlegt, teils nach derartig abgelegenen Orten wie die Inseln Canaria, Ceuta oder Melilla. Keine Region der iberischen Halbinsel wurde von diesen Strafexpeditionen verschont. Und die baskischen Gefangenen werden überall ungern gesehen. Dort beklagt der andalusische Regierungschef, nun auch noch den Mördern andalusischer Söhne (gemeint sind andalusische Polizisten) Kost und Logis bieten zu müssen, da verlangt die katalanische "Generalität" ein Gegengeschäft. Krämerseelen. Beide haben "die Solidarität nicht begriffen, die der Anti-Terror-Kampf erfordert", kritisiert sie Justizminister Mugica. Das haben auch die Schließer nicht kapiert. Sie protestieren gegen die Verlegungen - vielleicht aus Überlebensgründen, denn sie kennen die Drohung der bewaffneten Organisation ETA gegen all jene, die sich an dieser Vernichtungskampagne beteiligen.

Im Gegenzug wurden Besuche von FreundInnen, LehrerInnen oder ÄrztInnen kurzum verboten. Akademische Knastkurse von über 100 Gefangenen wurden so jäh abgebrochen. Seit dem 1. August 1989 wurden nach Zählungen der Gestoras pro Amnistia mehr als 100 Gefangene körperlich brutal angegriffen. Für baskische Gefangene sind die üblichen Strafrechtsnormen des spanischen Staates außer Kraft gesetzt. Keine Freilassung nach Absitzen von drei Viertel der Strafe und ein von der Guardia Civil durchgesetztes Haftregime.

Weil dies nicht die erwartete Abschwörungs- und Bereuungswelle unter den Gefangenen bescherte, schuf der Justizminister drei Grade, aufgeteilt in je vier Phasen, um die Gefangenen-Leiter steigen zu lassen. Gefangene die sich im dritten Grad befinden, können neu in den "Genuß" einer Halbfreiheit kommen. Diese Maßnahme

soll die mit der dispersion nicht erreichten Ziele herbeizaubern. 13 Gefangene befanden sich Ende 1989 in diesem dritten Grad, indem sie tageweise oder an Wochenenden Knasturlaub erhalten. Offener Vollzug. Die Gefangenen akzeptieren diese Art von Halbfreiheit, weil sie so wieder in der baskischen Bewegung draußen aktiv werden und außerdem viel Arbeit bezüglich der Kommunikation von drinnen nach draußen und umgekehrt leisten können. Dies ist vermutlich auch der Grund, weshalb das Justizministerium die Verhängung der Halbfreiheit gegenwärtig suspendiert hat. Offensichtlich hat auch diese Maßnahme seinen Zielen wenig Auftrieb gegeben. So befinden sich Ende 1989 63,5% aller baskischen politischen Gefangenen im ersten Grad, 27,5 im zweiten und nur 4,12% im dritten Grad. 5,03% sitzen ohne Klassifizierung. Grade werden nicht etwa gewechselt, weil einzelne Gefangene da oder dort "besonders gute Führung" an den Tag legten, sondern auf Absprache der lokalen Knastleitung und des Justizministeriums. Sozusagen jedeR einzelne Gefangene soll auf seine Standfestigkeit geprüft werden.

Dieser Vernichtungsstrategie sind die über 600 baskischen politischen Gefangenen geschlossen entgegengetreten. Seit dem 1. August 1989 befanden sie sich in einem über 100-tägigen txapeo indefinido, einer unbefristeten Selbsteinschließung. Am 16. Dezember sind sie nach einer weiteren Verschärfung ihrer Situation in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, der nach heftigen Mobilisationen draußen am 25. Dezember wieder beendet wurde.

In einem Kommunique erklärten die Gefangenen: "Die repressive Antwort der PSOE-Regierung bedeutet für uns, unsere gesamte Kapazität an Widerstand entgegenzusetzen. Darum beginnen wir am 16. Dezember um 0 Uhr einen Hungerstreik mit einigen klar formulierten Zielen:

- Einmal mehr den politisch-repressiven Charakter unserer Situation klarzumachen.

- Einmal mehr für unsere Rechte als gefangene Frauen und Männer zu kämpfen, welche bereits in unserer Plattform vom 1. August festgehalten sind.

- Unserem Volk beizustehen mit unserem Beitrag zum Kampf für ein freies souveränes Baskenland."

Tags darauf begannen außerdem hundert ehemalige baskische Gefangene einen unbefristeten Hungerstreik in der Kirche Sankt Anton in Bilbao. "Wir machen diesen Hungerstreik", schrieben die Ex-Gefangenen, "weil wir aus eigener Erfahrung wissen, daß die Gemeinsamkeit von drinnen und draußen, zwischen Knast und der Straße, das ist, was die PSOE und ihre Reisegefährten wirklich fürchtet."

Draußen wurde die Verschärfung der Kampfmethoden der baskischen Gefangenen ernst aufgenommen. In unzähligen Mobilisierungen bekundete das baskische Volk seine Solidarität mit seinen Söhnen und Töchtern in den spanischen Knästen. Den Höhepunkt erreichten die Aktionen drei Tage vor Neujahr, als über 12.000 BaskInnen in Autobussen die 1.000 Kilometer lange Strecke zum Hochsicherheitsgefängnis von Herreras de la Mancha unternahmen. Sie kamen da allerdings wie schon in Jahren zuvor nicht an. Acht Kilometer vom in einer Einöde gelegenen Knast entfernt wurden sie von der Guardia Civil gestoppt. Und das spanische Justizministerium hat in den Tagen vor der Marcha nach Herrera gut die Hälfte der in Herrera noch verbliebenen 75 Gefangenen in andere der 94 spanischen Knäste verlegt.

27. Ehemaligem Mitglied der Black Panther droht die Hinrichtung

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:18

Das Todesurteil gegen den schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal wurde im März 1989 vom Obersten Gerichtshof des US-Bundesstaates Pennsylvania bestätigt. Damit hat die höchstrichterliche Instanz eines Bundesstaates die Berufung gegen die 1982 ausgesprochene Todesstrafe verworfen und alle in der Berufungsbegründung gerügten Verletzungen verfassungsmäßiger Garantien für rechtens erklärt.

Voice of the Voiceless

Zur Zeit der schwarzen Bürgerrechtsbewegung machte Abu-Jamal seine ersten Erfahrungen mit rassistischer Polizei und fanatischen Weißen, die nicht bereit waren, den 30 Millionen Schwarzen in den USA auch nur minimale Menschenrechte zuzugestehen. Abu-Jamal radikalisierte sich durch diese Erfahrungen. In der Kultur- und Informationsabteilung der Black Panther Party (BPP) in New York und San Francisco lernte er Zeitungsherstellung und Öffentlichkeitsarbeit. 1970 wurde er Mitbegründer einer Ortsgruppe der BPP in seiner Heimatstadt Philadelphia. Das vom FBI eingeleitete "antisubversive Geheimdienstprogramm" zur Zerschlagung der Schwarzenbewegung erlebte er bei Polizeirazzien gegen das BPP- Büro am eigenen Leib. Er wurde vorübergehend verhaftet und auf den Titelseiten der Lokalzeitungen als "Staatsfeind" präsentiert.

Nachdem sich die BPP unter dem Druck der ständigen Verfolgung durch die Polizei, bei der 36 Mitglieder in verschiedenen Städten erschossen worden waren, Anfang der 70er Jahre aufgelöst hatte, arbeitete Abu-Jamal in den folgenden Jahren als Journalist bei Zeitungen und Radiosendern, die von Schwarzen geleitet wurden. Sein besonderes Augenmerk galt dabei stets der Unterdrückung und Ausbeutung der Schwarzen. Er prangerte die konservativen und rassistischen Kräfte an, in deren Interesse die Beibehaltung der Ungleichheit zwischen Schwarzen und Weißen in den USA liegt. Im ganzen Land wurde er als "Voice of the Voiceless" (Stimme der Stimmlosen) bekannt; 1980 wählten ihn seine KollegInnen der "Association of Black Journalists" in Philadelphia zum Präsidenten ihrer Vereinigung.

Als Abu-Jamal 1978 einen Angriff von 600 schwerbewaffneten Polizisten auf ein Haus der öffentlich arbeitenden schwarzen Organisation "MOVE" in Radiobeiträgen kritisierte und die Verantwortlichen anprangerte, qualifizierte Bürgermeister Rizzo dies als "neue Ausgeburt des Journalismus", die für die Radikalisierung der Schwarzen verantwortlich sei. Und weiße "Kollegen" denunzierten ihn als Sympathisanten bzw. Mitglied der "MOVE", als er die verhafteten "MOVE"-Mitglieder, die zu Gefängnisstrafen von 30 bis 100 Jahren verurteilt worden waren, interviewte und ihre Äußerungen unzensiert publizierte.

Prozeß

In der Nacht des 9. Dezember 1981 geriet Abu-Jamal in eine Auseinandersetzung, wie sie in der einen oder anderen Form in den amerikanischen Großstädten immer wieder zum Auslöser für Getto-Aufstände wird: Eine weiße Polizeistreife hielt Schwarze mit Dreadlocks (Frisur mit eingedrehten Haaren, die u.a. von den "MOVE"-Mitgliedern getragen wurde) wegen einer angeblichen Verkehrswidrigkeit an, ein lautstarker und schließlich handgreiflicher Streit begann. Abu-Jamal, der sich in der Nähe aufhielt, griff in das Geschehen ein. Der ganze Vorgang, über den es später sehr widersprüchliche Aussagen gab, endete damit, daß Abu-Jamal durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt und ein Polizist erschossen wurde. Niemand außer dem schwerverletzten Abu-Jamal wurde verhaftet. Nach Überprüfung seiner Personalien war für die Polizeiführung sehr schnell klar: Nur Abu-Jamal kam als Täter in Frage. Daß bei ihm nie eine Waffe gefunden wurde, spielte für die Polizei keine Rolle. Entsprechend wurde er behandelt: von den Mißhandlungen nach seiner Verhaftung bis zu seinem Prozeß im Sommer 1982 ging es nur darum, den schon lange ausgemachten Gegner endlich zum Schweigen zu bringen.

Der Prozeß war von gravierenden Verletzungen der verfassungsmäßigen Garantien für Angeklagte geprägt: Abu-Jamal war während der meisten Zeit vom Prozeß ausgeschlossen und wurde nur durch einen dem Gericht ergebenen Pflichtverteidiger vertreten. Der Staatsanwalt verhinderte die Wahl von Schwarzen zu Geschworenen. Abu-Jamal war untersagt, sich selbst zu verteidigen, politische Erklärungen abzugeben und sich mit einem Schlußwort an die Geschworenen zu wenden. Er durfte Zeugen nicht ins Kreuzverhör nehmen,

obwohl gerade die sich widersprechenden Aussagen über die Person, die den tödlichen Schuß auf den Polizisten abgegeben haben soll, einer sorgfältigen Überprüfung bedurft hätten. Der Staatsanwalt stützte sich in seinem Plädoyer für die Verhängung der Todesstrafe im wesentlichen auf Abu-Jamals frühere Mitgliedschaft in der Black Panther Party. Schon 1970 habe er die Parolen "Alle Macht dem Volk" und "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen" in Artikeln der Parteizeitung zitiert. Damit sei erwiesen, daß er schon seit zwölf Jahren ein potentieller Polizistenmörder sei, der nur auf eine Gelegenheit gewartet habe.

Am 3. Juli 1982 wurde Abu-Jamal wegen Polizistenmordes zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt. Seitdem sitzt er unter Isolationshaftbedingungen im Todestrakt des Huntingdon-Gefängnisses. Nach Ablehnung der Berufung auch durch die höchstrichterliche Instanz 1989 steht seiner Hinrichtung "rechtlich" nichts mehr im Wege.

Drohende Hinrichtung

Gleich Abu Jamal sitzen viele politische AktivistInnen aus der American Indian Movement, der Schwarzenbewegung, der puertorikanischen Unabhängigkeitsbewegung, aus den Chican-Mexicano Communities und aus der weißen Linken im Gefängnis. Vor allem schwarze Gefangene sind seit bis zu zwei Jahrzehnten eingeknastet und kämpfen für die Wiederaufnahme ihrer Verfahren, die allesamt im Zuge des "antisubversiven Geheimdienstprogramms" des FBI unter zumeist konstruierten Anklagen zu lebenslänglichen Haftstrafen geführt haben. Der Tatvorwurf lautet bei den meisten "Polizistenmord". Zu Beginn der 70er Jahre wurde von ihnen jedoch keiner zum Tode verurteilt, da ein solches Urteil in der damaligen politischen Situation zum offenen Aufstand geführt und das durch den Vietnam-Krieg angeschlagene Image der USA international weiter verschlechtert hätte. Diesen Gefangenen wurde daher der "soziale Tod" durch lebenslängliches Wegschließen zugedacht.

Mit dem Todesurteil gegen Abu-Jamal ist eine neue Stufe staatlicher Gewalt erreicht. Würde dieses Urteil vollstreckt, würde erstmals seit Jahrzehnten ein politischer Gefangener in den USA legal hingerichtet. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA, angesichts insbesondere der sich rapide verschlechternden sozialen Lage der schwarzen Bevölkerung, wäre eine Hinrichtung nach diesem von Rechtsbeugung geprägten Prozeß wegweisend für die Unterdrückung oppositioneller Bewegungen in den 90er Jahren.

Quellen:

Aufruf der Amerika Gegeninformationspresse (AGIPA-PRESS), Bremen; Faltblatt "Todesstrafe USA" von amnesty international

Materialien zum Fall Mumia Abu-Jamal und zur Todesstrafe in den USA generell sind erhältlich bei:

Amerika Gegeninformationspresse (AGIPA-PRESS), Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen 1

28. Gegen die Diktatur in den Köpfen: Texte gefangener Frauen in Chile

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Chile; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:16

Im März wird der Christdemokrat Aylwin Nachfolger des Diktators Pinochet werden. Chile wird einen Präsidenten haben, der noch heute den Putsch 1973 als richtigen Kampf gegen Kommunismus wertet und der von den politischen Gefangenen nur die Gewaltlosen freilassen will. 1974 hatten die Militärs als politisches Ziel "den sozialen und moralischen Wandel der Mentalität der Chilenen" genannt. Im Dezember 89 stellt der Sozialpsychologe Hector Faundez fest, ein Wertewandel in Chile sei tatsächlich erreicht worden. (vgl. AK 314, S. 35). Neben Ausbeutung und extremer Armut sei der Tod immer präsent gewesen. Ergebnis sei das verschwindende Bewußtsein der eigenen politischen und sozialen Rechte. "Heute wollen die Leute (...) sich nicht mehr einmischen. Der Rückzug aus der Politik ist eine natürliche Verteidigung". Während sich das Wirtschaftsmodell der Militärs auf dem Höhepunkt befinde, stecke die Linke in einer tiefen Krise, ihr fehle die soziale Kraft.

Aber da war doch noch etwas. Aber da ist doch etwas.

Der Verlag Libertäre Assoziation hat jetzt die poesia prisionera, Texte von fünf teilweise jetzt noch gefangenen Frauen, herausgebracht. Den Texten geht ein gründliches Vorwort von Beatriz Brinkmann voraus, die selbst in Chile im Knast saß. Spanischkenner können die Übersetzung mit dem Original vergleichen. Eine Dokumentation über das Zustandekommen des Buches und seine Veröffentlichung in Chile bildet den Schluß. Von der portugiesischen Malerin Maria Lino stammt das Bild auf dem Buchumschlag, der Schattenriß einer Frau aus dem Dunkel heraus, die ihren Arm reckt. Ein liebevoll gemachtes Buch.

Beatriz Brinkmann schreibt im Vorwort: "Für die Diktatur - und leider nicht nur für sie - sind Widerstandskämpfer Terroristen, (...) gefühllos von Zerstörungswut getriebene Subjekte, die keine Achtung vor dem Leben anderer haben. Die Gedichte und die Kurzprosa der Frauen sagen etwas anderes." "(...) Wenn du eine Weizenähre siehst/ gekrümmt durch ihre wunderbare Last/ (...)/ wenn du es schaffst einen Schmetterling zu entdecken in glitzernden Farben/ die deine Augen blenden/ unruhig von Blume zu Blume fliegend/ ohne sich aufzuhalten/ bis die Sonne sein Leben beendet/ (...)/ wenn der Wind dich säuselnd streichelt/ und einer Stimme gleicht, die dich ruft/ wenn der Regen dir das Haar und den Körper durchnäßt/ ist es nicht das Wasser/ es ist das Weinen um deine Abwesenheit/ wenn die Sonne am Himmel zu leuchten scheint/ mehr denn je/ und dein Herz glücklich ist/ ist es meine eigenen Freude die bei dir ist/ deswegen und wegen noch viel mehr/ erinnere mich ich bins".

Viviana Herrera. Agrartechnikerin, 1981 verhaftet, 1983 zu 19 Jahren Haft verurteilt. Das Foto von ihr ist eins von der Art, wie sie auf Fahndungsplakaten üblich sind, unscharf, entstellt, der Mensch kaum erkennbar.

Aber in ihrer Sprache ist Viviana Herrera, eine der fünf schreibenden Gefangenen, scharf erkennbar:

"Du blutest in meiner Vorstellung/ aber nein,/ du verblutest auf den Fliesen/ des Waschraums im Gefängnis,/ allein."

Da ist sie.

Daß politische Gefangene in den Knästen von Aichbach/BRD bis San Miguel/ Chile ihrer Identität beraubt werden sollen, ist kein Geheimnis. Weniger bekannt ist, um was für Menschen mit was für einer Identität es sich hier und dort handelt. Deshalb ist jedes Zeugnis, jeder Brief, jedes Bild aus den Knästen wichtig für uns draußen, gegen den Verschluß in den eigenen Köpfen.

Die poesia prisionera zeigt Menschen, die Sehnsucht nach ihren Kindern haben. Die um einen ermordeten Geliebten trauern. Die der Schönheit einer Musik nachdenken. Die ihren Angehörigen erklären, warum sie den Kampf aufgenommen haben. Die zornig und unversöhnlich anklagen. Die über den Knastalltag schreiben, und über ihn hinaus, gegen die Diktatur.

1987 wird von den Frauen, zusammen mit Besuchern, unter schwierigsten Bedingungen eine Literaturwerkstatt gegründet, stehend, unter den Augen der Schließer, ohne Stift und Papier. Die Gedichte

werden durch die Zensur nach draußen gebracht, die Arbeit wird Stück für Stück legalisiert, schließlich erscheint das Buch öffentlich. Im Knast selbst wird eine Veranstaltung gemacht, zwei Schauspielerinnen und die Genossinnen selbst lesen aus ihrer Arbeit vor, noch auf der Straße warten Menschen, die es nicht mehr geschafft haben, zur Lesung zu kommen. Bruno Serrano, Mitglied des chilenischen Schriftstellerverbandes, schildert eindringlich, wie die Mauern durch Solidarität und Poesie ein Stück weit aufgebrochen werden konnten.

Beim Lesen dieses Buches tauchten in meinem Kopf Ortsnamen auf. Knastortsnamen. Stammheim, Lübeck, Straubing, Celle, Ossendorf.

Die politische Kultur, wachsend aus der Verbindung mit der eigenen Klasse und Klassengeschichte, steckt bei uns, drinnen und draußen, noch in den Anfängen. Vielleicht, bestimmt, ist sie in der Totalität der Entfremdung eigenartig schwierig zu entwickeln. Auf der Fiesta Latina in Hamburg war Selbstkritik und Bedauern über die eigene Farblosigkeit und Klanglosigkeit zu hören.

Ermutigend, herüberzuhorchen, Marcos Ana zu hören:

"An Euch.

(...) Denn die Mauern sind hoch

und die Fenster blind (...)

Ich bitte nicht um Gnade. Ich bitte

nicht mit dünner farbloser Stimme

um Verzeihung für das Leben, das sie mir schulden."

Es ist keine Schwäche, in Kämpfen zu singen, sondern unsere Stärke.

Poesia Prisionera. Texte gefangener Frauen aus Chile. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation, 1989. 93 Seiten. 12,- DM.

Sabine Peters, Aaltuikerei

29. Spanien: Gefangene der GRAPO und PCE(r) im Hungerstreik

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Portugal · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:09

Gefangene der FP25 - eine portugiesische Guerillaorganisation, die für den Erhalt der Errungenschaften der "Nelkenrevolution" kämpfte und Aktionen gegen Unternehmer- und NATO-Einrichtungen durchführte - werden ungeachtet eines verfassungsgerichtlichen Urteils, daß die Untersuchungshaft drei Jahre nicht überschreiten darf, über diesen Zeitraum hinaus ohne Prozeß in Haft gehalten. Einer der hiervon Betroffenen ist in den Hungerstreik getreten, andere Gefangene sind ihm aus Solidarität gefolgt. Wir dokumentieren den Solidaritätsaufruf des Verlags Libertäre Association und zwei Hungerstreikerklärungen.

Hamburg, den 10.1.1990

Liebe Leute,

wir wollen Euch über einen Hungerstreik informieren, der derzeit von politischen Gefangenen - des sogenannten Falles FUP/FP25 - in Portugal geführt wird.

Zur Information kurz vorweg: Die FP25 sind eine Guerillaorganisation, die in der ersten Hälfte der 80er Jahre gegen die Rückgängigmachung der letzten Errungenschaften der Nelkenrevolution (Rückgabe der Kooperativen an ihre ehemaligen Besitzer etc.) kämpfte sowie Aktionen gegen Unternehmer- und NATO-Einrichtungen durchführte.

Die FUP war eine legale linke politische Partei, die von Polizei und Justiz als politischer Arm der FP25 denunziert wurde.

1984 wurden im Rahmen einer Großrazzia zahlreiche Militante, die in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen aktiv waren, verhaftet. Ihnen allen wurde wegen angeblicher Mitgliedschaft in den FP25 der Prozeß gemacht. In den folgenden Jahren wurden weitere Personen festgenommen, die unter der gleichen Anklage einem zweiten Prozeß unterworfen wurden.

Die Anwälte der Gefangenen griffen die Prozesse, in denen hohe Haftstrafen verhängt wurden, auf verschiedenen rechtlichen Ebenen an. Sie hatten schließlich mit einer Verfassungsbeschwerde gegen die Dauer der Untersuchungshaft, die gesetzlich drei Jahre nicht überschreiten darf, bei einigen Gefangenen aber bis zu fünf Jahren andauerte, Erfolg. Fast alle Gefangenen des ersten Prozesses wurden daraufhin freigelassen. Nun wird jedoch José Ramos dos Santos, dessen Untersuchungshaft am 30.11.89 ebenfalls die gesetzliche Höchstgrenze von drei Jahren überschritt, entgegen dem Urteil des Verfassungstribunals weiter illegal in Haft gehalten.

Er trat daraufhin am 10. Dezember in einen unbefristeten Hungerstreik bis zu seiner Freilassung. Ihm schlossen sich in Solidaritätshungerstreiks bisher die Gefangenen Aldino Francisco Mendes Pinto (am 20.12., s. beiliegende Erklärung), Teodósio Alcobia (am 24.12.), Helena Carmo (am 31.12.) und Manuel Couto Ferreira (am 7.1.) an.

Der Gesundheitszustand von Aldino Francisco Mendes Pinto hat sich mittlerweile besorgniserregend zugespitzt.

Wir bitten Euch, den Hungerstreik und die Forderungen der Gefangenen im Rahmen Eurer Möglichkeiten öffentlich zu machen und zu unterstützen. Ihr könnt auch den Gefangenen direkt schreiben. Ihre Adressen lauten:

José Ramos dos Santos

Estabelecimento Prisional de Caxias

2780 Oeiras

Teodósio Alcobia

Estabelecimento Prisional de Lisboa

R. Marques da Fronteira, 54

1000 Lisboa

Manuel Couto Ferreira

Estabelecimento Prisional de Linho

2710 Sintra

Aldino Franciso Mendes Pinto

Estabelecimento de Caxias

2780 Oeiras

Helena Carmo

Estabelecimento Prisional de Lisboa

R. Marques da Fronteira, 54

1000 Lisboa

Schreiben, die sich mit den Forderungen der Gefangenen solidarisieren bzw. gegen das Vorgehen der staatlichen Behörden protestieren, können geschickt werden an:

Pro Amnistia

R. Sao Pedro de Alcantara, 63-1 DT

1200 Lisboa

Tel.: 3463077

Hungerstreikerklärung

Ich, José Ramos dos Santos, Gefangener des Falles FUP/FP25 informiere darüber, daß meine Untersuchungshaft mit dem 30.11.89 endete. Meine Rechtsanwältin hat zu diesem Datum - durch Anträge und unter Bezug auf den Habeas-Corpus-Grundsatz - alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft. Alle diese Versuche waren unwirksam und erreichten nicht, daß die Justiz mich freiließ.

Diese Art, mich gefangenzuhalten, ist ein Revanche-Akt der politischen Gewalt. Als die anderen Gefangenen des Prozesses, in den ich verwickelt bin, freigelassen wurden, sah man prompt alle Organe der kapitalistischen Macht Krokodilstränen vergießen - und dies nur, weil dem Gesetz Genüge getan wurde.

Ich frage: Als die gesetzmäßige Frist der Untersuchungshaft um 16 Monate überschritten wurde, diente das auch der Erfüllung des Gesetzes? Welch eine Heuchelei! Heute besteht kein Zweifel mehr darüber, daß dies eine diskriminierende Maßnahme war, um die Solidaritätsbewegung gegen die Repression zu schwächen und um antikapitalistische Militante unter der gleichen Anklage und um alte Rechnungen zu begleichen, im Knast zu behalten.

Es entspricht nicht meinem Charakter, an dieser Farce teilzunehmen, und ich erbitte nichts von irgendeiner "Institution", aber ich fordere um so mehr, daß die Gesetze dieser Gesellschaft, durch die man mich eingeknastet hat, erfüllt werden.

Ich bin in diesem Augenblick in illegaler Art und Weise Gefangener, und ich klage den portugiesischen Staat der Entführung und des Staatsterrorismus an. Da die politische Verfolgung, deren Ziel ich bin, andauert, bleibt mir nur eins: am 11. Dezember 89 um null Uhr einen Hungerstreik bis zu meiner Freilassung zu beginnen.

Caxias, den 9. Dezember 1989

José Ramos dos Santos

Hungerstreikerklärung

Ich, Aldino Francisco Mendes Pinto, politischer Gefangener des Falles FUP/FP25, teile hierdurch mit, daß ich am 20. Dezember um null Uhr einen Solidaritätshungerstreik mit José Ramos dos Santos beginnen werden, der sich bereits seit zehn Tagen im Hungerstreik befindet.

José Ramos dos Santos wird seit dem 30. November gesetzwidrig gefangengehalten, da alle Gefangenen des ersten Prozesses des Falles FUP/FP25 freigelassen wurden, nachdem sie drei Jahre in Untersuchungshaft waren.

In derselben Situation befindet sich heute José Ramon dos Santos.

Aus welchem Grund wird er nicht freigelassen?

Er befindet sich in diesem Moment im Gefängnis von Caxias, das zu trauriger Berühmtheit gelangte, in widerrechtlicher Haft - unter dem Deckmantel des sogenannten Rechtsstaats, der so einen weiteren Akt des Terrorismus begeht, einen von den vielen, die er täglich gegen die Arbeiter praktiziert.

Die antikapitalistischen Militanten müssen gegen diesen weiteren Akt des Banditentums kämpfen, der durch die Verteidiger des Kapitalismus begangen wird - heute unter dem Deckmantel der politischen Gewalt, der justiziellen Gewalt und der politischen Polizei.

Sie versuchen mit allen Mitteln den Widerstand der Gefangenen des Falles FUP/FP25 und aller Kräfte der revolutionären Linken, die gegen den Kapitalismus kämpfen, zu brechen.

Die Antwort kann nur sein, bis zur Befreiung des Genossen José Ramos dos Santos zu kämpfen.

Caxias, den 19. Dezember 1989

Aldino Francisco Mendes Pinto

30. Ein Schönhuber fürs Grobe - Ein Diwald fürs Programm (A.P. Zaleshoff)

Rubrik: Republikaner; Deutsche Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:14

Das neue REP-Programm bietet einen Schuß Neue Rechte, einen Schuß Zeitgeist, aufgefüllt mit NPD-Verschnitt und den Versuch, verfassungstreu und intellektuell zu wirken.

Thorsten Papproth, ehemaliger Jungstar der NPD in Baden-Württemberg und inzwischen zur Konkurrenz der falschen Republikaner übergelaufen, beklagt in der Dezember-Ausgabe der REP-nahen Zeitschrift "Europa Vorn": "Bei den REPs sieht es so aus, daß zwar eine Menge gutwilliger Leute ständig dazu kommen, aber: Das Stammtischproletariat bleibt, die Opportunisten etablieren sich und die Intelligenz wandert nach und nach enttäuscht wieder ab. Eine Besserung ist nicht in Sicht."

Papproth wird mit der abwandernden Intelligenz kaum den niedersächsischen Landesvorsitzenden Margraf gemeint haben, der ein halbes Jahr nach den Enthüllungen über seine NPD- Vergangenheit durch die antifaschistische Zeitung "Der rechte Rand" bei den REPs das Handtuch geworfen hat. Er wird sich wohl auch nicht auf die schon vorher ausgetretenen Gegner Margrafs berufen, die inzwischen die "Demokratischen Republikaner" gegründet haben und versuchen, sich einen durch und durch demokratischen Anstrich zu geben. Sie alle, die traditionellen NPD-Anhänger und die konservativen Hardliner, stellen für ihn nur ein Auslaufmodell in der Politik dar. Für ihn ist es wichtig, die sogenannte Neue Rechte zu gewinnen, den Neofaschismus der REP programmatisch zu modernisieren und damit langfristig in der politischen Rechten hegemoniefähig zu werden.

Parteiführer Schönhuber, dessen Führerqualitäten auch in der eigenen Partei zunehmend bezweifelt werden, muß umfassendere Ziele haben. Als erfahrener Medienmensch weiß er natürlich, daß Programme eine bestimmte, begrenzte Bedeutung haben. Für eine positive Wahlentscheidung sind sie oftmals unbedeutend. Viele der Anhänger kennen das bestehende Programm nicht einmal. So eine der wenigen zutreffenden Bemerkungen von Claus Leggewie in seinem Büchlein über die REP. Er unterschlägt dabei, daß dies auf alle anderen Parteien ebenso zutrifft.

Wozu ist also ein Programm nütze? Warum fordert Schönhuber trotz der begrenzten Wirkung eines Programms eine Intellektualisierung der Partei? Warum bemüht er für die Abfassung des Programmentwurfs, der auf dem REP-Parteitag in Rosenheim am 13./14. Januar verabschiedet wurde, so hochkarätige bekannte Rechte wie die Professoren Diwald und Schlee sowie die Vaterfigur der deutschen Neuen Rechten, Armin Mohler? Warum erfolgt eine Überprüfung "auf Punkt und Komma" auf die Grundgesetzkonformität des Programmentwurfes durch einen hohen Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der dort zuständig für die Ausländerüberwachung ist und keinen Widerspruch darin sieht, zugleich für die REPs tätig zu werden?

Schönhuber weiß natürlich, daß es für ihn mit seiner rhetorischen Begabung möglich ist, die Lufthoheit über den Stammtischen auch außerhalb Bayerns herzustellen, doch ist er neben seinem Adlatus Neubauer nahezu als einziger dazu in der Lage. Zweitens werden bei den Biertischveranstaltungen zwar Wähler gewonnen, notwendig sind jedoch ebenso Mitglieder und Funktionäre, die auch in der Öffentlichkeit vorzeigbar sind. Diese Notwendigkeit ist Schönhuber wohl spätestens durch den ehemaligen Westberliner Landesvorsitzenden Andres verdeutlicht worden, von dem ein REP-internes Bonmont besagt, daß er zwar über jedes Thema reden könne, jedoch über keines länger als drei Minuten.

Nachdem es gelungen, war die Konkurrenz im eigenen Lager, die NPD und die DVU deutlich zu distanzieren, kommt es nun für die REP darauf an, möglichst große Anteile des deutschnationalen und konservativen Flügels der Unionsparteien langfristig an ihre Partei zu binden und so zu garantieren, daß das Projekt "Republikaner" mehr wird als eine Eintagsfliege. Wollen die REP länger als einen Sommer tanzen, muß ein Programm auch für Konservative attraktiv sein - ohne daß die bisherigen rassistischen und antidemokratischen Inhalte verleugnet werden.

Von Programm zu Programm

So ist jedes Programm auch gleichzeitig ein deutlicher Hinweis auf den jeweiligen Entwicklungsstand einer Partei. Das erste Programm der REP, verabschiedet 1983, war vorwiegend dazu gedacht, die REP als die

eigentlichen Konservativen zu profilieren, als diejenigen die durch das Ausbleiben der "Wende" und den durch Strauß vermittelten Milliarden-Kredit an die DDR von den Unionsparteien verraten worden sind. Die Nähe zur bisherigen politischen Heimat CSU ist im ersten Programm unübersehbar.

Die zweite programmatische Verlautbarung, das "Siegburger Manifest" von 1985, hatte andere Aufgaben zu erfüllen. Zu dieser Zeit umwarben die REP heftig ehemalige NPD-Mitglieder, die speziell in Bayern teilweise mit ganzen Ortsverbänden die Parteizugehörigkeit wechselten. Es galt für die REP damals, zur dominierenden Partei innerhalb des Neo-Faschismus zu werden. Logischerweise enthielt dieses kurze Manifest deshalb einen hohen Anteil an rechtspopulistischen und deutschnationalen Anteilen. Der Durchbruch gelang damit allerdings noch nicht. Noch fehlten vorzeigbare Erfolge, die die REP bei Wahlen zu einer attraktiven Alternative gemacht hätten. Dies änderte sich erst nach den bayerischen Landtagswahlen 1986, bei denen die REP zur Überraschung vieler auf Anhieb mehr als 3% der Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Danach schien es durchaus realistisch zu sein, daß es gelingen könnte, die stärkste Partei rechts von der Union zu werden. Verstärkt kam es jetzt darauf an, möglichen Wählern aus dem Lager des Neofaschismus einen hohen Wiedererkennungswert mit den eigenen Anschauungen in den Äußerungen von Funktionären und den Verlautbarungen der Partei zu bieten. Genau dies war die Funktion des beim Bremerhavener Parteitag (2./3. Mai 1987) verabschiedeten Programms. Die dort vertretenen Positionen waren teilweise denen des ersten Parteiprogramms genau entgegengesetzt. Ausländerfeindlichkeit und Rassismus erhielten einen bestimmenden Stellenwert, die Gewerkschafts-, Demokratie- und Frauenfeindlichkeit der Aussagen war unübersehbar. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war das konservative Fremdbild, daß sich die REP in der Vergangenheit aufgebaut hatten, in Gefahr, durchlöchert zu werden. In Programmanalysen wurde begonnen, den neofaschistischen Charakter der REP nachzuweisen.

Dies hielt in der Folgezeit viele Wähler nicht davon ab, die REP zu wählen. Sie sind zwar auch eine soziale Protestpartei, aber eben nur unter anderem. Wesentlich wurden sie, am erfolgreichsten bei den EG-Wahlen und zuvor in Westberlin, gewählt, weil sie neofaschistische Positionen vertreten, nicht obwohl sie diese haben. Sie können sich schon jetzt der Zustimmung zumindest eines Teils der 13% Menschen mit einer "festgefügten rechtsextremistischen Einstellung" sicher sein, die das SINUS-Institut in seiner Umfrage Anfang der achtziger Jahre festgestellt hatte.

Die Ziele Schönhubers sind jedoch weitergehend. Das bisher Erreichte genügt ihm nicht. Sein Ziel ist es, einerseits den üblen Geruch des Neofaschismus aus den Nasen möglicher Mitglieder und Wähler zu vertreiben (deshalb die "Überprüfung" durch den Verfassungsschutzbeamten), zum zweiten die REP als eine "moderne" Partei zu präsentieren, die nichts mit dem Faschismus traditioneller Art zu tun hat, und drittens und wichtigstens die REP mittelfristig zum Koalitionspartner der Unionsparteien anstelle der FDP zu machen. Dazu bedarf es neben der Unterstützung durch CDU-Politiker wie Lummer, Hasselmann und Wagner auch einer Abwerbung der konservativen Wählerschaft. Dies zu ermöglichen ist die Aufgabe des neuen Parteiprogramms.

Prominente Intellektuelle

Als Hauptverfasser des neuen Programms treten deshalb auch einige Intellektuelle in die Öffentlichkeit, die auch in konservativen Kreisen prominent sind und dort einen guten Namen haben. Sie sollen im folgenden kurz vorgestellt werden, da schon ihre Namen in gewisser Weise Programm sind.

Helmut Diwald ist Professor für Mittlere und Neuere Geschichte in Erlangen. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er durch seinen voluminösen Bestseller "Geschichte der Deutschen" bekannt. Mit diesem Buch wurde bereits vor zehn Jahren das eingeleitet, was später als die Historiker-Debatte zur Revision des Geschichtsbildes bekannt wurde. Diwalds Name hatte allerdings schon zuvor einen guten Klang in rechten Kreisen. Er entstammt der Münchener Burschenschaft "Danubia", lange Zeit eine Kaderreserve für die NPD, und er ist aktiv in der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Zeitungen des Braunzonenspektrums konnten stets auf seine Mitwirkung rechnen. Die national-neutralistische Fraktion der "Deutschen Burschenschaft", des Zusammenschlusses der schlagenden Verbindungen, hat sich nach ihm "Diwaldianer" benannt, da er es war, der in diesen Kreisen das Programm einer Lösung aus dem westlichen Bündnis und einer deutschen Neuvereinigung in einer neutralen Konfö deration ausformulierte. Teile dieses Gedankengutes hat mit mehr als zehnjähriger Verspätung auch Bundeskanzler Kohl übernommen. In Oggersheim gehen die Uhren halt anders. Diwald hat mit diesen Positionen übrigens nicht nur für die falschen Republikaner gedankliche Vorarbeit

geleistet. Seine Gedanken sind ebenso im 1987 verabschiedeten Programm der NPD verarbeitet. Neben seiner Lehrtätigkeit wirkt Diwald führend in der geschichtsrevisionistischen "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt", die eng mit der Zeitschrift "Mut" kooperiert.

Autor eben dieser Monatszeitschrift ist auch der nächste prominente Mitverfasser des Programmentwurfes, Rolf Schlierer. Auch er ist Identifikationsfigur für eine bestimmte Zielgruppe. Der Arzt und Jurist Schlierer war jahrelang Chefredakteur der burschenschaftlichen Zeitung "student", die nie ein Problem bei der Zusammenarbeit mit Neofaschisten hatte. Dieser auch deutschlandpolitisch aktive junge Mann hatte sich in der Vergangenheit ebenfalls in rechtskonservativen Kreisen einen gewissen Namen gemacht. So gehörte er immerhin dem Präsidium des vom ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten geleiteten "Studienzentrums Weikersheim" an, bis seinem Vorsitzenden Filbinger wegen des innerparteilichen Druckes nichts anderes übrig blieb, als ihn aus diesem Amt zu entfernen.

Auch Prof. Emil Schlee gehört zu den Programmautoren. Der ehemalige Mainzer Professor, jetzt Landesvorsitzender der REP in Schleswig-Holstein und Abgeordneter im EG-Parlament, soll das Spektrum der Vertriebenen abdecken. Als stellvertrender Bundesvorsitzender des "Bundes der Mitteldeutschen" scheint der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete dazu bestens geeignet. Schon zu den Zeiten seiner CDU-Mitgliedschaft war er jedoch häufiger und gern gesehener Referent bei den unterschiedlichsten neofaschistischen Organisationen. Auch in den Vertriebenenverbänden hat er noch großen Einfluß. Wie die beiden o.a. Vordenker verdeutlicht seine führende Mitwirkung, als Leiter der Bundesprogrammkommission, das Primat des Nationalismus im Denken der der angeblichen Republikaner.

Letzter und sicherlich einflußreichster der vier Männer ist Armin Mohler, der Schönhuber spätestens seit ihrer gemeinsamen Arbeit im kurzlebigen "Deutschlandrat" eng verbunden ist. Nicht ohne Grund findet sich an hervorgehobener Stelle der Dezember-Ausgabe des Parteiorgans "Republikaner" ein Inserat für Mohlers inzwischen in dritter Auflage vorliegendes Standardwerk "Die konservative Revolution". Mit diesem Buch entriß er nach dem Ende der Nazi-Diktatur diejenigen konservativen Denker wieder der Vergessenheit, die an der ideologischen Vorbereitung der NS-Herrschaft mitgearbeitet hatten. Er sorgte dafür, daß diese Ideologen in Frankreich bekannt wurden. Verantwortlich für diese Verbreitung ist die französische Neue Rechte, der GRECE, der in den entsprechenden Werken eine hohe Geistesverwandtschaft feststellte. Alain de Benoist, Kopf dieser Neuen Rechten, kann als geistiger Zögling Mohlers bezeichnet werden. Mohler wiederum war auch als Autor für die Zeitschrift des GRECE, "Nouvelle Ecole" tätig. Hervorzuheben sind jedoch auch die engen Verbindungen Mohlers zur Industrie. Nach seiner Tätigkeit als Privatsekretär Ernst Jüngers und seiner Phase als Journalist (u.a. für die "National-Zeitung" von Frey) war er lange Jahre Geschäftsführer der Siemensstiftung und damit zuständig für die ideologische Ausprägung zahlloser Manager und Intellektueller. Mohler ist ohne Zweifel das Aushängeschild für die Intellektualisierung der Partei, deren Notwendigkeit von der Führungsspitze immer wieder betont wird. Wie sagte Schönhuber schon vor einigen Jahren: "Die vorzeigbaren Leute kommen erst mit dem Erfolg."

Das also sind die Personen, die hauptverantwortlich für den Programmentwurf zeichnen. Ihre auch persönliche Nähe zum Führer Schönhuber ist als Garant dafür anzusehen, daß keine ihm widerstrebenden Inhalte in den Entwurf eingebracht werden.

Wiedervereinigung

Im folgenden soll vor allem auf den zentralen Programmteil, die nationalistische Konzeption der REP, eingegangen werden. Ihm sind alle anderen Programmpunkte, auch die Ausländerfeindlichkeit und der Rassismus, untergeordnet. Die REP beanspruchen, eine deutschlandpolitische Konzeption vorzulegen, die in der Lage ist, das zu verwirklichen, was die Unionsparteien seit über 40 Jahren versprochen haben: die Wiedervereinigung.

Für die Präambel unter dem Titel "Unser Programm heißt Deutschland", die immerhin fast vier Seiten umfaßt, zeichnet Helmut Diwald verantwortlich. Weder in dieser Präambel, noch in dem Kapitel "Deutschland-, Außen- und Verteidigungspolitik", das auf ein wohl als äußerst notwendig angesehenes "Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung" folgt, findet sich eine Aussage über die Grenzen, die ein solches "wiedervereinigtes" Deutschland haben soll. Ansonsten lassen die Ausführung Diwalds allerdings an

Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Er hält eine Generalabrechnung mit der angeblich bisher bestimmenden Politik.

Gleich im zweiten Absatz betont er: "Unsere Politik entzieht sich (...) dem Diktat und den Auflagen der Siegermächte von 1945." Seine Schlußfolgerung: "Deshalb lehnen wir das Verhalten der Altparteien ab, Politik hinzunehmen als Fortführung der feindlichen Kriegspropaganda mit den Mitteln der Umerziehung und Erziehung, Infiltration und Medien. Wir verweigern uns einer Politik der ununterbrochenen Schuldtilgung, zu der wir Deutschen seit Jahrzehnten über die Generationen hinweg genötigt werden." (S. 2)

Auffällig schon der Gebrauch des Wortes Altparteien, der einerseits signalisiert, daß die bisher im Bundestag vertretenen Parteien eigentlich eine Einheit seien, zum zweiten veranschaulichen soll, daß die REP zu diesen eine grundsätzliche Alternative darstellen, und zum dritten aber offensichtliche Parallelen zum von den Nazis gebrauchten Wort von den "Systemparteien" in der Weimarer Republik aufweist. Wurde damals von den Nazis den Parteien, die den Staat von Weimar inhaltlich trugen, vorgeworfen, sich dem "Schanddiktat der Siegermächte von Versailles" gebeugt zu haben, so sind es heute das Potsdamer Abkommen und die bei der Konferenz von Jalta konzipierte Nachkriegsordnung, die den erbitterten Widerstand der REPs und aller anderen Neofaschisten hervorrufen. Auch hier wird wieder das Wort vom "Diktat der Siegermächte" verwendet. Die Gegnerschaft gilt der "feindlichen Kriegspropaganda", die von den Verbündeten des Feindes im eigenen Land betrieben wird. Propaganda hat im Alltagssprachgebrauch auch die Eigenschaft, Äußerungen zu kennzeichnen, die es mit der Wahrheit nicht allzu genau nehmen. Schon an dieser Stelle des Programms wird also kaum verblümt eine Veränderung und Umschreibung unseres Geschichtsbildes über die jüngste Vergangenheit gefordert.

Noch deutlicher wird Diwald im folgenden Absatz, wenn er schreibt: "Unser Programm ist ein Manifest der Erneuerung, der Wiederbesinnung auf Normen, deren imperative Verbindlichkeit im Verlauf der Nachkriegsgeschichte verschüttet, vergessen oder aus Opportunität und Willfährigkeit fremden Interessen gegenüber bewußt unterdrückt wurde." Alles klar: Wir anders handelt als die REPS denken, der/die ist ein Agent der ehemaligen Siegermächte, die noch immer das deutsche Volk unterdrücken. Noch etwas ist aus dem Text herauszulesen, ohne daß interpretatorische Mühe aufgewendet werden müßte: Wenn Diwald schreibt, daß die REP die Wiederbesinnung auf die Normen wollen, die nach 1945 nicht mehr galten, dann müssen sie ja in der Zeit davor, also in der Nazizeit, gegolten haben. Er fordert also explizit die Rückkehr zu den in der NS-Zeit gültigen Werten. Ein "Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung" wie in Kapitel 1 behauptet?

Die Anknüpfungspunkte an die NS-Ideologie sind in Diwalds Ausführungen nicht zu übersehen. So heißt es bei ihm im weiteren Text: "Insofern sind wir Republikaner zwar eine politische Partei, unser Programm jedoch lebt nicht allein von parteipolitischen Zielsetzungen, sondern ruht vor allem auf den Fundamenten jener Rechte und Pflichten, die unserem Volk die Orientierung liefern für das gesellschaftliche Zusammenleben und seine entsprechenden Ausgestaltungen in Familie, Erziehung, Kultur, Wirtschaft - allgemein für die Lebens- und Daseinsordnung." Nach Diwald sind die REP also zwar eine politische Partei, gleichzeitig jedoch mehr als eine Partei, das sie dem Volk insgesamt verpflichtet sind. Auch die Reklamierung einer Position als "Über-Partei" ist in der Parteiengeschichte nicht neu. Auch die NSDAP betonte, sie sei eine Bewegung, nicht jedoch eine Partei im herkömmlichen Sinne. Der Appell an den völkischen Charakter und die völkische Verankerung der Politik läßt sich im nationalistischen Denken mindestens bis Wilhelm II. zurückverfolgen, der betonte, er kenne keine Parteien mehr sondern nur noch Deutsche. Die Deutschlandpolitik der REP ist völkisch geprägt, was eine Verknüpfung mit dem Rassismus wie in der Vergangenheit geradezu notwendig macht.

Deutschland gerinnt dabei in den Ausführungen zu einer mystischen Größe. "Deutschland selbst ist nicht zu vernichten", betont Diwald, existiert also ewig, unabhängig von seiner staatlichen Form. Der Mythos Deutschland soll "zum Kardinalpunkt unserer Außenpolitik" gemacht werden. Auch in dieser Forderung gibt es Übereinstimmung, wie an so vielen Stellen, mit dem gültigen Parteiprogramm der NPD. Übereinstimmend ist jeweils auch die Begründung für die Notwendigkeit der geforderten Maßnahmen. So ist folgerichtig der Rest der Präambel sowie des folgenden deutschlandpolitischen Teils weitgehend NPD-Verschnitt, der lediglich aus taktischen Rücksichten besser auf die Denkstrukturen konservativer Menschen zugeschnitten wurde. Wie die NPD drohen die REP: "Solange Deutschland nicht wiederhergestellt ist, gibt es in Europa keinen wirklichen Frieden."

Eigentlich ist es unnötig zu betonen: "Wir Republikaner sind und bleiben Antikommunisten ...", doch glauben die REP wohl zu recht, daß viele Altrechte mit den neurechten Gedankengängen noch nicht hinreichend vertraut sind und Forderungen nach gesamtdeutschen freien Wahlen, einem neutralen und bewaffneten Staat und das Bezweifeln der Sinnhaftigkeit der Westintegration nach wie vor für kommunistische Propaganda halten. Neu am Programm der REP ist nicht die Zielsetzung, neu sind lediglich die vorgeschlagenen Wege. Nicht mehr für eine de facto-Annexion der DDR wird plädiert, wie es in den vergangenen Jahrzehnten auch die Unionsparteien praktiziert haben, da dies die deutsche "Wiedervereinigung" keinen Schritt näher gebracht hat. Die REPs versuchen nichts weniger, als sich als der realistischste Teil der bundesdeutschen Rechten darzustellen.

Angeblich dient eine solche Politik der Friedenssicherung, so jedenfalls der Programmentwurf. Was jedoch bedeutet die Umsetzung der Forderung tatsächlich? Schon eine Konföderation mit der DDR würde einen Staat von 80 Millionen Menschen in der Mitte Europas schaffen. Es wäre der bevölkerungsmäßig stärkste europäische Staat (abgesehen von der UdSSR), es wäre ein Wirtschaftsgigant, und es wäre zumindest potentiell die stärkste Militärmacht, gelegen im Zentrum des Kontinents mit einer beherrschenden Stellung auf die umliegenden Länder. Die Schutzfunktion der bisherigen Staatengemeinschaft der sich sozialistisch nennenden Länder entfällt zukünftig weitgehend. Wer also sollte weitergehenden territorialen Ansprüchen Widerstand entgegensetzen? Diese Tatsache macht die Betonung der Äquidistanz sowohl zu den USA als auch zur UdSSR sinnvoll, denn ein solches Großdeutschland im Zentrum Europas mit Hegemonialfunktion dort wäre durchaus in der Lage, sich als dritte Großmacht zu etablieren. Der gegenwärtige Zerfallsprozeß der Sowjetunion und die hohe Verschuldung der USA lassen solche Pläne als durchaus verwirklichbar erscheinen. In dieser Abwendung von der Politik der alten Rechte, die Erweiterung des Deutschlandkonzepts zu einem Europakonzept beinhaltend, dürfte auch der Grund für die Hinwendung zahlreicher Nationalrevolutionäre der verschiedensten Grüppchen zu den REP zu suchen sein. Der "Staubsaugereffekt", den die REP auf die gesamte Rechte ausüben, ist inzwischen so stark geworden, daß sich ihm keine Fraktion mehr widersetzen kann. Dies gilt sogar für die offen terroristische Fraktion. FAP-Mitglieder kandidierten im Herbst 1989 auf REP-Listen zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, der hessische Landesverband der FAP will zu den Bundestagswahlen 1990 auf eine eigenständige Kandidatur zugunsten der REP verzichten.

Neofaschismus

Es wäre müßig, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Einzelforderungen im Programmentwurf detailliert vorzustellen und einer Einzelkritik zu unterziehen. Entscheidend ist der Kern des Programmes, das nationalistische Konzept. Hier gilt es für die Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik anzusetzen. Meiner Ansicht nach wäre es deshalb ein falsches Konzept, sich in der antifaschistischen Arbeit auf die Bekämpfung der REPs zu beschränken, so notwendig diese Auseinandersetzung auch ist. Es ist höchste Zeit, gegen alle Ausprägungen des Nationalismus entschieden vorzugehen. Dies gilt für entsprechende Vorstellungen der Unionsparteien ebenso wie für die viel zu lange sträflich vernachlässigten Vertriebenenorganisationen, die wieder einmal stark neofaschistisch durchsetzt sind, wie auch für diejenigen Teile von Sozialdemokratie und Grünen, die noch immer nicht begriffen haben, daß nationalistische Konzeptionen immer demokratischen, sozialen und ökologischen Bestrebungen entgegenwirken, für ihre eigenen Ziele also kontraproduktiv sein müssen.

Notwendig ist immer wieder die Betonung des engen inhaltlichen Zusammenhangs zwischen einer völkischen Begründung des Nationalismus und rassistischen und ausländerfeindlichen Positionen. Nicht Deutschland hat im Mittelpunkt unserer Argumentation zu stehen, sondern im Vordergrund haben die Forderungen nach Verwirklichung der Demokratie und der Menschenrechte zu stehen. Wir müssen vermeiden, uns auf den Argumentationsstrang des politischen Gegners zu begeben, müssen vielmehr selbst die Inhalte der Auseinandersetzung bestimmen. Dazu gehört auch die Hervorhebung, daß das nationalistische Konzept der REP durchaus im Interesse des Großkapitals liegt. Eine nichtkriegerische Ausweitung Deutschlands zur europäischen Hegemonialmacht ist für diese Kreise ein immer noch attraktives Modell. Daß die Aussichten zu seiner Verwirklichung zunehmend günstiger eingeschätzt werden, zeigt sich auch im Abbröckeln der bisherigen Zurückhaltung bei der offenen Unterstützung der REP. So gab es großformatige Anzeigen von Opel und BMW in der Berliner Zeitung der REPs, "Die rechte Zeit", und in der Januar-Ausgabe der REP-nahen Zeitung "Europa vorn" findet sich ein ganzseitiges Inserat der Versicherungsgruppe Provinzial. Dies bedeutet zwar nicht, daß die REP schon die Partei des Großkapitals wären, es signalisiert jedoch eine Trendwende und

veranschaulicht nochmals, für diejenigen, bei denen es in Vergessenheit geraten ist, die Notwendigkeit eines explizit antikapitalistischen Antifaschismus. Warum alte Erkenntnisse vergessen, wenn sie nach wie vor gültig sind.

Eine isolierte Programmanalyse allein ist sicher nicht ausreichend für eine zutreffende Charakterisierung der REP. Dies gilt erst recht nach der Verabschiedung des vorliegenden Programmentwurfs, der auch geprägt ist von dem Bedürfnis der Glättung allzu auffällig neofaschistischer Passagen, der Tarnung und des Zeitgeistes. Oftmals werden wir zur Argumentation die Äußerungen von Repräsentanten der Partei ebenso heranziehen müssen wir deren neofaschistische Vergangenheit. Die personelle Zusammensetzung einer Partei hat ebensolche Aussagekraft wie die Äußerungen des oberbayerischen Bezirksvorsitzenden Franz Glasauer, der vorgeschlagen hatte, das Baugelände in Wackersdorf zu einer Art von KZ für Demonstranten umzugestalten. Seine Wiedereinsetzung ins Amt ist genauso bezeichnend wie die Tatsache, daß Jürgen Rühmann, der 1986 in einer von ihm verfaßten Broschüre für Euthanasie und Ausweisung aller Kriegsdienstverweigerer als Vaterlandsverräter eingetreten war, noch immer stellvertretender Kreisvorsitzender der REP in Peine ist. Auch an solchen Beispielen läßt sich zeigen, daß die von Schönhuber angekündigten Säuberungsmaßnahmen in der Partei nicht mehr als demagogischen Charakter besitzen. Meine Schlußfolgerung aus dieser Tatsache ist, daß es immer wieder notwendig ist, den neofaschistischen Charakter der REP zu verdeutlichen und darauf hinzuweisen, daß für Neofaschismus kein Platz in einer Demokratie sein darf. Die REPs sind zu bekämpfen als Neofaschisten, denn sowenig eine Schwalbe einen Sommer macht, sowenig machen einige ehemalige CDU-Mitglieder aus einer neofaschistischen eine neokonservative Partei.

Andreas P. Zaleshoff

31. Göttingen: Frontbegradigung - AntifaschistInnen auf der die Anklagebank?

AntifaschistInnen auf der Anklagebank?

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; SPD; Grüne (und Vorläufer); Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:25

In Niedersachsen haben die Verantwortlichen Routine in der Verwaltung von Polizeiaffären. Aus diesem reichen Erfahrungsschatz scheint man derzeit auch in Göttingen zu schöpfen. Da treiben verhetzte Polizeibeamte mit dem Einsatzbefehl "Plattmachen" AntifaschistInnen - zum Schutz von Neonazis - auf eine vielbefahrene Hauptstraße und damit Conny in den Tod. Werden die beteiligten Polizeibeamten und die verantwortlichen Einsatzleiter vom Dienst suspendiert? Keineswegs! Werden gegen sie Anklagen von der Staatsanwaltschaft erhoben? Äußerst unwahrscheinlich!

Dafür nimmt sich die Staatsanwaltschaft erst einmal die PolizeikritikerInnen vor. Und sind die Vorwände noch so fadenscheinig, es wird intensiv und ernsthaft ermittelt. Damit hierfür die nötige politische Ruhe herrscht, hat der Innenausschuß des niedersächsischen Landtages mittels großer Koalition eine öffentliche Aufklärung blockiert und die SPD schickt sich an, ihre KritikerInnen aus den eigenen Reihen endgültig abzuservieren.

SPD sägt Landtagskandidatin ab

Weder die Vorgänge, die zu Connys Tod am 17.11.89 führten, noch die Ausschreitungen der Polizei auf der bundesweiten Demonstration am 25.11.89 sind annähernd in der Öffentlichkeit aufgeklärt. Und doch sind die ersten personellen Konsequenzen schon gezogen. Daran glauben mußte die SPD-Landtagskandidatin Hulle Hartwig, die es gewagt hatte, nicht nur zur Demonstration am 25.11. aufzurufen, sondern auch die Polizei wegen ihres provokativen Verhaltens zu kritisieren. Hulle Hartwig hielt an ihrer Wahrnehmung, daß die Polizei die Eskalation gewollt hatte, auch dann noch fest, als die Landes-SPD die Polizeiversion innerhalb der Partei durchgesetzt hatte (siehe dazu ak 314). Auch die Göttinger SPD übernahm diese Version ausnahmslos, nachdem die "Gewerkschaft der Polizei" und Scharfmacher, wie der Landtagsabgeordnete Glogowski, und der Chef der Schutzpolizei im Regierungsbezirk Braunschweig, Helmut Door (SPD), heftig interveniert hatten.

Als der Druck innerhalb der SPD zu groß wurde, trat Hulle Hartwig von ihrem Posten als Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes zurück. Hulle Hartwig in ihrer Rücktrittserklärung: "Ich habe die Tragweite meiner Äußerungen im Zusammenhang mit den Göttinger Polizei-Einsätzen und der Demonstration am 25.11.89 nicht richtig eingeschätzt." (Göttinger Tageblatt, 10.1.90). An ihrer Landtagskandidatur wollte Hulle Hartwig jedoch "unbeirrt" festhalten.

Der Rücktritt Hulle Hartwigs fiel just in eine Zeit, als durch Polizeifunkmitschnitte die Richtigkeit und Berechtigung ihrer Kritik mehr als unterstrichen wurde. In der Tat hatte die Polizei das Abräumen der Demonstration im großen Stile geplant, hatte die Eskalation um jeden Preis gesucht, und dies obwohl selbst nach der Ansicht des Einsatzleiters, Göttingens Polizeichef Lothar Will, die er auf einer Versammlung der "BürgerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt" darlegte, die Demonstration "glimpflich" verlaufen sei. (Göttinger Woche, 26.1.90) Der versuchte Wasserwerfereinsatz, der Versuch der Einkesselung - alles grundlos. (Siehe dazu auch ak 314)

Den wahren Kern der Auseinandersetzung schälten dann auch die lokalen SPD-Größen Thomas Oppermann und Inge Wettig-Danielmeier in einer gemeinsamen Erklärung heraus, in der sie Hulle Hartwigs Rücktritt "begrüßten". Der Schritt sei "sicher ein Beitrag zur Beendigung der heftigen parteiinternen Auseinandersetzungen und dazu, die Diskussion wieder auf die wichtigen anstehenden politischen Probleme zu lenken." In der Tat. Für Sozialdemokraten war es noch nie ein wichtiges politisches Problem, wenn in diesem Land Ausländer von Neonazis zusammengeschlagen wurden und werden und wenn Polizisten, die in der Öffentlichkeit in Verdacht geraten, Sympathisanten der "Republikaner" zu sein, dabei bestenfalls zusehen, schlimmstenfalls aber eingreifen und AntifaschistInnen in den Tod jagen.

Damit die parteiinterne Auseinandersetzung aber gänzlich zugeschüttet wird, haben sich namentlich der niedersächsische SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder und der Bezirksvorstand aufgemacht, auch die Landtagskandidatur von Hulle Hartwigs zu kassieren. Am 27.1.90 faßte der Vorstand des SPD-Bezirks

Hannover den Beschluß, "Einspruch gegen ihre Nominierung einzulegen". (GT, 29.1.90) Damit wird das Nominierungsverfahren neu aufgerollt und die Wahlkreiskonferenz hat neu zu entscheiden. Ein Verfahren, daß in der Niedersachsen-SPD einmalig ist - aber was tut man nicht alles, um Kritik von der Polizei fernzuhalten.

Große Koalition im Innenausschuß

Ähnliche Überlegungen müssen auch die höchsten Kontrolleure der Niedersächsischen Polizei angestellt haben. In seiner jüngsten Sitzung beschloß der Innenausschuß des Niedersächsischen Landtags am 24.1.90 einen Antrag der Grünen abzulehnen, "in dem die Offenlegung der Gründe und Umstände für die polizeilichen Maßnahmen, die gegen die Großdemonstration getroffen worden waren" verlangt wurde. (Presseerklärung "Die Grünen im Landtag", 24.1.90) SPD, FDP und CDU zeigten große Einhelligkeit bei der Vertuschung des tatsächlichen Geschehens am 25.11.89. Dies umso mehr, weil ab diesem Tag unübersehbar geworden war, daß der Innenausschuß in seiner Sitzung vom 29.11.89 vom Innenministerium und der Polizeiführung in allen wesentlichen Fragen belogen worden war:

- Obwohl der Polizeifunk belegt, daß die Polizei am Polizeirevier Am Steinsgraben die Spitze der Demonstration mit Wasserwerfer abräumen wollte, was lediglich aus Gründen des Dilettantismus der Polizei und dem schnellen Vorbeimarsch der DemonstrantInnen nicht klappte, erzählte der Inspekteur der Schutzpolizei Schulze dem parlamentarischen Kontrollorgan, daß sich der Einsatzleiter "zähneknirschend" entschlossen habe, auf ein "Einschreiten gänzlich zu verzichten, weil sich anderenfalls eine Situation hätte ergeben können, die für jeden, der die Verantwortung übernehmen muß, unübersehbar geworden wäre."

- Obwohl der Polizeifunk belegt, daß Am Steinsgraben die Demonstration mit Polizeiketten gestoppt werden sollte, um so einen halbwegs kontrollierten Zugriff auf den "Schwarzen Block" zu bekommen, bestritt dies der Innenminister hartnäckig im Ausschuß.

- Und obwohl man sogar in der Presse nachlesen konnte, daß die Abschlußkundgebung am Rathaus von der Polizei langsam eingekesselt wurde und deshalb abgebrochen und vor das Juzi verlegt worden war (vgl. FR, 27.11.89), behauptete der Innenminister, daß "überhaupt keine Rede" davon sein könne, "daß die Kundgebung als solche zum Juzi verlegt worden sei."

Es gab also gute Gründe, zur absoluten Geheimhaltung überzugehen. Das ganze Gerede der SPD davon, daß man "keine vorschnellen Urteile fällen", "keine Vorverurteilung der Polizei betreiben" soll, sondern eine "sachgerechte Aufklärung abwarten" müsse, entpuppte sich als Heuchelei. Und der Abgeordnete Glogowski empfiehlt sich heute schon als zukünftiger Innenminister, als einer, der weiß, was von ihm erwartet wird, wenn es denn nach der Landtagswahl zu einer Mehrheit für die SPD reicht.

Anzeige gegen Grünen- Landtagsabgeordneten

Die Göttinger Staatsanwaltschaft ermittelt aufgrund der Anzeige "eines Bürgers" gegen den Grünen-Landtagsabgeordneten Jürgen Trittin, weil er wegen seiner Beteiligung an der Demonstration am 25.11.89 damit angeblich gegen das Versammlungsgesetz verstoßen und "psychische Beihilfe zum Landfriedensbruch" geleistet haben soll. Außerdem steht er im Verdacht, "falsche Anschuldigungen gegen die Göttinger Polizei erhoben zu haben", weil er gesagt hatte, die Polizei habe "Beamte verheizt" und "Verletzte in Kauf genommen". (FR, 16.1.90)

Obwohl die Anzeige von ihrem Inhalt her völlig absurd ist, ermittelt die Staatsanwaltschaft seit dem 4.12.89 offenbar in der ihr eigenen Gewissenhaftigkeit, die sie in solchen Fällen an den Tag legt. Um den angeknacksten Ruf der Göttinger Polizei zu retten, hat man jedenfalls demonstrativen Aufwand betrieben. Dem Geschäftsordnungs-Ausschuß des Landtags in Hannover wurde schon Mitteilung über das Verfahren gemacht. (GT, 16.1.90)

Selbst der Göttinger SPD ging die Staatsanwaltschaft in diesem Fall zu weit, wohl weniger aus Solidarität, sondern viel mehr, um die Staatsanwaltschaft dezent auf die Folgen ihres Vorgehens hinzuweisen, äußerte Klaus Wettig von der SPD, für den Fall einer Prozeßeröffnung "könne Trittin auf seine Unterstützung rechnen. In diesem Prozeß werde dann mehr verhandelt werden, als die Vorwürfe gegen Trittin. Es werde dann auch über die politische Führung der Göttinger Polizei durch den Innenminister und die polizei-taktischen Mängel zu reden sein." (GT, 18.1.90) Sicherlich ein Gedanke, den man schon im Innen- und Justizministerium erwogen

hat, und was wohl letztlich auch zur Einstellung des Verfahrens führen dürfte. In der Tat geht es auch wohl mehr um die Einschüchterung von Kritikern aus dem bürgerlichen Lager.

Anzeigen gegen WGs, Juzi und den ASTA

Wesentlich ernster dürfte es der Polizei und der Staatsanwaltschaft mit einem anderen Ermittlungskomplex sein. Eine ganze Reihe von Wohngemeinschaften, das Juzi und der ASTA wurden mit Ermittlungsverfahren überzogen, weil sie auf Transparenten feststellten, daß Conny von der Polizei in den Tod getrieben worden ist. Eine ganze Reihe von Leuten hat hier mittlerweile Vorladungen erhalten. Pikanterweise ist auch das Haus davon betroffen, in dem Conny gewohnt hatte. Offenbar will die Staatsanwaltschaft skrupellos und aufwendig dafür sorgen, daß die Polizei weiter in Ruhe ihren eingeschlagenen Weg gehen kann.

Ermittlungen gegen Bullen stocken

Schwierigkeiten hat dieselbe Staatsanwaltschaft hingegen bei den Ermittlungen gegen die Polizeibeamten und die Einsatzleiter, die Conny mit dem Einsatzbefehl "Plattmachen" in den Tod getrieben haben. Während der bisherigen Ermittlungen sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft 29 Polizisten und vier Bürger als Zeugen" vernommen. (GT, 24.1.90) Nun stocken angeblich die Ermittlungen, weil sich bisher die AntifaschistInnen, die mit Conny zusammen waren, nicht als Zeugen zur Verfügung gestellt haben.

Der Staatsanwaltschaft, die sicherlich während ihrer Ermittlungen den Polizeifunk vom Abend des 17.11. sorgfältig geprüft und die auch die Aussagen der Polizeibeamten entsprechend gewürdigt haben dürfte, nach denen die Polizisten die AntifaschistInnen mit gezogenem Knüppel empfangen haben, fehlt ganz offenbar der politische Wille, gegen die beteiligten Bullen Anklage zu erheben.

Wenn aus der Staatsanwaltschaft verlautbart wird: "Inoffiziellen Informationen aus Justizkreisen zufolge werden die Ermittlungen wahrscheinlich eingestellt, wenn sich die mutmaßlichen Zeugen nicht doch noch melden (FR, 27.1.90), so wird hier mehr oder weniger geschickt versucht, die Verantwortung auf die Freunde von Conny abzuschieben, denen bei einer Aussage der Straftatbestand der falschen Anschuldigung droht. Denn daß die Polizei hier auf jeden Fall recht hat - egal wie auch die Sachlage sein mag - das war nach inoffiziellen Informationen aus den Ministerien zu erfahren. Klar ist: Auch ohne die Aussagen der Einzelnen aus der Gruppe dürfte der Sachverhalt vom 17.11. eindeutig sein, selbst wenn man nur die spärlichen Informationen, die bisher an die Öffentlichkeit gedrungen sind, zu Grunde legt.

Antifaschismus-Kommission

KB-Gruppe Göttingen

32. Antifa ohne e.V. - 2. bundesweite Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus, 10./11.2.90

2. bundesdeutsche Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus, 10./11.2.

Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:42

Gerade etwas mehr als ein Jahr ist verstrichen seit der ersten bundesweiten antifaschistischen Konferenz in Bremen. Die zweite, diesmal in Frankfurt, steht ins Haus, doch niemand hat so richtig etwas davon mitbekommen. Hatten zur Bremer Konferenz noch mehrere hundert Inis, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen aufgerufen, so ist es diesmal schlicht der in Bremen konstituierte Koordinationsausschuß mit ein bißchen "Beiwerk", der die Antifa-Bewegung zusammenrufen will.

"Bewegung" konstituiert sich

Die Bremer Konferenz Ende Januar 89 wurde von dem ersten bestehenden landesweiten antifaschistischen Bündnis, den "BremerInnen gegen Neofaschismus", durchgeführt. An der Konferenz nahmen rund 500 Interessierte aus dem gesamten Bundesgebiet teil, wobei der überwiegende Teil sowie die meisten ReferentInnen zwar aus dem SPD-, VVN-, DKP- sowie Grünen-Spektrum kamen, aber im weitesten Sinne zur Antifa-Bewegung gehörten. Die Diskussionen blieben damals vorwiegend auf einem für das anwesende Spektrum üblichen Niveau, d.h. vor allem ein "Starren auf die Neonazis" und kaum der Versuch, die gesellschaftlichen Ursachen des Erstarkens rechtsradikaler Parteien und Gruppen zu analysieren. Wo dies geschah, erschöpfte es sich meist in der "Philosophie der Wende", die Zeit vor 1983 kam praktisch nicht vor, geschweige denn Gedanken über eine Kontinuität der Betreiber und Nutznießer des Faschismus, der damals wie heute herrschenden Klasse. Das politische Kernproblem dieser Orientierung kam darin zum Ausdruck, daß das breite Bündnis gegen die Neonazis unter Einschluß von CDU und FDP gefordert wurde. In der Praxis lief es auf eine fast völlige Schonung der SPD hinaus.

Am Ende wurde unter chaotischen Umständen eine inhaltlich sozialdemokratisch geprägte Abschlußresolution durchgezogen sowie das Motto: "Leben und lieben - dem Haß keine Chance" gegen die Unmutsäußerungen eines Teils der Anwesenden verabschiedet. Desweiteren wurde ein bis heute amtierender Koordinationsausschuß konstituiert, den als "gemäßigt" zu bezeichnen eine maßvolle Kritik ist. (siehe AK 303)

Schon in Bremen wurde auf eine Erweiterung des Ausschusses gedrungen. Aber darauf wird wohl weiter gewartet werden müssen. Sogar die VertreterInnen der verschiedenen Landeskoordinationen traten in der Folgezeit nur als "Beobachter" auf. Den gleichen Status haben die verschiedenen Organisationsvertreter. Die Antifa-Inis fehlten bei den Sitzungen weitgehend; was Wunder, denn welche Ini hat schon Geld, ständig Fahrten nach Frankfurt zu finanzieren, um am selbsternannten Olymp der Antifa-Bewegung teilzunehmen? In Bremen war auch eine Aktionsorientierung beschlossen worden. Umgesetzt wurde von diesem umfangreichen Katalog so gut wie nichts. Kaum verabschiedet, geriet er in Vergessenheit. Die Herausgabe eines gemeinsamen Plakates scheiterte bzw. wurde nie in Angriff genommen, ebenso unter den Tisch fielen die angekündigten gemeinsamen Aktionen gegen die Verschärfung der Ausländergesetzgebung durch die Bundesregierung. Desweiteren war der Ausschuß beauftragt worden, Kontakte zu ausländischen antifaschistischen Organisationen aufzunehmen, um sie zur Mitarbeit aufzurufen und um gemeinsame Aktionen abzusprechen. Geblieben ist der Plan und die Beteiligung einiger Menschen aus Großbritannien, Frankreich und der DDR an der Frankfurter Konferenz.

Sehnsucht nach Prominenz

Die Antifa-Bewegung sollte hoffähig werden, so das Ziel des Koordinationsausschusses. Speziell die Sozialdemokraten sollten gewonnen werden. Wenn irgend möglich auch noch die Kirchen. Und hätte Richard von Weizsäcker sich bereit erklärt, die Eröffnungsrede in Frankfurt zu halten, so hätte die Freude schier keine Grenzen gekannt. Doch die AntifaschistInnen im Land sind ja leider noch nicht so weit wie die Köpfe der Bewegung; deshalb durfte das auch noch nicht laut geäußert werden. Aber: es gibt den Frankfurter Bürgermeister Volker Hauff und den multikulturellen Cohn-Bendit: da haben wir "rot"-grün und damit das Ziel des Ausschusses für die Bundestagswahlen deutlich vor Augen. Schließlich soll alles noch breiter als in Bremen sein. Ein Henning Scherf in der Wandelhalle langt da natürlich nicht mehr, sondern der Innenminister

von NRW, Herbert Schnoor muß aufs Podium. Nach langem Hin und Her ist davon Abstand genommen worden, und man begnügte sich damit, Herta Däubler-Gmelin und weitere "rot"-grüne Prominenz zu laden. Da alles breit sein soll, muß natürlich auch eine entsprechende Aktionsresolution her, die nach der Konferenz ja wieder vergessen werden kann. Mit ihr wollen wir uns ein wenig näher beschäftigen.

"Wir brauchen eine andere Politik" lautet die erste These. Frieden soll geschaffen werden "gegenüber den Menschen und der Natur, die Befriedigung der Grundbedürfnisse (...) muß Vorrang haben". Zur Realisierung seien eine "drastische Reduzierung der Rüstungslasten" und eine "Umverteilung der Gelder" notwendig. Richtig wird festgestellt, daß die BRD ein Einwanderungsland ist, um dann zu schließen, sie sei "faktisch eine multikulturelle Gesellschaft". Das "politische Problem liegt darin, daß diese Tatsache von der offiziellen Politik geleugnet wird", so die VerfasserInnen. Ja, warum sagt denen in Bonn denn keiner was! Wo doch dieses Leugnen so schädlich ist, denn "dadurch wird ein falsches gesellschaftliches Bewußtsein gefördert und der Boden für ausländerfeindliche und nationalistische Stimmungen bereitet". Die Politiker brauchen also bloß nicht mehr abzustreiten, daß die BRD "faktisch eine multikulturelle Gesellschaft" ist, dann wären Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus der Boden entzogen. Diese Argumentation ist so platt wie die norddeutsche Tiefebene.

Weiter werden "multikulturelle Räte in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen und Organisationen" gefordert, Räte allerdings ohne alle Macht. Gegen Ende des Textes werden uns noch "Elemente eines neuen tragfähigen Grundkonsens" vorgestellt. Antikapitalistische Forderungen bleiben dabei ausgeklammert. Zur konkreten Aktionsorientierung fällt den VerfasserInnen dann nichts mehr ein außer "gemeinsam mit Ausländern (...) in Form von symbolischen Wahlen/Volksentscheiden bewußtseinsverändernd" zu wirken und Wahlkampfveranstaltungen zu nutzen, "um antifaschistisches Gedankengut in die Auseinandersetzung einzubringen" und "gezielte Aktionen" durchzuführen.

Analytische Elemente sind in dem Papier nicht zu entdecken. Der angestrebte "rot"-grüne Schulterschluß könnte ja gefährdet werden. Benennung von Ursachen für das Anwachsen des Neofaschismus: Fehlanzeige. Kritik am Nationalismus und Revanchismus: Fehlanzeige. Bezug auf die internationale Vernetzung des Neofaschismus: Fehlanzeige. Bezug auf die Vorreiterrolle konservativer und sozialliberaler Ausländerpolitik für den wachsenden Rassismus: Fehlanzeige. Verweis auf die Braunzonen zwischen Konservatismus und Neofaschismus: Fehlanzeige.

Perspektive SPD?

Von weitreichender Bedeutung könnte es sein, daß sich der Koordinationsausschuß als "Antifa e.V." konstituieren will. Vor dem Hintergrund des letzten Jahres und der jüngsten Vorgänge in der VVN-BdA kann darin der Versuch gesehen werden, den Koordinationsausschuß der Rechenschaftspflicht zu entziehen. Bisher war die Bundeszentrale der VVN in der Frankfurter Rossertstraße de facto das Büro des Ausschusses, wo der VVN-Vertreter Kurt Faller die Fäden zog. Der zurückgetretene Öffentlichkeitssekretär der VVN hat nach seinem Austritt aus der DKP große Pläne. Von ihm gezeichnete Briefe an den SPD-Parteivorstand, von denen die Landesverbände der VVN nicht informiert wurden, zeigen, daß er die VVN nach dem Versiegen der Finanzquellen aus der DDR gerne zur SPD-Antifa-Organisation machen möchte. Als Morgengabe wäre da eine Antifa-Bewegung nützlich, die zuvor als Wahlhelfer für "rot"-grün funktionalisiert worden ist. Der Hintergrund sind Fraktionskämpfe in der VVN. Sie könnten die Bewegung außerhalb der VVN kalt lassen, wenn nicht zugleich versucht würde, sie vor diesen Karren zu spannen.

Je weniger die Linke links ist, umso rechter wird die Rechte

Was in Bremen begonnen wurde und nun in Frankfurt einen neuen medienwirksamen Höhepunkt erreichen soll, kann als Versuch der Sozialdemokratisierung der Antifa-Bewegung eingeschätzt werden. Teile der VVN und die SPD wollen eine neue Antifaschismuskonzeption durchsetzen und die Antifa-Bewegung als Wahlhelfer einsacken. Wenn ein "breites" Bündnis bis in die CDU hinein angestrebt wird, ist das die praktische Verabschiedung davon, die politische und ökonomische Struktur der BRD als bestimmende Größe für neofaschistische Tendenzen zu benennen, und erst recht die Verabschiedung vom Kampf dagegen.

Unserer Meinung nach müßte eine wichtige Aufgabe der antifaschistischen Bewegung sein, die Machenschaften und Versäumnisse der Sozialdemokratie im antifaschistischen Kampf und ihre Verantwortung für die Verhältnisse in der BRD aufzuarbeiten. Was sollen AntifaschistInnen davon halten, wenn in einer Studie

aus der SPD-"Baracke" die REPs als Chance für die SPD begriffen wurden, weil deren Wählerstimmen auf Kosten des "bürgerlichen Lagers" gingen? Was ist mit dem deutschnationalen Kurs der SPD, der spätestens seit dem 9.11.89 fast die gesamte Partei erfaßt hat? Von den alltäglichen Schweinereien der SPD, wenn sie Regierungsverantwortung trägt, soll hier gar nicht die Rede sein.

In allen Auseinandersetzungen um die Strategie des antifaschistischen Kampfes muß die Linke in der BRD deutlich machen: konstituierend für Antifaschismus muß ein antikapitalistischer Grundkonsens sein! Dies muß nicht heißen, daß antifaschistische Zusammenarbeit mit einzelnen Sozialdemokraten, Teilen der Partei oder Gewerkschaften nicht möglich ist. Im Gegenteil: Die Linke ist gezwungen, diesen Antikapitalismus perspektivisch mehrheitsfähig zu machen, aber dies kann nur in Abgrenzung von der sozialdemokratischen Ideologie gelingen.

Konkret für Frankfurt heißt dies, diese Inhalte und Einschätzungen auf die Konferenz zu tragen. Viele Initiativen "vor Ort" haben aber bereits ihr Desinteresse signalisiert. "Wir machen den Promis doch nicht den Laden voll" und "Wir sind in der Vorbereitung nicht gefragt worden" ist der Tenor der Kritik. Diese Kritik ist zweifellos berechtigt. Wir halten es trotzdem für sinnvoller, die Frankfurter Konferenz zur Kritik am Verfahren und den Inhalten zu nutzen. Die Zielsetzung der MacherInnen scheint klar: Instrumentalisierung der Antifabewegung. Ein Strich durch diese Rechnung wäre angebracht.

bs, Antifa AG/KB-HH (mit Dank an einen hessischen Genossen)

Für die Konferenz wird ein AK- Extra erstellt, das bei örtlichen KB- Antifas besorgt oder im Verlag bestellt werden kann.

33. Mun-Sekte und "Republikaner", von Thomas Klaus

Rubrik: Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:19

Die antisemitische, neofaschistische Mun-Sekte und die REPs vereinbarten vor rund einem Jahr, zukünftig gemeinsame Sache zu machen. Seit kurzem ist heraus, daß das kein hohles Getrommel war. Die neue rechte Hand des REP- Chefs Franz Schönhuber, seine Referentin für Europafragen, ist eine führende Munie.

Ein Jahr ist es im Februar 1990 her, daß sich in Hannover drei Personen treffen, die in der ultrarechten Szene keine kleinen Leuchten sind. Es begegnen sich Dr. Ursula Saniewski, hauptamtliche Top-Mitarbeiterin der Mun-Sekte, Roger Johns vom Exekutivkomitee der französischen "Front National" und Dieter von Glahn, der Sprecher des örtlichen REP-Kreisverbandes und einer der größten Widersacher des inzwischen abgesägten Landesvorsitzenden Norbert Margraf. Als Ergebnis wird eine verstärkte inhaltliche und personelle Zusammenarbeit festgehalten. Und so kommt es denn auch: Ende Dezember wird in Niedersachsens Landeshauptstadt durch "Spitzel" in der Mun-Sekte und den Informationsdienst "Der rechte Rand" bekannt, daß Frau Saniewski inzwischen ein Salär als Persönliche Referentin für Europaangelegenheiten im Büro Franz Schönhubers bezieht, angesichts des REP-Einzugs in das Europäische Parlament sicherlich eine Schlüsselstellung.

Zuvor stand Frau Saniewski als stellvertretende Leiterin von CAUSA Deutschland e.V., eine von etwa sechzig Unterorganisationen der Mun-Sekte und für die Einflußnahme auf Lateinamerika zuständig, in Lohn und Brot. Der weltweit 1,5 Millionen Mitglieder zählenden Mun-Sekte, deren Guru San Myung Mun als einer der reichsten Männer der Welt gilt und die sich bester Kontakte zu Politikern und Wirtschaftsführern rühmen kann, darf laut Urteil des Frankfurter Oberlandesgerichts vorgehalten werden, sie setze Menschen einem Psycho-Terror aus, treibe junge Leute in den Selbstmord und weise faschistische Strukturen auf.

Nach eigenen Angaben läßt die Mun-Sekte ihre politischen Interessen in der Bundesrepublik vorwiegend von der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM) in Frankfurt vertreten. Über die IGfM kommt Dieter von Glahn, Vorsitzender der IGfM-Gruppe Hannover, bei der bahnbrechenden Besprechung ins Spiel.

"Kampf gegen die Entspannungspolitik in Europa und die fortschrittlichen Bewegungen in der Dritten Welt" - so umreißt der "Antifaschistische Informations- und Pressedienst" der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten die Zielsetzung der IGfM. Großes Aufsehen erregte sie unter anderem auf dem Evangelischen Kirchentag 1988 in Berlin, als es gegen ihr Auftreten heftige Proteste gab, da es sich bei ihr um einen "Propagandisten des Krieges" mit Verstrickungen in das neofaschistische Lager handelt.

Über die IGfM hinaus gilt Dieter von Glahn auch außerhalb Niedersachsens als "Republikaner" mit langjährigen Erfahrungen und tadellosen Beziehungen vor allem in der Grauzone rechts von der CDU/CSU. Schon als Landesvorsitzender des "Bundes deutscher Jugend" Oldenburg/Bremen legt der inzwischen 66 Jahre alte Psychologe "Schwarze Listen für den Tag X" an. Auch in der "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit" (KgU) bleibt er sich treu. In der KgU, die der Neofaschismus-Experte Kurt Hirsch den "militantesten und aktivsten antikommunistischen Zusammenschlüssen" zuschlägt, ist von Glahn bis zur Vereinsauflösung 1984 betriebsam wie kaum ein anderer. Der Schönhuber-Truppe schließt sich von Glahn im Mai 1989 an. Zuvor tritt er aus der CDU aus, für deren Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann er "gelegentlich Reden verfaßt" haben will.

Auf die Kooperation mit der Mun-Sekte angesprochen, versteift sich von Glahn auf ein barsches "Kein Kommentar", wohlwissend, daß der religiöse Orden wegen des Antisemitismus als Herzstück seiner Ideologie in Israel verboten ist. Der Antisemitismus der Mun-Sekte, betonen Hannoveraner Antifaschisten gegenüber der Presse, falle auf die "Republikaner" zurück.

34. Das Menschenleben als ökonomischer Faktor - Die Euthanasietheorien Singers fassen Fuß im Philosophenlager (*)

Die Euthanasietheorie Singers fassen Fuß im Philosophenlager

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:49

"Zu beachten ist, daß sich in jedem modernen Medizinsystem mit zunehmender Häufigkeit Entscheidungssituationen stellen, in denen medizinische Interventionen - verbunden mit (zunehmend) hohen Kosten - möglich sind, aber unter anderem auch aufgrund der Kosten nicht ergriffen werden. Da sich die Situationen stellen, muß es auch Ärzte geben, die (zunehmend) Entscheidungen treffen, in denen eine ökonomische Bewertung des Lebens eine Rolle spielt." Das schreibt im Jahr 1989 nicht der umstrittene australische "Euthanasie"-Propagandist Peter Singer, sondern Anton Leist, Privatdozent für Philosophie in Frankfurt, Autor des Hessischen Rundfunks und Herausgeber des kürzlich in der renommierten Reihe "Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft" erschienen Bandes "Um Leben und Tod". In einem parallel dazu herausgebrachten Band über "Medizin und Ethik" im Reclam Verlag stellen sich weitere bundesdeutsche Philosophen und Juristen als Wegbereiter von Theorien vor, die die Tötung schwerbehinderter und schwerkranker Menschen legitimieren sollen. Norbert Hoerster, Jura-Professor in Mainz und engagiertes Mitglied der fragwürdigen "Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben", z.B.: "Natürlich gibt es so etwas wie ‚lebensunwertes Leben`. Ich vermag keineswegs notwendig etwas Inhumanes oder Verwerfliches darin zu erblicken, über das Leben eines bestimmten Menschen zu sagen, es sei ‚nicht lebenswert'." Behindertengruppen haben herausgefunden, daß Theorien wie die von Peter Singer an mehreren bundesdeutschen Universitäten "ganz normal" gelehrt werden. Überregional bekannt wurde der Duisburger Philosophie-Professor Hartmut Kliemt, dessen Seminar über "Praktische Ethik" (1) an der Gesamthochschule in Duisburg nach mehreren Versuchen, es zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Singers menschverachtender Theorie umzufunktionieren, Anfang dieses Jahres von Behindertengruppen, "Grauen Panthern" und StudentInnen gesprengt wurde. Vergleichbare Theorien werden aber auch von geisteswissenschaftlichen Professoren wie Georg Meggle (Saarbrücken), Hans Martin Sass (Ruhr-Universität Bochum), Christoph Anstötz (Uni Dortmund), Dieter Birnbacher (Uni Essen), Rainer Hegselmann (Uni Bremen) vertreten (um hier nur die zu nennen, die in der Debatte bisher auffällig offen vertreten waren). Infolge der Auseinandersetzungen hat sich überdies eine Gruppe von 31 Westberliner Philosophinnen und Philosophen, fast der gesamte philosophische ProfessorInnen-Stamm der TU, FU und kirchlichen Hochschule, bemüßigt gefühlt, eine Solidaritätsadresse für Peter Singer zu veröffentlichen (daß das in der taz geschah ist wahrscheinlich ebenso Zufall, wie die Tatsache, daß ausgerechnet die ProfessorInnen aus sozialdemokratisch regierten Bundesländern eine besondere Affinität zu Singer zu haben scheinen). Die Erklärung wettert zum einen gegen Störungen eines Seminars, weil dadurch "das elementare Gebot argumentativer Toleranz verletzt wird". Zum anderen beziehen die DozentInnen, zu denen auch bisher als "links" eingestufte wie Michael Theunissen, Ernst Tugendhat, Ulrike Wolf und Margarethe von Brentano gehören, auch inhaltlich Stellung: "Singers Praktische Ethik ist kein ‚Aufruf zum Mord`. Sein Buch ist prinzipiell nicht vergleichbar mit ideologischen Schriften, die durch Appelle an Emotionen, Vorurteile oder Kosten-Nutzen-Kalküle Euthanasie propagieren. Im Gegenteil stellt Singers Buch den Versuch dar, eine konsistente Lösung für die unterschiedlichen Probleme der angewandten Ethik zu erarbeiten ... Singers Positionen ergeben sich zusammenhängend aus seinem Personenbegriff und der Grundverpflichtung, Leiden zu vermeiden." (2)

Daß Singers Position "prinzipiell" nicht vergleichbar sei mit ideologischen Schriften, die Euthanasie propagieren, ist in mehrfacher Hinsicht leicht zu widerlegender Unfug. Bemerkenswert ist aber zuerst, daß von den ProfessorInnen, die vorher auf strikter Freiheit der Wissenschaft beharrt haben, hier bereits die Möglichkeit einen Vergleich zu ziehen (dessen Ergebnis ja sein könnte, daß Singers Positionen ganz andere sind ...), negiert wird. Das ansonsten völlig überflüssige "prinzipiell" (entweder ist etwas - mit welchem Ergebnis auch immer - vergleichbar oder nicht) muß dieses durch kein einziges Argument gestützte Vergleichsverbot verstärken. Nicht sein kann, was nicht sein darf. "Sofern der Tod eines geschädigten Säuglings zur Geburt eines anderen Kindes mit besseren Aussichten auf ein glückliches Leben führt, dann ist die Gesamtsumme des Glücks größer, wenn der behinderte Säugling getötet wird." (Praktische Ethik, Stuttgart 1985, S. 183)

"Eltern können mit gutem Grund beklagen, daß ein behindertes Kind überhaupt geboren wurde. In diesem Fall kann die Wirkung, die der Tod des Kindes auf seine Eltern haben wird, eher ein Grund dafür als dagegen sein, das Kind zu töten." (Praktische Ethik, S. 180) "Einige Ärzte, die an schwerer spina bifida leidende Kinder behandeln, sind der Meinung, das Leben mancher dieser Kinder sei so elend, daß es falsch wäre, eine Operation vorzunehmen, um sie am Leben zu erhalten. Das bedeutet, daß ihr Leben nicht lebenswert ist. Veröffentlichungen, die das Leben dieser Kinder beschreiben, stützen dieses Urteil ... Utilitaristische Prinzipien legen den Schluß nahe, daß es richtig ist, solche Kinder zu töten." (Praktische Ethik, S. 181) "Because we do not think new-born infants have an inherent right to life, we think that a community might properly decide that its resources are more urgently spent to other tasks than caring for handicapped new-born infants whose parents are not prepared to care for them." (P. Singer, Should the baby live?, p. 192) Es ließen sich problemlos weitere Stellen aus Singers Arbeiten zitieren, die sowohl Emotionen schüren, Vorurteile weitergeben als auch Kostenargumente verwenden. Bezeichnend ist, daß diese als konsistent (in sich schlüssige, Anm. d. Autors) gelobte, angeblich rational argumentierende Theorie nicht nur die gesellschaftlichen Voraussetzungen, unter denen Behinderung als "Leid" empfunden werden kann und die das allgemeine "Glück" ja eventuell minimieren, nicht thematisiert. Singer verzichtet auch darauf, die Begriffe, auf denen seine angeblich rationale Argumentation aufbaut, zu definieren. Was er unter "Leid" versteht, was unter "Glück", was ihn dazu bringt, Behinderung, also eine biologische Differenz, als konstituierend für eine wahrscheinlich eher sozial begründete Empfindung zu behaupten, bleibt sein Geheimnis: Daß Singer und seine AnhängerInnen damit eine selten hinterfragte Überzeugung zur Grundlage ihres Denkens machen, beweist weniger die Richtigkeit dieses Ansatzes als seine Nähe zum "gesunden Volksempfinden", oder, neutraler gesagt, daß er eine Theorie, die auf einem verbreiteten Vorurteil basiert, aufbaut - das macht sie allerdings nicht weniger gefährlich, im Gegenteil.

Angesichts der bis in prominente und scheinbar unverdächtige Philosophenkreise hineinreichenden Unterstützung, die Singers Ansatz erfährt, mag es nicht zusätzlich bedrohlich sein, erwähnenswert scheint es aber doch, daß auch "linke" Gruppen wie der BWK bzw. dessen "Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik" in einem "Arbeitsplan zu ‚Sterbehilfe` und Pflege, Gentechnologie und Reproduktionsmedizin" Positionen vertreten, die punktuell denen Singers nahe kommen. "Wenn ein Schwerstpflegebedürftiger z.B. 18.000 DM monatlich für eine Rund-um-die-Uhr-Pflege braucht, wo ein anderer acht bis zwölf Monate für arbeiten muß, entsteht die Gefahr der Isolation. Die Ansprüche (Hervorheb. v. mir, Fassanbass) der Kranken und Pflegebedürftigen bestehen nicht an und für sich, sondern hängen mit dem Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen eng zusammen ... Wenn Frauen vorgeburtliche Diagnostik wünschen und für den Fall, eine Behinderung bei dem Embryo wird festgestellt, eine Abtreibung durchführen lassen, dann ist das unterstützenswert. Jeder Mensch wünscht, gesund zu sein, und wünscht sich gesunde Kinder - dieser Wunsch ist normal und keine Eugenik." (zit.n. Informationsdienst Gesundheitspolitik 22.12.1989, GNN-Verlag)

Gegen die TheoretikerInnen der "neuen Euthanasie" gehen allerdings mittlerweile nicht nur Gruppen aus dem Spektrum der Behindertenitiativen und Krüppelgruppen vor. Als Reaktion auf die Unterstützungserklärung der Westberliner PhilosophInnen entstand innerhalb weniger Wochen eine Resolution "Wider den tödlichen philosophischen Liberalismus", die mittlerweile von über fünfzig Gruppen (neben Behindertenitiativen vornehmlich Gruppen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien, aber z.B. auch die Lebenshilfe Bremen) und mehreren Dutzend Einzelpersonen (darunter auch etliche Professoren wie Klaus Dörner oder Julius H. Schoeps, aber auch RichterInnen, JournalistInnen etc.) unterzeichnet wurde. In der Erklärung heißt es unter anderem: "Die Störung und Sprengung von Veranstaltungen, in denen Singers Thesen im ‚wissenschaftlichen Rahmen` diskutiert werden sollten, stellen den Versuch dar, der Anpassung der herrschenden Moral an diese Brutalisierung der Lebensverhältnisse Einhalt zu gebieten ... Die argumentative Toleranz, die die PhilosophInnen gegenüber Singers Thesen einfordern, ist die gleiche, die eine Diskussion über die These von der ‚Überlegenheit der arischen Rasse` erlaubt. In beiden Fällen aber muß der zugrundeliegende Wille, Menschen als ungleichwertig erkennen zu wollen, bekämpft werden. Abgestumpft durch die Routine der akademischen Auseinandersetzung sind die Westberliner PhilsophInnen offenbar nicht mehr in der Lage, die Grenze zu erkennen, hinter der Toleranz repressiv wird ... EthikerInnen, die den Anspruch haben, ihre Theorie praktisch werden zu lassen, dürfen sich nicht wundern, wenn der drohenden bedrohlichen Praxis Widerstand entgegengesetzt wird."

Während aber die GegnerInnen der modernen Tötungstheorien noch Mühe haben, Öffentlichkeit herzustellen und ein in diesem Jahrhundert in besonderem Maße geprägtes, diskriminierendes Bewußtsein gegenüber

Behinderten zu bekämpfen, werden vielerorts diese theoretischen Ansätze bereits in eine Praxis überführt. Während die ideologische Auseinandersetzung noch scharf geführt wird, werden die materiellen Bedingungen bereits verändert. Offensichtlich wird das aus den sogenannten "Einbecker Empfehlungen", die im Juni 1986 im Anschluß an eine Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Medizinrecht veröffentlicht wurden. (3) Bemerkenswert sind diese Richtlinien, weil sie von einem Konsortium von Chefärzten, hochrangigen Richtern, Jura-Professoren, Medizin-Professoren und Theologen verfaßt wurden und so, aufgrund der Autorität dieses Gremiums, das geltende Recht außer Kraft setzen. Auch dem Einbecker Kreis war die sachliche Diskussion erst möglich, nachdem er sich bewußt aus der deutschen Geschichte verabschiedet hatte: "Bei unserem Arbeitsgespräch darf ich sie inständig darum bitten, die Argumentation nicht vor dem Hintergrund einer zwölfjährigen NS-Medizin zu führen. Das hilft keinem ... Solange wir die Diskussion vor dem geschichtlichen und nicht zu leugnenden Hintergrund der Jahre 1933-45 verkrampft führen, können wir nicht sachbezogen z.B. über Empfehlungen wie die des holländischen Gesundheitsrates zum Sterbenlassen von zerebral schwerstgeschädigten Kleinkindern sprechen." (4) Nachdem Einigkeit hierüber erzielt wurde und zusätzlich darüber, daß die Richtlinien unbedingt praktische Konsequenzen haben sollen, wurde beschlossen, daß in etlichen Fällen, die Behandlungspflicht für ÄrztInnen suspendiert werden soll, z.B. "wenn eine Behandlung dem Neugeborenen nur ein Leben mit schwersten nicht behebbaren Schäden ermöglichen würde ... eine abschließende Aufzählung aller denkbaren Fallgestaltungen und ihrer rechtlichen Bewertung ist nicht möglich".

Die Auslegungsmöglichkeiten dieser "Empfehlung" sind äußerst weit und sollen das, dem Protokoll des Treffens zufolge, auch sein.

Anders als während des Nationalsozialismus hat der Staatsapparat derzeit (noch) kein Interesse, in die laufende Auseinandersetzung zu intervenieren. Eine nach Lebenswert-Kriterien entwickelte Tötungspraxis, die von ÄrztInnen und JuristInnen ohne offizielle Veränderung geltenden Rechts und möglichst nur durch ExpertInnen-Diskussionen und in den Kliniken selber vorbereitet und allmählich in die Praxis umgesetzt wird, scheint derzeit sehr viel funktionaler als eine propagandistische Offensive für den selektiven Mord. Die Etablierung dieser Tötungspraxis wird heute dadurch erleichtert, daß ein auf den biologischen Gebrauchswert reduziertes Menschenbild zunehmend in der Gesellschaft durchgesetzt ist: Religiöse Tabus, die es (wie verlogen sie im Gesamtzusammenhang kirchlicher Politik auch immer gewesen sein mögen) in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts noch in stärkerem Umfang gegeben hat, wurden zerstört - an ihre Stelle trat aber kein anderes, wenigstens potentiell, die kapitalistische Verwertungslogik transzendierendes Menschenbild. Statt dessen, das wird in der aktuellen philsophischen Diskussion und dem relativ großen Widerhall, den entsprechende Positionen in der Öffentlichkeit finden, deutlich, haben den gesellschaftlichen Erfordernissen angepaßte, eindimensionale utilitaristische ethische Konzepte einen Siegeszug angetreten. Daß ihnen auch in der Linken derzeit bestenfalls naturorientierte, "ganzheitliche" Konzepte entgegengesetzt werden, ist gerade in dieser Diskussion besonders tragisch - denn "natürliche" Werte können, wenn es um die tödliche Diskriminierung Behinderter geht, keinen wirkungsvollen Widerstand gegen die auch (und nicht nur) aus der Kapitallogik heraus zu begreifende Leistungsideologie entwickeln. "Während die Umweltaktivisten von Robin Wood mit bedrückender Ausschließlichkeit für ihre Organisation mit dem Slogan ‚Bei uns ist alles gesund` werben, bringt es die linksalternative taz auf der Anzeigenseite unter der Rubrik ‚ökologisch leben` fertig, durch Wortwahl und Symbolik die Werte Schönheit, Gesundheit und Natur zu suggerieren und damit so verschiedene Produkte wie Papier, Wein, Wolle, Betten und Matratzen, Bodenbeläge und Wurst an die Kundschaft zu bringen. Wer käme auch auf die Idee, die biologisch angebaute Marmelade von einer Spastikerin anpreisen zu lassen? Das paßt nicht zusammen. Eben." (5)

Fassanbass

Anmerkungen:

1 Dazu ausführlich: Frankfurter Rundschau vom 11.1.1990, "Das Buch wird unkritisch nachgebetet". Mit welcher Intention Kliemt das Seminar durchgeführt hat, wird aus seiner Stellungnahme nach ersten Störaktionen deutlich: "Dabei heißt Kritik natürlich auch, daß man Argumente, die als überzeugend erscheinen, akzeptiert. Von daher kann es keineswegs von vornherein ausgeschlossen werden, sondern es ist vielmehr ziemlich wahrscheinlich, daß bestimmte der Thesen Singers in meinem Seminar Zustimmung finden werden." Kliemt äußert sich in dieser Stellungnahme auch in bemerkenswerter Weise zur Verantwortung des Wissenschaftlers. Um ungefragt zu erklären, warum er das Seminar nicht einfach als "Einführungsseminar zur utilitaristischen Ethik ... maskiert habe", stellt er fest: "Taktische Rücksichten sind an sich nichts Verwerfliches.

Aber es gibt durchaus eine Verantwortung des Wissenschaftlers, wenigstens dann, wenn es keinen heroischen Einsatz verlangt, für die Freiheit der Wissenschaft einzustehen."

2 zit. nach taz vom 10. Januar 1990

3 Veröffentlicht heißt: der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht. Darüber hinaus wurden die Empfehlungen erst infolge der Auseinandersetzungen um Peter Singers Theorie bekannt.

4 H.-D. Hiersche u.a., Grenzen ärztlicher Behandlungspflicht bei schwerstgeschädigten Neugeborenen, Springer-Verlag, 1987

5 Udo Sierck in "Das Risiko nichtbehinderte Eltern zu bekommen", AG SPAK Verlag, 1989, unbedingt lesenswert!

35. Das weltweite Lamento

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frauen und der § 218; Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/lament.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:lament

Tagein, tagaus setzen sich Millionen afrikanischer Frauen dem Risiko aus, schwanger zu werden. Es gibt Verhütungsmittel, die das effektiv verhindern könnten. Doch die Afrikanerinnen sind deutlich verantwortungslos und von unglaublicher Renitenz in dieser Angelegenheit. Obwohl Familienplanungsprogramme ihnen zur Genüge auf Plakaten und in Radio-Spots vorbeten, daß zwei Kinder genug sind, obwohl im Fernsehen und in Filmen zu sehen ist, daß ihnen mit einer kleinen Familie eine große Zukunft bevorsteht, sind afrikanische Frauen all diesen guten Argumenten nicht zugänglich. Ihnen ist offenbar nicht klar zu machen, daß die Ressourcen dieser Welt endlich sind und wir alle in einem Boot sitzen. Selbstsüchtig produzieren sie Kinder, allein geleitet von ihrem kleinlichen Eigeninteresse an sozialem Prestige und ihrem einfältigen Glauben daran, daß Kinder ihnen ein Überleben im Alltag und im Alter ermöglichen könnten. Die Weltwirtschaft, der internationale Handel oder Umweltprobleme spielen für sie dabei ebensowenig eine Rolle wie die erschreckende Schätzung der Weltbank, daß im Jahr 2150, zu dem Zeitpunkt, an dem sich das Weltbevölkerungswachstum stabilisiert - d.h. ein Null-Wachstum eintritt, was dann allerdings viel zu spät sein wird -, die Bewohner Afrikas südlich der Sahara und Südasiens, allesamt recht dunkler Hautfarbe, zusammen 50% der Weltbevölkerung ausmachen werden (1984: 30%). (1)

Die Vorkämpfer gegen das Bevölkerungswachstum in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas haben sich gegen Ende des zweiten Jahrtausends der Aufgabe verschrieben, diese Ignoranz der Frauen gegenüber den großen Problemen der Welt zu ändern.

In ihrem Jahresbericht 1987 schreibt deshalb die Weltbank zur ‚Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß`: "Die Bank geht nun dazu über, den Frauen mit ehrgeizigeren Projekten zu helfen, und zwar insbesondere in der Landwirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Ausbildung sowie bei der Gesundheitsfürsorge und Familienplanung.

" Eine "Initiative für sichere Mutterschaft" wurde 1987 in Nairobi/Kenia gegründet, "und der Präsident der Bank erklärte, daß in den kommenden Jahren die Kredite für Bevölkerungsprogramme, Gesundheit und Ernährung verdoppelt würden". (2) Dabei stellen Afrikas Frauen, die der Welt jährlich ein etwa dreiprozentiges Bevölkerungswachstum bescheren und sich dadurch als besonders virulent für das Wirtschaftswachstum erweisen, die Jünger Malthus` vor eine besondere Herausforderung: "In den meisten Ländern Afrikas hat sich der Lebensstandard seit den frühen siebziger Jahren verschlechtert; in den vergangenen beiden Jahren ist das reale Pro-Kopf-Einkommen (...) zwar leicht gestiegen, ist jetzt aber zumeist niedriger als vor einem Jahrzehnt. Positiv zu werten ist aber die Kontrolle des Bevölkerungswachstums, die einige afrikanische Regierungen jetzt anstreben und die auf lange Sicht für eine Milderung der Armut ausschlaggebend sein wird. Ohne diese Kontrolle könnte jeder Fortschritt, der durch Strukturanpassungen in Form von Einkommensverbesserungen erzielt wird, zunichte gemacht werden." (3)

Ute Sprenger

Quellen:

1) World Development Report 1984, Recovery or Relapse in the World Economy? Population Change and Development. World Bank 1984, Washington D.C., Seite 7.

2) Weltbank Jahresbericht 1987. Washington D.C., Seite 32

3) Weltbank Jahresbericht 1987. Washington D.C., Seite 83

36. Keine Chance für Flüchtlinge

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:17

Der Paß ist der edelste Teil

von einem Menschen

Bertolt Brecht

"Ich bitte zu überlegen, wie erkläre ich den Flüchtlingen und AusländerInnen in Berlin, daß wir für die Flüchtlinge und Ausländer ein Programm vereinbart haben, was tatsächlich verbürgen kann, eine weitgehende und materielle Gleichstellung in der Stadt. Wie erkläre ich ihnen das?" Und weiter:

"Wie erkläre ich dem Flüchtling, der jetzt sitzt und wartet, ob er in den Libanon abgeschoben oder nach Bangladesh abgeschoben wird in einer Gewaltaktion, wie das in der Vergangenheit immer wieder geschehen ist, der hofft, daß das durch einen rot-grünen Senat nicht eintrifft, wie erkläre ich dem, daß wir das doch nicht machen können. Wie erkläre ich ihm das? Und ich sage Euch, wir haben mit der SPD eine Programm vereinbart (...) von dem uns die Leute in Berlin, die AusländerInnen, mit denen wir reden und die Ausländer, die uns sagen, bitte, bitte, mit Tränen in den Augen, das müßt ihr durchsetzen."

Diese Sätze von Christian Ströbele, AL, Propangadist des rot-grünen Bündnisses auf einer Bundesdelegiertenversammlung der Grünen gesprochen, sollte das schlechte Ergebnis der Verhandlungen rechtfertigen und gleichzeitig suggerieren, daß es doch noch eine wichtige und entscheidende Frage gäbe, für die es sich lohnt, die Koalition einzugehen. Noch nicht einmal ein Jahr ist es her, und die versprochenen Fortschritte sind ins "fast nichts" versunken. Zukünftig wird in dem Bereich der Ausländer- und Flüchtlingspolitik von beiden Koalitionspartnern wenig zu erwarten sein, da von nun an "Nationales" auf der Tagesordnung des Senats steht. Und zusätzlich wird das neue drohende Ausländergesetz detailliert für Behörden die Verfahrensweisen festlegen und damit Sonderregelungen seitens der Länder, wie z.B. Altfallregelungen, verunmöglichen.

Zur Chronologie der Ereignisse: Gleich nach der Bekanntgabe der Flüchtlingsweisung an die Ausländerbehörden liefen CDU, Republikaner und Springerpresse dagegen Amok. Die Flüchtlingsanweisung vom 20.6.89 sollte die Kernaussagen der Koalitionsvereinbarung umsetzen, d.h. Abschiebestopps für bestimmte Länder, ein Nichtabschieben wie bisher in jedem Fall von Straftätern, eine Regelung für Aufenthaltsberechtigten sowie die Einrichtung einer Härtefallkommission. Hier seien nur die wichtigsten Punkte genannt. Diese Weisung wurde von den meisten VertreterInnen der Flüchtlingsgruppen zwar nicht für ausreichend gehalten, aber immerhin für einen Fortschritt. Der Amoklauf der gesamten Rechten lief insbesondere gegen die Straftäterregelung und gipfelte in der Behauptung, Berlin würde ein Mekka der Straftäter werden. In einer Sitzung des Ausländerausschusses forderte der Sprecher der CDU, Dr. Wruck, die Beamten der Ausländerbehörde auf, diese Weisung zu boykottieren.

Verkehrung ins Gegenteil

Mit der geballten Anti-Stimmung im Rükken ist diese Weisung nie voll angewandt und ständig gegenüber der Innenbehörde darauf gedrungen worden, wesentliche Teile auszusetzen, zu streichen oder zu verschärfen. Die Innenverwaltung beugte sich diesem Druck und bestimmte an dem Koaltionspartner vorbei "Erläuterungen, die den Inhalt dieser Weisung ins Gegenteil verkehrten." Das Zurückweichen des Senats benutzten die Ausländerbehörden, um denen die Abschiebung anzudrohen, die von dieser Weisung profitiert hätten. Der Koalitionspartner AL bezog öffentlich Position aufgrund scharfer Stellungnahmen von RechtsanwältInnen und Initiativen. Er forderte, daß diese Weisung unverzüglich wieder in Kraft gesetzt werden müßte und versprach, dies würde in zwei bis drei Tagen der Fall sein. Protestaktionen der Flüchtlinge und Initiativen wurden besänftigt mit der Anwort seitens der AL, daß die Weisung wieder in Kraft wäre, sie würden mit der SPD über Erläuterungen verhandeln und es bestünde überhaupt kein Anlaß für Panik und Proteste. Diese Entwarnung seitens der AL spielte den Protest gegen die skandalösen Machenschaften der Ausländerbehörde herunter, spaltete den Widerstand und wirkte demobilisierend. Ergebnis der folgenden Verhandlungsrunden zwischen AL, SPD und Innensenat endeten mit dem Ergebnis, daß ganze Flüchtlingsgruppen aus der Weisung herausfielen. Am 7.12.89 hat der Innensenator eine neue Flüchtlingsweisung in Kraft gesetzt, die aus dem

Entwurf des CDU-Bundesinnenministers Schäuble noch nicht bundesweit beschlossenem neuen Ausländergesetz entnommen ist und auch nicht dem Ergebnis der Verhandlungskommission entsprachen.

Der neue Stand

Die Westberliner Praxis wird jetzt wie folgt aussehen:

- Nach bestandskräftiger Ablehnung des Asylantrages wird eine dreimonatige Ausreisefrist eingeräumt;

- ist der Asylantrag offensichtlich unbegründet, wird ein Monat Ausreisefrist gewährt;

- nach fünfjährigem ununterbrochenen und rechtmäßigen Aufenthalt wird eine Aufenthaltserlaubnis erteilt;

- eine Aufenthaltserlaubnis erhalten außerdem die, die mit jemanden mit eigenem Aufenthaltsrecht verheiratet sind;

- Flüchtlinge, die vor dem 15.12.89 (Stichtagsregelung) nach Westberlin eingereist sind und zur Ausreise verpflichtet wären, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis wenn sie aus Äthiopien, Afghanistan, Iran und Libanon kommen oder Tamilen aus Sri Lanka sind.

Entgegen dieser allgemeinen Regelung hat die Ausländerbehörde das Recht, die Flüchtlinge aufzufordern, ihre konkrete Bedrohung dazustellen.

- Kurden aus der Türkei, dem Irak und Syrien müssen ihre kurdischen Volkszugehörigkeit durch Sprachkenntnisse und Herkunft aus einem kurdischen Gebiet nachweisen. Zusätzlich müssen Kurden aus der Türkei und Syrien ihre persönliche Bedrohung darstellen.

- Flüchtlinge, die in ihrem Heimatland wegen ihres Geschlechtes (Homosexualität, Vergewaltigung, sexuelle Gewalt u.a.) verfolgt werden, müssen plausibel darstellen, daß sie einer schweren gezielten Verfolgung ausgesetzt sind. Damit können MitarbeiterInnen von Beratungsstellen beauftragt werden.

Diese gewährte Aufenthaltsgenehmigung ist erst einmal für ein Jahr gültig. Es wird dann jeweils von der Innenbehörde entschieden, ob eine Gefährdung weiterhin besteht.

Flüchtlinge, die nach dem 15.12.89 aus dem Libanon, Iran, Äthiopien, Afghanistan oder Tamilen aus Sri Lanka eingereist sind, erhalten eine jeweils sechsmonatige Duldung.

Aus diesen Regelungen ist klar ersichtlich, daß die Ausländerbehörden ihre verhehrenden Spielräume wieder gewonnen haben und frei schalten und walten können.

Zusammenfassend ergeben sich folgende Verschlechterungen gegenüber der ursprünglichen Weisung: Die Einschränkung des Abschiebestopps nach Sri Lanka nur auf Tamilen; PalästinenserInnen erhalten keine Aufenthaltsgenehmigung nach dieser Weisung; die Aufenthaltsgenehmigung wird nur noch zweckgebunden erteilt; eine Straftäterregelung wird nicht angewandt und eine Härtefallkommission wird nicht eingesetzt.

Mit der Regierungsbeteiligung der AL hatten viele Flüchtlinge und Menschen aus den Initiativen gehofft, daß die unmenschliche Politik des CDU/FDP-Senats beendet wäre und es nicht mehr eines täglichen Abwehrkampfes bedürfe. Die Hoffnungen sind zerstört und die Berliner Grenzöffnung verbunden mit der deutschnationalen Welle haben viele Nichtdeutsche in Angst und Schrecken versetzt. Offene Grenzen, von uns jahrelang für alle gefordert, gelten nur für Deutsche und verstärken die falsche Argumentation, daß für außereuropäische Flüchtlinge kein Raum und Geld da wäre.

Das neue Ausländergesetz, das in diesem Frühjahr voraussichtlich verabschiedet wird, sowie die jetzt durch Spiegel-Veröffentlichung bekannt gewordene europäische Abschreckungs- und Abschottungs-Konvention wird das ihrige dazu beitragen, daß Flüchtlinge noch weniger Rechte haben, nicht einmal das Menschenrecht auf Flucht.

Ellen Olms

37. Bundeswehr in der Defensive?

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:08

Seit Einsetzen der Gorbimanie unter den Bevölkerungen der NATO- Staaten klagen "Sicherheits"politiker und Militärs über ein "schwindendes Bedrohungsgefühl" im Westen. Vor dem Hintergrund der "friedlich" erzwungenen Kapitulation des gegnerischen Militärblocks traut sich mittlerweile auch die FDP, bisherige Bundeswehrplanungen in Frage zu stellen. "Droht" wirkliche Abrüstung?

"In der Bevölkerung, besonders in der jungen Generation, nimmt die Akzeptanz gegenüber der NATO-Strategie der Abschreckung, der bloßen Existenz oder gar dem möglichen Einsatz von chemischen Waffen und Nuklearwaffen deutlich ab. Das gilt gleichermaßen für Belastungen aus Bündnisverpflichtungen. Anzeichen für solche Tendenzen gibt es auch im Offizier- und Unteroffizierkorps, auch bei Reservisten." (1) Höhere Wellen schlugen im vergangenen Jahr die Auseinandersetzungen um Tiefflugübungen, den Verweigerungsaufruf von IG-Metall und DFG- VK (s. AK 306), um zahlreiche Initiativen zur Ehrung von Deserteuren und die Verurteilung des Ausspruchs "Soldaten sind (potentielle) Mörder" (s. AK 312).

Die Gegenangriffe ließen nicht auf sich warten. Ausgerechnet der allseits geschätzte Bundespräsident von Weizsäcker gab dafür die Richtung an. In seiner Rede zum 40. Jahrestag des Grundgesetzes am 24. Mai 1989 äußerte er u.a.: "Wir müssen entschlossen sein und imstande bleiben, unsere Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber jedermann zu schützen. Wir brauchen Bündnis und Bundeswehr. Es gilt ... den Krieg zu verhindern. Dazu haben wir unseren Wehrdienst, und es wäre klarer, wenn im Grundgesetz vom Recht zur Verweigerung nicht des Kriegsdienstes, sondern des Wehrdienstes die Rede wäre. Er ist kein Kriegsdienst, sondern ein Kriegsverhinderungsdienst." (2) Diese Aktualisierung des Geißlerschen Ausspruchs von den Pazifisten, die Auschwitz erst möglich gemacht hätten, fand ihren Niederschlag in einem Grundgesetz-Änderungsvorschlag der hessischen CDU für den Bundesparteitag der CDU, über dessen weiteres Schicksal erst auf dem kleinen Parteitag im Dezember 89 entschieden werden sollte (3). Doch auch Erwin Horn, SPD-Obmann im Verteidigungsausschuß, hielt die Anregung für "angemessen und richtig": Die Begriffsänderung sei "adäquat für unsere Zeit" und beseitige die Vorstellung, daß in der Bundeswehr "ausgebildet werde für die Kriegsführung" (Kölner Stadtanzeiger vom 25.7.89).

Wesentlich schärfer attackierte der Kommandeur der Bundeswehr-Führungsakademie, Werner von Scheven, die Kriegsdienstverweigerer (s. FR, 17.7.89): Sie hätten in Wirklichkeit keine Gewissensgründe, sondern würden "in ethisch-moralischer Verbrämung lediglich Vor- und Nachteile abwägen". Das Gewissen des Wehrpflichtigen werde im Frieden gar nicht herausgefordert, "während des Wehrdienstes muß niemand töten, niemand verliert seine Freiheit, und die Menschenrechte bleiben gewahrt". Außerdem sei der Zivildienst gegenüber dem Wehrdienst weniger belastend und werde zudem moralisch höher bewertet. "Das Grundrecht nach Artikel 4,3 (Kriegsdienstverweigerung (KDV), Anm. AK) ist (...) in Wirklichkeit ausgehöhlt worden (...) Die Gewissensfreiheit degeneriert." Ähnliche Argumentationen vertreten der Präsident des Reservistenverbandes Steinkamm (im "Mittler-Brief" 2/89) und der führende Wehrrechtskommentator Dr. Steinlechner (in FAZ, 15.8.89).

Um diesem Zustand abzuhelfen, fordern sie Veränderungen des KDV-Anerkennungsverfahrens, Verlängerung des Zivildienstes, verstärkte Attraktivität der Bundeswehr sowie allgemeine Dienstpflicht für Frauen und Männer, um den erwünschten Rückgang der Zahl der Zivildienstleistenden an der "Sozialfront" auszugleichen. (Welt, 22.7.; FR, 9.8.; Mittler Brief 2/89 und FAZ, 15.8.89)

Propagandistisch beigesprungen sind ihnen dabei auch die BRD-Kirchen: Während der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sich in einem Papier gegen die innerhalb der EKD mehrfach vertretene Auffassung wandte, Kriegsdienstverweigerung sei gegenüber dem Wehrdienst das "deutlichere Zeugnis" oder "deutlichere Zeichen" des Christen (FR, 11.7.89), stellte sich das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken offen gegen die KDVer: "Der öffentliche Aufruf zu massenweiser Kriegsdienstverweigerung" verstoße "gegen wesentliche christliche Grundsätze", und während der Berufssoldat niemandem über seine Berufswahl Rechenschaft schulde, sei diese "wohl aber" von demjenigen zu fordern, der von der Wehrpflicht entbunden werden will (taz, 4.11.89).

Offensive der Bundeswehr

Mit ihrer Anzeigenkampagne für "Eine starke Truppe" versucht die Bundeswehr bereits seit längerem, sich das Image eines Abenteuerspielplatzes für große Jungs zu geben. Ansprechpartner für weitere Öffentlichkeitsarbeit sollen jedoch auch die "meinungsbildenden Primärgruppen" (Familie, Freundin, Ehefrau, Vereine) werden. In seinem "Berichtsentwurf für das ‚Kursbuch 2000`" macht das "Zentrum Innere Führung der Bundeswehr" zahlreiche Vorschläge für ein attraktiveres Bild der Bundeswehr (s. FR, 17.7.89): Dazu gehören neue Aufgabenfelder in den Bereichen Katastrophenhilfe, Umweltschutz, Einsatz in der "3. Welt" sowie Überwachung und Kontrolle von Abrüstungsschritten (eine erste "Abrüstungseinheit" wird inzwischen aufgestellt - taz, 4.1.90), stärkere finanzielle und materielle Anreize für Wehrpflichtige und Berufssoldaten, Öffnung und Ent-Hierarchisierung der Bundeswehr sowie verbesserte fachliche und politische (Aus-)Bildung.

Doch die tatsächliche Entwicklung scheint nach wie vor in die andere Richtung zu gehen: Während der reformfreudige Admiral und Leiter des "Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr", Elmar Schmähling, wegen seiner häufigen heftigen und öffentlichen Kritiken an der gegenwärtigen "Sicherheits"politik rausgeworfen wurde, rüsten NATO und Bundeswehr weiter im Sinne einer Rationalisierung und Effektivierung der NATO-Armeen (worauf Schmählings Vorschläge ebenso wie die der FDP im übrigen ebenfalls hinauslaufen): "Seit Anfang der 80er Jahre heißt die Richtung mehr mobile Verbände, größere Feuerkraft und Fähigkeit zum präzisen Schlag in die Tiefe des Gegner (‚deep strike`). Militärische Planungen sind zurückgekehrt zur offensiven Kriegsführung mit dem Ziel eines militärischen Sieges der NATO (...). Es wird bereits in Rechnung gestellt, daß die WVO-Staaten (Warschauer-Pakt-Staaten, Anm. AK) künftig zu einem Angriff auf der ganzen Breite nicht mehr in der Lage sein werden und daß auch auf der eigenen Seite weniger ‚Manpower` zur Verfügung steht. Mit der Beschaffung von ‚intelligenten` Waffen mit enormer Präzision sowie gegenüber ihren Vorläufern bis zu hundertfach vergrößerter Feuer- und Zerstörungskraft soll dieser ‚Nachteil` wett gemacht werden." So faßt Andreas Zumach (taz, 17.1.90) die Ergebnisse einer Studie des "British American Security Information Council" über die "NATO-Militärdoktrin in den 90er Jahren" zusammen. Daß angeblich geplante weitere Veränderungen des Bundeswehr-Konzeptes hin zu einer "Ausbildungs- und Mobilmachungsarmee", wie sie von der "Bild am Sonntag" (lt. taz, 8.1.90) angekündigt wurden, daran etwas ändern, darf getrost bezweifelt werden. (Vgl. auch AK 313)

Mi., KB Göttingen

Anmerkungen

1) Berichtsentwurf des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr für das "Kursbuch 2000" nach FR, 17.7.89

2) zit. nach 4/3, Fachzeitschrift zu Kriegsdienstverweigerung, Wehrdienst und Zivildienst Nr. 4, 12/89, S. 127

3) Eine etwaige Verabschiedung dieses Vorschlages ist mir nicht bekannt.

38. Das Ende der Geschichte - Nach dem Verlust des Feindbildes Kommunismus: US-Ideologen suchen neue Doktrin

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:33

Die Krise des realen Sozialismus, der Sieg der prokapitalistischen Pragmatiker in der VR China und die Turbulenzen in den meisten Staaten des RGW sind ein Sieg der bürgerlichen Ideologie, der Grundwerte des Kapitalismus. Dieser Sieg wird gefeiert, ob in Washington, Rom, Stockholm, Tokio, London oder Bonn. Nun ist alles vorbei, es ist alles erkämpft, Langeweile breitet sich aus. Das ist die derzeit meistdiskutierte These in einem kleinen Kreis bürgerlicher Politiker in den USA.

Die veränderte internationale Situation hat während weniger Monate Doktrinen und Strategien Makulatur werden lassen. Das Ende des Kalten Krieges ist fast akzeptiert, und die Politik wird im allgemeinen unter dieser Prämisse geplant. So gibt es im wesentlichen drei Stränge der Diskussion in der US-amerikanischen Außen- und Militärpolitik: Über das politische und ökonomische Verhältnis zu einem Europa nach dem Ende der Eindämmungspolitik; über die nächsten oder noch gültigen militärischen Optionen und Strategien; und über die Zukunft der bürgerlichen Herrschaft. Wohlgemerkt: alles, was bisher und von nun an gesagt wird, ist Teil einer Debatte in den USA.

Zum Thema Sieg und weitere Zukunft der bürgerlichen Herrschaft schrieb im Sommer letzten Jahres Francis Fukuyama den Aufsatz "Das Ende der Geschichte?" In der gleichen und der folgenden Ausgabe der Zeitschrift "The National Interest" gab es Lob und Widerspruch, aber dazu später. Der Aufsatz wurde weltweit gefeiert, nachgedruckt in Paris, Tokio, Rom, Sydney und Amsterdam, und da hier nicht irgendwer irgendwas diskutiert, stelle ich im folgenden die Diskussion vor.

Zunächst: Francis Fukuyama

"Im zwanzigsten Jahrhundert sah man die Industrienationen in einen Abgrund ideologischer Gewalt stürzen, als es der Liberalismus zunächst mit den Resten des Absolutismus zu tun hatte, dann mit dem Bolschewismus und dem Faschismus, und schließlich mit einem erneuerten Marxismus, der der Apokalypse eines nuklearen Krieges zuzusteuern drohte. Indessen hat es jetzt den Anschein, daß dieses Jahrhundert, das voller Vertrauen auf den Endsieg der westlichen liberalen Demokratie begann, an seinem Ende einen vollen Kreis beschreibend wieder zu seinen Anfängen zurückkehrt: nicht zu einem ‚Ende der Ideologien` oder einer Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus, wie man einmal geglaubt hatte, sondern zu einem klaren Triumph des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus." So gibt es keine Alternative zum westlichen Liberalismus, das intellektuelle Klima in den beiden großen kommunistischen Ländern ist "unmißverständlich" verändert, von Moskau über Teheran bis Peking herrscht der Wunsch nach Konsum, am westlichen Standard orientiert.

"Vielleicht sind wir nicht Zeugen der Beendigung des Kalten Krieges oder des Abschlusses einer bestimmten Phase der Nachkriegsgeschichte, sondern des Endes der Geschichte schlechthin: das heißt, des Endes der ideologischen Entwicklung der Menschheit, sowie der allgemeinen Einführung der westlichen liberalen Demokratie als finaler Regierungsform. Das heißt nicht, daß es keine weiteren Entwicklungen mehr geben wird, (...) denn der Sieg des Liberalismus erfolgte vor allem im Bereich der Ideen oder des Bewußtseins, und ist in der realen oder materiellen Welt noch unvollständig. Es gibt jedoch gute Gründe für die Annahme, daß es dieses Ideal ist, das auf lange Sicht gesehen die materielle Welt bestimmen wird." Nun nimmt Fukuyama nicht das Recht für sich, diesen Gedanken der Endlichkeit der Geschichte als erster gehabt zu haben. Er führt Karl Marx als einen Vordenker auf, der in der Form eines kommunistischen Utopia die Geschichte sich selbst aufheben läßt. Aber Marx stahl diesen Gedanken bei Hegel, und so beruft sich Fukuyama auf den deutschen Altmeister der Dialektik.

Aus der Geschichtsphilosophie Hegels entnimmt er, "daß die Geschichte einem absoluten Höhepunkt zustrebe, jenem Punkt nämlich, an dem eine endgültige rationale Gesellschaftsform obsiegte." In Grunde war dieses Stadium der Geschichte 1806 erreicht, als Napoleon bei Jena über die preußische Monarchie siegte, und auf dieser Grundlage die Ideale der französischen Revolution Freiheit und Gleichheit verbreitete. Zwar

blieb im Sinne dieser Ideale auch nach 1806 noch manches zu leisten, aber "die Grundprinzipien des liberalen, demokratischen Staates waren nicht weiter verbesserungsfähig. Die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts und die damit zusammenhängenden Revolutionen und Umstürze hatten bloß zur Folge, daß diese Prinzipien räumlich verbreitet wurden, so daß die verschiedenen Bereiche der menschlichen Zivilisation auf das Niveau der am weitesten fortgeschrittenen Vorposten emporgehoben wurden, und jene Gesellschaften in Europa und Nordamerika, die die Vorhut der Zivilisation darstellten, gezwungen wurden, den bei ihnen herrschenden Liberalismus weiter auszubauen."

Natürlich stellte der Marxismus das Hegelsche Denken auf den Kopf, indem der gesamte Bereich des Bewußtseins, die Religion, Kunst, Kultur und die Philosophie in den Überbau verwiesen wurde, während die politische Ökonomie den Unterbau bildete. So ist "(E)in weiteres unglückseliges Erbstück des Marxismus (...) unsere Neigung, uns auf materialistische oder utilitaristische Erklärungen politischer oder historischer Phänomene zurückzuziehen, sowie unsere Abneigung, an die autonome Kraft der Ideen zu glauben." Diesem Zug des modernen Denkens unterliegen nicht nur die Linken, sondern auch die leidenschaftlichen Antimarxisten. "In der Tat findet man auf der Rechten etwas, das man als die Wall Street Journal-Schule eines deterministischen Materialismus bezeichnen kann, die die Bedeutung von Ideologie und Kultur ignoriert und den Menschen im wesentlichen als rationales, nach Profitmaximierung strebendes Individuum betrachtet."

Ich überspringe nun einige weitere Schleifen seiner Darstellung des Hegelschen Systems und lande bei einer Zwischenfrage, die Fukuyama an sich selbst stellt. "Haben wir nun tatsächlich das Ende der Geschichte erreicht?" Sind noch Fragen offen, die im Rahmen des modernen Lieberalismus nicht lösbar sind, aber vielleicht in anderen politisch-ökonomischen Strukturen? Nun ist es - nach seiner Meinung - nicht seine Aufgabe, allen möglichen Angriffen gegen den Liberalismus von irgendwelchen "Spintisierern in aller Welt" entgegenzutreten. Hier ist nur gefragt, was die bedeutenden sozialen und politischen Kräfte und Bewegungen verkörpern, die Kraft ihrer Macht Teil der Weltgeschichte sind. "Für uns ist es bedeutungslos, welche seltsame Gedanken Leute in Albanien oder Burkina Faso durch den Kopf gehen, denn es geht uns darum, was man in gewissem Sinne als das gemeinsame ideengeschichtliche Erbe der Menschheit betrachten könnte."

Der Liberalismus wurde in diesem Jahrhundert vor zwei große Herausforderungen gestellt: den Faschismus und den Kommunismus. "Der Faschismus wurde als praktikable Ideologie durch den Zweiten Weltkrieg ausgelöscht. Es war dies natürlich eine Niederlage auf einer sehr materiellen Ebene, bedeutete aber gleichzeitig die Niederlage der Idee. Die Vernichtung des Faschismus als Idee war nicht das Ergebnis einer allgemeinen moralischen Ablehnung, da zahlreiche Menschen durchaus bereit waren, diese Idee zu unterstützen, solange sie zukunftsträchtig erschien, sondern ihrer Erfolglosigkeit."

Infolge des Abflauens der Klassenfrage ist die Attraktivität der zweiten großen Herausforderung des Liberalismus, des Kommunismus, heute in der westlichen Welt kleiner als zu irgendeiner Zeit seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Hier werden der Rückgang der Mitgliedszahlen kommunistischer Parteien und der sinkende Einfluß parlamentarischer kommunistischer Gruppierungen genannt, die Erfolge der konservativen Parteien mit unzweifelhaft marktwirtschaftlich und anti- etatistischer Ausrichtung. Die "fortschrittlichsten" Intellektuellen glauben nicht mehr an die Notwendigkeit der Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft. In Asien wurde Kapitalismus und politischer Liberalismus zwar in etwas geänderter Form, aber sehr erfolgreich übernommen. Eine universale Konsumentenkultur entstand, die zur Grundlage eines homogenen Universalstaates geworden ist.

Doch wo wir in Asien sind, was ist mit der VR China? Was wäre der Sieg des Liberalismus wert, könnten nicht die ersten Erfolge in der einstmaligen maoistischen Festung selbst konstatiert werden. "Das einfache Vorhandensein eines kommunistischen China schuf einen alternativen ideologischen Anziehungspunkt, und war damit eine Gefahr für den Liberalismus. Indessen haben die vergangenen fünfzehn Jahre eine fast totale Diskreditierung des Marxismus-Leninismus als Wirtschaftssystem mit sich gebracht." Einerseits werden in wichtigen wirtschaftlichen Bereichen die Aufgaben des Staates zurückgenommen, der sich auf die Funktion als Steuereinnehmer beschränkt; 20 Prozent der chinesischen Volkswirtschaft können als marktwirtschaftlich organisiert bezeichnet werden. Andererseits herrscht eine Kommunistische Partei, die weniger Demokratieversprechen abgegeben hat als Gorbatschow, und Mao wurde vergleichsweise weniger verdammt als in der Sowjetunion Stalin oder Breschnjew, überdies bekennt man sich offiziell weiterhin zum Marxismus-Leninismus. "Aber jeder, der mit den Auffassungen und dem Verhalten der neuen technokratischen Elite vertraut ist, die heute China regiert, weiß, daß der Marxismus und die ideologischen Grundsätze als

politische Richtlinien praktisch irrelevant geworden sind, und daß der bourgeoise Konsumerismus in diesem Land zum ersten Mal seit der Revolution reale Bedeutung erlangt hat." 20.000 Chinesen, die in den USA und anderen westlichen Ländern studieren, werden als Elite in China das ihre tun, eine Annäherung an liberalistisches Gedankengut zu betreiben. Die Studentendemonstrationen des Frühjahrs 1989 werden jedenfalls in diesem Licht gesehen. Aber die Entwicklung in China ist nicht wichtig wegen der Entwicklung von Reformen oder deren Zukunftsaussichten. "Entscheidend ist der Umstand, daß die Volksrepublik China nicht mehr in der Lage ist, als Fackel für die antiliberalen Kräfte in aller Welt zu dienen, ob es sich um Guerillakämpfer in irgendeinem asiatischen Dschungel oder um Pariser Studenten aus dem Mittelstand handelt. Der Maoismus ist kein Vorbild mehr für die Zukunft Asiens, sondern ist zum Anachronismus geworden (...)".

Nach dem Sonderfall China kommt Fukuyama natürlich zur Entwicklung in der Sowjetunion. So sind es "die Entwicklungen in der Sowjetunion - der ursprünglichen ‚Heimat des Weltproletariats` - die den letzten Nagel am Sarg der marxistisch-leninistischen Alternative zur liberalen Demokratie darstellen." In den formalen Institutionen scheint sich seit Antritt Gorbatschows nicht viel geändert zu haben, die Zentralplanwirtschaft ist geblieben, die KP beherrscht das politische System, und der Parteichef ist mit einer starken konservativen Strömung konfrontiert, die noch heute viele Änderungen rückgängig machen könnte. Aber: "Es geht, indessen, hier nicht um eine kurzfristige Analyse der Entwicklungen oder um politische Prognosen, sondern um die Herausarbeitung der Grundströmungen im Bereich der Ideologie und des Bewußtseins. Und in dieser Hinsicht ist es offensichtlich, daß es zu einem erstaunlichen Wandel gekommen ist." Niemand glaubt wirklich an den Marxismus-Leninismus, Korruption und Dekadenz der späten Breschnjew-Ära berührten den Staat kaum. Aus eigener Trägheit funktionierte das System weiter, zeigte sogar einige Dynamik in der Außen- und Verteidigungspolitik. "Der Marxismus-Leninismus war wie eine magische Beschwörungsformel, die, wenn auch absurd und inhaltlos, doch die einzige gemeinsame Grundlage darstellte, auf der sich die Elite in ihrer Herrschaft über die Sowjetgesellschaft einigen konnte."

Unter Gorbatschow wurde ein revolutionärer Angriff auf die wichtigsten Institutionen und Prinzipien des Stalinismus gefahren, und Prinzipien eingeführt, die nahe an die des Liberalismus herankommen. In der Ökonomie tritt Gorbatschow immer stärker für den freien Markt ein, "und zwar so weit, daß es Persönlichkeiten wie Nikolai Schmeljow nichts ausmacht, in aller Öffentlichkeit mit Milton Friedmann verglichen zu werden." Die Demokratisierung des Parteiwesens dient nur zur Festigung der Herrschaft der KPdSU, die allgemeinen Prinzipien bürgerlicher Freiheit "kommen jedenfalls aus einer Quelle, die der marxistisch-leninistischen Tradition der UdSSR völlig fremd ist, auch wenn sie in der Praxis nur teilweise artikuliert und schlecht verwirklicht werden." Gorbatschows Rückzug auf Lenin ist rein taktischer Natur, denn Lenin hielt seinerseits nichts von Demokratie. Diese Taktik ist aber leicht zu verstehen: "Nachdem er Stalinismus und Brechnjewismus mit großer Gründlichkeit als die Wurzeln der heutigen Schwierigkeiten der UdSSR denunzierte, benötigt er nun einen Punkt in der Sowjetgeschichte, an dem er die Legitimität der fortdauernden Herrschaft der KPdSU festmachen kann. (...) Sollten die meisten heutigen wirtschaftlichen Reformvorschläge in die Praxis umgesetzt werden, dann kann man sich schwer vorstellen, inwiefern die sowjetische Wirtschaft dann sozialistischer wäre als die Wirtschaften anderer westlicher Staaten mit großen staatlichen Sektoren."

Damit wären die großen Konkurrenten des Liberalismus aus der Geschichte getreten, bleiben da noch andere Konkurrenten? "Oder, anders ausgedrückt, gibt es Widersprüche in der liberalen Geschichte, abgesehen von den Klassen, die nicht lösbar sind?" Zwei Möglichkeiten bieten sich Fukuyama an, nämlich Religion und Nationalismus.

"Der in den letzten Jahren erfolgte Aufstieg des religiösen Fundamentalismus im Christentum, Judentum und im Islam ist allgemein bekannt. Man könnte meinen, daß die Wiederbelebung des Religiösen irgendwie eine breite Unzufriedenheit mit der Unpersönlichkeit und der geistigen Leere der liberalen Konsumgesellschaft verrät. Aber während die Leere im Kern des Liberalismus sicherlich einen ideologischen Defekt darstellt - in der Tat ein Mangel, den man auch ohne den religiösen Blickwinkel erkennen kann -, so ist doch keineswegs erkennbar, daß dem auf dem Weg der Politik abgeholfen werden könnte." Hier gibt es nur den Islam, der in Form eines theokratischen Staates eine politische Alternative bieten könnte, der auf Nichtmoslems aber kaum anziehend wirkt, und deshalb "keine universale Bedeutung bekommen" kann. Andere religiöse Bedürfnisse stehen kaum im Widerspruch zum Leben im Liberalismus.

Der andere große Widerspruch, "der im Grunde vom Liberalismus nicht gelöst werden kann, (ist) der Nationalismus (...)". Der Nationalismus entfesselte in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege, und nationalistische Leidenschaften bestehen weiterhin in der Dritten Welt. "Historisch gesehen bedrohte der Nationalismus den Liberalismus in Deutschland, und er ist weiterhin eine Gefahr in entlegenen Teilen des ‚posthistorischen` Europa, wie Nordirland."

Doch welche Bedeutung hat nun das Ende der Geschichte für die internationalen Beziehungen? Zwar ist die Dritte Welt noch in die Geschichte verstrickt, aber nun geht es um die mächtigen Staaten. Und vorausgesetzt - was in der Entwicklung eine reale Möglichkeit geworden ist - der Marxismus-Leninismus ist kein Faktor mehr in der Außenpolitik: "Wie würde sich eine entideologisierte Welt von jener unterscheiden, mit der wir an diesem entscheidenden Wendepunkt vertraut sind? Die Antwort lautet gewöhnlich: nicht sehr viel, denn viele Beobachter der außenpolitischen Entwicklung sind der Auffassung, daß es unter der dünnen Schicht der Ideologien einen harten Kern der nationalen Interessen der Großmächte gibt, der ein ziemlich hohes Maß an Wettbewerb und Konflikten zwischen den Nationen gewährleistet."

So wird es nicht gehen. Da nimmt Fukuyama als Beispiel für ein Extrem den deutschen Faschismus. "Rückblickend scheint es, daß Hitler in der allgemeinen europäischen Entwicklung eine krankhafte Nebenlinie repräsentierte, und seit seiner totalen Niederlage ist die Legitimität jeglicher glorreicher Territorialakquisition gründlich diskreditiert. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist der europäische Nationalismus zahnlos geworden und hat keinerlei außenpolitische Bedeutung mehr, mit der Konsequenz, daß das aus dem 19. Jahrhundert stammende Muster des Großmachtverhaltens zum blanken Anachronismus geworden ist."

Die Waffenhaltung der Industriestaaten des Westens nach dem Zweiten Weltkrieg wird als Produkt der äußeren Bedrohung gesehen. Die Position, daß die großen Industriestaaten gegeneinander Krieg führen, diskreditiert sich nach Fukuyama selbst: "Nimmt man die ‚neorealistische` Theorie ernst, dann müßte man annehmen, daß sich das ‚natürliche` kompetitive Verhalten unter den OECD-Staaten manifestieren würde, wenn Rußland und China vom Antlitz der Erde verschwänden. Das heißt, die Bundesrepublik und Frankreich würden wieder gegeneinander rüsten, wie in den dreißiger Jahren, Australien und Neuseeland würden Militärberater entsenden, um das Vordringen des jeweils anderen in Afrika zu blockieren, und die amerikanisch-kanadische Grenze würde befestigt werden. Solche Prognosen wären natürlich lächerlich."

Fukuyama faßt zum Schluß seines Artikels noch einmal zusammen: "Das Verschwinden des Marxismus-Leninismus erst in China und dann in der Sowjetunion wird sein Tod als lebendige Ideologie von welthistorischer Bedeutung sein. (...) Der Tod dieser Ideologien bedeutet aber auch die zunehmende ‚ökonomische Integration` der Außenpolitik, und die Verringerung der Wahrscheinlichkeit von großen Konflikten zwischen den Staaten."

Das Finale des Liberalismus strömt aus in Langeweile. "Das Ende der Geschichte wird eine sehr traurige Zeit sein. Der Kampf um Anerkennung, die Bereitschaft, sein Leben für ein völlig abstraktes Ziel einzusetzen, der weltweite ideologische Kampf, der Wagemut, Tapferkeit und Phantasie hervorbrachte, und der Idealismus werden ersetzt durch wirtschaftliche Kalkulationen, endloses Lösen technischer und Umweltprobleme, und die Befriedigung ausgefallener Konsumentenwünsche. In der posthistori- schen Periode wird es weder Kunst noch Philosophie geben, sondern nur mehr bloß die ständige Pflege des Museums der Menschheitsgeschichte. Wir selber und andere um uns fühlen eine starke Nostalgie nach der Zeit, in der es noch Geschichte gab. (...)"

Die ersten Stellungnahmen

Die Brillanz der Aufsatzes wurde im Allgemeinen gelobt, jedoch mochte man Fukuyama in der welthistorischen Weite seines Wurfes nicht folgen. Moynihan konstatierte schlicht, daß er das Ende der Geschichte auf das Ende der Nachkriegsgeschichte begrenzt sieht. Mehr ironisch antwortet er auf Fukuyamas dramatischen Schluß "Ich fürchte, er wird wieder ‚in interessanten Zeiten` leben müssen!" Dabei wird die Sicht der Entwicklung in der VR China oder in der Sowjetunion gar nicht angezweifelt. Angezweifelt wird von Moynihan jedoch, ob "die Vereinigten Staaten imstande sind, all das außenpolitisch zu verdauen", und verweist auf die Unfähigkeiten der jüngsten Reagan-Regierung. In den achtziger Jahren waren die USA sicherlich nicht in der Lage, eine solche Entwicklung zu meistern. Er verweist auf die Reagan-Doktrin, die sich als eine grandiose Fehleinschätzung erwies. Nach dieser Doktrin müßte die internationale Lage "in die dritte Phase der Expansion des Sowjetimperiums eingetreten sein." Er verweist weiterhin darauf, daß noch 1984 der

Sicherheitsberater McFarlane angesichts des sowjetischen Expansionismus dazu aufgerufen hatte, über die Politik der Eindämmung wesentlich hinauszugehen. In Bezug auf die Politik im Rahmen der Iran-Contra-Affäre und die, von McFarlane im Auftrag der Reagan-Regierung, entfachte Politik führt Moynihan dann aus: "Manche dieser Leute waren wie Berserker, die im Zuge der Ereignisse fast eine Krise des Regimes verursachten. Wir zitieren Theodore Draper im Zusammenhang mit der Iran-Contra-Affäre: ‚Wenn die verfassungsmäßige Demokratie der Vereinigten Staaten je gestürzt werden sollte, dann verstehen wir jetzt besser, wie dies wahrscheinlich zu tun wäre.` Ebenso schwerwiegend - weil noch nachwirkend - ist der Umstand, daß sie unsere eigene ‚Periode der Stagnation` verursachten. In acht Jahren vermehrten sie die Staatsschuld um eine Summe, die fast den gesamten im Zweiten Weltkrieg aufgelaufenen Schulden entsprach. Aber diesmal wurden die Vereinigten Staaten selber zum Schuldner der restlichen Welt gegenüber, mit einer Wirtschaft, die ihrerseits Schwierigkeiten hatte, mit ‚hochentwickelten kapitalistischen Staaten` Schritt zu halten."

Interessant ist noch, daß Moynihan den Vater der Doktrin der Eindämmungspolitik zitiert. George F. Kennan entwickelte diese Doktrin 1946 u.a. in den berühmten Aufsatz, der mit "Mr. X" gezeichnet war. Nun spricht dieser Mann davon, daß das Ende der russischen Revolution gekommen sei, und fegte seine eigene Einschätzung der letzten 45 Jahre vom Tisch. "(...) Wir meinen also, welche Gründe es einmal für die Annahme gegeben hat, die Sowjetunion vor allem als möglichen, wenn nicht sogar wahrscheinlichen militärischen Gegner zu betrachten, so ist dies heute eindeutig passé. Dieses Land sollte nun im Grunde nur als Großmacht unter anderen Großmächten betrachtet werden, deren Zielsetzungen und Politik überwiegend von ihrer geographischen Lage, Geschichte und Traditionen bestimmt werden, die zwar nicht mit den unseren identisch sind, aber doch nicht so ernstlich mit den unseren kollidieren, als daß es nicht möglich wäre, die bestehenden Differenzen mit den normalen Mitteln des Kompromisses und der Anpassung zu lösen. Wir meinen, daß es nunmehr möglich sein sollte, ohne Vernachlässigung unserer allgemeinen Sicherheitsbedürfnisse, so bald als möglich durch freundschaftliche Verhandlungen die anormalen militärischen Spannungen zu beseitigen, die noch bis vor kurzem die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen beherrschten, und uns statt dessen auf die Entwicklung der positiven Möglichkeiten dieser Beziehungen zu konzentrieren, die sicherlich nicht unbedeutend sind." Diese Ausführungen machte Kennan vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats im Frühjahr 1989.

Nehmen wir eine weitere Antwort, die extrem in eine andere Richtung weist.

Der Faschismus hat Zukunft

"Da es scheint, daß wir gewonnen haben, wer sind wir jetzt und was sollen wir tun?" Allan Bloom skizziert die Phase der letzten fünfzig Jahre der USA als die der Opposition gegen Faschismus und Kommunismus, aus der klare moralische und politische Zielsetzungen erwuchsen: durch die negative Abgrenzung. "Wir bezogen unsere Orientierung von dem vor uns stehenden Bösen, und es weckte in uns das Beste. Die Gefahr von außen disziplinierte uns im Inneren und bewahrte uns vor allzu deprimierenden Reflexionen über uns selbst. (...) Jetzt sind allerdings diese Sicherheiten fraglich geworden. (...) Mit dem Verlust unseres negativen Orientierungspunktes ist jetzt ein übermäßiges Aufblühen positiver Forderungen zu erwarten, die, befreit von der Nüchternheit des Kalten Krieges, die nicht rationalisierten Reste menschlichen Sehnens widerspiegeln."

So sieht Bloom nicht Hegels Geschichtsbild, sondern das von Nietzsche als einschlägig für die jetzige Situation. Er interpretiert Nietzsche, der meinte, daß wenn der "letzte Mensch" das Endprodukt der Vernunft sei, wir uns im Umkehrschluß mehr mit der Unvernunft befassen müßten. "Gott ist tot, aber wir brauchen neue Götter."

Über eine politische Praxis sagt Bloom natürlich nichts, auch redet er einer konkreten Ausprägung bürgerlicher Herrschaft nicht das Wort. Als Antithese zu Fukuyama setzt er aber die Zukunft des Faschismus. "Der Kommunismus war ein verrückter Auswuchs des liberalen Rationalismus, und jeder hat inzwischen erkannt, daß das weder funktioniert noch wünschenswert ist. Der Faschismus wurde zwar auf dem Schlachtfeld besiegt, aber seine dunklen Möglichkeiten wurden nicht bis zum Ende ausgeschöpft. Sucht man nach einer Alternative, dann bleibt keine andere Möglichkeit, die man ins Auge fassen könnte. Wir sind der Auffassung, daß der Faschismus Zukunft hat, wenn er nicht gar die Zukunft ist. Vieles von dem, was Fukuyama sagt, weist in diese Richtung. Das gilt auch für die Fakten. Die afrikanischen und nahöstlichen Nationen, denen aus irgendeinem Grund die Moderne nicht leicht fällt, sind versucht, Sinn und Selbstsicherheit in allen möglichen Formen des Obskurantismus zu suchen. Die europäischen Nationen, die keine rationale Begründung für das

Fernhalten zahlloser potentieller Einwanderer von der eigenen Heimat finden können, wenden sich wieder ihrem nationalistischen Mythos zu."

Ich glaube kein Wort davon (...)

resümiert Irving Kristol schon in der Überschrift seiner Antwort sowohl seine Meinung gegenüber Fukuyama, als auch seinen Standpunkt zu dieser Art von Debatte. Mehr kurz und knapp setzt er, einer der Protagonisten der ehemaligen Reagan-Regierung, gegen Fukuyama: "Wir mögen den Kalten Krieg gewonnen haben, was sehr nett ist - es ist mehr als nett, es ist wunderbar. Aber das bedeutet, daß wir jetzt selber nun der Feind sind, nicht die anderen."

Kein Ausweg

Folgen wir zum Abschluß der Entgegnung Samuel P. Huntington, einem der Väter der Doktrin des "low intensity conflict". Natürlich nutzt er die Gelegenheit, der allgemeinen Predigt vom Ende des Kalten Krieges seine spöttischen Randbemerkungen zu geben. Für ihn sind die Ausführungen eines Kennan die Zeichen der Erosion einer harten, aber richtigen Linie. Nach der Modewelle der Untergangsdiskussionen im Jahre 1988 folgt nun die Welle der Enddiskussion. Damit bezieht er sich auf Positionen, die die Schwäche des US-Imperialismus verglichen mit dem Abstieg des römischen Reiches vom Podest einer Weltmacht. Aber die Untergangsdiskussion hatte für ihn eine positive didaktische Funktion, war sie doch eine Gegenwehr gegen den Machtverlust.

Die Enddiskussion ist gefährlich, da sie sich auf der Grundlage des Bewußtseins von Ungefährdetheit abspielt. Zum anderen hat die Sowjetunion noch keine Schritte der Abrüstung getan, und der Streit um den Einfluß in der Welt wird zwischen den USA und der Sowjetunion anhalten. Gorbatschows internationale Verbindungen können so eine gleichgroße Bedrohung der US-amerikanischen Interessen darstellen, wie es die Panzer in der Breschnewzeit waren. Die Sowjetunion wird zu außenpolitischen Strategien zurückkehren, die vor hundert Jahren gültig waren, also zu denen einer kontinentalen Großmacht.

Die Zeit des Kalten Krieges war auch eine Zeit des Langen Friedens. "Bedeutet das Ende des Kalten Krieges das Ende des Langen Friedens? In beiden waren die Elemente Bipolarität und die Nuklearwaffen die wichtigen Elemente: sie haben in einem gewissen Maß sowohl die Sowjetisch-Amerikanische Rivalität als auch deren Grenzen definiert. Das Ende des Kalten Krieges bedeutet ein Ende der Bipolarität, auch wenn dies nicht heißt, (...) eine Welt mit fünf oder mehr ungefähr gleich großen Mächten. Der Legitimationsverlust der Nuklearwaffen und die zunehmenden Widersprüche über ihre Stationierung und möglichen Einsatz können die Möglichkeit eines konventionellen Krieges erhöhen."

"Das Ende des Kalten Krieges bedeutet nicht das Ende der politischen, ideologischen, diplomatischen, ökonomischen, technologischen oder sogar militärischen Rivalität zwischen den Nationen. Das bedeutet nicht das Ende des Kampfes um die Macht und den Einfluß. Es bedeutet aber sehr wahrscheinlich eine zunehmende Instabilität, und Gewalt in den internationalen Beziehungen. Es könnte das Ende des Langen Friedens bedeuten."

wo./Hamburg

39. Weshalb die Linke anti-deutsch sein muß

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:27

Linke behandeln das Thema "Wiedervereinigung" mit einer gefährlichen Verharmlosung, als ob es schlicht um die Ausdehnung der Marktwirtschaft nach Osten ginge. "Die Marktwirtschaft erobert Osteuropa", lautete so auch die Schlagzeile im letzten AK. Diese Sichtweise erfaßt nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit und abstrahiert von der "deutschen Besonderheit" der Vorgänge: Ein Staat schüttelt eine geographische und eine politische Begrenzung ab, die sein expansionistisches und vielleicht sogar faschistisches Potential in den letzten 40 Jahren bändigte.

Diese Dimension der Vorgänge umrissen zu haben, macht die Qualität der Erklärung der KB-Leitung "Denk ich an Deutschland in der Nacht..." vom Dezember 1989 aus (s. AK 313). Leider ist dieser Erklärung bisher nicht eine entsprechende praktische Aktivität gefolgt, sondern es gibt im Gegenteil Stimmen in der AK-Redaktion und in Teilen der Organisation, die andere Akzente setzen wollen. Dies drückt sich besonders in einigen Artikeln in der Januar-Ausgabe des Arbeiterkampf aus. Obwohl ich mich hier ausschließlich auf diese Artikel von KB-Autoren beziehen werde (genauere Verweise: s. Anmerkungen), ist die Auseinandersetzung für die gesamte Linke repräsentativ, da die in anderen Organisationen und Zeitschriften vertretenen Standpunkte die im folgenden kritisierten Fehler zum Teil noch weiter treiben.

Mensch könnte sich mit der Feststellung trösten, im KB und AK seien ja zumindest alle gegen eine Wiedervereinigung, und das sei doch angesichts der augenblicklichen Kopflosigkeit in der Linken schon eine Menge wert. Ich warne vor Selbstberuhigung: Die Dynamik der Ereignisse kann alle Halbheiten innerhalb von Monaten, ja Wochen aufdecken.

Eine Kritik an der kapitalkonformen Zurichtung der Ökonomien Osteuropas ist zwar unverzichtbar, bleibt aber angesichts der Perspektive eines "4. Reiches" stumpf. Sie muß ergänzt werden durch eine ausdrücklich anti-nationalistische und damit anti-deutsche Sicht, um die aktuellen Vorgänge begreifen und Gegenstrategien entwickeln zu können.

Nationalismus - das ist weit mehr als ein Überbauphänomen, sondern als Rassismus und Revanchismus auch Vorgabe für die praktische Politik. Seine zentrale Bedeutung für uns als Linke läßt sich in vier Punkten umreißen:

1. Die deutschnationale Ideologie ist im Augenblick der Rammbock, um die Fesselung der politisch-militärischen Potenzen des BRD-Imperialismus weit unter dem Niveau seiner ökonomischen Macht zu durchbrechen.

2. Die mit dem hochkochenden Nationalismus verknüpften außenpolitischen (z.B. Großdeutschland) und innenpolitischen (z.B. Ausländerhaß) Zielsetzungen können zu erheblichen Verschärfungen führen.

3. Deutsche sind für die Propagierung faschistischer und expansionistischer Ziele über das Medium Nationalismus anfälliger als Angehörige anderer Völker. Dies hat seine Wurzel u.a. im geschichtlichen Verlauf der Klassenkämpfe hierzulande.

4. Es muß von uns unterstützt werden, wenn die Opfer des Nationalsozialismus gegen ein neues Großdeutschland auftreten, und sie müssen von uns ermutigt werden, das zu tun. Für "Deutschland" darf es kein nationales Selbstbestimmungsrecht geben.

Diese Punkte sollen im folgenden ausgeführt werden.

1. Nationalistische Strategie und ökonomische Stärke

"Eine primär ideologische Kampagne gegen den deutschen Nationalismus" ist laut Kt. so unsinnig wie ein Aufruf "Nieder mit dem Fieber!" zur Bekämpfung der Grippe. Sie ignoriere die Tatsache, daß der ökonomische Siegeszug des BRD-Imperialismus der entscheidende Hebel seines Vorankommens sei. "Nicht das Singen der Hymne im Bundestag bringt die Nachkriegsordnung zum Einsturz, sondern der Siegeszug bundesdeutschen Kapitals", schreibt Kt. Unterstützt wird er dabei von D.: "Der entscheidende Übernahmeprozeß ... findet in der Sphäre der Ökonomie statt."

Diese Analyse verkennt das Besondere der Situation. Für das "Aufweichen" des RGW war der offene Revanchismus der Hallstein-Doktrin zwar kontraproduktiv. Er wurde Anfang der 70er Jahre ersetzt durch die Strategie "Handel durch Wandel". Aber dieser Trend zur rein wirtschaftlichen Durchdringung wird jetzt, nachdem die osteuropäischen Ökonomien sturmreif sind, ersetzt durch eine deutlich großdeutsche Linie. Ein Grund für diese neue politische und ideologische Qualität ist ein wirtschaftlicher, nämlich die Erlangung von Wettbewerbsvorteilen beim Aufkaufen/Einkaufen in Osteuropa: Das BRD-Kapital zieht es vor, die DDR ganz zu besitzen, anstatt auf die europäische Integration mit allen Unwägbarkeiten und Verzögerungen zu warten.

Wenn es auch zwischen deutschnationaler Propaganda und ökonomischen Interessen nach wie vor Reibeflächen gibt (bspw. Westgrenze Polens) und ein neues Verhältnis zwischen beiden innerhalb der Bourgeoisie heftig debattiert wird, so muß man sich doch unbedingt klarmachen, daß die Entwicklung in den letzten Monaten die Vertreter eines offen großdeutschen Kurses in einem Maße und einer Schnelligkeit gestärkt hat, wie es noch vor Jahresfrist undenkbar schien.

Aber es geht nicht nur um Wettbewerbsvorteile für die BRD, sondern um eine generelle Neuordnung der innerimperialistischen Hierarchie, in der die BRD ganz nach oben will. Es ist schon seit Jahrzehnten so, daß der ökonomische Einfluß des BRD-Imperialismus wächst, gemessen etwa an den Kennziffern des Waren- und Kapitalexports. Nur entsprach dieser gewaltigen ökonomischen Rolle kein entsprechendes politisches und militärisches Gewicht: "Ökonomisch ein Riese, politisch ein Zwerg", sagte Strauß Mitte der 60er Jahre, und auch heute noch konstatieren die Herrschenden ein solches Mißverhältnis.

Das entscheidende Hindernis, warum die BRD bislang ihre ökonomische Macht nicht voll in politische Macht umsetzen konnte, sind die Restriktionen für den BRD-Imperialismus infolge seiner faschistischen Herkunft. Daraus resultieren nicht nur seine Beschränkung im militärischen Bereich (A-Waffen-Verbot), sondern auch politisch-psychologische Vorbehalte in den Nachbarvölkern und auch im fortschrittlichen Teil der hiesigen Bevölkerung. Wenn die BRD in den letzten Jahrzehnten eine Interventionspolitik vergleichbar derjenigen der USA, Englands und Frankreichs gemacht hätte, wäre ein Aufschrei der Empörung um die Welt gegangen bis hin zur Erwägung von Gegenmaßnahmen.

Der Nationalismus ist jetzt der Rammbock, um diese Barrieren für den BRD-Imperialismus zum Einsturz zu bringen. "Der Fahrkartenschalter nach Canossa ist geschlossen", gibt Schönhuber vor, und Brandt zieht nach mit dem Satz, man könne ein Volk nicht auf Dauer für den Holocaust durch Teilung büßen lassen. Was die Historiker-Debatte, Bitburg, Jenninger usw. eingeleitet haben, soll jetzt durch die Wiedervereinigung besiegelt werden: Der Schlußpunkt unter die Nachkriegsgeschichte, unter das Andenken an die deutsche Schuld und die deutschen Verbrechen und die daraus resultierenden Restriktionen gegenüber "Deutschland" im internationalen Recht und in der politischen Psychologie der Völker.

Wer A sagt, wird auch B sagen: Wenn die "deutsche Schuld" getilgt sein soll und man den Deutschen also die "Einheit der Nation" zugesteht, wer wollte ihnen dann noch die Atombombe, die Streichung des Asylrechts aus der Verfassung, die Beteiligung an Militärinterventionen untersagen? Wenn der deutsche Imperialismus sich endlich so "normal" benehmen darf wie die anderen Imperialismen, wird all das fallen, was bisher seine besondere Aggressivität gefesselt hat - nach innen und außen!

2. Aggressivität nach innen und außen

Die Vertreter einer primär ökonomischen Sichtweise können die Wechselwirkung zwischen dem Revanchismus und dem innenpolitischen Klima nicht erkennen, die ja gerade über die Ideologie des Nationalismus vermittelt wird. So meint beispielsweise Kai, durch den Fall der Mauer sei "der Überdruck aus der ‚nationalen Frage' herausgelassen" worden. Die Fakten stehen so erdrückend gegen diese Weltfremdheit, daß die Ignoranz des Autors schwer nachvollziehbar ist. Kt. spricht zwar von einer "deutschnationalen Massenbewegung", aber verrückterweise nur bezüglich der DDR! Dabei ist doch auch für die BRD offensichtlich, daß in allen Medien und Parteien auf deutschnational gemacht wird. Insofern ist es auch ziemlich gleichgültig, ob die kommenden BRD-Wahlen höhere Prozentzahlen für die REP bringen werden. Auch wenn prozentual alles gleich bliebe, bleibt nichts gleich, denn die Inhalte hinter den Prozentzahlen haben sich nach rechts verschoben.

In der Außenpolitik formuliert der Nationalismus bzw. Revanchismus Zielsetzungen, die für das (oberflächlich, kurzfristig betrachtete) rein ökonomische Interesse des Kapitals dysfunktional zu sein scheinen, etwa wenn er

die Nachkriegsgrenzen in Frage stellt. Daraus folgert Kai, die Destabilisierung gehe "nicht von den imperialistischen Staaten, auch nicht von der BRD aus". Wenn man den Blick so oberflächlich auf den Auslöser krisenhafter bis kriegerischer Verwicklungen legt, müßte man Serbien als Verantwortlichen des 1. Weltkrieges brandmarken (Attentat von Sarajewo). Tatsächlich ist die Entstehungsgeschichte des 1. Weltkrieges ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie im Zerfallsprozeß eines Vielvölkerstaates (damals Österreich-Ungarn, heute die UdSSR) sich allerlei nationalistische Konflikte, die lange zurückgedämmt waren, wieder zuspitzen und gegenseitig anfeuern - und der stärkste dieser Nationalismen (damals wie heute: der deutsche) die Gunst der Stunde nutzt, um eigene Aspirationen geltend zu machen.

Ein weiterer Denkfehler der Friedensprognosen im Gefolge der "Pax atomica"- oder "One World"-Theorie sitzt aber tiefer: Sie vertrauen auf die einschüchternde Wirkung, die sowjetischer Widerstand oder eine nukleare Konfrontation auf abenteuerliche imperialistische Ambitionen hat. Doch die aktuelle Dynamik wirft die UdSSR immer mehr auf sich selbst zurück. Immer mehr Sowjettruppen müssen aus dem osteuropäischen Glacis abgezogen und in den Unruheprovinzen eingesetzt werden, spätestens (!) mit erfolgter Wiedervereinigung würden auch in der DDR keine mehr stehen. Wer wird dann Großdeutschland bremsen, bei den ganzen territorialen Neuaufteilungen Osteuropas etwas mitzumischen, genauso wie heute schon die USA das sowjetische Vakuum in Südamerika für eine neue Kanonenboot-Politik nutzen?

Weiter: Der KB ging immer davon aus, daß die von Lenin entwickelte Gesetzmäßigkeit zwischenimperialistischer Konflikte weiter gilt, lediglich durch den darübergeschobenen Widerspruch NATO - Warschauer Pakt gedämpft wurde. Mit dem Neo-Isolationismus der Sowjetunion (oder gar ihrer Auflösung) fällt diese Bremse weg, auch hier drohen perspektivisch Zuspitzungen, wahrscheinlich zunächst über Stellvertreter. Es sollte nicht vergessen werden, daß sich die BRD durch ökonomische Durchdringung, aber auch durch den Export von Atomwaffen-Know-How an Staaten wie Südafrika, Brasilien und Pakistan in aller Welt Brückenköpfe für solche Auseinandersetzungen geschaffen hat.

3. Massenpsychologie des deutschen Nationalismus

"Peinlich oberflächlich" findet Kt. eine Kritik an den Deutschen, etwa im Zusammenhang mit der Unterstützung "der" Deutschen für Hitlers zunächst "friedliche" Expansionspolitik vor 1939. Eine solche Pauschalisierung abstrahiert natürlich von Klasseninteressen und ist insofern verkürzt. Sie transportiert aber auch - ähnlich wie die "Kollektivschuldthese" - eine wichtige Erkenntnis, nämlich daß der deutsche Faschismus nicht ausschließlich als Strategie des Kapitals erklärt werden kann, sondern erheblich von der Bevölkerung unterstützt wurde. Als Träger des NS-Staates sehe ich ein nationalistisch-rassistisches klassenübergreifendes Bündnis unter der Hegemonie des Großkapitals.

Warum konnte diese "Volksgemeinschaft" geschmiedet werden? Was macht es für die deutsche herrschende Klasse bis heute so leicht, über den Nationalismus die Unterdrückten an ihre Ziele zu binden? Zur Erklärung reicht die von Lenin entwickelte Theorie der Herausbildung einer "sozialimperialistischen" Oberschicht in der Arbeiterklasse nicht aus. Für die besondere deutsche Situation möchte ich zusätzlich (nicht im Gegensatz) dazu noch auf einen sozialpsychologischen Ansatz zurückgreifen, der materialistisch fundiert ist. Das deutsche Volk hat nie eine Revolution zustande gebracht, wurde im Bauernkrieg blutig gemetzelt und in der bürgerlichen Revolution niedergerungen. Der Nationalstaat wurde - im Unterschied zu den bürgerlich-demokratischen Prozessen in Frankreich und England - nicht vom Volk erkämpft, sondern von oben mit Blut und Eisen durchgesetzt. Die Ablösung des preußischen Junkerstaates und die Ablösung des Faschismus - beides erreichte das deutsche Volk nicht aus eigener Kraft, sondern nur im Ergebnis verlorener Kriege. Diese grausamen Lehren aus den Klassenkämpfen, daß sich Widerstand nicht lohne und daß man sich mit den Mächtigen gut stellen müsse, daß auch die geringste Freiheit vom Ausland "oktroyiert" worden sei - dies alles hat sich tief in die "deutsche Psyche" eingeschrieben. In diesem Zusammenhang kann man wirklich davon sprechen, daß "der Deutsche" - als Prototyp verstanden - für nationalistische Politik in ihren schlimmsten Spielarten anfälliger ist als andere Völker, so daß die Massenbasis für aggressive rassistische und nationalistische Politik hierzulande größer ist.

Dies macht emanzipatorische Politik nicht unmöglich, hat aber Einfluß auf ihre Inhalte und Wege. Erst wenn sich die Arbeiterklasse vom Nationalismus löst, wird sie zur Klasse "für sich", die sich nicht gegen ImmigrantInnen und andere Völker hetzen läßt. Wir müssen klar machen: Links sein und "deutsch" fühlen - das geht nicht zusammen. An dieser Stelle gilt es auch einen Bruch mit verhängnisvollen Fehlern der KPD zu

vollziehen, die sich wiederholt als bessere Vertreterin nationaler Interessen zu profilieren suchte. Mochte man das als Experiment (Schlageter-Kurs 1923) noch gelten lassen, so war es angesichts der faschistischen Gefahr (Aktionsprogramm 1930) fahrlässig und ist spätestens seit Auschwitz politisch kriminell (Elemente der KPD/SED-Politik ab 1945, teilweise DKP-Politik in der Friedensbewegung). Über einen solchen "reaktionären Sozialismus" hatte Marx im Kommunistischen Manifest gespottet: "Er proklamiert die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normalmenschen". Um wieviel härter muß diese Abgrenzung 100 Jahre später, nach dem Holocaust und im Zeichen seiner zunehmenden Verharmlosung, ausfallen.

4. Kein nationales Selbstbestimmungsrecht für "Deutschland"

In der LG-Erklärung war die Ablehnung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes an erster Stelle damit begründet worden, daß hier die Opfer des Nationalsozialismus mitzureden haben. Interessanterweise gehen die Kritiker der Erklärung (Kt. und Kai) mit keinem Wort auf diese Argumentation ein und setzen implizit anstelle des Veto-Rechts der NS-Opfer die Souveränität der DDR-Bevölkerung: "Wir können diese Souveränität nicht verteidigen, wenn wir sie im gleichen Atemzug auch schon wieder relativieren und der DDR-Bevölkerung sagen: es kommt sowieso nicht drauf an, wie ihr euch entscheidet!" Das stellt die Wirklichkeit auf den Kopf: Die Souveränität der DDR ist das Ergebnis der (von außen, durch die Gegner Nazi-Deutschlands) verfügten Spaltung Deutschlands, sie steht nicht im Widerspruch zu den anti-deutschen Vorbehalten, sondern ist das Resultat davon. Für einen solchen positiven Bezug auf die alliierten Vorbehaltsrechte gebe es - so ein Artikel von D. - "überhaupt keinen rationalen Grund", vielmehr sei das "nationalistisch", weil man einfach den Allierten-Haß der REPs umdrehe. Der Verfasser hat hier genau über den entscheidenden Punkt hinweggesehen, den Antifaschismus: Der Grund, der ihm abgeht, liegt genau darin, daß Deutschland den Holocaust und einen Vernichtungskrieg gegen die Völker Europas durchgeführt hat, und daß es deshalb höchst rational ist, gegen eine solche Bestie Sicherungen in Form alliierter Vorbehaltsrechte einzubauen. Dies als nicht rational, sondern höchstens als moralisch verständlich anzusehen, stellt revolutionäre Moral in letzter Konsequenz als etwas Irrationales hin.

Etwas anderes ist es, wenn der Autor auf den schwindenden Willen vor allem der Westmächte verweist, diese Vorbehaltsrechte auch tatsächlich als Notbremse gegen ein Großdeutschland zu ziehen. Zu sehr sind sie - gemeinsam mit der BRD - an einer Schleifung des RGW interessiert, und zu sehr sind sie mittlerweile selbst von der BRD ökonomisch abhängig oder mit ihr verflochten. Dennoch: Jede Verzögerung, die Mitterrand und Thatcher für das großdeutsche Projekt bewirken könnten, müßte von uns begrüßt werden.

Eine theoretische Kontroverse und Haarspalterei? Beileibe nicht! Denn wie verhalten wir uns, wenn - wie schon begonnen - DDR-Opposition und BRD-Reaktion einen Volksentscheid zur Wiedervereinigung fordern? Oder eine schwarz-rot-goldene Mehrheit in der Volkskammer der BRD ihr Ja-Wort gibt? Unterstützen wir dann Stimmen aus der Sowjetunion, Israel, Polen, vielleicht sogar Frankreich, England und den USA, die mit Blick auf den alten und möglichen neuen Faschismus ein Veto fordern? Oder geben wir klein bei, weil wir ja eigentlich auch für das nationale Selbstbestimmungsrecht "Deutschlands" sind?

Unsere Utopien - und der "Spießerschrott"

Mit anti-deutscher Propaganda wird man sich in Zeiten, wo "man die Gegner der nationalen Verblödung mit der Lupe suchen" muß (LG-Erklärung), in einer extremen Minderheit befinden. Ein prosperierender und expandierender Nationalstaat drückt seine Kritiker erstmal an die Wand. Aber das hat Liebknecht 1914 nicht daran gehindert, Position zu beziehen und für die Niederlage der eigenen Nation zu kämpfen. Diese Linie des "revolutionären Defaitismus" gegen den "Spießerschrott" hochzuhalten, bedeutet keineswegs die Aufgabe von politischer Überzeugungsarbeit, sondern ist im Gegenteil Voraussetzung dafür, daß unsere Überzeugungen nicht von der schwarz- rot-goldenen Flut fortgespült werden und überhaupt noch wahrgenommen werden können. Wie wollen wir einen "Kampf um Hegemonie" führen, wenn wir uns nicht deutlich von der nationalistischen Welle absetzen?

Bewußt richtet sich diese Orientierung an in der BRD lebende ImmigrantInnen, an die als "undeutsch" oder "anomal" diskriminierten Minderheiten wie auch an die linke und linksbürgerliche Weltöffentlichkeit. Vorbild könnte hier das "Russell-Tribunal gegen Menschenrechtsverletzungen in der BRD" sein, unter dessen Signum

sich Ende der 70er Jahre mit Beteiligung des KB schon einmal ein internationales Bündnis gegen das "Modell Deutschland" formiert hatte. Kontakte mit der DDR-Linken entheben uns dieser Aufgabe nicht.

Aber es soll ja auch linke und selbst liberale "Deutschstämmige" geben, die vom Deutschtum genug haben, sich von deutscher Politik oder "deutschen Tugenden" (die sich im Zusammenspiel mit der herrschenden Politik in Jahrhunderten herausgebildet haben, s.o.) geplagt fühlen, die sich deswegen nicht als "Deutsche", sondern als ProletarierIn, InternationalistIn, KosmopolitIn, als LinkeR oder einfach als Mensch begreifen. Wir sollten diese Einstellung fördern und dem rechten Slogan "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" entgegenstellen: "Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein". Im Zusammenhang mit dieser kulturrevolutionären Aufgabe sollten wir eine Utopie entwickeln: nicht die eines sozialistischen Deutschland (dafür waren wir marxseidank noch nie) , sondern die der Zerstörung des deutschen Staates und seiner Ersetzung durch einen Vielvölkerstaat, sowie der Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft. Für diese Utopie und für diese Politik werden sich Menschen engagieren, deren Feindbild der deutsche Nationalismus ist, nicht unbedingt das Kapital. Viel spricht jedoch dafür, daß ohne einen Erfolg in diesem Kampf nie ein Sozialismus, eher schon ein neuer Nationalsozialismus herauskommen wird.

Jürgen/KB-Stuttgart

Anmerkungen

Ausgangspunkt der Diskussion ist die Erklärung der KB-Leitung "Denk ich an Deutschland in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht", abgedruckt auf S.1/2 in AK 313 (Dezember 1989).

Die im obigen Artikel zitierten bzw. kritisierten Autoren und Aufsätze finden sich in AK 314 (Januar 1990):

Kt., betr. LG-Erklärung zur "Deutschen Frage" (S.18/19)

Kai, Warum ich die Erklärung nicht mittrage (S.19)

D., Querelen um die "Deutsche Frage" (S.18)

D., Ist die DDR noch zu retten (S.5)

Hinzu kommt der Leitartikel von Kt. in einem vierseitigen AK-extra "DDR muß bleiben", das im Januar v.a. in Berlin/DDR verteilt worden war.

40. betr.: Debatte um "medico-Anzeige", AK 314, S. 43

Betr.: ak-Diskussion zur "deutschen Frage" (ak 314)

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:47

1. Kt.s Stellungnahme gegen die LG-Erklärung vom ak 313 enthält nicht nur inhaltliche Kritik, sondern spiegelt auch eine innerorganisatorische Auseinandersetzung im KB wider, die die Leser des ak zwar ahnen, nicht aber verstehen können. Dazu zunächst einige Klarstellungen aus meiner Sicht.

Unüberprüfbar für die ak-Leser, aber im übrigen auch für die meisten Mitglieder des KB, werden meist mündliche oder aus anderen Zusammenhängen herausgerissene Äußerungen eines Genossen aus einer Sitzung des Leitenden Gremiums (LG) wiedergegeben. Daß dessen "extravagante Sichtweise" im KB akzeptiert werde, hält Kt. für "bedenklich". Nun können die Leser nicht wissen, daß es sich dabei um einen Genossen handelt, der vier Wochen zuvor seine Mitgliedschaft in der ak-Redaktion aufgekündigt hat, was er neben anderem vor allem damit begründete, daß in der Mehrheit der ak-Redaktion die Bedeutung des deutschen Nationalismus zu gering geschätzt werde und er dieses nicht mitverantworten wolle. Gegen den ungenannten Genossen, den Lesern als de. bekannt, argumentiert Kt., wenn er zu einem Drittel seines Textes sensationelle Abirrungen behauptet (Appell an die RAF, Aufforderung zu einer militärischen Strafexpedition an die Allierten), die mit der veröffentlichten LG-Erklärung nichts zu tun haben, die für ak-Leser wie KB-Mitgliedschaft gleichermaßen unüberprüfbar sind und so in dieser Zeitung nichts zu suchen haben.

Wüßte der Leser darüberhinaus noch, daß dieser Genosse Minderheit in der Redaktion maßgeblich die im LG mehrheitlich getragene Erklärung mitformuliert hat, so erschlösse sich ihm auch, warum so harsch eine Mehrheit des KB-Leitungsgremiums mit Attributen wie "dumm aber bezeichnend, schlecht durchdacht, peinlich, völlig undifferenziert, uns keine Ehre machend" bedacht wird. Es geht eben nicht nur um eine inhaltliche, sondern auch um eine machtpolitische Auseinandersetzung im KB. In deren Rahmen ist, was die ak-Leser auch erst jetzt erfahren, ein weiteres Redaktionsmitglied (ich selber) bereits vor fünf Monaten aus Redaktion und LG zurückgetreten, womit von der alten Redaktion nur noch zwei Drittel erhalten bleiben. Kt., der es gewohnt ist, daß seine Positionen mit denen des KB identisch sind, spricht hier einerseits das Verdikt (rote Karte) gegen einen noch dem LG angehörenden Genossen ("bedenklich"), zum anderen eine Warnung an die Mehrheit im LG (gelbe Karte), keine Erklärung ohne ihn zu formulieren, da diese "uns keine Ehre macht".

Positive Einbildungen

2. Sieht man einmal von den von Kt. zum Zwecke der Unterstellung einer Nullperspektive gebastelten Attributen "unrettbar" und "total" bei der "Verblödung" eines großen Teils der Bevölkerung ab und komplettiert sie zudem um den deutschen Nationalismus, um den es in der Erklärung geht (dort wird von nationaler, nicht von allgemeiner "Verblödung" gesprochen), verlangt Kt. von einer linken Organisation wie dem KB eine politische Massenperspektive, sonst verliere er seine Existenzberechtigung. Wenn er recht hat, müssen wir uns schleunigst auflösen!

2.1. Vertrauen in das deutsche Volk als neue KB-Verpflichtung? Vertrauen in die Massen als konkrete oder historische Kategorie? Selbst auf dem Höhepunkt der bundesdeutschen Friedens-Massenbewegung 1983 haben wir uns zu der unpopulären veröffentlichten Meinung bekannt, daß diese die Raketenstationierung nicht verhindern könne und die Sowjetunion daher gut daran tue, mehr auf ihre (auch atomare) Bewaffnung als auf die Durchsetzungskraft der westlichen Friedensbewegungen zu vertrauen. Und heute, wo sich die Situation entschieden (und zwar nachhaltig) geändert hat? Auch Kt. kann keine reale Perspektive für sozialistische Politik bieten, die über das hinausginge, was in einem Papier der "Radikalen Linken" folgendermaßen beschrieben ist: Ablehnung der Anpassung der Linken und der Verhältnisse, die diese Anpassung erzeugen. "Insofern ist die Radikale Linke eine Kraft der Negation. Die Linke in der BRD hat sich seit vierzig Jahren immer wieder als Gegenbewegung konstituiert: antimilitaristisch, antiautoritär, antikapitalistisch und antipatriarchalisch." Und, so würde ich ein halbes Jahr nach Abfassung dieser Sätze ergänzen: antideutsch (sowie, bereits bei Abfassung vergessen, antifaschistisch). "Wir halten von diesen Anti-Begriffen zur Zeit mehr als von positiven Einbildungen. (...) Die schroffen Negationen sind die Voraussetzungen für politische Utopien."

2.2. Man sollte nicht so tun, als arbeite der KB in vermeintlich ungebrochener Tradition kommunistischer Vorstellungen von Massenpolitik. In der Realität unserer Organisation gibt es zwar nach wie vor eine abstrakte, nicht aber konkrete Bezugnahme auf die Arbeiterklasse als Subjekt der Veränderung. In den massenpolitischen Ansätzen des KB seit den siebziger Jahren waren konkrete Subjekte der Veränderung nicht klassenmäßig, sondern als soziale Bewegungen organisierte Menschen verschiedener Klassen und Schichten. In diesen Bewegungen arbeiteten wir mit und sahen es als unsere Aufgabe an, vom Standpunkt sozialistischer Politik einzuwirken. Zunehmend weniger (zuletzt in der Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre) haben wir eine auf konkrete soziale Subjekte bezogene massenpolitische Perspektive erkennen können und seit längerem schon wird im KB Massenpolitik mit linker Bündnispolitik verwechselt, wie sie in den siebziger Jahren von uns entwickelt wurde.

Der KB hat heute keine auf objektiven und subjektiven Faktoren basierende wissenschaftliche Analyse, ja noch nicht einmal eine Vorstellung, wie und mit wem denn der Weg der Veränderung erfolgreich zu gehen ist. So schlägt auch Kt. nichts weiter vor als "positive Einbildungen", die er zudem noch negativ ableitet, indem er der LG-Aussage, die Gegner der "nationalen Verblödung" müsse man "mit der Lupe" suchen, "Publikumsbeschimpfung" bescheinigt. Ob das ein allzu exklusiver oder extravaganter Standpunkt ist, könnten Kt. und andere in der Praxis zu widerlegen versuchen. Warum es unkommunistisch sein soll, die nationalistischen "Verirrungen" der Unterdrückten auch als solche zu benennen, bleibt ein Rätsel. Daß eine antideutsche Haltung nicht sonderlich "politikfähig" ist, wird nicht bestritten. Nur, ist Kt. politikfähiger, entwickelt er eine Perspektive? Oder ist der Widerspruch nicht der, daß er die gesamtdeutschen Veränderungen nicht für sonderlich bedrohlich hält? Belege für positive Politikorientierung bleibt er nicht zufällig schuldig. Die geforderten "Differenzierungen in unserer Umwelt wahrzunehmen und Bündnismöglichkeiten zu erkennen", ist der immer richtige Appell an Kommunisten, möglichst nicht die Wahrnehmungsfähigkeit zu verlieren. Die realen bisherigen KB-internen Überlegungen, was man gegen die Wiedervereinigung machen kann, bewegen sich weit unterhalb der Interventionsmöglichkeiten in früheren politischen Bewegungen wie der Friedensbewegung (und könnten eine bündnispolitische Weiterung nur bei Minderung der eigenen Position finden, etwa Verzicht auf die Forderung nach Zweistaatlichkeit).

"Historischer Pessimismus"

2.3. Die Benennung dieses Mangels linker Politik ist keine Kritik an Kt. Ich halte ihn für den Ausdruck der ungeklärten Situation linker Politik nicht nur hierzulande. Darüber besteht eindeutiger Diskussionsbedarf, den man in unserer Kleinstorganisation nicht mit absurden Gegenüberstellungen wie "Massenorientierung" kontra "Sektierertum" erledigen kann. Es gibt heute mehr rationale Gründe für einen "historischen Pessimismus" als für den geforderten Optimismus, der unsere Existenz begründen soll. Dies ist mitnichten eine Absage an linke Organisierung, es erfordert aber neue Begründungen und andere Schwerpunkte beim Neuaufbau linker Politik hierzulande. Und es ist ebensowenig eine Absage an interventionistische Politik und linke Handlungsorientierung, wohl aber an eine platte vulgärmarxistische oder ökonomische Massenagitation, wie sie beispielsweise die VSP versucht (Anbetung der DDR- Massenbewegung, "Sächsisch lernen heißt Siegen lernen", wie es in einem VSP-Flugblatt heißt).

2.4. Als weiteres Subjekt der Veränderung hat Kt. (neuerdings) die Gegner der Wiedervereinigung in der DDR entdeckt. Die ak-Leser wissen, daß diese Zeitung ihnen viel Aufmerksamkeit schenkt. In Kt.s RGW- und DDR-Artikeln überwog allerdings bislang eine eher deterministische Kommentierung der Entwicklung, die den handelnden Subjekten keinerlei Einfluß mehr auf den Gang der Dinge zugestand. Bezogen auf die Einschätzung gesellschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten war das sicher realistischer, als jetzt nahezulegen, daß in der DDR der entscheidende Machtkampf "buchstäblich tobt". Ich würde eher von verzweifelten Rückzugsgefechten in der Frage Wiedervereinigung und Einlaß des BRD-Kapitals sprechen.

Selbstverständlich muß man für Kontakte und Zusammenarbeit mit der DDR-Linken sein, und man sollte hieraus keinen Gegensatz zu notwendigem Wider- stand in der BRD formulieren. Aber das LG hat keine gesamtdeutsche Erklärung verfaßt. Im Gegenteil finde ich es ausgesprochen gelungen, daß angesichts "realpolitischer" Orientierung der meisten Linken und Grünen hierzulande die LG-Erklärung unmißverständlich den Kampf gegen die Wiedervereinigung in der BRD als unsere ureigenste Aufgabe auffaßt, die wir nicht deswegen zu leisten haben, um die DDR-Linke (die ihrerseits schon längst im Wiedervereinigungsstrudel schwimmt, siehe die SED/PDS) zu stärken. Die meisten Linken, Negativbeispiel erneut die VSP, versuchen wegen ihrer hiesigen Schwäche bereits wie gesamtdeutsche Linke zu agieren.

Souveränität: worin, wozu?

3. Interessant wird der inhaltliche Konflikt am Widerspruch um das nationale Selbstbestimmungsrecht. In der Erklärung des LG war mit Verweis auf die faschistische Vergangenheit und die imperialistische Gegenwart "Deutschland" ein Recht auf Selbstbestimmung und auf großdeutschen Imperialismus abgesprochen worden.

3.1. Dagegen polemisiert Kt., daß "sonstwer" über die Zukunft von BRD und DDR entscheiden solle, "aber keinesfalls die Bevölkerung dieser beiden Staaten". Damit sei aber auch die Verteidigung der DDR-Souveränität unmöglich, da das Recht auf Selbstbestimmung relativiert sei. Das ist nicht logisch, weil die Einschränkung in der Erklärung ausdrücklich auf Aufgabe der Zweistaatlichkeit, auf Wiedervereinigung und Großdeutschland bezogen ist. Die staatliche Souveränität der DDR ist davon nur insoweit berührt, wie es um Gesamtdeutschland geht. Einen Volksentscheid darüber lehnen wir ab, eine Volksabstimmung über eine DDR-Verfassung innerhalb ihrer Grenzen muß ebenso legitim und selbstverständlich sein, wie die - so weit überhaupt noch mögliche - "freie" Entscheidung über die gewünschte Gesellschaftsform.

Verständlich würde Kt.s Kritik erst, wenn er seine Verneinung der LG-Aussage zum Selbstbestimmungsrecht seinerseits positiv formulieren würde. Was meint seine Kritik an der "Theorie der beschränkten Souveränität": Aufgabe der Zweistaatlichkeit? Akzeptieren der Wiedervereinigung? Alliierte Besatzungstruppen raus aus Deutschland? Endlich auch der mögliche Zugriff auf eigene Atomwaffen? Das kann ich Kt. aufgrund seiner bisherigen Veröffentlichungen wahrhaftig nicht unterstellen. Jedoch, nur in solcher Konsequenz würde die Polemik über eingeschränkte Souveränität einen Sinn machen, wenn sie mehr als billige Punktesammlerei sein sollte.

Fieber gegen Grippe oder Grippe gegen Fieber?

4. Wie umgehen mit dem neuen deutschen Nationalismus? Kein (fast kein?) ak-Leser kann eigentlich auf die Idee kommen, dem LG, dem KB, dem ak zu unterstellen, die ökonomische Komponente des BRD-Imperialismus zu mißachten. Die Sorge vor dem neuen deutschen Nationalismus macht nur Sinn vor dem Hintergrund einer starken, expansionistischen BRD-Ökonomie. Für Kt. aber ist es kein Zufall, daß die Ökonomie in der LG-Erklärung nur gestreift werde, da zunehmend eine "primär ideologische Kampagne" gegen den Nationalismus die KB-Politik bestimme. Statt die Phänomene - Kohl in Bitburg etc. - zu benennen, solle das LG den Blick auf die Wirtschaftsseiten der "FAZ" über das "reale Vorankommen des BRD-Imperialismus" werfen. Was meint das? Glaubt Kt., daß das wesentliche Problem der Aufklärung über die BRD-Ambitionen eine Aufklärung über die ökonomischen Ziele des BRD-Imperialismus ist? Dazu braucht es nicht die "FAZ", das steht heute ohne jede Scham nahezu täglich in "Bild"! Das weiß mittlerweile fast jeder in der DDR. Es entbindet uns zwar nicht von der Analyse der ökonomischen Durchdringung, aber Massenaufklärung hierüber ist nicht das Problem. Die leisten die Organe des Imperialismus selbst, populäre wie elitäre.

Eine ideologische Kampagne gegen Nationalismus sei so sinnvoll, wie die Grippe mit dem Aufruf "Nieder mit dem Fieber" zu bekämpfen. Was da so witzig-politikfähig daherkommt, ist wiederum nur Punktesammelei, aber keine ernsthafte Argumentation. Wenn in Kt.s Bild das Fieber der Nationalismus ist, dann ist die Grippe der Imperialismus, seine ökonomische Grundlage. Kt.s "politikfähige" Alternative ist so platt wie witzlos. Mehr als "Nieder mit der Grippe", um dieselbe zu bekämpfen, bleibt von der Metapher nicht. Nieder mit dem Imperialismus, damit mühen wir uns aber Zeit unserer Existenz ab, derzeit nicht sonderlich erfolgreich und es wäre ziemlich absurd, würden wir den Streit so führen, als ob er um die Frage ginge, wer das bessere Rezept zum Sturz des Systems habe.

Also müßte unser Streit um etwas anderes gehen: haben wir es bei dem neuen deutschen Nationalismus mit einer neuen politischen Qualität zu tun oder bewegt er sich in der Kontinuität normaler kapitalistischer Entwicklung? Eingeweihte wissen, daß damit die seit der Faschisierungsdebatte von 1985 schwelenden Konflikte im KB berührt sind. Kt. legt uns vornehmlich eine ökonomische Argumentation nahe, indem er auf den "Siegeszug bundesdeutschen Kapitals" verweist. D'accord, allerdings ist auch das nicht neu. Häufig haben wir ausführlich darauf hingewiesen, daß der BRD-Imperialismus im Osthandel und im Handel BRD-DDR die Nase schon lange weit vorn hat. Was hier mit der Entspannungspolitik der SPD aufgebaut worden ist, soll angesichts des rasanten Zusammenbruchs im RGW im Sinne ökonomischer Durchdringung in die heimische Scheuer gefahren werden.

Womit ich nicht einverstanden bin, ist das von Kt., D./Westberlin im Artikel "Querelen um die ‚Deutsche Frage'" und zuvor schon von Fülberth in seiner "One world" (die ganze Welt eine Freihandelszone für den Imperialismus) gezeichnete Bild einer sich fortsetzenden, relativ harmonischen ökonomischen Durchdringung. D. registriert sogar Interessensidentität zwischen den großen Imperialismen und den herrschenden Klassen Osteuropas, Kt. deutet immerhin Widersprüche an, wenn er vom Streit der "imperialistischen Räuber um die Aufteilung der fetten Beute" spricht. Ehrlicherweise sollten wir davon ausgehen, daß die jetzige Momentaufnahme des Weltgeschehens - alle sind überrollt vom Tempo der RGW- und DDR-BRD-Entwicklungen sowie den sich zuspitzenden Widersprüchen in der SU - viele Spekulationen, aber keine ernsthafte Prognose zuläßt, ob und wie sich die innerimperialistischen Widersprüche und die zur Sowjetunion angesichts des derzeitigen Umbruchs entwickeln werden; ob es so "friedlich" bleibt, wie es derzeit scheint.

Nationalismus kontraproduktiv für das BRD-Kapital?

5.1. Die LG-Erklärung scheint mir zu Recht vor dem Hintergrund einer neuen politischen Komponente herausgegeben worden zu sein: ein neuer deutscher Nationalismus, die reale Möglichkeit der Wiedervereinigung und die Schaffung einer ökonomischen Großmacht.

Nicht dieses, wohl aber die Bedeutung sehen Kt. und Kai anders. Offenkundig stören die historischen Bezüge von Dritten auf ein Viertes Reich (LG-Erklärung: "Wiedervereinigung bedeutet, daß das deutsche Reich neu auf den Plan tritt") oder die Aussage über "die Kontinuität des deutschen Imperialismus, seine Aggressivität und seine Bereitschaft zu abenteuerlichen Manövern". Bisher lautete die m.E. mehrheitlich im KB unterstützte Gegenargumentation, daß Ereignisse wie die Schlesien-Auseinandersetzung 1985, Bitburg im selben Jahr (als Reagan und Kohl die deutsche Vergangenheit zu Grabe trugen), der Historiker-Streit 1986, Kohl-Besuche in Israel 1987 und Polen 1989 etc., fortbestehender Revanchismus und Wiedervereinigung kontraproduktiv für die Interessen des BRD-Kapitals seien. Noch in ak 311 (Mitte Oktober 1989) schrieb Kt: "Die nationalistischen Prahlhanseln, die nicht einmal die Grenzen von 1937 in Ruhe lassen mögen, sind vermutlich nicht die gefährlichsten oder effektivsten Vertreter bundesdeutscher Kapitalinteressen." Damit wird der im KB als "Frankfurter Linie" bekannten Position von der besonderen Gefährlichkeit gerade des deutschen Nationalismus widersprochen, die - neben der ökonomischen Stärke der BRD - einer der Stützpfeiler unserer alten Faschisierungsthese war.

Drehen wir einfach mal den Spieß um. Die Regierung Kohl hat besonders seit Mitte der achtziger Jahre kontinuierlich, mit großem Beharren und wider Meinungen vor allem im Ausland unpopulär auf (bundes)deutschen Rechtsansprüchen in der Nachfolge des Deutschen Reichs und auf Wiedervereinigung bestanden. Ein 1982 gewählter Kanzler Kohl ist trotzdem (ich sage nicht deswegen) hierzulande zweimal wiedergewählt worden. Es hat ihm politisch nicht geschadet. Welchen unterstellten ökonomischen Schaden hat die BRD wegen dieser Politik genommen? Welchen politischen Schaden innerhalb der westlichen Großmächte, der EG, der NATO? Wenn dies alles nur kontraproduktiv war, müßte auch einmal der Schaden benannt werden können.

Heute zeigt sich, daß nichts davon kontraproduktiv war, sondern sich die Früchte dieses Beharrens einsammeln lassen, international wie national. Ist es keine Wende nach rechts, wenn Rudolf Augstein, der im Historiker-Streit 1986 noch Noltes und Hillgrubers Geschichtsschrei- bung, daß Auschwitz nicht einzigartig, sondern Reflex auf den Bolschewismus war, angegriffen hat, dies heute relativiert und Noltes Ansatz für "philosophisch richtig" erklärt; damit Kohls "Gnade der späten Geburt" für die deutsche heranwachsende Jugend endlich gelte; damit "wir", die wir es mit lauter "Egoismen" zu tun hätten, endlich einmal "selber egoistisch sein" dürfen? Ist es keine nationalistische Rechtswende, wenn Willy Brandt dieselbe Gnade auf dem SPD-Parteitag einklagt? "45 Jahre nach dem Ende des Krieges taugt die Kategorie Sieger/Besiegte nichts mehr. Die jungen Deutschen wollen Frieden und Freiheit wie die Jungen in anderen Ländern auch. Und wer will ernsthaft widersprechen, wenn ich hinzufüge: Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden." Natürlich sind dies alte Männer, die sich vermutlich endlich ihren Jugendtraum erfüllen. Doch sind sie auch erheblich Träger politischer Meinungsmache und Veränderung - "Ideologie" - hierzulande.

5.2. In der Debatte um die Bedeutung des neuen deutschen Nationalismus geht es m.E. zum einen um unterschiedliche Bewertungen der Bedeutung der aktuellen weltpolitischen und inneren Umbrüche. Allen

relevanten Positionen dazu ist gemeinsam, daß sie mit Prognosen und nicht mit realen Abläufen arbeiten (müssen), zum Glück, kann man für die pessimistischsten Annahmen sagen. Es geht zum anderen um die Neubewertung des deutschen Nationalismus. Stimmt es, daß er nur "Ideologie" ist oder ist diese Ideologie auch eine erhebliche politische Produktivkraft, die sich speist aus ökonomischer Stärke der BRD, aus der Umwandlung des unterdrückten Nationalismus der Kriegsverlierer in denjenigen von Siegern ("Hurra, wir haben den Krieg gewonnen")? Solche imperialistischen Sieger wollen nicht, was sie haben, sondern mehr. Und beweist nicht der massenhafte Drang in der DDR auf die BRD-Sonnenseite, daß große Teile des Volkes der BRD und des noch hinterherhinkenden der DDR sich zumindest als zweite Sieger fühlen? Ist schließlich die Vergangenheit Deutschlands und des größten Teils seines Volkes nur vergangen? Auch wenn die Entwicklung eine offene ist, so ist sie doch im wesentlichen neu. Dies, die Vergangenheit, die Republikaner und der großdeutsche Konsens der Staatsparteien, alles spricht für Antifaschismus als einen Schwerpunkt kommunistischer Tätigkeit. Kt. irrt, wenn er glaubt, darauf nur in ökonomischen Enthüllungskategorien antworten zu können. Er weiß auch nicht mehr als die LG-Mehrheit. Seine Perspektive tröstet nur damit, daß es so schlimm nicht kommen werde, weil es soweit nicht ist.

"Erstarrung von oben ..."

6. Zu wünschen bleibt, daß der KB und der ak die Kraft finden, diesen Konflikt ohne die derzeit innerorganisatorisch laufenden und von Kt. im ak nahegelegten Ausgrenzungen zu bewältigen. Daß die inhaltlichen Konflikte zur Perspektive der organisierten Arbeit und zur Bedeutung des neuen deutschen Nationalismus nicht hinter demagogischen Ausfällen kaschiert werden, sondern mit offenem Visier in dieser Zeitung dann ausgetragen werden, wenn sie von Relevanz für die radikale Linke hierzulande sind.

hr.

41. Gegen die deutsch-nationale Selbstbestimmung

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:35

1) Lag der Akzent in der LG-Erklärung darauf, das nationale Selbstbestimmungsrecht für "Deutschland" abzulehnen, weil die Opfer des Nationalsozialismus "ein maßgebliches Wort mitzureden haben" (ak 313), so setzt Kt. dieser expliziten Solidarität mit den Opfern und Überlebenden des Faschismus eine Solidarität mit der nationalen Selbstbestimmung der deutschen Bevölkerung gegenüber. "Demnach sollen wir der Bevölkerung der beiden Staaten BRD und DDR ein Selbstbestimmungsrecht ‚absprechen`, wie es in der LG-Erklärung heißt. Mit anderen Worten: was aus den beiden deutschen Staaten wird, soll sonstwer entscheiden, aber keinesfalls die Bevölkerung dieser beiden Staaten." (ak 314, S. 18f)

Damit entfalle der Grund und die Motivation politischer Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung, weil "egal" sei, was gedacht wird. Eine "Phrase" sei die Aufzählung der verschiedenen Nationalitäten in der LG-Erklärung gewesen, denn diese hätten "andere Sorgen und Interessen" als die Anerkennung der DDR, die an erster Stelle über die Wiedervereinigung entscheiden solle. Im KB gebe es keine Anstrengungen, mit den ausländischen Minderheiten in der BRD zusammenzuarbeiten. Allerdings seien Kontakte zu DDR-Gruppen vorhanden; diese hätten "einen Schwerpunkt bilden sollen." (ebenda)

Es ist ein gravierender, ein politisch-qualitativer Unterschied, ob die Opfer des Nationalsozialismus einen Einspruch gegen eine Wiedervereinigung einlegen können, oder ob sich die deutsche Bevölkerung über das nationale Selbstbestimmungsrecht nationalistisch selbstverwirklicht.

Weil der Faschismus nicht das Produkt eines einzelnen "Verrückten" und einer kleinen kapitalistischen Machtelite war, weil der Faschismus von einer großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung "volksgemeinschaftlich" getragen wurde und das Deutschtum sich auf den Leichenbergen des jüdischen Volkes in Auschwitz am authentischsten offenbarte, gerade aus diesen Gründen bin ich der Meinung, daß Gegner des Antisemitismus und Nationalsozialismus nicht für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen eintreten sollten.

Der germanische Wahn begnügte sich nicht mit dem Angriff auf andere Länder, er mußte in Treue zur langwährenden antijudaistischen und antisemitischen Tradition die letzten Auslöschungspläne gegen die jüdische Bevölkerung Europas in die Tat umsetzen. Ohne die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, der Metapher für das Böse schlechthin, sollte es keine Erlösung für die Menschheit und keine Ruhe für das deutsche Volk geben. Juden gehörten nicht zur Menschheit, sie wurden zur magischen Bedrohung stilisiert - die Nazi-Henker erschienen als Selbstverteidiger.

Die Masse der deutschen Bevölkerung hat das Ende des Zweiten Weltkrieges nicht als Befreiung, sondern als Niederlage erlebt. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit hat nur marginalisiert stattgefunden. Die Frage, warum eine riesige Menschenmasse diese mörderische Nazi-Politik unterstützen und praktizieren konnte - warum in Deutschland und warum gegen die jüdische Bevölkerung? - hat sich von deutscher Seite ernsthaft kaum einer gestellt, geschweige denn sie beantwortet. An den einfachsten politischen Auseinandersetzungen, an denen Deutsche, Juden und Israelis beteiligt waren, kam die braune Brühe wieder hoch. Jedesmal fungierte der Streit als Selbstentlastung und Legitimierung der alten Verbrechen. Das ist von der politischen Rechten nicht anders zu erwarten gewesen. Sie strebt heute nach Wiedervereinigung, um sich des alten Ballastes zu entledigen. Die Zweiteilung des Deutschen Reiches wird annulliert, damit von der "Stunde-Null" an wieder normal losgelegt werden kann. Aber gerade in dieser Normalität liegt die Anomalie - für die Opfer gibt es sie nicht. Auch die Linke wühlte tief im Entlastungssumpf. Die gesamte Israel-Debatte quoll davon über, in der selbstgenügsam die Opfer mit Nazi-Vokabular als eigentliche Täter erkannt wurden, während Hitler sich im Grab verschmitzt die Hände rieb.

Anstatt das Votum der Opfer, die so belanglos sind, daß sie keiner Erwähnung bedürfen, und der in der BRD lebenden Ausländer als maßgeblich zu betrachten, setzt sich Kt. für das nationale Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung, vornehmlich der DDR-Bürger, ein. Das Argument, jene hätten "andere Sorgen und Interessen", klingt wie ein schlechter Witz oder gar Hohn, wenn man nur die Berichte zur Kenntnis nimmt, daß den in der BRD lebenden Ausländern und allen Fremden seit dem Mauerfall verstärkt Haß und Ablehnung entgegenschlägt.

Bereits im Vorfeld des Zieles Wiedervereinigung wird Geschichte relativiert, vergessen, negiert und der Nationalismus flammt wieder auf, wie neu belebt und gezündet. Was von einer nationalistischen Grundlage getragen wird, das wird erneut Nationalismus hervorbringen. So ist es bezeichnend, wie in der Presse Hemmschwellen beseitigt werden. Die antisemitische Hetze gegen Daniel Cohn-Bendit im Hessenwahlkampf der CDU war anscheinend nur ein kleiner Vorgeschmack. Nun folgt Augstein mit Sturm gegen Elie Wiesel, Schönhuber gegen Heinz Galinski und die "Bild"-Zeitung gegen Gregor Gysi. 1989 stritt man sich noch im KB darüber, ob Cohn-Bendit als Jude oder als Bürgerschreck angegriffen wurde. Wird es jetzt heißen, daß Elie Wiesel als Schriftsteller, Heinz Galinski als Vorsitzender irgendeiner Gemeinde und irgendeines Zentralrates und Gregor Gysi als SED/PDS-Vorsitzender angegriffen werden? Zwar wird in ihrem Zusammenhang penetrant auf den Nationalsozialismus und Israel verwiesen - aber das sind solche geschichtlichen Zufälle, Nebenprodukte sozusagen. Antisemitismus ist in der BRD eine unwesentliche Erscheinung - leicht zu vernachlässigen. Deswegen können wir dem nationalen Selbstbestimmungsrecht unbekümmert entgegenblicken. Wer trotzdem verzweifelt, hat eine zu intensive Wahrnehmung.

Folglich kümmert sich Kt. vorrangig um die Motivation politischer Arbeit in der deutschen Bevölkerung und empfiehlt die Zusammenarbeit mit der deutschen Linken in der DDR. Er setzt mehr auf die linke deutsch-deutsche Alternativvereinigung. Das nationale Selbstbestimmungsrecht dient hierbei als Grundlage, die sich von selbst versteht. Warum überhaupt versuchen, die deutsche Bevölkerung von ihrer volkstümlichen Gemeinschaft abhalten zu wollen? Sie hat sich bei der Durchsetzung ihrer Ziele bereits früher als überaus zäh bewährt.

Opfer, Ausländer und Alliierte dürfen hierbei nicht hineinpfuschen, sonst gefährden sie die politische Arbeit. Das nationale Selbstbestimmungsrecht wird bei Kt. gehandelt, als ob es um die Rede-oder Pressefreiheit ginge. In nationaler Selbstbestimmung kann jedoch alles mögliche beschlossen werden - die Wiedervereinigung mit Sicherheit. Sobald die eigene Selbstbestimmung mit der anderer Länder und deren Bevölkerungen in Widerspruch steht, kann sie nicht selbstverständlich eingefordert werden. Nur weil die Bevölkerung selbst entscheidet, weil sie äußert, was sie will, ist keine positive Bedeutung gegeben. Was die Bevölkerung will, ist nicht richtig, weil sie es will. Das wäre ein voluntaristischer Ansatz, der nichts erhellen, aber viel vernebeln würde. Die nationale Selbstbestimmung ist kein statisches Prinzip, schon gar nicht hierzulande, wo sie ohne Antisemitismus und Größenwahn undenkbar erscheint. Eine linke, anti-faschistische Politik kann zu keinem Zeitpunkt teutonische Tümelei dulden, an der nach Auschwitz das Blut von Millionen Menschen klebt. Jeder Drang nach Normalität mit nationaler Selbstbestimmung und positiver deutscher Identität schließt die Opfer ein zweites Mal aus, weil es für diese keinen positiven deutschen Bezug mehr geben kann. Das ist die fundamentale Bedeutung jener Passage der LG-Erklärung: "Wir sprechen ‚Deutschland` dieses Recht ab. Erstens weil hierbei diejenigen ein maßgebliches Wort mitzureden haben, die Opfer des Nationalsozialismus geworden sind ..."

2) "Es gibt im LG die Ansicht, daß in den beiden deutschen Staaten angesichts einer total verblödeten Bevölkerung mit linker und antifaschistischer Politik nichts mehr zu bestellen sei," schreibt Kt. Diese Ansicht führe "die Existenz einer linken Organisation ad absurdum, denn sie hätte dann keine politische Aufgabe und Perspektive mehr." Und weiter unten: "So ist denn die Hoffnung, die Alliierten würden zu einer gemeinsamen militärischen Strafexpedition gegen das verblödete ‚deutsche Volk` antreten, um den Zusammenschluß von BRD und DDR zu verhindern, nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch irreal."

Die von Kt. in wörtliche Rede gestellten Aussagen sind keine Zitate, sondern Vorstellungen darüber, was andere meinen, um von sich selbst abzulenken; dies wird nicht belegt, weil es nicht belegt werden kann. Auf keiner LG-Sitzung und in keiner LG-Erklärung war vom "total" und "unrettbar verblödeten" deutschen Volk die Rede gewesen. In der LG-Erklärung wird von "nationaler Verblödung" gesprochen. Das ist keinesfalls übertrieben. Eine "Spiegel"/ZDF-Umfrage im Dezember 1989 ergab: 27% in der DDR für Wiedervereinigung, 71% dagegen. Eine Infas-Umfrage für die "Bild"-Zeitung stellte fest: 52% in der DDR dafür, 37% dagegen. Inzwischen soll die Zustimmung auf 59% gestiegen sein, und es gibt in der DDR keine politisch relevante Gruppierung mehr gegen die deutsch- deutsche Vereinigung. Eine Infas-Umfrage für den WDR zeigte: drei Viertel der BRD-Bevölkerung für die Wiedervereinigung, eines dagegen.

Wenn Schönhuber dreist auf etwas keine Lust mehr zu haben vorgibt, wozu er noch nie Lust hatte: Vergangenheitsbewältigung. Wenn Gauweiler sich von niemandem mehr zurückhalten lassen will. Wenn Kohl auf Biegen und Brechen kein Wort zur Sicherung der Oder-Neiße- Grenze abgibt. Wenn Vogel in origineller

Eingebung den 9. November zum Tag der deutschen Einheit erklären will und Brandt zusammenwachsen sieht, was zusammengehört. Wenn Hochstätter (Grüne) die deutsche Frage für offen hält, weil die Deutschen sie für offen halten und aufgrund des sowieso bestehenden Vaterlandes notwendig neuvereinigt werden müßten: Dann ist es bedauerlicherweise treffender zu bemerken, daß "nationale Verblödung" eine abschwächende Titulierung dieser schrill-dröhnenden, nationalistisch-scharfen Töne ist. (Ein verblödeter Trottel braucht nicht weiter ernstgenommen zu werden, weil seine Unberechenbarkeit und Gefährlichkeit abschätzbar ist. Beim deutschen Nationalismus handelte es sich bisher um ein nicht kontrollierbares Monstrum.) Das sind nicht Privathaltungen irgendwelcher Personen - das sind die Parteien der BRD, die in sich die Mehrheit der Wählerstimmen vereinen. Das sind keine ideologischen Worthülsen - das sind bereits in Politik umgesetzte Programme.

Was die Alliierten betrifft, so war die Intervention Englands und der USA von Anfang an von eigenen Interessen dominiert. Die Sowjetunion trug fortwährend die Hauptlast des Krieges. Erst als die deutsche Niederlage offenkundig war und die Rote Armee bei ihren Offensiven Erfolge errang, wurde eine Westfront errichtet, um den sowjetischen Machtbereich zu begrenzen. Noch nach der Landung der US-Truppen in der Normandie qualmten die Öfen in Auschwitz ohne Verzögerung weiter. Die Vernichtung der europäischen Juden konnte bis zuletzt ohne Behinderung durch die Alliierten durchgeführt werden. Noch vor dem Ausgang des Krieges, im Jahre 1944, wurde im Kriegsministerium Großbritanniens eifrig an Plänen gearbeitet, wie dem Feind UdSSR mit der Stärke Deutschlands entgegengetreten werden könnte. In diesen Kontext gehört die bedingt ausgefallene Entnazifizierung, Entmilitarisierung und ökonomische Enteignung der BRD. Zu große Hoffnungen brauchen wir mit den Alliierten nicht zu verbinden, durch sie wurden die Morde der Nazis jahrelang nicht verhindert. Trotzdem waren sie letztendlich Befreier der Überlebenden. Sie beendeten den Faschismus gegen den Willen der nazistischen Masse, die sich besiegt fügte, um bis dato auf die günstige Stunde zu lauern, die "fremde Besatzungsmacht" loszuwerden.

Eine ernsthafte gegen die Wiedervereinigung gerichtete anti-faschistische Politik kann über die Alliierten nicht hinwegsehen und sie als "ausländische" Militärmacht ablehnen, wenn von der deutschen Bevölkerung bestimmt kein Bürgerkrieg gegen die Einheit zu erwarten ist. Ob die Betonung von Kt. auf ausländisch, militärisch oder auf beidem liegt, in welcher Form ohne die Opfer des Nationalsozialismus, die Ausländer der BRD und die Alliierten, aber mit dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung und möglicherweise dem "polnischen Nationalismus" effektiv gegen die Wiedervereinigung vorgegangen werden kann, steht in den Sternen. Mit solchen Vorstellungen entfernt man sich nicht von der Wiedervereinigung, sondern man bewegt sich auf direktem Wege zu ihr hin. Im Grunde ist damit eine zukünftige deutsche Einheit stillschweigend vorausgesetzt und hingenommen.

3) Die LG-Erklärung wurde nicht beschlossen, um "nach außen Konsens und Handlungsfähigkeit zu demonstrieren" (Kt.), sondern a) wegen der Notwendigkeit einer Reaktion des KB auf die makabre neue Entwicklung zur Wiedervereinigungsfrage, b) zur Klärung des politischen Konsenses in der Organisation hierzu. Es ging nicht um die Demonstration eines Scheins nach außen. Es ging um die Demonstration einer vorhandenen Ablehnung der Wiedervereinigung durch Kommunisten. Nach innen sollten sich LG und Organisation darüber Klarheit verschaffen, was gemeinsam zu dieser Frage veröffentlicht werden kann, d.h. es wurde ein Minimalkonsens umrissen. Als "unglaubwürdig und unangemessen" bezeichnet Kt. die Erklärung, weil er die Mehrheit der im LG abgegebenen Stimmen nicht akzeptiert. Ihm geht die gedruckte Stellungnahme bereits zu weit, deswegen greift er sie von rechts her an - ein kollektiver Text hätte hinausgeschoben werden müssen. Ich frage mich genau umgekehrt, welchen Sinn eine kommunistische Organisation haben sollte, die angesichts dieser prekären, bedrängenden und politisch-gefährlichen Situation keine Reaktion zeigt? Wie weit geht der Luxus der Reaktionslosigkeit, während auf beiden Seiten der Elbe lauthals "einig Vaterland" geschrien wird?

Am ersten Entwurf zur LG-Erklärung wurden Veränderungen vorgenommen, so daß an dem, was abgelehnt wurde, ebenfalls ein Dissens deutlich wird. An der Zurückweisung bestimmter Inhalte kann eine Kritik von links ansetzen. Wenn die Stelle "sie (die Repräsentanten der BRD) marschieren aus dem Schatten Hitlers heraus und gleich weiter" herausgenommen wird; wenn selbstkritische Betrachtungen wie "teilweise auch wir selbst hatten eher einen sanften Kapitalismus prognostiziert" gestrichen werden; wenn eine Passage wie "weil wir lieber mit Türken, Iranern (...) und allen anderen, die hierher gekommen sind, zusammen leben, arbeiten und politisieren" um das Wort "lieber" verkürzt wird, dann wirft das einen Schatten auf den Internationalismus im

LG, und ich mache mir über den Konsens dort keine Illusionen - im Gegenteil. Es mutet sehr seltsam an, wenn Kommunisten nicht in der Lage sind, sich gar weigern, weil sonst ihr innerliches Widerstreben ins Unerträgliche wächst, einen Satz wie den zuletzt zitierten zu unterschreiben. Lieber hat mensch Türken, Iraner usw. nicht, eher soll eine Gleichstellung aller Nationalitäten vorgetäuscht werden. Scheinbar geschickt wird ein Bekenntnis zu allen Ausländern umgangen, weil diese politisch anders sein könnten.

"Was sagt die bloße Tatsache, daß jemand Ausländer oder Ausländerin ist, über seinen oder ihren Internationalismus?" (Kai, ak 314, S. 19) Mit einem Opfer des Nationalismus soll sich nicht samt, sondern trotz seiner sonstigen politischen Auffassungen solidarisiert werden. Der Fremdenhaß schaut nicht darauf, welche politische Richtung vertreten wird - es sind ausnahmslos alle betroffen.

"Lieber als mit wem? Gemeint sind natürlich die Deutschen und die Deutschsprachigen. Die tauchen nämlich in dieser Aufzählung nicht auf." (ebenda) Die deutsche Bevölkerung bedarf hier keiner besonderen Beachtung, da sie nicht Objekt dieses Nationalismus ist. Anders ergeht es allen Nicht-Deutschen, sie leben in ständiger Bedrohung und auf gepackten Koffern. Zu schreiben: "lieber mit Ausländern" heißt auch, sich darüber bewußt zu sein, daß es ungewöhnlich ist, überhaupt gern mit ihnen gemeinsam leben zu wollen und das Anderssein als einen Zweck an sich zu begreifen. Wer so etwas durchstreicht, kann sich plötzlich nur als Deutscher angesprochen fühlen - das ist peinlich genug.

Do., Frankfurt

42. Antifaschistische Moral statt Politik? - Über die Notwendigkeit, den eigenen Kopf zu gebrauchen (*)

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:05

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus, insonderheit der Bankrott der SED, läßt auch in der hiesigen Linken, einschließlich KB, Untergangsstimmung aufkommen. Statt die Diskussion auf die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses und die Erarbeitung einer neuen sozialistischen Perspektive zu konzentrieren, flüchtet man sich unter der Parole "kein Viertes Reich" in traditionelle Warnungen vor einem drohenden Faschismus und drohenden Kriegsabsichten der imperialistischen Länder, besonders eines möglicherweise wiedervereinigten Deutschland. Was unter anderen Umständen nur ein Irrtum war, wird durch die besinnungslose Wiederholung in der jetzigen Situation zur restaurativen Farce bzw. zum moralischen Rührstück. Mit antifaschistischem Rigorismus kann man vielleicht kurzfristig Stimmungen einer verunsicherten Linken einfangen, die VVN oder die SED wiederbeleben. Eine neue politische Glaubwürdigkeit kann man so nicht gewinnen.

Ich will versuchen, einige Bestimmungsstücke zu nennen, die in eine rationale Debatte um eine neue sozialistische Perspektive eingehen müßten.

Kai

1. Der Zerfall der ersten historischen Initiative für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus bestimmt zur Zeit die Dynamik der Geschichte durch die von ihm ausgehende Destabilisierung der herrschenden Weltordnung. Gorbatschows Programm der Perestroika ist keine sozialistische Erneuerung, sondern ein Notprogramm zur Liquidierung des realen Sozialismus. Gorbatschows Aufgabe bestand und besteht darin, die historisch unvermeidliche und überreife Liquidation des realen Sozialismus und dessen Überführung in kapitalistische Bahnen so kontrolliert wie möglich und mit geringstmöglichem Einbruch an Stabilität innerhalb der UdSSR und im internationalen Rahmen zu vollziehen. Gorbatschows Kritiker haben ihrerseits keine Alternative, sondern bestenfalls eine Beschleunigung seines Programms anzubieten. Ob und wie lange es Gorbatschow unter dem Druck der wachsenden Widersprüche gelingt, den Übergang kontrolliert zu entwickeln, ist offen. Darin liegt z.Zt. die größte Gefahr für den Weltfrieden: Selbst ein auf das Territorium der UdSSR beschränkter Bürgerkrieg würde bereits Krieg auf einem Sechstel des Globus bedeuten. Seine Auswirkungen, bis hin zum möglichen Zusammenbruch der Zentralmacht dieses Raumes, auf die übrige Welt sind nicht kalkulierbar. Andererseits liegen in der von Gorbatschow angestrebten Dezentralisierung auch Keime zur Überwindung der aus der Systemkonfrontation resultierenden Stagnation und für ein neues Zusammenleben der Völker, wenn es der Völkergemeinschaft gelingt, den von Gorbatschow angestrebten kontrollierten Übergang von der alten zur neuen Ordnung erfolgreich zu unterstützen und krisengewinnlerische Alleingänge einzelner Staaten oder Völker zu unterbinden.

2. Der Zerfall des realsozialistischen Blocks setzt eine Wandlung der Nachkriegsordnung insbesondere in Europa, aber nicht nur dort, auf den Plan. Er beseitigt aber weder die Ursachen noch die Realitäten der deutschen Teilung. Schon die BRD allein hat sich zur Führungsmacht in Europa entwickelt. Ein vereinigtes Deutschland wäre sicher das Aus für das Gleichgewicht eines multistaatlichen Europa der vielen Völker, wie es gegenwärtig von allen Seiten angestrebt wird. Besonders für die Völker Europas, einschließlich die der Sowjetunion, aber auch für die übrige Welt ist die Gefahr eines übermächtigen Deutschland im Zentrum Europas aus der Erfahrung der beiden Weltkriege und des deutschen Faschismus sehr lebendig und wird auch entsprechend als Bremse gegen westdeutsche Vereinigungswünsche ins Spiel gebracht. Die herrschende westdeutsche Politik ist sich dessen bewußt und wird dadurch effektiv gebunden, wenn sie sich nicht rundum isolieren will.

3. Das atomare Patt ist von der neuen Entwicklung bisher ebenfalls nicht berührt. Nach wie vor ist selbst ein begrenzter Krieg gegen die Sowjetunion für jeden potentiellen Aggressor mit dem unkalkulierbaren Risiko des atomaren Schlagabtausches verbunden. Mehr noch: In einer UdSSR, die von den imperialistischen Ländern in die Enge getrieben würde, müßte und würde sich nach aller geschichtlichen Logik und angesichts der bedrängten Lage Gorbatschows aus reinem Selbsterhaltungstrieb die militärische Fraktion gegenüber der

politischen durchsetzen und zur Politik der Systemkonfrontation unter gewandelten Prämissen zurückkehren. Die Risiken einer solchen Situation sind für die imperialistischen Staaten unkalkulierbar.

4. Nur unter der Annahme einer absolut irrationalen Zuspitzung des globalen politischen Klimas ist eine solche Variante denkbar, daß sich "Falken" in der NATO mit der Meinung durchsetzen könnten, dem bereits strauchelnden Gegner jetzt noch militärisch nachsetzen zu müssen. Sehr viel wahrscheinlicher ist der Versuch, das notwendige Krisenmanagement unter Führung und zum wirtschaftlichen Nutzen der imperialistischen Staaten zu betreiben, d.h. den strategischen Schwerpunkt von der militärischen auf die kontrollierte politische Liquidation des bisherigen sozialistischen Blocks unter Mithilfe Gorbatschows zu verlagern. Das neue NATO-Schlagwort, eines "high intensity peace" anstelle des bisherigen "low intensity war", deutet dieses strategische Verständnis an. Die Gefahr für den Weltfrieden liegt z.Zt. weniger in der gezielten Destabilisierung des bisherigen sozialistischen Blocks durch die imperialistischen Länder, als darin, daß dieses Krisenmanagement auf Grund der inneren Dynamik des Zerfallsprozesses des bisherigen sozialistischen Lagers nicht gelingt.

5. Die ideologische Destabilisierung reicht weiter als bis zu den Ergebnissen des 2. Weltkriegs; sie reicht bis in die Anfänge des Jahrhunderts zurück. Die historische Initiative des realen Sozialismus ist nicht nur durch ihren ökonomischen und politischen, sondern auch durch ihren geistigen Zusammenbruch als Alternative zum Kapitalismus in den Augen der Völker inzwischen bis auf die geistigen Grundlagen diskreditiert. Jede ernsthafte Auseinandersetzung mit der Entwicklung des realen Sozialismus wird sich nicht nur mit Lenins Umsetzung der Einsichten von Marx und Engels, sondern auch mit den Analysen, Prognosen und dem Menschenbild der Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus auseinanderzusetzen haben. In den Ländern des realen Sozialismus hat diese Debatte begonnen. Es gilt, sie aufmerksam zu verfolgen.

6. Aus dem Scheitern des ersten Versuchs einer historischen Alternative zum Kapitalismus folgt das Verlangen der Menschen dieser Länder, die zur Zeit unübersehbaren Vorteile des kapitalistischen Systems und der Lebensweise der westlichen Demokratien für sich in Anspruch zu nehmen. In der Befreiung der persönlichen Initiative vom pädagogischen Dirigismus eines Überstaats durch Wiederzulassung von Privateigentum, Markt und Mehrparteiensystem liegt zur Zeit die historische Dynamik und einzige Chance für die Entwicklung dieser Länder. Das Scheitern des realen Sozialismus ist aber keineswegs der Beweis für die Richtigkeit eines naturwüchsigen Kapitalismus, sondern lediglich für den folgenreichen historischen Irrtum, Konkurrenz und unterschiedliche Klasseninteressen, denen der Kapitalismus der Jahrhundertwende freie Bahn ließ, per Dekret, gar Zwang und pädagogisierende Propagierung eines neuen Menschen abschaffen zu können, statt demokratische Wege für deren sozial gerechtere Austragung zu finden.

7. Der Kapitalismus in seinen höchstentwickelten demokratischen Formen wie in Schweden, wie in der BRD, der heute den Liquidatoren des realen Sozialismus, selbst den sog. Linken, als Vorbild dient, ist trotz der hohen Lebensqualität, die er seinen jeweiligen Bürgern bieten kann, auch nicht das Modell der zukünftigen Gesellschaft. Der für ihn erhobene Anspruch einer "sozialen Marktwirtschaft" schließt zum einen die realen sozialen Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und materiellen und psychischen Elendsverhältnissen der Menschen bis hin zu sog. repressiven Zwei-Drittel-Gesellschaften in den kapitalistischen Kernländern selbst mit ein. Er war und ist zum zweiten nur auf der Grundlage der brutalen, z.T. blutigen Ausbeutung der übrigen Weltbevölkerung möglich, einschließlich der sich zuspitzenden ökologischen Zerstörungen des gesamten Globus.

8. Kapitalismus wie realer Sozialismus sind zwei Ausdrücke derselben Wirklichkeit, nämlich der modernen Industriegesellschaft. Die Entwicklung der Industriegesellschaft ist heute an die Grenze zur Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit gekommen. Der Zusammenbruch des Versuchs einer ersten historischen Alternative zum Kapitalismus, insbesondere auch das von ihm hinterlassene ökologische Desaster, das jenes des Kapitalismus um vieles übersteigt und aus eigenen Kräften der realsozialistischen Länder mit Sicherheit nicht zu lösen ist, macht die Aufgabe, eine über Kapitalismus und realen Sozialismus hinausweisende Alternative zu entwickeln, jetzt praktisch vor aller Augen zu einer Frage der historischen Tagesordnung.

9. Die Geschwindigkeit des Zusammenbruchs der realsozialistischen Welt, einschließlich der Folgen für die sozialistischen Gruppen und Parteien in den kapitalistischen Ländern und den Ländern der sog. 3. Welt, ist tatsächlich beängstigend. Es ist aber sinnlos, den Führern, noch sinnloser, den Bevölkerungen der realsozialistischen Länder Verrat am Sozialismus und Gefährdung der Nachkriegsstabilität vorzuwerfen, wie

das zur Zeit in der Linken der BRD und auch im KB Mode wird, statt zu begreifen, daß diese zum einen die schwere Last einer historischen Trümmerbeseitigung zu tragen haben, bei der man sie nach Kräften dabei unterstützen sollte, daß dies auf demokratischem Wege gelingt; zum zweiten, daß sie angesichts der krisenhaften Zuspitzung des Zusammenbruchs zunächst überhaupt keine andere Alternative haben, als Hilfe, Rettung und Vorbilder im Westen zu suchen.

10. Wenn die Menschen, die sich als Staatssklaven des Sozialismus erlebt haben, das Recht auf Selbstbestimmung und Demokratie nach westlichem Muster fordern, dann muß mensch das ernst nehmen, auch wenn unsereins die Erfahrung gemacht hat, daß Freiheit im Kapitalismus durch die Gewaltverhältnisse des Geldes begrenzt wird. Wenn die Menschen, die keinen Markt, sondern nur Zuteilung kennen, in der die Initiative erstickt, jetzt Markt fordern, dann brauchen sie Markt. Den Menschen, die vierzig oder mehr Jahre Erfahrung mit dem realen Sozialismus hinter sich haben, angesichts ihrer Wünsche nach Marktfreiheit und Selbstbestimmung mit erhobenem Zeigefinger Verrat am Sozialismus vorzuwerfen, geht an der Wirklichkeit mit fliegendem roten Fähnchen vorbei: Gerade der als Staatsdoktrin seit vierzig oder siebzig Jahren allgegenwärtige moralinsaure pädagogische Dirigismus ist das, was diese Menschen hinter sich lassen wollen und müssen. Sie brauchen keine linken Pastoren aus dem Westen, die der realen Erfahrung mit dem realen Sozialismus Durchhalteparolen für die Erhaltung des Kommunismus entgegenstellen. Das haben sie bereits im Pionierlager, als Komsomolzen und im militärischen "Friedensdienst" aus den Kochgeschirren gelöffelt. Das trieft seit Jahrzehnten aus der Parteipresse auf sie nieder. Sie brauchen die reale Erfahrung des Kapitalismus, um ihn überwinden zu können, so wie die westliche Linke den realen Zusammenbruch des realen Sozialismus brauchte, um über Alternativen jenseits von Kapitalismus und realem Sozialismus nachzudenken.

11. Trotz aller bisherigen Kritiken des realen Sozialismus auf der einen und des Kapitalismus auf der anderen Seite gilt offenbar auch in diesem Fall, daß das Kriterium der Wahrheit die Praxis ist. Der tatsächliche Zusammenbruch des realen Sozialismus offenbart mehr und wirkt nachhaltiger als jede noch so geschliffene theoretische Kritik es je vorher vermochte. Das gilt auch für die Linke, die erst jetzt vor den wirklichen Dimensionen der politischen und menschlichen Deformationen erschrickt, zu denen die Entwicklung des realen Sozialismus geführt hat. Ebenso werden die Grenzen des Kapitalismus und westlicher Demokratie erst dann erfahrbar, wenn sie sich als Alternative bewähren sollen.

12. Noch sinnloser ist es, den Verlust des bisherigen Weltbildes und den Zusammenbruch der gewohnten ideologischen und politischen Stabilität durch hysterische Flucht in ideologische Notprogramme ausgleichen, indem man jetzt mangels anderer Alternativen den Kampf gegen ein "Viertes Reich" zum Dreh und Angelpunkt der zukünftigen Politik erklärt und wieder einmal das Gespenst der imperialistischen Kriegsabsichten an die Wand malt, statt gerade angesichts der aufgeputschten Gefühle zu einer rationalen Befassung mit den wirklichen Problemen beizutragen, es mindestens zu versuchen.

13. Tatsache ist, daß im Bereich des bisherigen sozialistischen Blocks starke Sprengkräfte entstehen. Sie reichen von dem Ruf nach einseitiger Aufkündigung des RGW, über nationale Sonderwege sowjetischer Republiken, die Ablösung der Einparteienherrschaft der Kommunistischen Parteien, bis hin zu scharfen Differenzierungen der seit Jahrzehnten geleugneten Klassenrealität in den einzelnen Ländern. Im historischen Pendelschlag scheint die staatssozialistische Zwangseinheit in staatliche, nationale, klassenmäßige und gar individualistische Elemente auseinanderzufallen, die sich in der Konfrontation mit den Beharrungskräften von berechtigten Forderungen nach Selbstbestimmung bis hin zu Nationalismus und bewaffneten Kämpfen steigern. Im Gegenzug formiert sich eine auf Stabilität orientierte rechte Massenbewegung, die den Boden für restaurative staatliche Manöver abgeben kann. Diese Entwicklung setzt gefährliche restaurative, chauvinistische und rassistische Kräfte frei.

14. Die imperialistischen Länder verlieren durch den Zusammenbruch ihres Systemfeindes zwar eine wesentliche Grundlage zur Legitimation ihrer Politik, d.h. auch sie verlieren an ideologischer Einheit, mit der sie untereinander und in ihren eigenen Grenzen gegen den Systemfeind verbunden waren. Das bedeutet auch hier eine Lockerung lang gewachsener Bindungen, auch hier die Gefahr nationaler Sonderwege und politischer Extravaganzen. Entscheidender als das aber ist der Spielraum, den sie durch die ökonomische, politische und geistige Öffnung des bisher verschlossenen Raums z.Zt. gewinnen. Es ist eine Invasion ohne Kanonen. Faschistische, einfach gesprochen, gewaltsame Lösungsversuche zur Bewältigung der neuen Entwicklung sind in den Herrschaftsetagen der bürgerlichen Regierungen angesichts der Tatsache, daß die Länder des realen Sozialismus sich ihnen z.Zt. freiwillig zur Ausbeutung anbieten und mit fliegenden Fahnen

zur bürgerlichen Demokratie überwechseln, so wenig in Sicht wie ein von ihnen beabsichtigter Krieg gegen die Länder des realen Sozialismus. Eine solche Politik wäre, um es ganz klar zu sagen, für die imperialistischen Länder zur Zeit absolut kontraproduktiv. Die neuen Spielräume erlauben ihnen im Gegenteil auch noch, ihre seit Jahren entwickelte Befriedungspolitik auf Kosten der Länder des realen Sozialismus weiter zu stabilisieren.

15. In dieser Situation ist es zwar richtig, gegen den Rückfall in nationalistische Sonderwege gleich wo auf der Welt und insbesondere im eigenen Land wachsam zu sein. Das ist immer richtig. Aber der traditionelle Anti-Nationalismus, Anti- Faschismus, Anti-Militarismus, Anti-Im- perialismus und als Steigerung die Bildung einer Anti-Wiedervereinigungsfront gegen die Gefahr eines "Vierten Reiches" sind kein Programm, das die gegenwärtige Entwicklung erfaßt. Gerade angesichts der durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Länder erweiterten Spielräume der imperialistischen Staaten führt die Beschwörung eines angeblichen nationalistischen und faschistischen Katastrophenkurses der imperialistischen Länder, insbesondere eines drohenden "Vierten Reiches" der Deutschen, in die Irre. Sie mag augenblicklichen Massenstimmungen, besonders der Stimmung einer heillos verängstigten und verwirrten Linken entsprechen, aber zur Beschreibung der Wirklichkeit und der Entwicklung einer sozialistischen Alternative taugt sie rein gar nichts!

16. Sinnvoller, als diese alten Klischees aufzuwärmen, in denen "Sozialismus" und "Kommunismus" auf einen, noch nicht einmal sachlich, sondern rein moralisch begründeten Antifaschismus reduziert werden, ist es erstens, die Bemühungen um demokratische Lösungen des Wandels in den realsozialistischen Ländern mit allen Kräften zu unterstützen, auch wenn einem deren Orientierung an den westlichen Demokratien nicht paßt, und zweitens die Arbeit für die Entwicklung einer neuen sozialistischen Alternative zu organisieren, die die Erfahrungen aus dem Bankrott der ersten historischen Alternative zum Kapitalismus in sich aufnimmt und über die Grenzen des jetzigen Kapitalismus und seiner verschiedenen zur Zeit entstehenden sozialdemokratisch-sozialistischen Mischformen hinausführt.

17. Sowohl zur Unterstützung der Demokratisierung als auch zur Erarbeitung eines solchen Entwurfs bedarf es aber mehr als moralischer Appelle gegen ein "Viertes Reich" und mehr als der Verurteilung der Konsumgeilheit der aus dem realen Sozialismus entlassenen Menschen. Dazu muß mensch zunächst die Totalität des Scheiterns dieses ersten sozialistischen Versuchs und die daraus folgende historische Dynamik der Dezentralisierung, Pluralisierung und Demokratisierung als realitätsbildende Kraft begreifen, die zum Durchbruch drängt, deren Erfolg aber alles andere als eine ausgemachte Sache ist. Man muß den Menschen zuhören, welche Erfahrungen sie mit ihrem Sozialismus gemacht haben und auf welche Grenzen sie bei ihrem jetzigen Eintritt in den Kapitalismus stoßen und ihnen unsere Erfahrung mit der heutigen bürgerlichen Demokratie zur Verfügung stellen, positiv wie negativ. Nicht mehr und nicht weniger.

18. Eine längerfristige Alternative ergibt sich daraus allein noch nicht. Es ergibt sich daraus erst einmal nur der endgültige Beweis, daß weder bisheriger Kapitalismus, noch realer Sozialismus die Utopien von Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit verwirklichen konnten, die am Beginn des Industriezeitalters standen. Diesen Beweis erbracht zu haben, ist die historische Bedeutung des Zusammenbruchs des realen Sozialismus, nachdem der Faschismus der 30er Jahre dies für die kapitalistische Welt bereits nachhaltig geleistet hat. Es bleibt also keine andere Wahl, als den eigenen Kopf zu benutzen, um die Grenzen der Industriegesellschaft in ihren kapitalistischen und sozialistischen Varianten zu analysieren. So lassen sich vielleicht Konturen einer zukünftigen sozial gerechteren, demokratischeren und ökologisch bewußteren Gesellschaft und ein Weg zu ihrer Verwirklichung herausarbeiten, die über die bloße Hoffnung vom Zusammenwachsen der Systeme, bei uns konkret BRD und DDR, zu konkreten Bestimmungsstücken einer zukünftigen Gesellschafts- und Völkerordnung hinausführt. Billiger wird es nicht zu haben sein.

19. Einige Ansatzpunkte lassen sich schon erkennen. Nehmen wir die Hauptfragen, die in den Forderungskatalogen der Systemopposition in den bisher sozialistischen Ländern vorgetragen werden:

- Wie soll das Eigentum organisiert werden? Soll es Privateigentum an Produktionsmitteln, soll es Kollektiveigentum, Staatseigentum oder offene Konkurrenz unterschiedlichster Eigentumsformen geben? Sind Beteiligungsmodelle nach schwedischem Vorbild u.ä. mögliche Lösungswege? Welche Rolle soll und darf der Staat in der Kontrolle des Eigentums und als Regulator sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit übernehmen?

- In welchen gesellschaftlichen und staatlichen Formen ist individuelle und politische Selbstbestimmung optimal zu entwickeln? Wo liegen die Möglichkeiten und Grenzen der bisherigen Systeme in Ost und West? Welche neuen Formen sind erstrebenswert? Rätesystem, Parteienpluralismus, Mischformen? Föderale und nationale staatliche Strukturen statt Zentralstaatssystemen? Demokratische Vielvölkerbündnisse statt Block- und Systemkonfrontation?

- Wie können menschenwürdige Lebensbedingungen im Widerspruch zwischen Entwicklung der Produktion und Schonung der menschlichen und materiellen Ressourcen gestaltet werden? Das heißt im Kern: Wie kann die Selbstverwertungsspirale des Kapitals einer gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden, ohne das Interesse der Kapitaleigner oder -verwalter an seiner Weiterentwicklung und die persönliche Initiative zu ersticken?

- Wie sollen die Vorstellungen politisch umgesetzt werden? Evolutionär demokratisch? Revolutionär? Was bedeutet das eine, was das andere für die hochentwickelten Industriegesellschaften, gerade auch im Verhältnis zu weniger industrialisierten Teilen der Welt, speziell auch innerhalb der UdSSR?

Ohne die Lösung dieser Fragen wird es keine neuen sozialistischen Perspektiven geben.

20. Zur sog. Deutschen Frage müssen über die Formulierung von Ängsten hinaus positive politische Standpunkte entwickelt werden, wenn man nicht völlig im politischen Abseits verschwinden möchte:

Erstens: Der Fall der Mauer ist uneingeschränkt zu bejahen und die weitere Demokratisierung mit allen Mitteln zu unterstützen. Das beinhaltet nicht etwa die opportunistische Anpassung an nationale Stimmungen und dergl., ist aber die Voraussetzung für jedes ernsthafte Gespräch mit den Menschen hier wie dort.

Zweitens: Selbstverständlich hat die DDR-Bevölkerung ein Recht auf nationale und jede sonstige Selbstbestimmung. Wer sollte sie ihnen verweigern - wenn nicht, im historischen Rückgriff, die Allierten?

Drittens: Die "Deutsche Frage" kann nur im Zuge der Herausbildung einer europäischen Föderation gelöst werden, wo sich die beiden deutschen Staaten mit anderen Staaten des deutschen und des nichtdeutschen europäischen Kultur- und Geschichtsraums auf föderal-kooperativer Basis eines demokratischen Staatenbündnisses, statt als staatliche Einheit treffen. Nichts spricht für die staatliche Einheit der beiden deutschen Staaten. Im Gegenteil: die Erfahrungen der Geschichte, die Notwendigkeit eines Kräftegleichgewichts in Europa, die Entwicklung einer demokratischen Weltordnung sprechen dagegen. Aber mensch braucht keineswegs nur in der Anti-Haltung zu argumentieren: Das Eintreten für eine demokratische europäische Föderation im Zuge einer demokratischen neuen Weltordnung, darin die DDR und die BRD, vielleicht sogar noch eine freie Stadt Berlin, als gleichberechtigte souveräne Staaten, darf man getrost als eigenes positives Programm gegen das Gerede von der Wiedervereinigung in BRD und DDR wie gegen jeden erneuten Versuch einer Zwangsvereinigung Europas von oben stellen.

43. Fülberths neue Welt - Wird jetzt der Kapitalismus konsolidiert? (s. AK 307)

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:37

In seinem Artikel "Im zweiten Intervall. Viermal Kapitalismus" (veröffentlicht im Arbeiterkampf Nr. 307 vom 29.5.1989) behauptet Georg Fülberth, daß der Kapitalismus spätestens seit Beginn der 80er Jahre in seine "vierte Periode" eingetreten ist.

Wo stehen wir?

Es ist natürlich nicht zu leugnen, daß es in den achtziger Jahren wenigstens in den imperialistischen Metropolen eine gewisse Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft gegeben hat. Dieser (begrenzte) Aufschwung der imperialistischen Weltwirtschaft kann allerdings schwerlich die These Fülberths belegen, daß wir es mit einer längerfristigen Konsolidierungsphase des Kapitalismus zu tun haben, bzw. an deren Anfang stehen (was sogar eine noch weitere Festigung der innenpolitischen Verhältnisse bedeuten würde).

Im Gegenteil gehen so gut wie alle Ökonomen mit marxistischem Anspruch (aber nicht nur die) davon aus, daß die imperialistische Nachkriegswirtschaft bis in die siebziger Jahre hinein durch einen Boom, d.h. einen sich seit Beginn der 50er Jahre zunehmend abflachenden Boom, gekennzeichnet war. Die Weltwirtschaft ist mit den fallenden Profitraten spätestens seit der internationalen Rezession 1974/75 deutlich sichtbar in eine Krisenperiode getreten. Das Ende des Booms der imperialistischen Weltwirtschaft markierte zugleich weltweit eine neue Periode der gesellschaftlichen Instabilität - was nicht dauernde Instabilität in jedem Land bedeutet. Mit anderen Worten: Wir haben es mit einer Periode intensivierter Klassenkämpfe zu tun. Das schließt natürlich nicht aus, daß es trotz eines grundlegenden gesellschaftlichen Klimawandels gegenüber der Zeit vor 1968 zu Beruhigungsphasen, Rückschlägen, Niederlagen etc. kommt. Einen neuen Aufschwung der imperialistischen Wirtschaft, das ist Weltwirtschaft, wird es aber dauerhaft nicht geben können, solange nicht die Bedingungen für eine grundlegende und dauerhafte Erholung der Profitraten geschaffen worden sind.

Um eine historische Parallele zu ziehen: Selbst die Weltwirtschaftskrise 1929- 33 hatte nicht den "Reinigungseffekt", den Krisen in Boomperioden haben. Und auch der Faschismus mit seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik reichte nicht aus, um eine Phase anhaltenden Wachstums zu eröffnen. Ebenso wenig der New Deal in den USA oder die Polizei- und Militärdiktatur in Japan. Auch die Vielzahl technischer Neuerungen, die in den dreißiger Jahren eingeführt wurde, bewirkte nur wenig. Es bedurfte zu ihrer Einführung auf breitester Ebene und für einen anhaltenden Boom zusätzlich des "Reinigungseffekts" des Krieges. Erst dadurch wurden die Voraussetzungen für eine neue Phase anhaltenden Wachstums geschaffen.

Hinzu kamen die nach dem Krieg geschaffenen politischen Bedingungen für eine reibungslose Kapitalverwertung (Stabilisierung des Kapitalismus in Westeuropa mit Hilfe sozialdemokratischer und kommunistischer (!) Parteien, Diskreditierung des Sozialismus durch den Stalinismus als materielle Basis der Erfolge der antikommunistischen Ideologie etc.

Das Instrumentarium imperialistischen Krisenmanagements

Die trotz aller bisherigen Versuche zur grundlegenden Verbesserung der Bedingungen der Kapitalverwertung anhaltende prekäre Lage der Weltwirtschaft insgesamt zeigt an, daß weltweit von einer Konsolidierung keine Rede sein kann. Versuche in diese Richtung gab und gibt es natürlich. Und das nicht zu knapp. Kennzeichnend sind international die folgenden Aspekte:

1. Die wachsende Rolle des Kapitalexports, um über Extraprofite die Kapitalverwertung zu verbessern und darüberhinaus, um im Falle künftiger protektionistischer Maßnahmen von Ländern oder der drei ökonomischen Großregionen gegeneinander (Pazifik unter japanischer Hegemonie, Amerika unter der der USA, Europa) auf den Weltmärkten präsent bleiben zu können.

2. Das Phänomen der sog. neuen internatialen Arbeitsteilung als Ausfluß der vom US-Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg sehr weitgehend durchgesetzten "open door policy" (Freihandelspolitik) und z.T. der sog. Entkolonisierung: Verlagerung von zumeist technologisch anspruchsloseren Produktionszweigen in Länder mit

billigen Arbeitskräften, geringerer Steuerbelastung und weniger staatlicher Reglementierung. Stichworte: Standortkonkurrenz, Binnenmarkt 1992.

3. Wettlauf der nationalen Bourgeoisien, um die eigenen Perspektiven auf dem Weltmarkt gegen Konkurrenten zu verbessern. Für die Herrschenden in jedem Land gilt es, der eigenen Arbeiterklasse schneller Niederlagen beizubringen, d.h. Opfer aufzuerlegen, als dies in anderen Ländern möglich ist: Lohnabbau, staatliche Umverteilungspolitik, Sparpolitik bei Sozialleistungen, "Steuerreformen", Ausbau der Repressions- und Überwachungsapparate etc. etc. Tempo und Ausmaß der Angriffe der Herrschenden waren und sind von deren Stärke bzw. Schwäche abhängig. Je größer die ökonomischen Schwierigkeiten, desto brutaler die Angriffe. Ein "Gefälle" gibt es dabei nicht nur in Europa, sondern weltweit.

4. Die Verschuldungskrise und ihre Folgen insbesondere in den Ländern der sog. 3. Welt und den nachkapitalistischen Ländern. Hier ist nicht nur auf den Nettokapitalfluß in die Gläubigerländer zu verweisen, sondern vor allem auch auf die Möglichkeiten, die dem internationalen Finanzkapital durch den als "Schuldenfalle" bezeichneten Mechanismus offenstehen, den in den Jahren des Booms geduldeten Protektionismus bzw. das Außenhandelsmonopol und die z.T. so ermöglichte Teilindustrialisierung zu zerstören (Auflagenpolitik von IWF und Weltbank). Zugleich werden die Herrschenden in den Schuldnerländern genötigt, zur brutalsten Offensive überzugehen.

5. Daneben wurde selbstverständlich versucht, die Profitraten durch die Einführung neuer Technologien zu erhöhen (Rationalisierung).

Fülberths "neuer Akkumulationstyp" - ein Krisensymptom

Obwohl nicht bestritten werden kann, daß der Thatcherismus in Britannien oder z.B. die Wenderegierung in der BRD in diesem Jahrzehnt Erfolge erzielt haben, kann jedenfalls bisher keine Rede sein von langfristiger und durchgreifender Konsolidierung. Und zwar weder national noch international.

Bezeichnend für diese Tatsache ist nicht zuletzt dasjenige Phänomen, das laut Fülberth Ausdruck der Konsolidierung sein soll, nämlich der "neue Akkumulationstyp".

Es handelt sich um die "Verlangsamung der Akkumulation bei durchaus stabilen Profiten" in den am höchsten entwickelten Ländern. Abgesehen von Fülberths fragwürdiger Verwendung des Terminus "Akkumulation" ist hier offenkundig die Tatsache angesprochen, daß seit Mitte der siebziger Jahre die industrielle Gesamtproduktion international nicht wesentlich erhöht wurde. Stattdessen wurde in erster Linie rationalisiert. Interessanterweise konzentrierten sich diese Investitionen und die Einführung neuer Technologien (Elektronik/Computerisierung) nicht so sehr auf die Produktion selbst (Automatisierung/Roboter), sondern auf die betriebliche Verwaltung (Management, Lagerhaltung, kaufmännischer Bereich). Auch das ist ein Anzeichen für die stagnative Grundtendenz, für die begrenzte Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Ein Krisensymptom erster Güte! Fülberth sieht darin nur die Ursache für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die für ihn wiederum in erster Linie unter dem Aspekt der "Machtverstärkung der Kapitalseite gegenüber den Gewerkschaften" betrachtet wird. Sie ist für ihn "keine aktuell systembedrohende Gefahr". Die Frage, was Arbeitslosigkeit als Dauerphänomen sogar in Zeiten der Hochkonjunktur (!) für eine Analyse des Charakters der jetzigen Entwicklungsetappe des Kapitalismus bedeutet, wird so umgangen.

Natürlich kann Massenarbeitslosigkeit vom Kapital ausgenutzt werden. Natürlich erhöht sie die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse. Aber sie schafft auch ein Klima der Unsicherheit. Sie untergräbt das Vertrauen in das kapitalistische System, die Erwartung, sich dauerhaft in diesem System einrichten zu können. Arbeitslosigkeit ist deshalb zugleich ein Faktor, der den Klassenkampf von unten vorantreiben kann. Versagt allerdings die Arbeiterbewegung, versagt die Linke, nehmen sie die Massenarbeitslosigkeit hin, kann die Dauerarbeitslosigkeit mitsamt dem durch sie erzeugten Klima der Verunsicherung allerdings auch zur Entstehung einer faschistischen Bewegung beitragen. Das alles wird von Fülberth, der nur den Klassenkampf von oben sieht, völlig unterschätzt. Er geht davon aus, daß der Kapitalismus stabil bleibt, daß nur offen ist, welche Modernisierungsvariante in den kommenden Jahren praktiziert wird.

Widersprüche, die Fülberth übersieht

Übersehen wird von ihm die Verschärfung einer ganzen Reihe von Widersprüchen, die anstatt zu Konsolidierung viel wahrscheinlicher zu andauernder Existenzkrise des Kapitalismus führen werden:

1. Die Angriffe der Herrschenden auf die Arbeiterklasse und andere Teile der Bevölkerung der imperialistischen Länder (Bauern, Ausbildungssektor) bleiben nicht unbeantwortet. Verglichen mit der Friedhofsruhe während der fünfziger und der ersten Hälfte der sechziger Jahre haben sich die Verhältnisse stark gewandelt. Und obwohl die Reaktionen "unten" nicht immer adäquat genug erscheinen, hat der Widerstand der Arbeiterklasse in den Industrien, den anderen Wirtschaftssektoren und der Widerstand im Ausbildungssektor, aber natürlich auch die Entstehung punktueller, nicht direkt mit einem speziellen Sektor der Bevölkerung verbundener Bewegungen (in der BRD z.B. die Anti-AKW-Bewegung und die gegen die Volkszählungen) die Vorhaben der Herrschenden an der Durchsetzung be- oder gehindert. Jeder Widerstand hat zumindest zur Meinungsbildung der Bourgeoisie und ihres politischen Personals im Hinblick auf das ratsame Tempo und das Ausmaß der zu startenden Angriffe beigetragen - ein Umstand, der den zyklischen Entwicklungsverlauf des Klassenkampfs erklärt.

Festzuhalten ist, daß die Kapitalverwertungsbedingungen vom Kapital nicht nach Belieben verändert werden können. Die Entwicklung ist vom Verlauf der Klassenkämpfe abhängig. Von daher muß jeder Versuch, eine gegebene Entwicklungsetappe der Gesellschaft einzuschätzen, auch die Entwicklung der diese bestimmenden Kräfteverhältnisse verfolgen. Eine Beschränkung der Analyse auf die Gegebenheiten in nur einem Land muß dabei zu allerschwersten Fehleinschätzungen führen. Wer könnte z.B. die konkrete Entwicklung der APO Ende der sechziger Jahre ohne die Berücksichtigung des Vietnam-Krieges (Tet-Offensive im Frühjahr 1968), ohne den französischen Mai 1968 und den Prager Frühling erklären? Wer könnte bestreiten, daß für die Entwicklung des subjektiven Faktors heute die Vorgänge in Osteuropa von enormer Bedeutung sind?

2. Die relative Sättigung des Weltmarktes bewirkte nicht nur die Stagnation bzw. Begrenzung des industriellen Wachstums. Die Überakkumulation von Kapital führte auch dazu, daß die Spekulation zu einem beherrschenden Charakterzug des Kapitalismus der achtziger Jahre wurde. Immer mehr Kapital wurde spekulativ anstatt in der Industrie produktiv angelegt.

Die Spekulation ist ihrerseits auf das Engste verbunden mit den Zahlungsbilanzungleichgewichten und den Währungsparitäten sowie den Problemen der öffentlichen und privaten Verschuldung. Die "Abkoppelung" der Finanzmärkte und Börsen von der materiellen Produktion, die so oft (und nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 auch erleichtert) festgestellt wurde, ist nur eine relative.

Erstens gehen immer mehr Industriekonzerne selbst dazu über, ihre Profite in Ermangelung profitabler industrieller Anlagesphären spekulativ anzulegen. Firmenkäufe und Fusionen spielen dabei eine erhebliche Rolle. Spekulative Übernahmen, d.h. solche, die nur auf Krediten und der Spekulation auf einen anhaltenden Boom der Aktienspekulation beruhen sowie auf der Möglichkeit, Teile der übernommenen Firmen zum Zweck der Kreditrückzahlung weiter zu verkaufen, sind eine Zeitbombe. In den USA, England, Frankreich wird befürchtet, daß diese Spekulation im Gefolge einer Rezession konjunktureller Art zusammenbrechen könnte. Die Furcht davor war auch die Ursache für den Börsencrash im Oktober 1989.

Zweitens ist der internationale Finanzmarkt davon abhängig, daß die Währungsparitäten nicht manipuliert werden (insbesondere zwischen dem Dollar und den anderen Leitwährungen). Willkürliche Abwertungen z.B. des Dollar zur Abwehr der überlegenen industriellen Konkurrenz des Auslands enteignen zugleich die ausländischen Gläubiger der USA. Die Stabilität der Kompromisse zwischen den imperialistischen Mächten und ihre Verläßlichkeit ist deshalb Grundlage der internationalen Spekulation. Schon die Andeutung eines innerimperialistischen Konflikts löste im Oktober 1987 den Börsenkrach aus.

Es ist völlig klar, daß die Unsicherheit der Spekulation ein ständiger Motor für den Versuch sein muß, die Kapitalverwertungsbedingungen zu verbessern (Ausdehnung der Märkte, Umverteilungsoffensive). Ebenso klar ist, daß nervöse Zusammenbrüche der Spekulation in dem Augenblick zu einer Krise ganz anderer Qualität als die der Rezessionen der letzten Jahrzehnte führen müssen, wenn die Liquidität der Industrien der wichtigsten imperialistischen Länder gleichzeitig ins Stocken gerät. Eine neue Weltwirtschaftskrise à la 1929-33 ist jederzeit möglich. Den Herrschenden und den Spekulanten ist das durchaus bewußt, wie ihre Nervosität zeigt. Nur große Teile der Linken bescheinigen im Schlepptau der veröffentlichten Meinung dem Kapitalismus einen stabilen Grundcharakter. Verkehrte Welt!

3. Die Verschuldungskrise. Solange die Schuldenfalle funktioniert, solange die Schuldendienste geleistet werden, ist die Verschuldung ein Jungbrunnen für die imperialistischen Metropolen (und alle Philanthropie der Reformisten in diesen Ländern wird bestenfalls zu einem flexibleren Schuldenmanagement führen). In dem Moment aber, wo die in den Schuldnerländern verelenden Massen (die haben ihre Krise vom Ausmaß 1929-33 schon - trotz "Hochkonjunktur" der imperialistischen Wirtschaft) Staatsbankrotte durchsetzen, d.h. Schuldenstreichung, in dem Augenblick wird der internationale Kapitalmarkt Gefahr laufen, zusammenzubrechen. Das könnte, wie bereits so oft beschworen, daß die meisten Linken es nicht mehr glauben mögen, ebenfalls eine allgemeine Krise bewirken. Was das für die ohnehin gebeutelten Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas bedeutete, ist zur Zeit kaum vorstellbar.

Die drohende kumulative Wirkung der Widersprüche

Zu betonen ist, daß diese Widersprüche nicht unabhängig voneinander existieren. Sie haben im Gegenteil die Tendenz, sich gegenseitig zu verstärken. Damit soll, um Mißverständnissen vorzubeugen, kein Zusammenbruch des Kapitalismus behauptet werden. Auch nicht, daß schon morgen oder in wenigen Monaten eine neue Depression ins Haus steht. Was hingegen behauptet wird, ist erstens, daß wir nicht am Beginn einer Konsolidierungsphase des Kapitalismus stehen, sondern am Ende eines ersten Zwischenhochs im Rahmen einer Niedergangsphase der imperialistischen Wirtschaft, und zweitens, daß wir weltweit zunehmende Klassenkämpfe haben werden. Trotz ihres Reichtums wird die BRD keine Ausnahme von diesem Trend bilden. Fülberth übersieht und, soweit ihm diese Widersprüche überhaupt ins Blickfeld geraten (Verschuldungskrise), unterschätzt deren "subversives" Potential.

Das mag damit zusammenhängen, daß für ihn die Umgestaltung der nachkapitalistischen Gesellschaften im Sinne einer Restauration des Kapitalismus und damit einer Einbeziehung in das imperialistische Weltsystem nichts mehr im Wege steht und daß, wie er es sieht, die "nationalrevolutionären Gesellschaften" in die kapitalistische Welt wiedereinbezogen werden. In beiden Fällen überschätzt er maßlos das den Imperialismus stabilisierende Potential einer derartigen Expansion und übersieht vollständig alle Faktoren, die einer Konsolidierung des Kapitalismus im Wege stehen.

Dieter Elken

44. Gramsci in der Welt

Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:24

Da staunt der Seminarmarxist: die Ideen Antonio Gramscis eignen sich nicht nur als Gegenstand gelehrter, aber folgenloser Debatten - sie können auch wichtige Anregungen für die politische Praxis geben. Brita Bock, die im Oktober am Gramsci-Kongreß in Formia (Italien) teilgenommen hat, beeindruckte vor allem die praxisorientierte Gramsci-Diskussion in Südafrika und der Tschechoslowakei.

Ende Oktober fand in Formia, einer Kleinstadt am Meer zwischen Rom und Neapel, ein Kongreß über den italienischen Marxisten Antonio Gramsci statt. Formia hat im Leben Gramscis eine besondere Rolle gespielt. Am 7. Dezember 1933 wurde er in die dortige Klinik gebracht, nachdem ihn sieben Jahre Gefängnis und die Nichtbehandlung seiner Krankheiten (Magenleiden, fortgeschrittene Lungentuberkulose, Arteriosklerose und physisch tuberkulöse Wirbelsäulenentzündung) fast völlig zerstört hatten. Er blieb bis August 1935 in Formia.

Drei Tage lang (vom 25. bis 28.10.1989) wurde über die internationale Situation der Gramsci-Diskussion gesprochen. Ziel war es, Kontakt und Austausch zwischen Übersetzern, Gramsci-Theoretikern und -Herausgebern aus verschiedenen Teilen der Erde herzustellen. Gramsci nel mondo - Gramsci in der Welt: gekommen waren VertreterInnen aus Lateinamerika, den USA, China, Japan, England Spanien, Frankreich, Italien, der BRD, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Tunesien und nicht zuletzt auch aus Südafrika.

Gerade der Beitrag des Südafrikaners Karl van Holdt, Herausgeber des "Labour Bulletins" in Johannesburg, war besonders spannend und überraschend. Van Holdt betonte in seiner Rede, daß zentrale Themen in Gramscis Werken von einer schon existenten Bewegung aufgenommen worden seien, die diese aus sich selbst heraus entwickelt hätten, bevor Gramsci (in Form von Sekundärliteratur) in Südafrika weitere Verbreitung fand.

Themen wie die Fabrikrätebewegung in Turin 1920/21, Massenorganisation, Hegemonie, Klassenallianz und Stellungskrieg haben in diesem Sinne einen Beitrag zur politischen Praxis in Südafrika geleistet.

Erste Schriften Gramscis über die Fabrikräte wurden in der "New Left Review" 1968 veröffentlicht. Diese und das Buch von Hyman "Marxism and the sociology of trade unions" (1971), in dem Gramscis Ideen über die Fabrikräte und die Erfahrungen aus der britischen Shopsteward-Bewegung diskutiert wurden, beeinflußten einige Trade Unions-Zirkel in den siebziger und achtziger Jahren in Südafrika.

Diese Diskussionen, sagt van Holdt, hätten eine entscheidende Funktion in der Neudefinierung der eigenen Position von Gruppen der südafrikanischen Arbeiterbewegung gehabt, die über die bürokratische und aus vielen Gründen begrenzten Trade Union-Bewegung hinausging.

Damit verwies van Holdt auf die politische Aktualität Gramscis, was ja in den letzten Jahren in der Gramsci-Forschung gerne negiert wird.

Über die "Shopsteward Councils" findet auch die Politik der Befreiungsbewegung Eingang in die Diskussionen innerhalb der Trade Unions. Umso größeren Einfluß hat in den Jahren '81-83 z.B. Gramscis Hegemoniekonzept. In einem Buch von Saul und Gelb "The crisis in South Africa" wird Gramsci benutzt, um die "organische Krise" in Südafrika und die Restrukturierung der Herrschaft seitens der herrschenden Klasse zu analysieren.

"Der nationale demokratische Kampf in Südafrika", sagt van Holdt, " die Strategie für die Bildung einer breiten Volksallianz in einer nationalen Befreiungsbewegung, wurde nicht 'erfunden' durch das Lesen von Gramsci - diese Strategie hat eine lange Geschichte in unserem Kampf."

Für die aktuelle Situation sei es schwer, den Einfluß Gramscis zu bestimmen. Zumal es auch Schwierigkeiten in der Übernahme von Gramscis Theorien gebe, da er in seinen Konzepten von einer entwickelten bürgerlichen Gesellschaft ausgegangen sei, die so nicht auf Südafrika übertragbar sei. Z.B. hat die herrschende weiße Klasse nie den Konsens der schwarzen Mehrheit in Südafrika gesucht, sondern einzig und allein mit Repression gearbeitet. Eine Situation, die sich mit den halbherzigen und nutzlosen Reformversuchen der neuen Regierung wenigsten in Teilen zu verändern scheint.

Eine harte und sehr mutige (damals waren die aktuellen Ereignisse noch nicht absehbar) Abrechnung mit der Politik der Regierung in ihrem Land machte die Tschechoslowakin M. Barova in ihrem Vortrag.

Bis 1968 erschienen einige Übersetzungen der Gefängnisbriefe und Antologien der Werke Gramscis. Sie wurden auf breiter Basis gelesen und diskutiert. Nach der Niederlage des "Prager Frühlings" ist keine Schrift Gramscis mehr übersetzt worden. Die neue Führung hatte kein Interesse daran, den unabhängigen, unorthodoxen Marxisten Gramsci zu publizieren. Die Situation wurde noch dadurch erschwert, daß quasi alle Gramscistudierenden ein bitteres Schicksal erlebten. Sie wurden aus der Partei ausgeschlossen, von ihrer Basis entfernt und ihnen wurde jede Möglichkeit genommen, sich öffentlich zu äußern.

Es begann eine Periode des absoluten Schweigens um Gramsci. Zwar wurden die bis dahin erschienenen Bücher von und über Gramsci nicht aus den Regalen der Bibliotheken entfernt, aber eine offene Auseinandersetzung war nicht mehr möglich. Eine starke Selbstzensur begann zu wirken.

Dank einiger weniger, die sich weiterhin mit Gramsci beschäftigten, wenn sie sich auch nicht öffentlich äußern konnten, gelang es, in kleinen begrenzten Zirkeln Gramsci zu studieren und damit eine neue Generation von Studenten vorzubereiten.

Mittlerweile gibt es eine neue Initiative, die Werke Gramscis zu übersetzen, die gute Chancen hat, publiziert zu werden. Die Partei, so Barova, habe einen großen historischen Fehler begangen, indem sie die Lehren Gramscis, die von ihm angebotenen Anregungen und den Reichtum seiner stimulierenden Gedanken ignorierte.

"Gramsci vom marxistischen Erbe auszuschließen, bedeutet eine Verarmung des Diskurses, der in unserem Land sehr notwendig ist, um radikale und durchführbare, kreative und originelle Lösungen mit einem deutlichen Akzent auf Demokratie für die Probleme zu finden, die ein politisches und ökonomisches System quälen, das im Ganzen erneuert werden muß."

Ähnliche, wenn auch nicht ganz so klare Töne ließ die sowjetische Übersetzerin Irina Gregorieva vernehmen.

Auch sie wies auf die lange Periode des Schweigens über Gramsci in ihrem Land hin, und betonte, daß die nunmehr begonnene Übersetzung der Gefängnishefte Gramscis erst im Zuge der Perestroika möglich geworden sei.

Der erste Band einer Übersetzung der Gefängnisschriften in englisch ist in den USA mittlerweile fertiggestellt. Eine deutsche Übersetzung nimmt endlich auch in der BRD, beim Argument-Verlag, konkrete Formen an.

Bezeichnend in der Frage der Übersetzung ist dennoch, daß es sich bei den geplanten Projekten (erstmal?) um die Gefängnisschriften Gramscis handelt, die auf Grund ihres fragmentarischen Charakters und den daraus entstehenden Schwierigkeiten des Studiums und Verstehens wohl eher für einen kleinen Kreis von Studenten und Intellektuellen von Interesse sein werden. Das Risiko, daß Gramsci auf diese Weise weiterhin nur einer kleinen Minderheit zugänglich bleibt, die in den meisten Fällen in keinem praktischen Zusammenhang mit aktuellen politischen Bewegungen steht, ist dabei sehr groß. Zu wünschen wäre, daß nun auch bald die Schriften Gramscis aus der Zeit der Fabrikrätebewegung in deutscher Sprache übersetzt werden. Nur so kann verhindert werden, daß Gramsci weiterhin Objekt der philosophischen Diskussion bleibt, jeglicher politischer Relevanz und Brisanz entzogen. Zumal ich der Überzeugung bin, daß der Gramsci der Gefängnishefte nur auf dem Hintergrund seiner aktiven politischen Arbeit wirklich verstanden werden kann.

45. Nie wieder Deutschland! - Aufruf der Radikalen Linken gegen Nationalismus und Wiedervereinigung (*)

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:46

Spektralpolitisch ein bißchen amputiert, aber quantitativ doch recht beeindruckend trafen sich die Radikalen Linken am 20./21.1. in Köln. Insgesamt gesehen war es das vierte Treffen, allerdings war zum ersten Mal öffentlich eingeladen worden. Wie nach den Kontroversen des letzten Jahres zu erwarten war, blieben diejenigen, die sich mehr dem autonomen Spektrum zurechnen, der Initiative fern - teils weil sie mit ihr "fertig" sind, teils weil sie den Fortgang der Debatten zunächst abwarten wollten. Das war nicht gerade ein günstiges Vorzeichen. Unklar war auch, ob und wie sich die Radikalen Linken gemeinsam zur deutschlandpolitischen Situation verhalten könnten. Beim letzten Mal, im Oktober 89, war der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten gerade mal andiskutiert worden. So gesehen wirken die Ergebnisse, die in Köln erzielt werden konnten, ziemlich beachtlich. Die zweihundert Versammelten einigten sich auf eine scharfe Absage an die deutsche Einheit und auf einen Aktionsvorschlag an die BRD-Linke: eine Demonstration gegen Wiedervereinigung im April in Frankfurt zu veranstalten. Damit gibt es nun endlich einen konkreten Vorstoß, aus der Deckung zu kommen und den Widerstand gegen den Nationalismus auf die Straße zu bringen.

Selbstkritiken und Positionsabgleiche eröffneten das Treffen am ersten Tag in Köln. Die bisher vorgenommene Standortbestimmung der Radikalen Linken, niedergeschrieben in einem Beitrag von Ebermann, Trampert, von Ilten, Fülberth, Gremliza u.a. (siehe AK 311) ist durch die Geschichte in wesentlichen Teilen überholt worden. Politisch diagnostizierte jenes Papier eine rosa-grüne Hegemonie und sozial einen Konsens für eine neue kapitalistische Modernisierung. Ein ökologisch, friedens-und frauenpolitisch frisierter Kapitalismus wurde vorausgesagt. Außenpolitisch wurde von einer vorrangigen EG-Orientierung des westdeutschen Kapitals ausgegangen, der ein wachsender Eurochauvinismus entspreche. Der traditionelle Deutschnationalismus erschien eher als ein Problem der CDU/CSU mit den Republikanern. Inzwischen ist es nur wenig verkürzt zu sagen, daß das, was von den Radikalen Linken im letzten Jahr noch als rechtsextremistisch eingeschätzt worden ist, heute Anspruch erhebt, der zukünftige Mehrheitskonsens zu werden.

Die Fixierung des radikal-linken Diskurses auf die Innovationsfähigkeit des Kapitalismus hat die Analyse seiner aggressiven und reaktionären Potentiale in den Hintergrund treten lassen. Freilich wird die Abgrenzung vom rosa-grünen Projekt und seiner Attraktivität für viele Linke durch diese Kritik nicht überflüssig. Umgekehrt fällt der Bruch durch das Einschwenken der Sozialdemokraten und Grünen auf die nationale Stimmung noch wesentlich härter aus.

Die Frage ist, ob damit nicht auch die Kontroversen überholt sind, die vornehmlich zwischen den linken Grünen und den Autonomen im letzten Jahr ausgetragen worden sind. Natürlich sind die Widersprüche nicht gelöst, und natürlich wäre es falsch zu sagen, angesichts der dringend notwendigen Aktionsorientierung wird jetzt alles glattgebügelt. Aber die Vorwürfe der Autonomen, abgebrühte Politprofis wie Ebermann, Ditfurth und Trampert zögen listig an den Fäden einer linksradikalen Sammlungsbewegung, haben heute einen anderen Klang: eher den von Komplimenten.

In Köln konzentrierte sich die Debatte bald auf einen Textentwurf Georg Fülberths gegen die deutsche Wiedervereinigung. Ursprünglich hatte er die Überschrift "Wir wollen die DDR nicht haben", zwischendurch "Es gibt kein Recht auf Imperialismus". Die schließlich beschlossene Parole "Nie wieder Deutschland" gibt einen Verlauf wieder, in dem radikalisiert und nicht kompromißmäßig ausgehandelt wurde. Das Angenehme in Köln: die Leute redeten miteinander und nahmen Kritiken auf, anstatt sie als bedrohlich zu empfinden. Umstritten war, wie weit sich Aktionen hier auf die DDR-Linke beziehen und mit ihr abgestimmt werden sollten. Mehr oder weniger setzte sich Zurückhaltung durch. Der hier notwendige Widerstand soll sich, höflich gesprochen, nicht der Dynamik eines DDR-Wahlkampfs ausliefern.

Auf den 19./20. Mai wurde der anvisierte Kongreß der Radikalen Linken gelegt und dafür ein umfangreiches Programm beschlossen. Zur Durchführung der Demonstration wird in Bonn, Frankfurt und hoffentlich auch anderswo versucht werden, örtliche Diskussionen und ein überregionales Bündnis zu schmieden:

Informationen über den jeweils letzten Stand sind bei Siggi Frieß, MdB der Grünen, Bonn, zu erhalten. Die nachstehend abgedruckte Kölner Erklärung soll als Flugschrift in hoher Auflage verbreitet werden.

Bezug zum Selbstkostenpreis

über Radikale Linke c/o Maren Psyk, Planckstr. 4, 2000 Hamburg 50.

de.

46. Von Majakowskij zum "Sozialistischen Realismus"

Literaturpolitik in der Sowjetunion von den zwanziger Jahren bis zum Stalinismus

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:13

Vor welchen Problemen standen die für die Literatur- und Kulturpolitik Verantwortlichen nach der Oktoberrevolution? Welche Positionen vertraten sie in den Auseinandersetzungen mit den Befürwortern einer neuen proletarisch-revolutionären Literatur? Wie veränderte sich die Literaturpolitik von der zweiten Hälfte der 20er Jahre bis zu den Stalinschen "Säuberungen", denen viele namhafte Schriftsteller zum Opfer fielen?

Im folgenden dokumentieren wir den Text einer szenischen Lesung, mit der - neben einem Diavortrag über Plakate aus der Zeit der Industrialisierung und Kollektivierung, der Lesung aus Streitgesprächs über den "Sozialistischen Realismus" aus der "Ästhetik des Widerstands" von Peter Weiss und anderen Beiträgen - das KB-Seminar zum Stalinismus eingeleitet wurde.

"... Wollte man in Rußland nur diejenigen Lichter brennen lassen, die unserem Geist entsprechen, dann würden wir versickern, in völligem Dunkel versinken."

Diese Aussage Lunatscharskijs verweist auf die Schwierigkeiten, mit denen die für die Kulturpolitik Verantwortlichen zu kämpfen hatten. Auf der einen Seite der Analphabetismus des größten Teils der Bevölkerung, auf der anderen die Kontinuität einer entwickelten Literatur mit so unterschiedlichen Vertreterinnen und Vertretern wie Anna Achmatova, Ossip Mandelstam, Alexander Blok, Fjodor Sologub, Majakowskij und Chlebnikow. Hauptaufgabe der Kulturpolitik war zweifellos in dieser Situation, den Analphabetismus zu beseitigen und die Entstehung einer Massenliteratur zu fördern. Die alleinige Konzentration auf diese Aufgaben hätte allerdings zur Simplifizierung des literarischen Niveaus geführt. Die Literatur der Avantgarde blieb zwar zunächst nur einem sehr begrenzten Leserkreis zugänglich. Ihre Entwicklung war indes notwendig, um langfristig die künstlerische Urteilsfähigkeit breiterer Schichten zu fördern. Bucharin plädierte deshalb 1923 für folgendes Vorgehen in der Kulturpolitik:

"Die Hauptaufmerksamkeit muß der Liquidation des Analphabetismus gelten, aber die qualifizierten Kader dürfen nicht vergessen werden, ihrer Ausbildung muß man Aufmerksamkeit zuwenden, sie müssen zu noch höherer Qualifikation gebracht werden, damit sie ihre Kenntnisse durch diese Kette den übrigen vermitteln, damit die ganze Maschine arbeitet. (...) Die richtige Lösung besteht darin, daß wir in dem Maße, wie wir von der Politik unter den Millionenmassen sprechen, auf die Liquidation des Analphabetismus Nachdruck legen müssen. Das bedeutet aber nicht, daß wir in den anderen, engeren Zellen, in denen unsere Kaderkräfte und qualifizierten Kräfte herangebildet werden, nicht auch andere Fragen stellen sollen. Wir müssen die Fragen lösen und daneben dieses Gebiet nicht vergessen."

Lenin, Lunatscharski, Bucharin und Trotzkij waren sich darin einig, daß nur durch die Förderung der alten vorrevolutionären Intelligenz eine kontinuierliche Entwicklung im Bereich der Literatur möglich wäre. Sie ermunterten die bürgerlichen Schriftsteller, die mit der Revolution sympathisierten oder ihr noch abwartend gegenüberstanden, zur Mitarbeit an der neuen Gesellschaftsordnung. Eine einseitige Unterstützung der ersten Ansätze einer proletarisch-revolutionären Literatur lehnte die Parteiführung ab, da deren Arbeiten aufgrund fehlender Allgemeinbildung und mangelnder schriftstellerischer Fähigkeiten auf einem geringen Niveau waren. Da die meisten dieser Schriftsteller zudem Parteimitglieder waren, ließen ihnen die Probleme des materiellen Aufbaus kaum Zeit für die schriftstellerische Arbeit.

Die Parteiführung plädierte für die Zusammenarbeit beider Gruppen, um den literarischen Professionalismus der bürgerlichen Intelligenz mit den politischen Kenntnissen und Erfahrungen der proletarischen Schriftsteller zu verschmelzen. Eine ausschließliche Orientierung auf die ersten Ansätze einer proletarischen Literatur würde - so Trotzkij in seinem 1923 erschienenen Buch "Literatur und Revolution" - die Entwicklung der Literatur nicht nur behindern, sondern die Suche nach künstlerisch Neuem unmöglich machen, da sie die Gesetzmäßigkeiten künstlerischer Arbeit und die bisherigen Erkenntnisse vergangener Revolutionen ignorieren würde:

"Es trifft nicht zu, daß die Kunst der Revolution nur von Arbeitern geschaffen werden kann. Gerade weil es eine Arbeiterrevolution ist, stellt sie (...) zu wenig Arbeiter für die Kunst frei. In der Epoche der französischen Revolution wurden die bedeutendsten Werke, die direkt oder indirekt die Revolution widerspiegelten, nicht von französischen, sondern von deutschen, englischen und anderen Meistern geschaffen. Jene nationale Bourgeoisie, die unmittelbar den Umsturz durchführte, konnte nicht genügend Kräfte abzweigen, die ihn hätten festhalten und wiedergeben können. Um so mehr ist das beim Proletariat der Fall, das eine politische, aber sehr wenig künstlerische Kultur besitzt. Die Intelligenzler besitzen abgesehen von den Vorzügen ihrer formalen Qualifikation noch das anrüchige Privileg einer passiven politischen Position, mit einem mehr oder weniger großen Anteil an Feindseligkeit oder Sympathie gegenüber dem Oktoberumsturz. Kein Wunder also, daß diese beschaulichen Intelligenzler auf dem Gebiet der künstlerischen Wiedergabe der Revolution - wenn auch mit Verzerrungen - mehr bieten konnten und bieten als das Proletariat, das sie durchführte. Wir kennen die politische Beschränktheit, Unbeständigkeit und Unzuverlässigkeit der Weggenossen sehr gut. Wenn wir aber Pilnjak mit seinem ‚Nackten Jahr`, die Serapionsbrüder mit Wssewolod Iwanoff, Tichonoff und der Polonskaja, wenn wir Majakowskij und Jessenin streichen, was bleibt dann eigentlich übrig, außer ungedeckten Wechseln auf die zukünftige proletarische Literatur?"

Begünstigt durch den Aufschwung des Verlagswesens setzte eine Blütezeit der Literatur ein, die vor allem Verdienst derjenigen Schriftsteller war, die Trotzkij "Mitläufer" bzw. "Weggenossen" genannt hatte. Ein großer Teil von ihnen war bereits vor der Revolution mit literarische Arbeiten hervorgetreten. Der größte Teil dieser Schriftsteller stammte aus der bürgerlichen Intelligenz, andere wie Blok und Majakowskij aus dem Adel oder wie Jessenin aus der Landbevölkerung. Zu den sog. "Mitläufern" zählten z.B. Dichter wie Zamjatin, Pilnjak, Babel, Erenburg, Tichonov, Fedin, Kaverin, Ivanov, Pasternak. Kommunistische Literaten waren Bednyj, A. Serafimovic und Voronskij. Die weitverbreitete Bezeichnung "Mitläufer" für nichtkommunistische Schriftsteller war indes sehr vage. So zählten die proletarisch-revolutionären Schriftsteller Ende der zwanziger Jahre auch beispielsweise Majakowski zu den "Mitläufern".

Die bedeutendsten literarischen Zirkel, die sich gleich nach der Oktoberrevolution zu Wort meldeten, waren die Futuristen und die Gruppe der proletarisch-revolutionären Schriftsteller. Die Futuristen - eine avantgardistische Gruppe, vergleichbar mit den Dadaisten im Westen - zeichneten sich durch ihren phantasievollen und aktiven Einsatz für die Revolution aus.

Die andere Gruppe - die bereits erwähnten proletarisch-revolutionären Schriftsteller - deren Vertreter in der Mehrzahl auch aus der bürgerlichen Intelligenz kamen, hatten sich in der "Gesamtrussischen Assoziation der proletarischen Schriftsteller" (RAPP) organisiert. Nach ihrer Zeitung "Na postu" ("Vorposten") auch "Vorpostler" genannt, vertraten sie die Auffassung, daß der politischen Herrschaft des Proletariats auch die Führung im literarischen Bereich entsprechen müsse und daß - unter Vernachlässigung künstlerischer Formen und Kriterien - vor allem der politische Inhalt eines literarischen Werkes für seine Beurteilung entscheidend wäre. In Analogie zur politischen Revolution müsse auch die Literatur radikal verändert werden.

Hierzu der Literaturkritiker und RAPP-Funktionär Cuzak:

"Übung im Willen zum Sieg, Übung im Aufbauwillen, das ist die erste und grundsätzlich notwendige Aufgabe der Klassenliteratur des Tages."

Eine Aufgabe, die nach Cuzak nur durch die "entschlossene Standardisierung der Literatur" zu erreichen wäre, durch strenge ideologische Leitung und Kontrolle durch die Partei und die Etablierung einer allgemeinverbindlichen Literatur-und Kunsttheorie.

Die Förderung der bürgerlichen "Mitläufer" durch die Parteiführung, die nach Ansicht der RAPP die Entwicklung einer proletarischen Literatur behinderte und den Einfluß bürgerlicher Ideologien förderte, löste den jahrelangen Streit um die Literaturpolitik aus: Eine Auseinandersetzung, die von Seiten der RAPP mit äußerster Schärfe geführt wurde und vor Diffamierungen nicht Halt machte. Auch die für die Literaturpolitik verantwortlichen Politiker sahen sich heftigen Angriffen ausgesetzt:

"Die Beschäftigung mit Schmierereien à la Pilnjak ist bei unserer Jugend, die durchaus vortrefflich genannt werden kann, der aber jedes weitere Rüstzeug fehlt, recht verbreitet. Und wenigstens im Namen des Schutzes dieser Jugend muß die Frage nach der Kunstpolitik der RKP in aller Offenheit gestellt werden. Andernfalls wird der Strom der ‚umwertenden Literatur` auch unser ‚Morgen` überfluten."

Eine Gruppe Moskauer proletarischer Schriftsteller unterstützte - wie andere - die Ausführungen des Literaturkritikers und RAPP-Funktionärs Cuzaks:

"Die Tatsache, daß auf dem Markt eine sehr große Menge von Büchern irgendwelcher ‚Mitläufer` auftauchen, welche unter dem Schein, die Geschichte der Revolution zu beschreiben, diese verunglimpfen (Pilnjak, Nikitin, Ehrenburg), sowie die Förderung dieser Schriftsteller durch unsere Staats- und Parteiorgane üben auf unsere Arbeiterjugend und auf die Jugendlichen ... einen verderblichen Einfluß aus."

Gegen diese linksradikalen Ansichten argumentierten Trotzkij, Bucharin und Lunatscharskij. Trotzkij schrieb in seinem 1923 veröffentlichten Buch "Literatur und Revolution":

"Es stimmt allerdings, daß die Flanke der Kunst schwächer verteidigt ist als die Front der Politik. Aber verhält es sich nicht ebenso mit der Wissenschaft? Was werden die Metaphysiker der reinen proletarischen Wissenschaft zur Relativitätstheorie sagen? Läßt sie sich mit dem Materialismus in Einklang bringen oder nicht? Ist diese Frage schon entschieden? Wo, wann und von wem? Daß die Arbeiten des Physiologen Pawloff völlig auf der Linie des Materialismus liegen, ist wohl auch dem Laien klar. Was soll man aber zur psychoanalytischen Theorie von Freud sagen? Ist sie mit dem Materialismus, wie z.B. Genosse Radek denkt (und ich mit ihm), vereinbar, oder steht sie ihm feindlich gegenüber? Dieselbe Frage erhebt sich bei den neuen Theorien über den Bau des Atoms usw. Aber ich befürchte sehr, daß diese Arbeit nicht Aufgabe der Zeitungs- oder Zeitschriftenartikel ist, sondern daß sie als wissenschaftlich-philosophischer Markstein etwa im Sinne der ‚Entstehung der Arten` und des ‚Kapital` nicht heute und nicht morgen geschaffen werden wird, oder besser gesagt: selbst wenn es schon heute geschaffen werden sollte, läuft dieses Standardwerk Gefahr, unaufgeschnitten liegen zu bleiben, bis die Tage kommen, da das Proletariat die Waffen aus der Hand legen kann."

Mit der Resolution "Über die Politik der Partei im Bereich der schönen Literatur" griff die Partei 1924 in die Auseinandersetzungen zwischen den literarischen Zirkeln ein. Sie wies den Anspruch der proletarisch-revolutionären Schriftsteller zurück, eine proletarische Klassenkultur unter Verzicht auf die Beteiligung der Bauern und der bürgerlichen Intelligenz schaffen zu wollen. Neben dem Hegemonieanspruch der Proletarischen Schriftsteller stieß auch deren Ablehnung des Kulturerbes der Vergangenheit bei den für die Kulturpolitik verantwortlichen Lenin, Trotzki, Lunatscharski und Bucharin auf entschiedenen Widerspruch.

In der Resolution des ZK der RKP (B) über "Die Politik der Partei auf dem Gebiet der schönen Literatur" im Juni 1925 nahm die Partei zum erstenmal in systematischer Form Stellung zu den literaturpolitischen Auseinandersetzungen:

"Gegenüber den proletarischen Schriftsteller muß die Partei folgenden Standpunkt einnehmen: Indem sie mit allen Mitteln ihr Wachstumn fördert und ihre Organisation allseitig unterstützt, muß sie dem Auftreten von kommunistischer Überheblichkeit in ihren Reihen als der allerverderblichsten Erscheinung kräftig entgegentreten. Gerade weil die Partei in ihnen die zukünftigen ideellen Führer der Sowjetliteratur sieht, muß sie energisch gegen jede leichtfertige und verächtliche Einstellung gegenüber dem alten Kulturerbe ebenso wie gegenüber den Spezialisten des dichterischen Wortes auftreten."

Die Resolution betonte

"... den freien Wettbewerb verschiedener Gruppen und Strömungen auf literarischem Gebiet ... Jede andere Lösung des Problems wäre formal bürokratisch. Ebensowenig ist es zulässig, durch Dekret oder Parteibeschluß irgendeiner Gruppe oder Literaturorganisation ein legalisiertes Monopol auf literarische Verlagstätigkeit zu verleihen. Indem die Partei die proletarische und proletarisch-bäuerliche Literatur materiell und moralisch unterstützt, den Mitläufern hilft usw., kann sie keiner einzigen Gruppe, selbst der ihrem Ideengehalt nach allerproletarischsten nicht, eine Monopolstellung einräumen: das würde in erster Linie die Zugrunderichtung der proletarischen Literatur selbst bedeuten."

Um ihr Konzept der Literaturpolitik - die Verschmelzung des Professionalismus der "Mitläufer" mit den politischen Qualitäten der proletarischen Literaten - zu realisieren, wurde u.a. die Zeitschrift "Krasnaja Nov" (Rotes Neuland) gegründet, in deren Redaktion auch Lenin formell aufgenommen wurde. Unter der Redaktion des kommunistischen Schriftstellers Voronski publizierte hier ein großer Teil der "Mitläufer" und die

Schriftsteller der Gruppe "Pereval" (Bergpaß), die die RAPP aus Protest gegen deren literaturpolitischen Vorstellungen verlassen hatte.

Diese für die literarische Entwicklung günstige Situation während der Periode der NEP änderte sich in der 2. Hälfte der zwanziger Jahre. An die Literatur wurden zunehmend Erziehungs-und Bildungsaufgaben herangetragen, der "soziale Auftrag" auf die literarische Darstellung aktueller politischer Probleme reduziert, insbesondere die Propagierung der vorrangigen Ziele Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft. Veröffentlichungen, die keinen Bezug zur tagespolitischen Aktualität zeigten, wurden - trotz ihrer literarischen Qualität - abgelehnt, ihre Verfasser darüberhinaus zunehmend diskriminiert.

Maßgebend verantwortlich für diese Veränderungen wurden in den Jahren 1925 - 27/28 die proletarischen Schriftstellerorganisationen, die sich mit ihren Vorstellungen gegen das von Lenin, Bucharin, Lunatscharski und Trotzki befürwortete Konzept durchsetzten. Was die RAPP vor 1924/25 immer wieder energisch gefordert hatte - die strenge Leitung und Kontrolle des literarischen Bereichs durch die Partei in ihrem Sinne - das setzte sie unter veränderten politischen Bedingungen auf administrativem Weg durch.

Die "Vereinigung proletarisch-revolutionärer Schriftsteller" unter ihrem Vorsitzenden Averbach gründete Ende 1926 - mit Billigung der Parteiführung - die FOSP ("Föderation der Vereinigungen sowjetischer Schriftsteller"), die im Gegensatz zu ihrer Vorläuferorgansiation FSP die literarischen Organisationen der "Mitläufer" einbeziehen und die "Zusammenarbeit" mit bäuerlichen und bürgerlichen Schriftstellern fördern sollte. Daß es dem Führungskern der FOSP indes nicht darum ging, in offener Diskussion und gegenseitiger Hilfe die Qualifizierung der Schriftsteller zu fördern, sondern die Hegemonie adminstrativ durchzusetzen, machte eines ihrer führenden Mitglieder, der Schriftsteller und Literaturkritiker Averbach, bereits Mitte 1925 deutlich:

"Da wir ideologisch fester und stärker sind, müssen wir sie uns im Kampf gegen einen Teil von ihnen unterordnen und umformen. Gerade hierin liegt eben die Bedeutung der ‚Föderation sowjetischer Schriftsteller'."

Im April 1927 kritisierte Voronski in einem Artikel die Vorgehensweise der RAPP, sich mithilfe administrativ-taktischer Maßnahmen die Stimmenmehrheit in der FOSP zu verschaffen. Er griff den Leiter der Presse-Abteilung des ZK, Gusev, an, diese Maßnahmen zu unterstützen und die Attacken der RAPP gegen andere literarische Gruppen als "harmlose Zwischenfälle" zu bagatellisieren.

"Es geht darum, Genosse Gusev, daß - offenbar mit ihrer Einwilligung - der Föderation mechanisch der bestimmende Einfluß der RAPP aufgedrängt wird, sowie darum, daß die Führer der RAPP danach streben, diesen Einfluß mit Hilfe naiver und grober Verfahren zu realisieren. ... Sie streben danach, in der Föderation die Mehrheit der Stimmen zu besitzen, Andersdenkende, wie z.B. ‚Kuznica` und ‚Pereval`, zu Bürgern zweiter Güte zu machen, ihre Vorschläge ohne Hemmungen und sogar mit dem Einsatz von Schrecken usw. durchzusetzen."

Die Vorwürfe Voronskis gegen Gusev zeigten, daß Teile der Parteiführung den Kurs der RAPP in dieser Zeit zumindest billigten und damit eine Änderung der Literaturpolitik im Sinne der RAPP unterstützen. Voronski weiter:

"War nicht bei Anhängern der RAPP offen von folgendem die Rede: Jetzt sozusagen für Voronski- und Pereval-Anhänger ein Grab und einen Deckel: wir werden sie zwingen unsere Entscheidungen durchzuführen, haben wir nicht in der kommunistischen Fraktion die Stimmenmehrheit? Das alles wurde gesprochen, Genosse Gusev, das wurde nicht nur gesprochen, sondern das tat man auch. Ist es der Fall, oder ist es nicht der Fall, daß man unter Vorschieben der Verlagsfrage (der Verlag der Föderation) mit einigen kooperativen Schriftstellerverlagen abrechnen wollte? Auch das gab es: Nämlich das ständige öffentliche Erklären, daß wir, die RAPP-Leute, die einzigen Vertreter der Partei an der literarischen Front seien, nämlich hochtrabende, selbstsichere, prätentiöse, dünkelhafte (und oft fehlerhafte) Artikel in der Zeitschrift ‚Na literaturnom postu`, oder sind auch das nur ‚belangslose Zwischenfälle`, die nichts mit Kommandoführen, mit Druckausübung zu tun haben?

Die Befürchtungen Voronskis bewahrheiteten sich. Ende 1927 mußte er die Redaktion der Zeitschrift "Rotes Neuland" abgeben und wurde 1928 nach dem Parteiverfahren gegen Trotzki wie dieser aus der Partei ausgeschlossen. Von den Anfang der zwanziger Jahre die Literaturpolitik bestimmenden Politikern wurde

Bucharin 1929 seiner Parteiämter enthoben und Lunatscharskijs Funktionen im Volkskommissariat für Bildungswesen erheblich eingeschränkt.

Anfang Januar 1928 forderte die FOSP - im Rahmen des anlaufenden Ersten Fünfjahresplans - alle Schriftsteller auf, den Aufbau durch geeignete literarische Werke zu unterstützen. Auch die Parteiführung selbst gab im März 1928 Anweisungen für die literarische Produktion. In den "Beschlüssen des XV. Parteitages und die zeitgenössische Literatur" fordert Lazjan von allen Schriftstellern "die aufmerksame Beschäftigung mit den Materialien des XV. Parteitags":

"Einerseits wird sie sein gesellschaftlich-politisches Niveau heben, andererseits wird sie ihm die Fakten und Ideen vermitteln, die er aus der politischen Sprache der Parteidirektiven in die künstlerische Bildsprache übertragen soll und kann."

Parallel zu dieser Funktionalisierung der Literatur auf tagespolitische Themen nahm der Druck auf die "Mitläufer" zu. In einem Prawda-Artikel vom September 1929 hieß es:

"Der Mitläufer des Proletariats ist in der Rekonstruktionsphase nicht derjenige, der sich darauf beschränkt, die Revolu- tion ‚anzunehmen', sondern jener Schriftsteller, der das Endziel der Revolution - den Sozialismus - zu sehen versteht und der mit seinem schöpferischen Werk am Aufbau des Sozialismus teilnimmt ... Denn derjenige, der hinter den Forderungen der Zeit zurückbleibt, lehnt sich objektiv gegen sie auf ..."

Die Publikationsmöglichkeiten der "Mitläufer" waren bereits vor 1929 dadurch eingeschränkt worden, daß die Redaktionen vieler Verlage und Zeitschriften von Vertretern der proletarisch-revolutionären Schriftsteller besetzt und die an literarische Veröffentlichungen angesetzten Maßstäbe durch eine Vorzensur durchgesetzt wurden. Die Kampagnen gegen die Schriftsteller Pilnjak und Zamjatin im Jahr 1929 bewirkten eine weitere Einschüchterung vieler Schriftsteller.

Pilnjak hatte - was in den zwanziger Jahren durchaus üblich war - seinen Roman "Mahagonny" in Berlin veröffentlicht. Der Roman wurde von der RAPP als "Hymne auf den Trockismus" verunglimpft. Pilnjak mußte als Präsident des "Mitläufer"-Verbandes, der VSP, zurücktreten. Anschließend "reorganisierte" die RAPP den Verband, indem sie die Führung des VSP auswechselte. Auch Zamjatin wurde Opfer des "verschärften Klassenkampfes". Anlaß war die ohne sein Wissen in Prag erschienene verstümmelte Neuausgabe des Romans "Wir", eines Roman, der bereits Anfang der zwanziger Jahre in der UdSSR erschienen war. Zamjatin, ebenfalls Mitglied der VSP, trat aus Protest gegen die Diffamierungen zurück.

Diese Kampagnen führten zur Entstehung der "inneren Zensur" und zur halbherzigen Beteiligung vieler Schriftsteller an der Herstellung von Literatur für den "Kulturfeldzug". Die Ablehnung der von der RAPP bzw. der Partei erhobenen Forderungen hatte Publikationsverbot zur Folge. So konnten beispielsweise Boris Pasternak und Anna Achmatova ihren Lebensunterhalt nur durch Übersetzungsarbeiten sichern.

Die Schriftsteller Pilnjak, Zamjatin und Bulgakov wandten sich in Briefen an die sowjetische Regierung bzw. an Stalin. Der Tenor aller Briefe war gleich, sie schildern eine Situation, in der die schriftstellerische Existenz aufs äußerste gefährdet ist. So schrieb Zamjatin an Stalin:

"Im Frühjahr dieses Jahres erzwang die Leningrader Sektion der Russischen Assoziation proletarischer Schriftsteller (RAPP) meine Entfernung aus der Direktion und die Beendigung meiner Arbeit. Die ‚Literaturnaja Gazeta` berichtete darüber triumphierend und fügte ganz eindeutig hinzu: ‚... der Verlag muß erhalten bleiben, aber nicht für die Zamjatins`."

Zamjatin bat Stalin, aus der UdSSR ausreisen zu dürfen:

"... die Hauptursache meiner Bitte, mir und meiner Frau die Reise ins Ausland zu gestatten, (ist) meine ausweglose Lage hierzulande ..., das Todesurteil, das über mich als Schriftsteller hier verhängt worden ist."

In seinem Brief an Stalin schilderte Bulgakov, daß ihm von vielen Bekannten nahegelegt wurde, die bisherige literarische Arbeit durch einen "Reuebrief" zu widerrufen und sich durch die Produktion eines "kommunistischen Schauspiels" zu rehabilitieren. Er hätte dies jedoch strikt abgelehnt. Über sein Schauspiel "Die Purpurinsel", das als "Schmähung der Revolution" abgeurteilt wurde, schrieb Bulgakov

"... ich bekenne, daß in ihm tatsächlich ein geheimnisvoller Schatten ersteht, und das ist der Schatten des Hauptkomitees für Kontrolle von öffentlichen Darbietungen und Programmgestaltung. So erzieht es Heloten ... und verwirrte ‚Hilfswillige`. So tötet es den schöpferischen Gedanken, so macht es die sowjetische Dramatik zuschanden, und es wird sie vollständig zuschanden machen."

Gemäß der 1929 von der Prawda erhobenen Forderung "Entweder Bundesgenosse oder Feind" setzte die RAPP die Attacken gegen andere literaterische Gruppen und Schriftsteller fort. 1929/30 begannen die Kampagnen gegen die Gruppe Pereval, gegen Literaturwissenschaftler und Literaturkritiker der Voronski-Schule und die Formalisten. Auch Bucharin wurde wegen seiner literaturpolitischen Ansichten heftig attackiert. Einige der Angegriffenen, z.B. der führende Formalist V. Sklovskij, ein Freund S. Eisensteins, distanzierten sich unter dem massiven Druck von ihren Arbeiten und übten "Selbstkritik".

Auch Maxim Gorki, der das Vorgehen der RAPP scharf kritisierte und sich für Zamjatin, Pilnjak und andere Verfolgte einsetzte, blieb von der Hetze nicht verschont. Die "Sibirische Sektion des Proletkul`t bezichtigte ihn als

"einen sich maskierenden Feind ... der die ganze sowjetische ‚Pilnjak-Clique` in all ihren Erscheinungsformen ... schützt".

Im Zuge des "verschärften Klassenkampfes" gegen nichtproletarische, bürgerliche Einflüsse in Literatur und Kunst wurden ab Januar 1930 alle literarischen Gruppen und Zirkel, die andere Positionen vertraten, unter Drohungen und massivem Druck gezwungen, in die RAPP einzutreten. Denjenigen Mitgliedern einer angegriffenen Gruppe, die sich schließlich bereit erklärten, der RAPP beizutreten, wurde zwar beim Eintritt "Selbständigkeit" zugesichert. Im unerträglichen Klima der Diffamierungen innerhalb der FOSP verloren sie allerdings schnell ihre Selbständigkeit. Wie die führenden Schriftsteller der Gruppen Kuznica und der Konstruktivisten wurde auch Majakowskij Opfer der rigiden Ausschaltungspolitik der RAPP. Nach seinem Eintritt in die RAPP wurde er isoliert, als "verkappter Mitläufer, Spießbürger, rechter Opportunist" diffamiert und aus der FOSP ausgeschlossen. Die Gruppe Pereval, die sich dem Druck der RAPP nicht beugte, brach schließlich auseinander. Die schwerwiegende Drohung des Voronskismus, sprich: des Trotzkismus, veranlaßte viele Mitglieder, aus der Gruppe auszutreten. Mit Pereval löste sich die letzte literarische Gruppe auf, die sich am schärfsten der Politik der RAPP widersetzt und die literaturpolitische Konzeption Trotzkis und Voronskijs vertreten hatte.

Zu Beginn der 30er Jahre war das literaturpolitische Konzept der RKP aus der ersten Hälfte der zwanziger Jahre ins Gegenteil verkehrt. Die RAPP hatte durch Ausschaltung bzw. Isolierung andersdenkender literarischer Gruppierungen, durch Schaffung einer Vorzensur in allen Verlagen und Diffamierungskampagnen, die Reduzierung literarischer Themen auf tagespolitische Forderungen ihre literaturpolitische Linie durchgesetzt. Die weitgehende Interessenindentiät zwischen Parteiführung und RAPP belegt ein Prawda-Artikel vom 19. April 1931:

"Wir verzeichnen zur Zeit ein gewaltiges Wachstum der Literatur und einen Hang der Schriftsteller zu organisierten Formen des literarischen Schaffens der proletarischen Literatur, die die Parteilinie in bezug auf die schöne Literatur durchsetzt, ist die RAPP."

Gleichzeitig machte die Parteiführung unmißverständlich deutlich, daß sie "Überspitzungen" der RAPP im ideologischen Kampf an der literarischen Front - wie z. B. die erwähnten Attacken gegen Gorkij - nicht duldete. Sie gab die Direktriven an die RAPP und setzte ihr bis zum XVII. Parteitag 1934 die Frist, folgende Aufgaben zu erfüllen:

"Bereits dem folgenden XVII. Parteitag muß die proletarische Literatur Bericht erstatten über ihre Kolonnen, über Kolonnen von Schriftstellern und Werken, die sich in Wort und Schrift unmittelbar an der Hauptschlacht um den Sozialismus beteiligen, die in den Schützengräben des ruhmreichen Aufbaus sitzen, die den Feind mit Trommelfeuer überziehen, die ihre Zustimmung zum Ausdruck bringen, die anfeuern, die heroisches Pathos entfachen, die in der Situation der Einkreisung Millionen von Werktätigen orientieren. Diese Aufgabe muß gelöst werden."

Die RAPP sah sich indes nicht in der Lage, diesen Forderungen zu entsprechen. Ständig wechselnde tagespolitische Losungen und Forderungen an Schriftsteller, innerhalb kürzester Zeit Beschreibungen, Prosa

und Lyrik über den Aufbau von Kolchosen, Fabriken und Staudämmen zu schreiben, hatten zu einem erheblichen Niveauverlust literarischer Werke geführt.

1931 meldeten sich aus den Reihen der RAPP erste Proteste gegen Theorie und Praxis der Führung der RAPP - so von Gladkow und Fadeev. Maxim Gorkij, der das literaturpolitische Konzept der RAPP-Führung seit Jahren strikt abgelehnt hatte - er bezeichnete es als "militärischen Kommunismus in den Künsten" - unterstützte die Opposition, die Ende 1931 die RAPP zu spalten drohte.

Wollte die Parteiführung nicht einen weiteren Niveauverlust der Literatur hinnehmen, so mußte sie handeln. Schließlich war sie mitverantwortlich für die herbeigeführten Situation, weil sie die Politik der RAPP weitgehend unterstützt hatte. Da die RAPP sich in den vergangenen Jahren ständig im Namen der Partei geäußert hatte, wäre eine Kompromittierung der Partei unvermeidlich gewesen. Die Parteiführung reagierte im April 1932 mit der Verordnung über die völlige Auflösung aller proletarischen Literatur- und Kunstorganisationen von der RAPP. Ein Erlaß, der auch die Auflösung aller anderen literarischen Gruppen bedeutete - sofern überhaupt noch eine von ihnen existierte.

Die Auflösung der RAPP und der FOSP und die darauffolgende kurze Phase der Liberalisierung nahmen die meisten Schriftsteller mit Erleichterung auf. Mit dem gleichzeitigen Beschluß zur Gründung eines einzigen sowjetischen Schriftstellerverbandes war allerdings von der Parteiführung auch der organisatorische Rahmen geschaffen, der in den folgenden Jahrzehnten zu dem Kontrollapparat über alle Schriftsteller werden sollte, zum Betätigungsfeld jener Literaturfunktionäre, die - abgesichert durch erhebliche Privilegien wie Pensionsanspruch, bevorzugte Zuteilung von Wohnraum usw. - darüber entschieden, ob ein Werk zum "Sozialistischen Realismus" zu rechnen sei oder nicht. Grundlage für die Beurteilung eines Werkes war die ausschließlich politisch bestimmte Theorie des "Sozialistischen Realismus", die vom Künstler "eine wahrhafte, historisch konkrete Darstellung der Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung" forderte. In einem Streitgespräch zwischen sowjetischen Literaturwissenschaftlern 1988 illustrierte der Redakteur Stepanjan, was in den vierziger und fünfziger Jahren aus dieser Forderung wurde:

"Ein gewisser Madjarov, Held von Grossmanns Roman "Leben und Schicksal", sagt: "Sozialistischer Realismus, das ist der Spiegel, der auf die Frage der Partei und der Regierung: ‚Wer ist die Schönste im ganzen Land?' antwortet: ‚Ihr, Ihr, Partei, Regierung, Staat, seid die Schönste im ganzen Land!"

Die Darstellung der Realität gemäß der jeweiligen Interpretation der Partei führte dazu, daß - je nach Situation - aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossene Autoren wieder rehabilitiert wurden und bereits veröffentlichte Werke oftmals umgeschrieben werden mußten. Als ein Beispiel unter vielen sei Fadeevs Roman "Die junge Garde" genannt. Da die Partei nachträglich ihre Führungsrolle im Partisanenkampf stärker betont wissen wollte, mußte Fadeev die entsprechenden Passagen seines Romans ändern.

Doch zurück ins Jahr 1932. Die Auflösung der RAPP wurde von allen Literaten mit Erleichterung aufgenommen. Eine optimistische Stimmung prägte auch den ersten sowjetischen Schriftstellerkongreß 1934. Während für die meisten ausländischen Schristeller angesichts der Bedrohung durch den Faschismus die Frage des Internationalismus im Vordergrund stand, ging es den sowjetischen Referenten darum, nach der Zeit der "RAPP-Diktatur", der Reduzierung der Literatur auf ein Propagandainstrument ein neues Selbstverständnis herzustellen und den Standort der sowjetischen Literatur zu diskutieren. Für die Parteilichkeit der Literatur sprachen sich alle Redner aus, strikt abgelehnt wurde nach den Erfahrungen mit der RAPP die Reglementierung und Verbürokratisierung der Literatur. Die Diskussion um das Konzept des "Sozialistischen Realismus" bildete einen der Hauptpunkte des Kongresses.

Einer der interessantesten Referate - neben den Diskussionsbeiträgen von Radek und Gorki - kam zweifellos von Bucharin. Im Gegensatz zum wenig später propagierten Sowjetpatriotismus und der damit verbundenen Einengung der literarischen Perspektive auf die russische Geschichte plädierte er für die Beschäftigung mit ausländischer Literatur. Er setzte sich für Boris Pasternak ein, kritisierte das geringe Niveau der russischen Literatur und erteilte der Propaganda-Poesie eine Abfuhr:

"Der Mangel rührt daher, daß das ganze Niveau unserer dichterischen Kultur im Verhältnis zu ihren Aufgaben sowohl in ‚inhaltlicher' als auch in ‚formaler' Hinsicht erschreckend niedrig ist. Wer unserer Dichter empfindet unsere Epoche derart, daß vor seinem geistigen Auge das gesamte Weltgemälde stünde? Wer unter unseren Dichtern empfindet konsequent unseren historischen Ort im Strom der gegenwärtigen Geschichte? Solche

Dichter gibt es noch nicht. Wir sind noch nicht so weit. Wir erfassen nur Teile und Teilchen, in denen das Ganze nur als Deklaration anwesend sind."

Seine Überlegungen über den "Sozialistischen Realismus" hatten nichts gemeinsam mit der späteren Doktrin gleichen Namens:

"Als Material des dichterischen Schaffens kann und muß die ganze Vielfalt des Lebens dienen. Die Einheit besteht nicht darin, daß alle periodisch ein und dasselbe Lied singen - mal von der Zuckerrübe, mal vom ‚lebendigen Menschen', mal vom Klassenkampf im Dorf, mal vom Parteibuch. Die Einheit besteht nicht darin, daß nur ideale Typen und nur ‚Bösewichter' gezeigt werden, nicht darin, daß - auf dem Papier - alle Widersprüche und Nöte beseitigt werden. Die Einheit besteht in dem einen Aspekt, dem Aspekt des Aufbaus des Sozialismus. Der ganze Reichtum des Lebens, alle Tragödien und Konflikte, Schwankungen, Rückschläge, Niederlagen, Richtungskämpfe - all das soll als Material in das dichterische Schaffen eingehen.

Je besser wir verstehen, die Vielfalt dieses Lebens zu zeigen, je besser wir die historischen Hauptschlagadern erfassen - was durch den bezogenen Standpunkt und nicht durch Reduktion des Inhaltes erreicht wird - um so höher werden unsere Literatur und unsere Poesie stehen."

Die Hoffnungen, die der Kongreß geweckt hatte - die meisten Schriftsteller sahen in ihm den Auftakt zu einer neuen Diskussion um Fragen der Literatur und der Literaturpolitik - wurden bereits ein Jahr später zerschlagen. Mit den Kampagnen gegen "Formalismus" bzw. "Meyerholdismus" Ende 1935/Anfang 1936 begann die vollständige Reglementierung der Kunst, die schließlich in den folgenden Jahrzehnten in jenem Konformismus endete, über den der Schriftsteller Twardowskij in den 50er Jahren so urteilte:

"Die Belletristik nahm sich gern der einfältigen und, um es gemäßigt auszudrücken, rosig gefärbten Darstellung des Lebens im Kolchos an; man zimmerte einen unkomplizierten und erprobten thematischen Rahmen, in welchen man die Wirklichkeit preßte, befreit von ihren Widersprüchen, ihren Verwicklungen, ihren echten und keineswegs erkünstelten Problemen."

13e Der Angriff gegen die Formalisten richtete sich zunächst gegen die künstlerische Avantgarde, insbesondere gegen das experimentelle Theater von Meyerhold, Tairow, Vachtangov u.a. Auftakt war ein Artikel in der Prawda gegen die Aufführung der Oper "Lady Macbeth" von Dmitri Schostakowitch. Unter der Überschrift "Chaos statt Musik" denunzierte dieser Artikel

"die pseudoradikale Kunst ... die das Schlichte und Realistische, die Faßlichkeit der Gestalten, das natürliche Wort auf der Bühne generell negiert."

Es handele sich laut Prawda

"um die Übertragung der negativsten Merkmale des Meyerholdismus auf die Oper, auf die Musik."

Meyerhold setzte sich zur Wehr, verteidigte im März 36 öffentlich die von ihm bewunderte Arbeit des Komponisten Schostakowitch und gab zu verstehen, daß er an seiner Auffassung künstlerischer Arbeit, an der Notwendigkeit des Experimentierens, festhalten wolle. Die Reaktionen in Zeitungskommentaren waren unmißverständlich in ihrem drohenden Ton. Sie verurteilten den Meyerholdismus als

"kleinbürgerliche formalistische Spielerei ... Es stellte sich heraus - und das machte auf das Publikum einen niederschmetternden Eindruck -, daß dieser bedeutende Regisseur die Arbeit an großen revolutionären Stücken ablehnt und in den Eierschalen einer Schmiere steckenbleibt, die reine Experimentierarbeiten abliefert."

Was mit den Kampagnen gegen Schostakowitch, Meyerhold und Tairow begonnen hatte, weitete sich 1936 aus zu einer allgemeinen hysterischen Suche nach "formalistischen Verrenkungen". In seinen Memoiren "Menschen, Jahre, Leben" erinnert sich Ilja Ehrenburg:

"Auf den Versammlungen der Theaterleute zog man über Tairow und besonders über Meyerhold her. ... Die Literaturkritiker verbrieten anfangs bloß Pasternak, Sabolotzkij, Assejew, Kirssanow und Olescha; aber der Appetit kommt bekanntlich beim Essen - bald entdeckte man ‚formalistische Verrenkungen` bei Katajew, Fedin, Leonow, Wssewolod Iwanow, Lidin und Ehrenburg. Schließlich kam die Reihe an Tichonow, Babel und Kukryniksy."

Statt "formalistischer Verrenkungen" wurde "Volksverbundenheit" in den Kunst propagiert. Der Vorwurf, nicht "einfach und volksnah" zu schreiben, konnte also jeden Künstler treffen, der sich durch Originalität auszeichnete. Die Verurteilung als "Volksfeind" ließ oft nicht lange auf sich warten. Da die vage Formel "Volkstümlichkeit" gleichzeitig - ausgehend von der Behauptung, daß der Sozialismus erreicht und damit die Klassengegensätze überwunden wären - die Bedeutung von "sozialistisch" erhielt, war sie auch ein Mittel, Literaturtheoretiker und -kritiker zu denunzieren, die Literatur unter Klassengesichtspunkten interpretierten.

Auch die Propagierung des Sowjetpatriotismus diente - im Gegensatz zum Internationalismus der Revolutionszeit - der weiteren Reglementierung der Künstler. Zwar entstanden in den folgenden Jahren - neben einseitigen schematischen Verherrlichungen von Ereignissen aus der russischen Geschichte - eine Reihe von z. T. hervorragenden historischen Romanen über die russische Vergangenheit, so von Tynjanov, Fors, Alexej Tolstoi u.a. Die Konzentrierung auf die russische Geschichte hatte aber vor allem die politische Funktion, vom stalinistischen Alltag abzulenken und die sowjetische Literatur für die folgenden Jahrzehnte von der Entwicklung der internationalen Literatur abzuschneiden.

Sogar Aufführungen von Klassikern der russischen Literatur, wie z.B. Puschkins "Boris Godunov", wurden ab 1936 verboten, wenn in ihnen Passagen vorkamen, die nicht "patriotisch" waren. In seinem "Reuebrief" an Stalin bekannte der Regisseur Arkadjew, daß er einige zweifelhafte Punkte in Pushkins Schauspiel nicht beachtet hätte, so die Darstellung eines "ärmlichen Rußland" gegenüber einem "edlen Polen" und die Figur des Dimitrij:

"Pushkin stellt Dimitrij nicht als den dar, der er wirklich war: ein Agent der ausländischen Interventen".

1937 begann - als Teil der großen Säuberungen - auch die Verfolgung der Literaten. Die Skala der Repressionen reichte von der öffentlichen Denunzierung als "Volksfeind", "Agent des Imperialismus" und "Trotzkist", dem Berufsverbot, der Entlassung z.B. aus Verlagen, Wohnungsverlust bis zu Verbannung und Lagerhaft. Viele fanden den Tod im Lager oder wurden wie Pilnjak und Meyerhold erschossen. Ihr Leben verloren u.a. I. Babel, O. Mandelstam, N. Kljuev, P. Oresin, P. Vasiljev, I. Kataev, B. Guber, A. Veselyj, S. Tretjakov, N. Zarudin, V. Kirson, V. Kirilov, M. Kolcov, A. Leznev, G. Nikiforov, M. Loskutov, A. Gastev, V. Narbut, Voronskij und der ehemalige Literaturkritiker der RAPP, Averbach. Andere, wie Anna Achmatova und Bulgakov, die die Verfolgung überlebten, oder nach Jahren aus der Lagerhaft zurückkehrten, wie z.B. Zabolockij, Olesa, Erdman, Paustovskij und Galina Serebrjakova, wurden wie die Opfer der Säuberungen aus der sowjetischen Literatur gestrichen und erst Jahrzehnte später rehabilitiert.

Auf welche Widerstände die Rehabilitierung z.T. auch heute noch stößt, zeigt der Brief des ehemaligen Sekretärs der Woronescher Schriftstellerorganisation, Michail Bulawin, an die Zeitschrift Podjom ("Aufbruch) Anfang 1989. Bulawin hatte den 1934 nach Woronesch verbannten Ossip Mandelstam als "Trotzkist", "besudelnder Geist", "Mitglied einer Bande" beschimpft. Er ist noch heute der Meinung, daß

"Mandelstam als Poet weder vor der Heimat noch vor dem Volk Verdienste aufweist ... Ich bin gegen die Verklärung Mandelstams als Dichter, ich bin gegen die Einrichtung eines Mandelstam-Museums in Woronesch und werde aufs energischste dagegen protestieren, eine Straße in Woronesch nach ihm zu benennen."

Nichts war Mandelstam so verhaßt wie die "genehmigte" Literatur des beginnenden Stalinismus und Menschen vom Schlag Bulawins. Auf eine Zeitungsumfrage zum Thema "Der Sowjetschriftsteller und die Oktoberrevolution" hatte er im Jahr 1928 geschrieben:

"Die Oktoberrevolution mußte meine Arbeit beeinflussen, da sie mir die "Biographie" wegnahm, das Gefühl einer persönlichen Bedeutsamkeit. Ich bin ihr dankbar dafür, daß sie ein für allemal Schluß gemacht hat mit dem geistigen Versorgtsein und einem Leben auf Kulturrente ... Ich fühle mich als Schuldner der Revolution, bringe ihr jedoch Gaben dar, die sie vorläufig noch nicht benötigt.

Die Frage, wie der Schriftsteller zu sein habe, ist für mich vollkommen unverständlich: sie zu beantworten käme dem Willen gleich, sich den Schriftsteller zu erfinden, und dies wiederum hieße, für ihn seine Werke zu schreiben."

Als Mandelstam 1938 in einem Lager in der Nähe von Wladiwostok starb, war die von ihm so verachtete Kulturrente bereits wieder eingeführt.

ge., Hamburg

Literatur:

Leo Trotzkij, Literatur und Revolution, Berlin 68 (Gerhardt-Verlag)

Marc Slonim, Die Sowjetliteratur. Eine Einführung, Stuttgart 1972 (Kröner Verlag)

Gleb Struve, Geschichte der Sowjet-Literatur, München 1958 (Isar-Verlag)

Ilja Ehrenburg, Menschen, Jahre, Leben, München 1962 (Kindler Verlag)

Wolfgang Kasack, Lexikon der russischen Literatur ab 1917, Stuttgart 1976 (Kröner Verlag)

Karl Eimermacher (Hrsg.): Dokumente zur sowjetischen Literaturpolitik 1917 - 1932. Mit einer Analyse von Karl Eimermacher, Stuttgart 1972 (Kohlhammer)

Hans Christoph Buch (Hrsg.): Parteilichkeit der Literatur oder Parteiliteratur? Materialien zu einer undogmatischen marxistischen Ästhetik, Reinbek bei Hamburg 1972 (rowohlt, das neue buch)

Schmidt/Schramm (Hrsg.): Sozialistische Realismuskonzeptionen. Dokumente zum 1. Allunionskongreß der Sowjetschriftsteller, Frankfurt a.M. 1974 (edition suhrkamp)

47. Von Kreuzrittern, Welteroberern und durchgeknallten Intellektuellen - Umberto Ecos zweiter Roman: "Das Foucaultsche Pendel"

Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:03

An Umberto Ecos erstem Roman Der Name der Rose dürften auch viele AK-LeserInnen ihre Freude gehabt haben. Für Das Foucaultsche Pendel, im Herbst auch auf deutsch erschienen, erntete Eco höchstes Lob ebenso wie Totalverrisse. Ob der Roman nun ein "Meisterwerk" ist oder ein "Computerspiel" (Salman Rushdie), sollen die Literaturkritiker unter sich ausmachen. Hier soll es vor allem um die Frage gehen, was Umberto Eco, der große linke Intellektuelle, politisch anzubieten hat.

"Den erschrockenen Leuten von der Kanzel herab ein einziges, undifferenziertes Ketzertum vor Augen zu führen, das womöglich im gleichen Zuge die Absage an die geschlechtliche Lust als auch die fleischliche Kommunikation der Leiber propagiert, ist heutzutage gute Predigerkunst. Denn sie präsentiert die Vielfalt der Häresien (Ketzereien; Anm. AK) als ein einziges großes Knäuel teuflischer Widersprüche, das den gesunden Menschenverstand beleidigt." Solche Passagen waren es, die des Linken Herz beim Lesen von Umberto Ecos erstem Roman Der Name der Rose erfreuten. Da wurde der mittelalterliche Mönchsroman plötzlich brandaktuell und hochpolitisch. Die "gute Predigerkunst", etwa bei der Verurteilung des "Terrorismus" stets auch dessen harmlos tuende "geistige Urheber", "Wegbereiter" und "Sympathisanten" zu geißeln, steht auch heute noch hoch im Kurs. Daß selbst ein als rhetorisch nicht besonders gewandt geltender Mensch wie Helmut Kohl diese "Kunst" beherrscht, beweist das an Alfred Herrhausens Sarg gesprochene Kanzlerwort, die "Verächtlichmachung" der führenden Repräsentanten von Staat und Wirtschaft würde diese erst zum Abschuß freigeben: dem Rufmord folge der Terroranschlag.

Umberto Eco läßt in seinem Roman keinen Zweifel daran, daß er auf unserer Seite der Barrikade steht. Zwar distanziert er sich - mittels seines Helden William von Baskerville - von den Gewalttaten des mittelalterlichen "Terroristen" Fra Dolcino, der zur Abschlachtung aller Priester aufruft. Er besteht aber auf dem gerechten Inhalt von Dolcinos Revolte, die durch die elende Lage des Volkes verursacht werden: "Jede häretische Lehre ist stets nur das Banner, die Kampfparole einer Revolte gegen realen Ausschluß aus der Gesellschaft; Anm. AK). (...) Das einfache Volk hat andere Probleme (als die Theologen; Anm. AK) Und merke", spricht William zu seinem Schüler Adson, "es löst sie immer falsch. Darum bringt es die Ketzer hervor." In die Entstehungszeit des Romans übertragen - die "bleiernen Jahre" der Anschläge und der auch in Italien grassierenden Terrorismushysterie - ist das in etwa die Linie von Ecos Schriftstellerkollegen Leonardo Sciascia: "Né con lo Tato né con le BR - Weder mit dem Staat noch mit den Roten Brigaden." Eine Position, die revolutionäre Linke nicht ganz zufriedenstellen kann, in den Jahren 1978 (Moro-Entführung) und folgende aber immerhin sehr mutig war und meilenweit links von der Linie der PCI, die sich für den "starken Staat" ins Zeug legte.

Eco 90: Drei Männer erfinden ein Geheimnis

Der Klassenkampf, die Revolte, die im Namen der Rose den Hintergrund bildet, spielt in Ecos zweitem Roman nur noch eine untergeordnete Rolle. In Das Foucaultsche Pendel erzählt er die Geschichte dreier nicht mehr ganz junger Männer und ihrer "Obsessionen" (Typischer Eco-Begriff: ossessione = quälender Gedanke, Wahn, Besessenheit, Zwangsvorstellung).

Um eine schwatzschweifige Nacherzählung des nicht gerade übersichtlichen Geschehens zu vermeiden, sei auf den gewollt geheimnisvollen Klappentext des Verlages zurückgegriffen: Der Roman "spielt in den Jahren von etwa 1970 bis 1984 in einem Mailänder Verlag und in einem Pariser Museum, wo das Foucaultsche Pendel pendelt, mit einem unerheblichen Intermezzo von einigen Jahren in Brasilien. Er spielt in den Jahren 1943 bis 1945 in einem Städtchen in den piemontesischen Hügeln. Er spielt vom zweiten Jahrhundert nach Christus bis heute in den gewundenen Gängen des esoterischen und hermeneutischen Wissens. Er spielt von 1344 bis zum Jahre 2000 auf den verschlungenen Pfaden des Welteroberungsplans der Tempelritter und Rosenkreuzer. (...) Zusammengefaßt: Drei Mailänder Verlagslektoren (mit Namen Belbo, Casaubon und Diotallevi; Anm. AK) beschließen, nachdem sie zuviel Umgang mit Autoren "auf eigene Kosten" hatten, die sich an okkulten Wissenschaften, Geheimbünden und kosmischen Komplotten delektieren, aus reiner Spiel- und

Spottlust (ohne jedes Verantwortungsgefühl) einen Großen Verschwörungsplan zu entwerfen. Doch niemand nimmt sie ernst". So ernst, daß es Tote gibt.

Eine noch kürzere Zusammenfassung gibt Umberto Eco selbst: "In meinem Buch gibt es drei Verlags-Redakteure, die sich leidenschaftlich mit Okkultismus und geheimen Sekten befassen. Aus einem intellektuellen Spiel heraus erfinden sie eine neue hermetische Gesellschaft und stellen dabei fest, daß man keine Verschwörung erfinden darf, weil die Menschen sie ernst nehmen. Das ist die Geschichte." (Der Spiegel, 3.10.88) Seine Romangeschöpfe geraten durch ihr Spiel in Lebensgefahr; Eco, Urheber dieser "Krankengeschichte eines geistigen Krebses" (ebd.), begibt sich - sehenden Auges oder verführt durch seine nicht mehr zu bändigenden Romanfiguren? - in eine ganz andere Gefahr. Der holländische Schriftsteller Cees Nooteboom, der mit Umberto Eco ein ausführliches Gespräch über das "Foucaultsche Pendel" geführt hat (nachzulesen in der "taz" vom 2.12.89), fragt Eco auch nach einer "ziemlich makabren Stelle" (C.N.) "als die drei in ihrem wachsenden Wahn eine Theorie erfinden, wonach der Holocaust durch das Vertauschen eines Buchstaben verursacht wird, Israel statt Ismael." Antwort: "Da sind sie auf dem Gipfel ihres Wahns angekommen." Nooteboom hakt nach: "Sie selber (die drei Lektoren; Anm. AK) merken, daß sie sich auf gefährlichem Gebiet befinden. Hatten Sie auch dieses Gefühl?" Eco weicht aus auf das "Gleichgewicht der Komposition", aber Nooteboom, durchaus ein Bewunderer des Meisters, läßt nicht locker: "Ich meine es nicht als Frage zur Form. Es ist schließlich explosives Material." Eco: Genau, und in diesem Moment mußte Belbo (einer der drei Lektoren; Anm. AK) sterben. Tot, weg, fort, Buch zu Ende." Eco, der Wissenschaftler hat ein intellektuell reines Gewissen: 1.500 Bücher hat er verarbeitet, das Material ist authentisch, die Zitate sind nachprüfbar. "Wenn man findet, daß meine Personen unbegreifliche Dinge sagen - es hat immer irgend jemanden gegeben, der sie tatsächlich gesagt hat."

In einem Buch, das von der - wenn auch nur ausgedachten - Großen Verschwörung, dem Welteroberungsplan handelt, dürfen die Nazis selbstverständlich nicht fehlen. Und so werden Seite um Seite alle zwischen 1344 und 1984 halbwegs bedeutenden Schurken und Dunkelmänner aneinandergereiht, bis auch der kriminalistisch geschulte Leser nicht mehr durchblickt: wer hat Jacopo Belbo ermordet?

Die Nazis jedenfalls nicht. Am meisten Ähnlichkeit mit der "spirituellen Bruderschaft", von der Belbo am Foucaultschen Pendel aufgeknüpft wird, dürfte noch die 1981 in Italien enttarnte Geheimloge "Propaganda Due" (P 2) haben, auf deren 962 Namen umfassenden Mitgliederliste neben christdemokratischen und sozialistischen Politikern auch Bankdirektoren, hohe Militärs und Geheimdienstler standen. Die Spur der P2 "zeiht sich seit Mitte der sechziger Jahre durch nahezu alle Skandal, Putschversuche, Bombenattentate und eine Vielzahl von ungeklärten Verbrechen" (Friederike Hausmann: Kleine Geschichte Italiens seit 1943).

Es lebe die Vernunft!

Eco legt sich in der Täterfrage auf keine real existierende und eindeutig identifizierbare kriminelle Vereinigung fest. Klar wird immerhin, daß nicht religiöser Wahn, sondern Machtinteresse das Tatmotiv ist. "Wenn man vorgibt, ein Geheimnis zu haben, dann besitzt man die Macht." (Eco) Daß das Große Geheimnis ein "leeres Geheimnis" ist, können Belbos Mörder nicht wissen.

Was aber, wenn er uns schon die Täter nicht liefert, hat Eco ersatzweise zu bieten? Einen großen Kampf gegen den Irrationalismus, gegen Weltverschwörungstheorien und Heilslehren. Überzeugend und gleichzeitig höchst unterhaltsam ist Eco, wenn er "die wuchernden zeitgenössischen Esoterismen, die nach der Enttäuschung von den Verheißungen des Marxismus die neuen Drogen sind" (Frankfurter Rundschau, 30.12.89), parodiert und mit Boshaftigkeiten überschüttet. Gerade in Mailand und Paris, zwei Metropolen geistigen Fortschritts, wo große Teile von Ecos Geschichte spielen, scheinen sie wie Pilze aus dem Boden geschossen zu sein: die esoterischen Buchhandlungen und Fachgeschäfte für Magie und mystische Kultgegenstände. "In jenen Läden, die früher einmal die Kulturrevolution verkauft haben", hat das "New Age" seinen Einzug gehalten und allerhand verstaubten Plunder mitgebracht: "Isis- und Osirisbüsten, Weihrauch in Dosen und in Form von Tabletten, Tarotkarten."

Für die Superrevolutionäre von einst, die heute in diesem einträglichen Geschäft mit der Dummheit mitmischen, hat Eco nur Verachtung. Seine Kritik an den linken Aufstandsversuchen ab 1968 ist differenzierter. Ecos Ich-Erzähler Casaubon, der jüngste der drei Lektoren und ehemals Militanter der Studentenbewegung, begegnet zehn Jahre danach dieser "Simulation einer Revolution" vor allem mit Sarkasmus. Gleichzeitig aber

plagt ihn das schlechte Gewissen des "Renegaten". In Paris durch eine militante Studentendemo aufgehalten, rettet sich Casaubon (auch Eco?) in Selbstironie: "Was für eine Schande: da war ich nun unter den bejahrten Bourgeois, die abwarteten, daß die Revolution sich legte!"

Das Foucaultsche Pendel ist ein Buch der Abgrenzungen. Eco distanziert sich: vorbehaltlos von den Okkultisten und Sektierern, den Esoterikern und Spinnern; von den haltlosen Intellektuellen und der revolutionären Linken jedoch nicht ohne Mitgefühl. Eigentliche Heldin, obwohl nur eine Nebenrolle, ist Casaubons Freundin Lia, "die einzige positive Figur des Romans, die mit natürlicher Weisheit spricht" (Eco). Sie allein ist in der Lage, das geheimnisvolle Dokument, das die drei Besessenen für eine Botschaft der Tempelritter halten und auf das sie ihren Verschwörungsplan aufbauen, als das zu deuten, was es ist: die Lieferliste eines Tuch- und Blumenhändlers. "Lia steht für die Klarheit des Bewußtseins", interpretiert Cees Nooteboom, und Eco ist einverstanden: "Lia sagt, was ich gesagt hätte."

Ist dieser Eco am Ende gar Feminist? "Der Spiegel" bringt ihn mit den französischen Enzyklopädisten (Diderot, d'Alembert u.a.), Wortführern der Aufklärung und Wegbereitern der französischen Revolution, in Verbindung: "Es wird Ihnen sicher nicht unlieb sein, wenn man Sie als einen der letzten Enzyklopädisten bezeichnet?" Eco bedankt sich für die Schmeichelei und erläutert: ",Der Name der Rose' war eine Enzyklopädie des besseren Mittelalters, ‚Das Pendel des Foucault' ist eine Enzyklopädie des schlimmsten 20. Jahrhunderts." Enzyklopädisches Wissen schützt vor Torheit nicht: zum "schlimmsten 20. Jahrhundert" fällt Umberto Eco erbärmlich wenig ein.

Epilog aus aktuellem Anlaß

Die am 21. Januar erschienene Ausgabe der italienischen Wochenzeitung Panorama, die sich weder mit Eco noch mit den Templern und Rosenkreuzern beschäftigt, läßt Ecos Geschichte unerwartet zeitgemäß und brisant erscheinen. Das Schwerpunktthema der Zeitschrift ist der "Fall Mondadori/Berlusconis totaler Krieg". Der Sachverhalt in aller Kürze: "Mediengigant" Silvio Berlusconi, Eigner diverser privater Fernsehsender mit ca. 40% Zuschaueranteil, will den renommierten Mondadori-Verlag kaufen, zu dem u.a. die Tageszeitungen La Repubblica und die Wochenblätter L'Espresso, Epoca - und Panorama gehören. Damit würde er "18,5% der Tageszeitungen und 31,7% der Zeitschriften kontrollieren, insgesamt 34,3% der Presse" (Der Spiegel, 50/89). Berlusconi war - "ohne sein Zutun", wie er heute beteuert - einer der prominentesten Namen auf der Mitgliederliste der P2. Ist das Gelingen seines Coups Beleg für die "Rückkehr der Geheimbündler" (Der Spiegel, 4/90)? Die von Berlusconis Machtübernahme bedrohten "Panorama"-Redakteure scheinen das zu befürchten. Sie baten den Meister selbst, Ex-P2-Chef Lucio Gelli, der "haftunfähig" einen sorglosen Lebensabend verbringt, zum Interview. Gelli äußert sich hochzufrieden über den "jungen und starken" Berlusconi, der das vielfach angekündigte neue Kartellgesetz nicht zu fürchten brauche. Gelli: "Wenn Berlusconi handelt, wie er handelt, bedeutet das, daß er sich autorisiert fühlt." Gleichzeitig dementiert Gelli jegliche Aktivität der P2.

Vielleicht sagt er damit sogar die Wahrheit. Eine Hypothese, der mit der P2 befaßten parlamentarischen Untersuchungskommission lautete nämlich: Gellis Geheimloge "war nur die oberste Ebene einer ersten Pyramide, darüber erst befindet sich die eigentliche Spitze, eine Art zweite Pyramide. Aber wer dort stand oder steht, das zu beantworten überließ auch der Kommissionsbericht den Dietrologen." Das in den achtziger Jahren neu entstandene Wort, abgeleitet von dietro = hinter, bezeichnet Leute, die "hinter allem geheime Mächte, Geheimdienste, Mafia, Camorra, die Jesuitenloge, Opus Dei oder einfach eine Geheimloge wie die P2" (Hausmann) zu entdecken versuchen.

Wenn es auch die Große (Welt-)Verschwörung nicht gibt - die aufgelisteten "geheimen Mächte" sind leider real.

Js.

48. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:31

Besichtigung der Hinterhöfe

Schweizer Geschäfte in Afrika, Asien und Lateinamerika

Was treiben eigentlich die Schweizer Multis in der Dritten Welt? Wie geht es zu und her in den dortigen "Hinterhöfen" der schweizerischen (aber nicht nur der) Wirtschaft? Im Auftrage der WochenZeitung (Zürich) suchten JournalistInnen und FotografInnen die Filialen und Produktionsstätten von Schweizer Firmen in verschiedenen Ländern Asiens, Afrikas und Süd- und Mittelamerikas auf. Es entstanden zehn Reportagen, zehnmal Made in Swiss, zehnmal authentische Informationen wo Schweizer Maschinen laufen, Schweizer Manager verfügen und wo das, was in der Schweiz erdacht und entwickelt wurde, versprüht, gegessen, verschossen und verflucht wird.

Ein Buch für alle, die sich sowohl mit den unterschiedlichen Formen der internationalen Arbeitsteilung, ihrer verheerenden Wirkung auf die Menschen in der Dritten Welt und einem Land auseinandersetzen wollen, das hierzulande immer noch als Inbegriff von Harmlosigkeit und Friedfertigkeit gilt.

Erhältlich in allen guten Buchläden.

Zwei Jahre Intifada

Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven des palästinensischen Aufstands

"Die Intifada, der Aufstand der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten Westbank und Gaza seit dem Dezember 1987, ist die mächtigste Erhebung dieses unterdrückten Volkes seit der Besetzung des Landes in diesem Jahrhundert. Der Widerstand ist primär ein politischer Prozeß, der die vollständige Unabhängigkeit und Souveränität zum Ziel hat." Mit diesen Worten leiten die Herausgeber die Broschüre ein. Dies sind die Redaktion "Straßenmedizin" (Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen) und der Kommunistische Bund. Neben einer kommentierenden Schilderung des Verlaufs der Intifada wird der Blick auf die sozialen, politisch-ideologischen und ökonomischen Aspekte des Aufstandes geworfen. Ein Blick, der in den Berichten über die täglichen Auseinandersetzungen mit der Besatzungsmacht, den Schlagzeilen über diplomatische Schritte beider Seiten untergegangen ist. Deutlich gemacht werden die Veränderungen des Alltags und der gesamten Lebensgewohnheiten der Menschen. Auf rund 40 Seiten erhält mensch eine Sicht der Intifada, die nicht in den täglichen Nachrichten vorkommen - ein Stück Intifada von innen.

Bestelladresse: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000Hamburg 36. Preis: DM 6,-

diskus

Frankfurter Studentenzeitung

Neben der "konkret" ist diese Zeitschrift eine der älteren der westdeutschen Studenten- und Intellektuellenszene. Gegründet 1951 ist sie als Sponti-Theorieorgan und Blatt der Undogmatischen Linken bekannt. 1989 erschein sie nach über zweieinhalbjähriger Unterbrechung wieder. In der neuesten Ausgabe wird der erste Teil der Geschichte dieses Blattes rekapituliert. "Von der ‚vorbildlich gediegenen Frankfurter Studentenzeitung` zum ‚Blatt für Kaderbildung` und ‚Massenagitation`" ist er untertitelt. Dieser Tradition versuchen die heutigen MacherInnen des diskus Rechnung zu tragen. Auseinandersetzungen mit der Geschichte der Frankfurter Uni finden sich ebenso wie Artikel zu den Startbahnprozessen, zum Internationalen Frauenkongreß in Frankfurt und zur "Erinnerung an den Revolutionstheoretiker Marx."

Bestelladresse: diskus-Verlag, Jügelstr. 1 (StudentInnenhaus), 6000 Frankfurt 1. Preis: DM 3,-

Jürgen Link: Schönhuber in der Nationalelf: Halbrechts, rechtsaußen oder im Abseits?

Die politische Kollektivsymbolik der Bundesrepublik und der Durchbruch der neorassistischen Schönhuberpartei

Als Januar 1989 die Republikaner erstmals ins Westberliner Abgeordnetenhaus einzogen, entspann sich in den Medien eine kuriose Debatte. Diese drehte sich hauptsächlich um die Frage, wie diese Partei nun zu titulieren sei: rechts, rechtsextrem, rechtsradikal oder - wie in der FAZ - rechtskonservativ. Es reihten sich noch weitere Vorschläge in diese Debatte ein. Dieses Durcheinander nimmt nun Jürgen Link zum Anlaß, sich mit der Funktionsweise symbolischer Topik auseinanderzusetzen. Ernst Jandl würde dazu sagen: "Lechts gleich rinks". Symbolik als Teil der politischen Kultur und wie damit Politik gemacht wird resp. der politische Gegner diffamatorisch zur persona non grata erklärt wird.

Bestelladresse: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung e.V., DISS, Realschulstr. 51, 4100 Duisburg 1. Preis: DM 4,50.

Kommunistische Presse

Die Erkenntnis, daß der Sozialismus in den Ländern Osteuropas und Asiens gescheitert sei, daß in der BRD die Arbeiterklasse politisch ruhig sei und die Linke von sozialdemokratischen und grünen Positionen dominiert führt bei der Herausgebern dieses Blattes zur Schlußfolgerung, "über die politische Zuspitzung theoretischer und programmatischer Fragen eine Antwort auf die Ursachen der Krise des Marxismus zu geben und Grundfragen eines Programms der westdeutschen Kommunisten zu diskutieren. Die Zielgruppe der Zeitung ist bei den den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen die Linke selbst und einzelne politisch interessierte Werktätige." Eine neue Zeitschrift mit dem Anspruch, sowohl die marxistische Theorie zu erneuern als auch den politischen Alltag der Linken zu hinterfragen. In der ersten Nummer finden sich u.a. Beiträge zur Radikalen Linken, zur deutschen Frage und zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt.

Bestelladresse: Kommunistische Presse, Postfach 100229, 4650 Gelsenkirchen. Preis: DM 2,-.

Castro-Rede

Hinweis zum ak 314:

Der vollständige Text der im ak 314 teilweise veröffentlichten Rede von Fidel Castro ist unter folgender Adresse erhältlich: Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba, Theodor-Heuss-Ring 26, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/13 18 36.

49. Zehn Jahre Grüne - kein Nachruf

Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak315/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:10

Daß Familienfeiern leicht zum Ärgernis werden können, mußten anläßlich ihres zehnten Geburtstages auch die Grünen erleben. So richtig gefreut hat sich scheint's niemand - das Genörgel war flügelübergreifend. Die Mäkeleien der linken Grünen, die schon lange nichts mehr zu melden haben, entsprechen den Erwartungen: "Die Grünen haben eine Ausstrahlung zwischen IG Bergbau und Kaninchenzüchterverein", hat Bundesvorstandssprecherin Verena Krieger festgestellt, während ihre Amtsvorgängerin Jutta Ditfurth der Partei "plattesten und dumpfesten" Reformismus attestiert. Aber auch die dynamischen Frauen vom "Aufbruch" scheint langsam die Luft auszugehen. Mit den Begriffen "Müdigkeit und Erschöpfung" findet Antje Vollmer den "Zustand der Grünen ... am präzisesten beschrieben". Und Christa Nickels bemerkt ernüchtert, daß "die Grünen immer grauer" werden. Wolf-Dieter Hasenclever und Petra Kelly, zwei Grüne der ersten Stunde, sehen das genauso: "Die Grünen sind eine stinknormale Partei geworden", meint Hasenclever, während Kelly sich über das "atemberaubende Tempo" wundert, in dem sich die Grünen "zu ihrem Nachteil" verändern.

Wenn die Grünen aller Schattierungen sich in der negativen Beurteilung des von ihnen Angerichteten so weitgehend einig sind, wäre es unanständig, in der Kritik noch eins draufzusetzen. Von einer kommunistischen Zeitung wird schließlich zu Recht erwartet, daß sie gegen den Strom schwimmt. Andererseits: Eine wahrheitswidrige Bilanz "War doch gar nicht so schlecht" oder einen schlichten Geburtstagsgruß "Macht nur so weiter" würde uns auch niemand abnehmen. Was also tun? Richten wir den Blick selbstkritisch auf uns: Was hat der AK vor zehn Jahren über die Gründung der Grünen geschrieben? Sind unsere Prognosen eingetreten?

Erinnern wir uns: Zentrale Frage an die Grünen war für den linken Teil der "Wahlbewegung" (was es alles mal gab!), ob und wieweit sich die zu gründende Partei nach links öffnen würde. Konkret bezogen auf den am 12. und 13. Januar 1980 in Karlsruhe abgehaltenen Gründungsparteitag hieß das: 1. Werden die von den bunten und alternativen Listen autonom aufgestellten 259 Delegierten anerkannt? 2. Dürfen auch Kommunisten in der Grünen Parteimitglied werden? Nachdem die Anerkennung der autonomen Delegierten verweigert worden war, ging das Gezerre um die Satzung los. AK 169 vom 14.1.1980 kommentiert auf der Titelseite: "Die Parteigründung war für die Grünen ‚die Stunde der Wahrheit`. Die neue Satzung enthält einen klaren Unvereinbarkeitsbeschluß, nach dem die Doppelmitgliedschaft mit anderen Parteien verboten ist. Die Grünen wollen damit die Mitarbeit von organisierten Kommunisten in ihrer Partei ausschließen. Sie stellen sich damit bewußt gegen ein Grundprinzip der bunten und alternativen Listen in der BRD und Westberlin, die aufgrund der bitteren Erfahrungen mit der Radikalenpraxis in diesem Land eine Unvereinbarkeit mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen formuliert haben. Die Beschlüsse des Gründungskongresses enthalten eine unüberhörbare Absage an den linken Teil der Wahlbewegung." Bitterböse war die Kritik an den linken Grünen (AL Westberlin, Ebermann, Reents u.a.): "Allzu offensichtlich war die Parallele zum Verhalten und zur Funktion der Jusos in der SPD. Dennoch machten sie auf diese Weise klar, daß sie - koste es, was es wolle - bei den Grünen bleiben werden. Sie werden nicht zugeben, daß ihr Konzept (Beeinflussung der Grünen duch massenhaften linken Eintritt) gescheitert ist. Denn sie haben ihr Konzept mittlerweile geändert. Es lautet heute in der Tat: Dabeisein ist alles! Ihre Wege werden sich nun auf längere Sicht von denen der Bunten und Alternativen trennen."

Die Spaltung der Linken war da. Herbert Gruhl, ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter, triumphierte: ein "Jahrhundertereignis" sei diese Parteigründung. Ein halbes Jahr später verließ er zusammen mit Baldur Springmann und anderen Rechten die Grünen. Das konnte nach dem Verlauf des Karlsruher Kongresses niemand voraussehen. Hatten die "grünen Jusos" nachträglich doch noch gesiegt?

Vorübergehend konnte es so scheinen, denn auch die den Grünen unterstellte "gleiche Praxis der Gesinnungsschnüffelei wie bei den gewerkschaftlichen UVBs und der Berufsverbotepraxis der etablierten Parteien" (Erklärung der autonomen bunten und alternativen Delegierten) wurde so nicht Wirklichkeit. Zwar wurden linke Fraktionierungsversuche (vor allem die aus dem KB ausgestiegene "Gruppe Z") per Einschüchterung zerschlagen. Linke Einzelpersonen dagegen, sogar KB-Mitglieder, wurden geduldet und konnten zeitweilig sogar Abgeordnetenmandate und hohe Parteiämter (Rainer Trampert als Bundesvorstandssprecher) erkämpfen.

Zehn Jahre nach Karlsruhe sind die Grünen, was die Abschottung nach links angeht, wieder am Ausgangspunkt angekommen oder sogar dahinter zurückgefallen. Die Ausgrenzung wird weiter verschärft. Spätestens im Juni soll mit Bundesvorstandssprecherin Verena Krieger die letzte verbliebene Linke aus den Führungspositionen entfernt werden. Der Bonner Fraktionsvorstand wurde schon im Januar auf Linie getrimmt. Zwar gibt sich die "taz" redlich Mühe, die feinen politischen Unterschiede zwischen Antje Vollmer, Waltraud Schoppe und Willi Hoss herauszuarbeiten. Die übrige Presse verzichtet auf derlei Differenzierungen. Nach der Neuwahl ihres Vorstandes werde "die Bundestagsfraktion der Grünen für ein Jahr ausschließlich von Realpolitikern geführt" (Meldung von dpa, AP und AFP, abgedruckt in der "Frankfurter Rundschau" vom 17.1.90).

Da haben nun alle getönt, die Zeit der "Einheitsparteien" sei endgültig abgelaufen. In der BRD, diesem "demokratischen Entwicklungsland" (Antje Vollmer), aber haben sie überlebt und okkupieren unverändert nicht nur die Ministersessel, sondern auch die angeblich so harten Bänke der "Opposition".

Js.

50. Plattform "3. Weg" in der SED-PDS

CD-Datei: daten/aksuche/ak315/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:01

Dokumentation

Plattform "3. Weg" in der SED-PDS

Die Autoren der Thesen "Für eine sozialistische Partei der DDR" (vgl. ND vom 12.12.1989) geben hiermit die Gründung einer eigenständigen politischen Plattform "3. Weg" bekannt. Eine erste Position zu den Entwicklungen nach dem außerordentlichen Parteitag wird im nebenstehenden Artikel zum Ausdruck gebracht. Am 3. Februar 1990 findet um 10 Uhr an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Beratung der Plattform statt, auf der u.a. eine Analyse der gegenwärtigen Situation, von Vorstellungen zur zukünftigen Arbeit in der SED-PDS, des Verhältnisses zur Regierung sowie der Beziehung zu anderen demokratischen Sozialisten, unabhängig davon, wo sie organisiert sind, zur Wirtschaftsreform, zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung sowie zu einer Europa-Politik erörtert werden.

Die Organisation erfolgt durch die Vertretung der SED-PDS an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berliner Telefonnummer 20932447.

Kostbare Zeit verloren - Was ist zu tun?

Fast drei Wochen sind seit dem zweiten Teil des außerordentlichen Parteitages vergangen. Die Zeit der Appelle und Aufrufe ist vorbei. Die Umgestaltung der Partei ist nur durch praktisches umgestaltendes Handeln zu erreichen. Währenddessen aber herrscht Orientierungslosigkeit, die auch durch den alten Apparat genutzt werden könnte, um sich zu konsolidieren. Es wurden kostbare Wochen verpaßt, um die Partei aus einer Beamtenpartei in eine Partei der politischen Aktion, in eine Partei der Artikulation der Nöte des Volkes und des politischen Kampfes auf allen Ebenen umzuwandeln.

Erst drei Wochen nach dem Parteitag trat der gewählte Vorstand zusammen. Vom kollektiven Wirken des Präsidiums dringen kaum Informationen an die Öffentlichkeit. Analysen über die Lage im Lande und in der Partei stehen aus, zentrale Richtlinien fehlen.

Gerade weil starke und organisierte politische Kräfte notwendig sind, um die Krisenprozesse in unserem Land zu stoppen und endlich den Menschen eine echte Perspektive zu geben, für die es sich lohnt, hier zu bleiben und sich einzusetzen, muß mit diesem Zustand der Partei Schluß gemacht werden. Dazu ist vor allem das folgende notwendig:

1. Die Partei braucht sofort ein Kampfprogramm, von dem ausgehend sich die Genossen organisieren können. Dazu sind die Felder des politischen Handelns und die dabei durchzusetzenden Ziele und Formen des Handelns eindeutig und klar zu bestimmen. Vor allem betrifft das m.E. die massive Unterstützung:

- für den schnellen Aufbau aller Formen demokratischer Selbstvertretung der Arbeiter und anderer Werktätiger in den Betrieben (Betriebsräte und Gewerkschaften),

- für den Aufbau und die Stärkung von kommunalen Initiativen, um in demokratischer Weise für die schnelle Veränderung der sozialen, baulichen und ökologischen Situation in den Städten und Gemeinden zu wirken,

- für den Aufbau und die Stärkung von Vertretungen zu gesamtgesellschaftlichen Aufgabenstellungen der Umweltpolitik, des Verhältnisses der Geschlechter zueinander, der Organisation von Vertretungen der Konsumenten (mit weitreichenden Vollmachten ausgestattete "Ver"braucherorganisationen), zur Bildung, Altersfürsorge usw.

Wissend um die Zwänge, die uns eine zukünftige Wirtschaftsreform und eine damit verbundene Internationalisierung des Wirtschaftslebens auferlegen wird, haben wir als Partei des demokratischen Sozialismus allen Grund, um über die Unterstützung solcher basisdemokratischer Organisation dafür zu wirken, daß Kräfte entstehen, die in der Lage sind, eine sich modernisierende Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich sozial und ökologisch zu gestalten.

2. Einer der Hauptfehler des Parteitages war die Unentschiedenheit bei der Organisationsfrage. Die Losung "Alles anders und jeder wie er will" hat neben Verunsicherung und Unschlüssigkeit auch Mißtrauen in die

Ehrlichkeit der Wandlung von einer stalinistischen zu einer demokratischen Partei erzeugt. Wir müssen uns endlich und radikal zum territorialen Prinzip der Basisorganisation bekennen. Die schließt ja das Wirken der Genossen als Werktätige an ihrem Arbeitsplatz für die Interessenvertretung der Belegschaft und die Durchsetzung der gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeiten nicht aus, sondern ist die heutige Bedingung, um dies konsequent tun zu können. Zu prüfen ist die besondere Organisationsform der Partei an den Universitäten und Hochschulen.

3. Öffentlich ist zu machen, wer von den Abteilungsleitern des ehemaligen ZK und ihren Stellvertretern weiter beim Vorstand der Partei angestellt ist und mit welcher Funktion. Vor allem sind aber die neuen Strukturen detailliert aufzudecken und der öffentlichen und demokratischen Einflußnahme auszusetzen.

4. Grundsätzlich neu ist das Verhältnis zur Regierung zu bestimmen. Endlich nun müssen wir zu ihr eine politische Position als Partei neben anderen finden. Wir haben dazu beigetragen, daß diese Regierung:

- die drängenden Fragen offensiv aufgreift,

- endlich eine zusammenfassende Analyse der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen usw. Situation vorlegt,

- Rechenschaft über die Ergebnisse der bisherigen Politik gibt,

- in allen wesentlichen Fragen versucht, einen Konsens mit dem Runden Tisch zu erreichen,

- ein Programm schneller Stabilisierung sowie der komplexen Wirtschaftsreform erarbeitet und mit ihrer Durchsetzung beginnt.

Auch wir müssen zur Kontrolle über die Regierung beitragen. Wenn man politisch so brisante Entscheidungen wie den Ministerratbeschluß 142/89 ("Vereinbarung zur Regelung arbeitsrechtlicher Fragen für Mitarbeiter der Staatsorgane ...") nicht wirklich zur öffentlichen Diskussion stellt, dann beweist dies einmal mehr, daß konstruktive Kritik an der Regierung ein Erfordernis des Tages ist, weil sonst die notwendige politische Stabilisierung nicht möglich ist.

Von besonderer Bedeutung ist es, am Runden Tisch auf zentraler und kommunaler Ebene die spezifischen demokratisch sozialistischen Orientierungen unserer Partei konkret einzubringen. Dafür brauchen wir schnell eigene wissenschaftlich begründete Analysen und Handlungsprogramme, die uns in die Lage versetzen, auf allen Feldern der Politik mit Kompetenz und Sicht auf die Perspektive zu handeln.

5. Grundsätzlich neu ist die Rolle insbesondere des ND zu bestimmen. Was wir brauchen, ist eine Zeitung, die sich auf dem Boden der Orientierungen des Parteitages dafür einsetzt, daß die Genossen sich im Kampf um dieses Land und seine demokratische und sozialistische Erneuerung einsetzen. Ausgehend von den auf der Sitzung des Vorstandes zu bestimmenden Hauptlinien der praktischen Arbeit ist diese Zeitung zu einem entscheidenden Organisator der Parteibasis zu qualifizieren. Ihre Funktion ist nicht primär die theoretische Diskussion, sondern die Auseinandersetzung und kollektive Selbstverständigung sowie Selbstanleitung der Partei im Kampf um die Lösung der praktischen Aufgaben. Dazu ist sie auch äußerlich neu zu gestalten.

Michael Brie

Mitglied der Plattform "3. Weg"

51. Sozialdemokratische Plattform in der SED-PDS

CD-Datei: daten/aksuche/ak315/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:02

Dokumentation

Sozialdemokratische Plattform in der SED-PDS

"Die europäische Linke fußt im Marxismus", stellt Oskar Lafontaine, nicht nur einer der populärsten, sondern auch der gebildetsten Spitzenpolitiker der SPD, in seinem 1988 erschienenen Buch "Die Gesellschaft der Zukunft" fest. Ausgehend von den Grundsatzforderungen nach Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, besinnt er sich darin radikal auf viele wichtige Erfahrungen sozialistischer Bewegungen und folgert schließlich: "Wer also die größtmögliche Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung des Menschen zum Ziel allen Fortschritts erklärt, muß auch wollen, daß die staatliche Macht zugunsten der Erweiterung von individuellen Entscheidungsräumen abnimmt, muß, wie es Marx formuliert hat, die Rücknahme des Staates in den Staatsbürger betreiben."

Eine ebenso radikale, durch revolutionäre Veränderungen in der DDR verursachte Rückbesinnung auf historisch progressive - philosophische, politische und praktische - Erfahrungen sozialistischer Bewegungen hat die SED-PDS eingeleitet: "Die Partei stützt sich auf die Traditionen und das theoretische Erbe der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung", heißt es im gegenwärtigen Statut. "Ihre Hauptwurzeln liegen in der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sowie auch in sozialistischen, antifaschistischen, pazifistischen und international linken Traditionen, besonders denen Lenins."

Nun ist das Gewicht der benannten Traditionen historisch sehr unterschiedlich: Der Pazifismus war und blieb eine heroische Illusion, von wenigen verfochten, von einzelnen nur gelebt. Der Kommunismus, ein gewaltiges Ideal und Endziel, vermochte Massen zu mobilisieren, veränderte Länder und Erdteile; freilich hatten die resultierenden gesellschaftlichen Verhältnisse - und dies sah gerade Lenin früher als seine Mitstreiter - nur noch sehr wenig mit jenem Ideal zu tun. Schreckliche Verbrechen sind im Namen des Kommunismus begangen worden, haben ihn völlig diskreditiert. In Form des Stalinismus erhielten sie eine furchtbare jahrhundertprägende Kraft. Der Sozialismus galt den einen nur als diktatorisches Durchgangsstadium zum Kommunismus, den anderen aber als Weg: Demokratie zu wagen; die Arbeit zu befreien und ihren Charakter grundlegend zu verändern; schrittweise die Freiheit, die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die Freiheit aller zu befördern.

Auf diesem Weg gab es große Erfolge und manche Illusionen, wichtige Errungenschaften und nicht zu übersehende Verluste. Insgesamt hat sich eine internationale Vielfalt sozialistischer Geschichte und Gegenwart, Theorie und Praxis herausgebildet, die es, unabhängig von tagesaktuellen Parteiinteressen, zu studieren und zu nutzen gilt. Wer demokratischen Sozialismus anstrebt, muß die Erfolge der nationalen und internationalen Sozialdemokratie als Errungenschaften von Bündnispartnern würdigen, selbst wenn sich diese aus wahlkampftaktischen oder anderen Gründen von jeder Verbindung fernhalten.

"Dem Schreiber dieses wird der Ausspruch nachgesagt: ‚Das Endziel ist nichts, die Bewegung ist alles`. Es ist mir jedoch nicht eingefallen, einen so begriffslosen Satz aufzustellen", erklärte Eduard Bernstein 1921 in seinem Buch "Der Sozialismus einst und jetzt", um seine Position zu präzisieren: Er habe für das, was man "Endziel des Sozialismus" nenne, außerordentlich wenig Sinn und Interesse, ihn interessiere vor allem die Bewegung: "Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, das heißt den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Verwirklichung dieses Fortschritts."

Es ist an der Zeit, anstatt großer utopischer Endziele endlich wieder die Bewegung der Gesellschaft, den sozialen Fortschritt und die Mittel zu seiner Verwirklichung in den Blick zu bekommen. Es ist an der Zeit, sich der einhelligen Warnungen von Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und vielen anderen Sozialdemokraten vor den Möglichkeiten einer diktatorisch-terroristischen Entwicklung in der Sowjetunion zu entsinnen.

Es ist an der Zeit, die auf Marx und Engels zurückgehende und von allen Sozialdemokraten hervorgehobene Erkenntnis wieder aufzunehmen, daß eine Gesellschaftsformation nie untergeht, bevor nicht alle

Produktivkräfte entwickelt und alle neuen, höheren Produktionsverhältnisse im Schoß der alten Gesellschaft ausgebrütet worden sind; daß Entwicklungsphasen einer Gesellschaft weder übersprungen noch wegdekretiert werden können.

Es ist an der Zeit, das konsequente, die Freiheit des Andersdenkenden stets respektierendes Demokratieverständnis der Sozialdemokratie nicht als versöhnlerische Schwäche zu verkennen, sondern als unumgängliche Voraussetzung jedes demokratischen Sozialismus zu begreifen - um diesen von Eduard Bernstein zuerst geprägten Begriff nochmals zu gebrauchen.

Sicher bleibt die Kritik an manchen sozialreformistischen Positionen, an "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus"-Haltungen berechtigt. Sie darf jedoch niemals zu solidaritätszerstörenden "Sozialfaschismusthesen" unseligen Angedenkens führen. Die besseren Argumente, nicht die stärkeren Emotionen sollen im Wettstreit der Ideen Sieger bleiben.

Deshalb ist es notwendig:

- die Arbeiten der sozialdemokratischen - und austromarxistischen - Klassiker vorurteilslos zu studieren, ihre Ergebnisse als Errungenschaften sozialistischen Denkens zu beurteilen und ihre Fehler als Irrtümer von Sozialisten zu kritisieren;

- die Arbeiten heutiger sozialdemokratischer Theoretiker und Politiker ebenso vorurteilslos aufzunehmen und zu diskutieren;

- die Ergebnisse sozialdemokratischer Politik sachlich, differenziert und fern von jedem Freund-Feind-Schema zu analysieren;

- alles, was für eine Politik des demokratischen Sozialismus wichtig und nutzbar erscheint, in die öffentliche Auseinandersetzung zu tragen und gesellschaftlich durchzusetzen.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat sich heute (6. Januar), am 140. Geburtstag des großen Sozialisten Eduard Bernstein, ein Sozialdemokratischer Studienkreis (SDS) bei der SED-PDS konstituiert. Dieser soll: einerseits innerhalb der Partei und in Übereinstimmung mit dem Statut der Partei und in Übereinstimmung mit dem Statut eine Plattform bilden, um sozialdemokratisches Gedankengut aufzuarbeiten, in die Diskussion zu bringen und praktisch - politisch zu nutzen. Andererseits soll er sowohl was seine Veranstaltungen, als auch, was die Mitgliedschaft darin betrifft, für alle Sympathisanten offenstehen.

Er strebt freundschaftliche Beziehungen zu allen europäischen und internationalen sozialdemokratischen Organisationen und Parteien an, die sich den Idealen eines demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlen. Er versteht sich nicht als Konkurrenz zu anderen demokratisch-sozialistischen und sozialdemokratischen Bestrebungen in der DDR, sondern als Garant dafür, daß in der Hitze von Profilierungsstreben, Ausgrenzung, Wahlkampf und Parteienpolarisation möglichst kein für die Weiterentwicklung des demokratischen Sozialismus wertvoller Gedanke verlorengeht.

Er rechnet damit, als Plattform auf der Grundlage des Statuts der SED-PDS die materiell-technischen und finanziellen Mittel der Partei und ihrer Presse auf allen Ebenen in angemessener Weise nutzen zu können.

Die Organisation soll in Basisgruppen erfolgen. Strukturierungen auf Kreis- und Bezirksebene können bei Bedarf geschaffen werden. Die Koordinierungsgruppe versteht sich als zentrale Kontaktstelle eines ansonsten dezentralen Netzwerks.

Für die Koordinierungsgruppe:

Evelyn Dölling, Johannes Dölling, John Erpenbeck, Dieter Gasde, Uwe Knoch, Klaus-Peter Schwitzer, Rudolf Welskopf, Christian Zak

52. Leserbrief

CD-Datei: daten/aksuche/ak315/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:39

Debatte um "medico-Anzeige"

Ihr Lieben,

Es gibt eine Form leicht paranoider Denunziation, die unter aller Kritik ist; weswegen D.'s Leserbrief von uns auch keinen Kommentar erfährt. Allerdings interpretieren wir gerne eine unserer erfolgreichsten Anzeigen der letzten Zeit, in diesem Fall zu Palästina, wo wir auf "knappstem Raum" (ja, wie denn auch sonst?!) in ausgewählten Stichworten nachweisbare Äußerungen führender israelischer Politiker wiederholten: nämlich den Aufstand der Palästinenser vollends "zerreiben, zerbrechen & infiltrieren" zu wollen.

Als deren, und nicht unsere, "endgültige" Antwort auf das Aufbegehren der Volksbewegung. Wir erwähnten weiterhin die offiziell in Kraft gesetzte Erlaubnis der israelischen Armee, den scharfen Schuß bei Kindern und Jugendlichen anzuwenden, die das traditionelle Kopftuch tragen.

Uns deswegen Maßlosigkeit vorzuwerfen, weil noch nicht der "Großteil der palästinensischen Kinder erschossen" worden ist, halten wir nicht nur für zynisch, sondern auch für unangebracht: schließlich existiert diese Feuererlaubnis erst seit kurzem, und ihre Urheber geben sich enorme Mühe, auf ca. zwei bis drei ermordeter junger Menschen pro Tag zu kommen. Wir bedauern auch nicht, daß nicht jeder dieser Schüsse tödlich trifft, subsummieren aber aus Gründen konkreter Menschlichkeit die ca. 7.000 verkrüppelten, behinderten und querschnittsgelähmten Jugendlichen, die aus derlei Angriffen hervorgingen. Ihnen gelten unsere Aufmerksamkeit, Solidarität - und unsere Spenden. Wem es hier an sinnlicher Konkretion und weiteren "Tatsachen" mangelt, der möge einmal einen Tag lang nur das al Ittihad-Hospital in Nablus besuchen, um vielleicht, wie ich vor 14 Tagen noch, den kleinen Murad zu erleben: 12 Jahre alt, verhaftet, geschlagen, gefoltert und mit zerquetschten Hoden eingeliefert. Auch amnesty hat sein Schicksal dokumentiert.

Oder er mag, wenige Kilometer weiter, im Dorf Tamun erfahren, wie die Ambulanzen des "Magen David" (Israelisches Rotes Kreuz) an verletzten und schreienden Menschen achtlos vorbeifahren, die als Palästinenser nicht mal im akuten Notfall aufgenommen werden. Auch nicht in ein einziges israelisches Krankenhaus, gleich, ob sie nun unter Krebs leiden oder an einer Schußwunde. Es sei denn, sie kämen als Privatpatienten und hätten viel Geld.

Diese Taten werden von uns nicht "Untermenschen" zur Last gelegt, wohl aber Unmenschlichkeiten genannt.

Wer nicht absichtsvoll verleumden will, weiß, daß medico solche Menschenrechtsverletzungen mit unterschiedsloser Schärfe und Deutlichkeit überall anprangert, wo sie jeweils stattfinden: gegenüber arabischen Regimes (Kurdenverfolgung im Irak) genauso wie hier im Falle der verantwortlichen israelischen Regierung.

Auch ist wohlbekannt, daß medico hierüber am allerwenigsten in knappen Anzeigen informiert, sondern in umfangreichen Dokumentationen ("Gesundheit und Menschenrechte in der Westbank"), die jedem jederzeit kostenlos zur Verfügung stehen.

Mit allerbesten Grüßen

Hans Branscheidt

P.S.: Zur Verdeutlichung der immer bedrohlicher werdenden Situation der Palästinenser sei der neueste Bericht von amnesty (3.1.90) empfohlen. Dort heißt es u.a.: "Die existierenden Richtlinien über den Gebrauch von Schußwaffen durch die israelischen Streitkräfte scheinen die Tötung von Menschen auch dann zu erlauben, wenn diese nicht an Aktivitäten beteiligt waren, die das Leben anderer in Gefahr bringen, wenn sie lediglich verdächtigt werden, an solchen Aktivitäten beteiligt zu sein oder sie maskiert sind." Es ist dies genau das, was unsere Anzeige auch ausdrücken sollte.

Mit besten Grüßen

Hans Branscheidt

Anm. der Anzeigenannahme:

Wir werden diese medico-Anzeige weiterhin kostenlos im ak abdrucken.

53. Quelldatei eg.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak315/eg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:eg

Bis zum 1.1.1993 soll in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialordnung realisiert sein. Angesichts der nach wie vor recht unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Verfaßtheiten der Mitgliedsstaaten der EG ist dies ein ehrgeiziges Unterfangen. Nimmt mensch noch die verschiedenen Positionen der einzelnen Staaten hinzu, so wird fraglich, wie dieses Vorhaben verwirklicht werden kann. Diese Skepsis gilt insbesondere für das Projekt einer einheitlichen Sozialordnung der Gemeinschaft; so ist auf der Seite des Kapitalverkehrs, der Geld- und Finanzpolitik bereits manches EG-weit vereinheitlicht, auf der sozialen Seite ist aber eine Einigung weniger denn je in Sicht. Soll die EG-Sozialcharta eine nicht justitiable Absichtserklärung sein - so die Vorstellungen der britischen Regierung - oder eine rechtsverbindliche Festschreibung von sozialen Mindeststandards, die sich am höchsten Sicherungsniveau in der EG orientiert, was den Forderungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) entgegenkäme. Doch diese haben zur Zeit keine Chance, realisiert zu werden: Außerhalb des EGB hat kaum jemand Interesse daran, und die Gewerkschaften sind weit davon entfernt, eine geschlossene Linie gegen das Europa des Kapitals zu bilden.S. 29

54. Die Ahnung vom feudalistischen Sozialisms

Eine Reise in die "goldene Epoche" Nicolae Ceaucescus

CD-Datei: daten/aksuche/ak315/rum1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:rum1

"Der Unterzeichner wurde seitens der rumänischen Autoritäten angehalten, jetzt und künftighin die unvorteilhafte und nichtcharakteristische Darstellung Rumäniens und seiner Bewohner sowie Handlungen, die geeignet sind, die Beziehungen zwischen Rumänien und der BRD zu vergiften, zu unterlassen. In die BRD zurückgekehrt, werde ich mich dafür einsetzen, die Lage in Rumänien objektiv und ehrlich zu schildern. Diese Willenserklärung gebe ich freiwillig, ohne jeden Druck, ich erhalte sie aufrecht und unterzeichne..." Na denn...

Das ist der Schluß einer "Erklärung", die ich nach über drei Stunden Ungewißheit, massiver Einschüchterung und Gewaltandrohung im Gewahrsam der rumänischen Gestapo unterschreibe. Das Delikt erfahre ich erst jetzt: das Fotografieren einer Gruppe Zigeuner, die auf einer belebten Straße der Kreishauptstadt Timisoara den Passanten Batterien für Armbanduhren zum Verkauf anbieten, 25 Lei das Stück. Beliefert werden die traditionellen Schwarzhändler im Grenzgebiet nach eigener Aussage von ihren in Österreich und der BRD lebenden Familienmitgliedern. Einkaufspreis einer Batterie: 10 Lei. Bis Ende des folgenden Tages muß ich die rumänische "Festung" (Parteijargon) verlassen, der Film, auf dem glücklicherweise erst wenige unverdächtige Bilder festgehalten waren, wird entwickelt und beschlagnahmt. Der Versuch, einen neuen Film zu kaufen, ist nicht von Erfolg gekrönt. Die Fotogeschäfte sind genauso leer wie die Lebensmittelläden.

Bereits der Empfang bei der Einreise ließ auf den kommenden Verlauf der Reise Schlüsse zu. 3.45 Uhr, Grenzübergang Varsand: die blau-gelb-rote Trikolore und die rote Fahne der Kommunistischen Partei flattern im Nachtwind. In der für Klassenfeinde reservierten Spur reihen sich 24 PKW, zumeist aus der BRD. Warten... 6.15 Uhr: Ich schalte das Radio ein. In irgendeinem Bereich, so verkündet der Sprecher, ist der Plan mit 170 % erfüllt worden; patriotische Lieder: "Ruhm dem geliebten Führer Nicolae Ceaucescu", Gedichte, Losungen: "Partei - Volk, ein einziger Gedanke, ein einziger Wille" . Um 9.30 Uhr verteilt ein Grenzbeamter Fragebögen. Zwangsumtausch, 10 Dollar pro Tag, Visum, penible Durchsuchung des Gepäcks, Zoll... Die Zollbeamtin bedient sich ungeniert aus den mitgebrachten Lebensmitteln, ein Gorbatschow- Buch wird beschlagnahmt. Begründung: Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Inhalt antirumänische und antisozialistische Tendenzen aufweist. Der "Arbeiterkampf" und die "Neue Zeit" (aus Moskau) werden nicht entdeckt. Um 11.45 Uhr passiere ich endlich die Grenze. Durch die Zeitverschiebung verliere ich eine weitere Stunde. Bin geschlaucht, aber auch erleichtert.

In Rumänien angekommen, heißt es Fuß vom Gas. Mehr als 70-80 km/h gibt der Straßenzustand nicht her. Der Anblick der Dörfer ist deprimierend. Auch der letzte Quadratmeter Boden wird landwirtschaftlich genutzt. Die Fläche zwischen Bürgersteig und Straße ist meist mit Kartoffeln bepflanzt, auch in den Städten. PKWs sind kaum zu sehen, da Benzin rationiert ist. 15 Liter je Monat hat jeder PKW-Besitzer in der letzten Zeit kaufen können. Viele haben daher ihre Autos auf Gas umgerüstet; die staatlichen Fahrzeuge fahren mit Methangas, erkennbar an den riesigen Behältern, die sie mit sich führen. Gas ist nun im November an Privatpersonen überhaupt nicht abgegeben worden, so daß der Treibstoffmangel für leere Straßen gesorgt hat. Ausländer aus Westeuropa haben da weniger Schwierigkeiten. Nach Vorlage eines beim Kreisamt für Tourismus gegen Devisen erstandenen Coupons fließt der begehrte Stoff aus der Zapfsäule.

Was sofort auffällt, sind die allgegenwärtigen Parolen auf Metallschildern, die den "geliebten Führer" vergötzen und den Rumänen klarmachen, daß sie in einer quasi paradiesischen Zeit leben: in der "goldenen Epoche", in der "Ära Ceaucescu" eben. Die Bevölkerung nimmt derlei Verhöhnungen gar nicht mehr zur Kenntnis, sie hat längst resigniert. Auch die komplette Rückzahlung der Auslandsschulden Ende März läßt sie nicht auf bessere Zeiten hoffen. "Die Rückzahlung der Auslandsschulden ist ein großer Sieg des rumänischen Volkes. Jetzt sind wir aus ökonomischer, also auch politischer Sicht wirklich unabhängig!" - verkündete Partei- und Staatschef Nicolae Ceaucescu. In der Tat, eine erstaunliche Leistung: Von 1975 bis 1989 hat Rumänien 21 Milliarden Dollar zurückgezahlt, ebenso alle Schulden in Rubel gegenüber der Sowjetunion; 1980 belief sich die Auslandsschuld Rumäniens noch auf über 11 Milliarden Dollar. Abhängig bleibt Rumänien aber weiterhin von Erdöl- und Eisenerz-Importen. Und die müssen in Devisen bezahlt werden. Also wird auch weiterhin ein großer Teil der Produktion exportiert werden müssen, um die dafür notwendigen Devisen zu beschaffen. Der

Conducator (Führer) hat angekündigt, daß die Zeit der Opfer noch nicht zu Ende ist. Die Abhängigkeit vom Erdöl soll durch den Bau des ersten Atomkraftwerkes gemildert werden, daß in Cernavoda im Entstehen ist.

Trotz dieser denkbar schlechten Ausgangssituation verkündet Ceaucescu unaufhörlich die "vielseitig entwickelte sozialistische Gesellschaft" und läßt sich in selbstherrlichen Ritualen als "Sonne der Menschlichkeit" feiern. Den Kindern wird verordnet, ihre so glückliche Kindheit zu preisen:

Wir danken der Partei

Einst gab's im Land zu wenig Brot

und viele Kinder litten Not.

Das Elend ist nun längst vorbei.

Das danken wir unsrer Partei.

Wir schaffen alle Hand in Hand

ein immer schön'res Vaterland.

Drin leben wir heut' froh und frei.

Das danken wir unsrer Partei.

(aus "Lesebuch und Sprachlehre für die II. Klasse")

Die Realität im Rumänien des Jahres 1989 ist eine andere: trostlose wirtschaftliche Lage und soziale Kälte. Nahrungs- und Energiemangel gehören zu den bestimmenden Faktoren im Alltagsleben. Enorme Schwierigkeiten gibt es bereits bei der Beschaffung der Grundnahrungsmittel. Brot, Speiseöl, Mehl, Zucker und Butter sind rationiert und werden auf Lebensmittelkarten ausgegeben. Kartoffeln, Tomaten und Obst fehlen selbst zur Haupterntezeit. Fleisch- und Wurstwaren sind nur selten erhältlich und dann kaum genießbar. Milchprodukte sind beinahe unbezahlbare Luxusgüter geworden. Besonders hart wird der Winter: die Temperatur darf in den ferngeheizten Wohnungen 12 Grad Celsius nicht überschreiten. Der Strompreis ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen, so daß in den privaten Haushalten Strom nur verbraucht wird, wenn es nicht zu vermeiden ist. In Kaufhäusern wird Licht erst gar nicht angeschaltet, sie haben sowieso kaum etwas anzubieten. Strom und Wasser werden zudem oft ohne Vorankündigung und zu wechselnden Zeiten, auch mehrmals täglich, abgeschaltet.

Jimbolia, mein Geburtsort. Ich parke den Wagen im Zentrum der Stadt, die wie eh und je zur Mittagszeit wie ausgestorben daliegt. Ich unternehme einen einsamen Spaziergang. Die Schule, der Biergarten, die Kirche, das Kulturhaus, die Konditorei. Erinnerungen ... 20.000 Einwohner hat die Stadt heute: Rumänen, Ungarn, Deutsche und Zigeuner. Der Bevölkerungsanteil der letzteren (sie bezeichnen sich selbst als Zigeuner, deshalb verzichte ich auf andere mögliche Benennungen) ist inzwischen auf mindestens 5.000 angewachsen. Der Stadtpark, in seinem Zentrum ein Denkmal, das an die deutschen, antifaschistischen Märtyrer Jimbolias erinnert, die ihr Leben ließen für die Ideale der Freiheit und des Sozialismus. Kurzes Gedenken, stolzes Erinnern an meinen Großvater, der mit dem Orden "Befreiung vom faschistischen Joch" ausgezeichnet wurde. Grüße via Ansichtskarte an Freunde in der BRD können nicht verschickt werden, da weder Ansichtskarten noch Briefmarken aufzutreiben waren. Nach drei Versuchen kapituliere ich.

Ich besuche einen Schulfreund, der heute Mitglied der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP) ist. Nachdem ich mich mit köstlichen rumänischen Gerichten verwöhnen ließ, unterhalten wir uns am Abend bei zwei Flaschen Rotwein über den Widerstand gegen die Ceaucescu-Diktatur. 1977, nach einer mehrjährigen Zeit enttäuschter Erwartungen, stand für die meisten Rumänen, und besonders für die nationalen Minderheiten, fest, daß die mit dem Namen Ceaucescu assoziierte Liberalisierung in allen Lebensbereichen nicht eintreten würde. Die deutsche Minderheit, permanent mit der eigenen Perspektivlosigkeit konfrontiert, verfiel einer existentiell bedingten Auswanderungspsychose. Rumänen, vor allem die nonkonformen Intellektuellen, reagierten mit öffentlichem Protest. Der Schriftsteller Paul Goma prangerte in einem offenen Schreiben an die Mitgliedsstaaten der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad die systematischen Verletzungen der Menschenrechte in Rumänien an. Hunderte solidarisierten sich in öffentlichen Bekenntnissen mit diesem Akt.

Die Bewegung, die internationale Beachtung fand, wurde nach wenigen Tagen zerschlagen, Goma ausgewiesen.

Seit im Sommer 1988 in der Industriestadt Resita Anti-Ceaucescu-Parolen auf Wände gesprüht wurden, muß jeder, der Farbe kaufen will - so bestimmt es ein Dekret - nachweisen, wofür diese verwendet werden soll. Bereits im November 1987 brachten Arbeiter und Studenten ihren Unmut durch öffentliche Aktionen zum Ausdruck: In Brasov stürmten aufgebrachte Arbeiter das Rathaus und plünderten eine Parteikantine. In Bukarest wurde ein Lenin-Denkmal angezündet, und in Timisoara forderten Demonstranten "Fleisch und Brot". Weitere Unruhen in anderen Städten folgten. Das Regime Ceaucescu reagiert wie alle Diktaturen. Die brutale Niederschlagung des großen Bergarbeiterstreiks im Jiul-Tal (1977) ist der Bevölkerung noch in Erinnerung. In Lupeni und Petrosani forderten damals 35.000 Minenarbeiter höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechtere Altersversorgung und nicht zuletzt mehr Selbstbestimmung. Nachdem Ceaucescu eine erste Beschwichtigung der Massen erreicht hatte, vor allem durch das Argument, die Sowjets würden einmarschieren, wurde der Streik brutal erstickt. Etwa 3.000 Arbeiter wurden zwangsversetzt; andere wurden unter falschen Anschuldigungen zu harten Gefängnisstrafen verurteilt. Ioan Dobre, einer der Führer der Aktion, wurde Opfer eines "Verkehrsunfalls".

Zwei Jahre später, im Februar 1979, wird, lange vor "Solidarnosc", die freie Gewerkschaft SLOMR gegründet, die bald danach 10.000 Mitglieder umfaßt. Obwohl voll auf dem Boden der rumänischen Verfassung stehend (Artikel 27 erlaubt gewerkschaftliche Zusammenschlüsse), sahen die Gewerkschafter ihrer eigenen Vernichtung bereits im Gründungsdokument bewußt entgegen: "Es ist möglich, daß wir, die Gründer der Freien Arbeitergewerkschaft Rumäniens, von einem perfekten Unterdrückungsapparat zertreten, ja moralisch und physisch vernichtet werden. Wir werden vielleicht erstickt, aber unser Ideal wird so lange weiterleben, solange es in diesem Land noch Rumänen gibt." Und sie wurden zertreten, moralisch und physisch vernichtet. Cana, Brasoveanu, Popescu, Dascalu, Chender und viele andere, deren Namen man nicht kennt, wurden wegen "anarchistischer Aktivitäten" in Gefängnisse geworfen oder in psychiatrische Kliniken interniert. Mein Freund schließt aus, daß die Rumänen, die über Jahre hinweg psychisch und physisch systematisch fertiggemacht wurden, die Kraft zu einer Erhebung aufbringen könnten, die ihnen den Weg freimacht zu einer besseren Zukunft. Es scheint, daß die Leidensfähigkeit der Rumänen ihre Grenzen noch nicht erreicht hat. Denn nach Marx wären die Bedingungen für eine vorrevolutionäre Situation in Rumänien längst gegeben... Mit einem Geheimdienstapparat (Securitate), der nach Schätzungen von Experten 25 % der Bevölkerung umfaßt, wird allerdings jeder nonkonformistische Ansatz im Keim erstickt.

Weitere FreundInnen sind hinzugekommen, der Wein- und Sektvorrat wird aufgestockt. Ich erfahre, daß hier jedeR inzwischen Serbisch spricht oder zumindest versteht, um das jugoslawische Fernsehen verfolgen zu können. Das rumänische Fernsehen sendet nämlich nur drei Stunden täglich. Thema: die Glorifizierung des "hochverehrten Vorsitzenden". Ein zu Besuch weilender Bukarester erzählt, daß am Mammutprojekt "Boulevard des sozialistischen Sieges" die letzten Handgriffe angelegt werden. Hundert Meter breit und einen Kilometer lang ist sie, Ceaucescus "königliche Straße" im Zentrum der rumänischen Hauptstadt. Seit über dreieinhalb Jahren wird ohne Unterlaß, Tag und Nacht, an diesem Bauvorhaben gearbeitet, hatte die fristgerechte Fertigstellung dieses Wahnsinnsprojekts absolute Priorität im Lande des "Karpaten des Kommunismus". Der "Boulevard des Kitsches" zerschneidet das Herz Bukarests und führt vom Platz der Einheit zu einem neuen, atombombensicheren Verwaltungszentrum, das majestätisch auf einem künstlichen Hügel steht. 14 Stockwerke liegen unter der Erde. Dort sollen alle wichtigen Institutionen des Regimes untergebracht werden, außerdem feudale Herrschaftswohnungen für den Ceaucescu-Clan. Den Boulevard zieren Wasserbecken und Springbrunnen, er wird gesäumt von Bäumen und flankiert von Wohnhäusern. Das bombastische Verwaltungszentrum mit einer mehrere Hundert Meter breiten Fassade ragt 90 Meter hoch gen Himmel. 300.000 Untertanen können sich auf dem riesigen Platz unterhalb dieses Palastes versammeln und dem großen Führer huldigen. Der Architekturstil, der neoklassizistisch sein will, manifestierte sich immer deutlicher als Neofaschismus, je mehr die Maßlosigkeit des Bauwerks zutage trat. Dem Größenwahn des rumänischen Diktators fiel der gesamte historische Kern des Bukarester Zentrums zum Opfer; vom schweren Erdbeben von 1977 wurde er noch verschont ...

Der "Führer" duldet in seinem Reich nur ein einziges Volk: das rumänische. Minderheiten - Ungarn, Deutsche, Serben, Zigeuner, Juden, Kroaten, Ukrainer, Tataren, Bulgaren, Russen u. a. - haben keinen Platz in Ceaucescus Lehre von der "Schaffung der einheitlichen sozialistischen Nation bis zum Jahr 2000", die er 1972

auf einer Landeskonferenz der RKP verkündete: "Da es in Rumänien mitwohnende Nationalitäten gibt, ist offensichtlich, daß sich unter den Voraussetzungen der Entwicklung der sozialistischen Nation auch die besonderen Merkmale der Nationalitäten lange Zeit erhalten werden. Gleichzeitig müssen wir jedoch auch den historischen Prozeß der Annäherung in Betracht ziehen, der vor sich geht und sich in Zukunft noch mehr verstärken wird. In diesem Zusammenhang müssen wir immer an die Notwendigkeit denken, unbeirrbar einzutreten für die Verwirklichung auf dem Wege des Aufbaus einer einheitlichen kommunistischen Gesellschaftsordnung - einer immer stärker betonten Homogenität der Gesellschaft, sowohl was ihren gesellschaftlichen wie auch ihren nationalen Charakter anbelangt."

Die "Homogenisierung der Gesellschaft" wurde durch minderheitenfeindliche Maßnahmen gezielt vorangetrieben: schrittweise Einschränkung oder gänzliche Abschaffung des Schulunterrichts in der jeweiligen Muttersprache, Verbot des Gebrauchs von nichtrumänischen Ortsnamen in Veröffentlichungen der Minderheiten, Menschenhandel mit Rumänien- Deutschen. Für jeden Umsiedler in die BRD kassiert Ceaucescu 8.000 Mark von der Bundesregierung; dazu kommen noch halboffizielle Zahlungen der Betroffenen in Höhe von 10.000 bis 18.000 Mark, ohne die eine Ausreiseerlaubnis nicht zu haben ist. (Nach einem Bericht der "Welt" vom 23.8.1988 sollen zwei Abgeordnete der CDU/CSU für den Ceaucescu-Clan ein Schwarzgeldkonto treuhänderisch verwalten.) Da ein Ende des Assimilisationsdruckes und der katastrophalen Wirtschaftslage in Rumänien nicht abzusehen ist, wird das Problem der zweitgrößten Minderheit in Rumänien bis zur Jahrtausendwende im Sinne des Programms zur Schaffung der einheitlichen Nation gelöst sein. Von den verbliebenen 200.000 Staatsbürgern deutscher Nationalität (1930: 630 000) wollen 80 bis 90 Prozent "lieber heute als morgen auswandern". Von 1955 bis heute emigrierten ca. 220.000 Deutsche aus Rumänien in die BRD.

Schwieriger gestaltet sich die Vernichtung der größten Minderheit im Lande, der 1,7 Millionen Ungarn (etwa 8% der Gesamtbevölkerung). Die Neugewinnung von Ackerboden ist die vordergründige Argumentation für einen "Systematisierungsplan", der die über Jahrhunderte gewachsenen Lebensstrukturen der ungarischen (und natürlich auch der übrigen) Minderheit(en) in Rumänien zum Ziel hat: die "Einebnung der Unterschiede zwischen Stadt und Land". 5.500 (etwa 40%) der 14.000 Dörfer des Landes sollen bis zum Jahr 2000 dem Erdboden gleichgemacht werden, ihre drei Millionen Menschen in 558 neu zu errichtende "agro-industrielle Zentren" umgesiedelt werden. Auf internationalen Protest hin wurde der Plan erst einmal ausgesetzt.

30.000 bis 40.000 Menschen der ungarischen Minderheit sind inzwischen unter Lebensgefahr ins benachbarte Ungarn geflohen. Der Schußwaffengebrauch rumänischer Soldaten an den westlichen Grenzen zu Jugoslawien und Ungarn ist seit vielen Jahren belegbar, international aber kaum zur Kenntnis genommen worden. Ungarn hat in beispielloser Schärfe gegen die Menschenrechtsverletzungen protestiert und an Nicolae Ceaucescu appelliert, den in Rumänien lebenden Ungarn die Minderheitenrechte zu garantieren.

Doch nicht nur die bäuerliche Kultur der nichtrumänischen Bevölkerung wird durch die Projekte des ungekrönten Monarchen der Vernichtung zugeführt; zerstört wird auch das geschichtliche Fundament der rumänischen Nation, die wie alle anderen Nationen des Balkans aus bäuerlichen Wurzeln gewachsen ist. Damit wird sich auch die Tragödie der rumänischen Landwirtschaft unter Ceaucescu vollenden. Auch das nächste Ziel des Diktators läßt erschauern: das Donaudelta am Schwarzen Meer, eines der schönsten Naturparadiese, soll zum Zwecke des Getreideanbaus trockengelegt werden.

Zehntausende demonstrierten im Herbst 1988 in Budapest gegen die Zerschlagung der ungarischen Lebensstrukturen in Siebenbürgen. Ceaucescu wies daraufhin die diplomatischen Vertreter Ungarns aus und drohte mit dem totalen Abbruch der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Bereits im Frühjahr 1987 war es zu einer starken Abkühlung der rumänisch-ungarischen Beziehungen gekommen, als durch die ständigen rassistischen Äußerungen Ceaucescus aufgeputschte Rumänen durch die Städte Siebenbürgens zogen und deren "Säuberung" von Ungarn forderten. Auf diese und andere Provokationen antwortete die ungarische Minderheit mit Flugblättern und Parolen gegen den Generalsekretär. In öffentlichen Gebäuden und Schulen wurden zweisprachige Flugblätter mit Überschriften wie "Nieder mit Ceaucescu und der RKP" verteilt. Bilder des "Führers" wurden zerstört. Solidaritätskundgebungen in Ungarn folgten.

Auch der Besuch des Generalsekretärs der USAP, Karoly Grosz, konnte an Ceaucescus Kurs nichts ändern. Der rumänische Präsident wies alle Einwände gegen seine Politik zurück und argumentierte: "Wir sind immer

von dem Faktum ausgegangen, daß der Sozialismus in jedem Land anders aufgebaut wird, daß jede Partei und jedes Volk unabhängig die Wege des sozialistischen Aufbaus wählen muß."

Das ist eine der Kernaussagen der Politik Nicolae Ceaucescus, die neuerdings um eine neue Komponente erweitert wurde: die "Festungsidee". (Die Festung beschützt ihre Bewohner gegen ihre Feinde von außen und innen. Innerhalb der Festung gelten eigene Regeln, die vom Herrscher aufgestellt werden.) Beleuchten wir ein wenig diese Politik der "nationalen Option":

Seit seiner Machtergreifung im Jahre 1965 ist Rumäniens Conducator mehrfach durch eigenwillige politische Entscheidungen aufgefallen. So im August 1968, als die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten den Prager Frühling niederwalzten: Als einziges Land der östlichen Allianz verweigerte Rumänien die Entsendung von Truppen in die Tschechoslowakei. Ceaucescu brandmarkte die "schamlose Aggression" in flammenden Reden. Die Volksmassen stehen in jenen Tagen bedingungslos hinter ihrem "Führer"; Tausende melden sich freiwillig zur Verteidigung des "urväterlichen Bodens" gegen die befürchtete sowjetische Invasion. Zum ersten Mal spricht Nicolae Ceaucescu öffentlich vom Recht eines jeden Staates, einen eigenen, nationalen Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

Die Abwendung von der Sowjetunion hatte Ceaucescu allerdings schon Jahre vorher vollzogen. Enttäuscht über Chruschtschows Entstalinisierungskampagne setzte der überzeugte Stalinist von da an auf die "nationale Karte". Bereits während seiner Reisen in den Jahren 1963/64 nach China, Nord-Korea und Jugoslawien erwog er ein "nationalkommunistisches" Programm für Rumänien. Ceaucescu, der einst "unverbrüchliche Freundschaft" zur Sowjetunion gelobte, sah sich in den folgenden Jahren gezwungen, wollte er die Glaubwürdigkeit seiner Politik der nationalen Unabhängigkeit nicht erschüttern, in der Außenpolitik von der Sowjetunion getrennte - meist konträre - Wege zu gehen. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit: die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles. Die Sowjetunion und mit ihr die gesamte real-sozialistische Welt boykottiert die Spiele, allein Rumänien nimmt teil.

In der Innenpolitik findet diese Politik ihre konsequente Fortsetzung. Zur gleichen Zeit, als die UdSSR unter Breschnew zunehmend dem Konservatismus und Dogmatismus verfiel, verkündete Ceaucescu die Revolutionierung sämtlicher Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die - wenn auch zögerlich und nur in Ansätzen - tatsächlich in Angriff genommen wurde. Während heute Michail Gorbatschow die Umgestaltung seines Landes energisch vorantreibt, weist der rumänische Präsident jede "Erneuerung des Sozialismus" energisch zurück.

Vor diesem Hintergrund ist die Politik der "nationalen Option" Nicolae Ceaucescus zu begreifen: nationalistisch-stalinistische Orientierung plus unersättliches Verlangen nach Ruhm und Verehrung. Dieses Geltungsbedürfnis hat einen Personenkult hervorgebracht, der - zumindest in Europa - seinesgleichen sucht. Zudem nimmt in Rumänien ein Experiment Gestalt an, das dem Sozialismus so fremd ist wie der "Leuchtturm des Weltdenkens" selbst: die dynastische Erbfolge. Der jüngste Sohn der Ceaucescus, Nicu, ist dazu auserwählt, seinem Vater (71) im Amt des Präsidenten der Republik und des Generalsekretärs der Rumänischen Kommunistischen Partei (RKP) zu folgen.

Besuch bei Verwandten in Cenei, einem Dorf mit vorwiegend rumänischen und serbo-kroatischen Einwohnern; aber auch Deutsche, Ungarn und Zigeuner wohnen hier. Es fällt auf, wie überall im Banat, daß die multikulturelle Gesellschaft hier weitgehend funktioniert. Gegen Zigeuner jedoch bestehen Vorurteile. Zu groß sind anscheinend die Mentalitätsunterschiede und Lebensweisen zwischen diesen und der restlichen Bevölkerung.

Wir wollen zum Friedhof. Das Grab meiner Großeltern... Als ich noch zur Schule ging, war ich in den Sommerferien oft und gerne in Cenei bei meinen Großeltern. Dort die ersten sexuellen Erfahrungen, verbotene Spiele... Eine sorgenfreie Zeit!

In Timisoara, der Kreishauptstadt (330.000 Einwohner). Hunger. Nichts wie Essen, aber wo, was? Endlich: im Restaurant des "Hotel Timisoara", dessen Interieur frühere bessere Zeiten erahnen läßt, wird mein Hunger gestillt. Warmes Sommerwetter, Flanieren durch die Straßen, nichts Aufregendes. Für die Kamera kaum Motive, ein neuer Film vor der Fahrt nach Timisoara gerade eingelegt. Dann die Zigeunergruppe. Kurzes Gespräch, sie wollen fotografiert werden. Kaum ist die Aktion beendet, stellt sich mir ein Herr in den Weg, zückt einen Ausweis und verlangt meinen Paß. Mit meinem Wagen fahren wir zur Miliz. Unfreundlicher

Empfang: Durchsuchung, Hände an die Wand, Beine gespreizt, eindringliche Befragung, Einschüchterungsversuche, Entleeren der Taschen, Fotoapparat wird beschlagnahmt. Dann warten, eine unendlich lange Zeit. In einem eiskalten Raum, 1 Meter Breite, 3 Meter Länge, Tisch, zwei Stühle. Irgendwo hatte ich in den letzten Tagen gelesen: "Die Ära Ceaucescu hat sich zutiefst den Werten des Humanismus verschrieben." Wie alles in der "Festung Rumänien": der blanke Hohn, Zynismus. Drei Stunden sind vergangen. Inzwischen ist mein Film entwickelt worden. Glück für mich, daß keine weiteren "Belastungsfotos" auf dem Film sind! Man diktiert mir eine 3-seitige "Erklärung", die ich freiwillig abgeben soll; ich erhalte meinen Fotoapparat zurück und werde freigelassen mit der Auflage, am nächsten Tag das Land zu verlassen.

Die "Ära Ceaucescu" - der Marsch eines Regimes in den Nihilismus! Immer öfter ist jetzt in Rumänien ein Satz zu hören, den zu denken noch vor vier Jahren in Rumänien unvorstellbar war: "Hoffentlich kommen bald die Russen und befreien uns!"

Kurz vor 24 Uhr passiere ich die Grenze nach Ungarn, Aufatmen. Ein Blick zurück, die "Festung" liegt hinter mir. Halsschmerzen, schwere Erkältung - das Ergebnis meines dreistündigen Besuches bei den "rumänischen Autoritäten". La revedere!

Später tanke ich in Ungarn. Der Tankwart fragt, woher ich komme. Auf meine Antwort hin winkt er ab und fragt ungläubig: "Dort fahren Sie freiwillig hin?"

Uwe Tetampl

55. Gefangenen der GRAPO und PCE(r) im Hungerstreik

Spanien:

CD-Datei: daten/aksuche/ak315/spa.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:315:spa

Am 30. November 1989 sind die politischen Gefangenen der GRAPO (Grupos de Resistencia Antifascista 1. de Octubre) und der PCE(r) (Partido Comunista de Espana Reconstituido) erneut in den Hungerstreik getreten.

In ihrem Hungerstreik 1981 erreichten die politischen Gefangenen nach über 90 Tagen, daß die Frauen bzw. Männer in zwei großen Gruppen zusammengelegt wurden. In Soria entstand das Gefangenenkollektiv "Kommune Karl Marx", in Carabancel das Frauen-Gefangenenkollektiv. 1987 begann die PSOE-Regierung, die von den Gefangenen erkämpften Verbesserungen ihrer Haftbedingungen zurückzunehmen. Seit 1987 haben sich die politischen Gefangenen gegen ihre kontinuierliche Verlegung in bis zu zwanzig verschiedene Gefängnisse zu wehren, gegen die mangelhafte medizinische Versorgung, gegen die Prügel von Gefängniswärtern und gegen die Reduzierung ihrer Kontakte nach außen. Gegen diese Zustände traten am 21. August 1989 die politischen Gefangenen in den Hungerstreik. Nach 30 Tagen, als zwei der Gefangenen in Lebensgefahr waren, kam vom Staat die Zusage, daß die Gefangenen wieder in Gruppen zusammengelegt werden würden. Nach nur zwei Monaten begann die PSOE-Regierung jedoch, die Gruppen wieder auseinanderzureißen. Die politischen Gefangenen sind daraufhin am 30. November 1989 in den Hungerstreik getreten, den sie nun, wie es in ihrer (im folgenden dokumentierten) Erklärung heißt, nunmehr um "Sieg oder Tod" führen wollen.

Hungerstreikerklärung: Bis zur Zusammenlegung

Seit heute, dem 30. November 1989, befinden wir uns, alle Mitglieder der militanten Kommune der PCE(r) und GRAPO, außer den vier, die am schwersten krank sind, sowie ein Libertärer, im Hungerstreik. Wir kämpfen gegen den Versuch der sozialfaschistischen PSOE-Regierung, die politischen Gefangenen, insbesondere unsere Genossen und Genossinnen, die schon Anfang November in über 20 Knästen zerstreut wurden, zu vernichten. Diese Genossen und Genossinnen wurden geschlagen, erniedrigt, gefoltert und sogar mit Lebensmitteln vergiftet - genau wie es die Wärter in Almeria schon im Sommer angedroht haben. Zusätzlich wurde allen diesen Genossen und Genossinnen die Korrespondenz geöffnet und durch Interventionen der Wärter die Besuche gestört. Alle diese Gefangenen sind 24 Stunden in ihren Zellen isoliert, ohne jede Möglichkeit, mit anderen Gefangenen zu kommunizieren oder andere Gefangene zu sehen.

1987, als die PSOE-Regierung mit dieser repressiven Politik begann und die Gefangenenkollektive auseinanderriß, wurde die von der damaligen UCD-Regierung 1981 im Beisein des Roten Kreuzes unterschriebene Abmachung, die die Zusammenlegung und ein kollektives Leben garantierte, gebrochen. Die damaligen Zusagen haben wir durch harte Hungerstreiks erkämpft, in deren Verlauf der Genosse Juan Jose Crespo Galende gestorben ist.

Mit den übernommenen faschistischen Methoden und Formen will die PSOE-Regierung die bestrafen, die im Knast Widerstand leisten, und damit letztlich auch die revolutionäre Bewegung als gesamtes und uns selber, die politischen Gefangenen: ihre Geiseln.

Mit der gleichen Art wie diese Regierung der Bonzen dem Volk das Ende der Krise und des Elends verspricht, um dann zwei Tage nach den Wahlen frech vom "enger schnallen des Gürtels" zu sprechen, ignorieren sie zynisch die Abmachung, nach der die Gefangenen von Almeria unter menschenwürdigen Haftbedingungen zusammengelegt würden, Zusagen, die sie nach einem Monat Hungerstreik gemacht haben.

Nach drei Jahren des Kampfes, des Widerstandes, der Denunziation, der nicht eingehaltenen Zusagen durch die Regierung und vor dem Hintergrund der neuen Vernichtungsbedingungen gibt es keine halben Lösungen mehr. Es ist die Stunde des Kampfes für die Zusammenlegung. Gegen diese Vernichtungs- und Liquidierungspolitik gegenüber den politischen Gefangenen auf der Grundlage von Folter und der Zerschlagung der Gefangenenkollektive bleibt uns nur ein Weg: der unbefristete Hungerstreik für die Zusammenlegung von allen unter menschenwürdigen Haftbedingungen.

Wir wissen, daß dieser Kampf sehr hart wird, doch können wir mit eurer Unterstützung, der unseres Volkes und der revolutionären Bewegung rechnen. Mit unserer Kampfbereitschaft und eurer Solidarität werden wir siegen.

Weg mit der Isolation und Vernichtung der politischen Gefangenen!

Sieg oder Tod!

Politische Gefangene der PCE(r), der GRAPO und ein Libertärer

Gefängnis von Soria, den 30. Nov. 1989

Ingrid Barabaß, Gisela Dutzi, Gabi Hanka, Siggi Happe, Eva Haule, Helmut Pohl und Rolf C. Wagner sind am 22.1.1990 zum Ausdruck ihrer Solidarität mit den Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) für eine Woche in den Hungerstreik getreten.